

Aus diesem Heft 167

Textteil

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen 1986 169

Zweck und Bedeutung der Volks-, Berufs-,
Gebäude- und Wohnungszählung 195

Volkszählungen im internationalen Vergleich 207

Ausländer im Bundesgebiet 1986 219

Eheschließungen, Scheidungen, Geburten und
Sterbefälle von Ausländern 1985 223

Insolvenzen 1986 230

Weinmosternte 1986 234

Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen
Republik und Berlin (Ost) 236

Außenhandel 1986 nach Waren 240

Luftverkehr 1986 248

Kranken- und Rentenversicherungsschutz der
Bevölkerung 252

Parafiskalische Sonderabgaben 260

Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1986 .. 265

Preise im Februar 1987 274

Übersicht über die im laufenden Jahr
erschienenen Textbeiträge 279

Tabellenteil

Übersicht 69*

Statistische Monatszahlen 70*

Ausgewählte Tabellen 84*

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

Die Angaben beziehen sich auf das
Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Contents

Page

In this issue 167

Texts

National accounts, 1986 169

Purpose and importance of the census of population, occupation, buildings and housing 195

Population censuses in international comparison . 207

Aliens in the Federal Republic, 1986 219

Marriages, divorces, births and deaths of aliens, 1985 223

Insolvencies, 1986 230

Production of wine must, 1986 234

Trade in goods with the German Democratic Republic and Berlin (East) 236

Foreign trade, 1986, by commodities 240

Air transport, 1986 248

Health and old age insurance of the population 252

Para-fiscal special charges 260

Results of the continuous wage statistics for 1986 . 265

Prices in February 1987 274

List of the contributions published in the current year 279

Tables

Summary survey 69*

Monthly statistical figures 70*

Selected tables 84*

Data relate to the Federal Republic; they include Berlin (West)

Table des matières

Pages

Dans ce numéro 167

Textes

Comptabilité nationale en 1986 169

Buts et importance du recensement de la population, de l'emploi, des immeubles et des logements 195

Recensements de la population dans la comparaison internationale 207

Etrangers en République fédérale en 1986 219

Nuptialité, divortialité, natalité et mortalité des étrangers en 1985 223

Insolvabilités en 1986 230

Production de moût de vin en 1986 234

Echanges commerciaux avec la République démocratique allemande et Berlin-Est 236

Commerce extérieur en 1986 par produit 240

Trafic aérien en 1986 248

Assurance maladie et assurance invalidité-vieillesse de la population 252

Taxes spéciales parafiscales 260

Résultats de la statistique courante des salaires pour 1986 265

Prix en février 1987 274

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 279

Tableaux

Résumé 69*

Chiffres statistiques mensuels 70*

Quelques tableaux sélectionnés 84*

Les données se rapportent au territoire de la République fédérale; Berlin-Ouest y est inclus.

Aus diesem Heft

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1986

Im Anschluß an die ersten vorläufigen Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung für 1986, die im Januar-Heft dieser Zeitschrift veröffentlicht worden sind, gibt dieser Beitrag einen ersten umfassenden Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das abgelaufene Jahr. In die Berechnungen wurde gegenüber dem Januarstand zusätzlich das von Anfang Januar bis Anfang März 1986 neu angefallene statistische Ausgangsmaterial eingearbeitet.

Der vorliegende Beitrag bringt einen Gesamtüberblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 1986. Berichtet wird über die Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen und konstanten Preisen, die Verteilung des Volkseinkommens, die Einnahmen und Ausgaben des Staates, das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sowie die Ersparnis und Vermögensbildung in der Volkswirtschaft. Außer Jahres- und Halbjahreszahlen werden für die großen Aggregate der Entstehungs- und Verwendungsrechnung, für das Volkseinkommen und die beiden Bruttoeinkommensarten sowie für die Erwerbstätigen auch Vierteljahreszahlen vorgelegt.

Das wirtschaftliche Wachstum war 1986 etwa so hoch wie 1985. Das Brutto sozialprodukt stieg von 1985 auf 1986 real um 2,4 %. Damit war der Anstieg des Sozialprodukts prozentual nicht ganz so groß wie 1984, aber deutlich stärker als in den Jahren 1980 bis 1983.

Zweck und Bedeutung der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung

Statistik ist kein Selbstzweck, sondern sie will Hilfen für effiziente, kostensparende politische Entscheidungen bereitstellen. Eine in diesem Sinne rationale Politik ist nur möglich, wenn der Entwicklung von Zielsetzungen und der Entscheidung eine objektive statistische Bestandsaufnahme der tatsächlichen Verhältnisse vorausgeht. Solange Angaben über die Ausgangslage nicht hinreichend genau bekannt sind, müssen auch Projektionen künfti-

ger Verhältnisse zwangsläufig mit zusätzlicher Unsicherheit behaftet sein.

Der Aufsatz will anhand von ausgewählten Beispielen aus allen Lebensbereichen verdeutlichen, daß die Volkszählung 1987 als Eckpfeiler unseres gesamten statistischen Systems die der Statistik vom Bundesverfassungsgericht attestierte Eigenschaft besitzt, „die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte unentbehrliche Handlungsgrundlage“ zu sein. An einzelnen Beispielen wird u. a. gezeigt, welchen Nutzen der Bürger auch direkt aus den Volkszählungsergebnissen, zum Beispiel für seine Berufswahl, ziehen kann.

Der Beitrag setzt sich auch kritisch mit den derzeit verfügbaren Datengrundlagen auseinander, und zeigt auf, welche finanziellen Größenordnungen „auf dem Spiel“ stehen und daß Milliardenbeträge ohne die längst überfällige Verbesserung der Statistik von einer „Fehlleitung“ bedroht sind. Es wird ferner nochmals dargelegt, warum es gegenwärtig keine Alternative zur Volkszählung gibt.

Volkszählungen im internationalen Vergleich

Bei den Verhandlungen des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden zum Volkszählungsgesetz 1983 und den parlamentarischen Beratungen zum Volkszählungsgesetz 1987 spielte der Vergleich der Volkszählung in der Bundesrepublik Deutschland mit den rechtlichen, methodischen und organisatorischen Grundlagen der Volkszählungen anderer Länder eine besondere Rolle.

Dieser Beitrag gibt einen aktuellen Überblick über Volkszählungen im internationalen Rahmen. Er will damit zugleich zur Versachlichung der Diskussion um die Volkszählung 1987 beitragen.

Neben einer einleitenden Darstellung der internationalen Rahmenbedingungen werden zunächst die Fragenprogramme der Volkszählungen einzelner Länder gegenübergestellt. Es folgt ein Vergleich der Verfahren und rechtlichen Regelungen.

Ausländer im Bundesgebiet 1986

Die Ergebnisse der maschinellen Auszählung des Ausländerzentralregisters

(AZR) werden jährlich in dieser Zeitschrift veröffentlicht und kommentiert.

Am 31. Dezember 1986 haben sich 4,513 Mill. Ausländer — nicht nur vorübergehend — in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten; das waren gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres rund 134 000 Personen oder 3 % mehr. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung betrug geschätzt — bei Redaktionsschluß lagen noch keine fortgeschriebenen Einwohnerzahlen zum Stichtag vor — etwa 7,4 %.

Eheschließungen, Scheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1985

Dieser Bericht knüpft an die Darstellung im Heft 2/1983 dieser Zeitschrift an und enthält die Ergebnisse für 1985. Zum Zeitpunkt der Volkszählung im Jahr 1961 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 686 000 Ausländer. Das Anwachsen der Zahl der Ausländer auf mehr als vier Mill. im Jahr 1985 hat naturgemäß auch Einfluß auf den Anteil gehabt, den die Ausländer im Rahmen der demographischen Entwicklung haben:

Der Anteil der Eheschließungen, an denen Ausländer beteiligt waren, stieg von 4 % (1961) auf über 9 % im Jahr 1985.

Der Anteil der Lebendgeborenen ausländischer Nationalität erhöhte sich von 1,2 % (1961) auf zunächst 17,3 % (1974) und ist dann — bedingt durch eine Anpassung des generativen Verhaltens der Ausländer an das der Deutschen — auf 9,2 % (1985) gesunken.

Die Zahl der Sterbefälle von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland ist zunächst von 3 593 (1961) auf 9 635 (1973) angestiegen. Seitdem ist die Zahl der Sterbefälle von Ausländern tendenziell rückläufig; 1985 starben 7 694 Ausländer.

Insolvenzen 1986

Über das von den Medien mit großem Interesse verfolgte Insolvenzgeschehen im Berichtsjahr und im längerfristigen Vergleich wird — wie in jedem Jahr — in dieser Zeitschrift ausführlich berichtet.

Für 1986 konnte erstmals seit dem Jahr 1980 ein — wenn auch geringfügiger — Rückgang um 34 Insolvenzfälle (0,2 %) auf 18 842 festgestellt werden.

Weinmosternte 1986

Nach der Auswertung der statistischen Quellen der Weinbaustatistik belief

sich die Weinmosternte 1986 auf 10,06 Mill. hl. Weinmost. Damit wurde die Gesamterntemenge des Vorjahres um 86,3 % und der Durchschnitt der Jahre 1980/85 um 12,6 % übertroffen. Erntemenge wie auch das durchschnittliche Mostgewicht von 69° Öchsle und der durchschnittliche Säuregehalt von 9,7 ‰ kennzeichnen den Jahrgang 1986 als durchschnittlich und insgesamt befriedigend.

Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)

Die vom Statistischen Bundesamt zentral durchgeführte Statistik über den Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) weist die Warenströme zwischen beiden deutschen Staaten wert- und volumenmäßig detailliert nach. Für das Jahr 1986 wurde ein Gesamtumsatz von 14,3 Mrd. DM ermittelt, der sich aus Lieferungen im Wert von 7,5 Mrd. DM und Bezügen von 6,8 Mrd. DM zusammensetzte. Das Gesamtergebnis war um 1,3 Mrd. DM (— 8 %) niedriger als 1985.

Außenhandel 1986 nach Waren

Diesem jährlichen Beitrag über die Entwicklung und Struktur des Außenhandels nach Waren liegen die endgültigen Jahresergebnisse für 1986 zugrunde.

Wie schon in den Vorjahren nahm der Anteil der gewerblichen Fertigwaren sowohl an der Gesamteinfuhr, wie auch an der Gesamtausfuhr zu. Im Jahr 1986 waren 62,8 % der Einfuhr und 86,9 % der Ausfuhr Fertigwaren; 1985 hatten die entsprechenden Anteile noch 54,8 % bzw. 84,9 % betragen. Der Import von Rohstoffen nahm im Berichtsjahr wertmäßig um 46,3 % ab, der Anteil der Rohstoffe an der Gesamteinfuhr ging damit von 12,4 auf 7,5 % zurück. Ursache für diese Entwicklung war der erhebliche Rückgang der Einfuhrpreise für Erdöl, roh.

Luftverkehr 1986

Die Entwicklung des Luftverkehrs im Jahr 1986 ist Gegenstand dieses Beitrages. Auch 1986 wuchs dieser Verkehrszweig und seine Bedeutung bei der Beförderung von Personen, Fracht und Luftpost: Das Passagieraufkommen stieg innerhalb eines Jahres um 2,8 % auf 42,88 Mill. beförderte Fluggäste, die Steigerung bei der Fracht- sowie der Luftpostbeförderung betrug 5,2 bzw. 5,8 %.

Kranken- und Rentenversicherungsschutz der Bevölkerung

Aus dem Mikrozensus vom Juni 1985 stehen — nach der Aussetzung des Mikrozensus 1983 und 1984 — erstmals seit 1982 wieder Ergebnisse zur „Sozialen Sicherung“ zur Verfügung. In diesem Beitrag wird ein Überblick über den Kranken- und den Rentenversicherungsschutz der Gesamtbevölkerung gegeben, und die Struktur der Gruppe der versicherten Erwerbstätigen untersucht.

Krankenversicherungsschutz bestand im Juni 1985 für nahezu die gesamte Bevölkerung; fast 90 % waren in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert. Im Vergleich zum Mai 1976 hatten im Juni 1985 sowohl die gesetzlichen Krankenversicherungen, als auch die privaten Krankenversicherungen mehr selbstversicherte Mitglieder und weniger als Familienmitglied mitversicherte.

31,7 Mill. Personen waren im Juni 1985 Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung (einschl. latent Versicherter). Von den Erwerbstätigen insgesamt waren 90 % rentenversichert. Etwa zwei Drittel der weiblichen verheirateten Nichterwerbspersonen waren Mitglied in der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Anteil der Selbständigen, die im Juni 1985 Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Rentenversicherung waren, ist von 8,1 % im Mai 1975 auf 22,1 % im Juni 1985 gestiegen.

Parafiskalische Sonderabgaben

Sonderabgaben kommt in der jüngsten politischen Diskussion eine aktuelle Bedeutung zu. In diesem Beitrag werden die gegenwärtig erhobenen Sonderabgaben nach Bundesrecht sowie deren Zweck und Aufkommensentwicklung in den letzten zehn Jahren dargestellt. Dabei wird unterschieden zwischen Sonderabgaben, die in die öffentlichen Haushalte einfließen und damit finanzstatistisch erfaßt sind, und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist. Darüber hinaus wird über die den Ländern zustehenden Einnahmen aus Sonderabgaben nach Bundesrecht im Haushaltsjahr 1987 berichtet.

Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1986

Im Berichtsjahr haben sich die Zuwachsraten der tariflichen Stundenlöhne für Arbeiter und der tariflichen Monatsgehälter für Angestellte in der gesamten gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften mit 3,8 bzw. 3,2 % gegenüber dem Vorjahr

kaum verändert. Da sich der Rückgang der tariflichen Wochenarbeitszeit etwas langsamer als 1985 vollzog (— 0,6 gegenüber — 1,2 %), erreichte der Zuwachs der tariflichen Wochenlöhne 1986 — wie für die Angestelltegehälter — 3,2 %.

Die effektiven Bruttowochen- und Bruttomonatsverdienste haben sich etwas stärker erhöht als die Tarifwerte. Sie entsprechen mit Zuwachsraten von 3,4 und 3,8 % für Arbeiter bzw. Arbeiterinnen in der Industrie etwa den Vorjahreswerten (3,1 und 3,6 %). Das traf auch für die Angestelltenverdienste zu. Für männliche Angestellte lagen im Erhebungsbereich der vierteljährlichen Verdienststatistik die Zuwachsraten 1986 bei 3,9 % und für weibliche Angestellte bei 4,4 %.

Preise im Februar 1987

Während für Januar bei den monatlich in dieser Zeitschrift besprochenen Preisindizes ein leichter Preisauftrieb festgestellt worden war, lagen im Februar 1987 nur die Indizes der Einzelhandelspreise (+ 0,2 %) und die der Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt (+ 0,1 %) geringfügig über dem Stand des Vormonats. Gegenüber Februar 1986 lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte jedoch mit einem Stand von 120,7 (1980 = 100) im Berichtsmonat um 0,5 % niedriger.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Februar 1987 mit einem Stand von 115,5 (1980 = 100) um 0,3 % unter dem des Vormonats und um 4,2 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewerbes lag im Januar 1987 mit einem Stand von 91,5 (1980 = 100) um 11,3 % unter dem Stand des Vormonats und um 4,3 % niedriger als im Januar 1986.

Außenhandel

Im Februar 1987 lag der Wert der Einfuhr mit 32,1 Mrd. DM um 10 % und der Wert der Ausfuhr mit 42,6 Mrd. DM um 0,5 % niedriger als im Februar 1986. Im Zeitraum Januar/Februar 1987 war die Einfuhr mit 62,6 Mrd. DM um 14 % und die Ausfuhr mit 80,2 Mrd. DM um 7,4 % zurückgegangen. *Ha./St.*

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1986

Vorläufiges Ergebnis

Vorbemerkung

Im Anschluß an die ersten vorläufigen Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung für 1986, die das Statistische Bundesamt Anfang Januar vorgelegt hat, gibt der vorliegende Aufsatz einen ersten umfassenden Überblick über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 1986. Dabei wurden die Januarergebnisse anhand der bis Anfang März verfügbaren Daten aus kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken überprüft und — wenn nötig — korrigiert. Die Korrekturen halten sich bei den meisten Aggregaten in engen Grenzen; das Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen, eine wichtige Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Leistung, wurde geringfügig tiefer angesetzt. Ausschlaggebend dafür war die Überschätzung des Kassenaufkommens der Umsatzsteuer im Dezember und des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt. Bei einigen Aggregaten im Sektor Staat und bei den Angaben über die Erwerbstatigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit wurden auch die Angaben für 1985 geändert; u. a. wurden die Ergebnisse des Mikrozensus 1985 berücksichtigt.

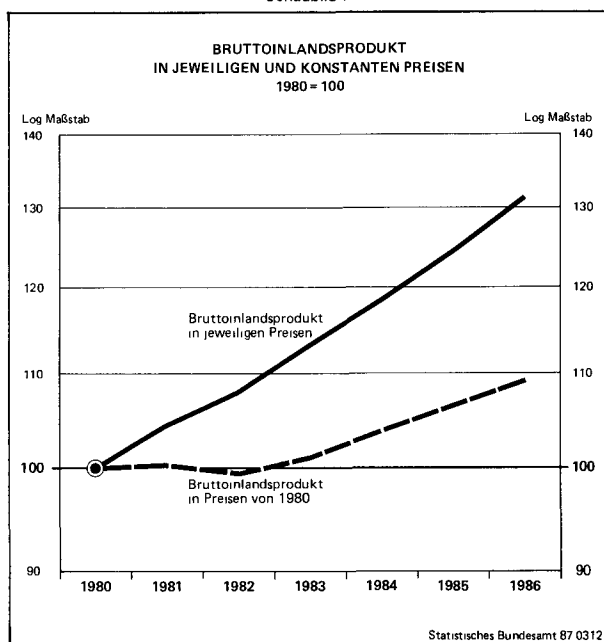
Tabelle 1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttosozialprodukt

Jahr ¹⁾	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1980		
	Bruttoinlandsprodukt	Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) ²⁾	Bruttosozialprodukt	Bruttoinlandsprodukt	Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) ²⁾	Bruttosozialprodukt
Mil. DM						
1981	1 540 930	4 170	1 545 100	1 481 390	3 910	1 485 300
1982	1 597 920	- 820	1 597 100	1 471 830	- 830	1 471 000
1983	1 674 840	4 460	1 679 300	1 493 920	3 880	1 497 800
1984	1 754 310	8 790	1 763 100	1 534 870	7 530	1 542 400
1985	1 839 910	7 090	1 847 000	1 574 850	5 950	1 580 800
1986	1 943 950	5 050	1 949 000	1 614 230	4 170	1 618 400
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1981	4,2	x	4,0	0,2	x	0,0
1982	3,7	x	3,4	- 0,6	x	- 1,0
1983	4,8	x	5,1	1,5	x	1,8
1984	4,7	x	5,0	2,7	x	3,0
1985	4,9	x	4,8	2,6	x	2,5
1986	5,7	x	5,5	2,5	x	2,4

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Die Texttabellen dieses Beitrages enthalten Jahreszahlen für den Zeitraum 1981 bis 1986. Halbjahreszahlen und Vierteljahresergebnisse werden im Tabellenteil dieses Heftes auf S. 111* ff. abgedruckt. Die Vierteljahresangaben wurden bereits im „Statistischen Wochendienst“, Heft 11/1987, veröffentlicht. Tiefer gegliederte Jahres- und Halbjahresergebnisse können dem Vorbericht 1986 der Reihe 1 „Konten und Standardtabellen“ in der Fachserie 18

Schaubild 1



„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ entnommen werden, der im Mai erscheinen wird.

Es ist vorgesehen, die aktuellen Quartalsangaben der Sozialproduktsberechnung jeweils Anfang Juni, September, Dezember und März als Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung“ der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ im Verlag W. Kohlhammer, Mainz, zu veröffentlichen. Der erste Bericht der neuen Reihe soll im Juni 1987 mit den Ergebnissen für das erste Vierteljahr 1987 erscheinen.

1 Entstehung des Sozialprodukts

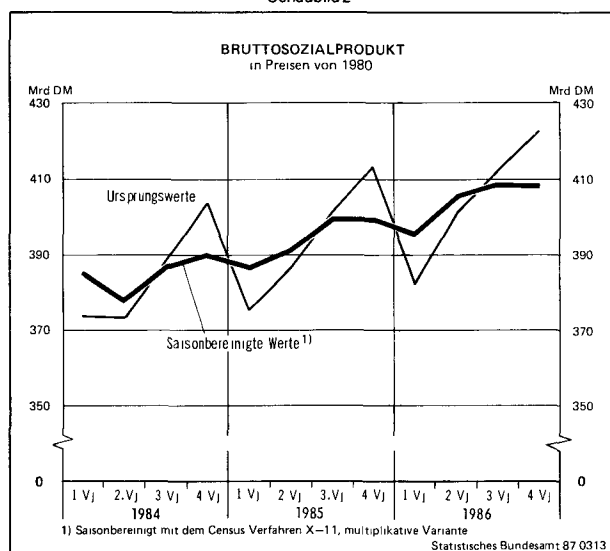
Das wirtschaftliche Wachstum war 1986 etwa so hoch wie 1985. Das Bruttosozialprodukt — der umfassendste Ausdruck für die von Inländern erbrachte wirtschaftliche Leistung — stieg von 1985 auf 1986 in konstanten Preisen des Jahres 1980 um 2,4%. Wie Schaubild 1 und die Ergebnisse in Tabelle 1 zeigen, war damit das wirtschaftliche Wachstum prozentual nicht ganz

Tabelle 2: Entwicklung des Bruttosozialprodukts nach Vierteljahren

Vierteljahr ¹⁾	Ursprungswerte		Saisonbereinigte Werte ²⁾		
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1980	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1980	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %				
	Vorjahresquartal in %		Vorquartal in % ³⁾		
1984	1 Vj	6,9	4,3	2,0	2,0
	2 Vj	3,3	1,1	-2,0	-2,0
	3 Vj	5,2	3,7	2,5	2,0
	4 Vj	4,7	2,9	1,5	1,0
1985	1 Vj	2,5	0,5	0,5	-0,0
	2 Vj	5,7	3,7	1,0	1,0
	3 Vj	6,1	3,5	3,0	2,0
	4 Vj	4,7	2,2	0,5	-0,5
1986	1 Vj	4,8	1,6	0,5	-1,0
	2 Vj	6,6	3,3	3,0	2,5
	3 Vj	5,2	2,2	1,5	0,5
	4 Vj	5,6	2,4	0,5	-0,0

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Census-Verfahren X-11, multiplikative Variante — ³⁾ Auf ganze bzw. halbe Prozentpunkte gerundet

Schaubild 2



so groß wie 1984, aber deutlich stärker als in den Jahren 1980 bis 1983

Die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Vierteljahren war, wie aus Tabelle 2 hervorgeht, uneinheitlich. Nach einem schwachen ersten Quartal 1986 (real + 1,6 % gegenüber dem ersten Vierteljahr 1985) nahm das Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal sehr stark (+ 3,3 %) zu. Im dritten und vierten Vierteljahr verlief die Sozialproduktentwicklung in ruhigeren Bahnen (+ 2,2 und + 2,4 %). Die saisonbereinigten Quartalswerte in Tabelle 2 und im Schaubild 2 zeigen, daß nach rechnerischer Ausschaltung regelmäßig wiederkehrender saisonaler Einflüsse das Sozialprodukt real im dritten Quartal 1986 noch um 0,5 % gegenüber dem zweiten Quartal zugenommen hatte, im vierten Quartal aber praktisch stagnierte. Die zusätzliche rechnerische Eliminierung der Kalenderunregelmäßigkeiten bringt für das erste und zweite Vierteljahr wegen der Berücksichtigung der Lage der Osterfeiertage (1985 im zweiten Vierteljahr, 1986 im ersten Vierteljahr) einen plausibleren Verlauf, zeigt aber ebenfalls (in Prozent gegenüber dem Vorquartal) Stagnation vom dritten zum vierten Vierteljahr 1986

1. Vj ± 0; 2. Vj + 1; 3. Vj + 1; 4. Vj ± 0.

Es ist schwierig abzuschätzen, in welchem Ausmaß zusätzliche Urlaubstage aufgrund der kalendermäßigen Lage der Weihnachtsfeiertage und der tariflichen Arbeitszeitverkürzungen sowie des Überstundenausgleichs in Form zusätzlicher arbeitsfreier Tage im Dezember sich mindernd auf die Produktion ausgewirkt haben. Die inzwischen vorliegenden Zahlen für die Produktion und den Auftragseingang im Januar 1987 (siehe Schaubild 4) sowie die Ergebnisse des jüngsten Ifo-Konjunkturtests deuten aber auf einen Nachfrageausfall — insbesondere aus dem Ausland — hin

In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttosozialprodukt von 1985 auf 1986 um 5,5 %, also deutlich stärker als in den vorangegangenen Jahren (siehe Tabelle 1). Das „Auseinanderlaufen“ der nominalen und realen Sozialproduktgrößen hängt rechnerisch mit einem im Vergleich zu den Vorjahren stärkeren Sozialproduktdefla-

tor zusammen, in dem sich vor allem die extreme Zunahme der Terms of Trade im Berichtsjahr niederschlägt. Auf diese Zusammenhänge wird im Abschnitt über die Verwendung des Sozialprodukts näher eingegangen.

Das Bruttoinlandsprodukt, das die im Inland erbrachte wirtschaftliche Leistung mißt und sich vom Bruttosozialprodukt um den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt unterscheidet, hat sich im Berichtsjahr nominal und real ähnlich entwickelt (nominal + 5,7 %, real + 2,5 %) wie das Bruttosozialprodukt (+ 5,5 bzw. + 2,4 %). Die per saldo von der übrigen Welt empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen lagen im Berichtsjahr rund 2 Mrd. DM niedriger als 1985. Dabei wirkte sich vor allem aus, daß die an die übrige Welt geleisteten Kapitalerträge recht kräftig gestiegen sind, die von der übrigen Welt empfangenen — u. a. auch aufgrund des hohen DM-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen — aber nur mäßig zugenommen haben.

Tabelle 3 Erwerbstatige, Arbeitslose und Produktivität¹⁾

Jahr ²⁾	Erwerbstatige im Inland		Arbeitslose	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	
	insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer		insgesamt	je durchschnittlich Erwerbstatigen
1981	26 092	22 817	1 272	1 481 390	131
1982	25 651	22 378	1 833	1 471 830	130
1983	25 272	21 998	2 258	1 493 920	132
1984	25 298	22 032	2 266	1 534 870	135
1985	25 474	22 208	2 304	1 574 850	139
1986	25 726	22 455	2 228	1 614 230	142
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1981	-0,7	-0,6	43,1	0,2	0,9
1982	-1,7	-1,9	44,1	-0,6	1,1
1983	-1,5	-1,7	23,2	1,5	3,0
1984	0,1	0,2	0,4	2,7	2,6
1985	0,7	0,8	1,7	2,6	1,9
1986	1,0	1,1	-3,3	2,5	1,5

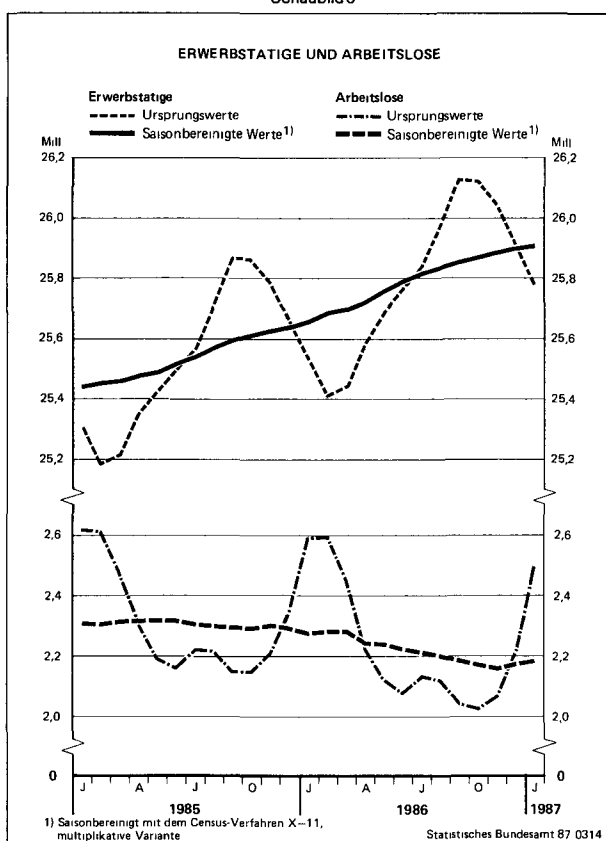
¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je durchschnittlich Erwerbstatigen —

²⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ³⁾ im Jahresdurchschnitt

Die höhere wirtschaftliche Leistung im Berichtsjahr beruhte sowohl auf Produktivitätsverbesserungen als auch auf einer Zunahme der Zahl der Erwerbstatigen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität — gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstatigen — stieg von 1985 auf 1986 um rund 1 ½ %, also etwas schwächer als in den Jahren 1983 bis 1985 (siehe Tabelle 3).

Die Anzahl der Erwerbstatigen im Inland nahm im Jahresdurchschnitt 1986 gegenüber 1985 um 252 000 Personen (+ 1,0 %) auf 25,73 Mill. zu. Die Zahl der Arbeitslosen hat in der gleichen Zeitspanne um 76 000 Personen (- 3,3 %) auf jahresdurchschnittlich 2,23 Mill. abgenommen. Wie schon 1985 hat der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht ganz mit der positiven Entwicklung der Erwerbstatigenzahl Schritt gehalten. Ausschlaggebend für diesen Verlauf war neben dem Anstieg des Erwerbstatigenpotentials aufgrund der demographischen Faktoren auch, daß Personen als Erwerbstatige oder Arbeitslose auf den Arbeitsmarkt traten, die vorher nicht arbeitslos gemeldet

Schaubild 3



wies. Die monatliche Zahl der Arbeitslosen ging — mit Ausnahme des Februars — bis November stetig zurück und stieg dann im Dezember 1986 (+ 11 000) und im Januar 1987 (+ 15 000 Personen gegenüber dem Vormonat) wieder leicht an.

Im gleichen Umfang wie das Bruttoinlandsprodukt nahm von 1985 auf 1986 auch der Bestand an Produktionsanlagen (Maschinen, Gebäude u. ä.) — der Kapitalstock — zu. Wie Tabelle 4 zeigt, blieb somit der Kapitaleinsatz je Einheit Bruttoinlandsprodukt — der Kapitalkoeffizient — gegenüber 1985 unverändert. Der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen — die Kapitalintensität — hat sich weiter erhöht, was zum Anstieg der Arbeitsproduktivität beigetragen haben dürfte. Der Zuwachs der Kapitalintensität schwächte sich in den letzten Jahren jedoch immer mehr ab und lag von 1985 auf 1986 nur noch bei 1,5 %. Für den Unternehmenssektor ohne Wohnungsvermietung ergab die Entwicklung des Kapitalstocks ein ähnliches Bild wie für die Gesamtwirtschaft: Das Wachstum des Kapitalstocks von 1985 auf 1986 lag mit + 2,7 % nur geringfügig unter dem der Bruttowertschöpfung. Somit kam der in den letzten Jahren festzustellende Rückgang des Kapitalkoeffizienten fast zum Stillstand.

Die folgenden Ausführungen beschreiben den Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Anknüpfungspunkt ist die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, von der das Inlandsprodukt abgeleitet wird, indem (nur gesamtwirtschaftlich) die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen abgesetzt und die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer (Aufkommen an Steuern vom Umsatz und einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen) sowie die Einfuhrabgaben hinzugesetzt werden. Eine Aufgliederung dieser Übergangsposten auf Wirtschaftsbereiche ist aus statistischen Gründen problematisch.

Gemessen an der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen haben im Jahr 1986 alle in den Tabellen 5 und 6 dargestellten Wirtschaftsbereiche — mit Ausnahme der Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau

waren. Schaubild 3 zeigt die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen anhand saisonbereinigter Monatsangaben. Monatsergebnisse über die Erwerbstätigen insgesamt werden vom Statistischen Bundesamt seit Mitte des letzten Jahres veröffentlicht und sind voll auf die Konzepte und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgestimmt. Die Ergebnisse zeigen nach rechnerischer Ausschaltung saisonaler Einflüsse für die Erwerbstätigen einen stetigen leichten Anstieg gegenüber dem jeweiligen Vormonat, der sich gegen Jahresende etwas abgeschwächt hat, aber im Januar 1987 nach ersten vorläufigen Schätzungen noch eine Zunahme gegenüber Dezember 1986 um rund 10 000 Personen auf-

Tabelle 4: Kapitalstock, Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität
in Preisen von 1980

Jahr ¹⁾	Alle Wirtschaftsbereiche ²⁾			Unternehmen			Unternehmen ohne Wohnungsvermietung		
	Kapitalstock ³⁾	Kapitalkoeffizient ⁴⁾	Kapitalintensität ⁵⁾	Kapitalstock ³⁾	Kapitalkoeffizient ⁶⁾	Kapitalintensität ⁵⁾	Kapitalstock ³⁾	Kapitalkoeffizient ⁶⁾	Kapitalintensität ⁵⁾
	Mrd DM		1 000 DM	Mrd DM		1 000 DM	Mrd DM		1 000 DM
1981	7 144	4,8	274	5 705	4,7	268	2 944	2,6	138
1982	7 355	5,0	287	5 871	4,8	282	3 030	2,7	145
1983	7 557	5,1	299	6 034	4,9	296	3 111	2,7	153
1984	7 760	5,1	207	6 200	4,9	304	3 193	2,7	157
1985	7 959	5,1	312	6 363	4,8	311	3 278	2,7	160
1986	8 160	5,1	317	6 526	4,8	317	3 368	2,7	163
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
1981	3,3	3,2	4,1	3,3	3,2	4,6	3,4	3,6	4,7
1982	3,0	3,6	4,7	2,9	3,6	5,4	2,9	3,8	5,4
1983	2,8	1,2	4,3	2,8	1,2	4,9	2,7	1,2	4,9
1984	2,7	- 0,1	2,6	2,7	- 0,4	2,8	2,6	- 0,5	2,7
1985	2,6	- 0,0	1,9	2,6	- 0,5	2,2	2,6	- 0,5	2,2
1986	2,5	0,0	1,5	2,6	- 0,2	1,8	2,7	- 0,1	2,0

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Einschl. öffentlichen Tiefbaus — ³⁾ Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1980 (Mittelwert aus dem Jahresanfangs- und dem Jahresendbestand) — ⁴⁾ Verhältnis Kapitalstock zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980. — ⁵⁾ Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt) — ⁶⁾ Verhältnis Kapitalstock zu unbereinigter Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980

Tabelle 5: Bruttowertschöpfung

Jahr ¹⁾	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1980		
	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	davon		Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	davon	
		Unternehmen	Staat, private Haushalte ²⁾		Unternehmen	Staat, private Haushalte ²⁾
Mill. DM						
1981	1 489 330	1 276 670	212 660	1 428 510	1 224 500	204 010
1982	1 555 200	1 334 740	220 460	1 422 990	1 216 810	206 180
1983	1 631 000	1 402 580	228 420	1 444 060	1 236 050	208 010
1984	1 705 890	1 471 560	234 330	1 485 770	1 274 770	211 000
1985	1 791 200	1 547 060	244 140	1 529 720	1 314 550	215 170
1986	1 894 680	1 637 330	257 350	1 570 570	1 351 110	219 460
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1981	4,7	4,4	6,5	0,4	0,1	2,2
1982	4,4	4,5	3,7	-0,4	-0,6	1,1
1983	4,9	5,1	3,6	1,5	1,6	0,9
1984	4,6	4,9	2,6	2,9	3,1	1,4
1985	5,0	5,1	4,2	3,0	3,1	2,0
1986	5,8	5,8	5,4	2,7	2,8	2,0

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

— zum positiven gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftswachstum beigetragen. Vom Gewicht her am bedeutsamsten war dabei die Erhöhung der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Sonstigen Dienstleistungsunternehmen. Im Vergleich zur Entwicklung im Vorjahr fällt auf, daß sich in vielen Wirtschaftsbereichen die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung etwas abgeflacht hat. Besonders deutlich wird diese Abflachung im Warenproduzierenden Gewerbe (mit einer Zunahme um 2,1 %, nach

3,1 % im Vorjahr). Dies ist auf das stark exportabhängige Verarbeitende Gewerbe (Zunahme um 2,5 nach 5,0 %) zurückzuführen, sowie auf den Rückgang im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, während sich die Lage im Baugewerbe etwas gebessert hat. Bei den Dienstleistungsunternehmen zeichnete sich bei nach wie vor überdurchschnittlichen Zunahmen insgesamt eine leichte Abschwächung der Aufwärtsentwicklung ab, von der allerdings der Teilbereich Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen ausgenommen war. Dabei schlägt sich im Ergebnis für den Bereich Wohnungsvermietung insbesondere die nach wie vor unbefriedigende Neubautätigkeit nieder. Im Gegensatz zu diesen Tendenzen stand vor allem die Belebung im Handel, wo die preisbereinigte Bruttowertschöpfung 1986 um 2,2 % anstieg, nach + 1,5 % im Vorjahr. Das war aber ausschließlich auf eine kräftige Expansion im Einzelhandel zurückzuführen, während der Großhandel in etwa stagnierte. Die überdurchschnittliche Zunahme der Bruttowertschöpfung im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+ 5,9 % im Jahr 1986) ist auch im Zusammenhang mit dem erntebedingten Rückgang im Vorjahr zu sehen (statistischer Basiseffekt).

In jeweiligen Preisen gerechnet erhöhte sich die Bruttowertschöpfung der hier dargestellten Wirtschaftsbereiche in stark unterschiedlichem Maße, wobei sich im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau sogar ein Rückgang ergab. Charakteristisch dabei ist, daß in den meisten Wirtschaftsbereichen die nominelle Bruttowert-

Tabelle 6: Bruttowertschöpfung der Unternehmen

Jahr ¹⁾	Ins-gesamt ²⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr			Dienstleistungsunternehmen		
			zu-sammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Bau-gewerbe	zu-sammen	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	zu-sammen	darunter	
											Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	Wohnungsvermietung ³⁾
in jeweiligen Preisen												
Mill. DM												
1981	1 276 670	31 680	641 590	53 050	489 730	98 810	236 510	146 880	89 630	366 890	75 380	92 980
1982	1 334 740	36 340	656 980	58 770	502 850	95 360	243 730	149 950	93 780	397 690	86 930	101 000
1983	1 402 580	32 220	685 060	62 690	524 930	9 440	254 860	158 090	96 770	430 440	95 080	110 190
1984	1 471 560	34 800	710 210	65 320	546 990	97 900	267 300	165 350	101 950	459 250	99 390	117 440
1985	1 547 060	31 070	755 590	70 200	593 620	91 770	275 890	169 680	106 210	484 510	100 930	124 280
1986	1 637 330	33 030	810 470	68 380	646 490	95 600	280 820	171 440	109 380	513 010	103 930	129 650
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1981	4,4	4,3	1,5	5,7	1,4	-0,4	4,8	4,9	4,6	9,5	13,5	7,5
1982	4,5	14,7	2,4	10,8	2,7	-3,5	3,1	2,1	4,6	8,4	15,3	8,6
1983	5,1	-11,3	4,3	6,7	4,4	2,2	4,6	5,4	3,2	8,2	9,4	9,1
1984	4,9	8,0	3,7	4,2	4,2	0,5	4,9	4,6	5,4	6,7	4,5	6,6
1985	5,1	-10,7	6,4	7,5	8,5	-6,3	3,2	2,6	4,2	5,5	1,5	5,8
1986	5,8	6,3	7,3	-2,6	8,9	4,2	1,8	1,0	3,0	5,9	3,0	4,3
in Preisen von 1980												
Mill. DM												
1981	1 224 500	30 550	619 160	49 240	475 520	94 400	229 760	141 640	88 120	345 030	67 350	90 150
1982	1 216 810	36 010	601 960	47 730	464 150	90 080	226 890	138 330	88 560	351 950	69 650	92 710
1983	1 236 050	32 840	609 430	48 540	469 360	91 530	231 430	141 730	89 700	362 350	70 590	95 280
1984	1 274 770	35 590	621 580	47 990	482 170	91 420	240 410	146 970	93 440	377 190	71 280	98 470
1985	1 314 550	34 560	640 810	49 820	506 340	84 650	246 280	149 140	97 140	392 900	75 050	101 340
1986	1 351 110	36 600	654 480	49 260	519 010	86 210	251 970	152 370	99 600	408 060	79 490	103 640
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1981	0,1	0,6	-2,1	-1,9	-1,5	-4,8	1,8	1,2	2,9	3,0	1,4	4,2
1982	-0,6	17,9	-2,8	-3,1	-2,4	-4,6	-1,2	-2,3	0,5	2,0	3,4	2,8
1983	1,6	-8,8	1,2	1,7	1,1	1,6	2,0	2,5	1,3	3,0	1,3	2,8
1984	3,1	8,4	2,0	-1,1	2,7	-0,1	3,9	3,7	4,2	4,1	1,0	3,3
1985	3,1	-2,9	3,1	3,8	5,0	-7,4	2,4	1,5	4,0	4,2	5,3	2,9
1986	2,8	5,9	2,1	-1,1	2,5	1,8	2,3	2,2	2,5	3,9	5,9	2,3

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Unbereinigt, d. h. vor Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen — ³⁾ Einschl. Nutzung durch Eigentümer

schöpfung starker zunahm, als das die kurzfristig verfügbaren statistischen Output-Indikatoren (Umsätze, Einnahmen) signalisieren Dies ist vor allem auf die durch die Wechselkurs- und Erdölpreisentwicklung bedingten Preisrückgänge insbesondere bei importierten Vorleistungsgütern zurückzuführen, die tendenziell zu einer Kostenentlastung und damit zu einem verstärkten Anstieg der nominalen Wertschöpfung der Unternehmen geführt haben Zu beobachten ist, daß in den betreffenden Wirtschaftsbereichen die Inputpreise starker rückläufig waren als die Outputpreise. Besonders ausgeprägt tritt dieser positive Terms-of-Trade-Effekt im Verarbeitenden Gewerbe zutage, wo eine Zunahme der nominellen Wertschöpfung um rund 9 % ermittelt wurde, obwohl die Erzeugerpreise leicht rückläufig waren Deutlich überdurchschnittlich hat sich auch die nominelle Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen (+ 5,9 %) sowie im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+ 6,3 %) entwickelt, womit im Agrarbereich aber der Rückgang im Vorjahr noch nicht vollständig ausgeglichen werden konnte. In den Bereichen Handel und Verkehr, Nachrichtenübermittlung fiel die Zunahme der Wertschöpfung nur gering aus (+ 1 bzw 3 %) Dies hängt mit den teilweise starken Umsatzrückgängen in einigen Verkehrsbereichen und dem starken Rückgang des Index der Großhandelsverkaufspreise zusammen (— 7,4 %), womit hier die Verbilligungen beim Warenbezug im wesentlichen weitergegeben worden sein dürften.

Einen Überblick über die vierteljährliche Entwicklung nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen gibt die folgende Aufstellung.

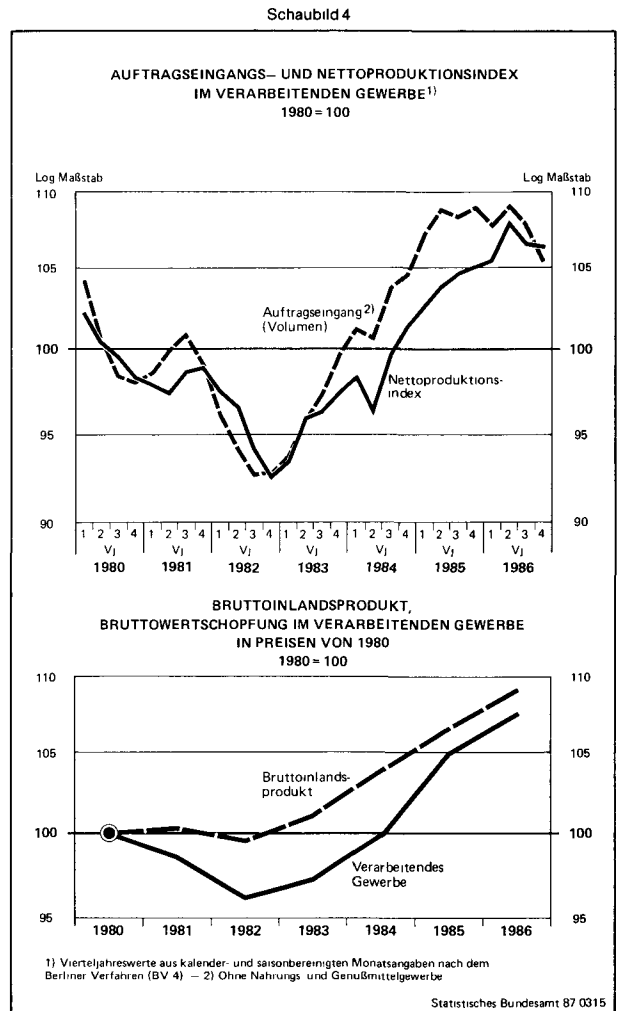
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung 1986 in Preisen von 1980

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,2	+ 2,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 5,2	+ 11,2	+ 0,5	+ 17,5
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 0,8	+ 4,5	+ 1,8	+ 1,4
Handel und Verkehr	+ 1,6	+ 4,5	+ 1,2	+ 2,0
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,1
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1

Wie bereits erwähnt, ist bei der unterjährigen Betrachtung zu beachten, daß die Ergebnisse für das erste Vierteljahr 1986 durch einen negativen und für das zweite Vierteljahr durch einen positiven Kalendereffekt (das heißt weniger bzw mehr Arbeits- und Verkaufstage) überzeichnet sind, was sich insbesondere in den Ergebnissen für das Warenproduzierende Gewerbe sowie bei Handel und Verkehr niederschlägt. Konjunkturell bedeutsam erscheint die Abschwächung der Zunahmen beim Warenproduzierenden Gewerbe im vierten Quartal. Dies ist hier insbesondere auf die abgeflachte Entwicklung im stark exportabhängigen Verarbeitenden Gewerbe sowie auf die Rückgänge bei Energiewirtschaft und Bergbau zurückzuführen.

Die wirtschaftliche Situation im Verarbeitenden Gewerbe kann an Schaubild 4 verdeutlicht werden. Darin wird dem preisbereinigten Auftragseingangsindex als Nachfrageindikator der Nettoproduktionsindex als Angebotsindikator gegenübergestellt. In der Phase der Auf-



wärtsentwicklung seit Anfang 1983 hat die Kurve des Auftragseingangsindex relativ deutlich über der des Nettoproduktionsindex gelegen. Im Verlauf des Jahres 1986 näherten sich die Kurven erstmals wieder einander an und kreuzten sich schließlich im vierten Quartal (wie zuletzt Anfang 1982). Dabei haben die Rückgänge beim Auftragseingang in den letzten Monaten des Berichtsjahres (im Vorjahresvergleich) die bisherige Expansion der Produktion zumindest vorübergehend zum Stillstand gebracht. Ergänzend zu dieser Darstellung werden im Schaubild 4 zur Kennzeichnung der konjunkturellen Situation die jährliche Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nachgewiesen. Die Entwicklung in den übrigen Wirtschaftsbereichen war im Berichtsjahr weitgehend schwankungsfrei (Dienstleistungsunternehmen, Staat usw.) oder durch Sondereinflüsse geprägt (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei).

2 Verwendung des Sozialprodukts

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde 1986 von der Inlandsnachfrage getragen. Die in Tabelle 7 dargestellten Ergebnisse der Verwendungsseite des Sozialprodukts zeigen real einen starken Anstieg (+ 3,7 %) der Nachfrage nach Gütern der letzten inländischen Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen) In den drei vorangegangenen Jahren war die Zunahme der inländischen Nachfrage deutlich schwächer

gewesen und in den Jahren 1981 und 1982 hatte sie sogar abgenommen. Die Auslandsnachfrage, die 1984 und 1985 in hohem Maße zum wirtschaftlichen Wachstum beigetragen hatte, wirkte im Berichtsjahr kontraktiv. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen gingen von 1985 auf 1986 real um 0,5 % zurück. In der Entwicklung der letzten inländischen Verwendung schlug sich vor allem der kräftige Anstieg des Privaten Verbrauchs (+ 4,2 %) nieder. Aber auch die Anlageinvestitionen (+ 3,3 %) trugen 1986 — nach einem Rückgang um 0,3 % 1985 — merklich zur Stärkung der Inlandsnachfrage bei. Ein beträchtlicher Teil der Nachfrage der inländischen Sektoren wurde im Ausland gedeckt; die Importe von Waren und Dienstleistungen nahmen real um 3,2 % zu. Der Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr) war im Berichtsjahr in Preisen von 1980 mit 61,2 Mrd. DM um 17,5 Mrd. DM niedriger als 1985.

In jeweiligen Preisen zeigen die einzelnen Verwendungsaggregate in Tabelle 7 für die letzte inländische Verwendung zusammen einen Anstieg um 3,9 % (nach + 3,6 % 1985). Der Außenbeitrag, für den in Preisen von 1980 gegenüber 1985 eine starke Abnahme zu verzeichnen war, stieg in jeweiligen Preisen um 33,7 auf 106,4 Mrd. DM an. Ausschlaggebend dafür war die nominell rückläufige Entwicklung der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (— 8,0 %), die zu einem großen Teil mit den gesunkenen Einfuhrpreisen infolge des gestiegenen Außenwerts der DM und der Preisrückgänge für Rohöl und Mineralölprodukte sowie andere Rohstoffe erklärt werden kann

Für die Preisentwicklung der Aggregate der letzten inländischen Verwendung ergab sich zusammen ein Anstieg um nur 0,2 %. Die Terms of Trade, die das Verhältnis von Ausfuhrpreis- zu Einfuhrpreisentwicklung angeben, stiegen dagegen 1986 extrem stark um 10,6 %. Dieser Anstieg resultierte aus einer Abnahme der Ausfuhrpreise um 1,5 % und einem Rückgang der Einfuhrpreise um 10,9 %

Preisentwicklung			
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
	1984	1985	1986
Letzte inländische Verwendung	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,2
Terms of Trade	- 1,2	+ 0,5	+ 10,6
Bruttosozialprodukt	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,1

Der starke Anstieg der Terms of Trade, der sich rechnerisch in einer stärkeren Entwicklung des Sozialproduktsdeflators niederschlägt und auf einen vergrößerten realen Verteilungsspielraum im Inland hinweist, bedeutet, daß 1986 die aus der Verbilligung der Einfuhren eingesparten Mittel nicht völlig in Form entsprechender Ausfuhrpreissenkungen an die übrige Welt zurückgegeben werden mußten, sondern zu einem erheblichen Teil als zusätzliches verfügbares Einkommen den inländischen Sektoren verblieben. Der Anstieg des Sozialproduktsdeflators bringt damit letztlich zum Ausdruck, wie sich die von Inländern erbrachte wirtschaftliche Leistung verteuert hat¹⁾.

¹⁾ Auf diese Zusammenhänge wurde von Lutzel, H. in dem Aufsatz „Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 2/1987, S. 115 ff, näher eingegangen

Tabelle 7 Verwendung des Sozialprodukts

Jahr ¹⁾	Letzte inländische Verwendung von Gütern										Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	Nachrichtlich	
	Bruttosozialprodukt	insgesamt	Letzter Verbrauch			Bruttoinvestitionen				Vorratsveränderung		Ausfuhr	Einfuhr
			zu-sammen	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	zu-sammen	Anlageinvestitionen		Bauten				
			zu-sammen			zu-sammen	zu-sammen	Ausrüstungen					von Waren und Dienstleistungen ²⁾
in jeweiligen Preisen													
Mill DM													
1981	1 545 100	1 529 850	1 206 010	887 850	318 160	323 840	335 240	127 650	207 590	- 11 400	15 250	482 110	466 860
1982	1 597 100	1 559 630	1 244 240	918 050	326 190	315 390	326 890	124 900	201 990	- 11 500	37 470	517 540	480 070
1983	1 679 300	1 642 390	1 300 370	964 160	336 210	342 020	343 820	135 600	208 220	- 1 800	36 910	524 630	487 720
1984	1 763 100	1 712 800	1 353 070	1 002 840	350 230	359 730	354 630	137 580	217 050	5 100	50 300	587 970	537 670
1985	1 847 000	1 774 300	1 407 500	1 041 790	365 710	366 800	359 300	153 850	205 450	7 500	72 700	647 340	574 640
1986	1 949 000	1 842 640	1 464 150	1 081 060	383 090	378 490	375 890	162 220	213 670	2 600	106 360	634 840	528 480
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
in Mill DM													
1981	4,0	2,8	5,9	5,6	6,8	- 7,4	- 0,2	0,2	- 0,4	- 25 200	18 220	14,2	9,8
1982	3,4	1,9	3,2	3,4	2,5	- 2,6	- 2,5	- 2,2	- 2,7	- 100	22 220	7,3	2,8
1983	5,1	5,3	4,5	5,0	3,1	8,4	5,2	8,6	3,1	9 700	- 560	1,4	1,6
1984	5,0	4,3	4,1	4,0	4,2	5,2	3,1	1,5	4,2	6 900	13 390	12,1	10,2
1985	4,8	3,6	4,0	3,9	4,4	2,0	1,3	11,8	- 5,3	2 400	22 400	10,1	6,9
1986	5,5	3,9	4,0	3,8	4,8	3,2	4,6	5,4	4,0	- 4 900	33 660	- 1,9	- 8,0
in Preisen von 1980													
Mill DM													
1981	1 485 300	1 448 660	1 139 670	836 380	303 290	308 990	319 690	121 810	197 880	- 10 700	36 640	456 730	420 090
1982	1 471 000	1 419 250	1 125 970	825 230	300 740	293 280	302 880	113 590	189 290	- 9 600	51 750	471 450	419 700
1983	1 497 800	1 451 980	1 141 040	839 600	301 440	310 940	312 440	119 900	192 540	- 1 500	45 820	468 810	422 990
1984	1 542 400	1 479 800	1 160 700	851 880	308 820	319 100	314 900	119 360	195 540	4 200	62 600	508 660	446 060
1985	1 580 800	1 502 110	1 182 410	866 930	315 480	319 700	313 900	130 530	183 370	5 800	78 690	545 600	466 910
1986	1 618 400	1 557 210	1 226 960	903 500	323 460	330 250	324 150	136 540	187 610	6 100	61 190	543 100	481 910
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
in Mill DM													
1981	0,0	- 2,7	0,1	- 0,5	1,8	- 11,6	- 4,8	- 4,3	- 5,1	- 24 500	39 610	8,2	- 1,2
1982	- 1,0	- 2,0	- 1,2	- 1,3	- 0,8	- 5,1	- 5,3	- 6,7	- 4,3	1 100	15 110	3,2	- 0,1
1983	1,8	2,3	1,3	1,7	0,2	6,0	3,2	5,6	1,7	8 100	- 5 930	- 0,6	0,8
1984	3,0	1,9	1,7	1,5	2,4	2,6	0,8	- 0,5	1,6	5 700	16 780	8,5	5,5
1985	2,5	1,5	1,9	1,8	2,2	0,2	- 0,3	9,4	- 6,2	1 600	16 090	7,3	4,7
1986	2,4	3,7	3,8	4,2	2,5	3,3	3,3	4,6	2,3	300	- 17 500	- 0,5	3,2

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Wie bereits dargestellt, verlief der Anstieg des Sozialprodukts in Preisen von 1980 in den ersten beiden Quartalen 1986 sehr unterschiedlich, in den letzten beiden Quartalen dagegen ziemlich gleichmäßig:

Verwendung des Sozialprodukts 1986 in Preisen von 1980
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj
Bruttosozialprodukt	+ 1,6	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,4
Privater Verbrauch	+ 3,3	+ 5,6	+ 4,0	+ 4,0
Staatsverbrauch	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,0
Ausrüstungsinvestitionen	+ 4,2	+ 10,2	+ 2,7	+ 2,2
Bauinvestitionen	- 0,2	+ 2,3	+ 1,2	+ 5,3
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	- 1,5	+ 2,1	- 1,5	- 0,9
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	- 1,7	+ 8,2	+ 2,1	+ 4,3

Schaubild 5 veranschaulicht, wie sich die Zunahme des Sozialprodukts gegenüber dem Vorjahresquartal (in

Mrd. DM ausgedrückt) in den einzelnen Vierteljahre 1986 aus dem Anstieg der Inlandsnachfrage einerseits, der Entwicklung der Auslandsnachfrage und der Einfuhr andererseits zusammensetzt. Die starke Zunahme der Aggregate der letzten inländischen Verwendung im zweiten Vierteljahr 1986 (+ 5,3 % bzw. + 19,5 Mrd. DM gegenüber dem zweiten Quartal 1985) hat sich in den folgenden Vierteljahren nicht in gleichem Maße fortgesetzt. Außerdem wies die Nachfrage aus der übrigen Welt im zweiten Vierteljahr 1986 einen — wenn auch geringen — Anstieg auf. Im dritten und vierten Quartal 1986 war die Zunahme der Inlandsnachfrage im Vorjahresvergleich noch sehr hoch, erreichte aber nicht den Zuwachs im zweiten Vierteljahr. Die Auslandsnachfrage war in den letzten beiden Quartalen sogar tiefer als vor Jahresfrist. Die deutsche Nachfrage im Ausland war dagegen höher als vor einem Jahr, wenn auch die Zunahmen im dritten und vierten Quartal nicht ganz die im zweiten Quartal erreichten.

Die Vierteljahresangaben für die Verwendungsseite des Sozialprodukts zeigen in jeweiligen Preisen eine ähnliche Abstufung der Entwicklung wie die Ergebnisse in Preisen von 1980:

Verwendung des Sozialprodukts 1986 in jeweiligen Preisen
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj
Bruttosozialprodukt	+ 4,8	+ 6,6	+ 5,2	+ 5,6
Privater Verbrauch	+ 3,6	+ 4,8	+ 3,5	+ 3,3
Staatsverbrauch	+ 3,7	+ 5,8	+ 5,5	+ 4,2
Ausrüstungsinvestitionen	+ 5,1	+ 11,0	+ 3,3	+ 3,1
Bauinvestitionen	+ 1,0	+ 4,2	+ 2,9	+ 7,1
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	- 1,5	+ 0,4	- 3,6	- 2,9
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	- 8,6	- 4,7	- 10,8	- 8,0

Der Private Verbrauch wies im vierten Vierteljahr eine etwas niedrigere Zunahme (+ 3,3 % gegenüber dem vierten Quartal 1985) auf als in den vorangegangenen Vierteljahren. Andererseits nahmen die Bauinvestitionen — begünstigt durch die milde Witterung — in den letzten Monaten 1986 gegenüber dem Vorjahr kräftig zu. Die Aggregate der letzten inländischen Verwendung erhöhten sich — zusammen betrachtet — vom vierten Vierteljahr 1985 zum vierten Quartal 1986 nominal um 4,6 % (nach + 2,5, + 5,1 und + 3,1 % im ersten bis dritten Vierteljahr). Der Außenbeitrag war in jeweiligen Preisen im vierten Vierteljahr 1986 um über 6 Mrd. DM höher als vor Jahresfrist, im dritten Vierteljahr hatte die Zunahme gegenüber dem Vorjahresquartal dagegen noch 10 Mrd. DM betragen. In allen Vierteljahren 1986 ging die Einfuhr nominal kräftig zurück. In dieser Entwicklung spiegeln sich zum großen Teil die rückläufigen Preise für die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (- 7,1, - 11,9, - 12,6, - 11,8 % in den vier Quartalen 1986 gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen). Die Ausfuhr wies im ersten, dritten und vierten Quartal nominal ebenfalls Rückgänge auf, die aber im Vergleich zur Einfuhrentwicklung weniger ausgeprägt waren.

Für den Privaten Verbrauch, auf den 56 % des Bruttosozialprodukts entfallen, wurden 1986, ebenso wie in den beiden vorangegangenen Jahren, knapp 40 Mrd. DM mehr ausgegeben als im Vorjahr. Er nahm im Berichtsjahr mit + 3,8 % (nach + 4,0 bzw. + 3,9 % 1984 und 1985) deutlich weniger stark zu als das verfügbare Einkommen der Haushalte (+ 4,4, nach + 4,3 und + 3,9 %). Die Preis-

Schaubild 5

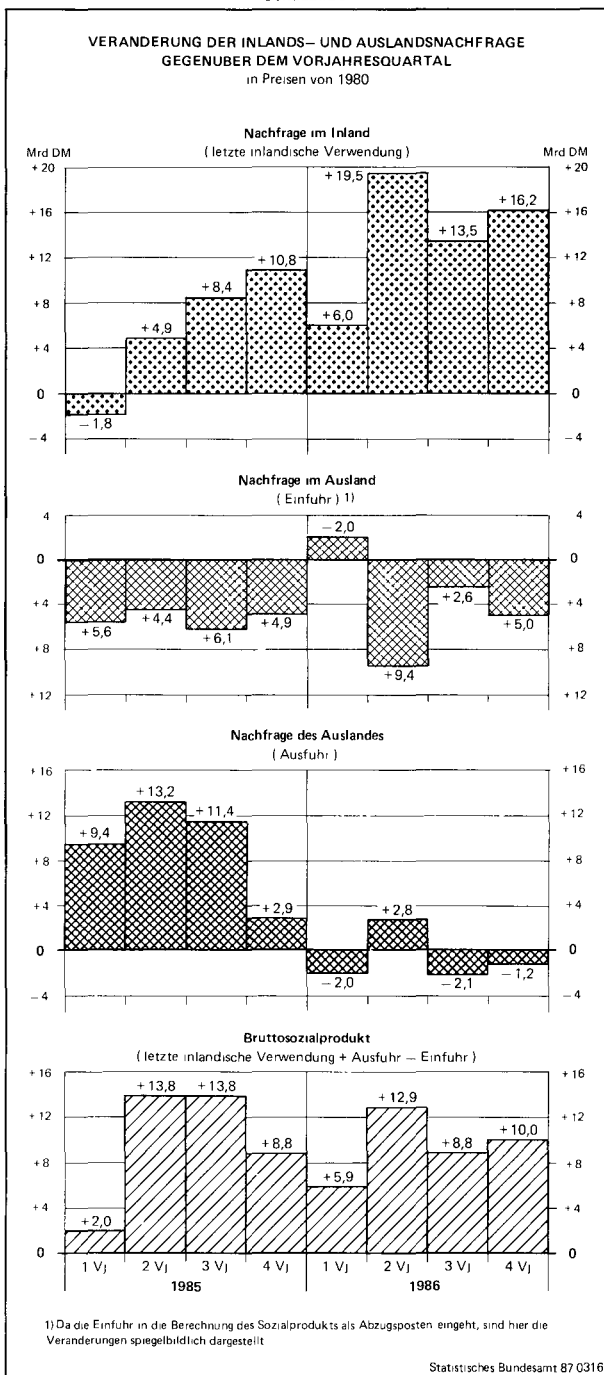


Tabelle 8: Privater Verbrauch

Jahr ¹⁾	In jeweiligen Preisen						In Preisen von 1980		
	insgesamt	darunter (Verwendungszwecke) ²⁾					je Einwohner ⁵⁾	insgesamt	je Einwohner ⁵⁾
		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Wohnungsmieten ³⁾	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Ubrige Verwendungszwecke ⁴⁾			
		Mill DM					DM	Mill DM	DM
1981	887 850	212 000	120 590	49 860	128 310	346 830	14 394	836 380	13 560
1982	918 050	221 910	129 910	52 910	131 900	352 150	14 894	825 230	13 388
1983	964 160	227 520	140 560	54 490	144 240	368 330	15 697	839 600	13 669
1984	1 002 840	232 250	150 090	59 760	149 540	384 090	16 393	851 880	13 925
1985	1 041 790	235 660	159 340	64 880	156 540	397 640	17 072	866 930	14 206
1986	1 081 060	240 140	166 240	56 790	167 140	418 010	17 708	903 500	14 800
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
1981	5,6	6,0	8,0	12,8	5,4	4,4	5,4	- 0,5	- 0,7
1982	3,4	4,7	7,7	6,1	2,8	1,5	3,5	- 1,3	- 1,3
1983	5,0	2,5	8,2	3,0	9,4	4,6	5,4	1,7	2,1
1984	4,0	2,1	6,8	9,7	3,7	4,3	4,4	1,5	1,9
1985	3,9	1,5	6,2	8,6	4,7	3,5	4,1	1,8	2,0
1986	3,8	1,9	4,3	- 12,5	6,8	5,1	3,7	4,2	4,2

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Käufe der privaten Haushalte im Inland. Gliederung nach den Hauptgruppen der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte. — ³⁾ Einschl. Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ⁴⁾ Bekleidung, Schuhe, Güter für die Haushaltsführung, für die Gesundheits- und Körperpflege, für Bildung, Unterhaltung, Freizeit, für persönliche Ausstattung und Güter sonstiger Art. — ⁵⁾ Durchschnittswert des letzten Jahres für die Bevölkerung geschätzt.

entwicklung des Privaten Verbrauchs (nach den Abgrenzungen und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) war im Berichtszeitraum erstmals seit 1953 rückläufig (- 0,4 %). In Preisen von 1980 hatte der Private Verbrauch im Berichtsjahr den stärksten Anstieg (+ 4,2 %) seit zehn Jahren.

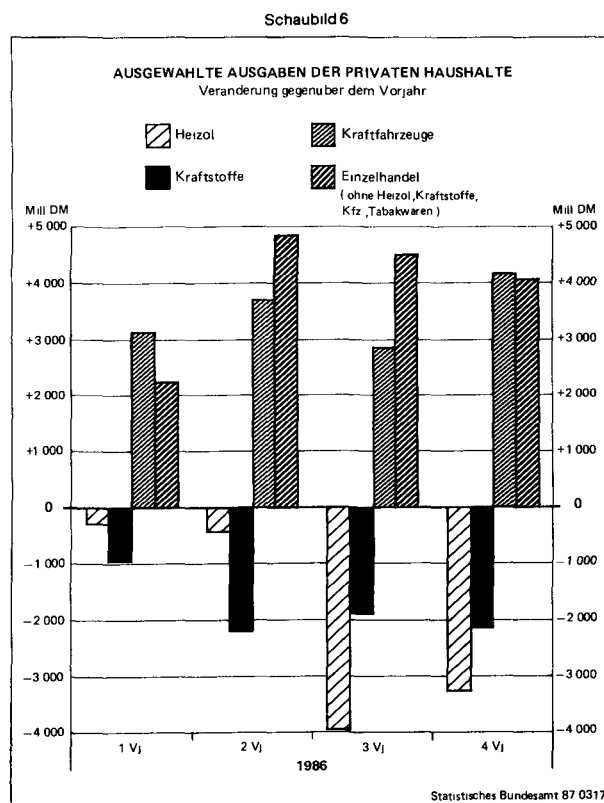
Die Vierteljahresergebnisse des Privaten Verbrauchs zeigen in den einzelnen Quartalen recht unterschiedliche Entwicklungen:

Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen				Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %			
1985				1986			
1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj
+ 2,4	+ 3,7	+ 5,1	+ 4,3	+ 3,6	+ 4,8	+ 3,5	+ 3,3

Den höchsten Zuwachs wies 1986 das zweite Quartal auf; in der zweiten Jahreshälfte verlangsamten sich die Zunahmen für den Privaten Verbrauch deutlich. Die Mehrausgaben und Ersparnisse bei den Käufen der privaten Haushalte — jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal — sind im Schaubild 6 dargestellt. Erheblich mehr wurde für die Anschaffung von Personenkraftwagen aufgewendet. Dem standen preisbedingte Einsparungen bei den Ausgaben für Kraftstoffe und Heizöl, letztere insbesondere ab dem dritten Quartal 1986, gegenüber.

In der Gliederung der Käufe der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken (siehe Tabelle 8) wurde im Berichtsjahr in nahezu allen Hauptgruppen mit Ausnahme der Energieaufwendungen mehr ausgegeben als im Jahr zuvor. Am stärksten nahmen mit + 6,8 % die Aufwendungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung zu. Insgesamt wurden hierfür rund 10,6 Mrd. DM mehr ausgegeben als 1985. Benzin und Dieselloststoffe belasteten das Budget der privaten Haushalte trotz der mengenmäßigen Zunahme um 4,4 % durch den starken Preisverfall (- 24,5 %) um etwa 7,1 Mrd. DM weniger als im Vorjahr. Dieser Einsparung standen Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen einschließlich Reparaturen von etwa 16 Mrd. DM gegenüber (siehe auch Schaubild 6). Im Berichtsjahr wurden — wie die Zulassungsstatistik ausweist — 1,9 Mill.

Kraftfahrzeuge von Arbeitnehmern neu zugelassen (+ 27,7 % oder ca. 413 000 Personenwagen mehr als 1985). Etwa ein Drittel aller zusätzlichen Fahrzeuge wurde im vierten Vierteljahr registriert, was auch im Zusammenhang mit der Ausschlussfrist für die steuerliche Begünstigung schadstoffarmer Autos Ende Dezember zu sehen ist. Der Anteil der als schadstoffarm eingestufteten Wagen stieg im Dezember auf 77 % der Neuzulassungen. Für Güter für die persönliche Ausstattung wurden 6,4 % mehr ausgegeben, für Bildung, Unterhaltung, Freizeit 5,5 %, für Bekleidung, Schuhe 5,0 % und für die drei Hauptgruppen Wohnungsvermietung (einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen), Möbel und Haushaltsgüter sowie für Gesundheits- und Körperpflege jeweils 4,3 % mehr. Unter-



durchschnittlich nahmen die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren zu (+ 1,9 %) Im Berichtsjahr wurden für knapp 4,5 Mrd. DM mehr Nahrungsmittel gekauft als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Käufen der privaten Haushalte im Inland insgesamt schrumpfte von 25 % im Jahr 1980 auf unter 23 % Weniger ausgegeben als im Vorjahr haben 1986 die privaten Haushalte für Energie (ohne Kraftstoffe) Ausschlaggebend für Einsparungen von rund 8 Mrd DM war der rapide Preisrückgang beim leichten Heizöl Zahlten die Haushalte 1985 im Durchschnitt 0,78 DM pro Liter Heizöl, fiel der Preis im Berichtsjahr auf etwa 0,45 DM/Liter. Die Verbraucher reagierten sehr schnell auf diese für sie günstige Preisentwicklung Wie die nachfolgende Darstellung der unterjährigen Mengen- und Preisentwicklung für Heizöl zeigt, nutzten die Haushalte den Preiseinbruch in den ersten beiden Quartalen verstärkt zur Auffüllung ihrer Lager

Absatz von leichtem Heizöl an private Haushalte und Preisentwicklung für leichtes Heizöl

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

	1985				1986			
	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj
Menge	- 3,0	+ 4,1	+ 21,8	+ 9,0	+ 35,1	+ 54,5	- 19,7	- 25,1
Preis	+ 12,5	+ 5,1	+ 2,8	- 1,8	- 29,5	- 40,7	- 55,7	- 57,8

Neben den Käufen der Haushalte im Inland gehen auch die Reiseausgaben der Inländer und Ausländer und der Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbzweck in den Privaten Verbrauch ein. Der Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbzweck erhöhte sich 1986 um 11,7 % nach 8,2 % im Jahr zuvor. Die Inländer gaben im Berichtsjahr (vor allem in der zweiten Jahreshälfte) im Ausland rund 1,2 Mrd. DM mehr aus (+ 2,7 % nach + 6,8 % 1985). Die Ausländer hingegen schrankten ihre Reiseausgaben im Inland um 6,1 % oder 2 Mrd DM ein Damit hat sich die starke Zunahme der Ausgaben ausländischer Touristen u. ä., die in den Vorjahren zu beobachten war (+ 16,4 % 1984, + 11,7 % 1985) im Berichtsjahr nicht fortgesetzt

Für den Staatsverbrauch wurden 1986 in jeweiligen Preisen 4,8 % mehr aufgewendet als im Vorjahr. Damit setzte sich, ausgehend von einem im längerfristigen Vergleich außerordentlich niedrigen Zuwachs im Jahr 1982, die in den Folgejahren zu beobachtende leichte Beschleunigung des Anstiegs des Staatsverbrauchs auch im Berichtsjahr fort (siehe Tabelle 9). Für die Entwicklung des Staatsverbrauchs im Jahr 1986 war vom Gewicht her der Anstieg der Einkommen aus unselbständiger Arbeit im öffentlichen Dienst (+ 5,0 %) am bedeutsamsten. Maßgeblich dafür waren vor allem die Tarifierung für Angestellte und Arbeiter um 3,5 % sowie eine entsprechende Erhöhung der Beamtengehälter ab Januar 1986, daneben Anhebungen der allgemeinen Zulage und des Urlaubsgeldes für untere Einkommensgruppen sowie Verbesserungen des Ortszuschlages für kinderreiche Familien. Von den Käufen des Staates für laufende Produktionszwecke (1986: + 4,3 %) nahmen die der Sozialversicherung — wie auch in den beiden Vorjahren — überdurchschnittlich zu, insbesondere bedingt durch den kräftigen Zuwachs der Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung für soziale Sachleistungen zugunsten der bei ihr Versicherten. Die Ausgaben für Käufe der Gebietskörperschaften für zivile Zwecke sowie für Verteidigungszwecke erhöhten sich dagegen nur relativ schwach (1986: + 3,4 bzw. + 2,4 %). In konstanten Preisen des Jahres 1980 gerechnet war der Staatsverbrauch 1986 um 2,5 % höher als im Vorjahr (1985: + 2,2 %).

Die Anlageinvestitionen sind 1986 gegenüber 1985 kraftig gestiegen. Mit real + 3,3 % war die Veränderung deutlich günstiger als in den beiden vorangegangenen Jahren und entsprach der des Jahres 1983, wie aus Tabelle 10 hervorgeht. Ausrüstungs- und Bauinvestitionen haben sich insbesondere ab 1984 stark unterschiedlich entwickelt. Die Bauinvestitionen nahmen real 1981 und 1982 und besonders stark 1985 ab, die Ausrüstungsinvestitionen zeigen in konstanten Preisen ebenfalls 1981 und 1982 starke Rückgänge, 1985 aber eine kräftige Zunahme. Auf die Entwicklung der beiden Aggregate wird in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

Tabelle 9 Staatsverbrauch

Jahr ¹⁾	In jeweiligen Preisen								In Preisen von 1980
	insgesamt (Sp 2 + 5 - 7)	Käufe von Gütern für die laufende Produktion			Bruttowertschöpfung ²⁾		Verkäufe von Verwaltungsleistungen ³⁾	nachrichtlich	insgesamt
		zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen	darunter geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Staatsverbrauch für zivile Zwecke	
								1	
Mill DM									
1981	318 160	179 280	90 400	88 880	183 720	173 000	44 840	274 490	303 290
1982	326 190	184 940	95 060	89 880	189 580	178 070	48 330	280 990	300 740
1983	336 210	191 700	99 040	92 660	195 790	183 590	51 280	288 410	301 440
1984	350 230	203 700	103 760	99 940	200 070	187 230	53 540	301 300	308 820
1985	365 710	213 870	108 500	105 370	207 730	194 380	55 890	315 710	315 480
1986	383 090	223 090	111 930	111 160	217 850	204 020	57 850	331 650	323 460
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
1981	6,8	7,6	7,2	8,0	6,6	6,4	8,9	6,6	1,8
1982	2,5	3,2	5,2	1,1	3,2	2,9	7,8	2,4	- 0,8
1983	3,1	3,7	4,2	3,1	3,3	3,1	6,1	2,6	0,2
1984	4,2	6,3	4,8	7,9	2,2	2,0	4,4	4,5	2,4
1985	4,4	5,0	4,6	5,4	3,8	3,8	4,4	4,8	2,2
1986	4,8	4,3	3,2	5,5	4,9	5,0	3,5	5,0	2,5

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit, gezahlte Produktionssteuern und Abschreibungen — ³⁾ Einschl. selbsterstellter Anlagen

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen 1986 gegenüber 1985 in jeweiligen Preisen um 5,4 % und in Preisen von 1980 um 4,6 %, also deutlich weniger als 1985 (+ 11,8 bzw. + 9,4 %). Die Vierteljahresrechnung zeigt für das dritte und vierte Quartal 1986 nur noch relativ geringe Zunahmen der Ausrüstungsinvestitionen:

Ausrüstungsinvestitionen in Preisen von 1980

	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %			
	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj
1983	- 0,9	+ 6,1	+ 4,1	+ 11,0
1984	+ 1,8	- 9,5	+ 4,8	+ 1,0
1985	+ 9,2	+ 17,4	+ 3,8	+ 8,3
1986	+ 4,2	+ 10,2	+ 2,7	+ 2,2

Bei der Beurteilung dieser Entwicklung muß allerdings gesehen werden, daß auch der Verlauf in den Vorjahren ziemlich unstetig gewesen ist. Dies kann nur zu einem Teil durch Sondereffekte erklärt werden. Dabei ist an die Ende 1983 ausgelaufene Investitionsförderung nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1982 zu erinnern, die zu Vorzieheffekten im Jahr 1983 geführt haben dürfte, das heißt entsprechend niedrigere Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 1984 zur Folge hatte. Das Ergebnis des Jahres 1984 wurde ferner durch die Arbeitskämpfe in der Metall- und der Druckindustrie negativ beeinflusst. Beide Einflüsse haben als „Basiseffekt“ zu starken Zunahmen 1985 geführt. Darüber hinaus muß ganz allgemein bedacht werden, daß im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen eine Reihe gewichtiger Güterarten wie Luft- und Wasserfahrzeuge, aber auch nachrichtentechnische Einrichtungen, Großrechenanlagen u. a. in größeren unregelmäßigen Abständen und vielfach mit sehr hohen Beträgen zu Buche

schlagen. Dieser Sachverhalt kann mitunter eine analytische Deutung sowohl der Ursprungswerte als auch der saisonbereinigten Vierteljahreswerte der Ausrüstungsinvestitionen erschweren.

Die Untergliederung der neuen Ausrüstungen — diese unterscheiden sich von den vorgenannten Ausrüstungsinvestitionen um den Nettoabgang gebrauchter Ausrüstungsgüter — nach Güterarten ergibt nach den noch nicht ganz vollständigen Unterlagen ein ziemlich heterogenes Bild. Danach wird im Jahr 1986 die Investitionsnachfrage vor allem durch Neuanschaffungen von Maschinenbauerzeugnissen (+ 7 %) und insbesondere von Straßenfahrzeugen (+ 15 %) gestützt. Letztere haben sicher im Berichtsjahr von der Beseitigung der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Katalysatordiskussion und von den — in den Folgejahren sich vermindernenden — steuerlichen Anreizen für schadstoffarme Autos profitiert. Nach den vorliegenden Unterlagen haben diese Anreize jedoch auf die Käufe durch Investoren nicht ganz so stark durchgeschlagen wie auf die Käufe der privaten Haushalte. Auffallend ist die Abschwächung bei der Neuanschaffung von Büromaschinen und ADV-Geräten, die von 1983 bis 1985 mit Zunahmen um 20 % und mehr einen stark zunehmenden Teil der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ausgemacht hatten, aber im Berichtsjahr in jeweiligen Preisen nur noch um 1 % stiegen. Allerdings ist zu beachten, daß die Preise für diese Güter stark zurückgegangen sind, u. a. auch — bei einem Einfuhranteil von über 50 % — aufgrund der gestiegenen Kaufkraft der DM vor allem gegenüber dem US-Dollar. Real sind Büromaschinen und

Tabelle 10. Anlageinvestitionen

Jahr ¹⁾	Anlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			
	insgesamt	Unternehmen ²⁾	Staat	zusammen	Unternehmen ²⁾	Staat	zusammen	Unternehmen ²⁾		Staat
								zusammen	darunter Wohnbauten ³⁾	
in jeweiligen Preisen Mill. DM										
1981	335 240	285 420	49 820	127 650	122 550	5 100	207 590	162 870	101 270	44 720
1982	326 890	281 630	45 260	124 900	120 230	4 670	201 990	161 400	99 170	40 590
1983	343 820	302 050	41 770	135 600	130 940	4 660	208 220	171 110	106 790	37 110
1984	354 630	312 890	41 740	137 580	132 470	5 110	217 050	180 420	112 430	36 630
1985	359 300	317 170	42 130	153 850	148 130	5 720	205 450	169 040	101 980	36 410
1986	375 890	330 020	45 870	162 220	155 730	6 490	213 670	174 290	102 370	39 380
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1981	- 0,2	1,0	- 6,2	0,2	0,5	- 6,6	- 0,4	1,3	0,7	- 6,1
1982	- 2,5	- 1,3	- 9,2	- 2,2	- 1,9	- 8,4	- 2,7	- 0,9	- 2,1	- 9,2
1983	5,2	7,3	- 7,7	8,6	8,9	- 0,2	3,1	6,0	7,7	- 8,6
1984	3,1	3,6	- 0,1	1,5	1,2	9,7	4,2	5,4	5,3	- 1,3
1985	1,3	1,4	0,9	11,8	11,8	11,9	- 5,3	- 6,3	- 9,3	- 0,6
1986	4,6	4,1	8,9	5,4	5,1	13,5	4,0	3,1	0,4	8,2
in Preisen von 1980 Mill. DM										
1981	319 690	271 730	47 960	121 810	116 920	4 890	197 880	154 810	95 990	43 070
1982	302 880	259 390	43 490	113 590	109 290	4 300	189 290	150 100	91 420	39 190
1983	312 440	272 700	39 740	119 900	115 740	4 160	192 540	156 960	96 450	35 580
1984	314 900	275 990	38 910	119 360	114 920	4 440	195 540	161 070	98 410	34 470
1985	313 900	275 150	38 750	130 530	125 690	4 840	183 370	149 460	88 050	33 910
1986	324 150	282 710	41 440	136 540	131 100	5 440	187 610	151 610	86 960	36 000
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1981	- 4,8	- 3,9	- 9,7	- 4,3	- 4,1	- 10,4	- 5,1	- 3,7	- 4,6	- 9,6
1982	- 5,3	- 4,5	- 9,3	- 6,7	- 6,5	- 12,1	- 4,3	- 3,0	- 4,8	- 9,0
1983	3,2	5,1	- 8,6	5,6	5,9	- 3,3	1,7	4,6	5,5	- 9,2
1984	0,8	1,2	- 2,1	- 0,5	- 0,7	6,7	1,6	2,6	2,0	- 3,1
1985	- 0,3	- 0,3	- 0,4	9,4	9,4	9,0	- 6,2	- 7,2	- 10,5	- 1,6
1986	3,3	2,7	6,9	4,6	4,3	12,4	2,3	1,4	- 1,2	6,2

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck — ³⁾ Nur neue Bauten

ADV-Geräte mit + 8 % auch 1986 noch überdurchschnittlich gestiegen. Eine unterdurchschnittliche Entwicklung (nominal + 2 %, real + 1 %) wies die Nachfrage nach elektrotechnischen Erzeugnissen auf, die in den beiden vorangegangenen Jahren ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtnachfrage nach Ausrüstungsgütern gelegen hatte.

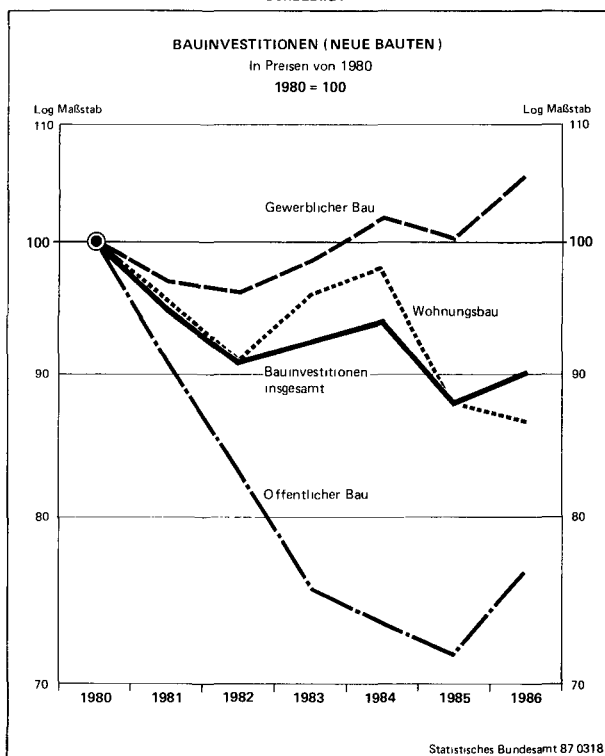
Die Bauinvestitionen in jeweiligen Preisen lagen im Jahr 1986 um 4,0 % über dem Vorjahreswert, nachdem sie im Jahr 1985 um 5,3 % zurückgegangen waren. Bei einem im Vergleich zum Vorjahr leicht beschleunigten Preisanstieg um 1,7 % ergab sich in Preisen von 1980 für die Bauinvestitionen ein Zuwachs von 2,3 %. Ähnlich wie in den Vorjahren war auch 1986 die Entwicklung in den einzelnen Quartalen sehr unterschiedlich:

Bauinvestitionen 1986

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal		Vorquartal
			saisonbereinigte Werte
	Ursprungswerte		in Preisen von 1980 (gerundet)
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1980	in Preisen von 1980
1 Vj	+ 1,0	- 0,2	- 6
2 Vj	+ 4,2	+ 2,3	+ 8 1/2
3 Vj	+ 2,9	+ 1,2	+ 1 1/2
4 Vj	+ 7,1	+ 5,3	+ 2

Die seit Mitte 1985 zu beobachtende Zunahme der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe schlug sich vom zweiten Vierteljahr 1986 an in einer lebhafteren Bauproduktion und damit in einem deutlichen Anstieg der Bauinvestitionen nieder. Im vierten Quartal kam ein insbesondere die Leistungen des Ausbaugewerbes stimulierender Effekt aus der ab 1987 geltenden Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums hinzu. Voraussetzung für die weitere Inanspruchnahme der bisher für Zweifamilienhäuser geltenden Steuervorteile für eine Übergangszeit von zwölf Jahren war die Fertigstellung der hierfür in Frage kommenden Wohnungen bis zum 31. Dezember 1986. Diese Ausschlussfrist führte zu einem deutlich höheren Anstieg der Ausbauleistungen im vierten Quartal als in den vorangegangenen Vierteljahren. In der Betrachtung nach Bauarten zeigt der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, daß sich die Nachfragebelebung im Berichtsjahr — wie im Vorjahr — auf den gewerblichen und den öffentlichen Bau beschränkt. Seit 1984 rückläufig ist dagegen — trotz der beschriebenen Sonderentwicklung beim Bau von Zweifamilienhäusern im vierten Quartal 1986 — die Nachfrage nach Bauleistungen für Wohnbauten (siehe S. 72* f. in diesem Heft). Schaubild 7 zeigt, daß sich die seit 1981 zu beobachtende differenzierte Entwicklung der einzelnen Bauarten auch 1986 fortgesetzt hat und langfristig zu einer Umstrukturierung der Bauarten führte. So verminderte sich beispielsweise der Anteil des Wohnungsbaus an den gesamten Bauinvestitionen im Zeitraum 1980 bis 1986 von 48,2 auf 46,4 %, während der gewerbliche Bau im gleichen Zeitraum von 30,2 auf 35,4 % angestiegen ist. Der öffentliche Bau konnte im Berichtszeitraum erstmals seit 1980 wieder einen realen Zuwachs verzeichnen (+ 6,5 % in Preisen von 1980). Ein im Zeitraum von 1981 bis 1985 andauernder Rückgang der Bauinvestitionen des Staates bewirkte das Absinken des Anteils an

Schaubild 7



den gesamten Bauinvestitionen von 21,5 % im Jahr 1980 auf 18,3 % im Jahr 1986.

Der Außenbeitrag, der als Saldo von Ausfuhr abzüglich Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ermittelt wird, hat sich im Jahr 1986 in jeweiligen Preisen, nach den bereits deutlichen Zunahmen in den beiden vorangegangenen Jahren (siehe Tabelle 7), nochmals kräftig erhöht. Er stieg um 33,7 auf 106,4 Mrd. DM. Im Gegensatz zu den Jahren 1984 und 1985, in denen die Ausweitung des nominalen Außenbeitrags ganz bzw. überwiegend auf einer ebenfalls kräftigen Ausdehnung des realen Ausfuhrüberschusses beruhte, war im Jahr 1986 die positive Entwicklung des Außenbeitrags in jeweiligen Preisen ausschließlich auf die Verbesserung der Terms of Trade, die das Verhältnis von Ausfuhr- zur Einfuhrpreisentwicklung darstellen, zurückzuführen. Bei stark gesunkenen Einfuhrpreisen (— 10,9 %) und nur leicht verminderten Ausfuhrpreisen (— 1,5 %) stiegen die Terms of Trade um 10,6 %. Der Außenbeitrag in konstanten Preisen ging dagegen sogar deutlich zurück, und zwar um 17,5 auf 61,2 Mrd. DM.

In nominaler Betrachtung haben sich die außenwirtschaftlichen Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr seit 1984 mehr als verdoppelt. Im Jahr 1986 spielte, wie auch im Vorjahr, die Ausweitung des traditionellen Überschusses im Warengeschäft eine besondere Rolle. Dieser stieg, wie aus Tabelle 11 abgeleitet werden kann, im Berichtsjahr allein um 38,2 Mrd. DM. Im Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt wurde dagegen das traditionelle Defizit erstmals seit 1982 wieder vergrößert, und zwar um 4,5 Mrd. DM, nachdem es in den Jahren 1983 bis 1985 jeweils verringert worden war. Verschlechtert haben sich 1986 insbesondere die Reiseverkehrs-bilanz in der Abgrenzung der Volkswirtschaftli-

Tabelle 11: Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen

Jahr ¹⁾	In jeweiligen Preisen						In Preisen von 1980					
	Ausfuhr			Einfuhr			Ausfuhr			Einfuhr		
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen ²⁾	insgesamt	Waren	Dienstleistungen ²⁾	insgesamt	Waren	Dienstleistungen ²⁾	insgesamt	Waren	Dienstleistungen ²⁾
Mill. DM												
1981	482 110	384 700	97 410	466 860	349 730	117 130	456 730	364 790	91 940	420 090	310 730	109 360
1982	517 540	413 320	104 220	480 070	354 280	125 790	471 450	376 470	94 980	419 700	306 540	113 160
1983	524 630	416 890	107 740	487 720	363 630	124 090	468 810	373 170	95 640	422 990	314 250	108 740
1984	587 970	467 350	120 620	537 670	406 670	131 000	508 660	405 300	103 360	446 060	336 010	110 050
1985	647 340	518 150	129 190	574 640	435 650	138 990	545 600	437 310	108 290	466 910	352 960	113 950
1986	634 840	508 270	126 570	528 480	387 570	140 910	543 100	435 780	107 320	481 910	365 970	115 940
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1981	14,2	13,4	17,4	9,8	7,6	16,9	8,2	7,5	10,8	- 1,2	- 4,4	9,2
1982	7,3	7,4	7,0	2,8	1,3	7,4	3,2	3,2	3,3	- 0,1	- 1,3	3,5
1983	1,4	0,9	3,4	1,6	2,6	- 1,4	- 0,6	- 0,9	0,7	0,8	2,5	- 3,9
1984	12,1	12,1	12,0	10,2	11,8	5,6	8,5	8,6	8,1	5,5	6,9	1,2
1985	10,1	10,9	7,1	6,9	7,1	6,1	7,3	7,9	4,8	4,7	5,0	3,5
1986	- 1,9	- 1,9	- 2,0	- 8,0	- 11,0	1,4	- 0,5	- 0,3	- 0,9	3,2	3,7	1,7

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen

chen Gesamtrechnungen, deren Defizit um 3,2 Mrd. DM stieg, und der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, dessen Überschuß um rund 2 Mrd. DM abnahm.

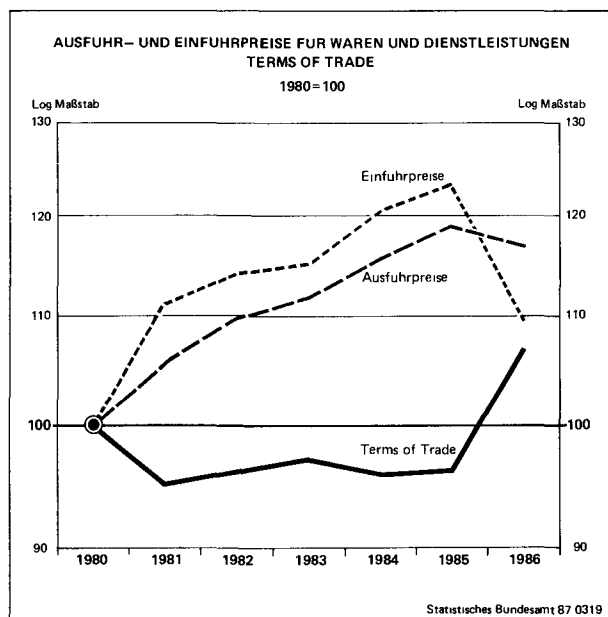
Wie bereits erwähnt, werden die Terms of Trade durch das Verhältnis von Ausfuhrpreisindex zu Einfuhrpreisindex definiert. Sie zeigen an, ob — unter Zugrundelegung der Preisverhältnisse des jeweiligen Basisjahres — im Berichtsjahr für die gleiche Menge an Einfuhrgütern

Ergebnisse nach Vierteljahre n zeigt im Jahresverlauf ein uneinheitliches Bild:

Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen 1986

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahresquartal in %			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
1. Vj	- 1,5	- 8,6	- 1,5	- 1,7
2. Vj	+ 0,4	- 4,7	+ 2,1	+ 8,2
3. Vj	- 3,6	- 10,8	- 1,5	+ 2,1
4. Vj	- 2,9	- 8,0	- 0,9	+ 4,3

Schaubild 8

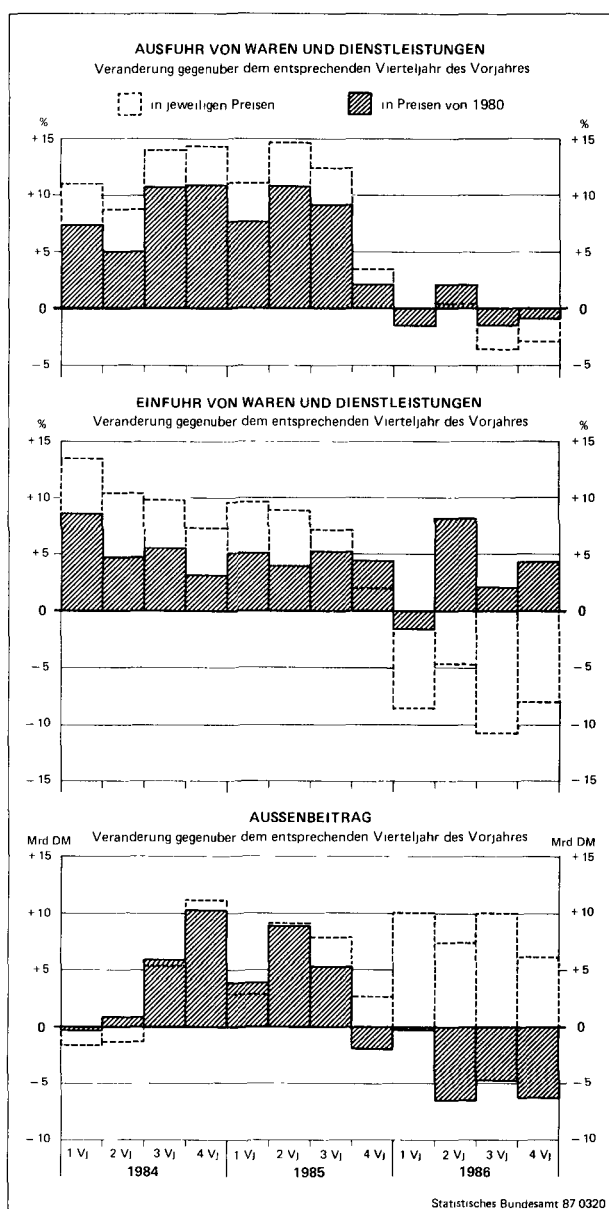


mengenmäßig mehr oder weniger ausgeführt werden muß. In den Jahren 1981 bis 1985 stellte sich dieses Verhältnis jeweils ungünstiger dar als im Jahr 1980, dem derzeitigen Basisjahr der Indizes. Erstmals 1986 hat sich die Situation umgekehrt. Wie Schaubild 8 zeigt, sank der Einfuhrpreisindex auf der Basis 1980 auf 109,7 und damit unter den Ausfuhrpreisindex (116,9). Gleichzeitig stiegen die Terms of Trade auf einen Wert von 106,6 an.

Die für die Einschätzung der weiteren außenwirtschaftlichen Entwicklung wichtige unterjährige Betrachtung der

Nachdem im ersten Vierteljahr sowohl bei nominaler Betrachtung als auch bei Bewertung in konstanten Preisen für die Ausfuhr und Einfuhr das entsprechende Vorjahresniveau nicht erreicht wurde, deutete sich, wie Schaubild 9 veranschaulicht, im zweiten Vierteljahr eine gewisse Belebung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten an. Dabei mag der starke Preisverfall bei den Einfuhrgütern vom ersten zum zweiten Quartal 1986 eine Rolle gespielt haben. Mengemäßig wurde im zweiten Quartal beachtlich mehr importiert als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, gezahlt wurde für die ausländischen Güter aufgrund des Preisrückgangs jedoch weniger. Gleichzeitig übertrafen auch die nominalen und realen Ausfuhrwerte leicht das entsprechende Vorjahresergebnis. Saisonbereinigt lagen die Werte für das zweite Quartal sogar spürbar über denen für das erste. Wesentlich gedämpfter stellt sich die außenwirtschaftliche Entwicklung — im Vorjahresvergleich gesehen — im dritten Quartal dar. Ausfuhrwerte und -mengen sanken, die Importeure nutzten das niedrige Preisniveau nur zu bescheidenen Mehreinfuhren und zahlten dafür erheblich weniger. Bei den saisonbereinigten Werten zeigten sich durchgängig sowohl für die Aus- als auch für die Einfuhr Rückgänge gegenüber dem zweiten Vierteljahr. Im vierten Vierteljahr nahmen die mengenmäßigen Einfuhren im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres wieder etwas verstärkt zu, die Ausfuhrmengen gingen leicht zurück. Saisonbereinigt bedeutet dies einen leichten Anstieg der realen Einfuhr und eine weitere Abnahme der realen Ausfuhr, jeweils gegenüber dem dritten Vierteljahr. Informationen aus der Außenhandelsstatistik (siehe S. 76* f. in diesem Heft) und der Statistik der Ausfuhr- und Einfuhrpreise (siehe S. 80* f.) zeigten für Januar 1987 im Vergleich zum Januar 1986 fallende Ausfuhrumsätze und

Schaubild 9



noch starker rückläufige Einfuhrumsätze. Die Einfuhrpreise stagnierten gegenüber dem Stand im Dezember 1986, lagen damit allerdings nach wie vor erheblich unter dem Januar-Stand des Vorjahres, die Ausfuhrpreise zeigen weiterhin eine leicht fallende Tendenz.

Die **Ausfuhr** von Waren und Dienstleistungen lag 1986 in jeweiligen Preisen um 1,9 % unter dem Vorjahresniveau. Waren- und Dienstleistungsausfuhr sanken dabei etwa im gleichen Maße (— 1,9 bzw. — 2,0 % gegenüber 1985). Nach den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik (Spezialhandel)²⁾ stagnierte die Warenausfuhr in die westlichen Industrieländer (+ 0,5 %), auch die in die Vereinigten Staaten von Amerika nahm trotz des starken Kursverfalls des Dollars im Jahresergebnis gegenüber 1985 nur wenig ab (— 0,6 %). Gegen den allgemeinen Trend entwickelten sich 1986 vor allem die Ausfuhr in die beiden neuen

²⁾Siehe auch Wilhelm, J. „Außenhandel 1986 nach Herstellungs- und Verbrauchsländern“ in WiSta 2/1987, S 136 ff

EG-Mitgliedsländer Portugal (+ 10,6 %) und Spanien (+ 24,4 %) sowie nach Japan (+ 10,8 %), auf die jeweils allerdings nur ein relativ geringer Anteil der deutschen Ausfuhr entfällt. Von besonderem Gewicht für den deutschen Export war der Rückgang der Auslandsnachfrage aus den Entwicklungsländern (— 15,7 %). Von diesen reduzierten die OPEC-Länder allein ihre Warenbezüge aus der Bundesrepublik Deutschland um 28,9 %. Auch die Staatshandelsländer Europas (— 8,4 %) und Asiens (— 3,6 %) kauften weniger deutsche Produkte. Die Exportverluste konzentrierten sich im wesentlichen auf die Bergbaulichen Erzeugnisse insgesamt (— 44,5 %), Eisen und Stahl (— 19,0 %), Mineralölserzeugnisse (— 47,9 %), Chemische Erzeugnisse (— 6,1 %) und den Verkauf von Luft- und Raumfahrzeugen (— 35,0 %). Exportzuwächse von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung verzeichneten dagegen die Hersteller von Maschinenbauerzeugnissen (+ 4,3 %), Straßenfahrzeugen (+ 3,2 %) und Elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 4,9 %). In konstanten Preisen nahm die Ausfuhr von Waren- und Dienstleistungen insgesamt um 0,5 % ab. Diese Abnahme betraf sowohl die Waren- (— 0,3 %) als auch die Dienstleistungsausfuhr (— 0,9 %).

Sehr unterschiedlich entwickelte sich im Berichtsjahr in nomineller Betrachtung dagegen die **Einfuhr** von Waren (— 11,0 %) einerseits und Dienstleistungen (+ 1,4 %) andererseits, für die zusammen 8 % weniger ausgegeben wurde als im Vorjahr. An den regionalen Ergebnissen der Statistik der Spezialhandelseinfuhr zeigt sich, daß insbesondere die für die Bundesrepublik Deutschland wichtigen Ölproduzenten und -weiterverarbeiter aufgrund der gesunkenen Weltrohstoffpreise und der Dollarschwäche zum Teil erhebliche Umsatzeinbußen bei ihren Lieferungen hinnehmen mußten: Niederlande — 18,0 %, Großbritannien — 19,9 %, Norwegen — 40,0 %, OPEC-Länder — 50,7 %. Die Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland aus den Vereinigten Staaten nahmen dem Werte nach um 17,3 % ab, in US-Dollar gemessen bedeutete dies allerdings eine Erhöhung um 12,4 %. Berücksichtigt man, daß — nach amerikanischen Quellen — die Produzentenpreise in den USA im Jahr 1986 gesunken sind und die Durchschnittswerte der Warenexporte stagniert haben, so kann man davon ausgehen, daß 1986 mengenmäßig mehr als 1985 aus den USA bezogen wurde. Die sinkenden Weltrohstoffpreise und die Dollarschwäche spielten auch für die Importe von den übrigen Handelspartnern eine wichtige Rolle. Aus dem Kreis der industrialisierten westlichen Länder konnten nur Japan (+ 15,9 %), die Schweiz (+ 7,7 %) und Österreich (+ 6,7 %) ihre Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland nennenswert steigern. Bei der Mehrzahl der Länder lagen die Einfuhren unter Vorjahresniveau. Kräftig fielen auch die Einfuhren aus den Entwicklungsländern, die nicht der OPEC zugerechnet werden (— 11,3 %), sowie aus den Staatshandelsländern (— 19,3 %). Eindeutiger noch als bei der Ausfuhr läßt sich für die Einfuhr angeben, für welche Güter entscheidend weniger Geld ausgegeben wurde: Erdöl, Erdgas (— 51,0 % bzw. — 29,2 Mrd. DM) und Mineralölserzeugnisse (— 44,7 % bzw. — 13,5 Mrd. DM). Die Mehrausgaben für ausländische Straßenfahrzeuge (+ 19,3 % bzw. + 4,7

Mrd. DM) konnten diese Einsparungen bei weitem nicht kompensieren. Trotz der Minderausgaben für die beiden genannten Erzeugnisse wurde Erdöl, dem Volumen nach berechnet, in der gleichen Menge bezogen wie im Vorjahr; an Mineralölprodukten sogar 12,5 % mehr. Insgesamt stieg die Einfuhr von Waren- und Dienstleistungen in konstanten Preisen gerechnet gegenüber dem Vorjahr um 3,2 %, wobei bei stark sinkenden Preisen 3,7 % mehr Waren bezogen wurden und die realen Dienstleistungsausgaben um 1,7 % zunahmen.

3 Verteilung des Volkseinkommens

Wie bereits ausführlich erläutert, ist im Berichtsjahr — bei einem geringfügig niedrigeren realen Wachstum des Sozialprodukts als 1984 und 1985 — das Brutto-Sozialprodukt in jeweiligen Preisen stärker gestiegen als in den beiden Vorjahren. Die Zunahme des Volkseinkommens überstieg mit 6,4 % die des Sozialprodukts (+ 5,5 %) erheblich, da sich sowohl der Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen als auch die Abschreibungen, die vom Sozialprodukt abgezogen werden, um das Volkseinkommen zu ermitteln, unterproportional erhöhten. Wie aus Tabelle 12 hervorgeht, hatte die Zuwachsrate des Volkseinkommens auch in den beiden vorangegangenen Jahren über der des Brutto-Sozialprodukts gelegen, jedoch war der Abstand jeweils geringer als 1986 gewesen. Im längerfristigen Vergleich war die Zunahme des Volkseinkommens im Berichtsjahr die höchste seit 1979. Berücksichtigt man darüber hinaus noch, daß die Inlandspreise — gemessen am Preisindex der letzten inländischen Verwendung von Gütern — im Berichtsjahr praktisch stagnierten, in den siebziger Jahren dagegen Zunahmen zwischen 3½ und 8 % aufwiesen, so ließ sich für das Jahr 1986 der höchste Zuwachs der realen Kaufkraft des Volkseinkommens seit 1970 feststellen. Die vierteljährliche Veränderung, die in der nachfolgenden Übersicht dargestellt wird, läßt erkennen, daß das Volkseinkommen im zweiten Vierteljahr 1986 mit + 7,7 % die höchste Zunahme verzeichnete.

Nach einer Abschwächung im dritten Vierteljahr lag die Zuwachsrate des vierten Quartals wieder leicht über dem Jahreswert:

	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %		
	Volkseinkommen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Unternehmer-tätigkeit und Vermögen
1 Vj	+ 5,5	+ 4,6	+ 7,4
2 Vj	+ 7,7	+ 5,4	+ 13,0
3 Vj	+ 5,6	+ 5,4	+ 6,2
4. Vj	+ 6,7	+ 4,7	+ 11,8

Von den beiden Komponenten des Volkseinkommens nahmen die Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen im Jahr 1986 prozentual fast doppelt so stark zu (+ 9,5 % gegenüber 1985) wie die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (+ 5,0 %). Verglichen mit den Zunahmen in den zurückliegenden Jahren bedeutet dies für die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit dennoch eine deutliche Beschleunigung des Anstiegs. Unter Berücksichtigung der im Zeitablauf sehr unterschiedlichen Preisveränderungen erreichte die reale Verbesserung der Lohneinkommen im Berichtsjahr die Größenordnung, wie sie Anfang der siebziger Jahre zu verzeichnen gewesen war. Wie aus Tabelle 12 hervorgeht, lagen die Erhöhungen der Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen bereits seit 1982 jeweils beachtlich über denen der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. In den Jahren 1980 und 1981 war dies umgekehrt gewesen, wobei die Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen sogar einen absoluten Rückgang bzw. Stagnation zu verzeichnen hatten.

Durch den weit überdurchschnittlichen Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen setzte sich auch im Berichtsjahr der seit 1982 zu beobachtende Rückgang der Lohnquote — definiert als Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen — weiter fort (siehe auch Schaubild 10). Die Lohnquote nahm von 1985 auf 1986 um nahezu einen Prozentpunkt auf 68,6 % ab. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer stieg

Tabelle 12 Sozialprodukt und Volkseinkommen

Jahr ¹⁾	Brutto-sozial-produkt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen (Sp 1-2)	Indirekte Steuern	Subven-tionen	Volkseinkommen			Nachrichtlich		
						ins-gesamt (Sp 3-4 + 5)	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Unterneh-mer-tätig-keit und Vermögen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Unternehmer-tätigkeit und Vermögen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Milli DM										% des Volkseinkommens	
1981	1 545 100	188 640	1 356 460	198 340	29 130	1 187 250	882 950	304 300	74,4	25,6	
1982	1 597 100	201 110	1 395 990	201 890	29 420	1 223 520	902 520	321 000	73,8	26,2	
1983	1 679 300	211 430	1 467 870	214 510	31 780	1 285 140	920 730	364 410	71,6	28,4	
1984	1 763 100	221 500	1 541 600	226 240	36 250	1 351 610	953 380	398 230	70,5	29,5	
1985	1 847 000	230 770	1 616 230	229 810	36 920	1 423 340	989 430	433 910	69,5	30,5	
1986	1 949 000	239 440	1 709 560	236 280	40 900	1 514 200	1 039 130	475 070	68,6	31,4	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
1981	4,0	8,6	3,4	2,6	- 4,6	3,4	4,6	0,0	x	x	
1982	3,4	6,6	2,9	1,8	1,0	3,1	2,2	5,5	x	x	
1983	5,1	5,1	5,1	6,3	8,0	5,0	2,0	13,5	x	x	
1984	5,0	4,8	5,0	5,5	14,1	5,2	3,5	9,3	x	x	
1985	4,8	4,2	4,8	1,6	1,8	5,3	3,8	9,0	x	x	
1986	5,5	3,8	5,8	2,8	10,8	6,4	5,0	9,5	x	x	

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis

Tabelle 13. Einkommen aus unselbständiger Arbeit

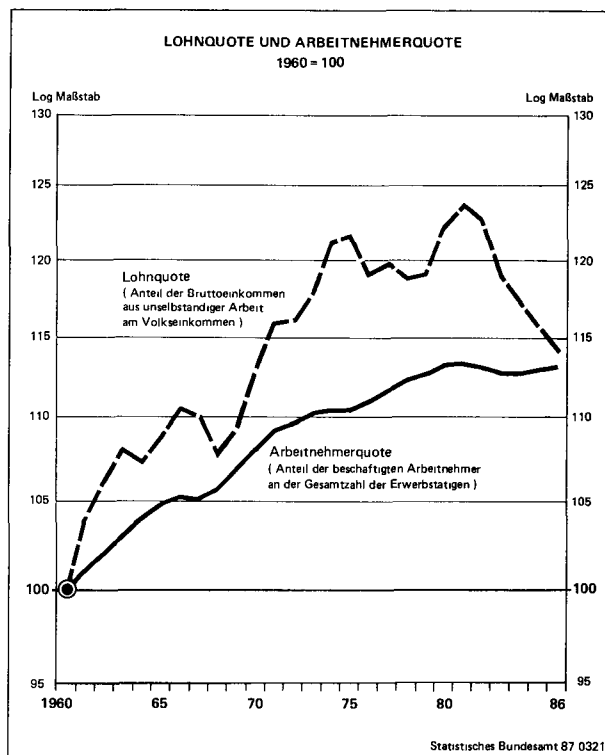
Jahr ¹⁾	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ²⁾	Brutto-lohn- und -gehaltsumme	Abzüge			Nettolohn- und -gehaltsumme
				insgesamt	Lohnsteuer ³⁾	Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	
Mill DM							
1981	882 950	163 550	719 400	213 590	116 290	97 300	505 810
1982	902 520	167 730	734 790	223 950	121 750	102 200	510 840
1983	920 730	174 970	745 760	232 130	126 770	105 360	513 630
1984	953 380	184 380	769 000	245 770	134 850	110 920	523 230
1985	989 430	192 130	797 300	262 220	144 920	117 300	535 080
1986	1 039 130	202 060	837 070	273 570	149 430	124 140	563 500
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1981	4,6	6,0	4,2	5,2	3,8	7,0	3,8
1982	2,2	2,6	2,1	4,9	4,7	5,0	1,0
1983	2,0	4,3	1,5	3,7	4,1	3,1	0,5
1984	3,5	5,4	3,1	5,9	6,4	5,3	1,9
1985	3,8	4,2	3,7	6,7	7,5	5,8	2,3
1986	5,0	5,2	5,0	4,3	3,1	5,8	5,3

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören z. B. Beiträge für die Altersversorgung der Beamten, Beiträge in Höhe der Aufwendungen der Arbeitgeber aufgrund betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen und im Fall von Krankheit, Unfall u. a. — ³⁾ Ohne Lohnsteuer auf Pensionen — Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage

im Berichtsjahr mit 1,1 % etwas stärker als im Vorjahr (+ 0,8 %), die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wies im gleichen Zeitabschnitt nach den vorliegenden — allerdings noch relativ unvollständigen — Unterlagen eine deutlich schwächere Zunahme auf (+ 0,2 %). Die Abnahme der Lohnquote im Jahr 1986 war damit von einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitnehmerquote (Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen) begleitet. Schaubild 10 stellt die längerfristige Entwicklung von Lohnquote und Arbeitnehmerquote jeweils als Maßzahlenreihe (1960 = 100) dar. Die Arbeitnehmerquote stieg mit geringen Ausnahmen stetig an und folgte dabei einem sich allmählich abschwächenden Trend. Die Lohnquote nahm von 1960 bis zur Mitte der siebziger Jahre deutlich stärker zu als die Arbeitnehmerquote. Nach einem vorübergehenden Rückgang stieg sie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder kräftig bis zu ihrem bisherigen Höchststand im Jahr 1981 an. Die ab 1982 zu beobachtende Abnahme infolge des unterdurchschnittlichen Anstiegs der Einkommen aus unselbständiger Arbeit führte die Maßziffer der Lohnquote bis zum Jahr 1986 auf einen Wert zurück, der annähernd dem der Maßziffer der Arbeitnehmerquote entspricht.

Innerhalb der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit hat die Brutto-lohn- und -gehaltsumme —

Schaubild 10



diese ergibt sich nach Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitgeber von den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, wie in Tabelle 13 dargestellt ist — um ebenfalls 5,0 % zugenommen. Der Anstieg setzte sich aus einem Zuwachs der Durchschnittsverdienste (Brutto-lohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer) um 3,8 % von monatlich 2 984 DM im Jahr 1985 auf 3 098 DM im Jahr 1986 (siehe Tabelle 14) und einer Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 1,1 % zusammen. Im Vorjahr waren die Durchschnittsverdienste um 2,9 % und die Zahl der Arbeitnehmer um 0,8 % gestiegen. Die Erhöhung der Durchschnittsverdienste um 3,8 % im Berichtsjahr bedeutet im Vergleich zur Tariflohn- und -gehaltsentwicklung im Jahr 1986 (+ 3,5 % nach dem Tarifindex der Deutschen Bundesbank) eine leicht positive Lohndrift (gemessen als Differenz zwischen der Zunahme der Effektiv- und der Tarifverdienste). Im Jahresverlauf war die Lohndrift, wie aus der nachfolgenden Übersicht hervorgeht, im ersten Quartal am höchsten, im vierten Vierteljahr stimmten Effektiv- und Tariflohnerhöhung überein.

Tabelle 14 Einkommen je Einwohner, je Erwerbstätigen und je beschäftigten Arbeitnehmer

Jahr ¹⁾	Volkseinkommen				Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit			Brutto-lohn- und -gehaltsumme				
	je Einwohner ²⁾		je Erwerbstätigen		je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer							
	jährlich	Veränderung ³⁾	jährlich	Veränderung ³⁾	jährlich	monatlich	Veränderung ³⁾	monatlich	Veränderung ³⁾	monatlich	Veränderung ³⁾	
	DM	%	DM	%	DM		%	DM		%	DM	
1981	19 248	3,2	45 412	4,1	38 609	3 217	5,2	2 621	4,9	1 843	4,5	
1982	19 850	3,1	47 591	4,8	40 226	3 352	4,2	2 729	4,1	1 897	2,9	
1983	20 923	5,4	50 734	6,6	41 743	3 479	3,8	2 818	3,2	1 941	2,3	
1984	22 094	5,6	53 301	5,1	43 155	3 596	3,4	2 901	3,0	1 974	1,7	
1985	23 324	5,6	55 743	4,6	44 433	3 703	3,0	2 984	2,9	2 002	1,5	
1986	24 803	6,3	58 722	5,3	46 153	3 846	3,9	3 098	3,8	2 086	4,2	

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Durchschnittswert des letzten Jahres für die Bevölkerung geschätzt — ³⁾ Gegenüber dem Vorjahr

Bruttolohn- und -gehaltssumme 1986

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %

	insgesamt	je beschäftigten Arbeitnehmer	Tariflohn- und -gehaltsniveau
1 Vj	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,9
2 Vj	+ 5,4	+ 4,2	+ 3,7
3 Vj	+ 5,3	+ 4,1	+ 3,7
4 Vj	+ 4,7	+ 3,6	+ 3,6

Zur Erklärung der unterschiedlichen Entwicklung können eine Reihe von Faktoren herangezogen werden³⁾. So ergab sich zu Beginn des Jahres noch ein positiver Effekt auf die Durchschnittsverdienste aus dem gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückgegangenen Umfang der Kurzarbeit sowie aus der im Vergleich zum Vorjahr günstigen Witterung, die sich vor allem im Baugewerbe in einer deutlich höheren Arbeitsstundenzahl je Arbeitnehmer niederschlug. Im letzten Quartal verminderten sich die Durchschnittsverdienste vor allem wegen der im Vorjahresvergleich wieder angestiegenen Kurzarbeit sowie aufgrund der Einführung des Erziehungsurlaubs Arbeitnehmer, die sich in Erziehungsurlaub befinden und für diesen Zeitraum kein Entgelt von ihrem Arbeitgeber beziehen, werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — in Anlehnung an die Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation — zu den beschäftigten Arbeitnehmern gezählt. Die — gegenüber der bis Ende 1985 geltenden alten Regelung des Mutterschaftsurlaubs — um vier auf zehn Monate verlängerte Dauer des Erziehungsurlaubs führte ab der Jahresmitte 1986 zu einem Anstieg der durchschnittlichen Anzahl von Erziehungsurlaubern. Im Durchschnitt des vierten Quartals 1986 dürfte die Zahl der Erziehungs- bzw. Mutterschaftsurlauber nach ersten vorläufigen Berechnungen um rund 80 000 Personen höher gelegen haben als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Neben den genannten Faktoren wirken sich u. a. auch Abgrenzungsunterschiede zwischen den in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellten Bruttolöhnen und -gehältern einerseits und den im Tarifindex der Deutschen Bundesbank berücksichtigten Entgeltbestandteilen andererseits in der Höhe der Lohndrift aus. So finden im Tarifindex tarifliche Sonderzahlungen, aber auch Änderungen in der Tarifstruktur, wie sie zum Beispiel 1986 im öffentlichen Dienst zugunsten der unteren Besoldungs- und Vergütungsgruppen sowie für Beschäftigte mit Kindern eingeführt wurden, keine Berücksichtigung. Weiterhin ist bei der Beurteilung der unterjährigen Lohndrift zu beachten, daß der Tarifindex rückwirkend in Kraft tretende Tarifanpassungen zum Zeitpunkt der Gültigkeit darstellt, während die Bruttolöhne und -gehälter in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Prinzip zum Zeitpunkt der Zahlung nachgewiesen werden.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die im Jahr 1986 knapp ein Fünftel der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ausmachten, wiesen mit + 5,2 % gegenüber dem Vorjahr eine etwas höhere Veränderungsrate auf als die Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber stiegen auf-

grund von Änderungen bei den Beitragssätzen und Beitragsbemessungsgrenzen — hierauf wird im Abschnitt über die Einnahmen und Ausgaben des Staates noch eingegangen — leicht überproportional (+ 5,6 %), während der Zuwachs der unterstellten Beiträge etwas schwächer war (+ 3,9 %)

Die Nettolohn- und -gehaltssumme, die sich nach Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer von der Bruttolohn- und -gehaltssumme ergibt, stieg im Berichtsjahr um 5,3 % an. Damit nahm die Nettolohn- und -gehaltssumme erstmals seit 1979 wieder stärker zu als die Bruttolohn- und -gehaltssumme. Bestimmend für diese Entwicklung war der unterproportionale Anstieg der Lohnsteuerabzüge um 3,1 %, der vor allem auf die zum 1. Januar 1986 wirksam gewordenen Steuerentlastungen aus der ersten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 zurückgeht. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer erhöhten sich aufgrund der bereits erwähnten Änderungen der Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen um 5,8 %. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Ergebnisse über die Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltssumme und der weiter unten dargestellten Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur eingeschränkt interpretierbar sind. Bei der gegenwärtigen Buchungspraxis in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, nach der die Einkommensteuererstattungen an Lohnsteuerpflichtige ausschließlich den Einkommen aus Unternehmen und Vermögen zugerechnet werden, wird die Nettolohn- und -gehaltssumme hinsichtlich Niveau und Entwicklung etwas zu niedrig ausgewiesen. Entsprechend sind die Angaben über die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen etwas überhöht. Im Statistischen Bundesamt wurde zwischenzeitlich ein Verfahren entwickelt, mit dem die den Einkommen aus unselbständiger Arbeit zurechenbaren Steuererstattungsbeträge schätzungsweise ermittelt werden können. In einem Aufsatz in dieser Zeitschrift⁴⁾ wurden der methodische Ansatz mit zwei alternativen Vorgehensweisen erläutert und die Ergebnisse der Berechnungen dargestellt. Für das gesamte Jahr 1985 — entsprechende Ergebnisse für 1986 liegen zur Zeit noch nicht vor — wäre nach der vom Statistischen Bundesamt favorisierten Verfahrensalternative die derzeit in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesene Nettolohn- und -gehaltssumme um rund 16 Mrd. DM höher anzusetzen, die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wären dementsprechend zu vermindern. Das Statistische Bundesamt beabsichtigt, die Berechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei der nächsten Revision auf die neue, konzeptionell verbesserte Grundlage zu stellen.

Wie bereits erwähnt, nahmen 1986 die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenüber dem Vorjahr um 9,5 % zu und damit etwas stärker als im vorangegangenen Jahr

³⁾ Zu den methodischen Unterschieden von Tarif- und Effektivverdiensten siehe Schoer, K., „Bruttolöhne und -gehälter 1975 bis 1985“ in WiSta 11/1986, S. 861 ff.

⁴⁾ Siehe Schuler, K., „Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 5/1986, S. 329 ff.

(+ 9,0 %). Im einzelnen umfassen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen die unverteiltten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und die entnommenen und nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Unternehmenseinkommen) sowie die Vermögenseinkommen, die der Staat und die privaten Haushalte vor allem in Form von Zinsen und Ausschüttungen — nach Abzug der geleisteten Zinsen — empfangen haben. Nach den zur Zeit verfügbaren Informationen weisen die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen im Berichtsjahr einen leichten Rückgang auf, so daß sich für die als Rest ermittelten Unternehmenseinkommen ein Anstieg ergibt, der über dem der Bruttoeinkommen aus Unternehmen und Vermögen insgesamt liegt.

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1984	1985	1986
Einkommen aus Unternehmen	+ 8,5	+ 8,9	+ 11,4
+ per saldo empfangene Vermögenseinkommen	+ 13,5	+ 9,5	- 0,5
= Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der inländischen Sektoren	+ 9,3	+ 9,0	+ 9,5

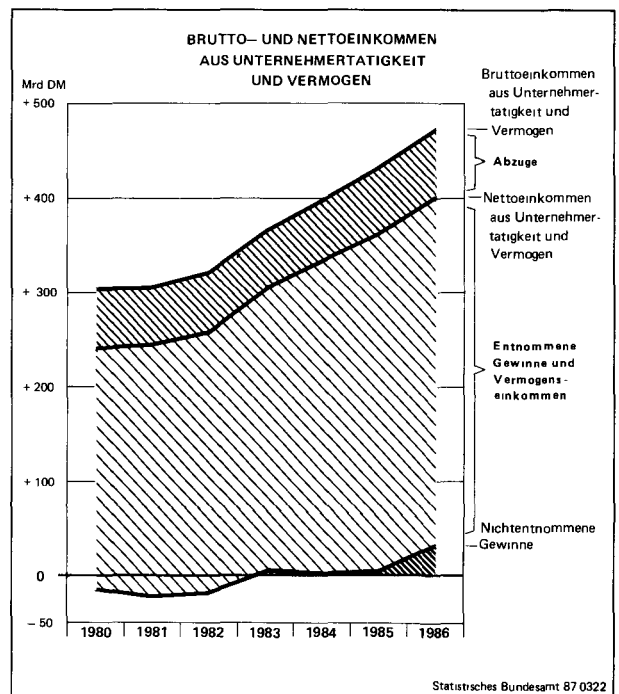
In den beiden vorangegangenen Jahren war die Entwicklung der Einkommen aus Unternehmen — bei relativ starken Zunahmen der Vermögenseinkommen — im Vergleich zur Gesamtgröße etwas unterproportional verlaufen. Der im Berichtsjahr ermittelte Rückgang der per saldo von den inländischen Sektoren empfangenen Vermögenseinkommen ist darauf zurückzuführen, daß sich die Zinsen auf öffentliche Schulden und auf Konsumentenschulden zusammengenommen stärker erhöht haben als die — nur relativ schwach gestiegenen — empfangenen Vermögenseinkommen. Dabei war der Anstieg der geleisteten Zinsen allein auf die Zunahme der Zinsen auf öffentliche Schulden zurückzuführen (+ 4,1 %), die Zinsen auf

Tabelle 15 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Jahr ¹⁾	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Direkte Steuern u ä ²⁾	Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
			insgesamt	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen		Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ⁵⁾	
				zusammen ³⁾	Private Haushalte ⁴⁾		Staat
Mill DM							
1981	304 300	59 030	245 270	267 400	282 110	- 14 710	- 22 130
1982	321 000	61 640	259 360	277 570	291 400	- 13 830	- 18 210
1983	364 410	60 030	304 380	296 530	315 890	- 19 360	7 850
1984	398 230	63 900	334 330	331 050	351 760	- 20 710	3 280
1985	433 910	71 650	362 260	356 830	376 940	- 20 110	5 430
1986	475 070	73 290	401 780	367 920	390 710	- 22 790	33 860
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1981	0,0	- 4,9	1,3	9,8	10,4	x	x
1982	5,5	4,4	5,7	3,8	3,3	x	x
1983	13,5	- 2,6	17,4	6,8	8,4	x	x
1984	9,3	6,4	9,8	11,6	11,4	x	x
1985	9,0	12,1	8,4	7,8	7,2	x	x
1986	9,5	2,3	10,9	3,1	3,7	x	x

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — 2) Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Saldo der Schadenversicherungstransaktionen und der übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Saldo der tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen — 3) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und auf öffentliche Schulden — 4) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck — 5) Nach der Umverteilung

Schaubild 11



Konsumentenschulden wiesen dagegen einen leichten Rückgang auf (- 1,0 %).

Aus Tabelle 15 geht hervor, daß der Zuwachs der Bruttoeinkommen von der Erhöhung der Nettoeinkommen aus Unternehmen und Vermögen (+ 10,9 %) noch übertroffen wurde. Dies erklärt sich aus der Entwicklung der auf diese Einkommensart entfallenden öffentlichen Abgaben und der Zu- und Absetzungen auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die zusammengenommen nur um 2,3 % gestiegen sind. Innerhalb dieser Größe ging die Körperschaftsteuer, die von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit geleistet wird, sogar zurück (- 2,7 %). Die den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen voll zugerechnete Einkommensteuer nahm um 2,8 % zu. Die von Unternehmen und privaten Haushalten gezahlten nichtveranlagten Steuern vom Ertrag, die quantitativ allerdings relativ unbedeutend sind, stiegen dagegen um 23,5 %. Bei der Körperschaftsteuer durften u. a. die in den Vorjahren zeitnah vorgenommenen Anpassungen der Steuervorauszahlungen an die günstige Ertragslage der Unternehmen zu relativ niedrigen Abschlußzahlungen im Berichtsjahr geführt haben. Der nur schwache Anstieg der veranlagten Einkommensteuer ist vor allem auf die sehr stark gestiegenen Erstattungen, darunter auch von Lohnsteuer an veranlagte Arbeitnehmer, zurückzuführen. Die kraftige Erhöhung der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag schließlich ist im Zusammenhang mit den Ausschüttungen der Unternehmen zu sehen, die aufgrund der positiven Gewinnentwicklung beachtlich hoch waren. Die beträchtliche Zunahme der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Jahr 1986 um 39½ Mrd. DM verteilte sich, wie aus Schaubild 11 hervorgeht, auf eine kräftige Erhöhung der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen um 28½ Mrd. DM und einen im Vergleich hierzu nur schwachen Anstieg der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen der priva-

ten Haushalte und des Staates um zusammen 11 Mrd. DM. Die privaten Haushalte allein hatten bei den entnommenen Gewinnen und Vermögenseinkommen (nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden) eine Zunahme um knapp 14 Mrd. DM zu verzeichnen. Der seit Jahren negative Betrag der vom Staat per saldo empfangenen Vermögenseinkommen hat sich im Berichtsjahr noch um gut 2½ Mrd. DM vergrößert. Während die Zinsen auf öffentliche Schulden gegenüber 1985 um 4,1 % zunahmen, gingen die Vermögenseinkommen des Staates geringfügig um 1,2 % zurück.

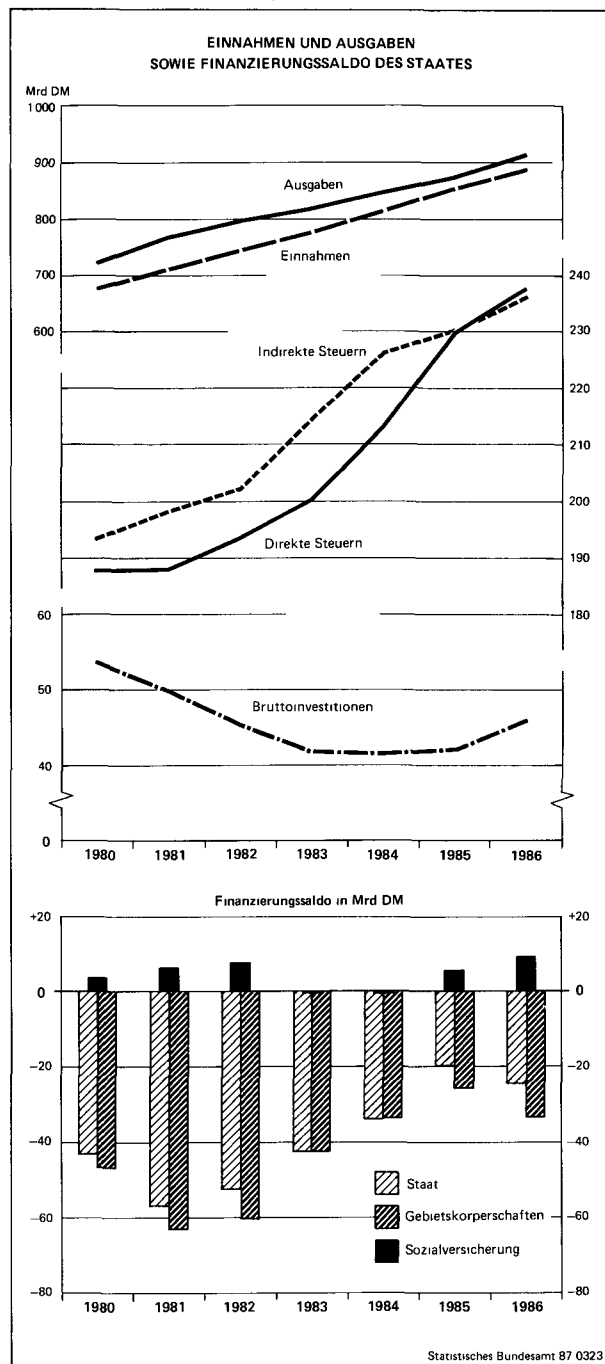
Die nichtentnommenen Gewinne stiegen 1986 außergewöhnlich kräftig an, und zwar um 28½ auf 34 Mrd. DM. Nachdem in den Jahren 1980 bis 1982 die nichtentnommenen Gewinne aller Unternehmen negative Werte angenommen hatten und in den darauffolgenden Jahren 1983 bis 1985 relativ geringe positive Werte ausgewiesen wurden (siehe Tabelle 15), bedeutet das Ergebnis des Berichtsjahres — in nominaler Betrachtung — den höchsten bisher erreichten Stand dieser Größe. Auf die Probleme bei der Ermittlung der nichtentnommenen Gewinne und die Unterschiede in der Abgrenzung gegenüber den Gewinnen der Handels- und Steuerbilanzen ist bereits des öfteren und ausführlich in den Aufsätzen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in „Wirtschaft und Statistik“ sowie im Vorbericht und im Jahresband der Fachserie 18, Reihe 1, Konten und Standardtabellen, eingegangen worden.

4 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Die wirtschaftliche Entwicklung des Staates war im Jahr 1986 durch einen — auch im längerfristigen Vergleich — äußerst schwachen Anstieg der Einnahmen (+ 3,8 %) und eine erstmals seit 1981 wieder darüber hinausgehende Zunahme der Ausgaben (+ 4,2 %) gekennzeichnet. Als Folge davon hat sich das Finanzierungsdefizit des Staates im Berichtsjahr um 4,4 auf 24,1 Mrd. DM erhöht⁵⁾, nachdem es in den zurückliegenden Jahren von 56,7 Mrd. DM im Jahr 1981 bis auf 19,7 Mrd. DM im Jahr 1985 zurückgeführt werden konnte (siehe Tabelle 16 und Schaubild 12). Auf der Einnahmenseite erklärt sich die schwache Entwicklung im Berichtsjahr vor allem aus den Auswirkungen der ersten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 und der stark abgeflachten Preisentwicklung auf die Höhe des Steueraufkommens. Schätzungen beziffern den Steuerausfall aufgrund des Steuersenkungsgesetzes im Jahr 1986 auf gut 11 Mrd. DM, dies sind mehr als 2 % des in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Steueraufkommens und mehr als 1 % der gesamten staatlichen Einnahmen. Der Ausgabenanstieg hat sich 1986 beschleunigt (+ 4,2 nach + 3,0 % im Jahr 1985). Im längerfristigen Vergleich kann er allerdings noch immer als mäßig bezeichnet werden. Zum Teil läßt sich der im Vergleich zum Vorjahr höhere Ausgaben-

⁵⁾ In der ersten vorläufigen Schätzung im Januar 1987 (siehe WiSta 1/1987) war ein Finanzierungsdefizit von knapp 20 Mrd. DM ermittelt worden, wobei vor allem von einem deutlich höheren Steueraufkommen ausgegangen worden war

Schaubild 12



zuwachs des Staates damit begründen, daß erstmals seit 1980 die Bruttoinvestitionen des Staates wieder kräftig aufgestockt wurden (+ 8,9 % gegenüber 1985). Die sogenannte „Staatsquote“ (Ausgaben des Staates bezogen auf das Bruttosozialprodukt) lag 1986 bei 46,8 % und damit um rund 3 Prozentpunkte niedriger als zu Beginn der achtziger Jahre (1981: 49,6 %, 1982: 49,8 %). Das Finanzierungsdefizit des Staates machte im Berichtsjahr, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, nur 1,2 % aus. Im Jahr 1981 war der über Nettokreditaufnahme zu deckende Teil der Ausgaben des Staates, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, noch mehr als dreimal so hoch gewesen (3,7 %).

Die Einnahmen des Staates nahmen — wie bereits erwähnt — 1986 mit 3,8 % nur schwach zu (1985: + 4,8 %). Wichtigste Einnahmeart mit einem Anteil von über 50 % an

den gesamten Einnahmen sind die Steuern, die im Berichtsjahr um 3,0 % höher waren als 1985. Der Zuwachs lag erheblich unter dem des Vorjahres (+ 4,6 % gegenüber 1984). Maßgeblich für die Abflachung war der im Vergleich zum Jahr 1985 geringere Anstieg der direkten Steuern und hierbei insbesondere der Lohnsteuer; die Zunahme der indirekten Steuern war noch geringer, lag aber etwas über der außergewöhnlich niedrigen Zunahme des Vorjahres:

Steuereinnahmen des Staates			
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
	1984	1985	1986
Direkte Steuern	+ 6,3	+ 7,8	+ 3,2
darunter:			
Lohnsteuer	+ 6,2	+ 7,4	+ 3,1
Veranlagte Einkommensteuer	- 2,4	+ 4,0	+ 1,9
Körperschaftsteuer	+ 18,5	+ 15,4	- 2,7
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	+ 18,7	+ 10,9	+ 31,0
Indirekte Steuern	+ 5,5	+ 1,6	+ 2,8
darunter:			
Umsatzsteuer	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,3
Gewerbsteuer	+ 8,2	+ 8,6	+ 4,6
Verbrauchssteuern (einschl. Mineralölsteuer)	+ 2,6	+ 0,9	+ 22,5

Bei den direkten Steuern blieb der Zuwachs der Lohnsteuer (+ 3,1 %) wesentlich hinter dem der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und -gehaltsumme (+ 5,0 %) zurück. Dämpfend auf die Zunahme wirkten sich vor allem — wie bereits erwähnt — die Entlastungen im Rahmen der ersten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 aus (Anhebung des Grundfreibetrages und der steuerlichen Kinderfreibeträge sowie Absenkung der Steuerprogression). Der schwache Anstieg der veranlagten Einkommensteuer war u. a. auf im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere Erstattungen im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagungen gemäß § 46 Einkommensteuergesetz zurückzuführen. Beide Steuern auf das Einkommen der privaten Haushalte zusammen genommen erhöhten sich 1986 um 2,9 % (1985: + 6,8 %). Das Aufkommen an Körperschaftsteuer, das in den letzten drei Jahren hohe Zunahmen zu verzeichnen hatte, nahm 1986 gegenüber dem Vorjahr ab. Hier dürfte sich u. a. ausgewirkt haben, daß die Steuervorauszahlungen in den letzten Jahren zeitnah an die gute Gewinnent-

wicklung der Kapitalgesellschaften angepaßt wurden und somit 1986 die Abschlußzahlungen entsprechend gering ausfielen oder sogar Rückzahlungen geleistet werden mußten. Allerdings haben sich zuletzt auch die Vorauszahlungen trotz der immer noch guten Ertragslage der Unternehmen kaum noch erhöht. In dem kräftigen Anstieg der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (von Unternehmen, privaten Haushalten und der übrigen Welt) um 31,0 % (+ 1,9 Mrd. DM) spiegeln sich vor allem die höheren Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften wider. Sehr kräftig zugenommen hat im Berichtsjahr auch die von privaten Haushalten entrichtete Kraftfahrzeugsteuer, und zwar um 27,2 % (+ 1 Mrd. DM). Dies ergab sich u. a. aus höheren Steuerbelastungen für nicht schadstoffarme Personenkraftwagen sowie — damit im Zusammenhang stehend — aus einmaligen Nachforderungen von Steuererhöhungsbeträgen für das Vorjahr, die nur teilweise durch Steuerentlastungen für schadstoffarme Fahrzeuge kompensiert wurden. Die gleiche Entwicklung läßt sich auch für den Teil der Kraftfahrzeugsteuer, der von Unternehmen und vom Staat selbst entrichtet und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als indirekte Steuer nachgewiesen wird, feststellen. Als vom Aufkommen her wichtigste indirekte Steuer hatte die Umsatzsteuer nur einen geringen Anstieg zu verzeichnen (+ 1,3 %). Die Zuwachsrate lag erheblich unter der des Privaten Verbrauchs (+ 3,8 %), der den weit überwiegenden Teil der Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer ausmacht. Bei der Beurteilung der relativ geringen Zunahme des Umsatzsteueraufkommens im Jahr 1986 ist zu berücksichtigen, daß das Aufkommen im Januar 1987 (gegenüber Januar 1986) außergewöhnlich stark angestiegen ist. Die Gewerbesteuer nahm im Vergleich zur Vorjahresentwicklung deutlich schwächer zu (+ 4,6 %), und bei den Verbrauchssteuern war lediglich bei der Mineralölsteuer ein spürbarer Zuwachs (+ 4,6 %) zu verbuchen. Das Aufkommen an den sonstigen Verbrauchssteuern war dagegen nahezu gleich hoch wie im Vorjahr (+ 0,3 %).

Die Sozialbeiträge, die zweite große Einnahmekategorie des Staates, erhöhten sich 1986 um 5,3 % gegen-

Tabelle 16: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Jahr ¹⁾	Einnahmen ²⁾			Ausgaben ³⁾				Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich		
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter				Ersparnis ⁵⁾	Netto-investitionen ⁶⁾	Saldo der Vermögensübertragungen ⁷⁾
	Steuern	Sozialbeiträge	Übertragungen ⁴⁾		Staatsverbrauch	Bruttoinvestitionen					
	Mill. DM										
1981	709 520	386 450	268 820	766 170	362 520	318 160	50 020	- 56 650	7 030	39 540	- 24 140
1982	743 500	395 070	284 480	795 980	380 500	326 190	45 260	- 52 480	6 630	33 990	- 25 120
1983	774 140	414 870	290 370	816 440	388 370	336 210	41 770	- 42 300	12 360	29 820	- 24 840
1984	815 330	439 260	304 630	849 010	404 320	350 230	41 740	- 33 680	23 840	29 160	- 28 360
1985	854 740	459 490	319 910	874 450	411 320	365 710	42 130	- 19 710	37 140	29 040	- 27 810
1986	887 240	473 360	336 840	911 310	424 800	383 090	45 870	- 24 070	34 210	32 290	- 25 990
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr										
	in %										
1981	4,4	1,4	8,1	6,1	5,9	6,8	- 6,7	- 13 680	- 20 160	- 4 560	1 920
1982	4,8	2,2	5,8	3,9	5,0	2,5	- 9,5	4 170	- 400	- 5 550	- 980
1983	4,1	5,0	2,1	2,6	2,1	3,1	- 7,7	10 180	5 730	- 4 170	280
1984	5,3	5,9	4,9	4,0	4,1	4,2	- 0,1	8 620	11 480	- 660	- 3 520
1985	4,8	4,6	5,0	3,0	1,7	4,4	0,9	13 970	13 300	- 120	550
1986	3,8	3,0	5,3	4,2	3,3	4,8	8,9	- 4 360	- 2 930	3 250	1 820
	in Mill. DM										

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Laufende Einnahmen, empfangene Vermögensübertragungen und Abschreibungen — ³⁾ Laufende Ausgaben, geleistete Vermögensübertragungen und Bruttoinvestitionen — ⁴⁾ Laufende und Vermögensübertragungen — ⁵⁾ Laufende Einnahmen abzüglich laufende Ausgaben. — ⁶⁾ Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — ⁷⁾ Empfangene abzüglich geleistete Vermögensübertragungen

über dem Vorjahr. Im einzelnen wiesen die verschiedenen Beitragsarten die folgenden Veränderungsraten auf:

	Anteil in %	Veränderung
		gegenüber 1985
Tatsächliche Sozialbeiträge	92,9	+ 5,4
Arbeitgeberbeiträge	42,9	+ 5,5
Arbeitnehmerbeiträge	36,6	+ 5,8
Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen	6,4	- 4,0
Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen	3,0	+ 26,7
Beiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. a.	4,0	+ 2,3
Unterstellte Sozialbeiträge	7,1	+ 4,5
Sozialbeiträge an den Staat insgesamt	100	+ 5,3

Im Zuwachs der Einnahmen aus Pflichtbeiträgen der Arbeitnehmer (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) im Berichtsjahr wirkte sich neben der Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme (+ 5,0 %) eine Reihe rechtlicher Änderungen ab Juni 1985 sowie ab Januar 1986 aus. Befristet bis Ende 1986 wurde der Beitragssatz zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten ab Juni 1985 von 18,7 auf 19,2 % und zur knappschaftlichen Rentenversicherung von 24,45 auf 24,95 % angehoben. Ebenfalls zeitlich befristet wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab Juni 1985 von 4,4 auf 4,1 % und ab Januar 1986 weiter auf 4,0 % gesenkt. Die Beitragsbemessungsgrenzen in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten und in der Arbeitslosenversicherung wurden ab Januar 1986 von 5 400 auf 5 600 DM monatlich (67 200 DM jährlich), in der knappschaftlichen Rentenversicherung von 6 700 auf 6 900 DM monatlich (82 800 DM jährlich) sowie in der gesetzlichen Krankenversicherung von 4 050 auf 4 200 DM monatlich (50 400 DM jährlich) heraufgesetzt. Aufgrund von Beitragssatzanhebungen bei einer Reihe von Krankenkassen stieg ferner der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung um knapp ½ Prozentpunkt an. Bei den Beiträgen des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und den Eigenbeiträgen der Empfänger sozialer Leistungen waren die Veränderungen im wesentlichen auf die Erhöhung der Eigenbeiträge der Rentner zur gesetzlichen Krankenversicherung von 3,0 auf 4,5 % ab Juli 1985 sowie auf 5,2 % ab Juli 1986 und auf die entsprechende Verringerung des Zuschusses des Staates zu den Krankenkassenbeiträgen zurückzuführen. Für die Zunahme der unterstellten Sozialbeiträge des Staates, die sich zu fast 90 % aus unterstellten Beiträgen für die Altersversorgung der Beamten und zu rund 10 % aus dem Gegenwert der Beihilfen im Krankheitsfall zusammensetzen, war in erster Linie die Anhebung der Beamtengelder, die die Grundlage für die Berechnung der unterstellten Sozialbeiträge für die Altersversorgung der Beamten bilden, maßgeblich.

Die Ausgaben des Staates nahmen 1986, wie bereits erwähnt, um 4,2 % zu. Dies war der höchste Ausgabenzuwachs seit 1981 (siehe Tabelle 16). Allerdings war der Anstieg auch 1986 im Vergleich zu der durchschnittlichen Zunahme in den sechziger und siebziger Jahren (+ 10,4 %) immer noch relativ gering. Bemerkenswert für die Entwicklung der Ausgaben im Berichtsjahr waren die gegenüber dem Vorjahr deutlich höheren Aufwendungen

für Bruttoinvestitionen (+ 8,9 %). Gerade bei diesen zukunftsorientierten Ausgaben waren im Zuge der Konsolidierung der staatlichen Haushalte in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erhebliche Mittel eingespart worden. 1985 war erstmals seit 1980 wieder ein geringer Zuwachs zu verzeichnen gewesen. Leicht überproportional zu den Ausgaben insgesamt nahmen die Aufwendungen für den Staatsverbrauch zu (+ 4,8 %, siehe hierzu Abschnitt 2). Bei den Zinsen auf öffentliche Schulden flachte der Zuwachs im Vergleich zu den letzten Jahren weiter ab (+ 4,1 %, nach + 5,3 % 1984 und + 4,9 % 1985). Allerdings mußten auch 1986 immer noch mehr Mittel für die Verzinsung staatlicher Schulden eingesetzt werden, als für staatliche Investitionen bereitgestellt wurden. Der Anstieg der geleisteten Übertragungen des Staates insgesamt war im Berichtsjahr (+ 3,3 %) zwar deutlich höher als im Vorjahr (+ 1,7 %), aber wesentlich niedriger als der der anderen Ausgabearten. Untergliedert man die vom Staat geleisteten Übertragungen nach empfangenden Sektoren, so verzeichneten vor allem die Übertragungen an Unternehmen, aber auch die an private Haushalte höhere Zunahmen als im Vorjahr, die Übertragungen an die übrige Welt erhöhten sich im Berichtsjahr — ebenso wie 1985 — nur geringfügig.

Geleistete Übertragungen des Staates

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1984	1985	1986
Geleistete Übertragungen	+ 4,1	+ 1,7	+ 3,3
an private Haushalte	+ 1,0	+ 2,3	+ 3,3
darunter			
Soziale Leistungen	+ 1,2	+ 2,3	+ 3,6
Vermögensübertragungen	- 17,8	- 9,8	- 4,9
an Unternehmen	+ 14,5	+ 0,1	+ 4,6
darunter			
Subventionen	+ 14,1	+ 1,8	+ 10,8
Vermögensübertragungen	+ 16,9	- 2,0	- 3,6
an die übrige Welt	+ 15,7	+ 0,3	+ 0,5

Innerhalb der Übertragungen des Staates an private Haushalte nehmen die sozialen Leistungen mit über 95 % den weitaus größten Anteil ein. Der Zuwachs der sozialen Leistungen an private Haushalte (+ 3,6 %) ergab sich aus zum Teil gegenläufigen Entwicklungen bei den einzelnen Leistungsarten. An Renten aus den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung wurden 1986 vor Abzug der Eigenbeiträge der Rentner zur Krankenversicherung und einschließlich des Zuschusses der Rentenversicherungsträger zur Krankenversicherung der Rentner 2,5 % mehr als im Vorjahr geleistet. In der Erhöhung wirkten sich u. a. die Rentenanpassungen um brutto 3,0 % ab Juli 1985 und um 2,9 % ab Juli 1986 sowie die Senkung des Zuschusses der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner (bei gleichzeitiger Anhebung der Eigenbeteiligung der Rentner) um 1,5 Prozentpunkte ab Juli 1985 und um 0,7 Prozentpunkte ab Juli 1986 aus. Es sei darauf hingewiesen, daß bei der Darstellung der Ausgaben des Staates die sozialen Leistungen — anders als in Tabelle 18, die im Zusammenhang mit der Beschreibung der Nettoeinkommen der privaten Haushalte steht — brutto, das heißt einschließlich der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und der Eigenbeiträge dieser Personengruppen zur Sozialversicherung, nachgewiesen werden. Der Gesamt-

betrag der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit lag im Berichtsjahr um 3,2 % höher als 1985. Verstärkten Leistungen für berufliche Fortbildung, Umschulung und betriebliche Einarbeitung aufgrund einer höheren Zahl von Empfängern dieser Leistungen und der Anhebung des Unterhaltsgeldes für Jugendliche in Berufsbildungskursen standen — trotz der Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer — Entlastungen bei den Ausgaben für Arbeitslosen- und vor allem für Kurzarbeitergeld infolge der Verringerung der Zahl der Leistungsempfänger gegenüber. Rückläufig waren auch die Aufwendungen für Schlechtwettergeld sowie für Konkursausfallgeld, die im Zusammenhang mit der rückläufigen Zahl der Unternehmenskonkurse zu sehen ist⁶⁾ Die vom Bund zu tragende Arbeitslosenhilfe stieg dagegen — trotz einer niedrigeren Zahl von Arbeitslosenhilfeempfängern — u. a. wegen Leistungsverbesserungen (höhere Freibeträge für die Anrechnung des Ehegatteneinkommens) ab Januar 1986 — geringfügig an.

Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitslosenhilfe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1985	1986
Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit	0,0	+ 3,2
darunter		
Arbeitslosengeld	- 0,4	- 0,3
Kurzarbeitergeld	- 31,3	- 28,5
Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsbildung	+ 8,4	+ 18,9
Unterhaltsgeld	+ 4,5	+ 25,2
Arbeitslosenhilfe (Bund)	+ 4,7	+ 0,3

Unter den übrigen sozialen Leistungen hatten die Geldleistungen der Sozialhilfe (+ 14,9 %) und das Wohngeld (+ 34,4 %) u. a. aufgrund höherer Leistungssätze deutliche Zunahmen zu verzeichnen. Gesunken waren dagegen die Aufwendungen für Kindergeld wegen der abnehmenden Zahl der Kinder sowie die Ausgaben für die Versorgung der Kriegsoptioner und im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich wegen des Rückgangs der Zahl der Anspruchsberechtigten. Für das zum 1. Januar 1986 neu eingeführte Erziehungsgeld erhielten die privaten Haushalte im Berichtsjahr erstmals 1,7 Mrd. DM.

Im Jahr 1986 leistete der Staat 4,6 % (3,1 Mrd. DM) mehr Übertragungen an Unternehmen als im Vorjahr. Dabei war die Entwicklung der Vermögensübertragungen (- 3,6 %) und der Subventionen (+ 10,8 %) gegenläufig. Bei den Vermögensübertragungen an Unternehmen verzeichneten insbesondere die Investitionszulagen aufgrund des Auslaufens zeitlich befristeter Leistungen eine kräftige Abnahme (- 45,9 % oder - 2,1 Mrd. DM). Die Erhöhung der Subventionen um 4,0 Mrd. DM ergab sich vor allem aus gestiegenen Zahlungen zugunsten der Landwirtschaft im Bereich der Marktordnungswaren sowie aus höheren Ausgaben zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft und zur Erleichterung der Produktion von Koks- und Hochofenkoks. Weniger wurde dagegen vor allem an die Deutsche Bundesbahn sowie an die Stahlindustrie geleistet.

Für den Sektor Staat ergab sich 1986 — wie bereits erwähnt — ein Finanzierungsdefizit in Höhe von

24,1 Mrd. DM, das um 4,4 Mrd. DM über dem des Vorjahres lag. Bei den Gebietskörperschaften hat sich das Finanzierungsdefizit sogar um 7,8 auf 33,4 Mrd. DM erhöht (siehe Schaubild 12). Wichtigster Einflusfaktor hierfür war der bereits genannte Einnahmeausfall aufgrund des Steuerentlastungsgesetzes 1986/88 in Höhe von rund 11 Mrd. DM. Zusätzliche Erklärungsgründe für die Ausweitung des Defizits der Gebietskörperschaften lassen sich bei den einzelnen Ebenen jedoch auch auf der Ausgabenseite erkennen. So hat der Bund, dessen Defizit 1986 um 3,0 auf 20,2 Mrd. DM anstieg, seine Übertragungen an andere Sektoren — und hierbei insbesondere die Subventionen — um rund 5 Mrd. DM erhöht. Bei den Ländern, die einen um 2,3 auf 15,3 Mrd. DM vergrößerten Fehlbetrag zu verzeichnen hatten, nahm 1986 vor allem der Staatsverbrauch, der bei den Ländern vor allem wegen der Zuständigkeit für das Bildungswesen ein hohes Gewicht hat, stärker zu als in den letzten Jahren, und zwar um 4,5 % bzw. rund 5 Mrd. DM. Die Gemeinden wiesen im Berichtsjahr immer noch einen Finanzierungsüberschuß auf. Er war jedoch mit 2,1 um 2,5 Mrd. DM niedriger als 1985. Kräftig erhöht haben die Gemeinden im Jahr 1986 insbesondere ihre Investitionsausgaben, und zwar um 9,7 % bzw. 2½ Mrd. DM, doch auch die Ausgaben für den Staatsverbrauch haben mit 5,5 % deutlich zugenommen. Die Sozialversicherung konnte 1986 einen Finanzierungsüberschuß von 9,3 Mrd. DM erwirtschaften. Im Jahr zuvor machte der Überschuß 5,9 Mrd. DM aus, und 1984 hatte sich noch ein leichter Fehlbetrag von 0,2 Mrd. DM ergeben. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Sozialversicherung sei ergänzend erwähnt, daß die Gebietskörperschaften, insbesondere der Bund, der Sozialversicherung 1986 Zuschüsse in Höhe von 42,2 Mrd. DM (1984: 40,3 Mrd. DM, 1985: 42,1 Mrd. DM) zur Finanzierung ihrer Ausgaben gewährten.

5 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Im Jahr 1986 nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) um 4,4 % (siehe Tabelle 17) und damit etwas stärker zu als in den Jahren 1985 (+ 3,9 %) und 1984 (+ 4,3 %). Die Einkommenserhöhung verlief, wie die nachfolgende Übersicht zeigt, unterjährig relativ gleichmäßig:

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

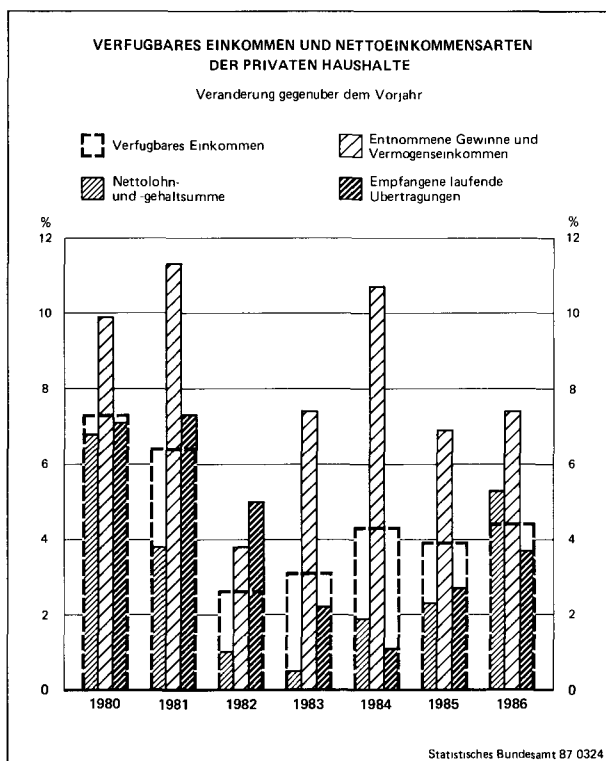
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

1985				1986			
1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj
+ 3,1	+ 4,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,3

Ein anderes Bild als in den Vorjahren zeigte 1986 allerdings, wie auch in Schaubild 13 dargestellt, die Entwicklung der Komponenten des verfügbaren Einkommens. Erstmals seit 1978 stieg im Jahr 1986 die Nettolohn- und -gehaltsumme stärker (+ 5,3 %) als die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen (+ 3,4 %) und die empfangenen laufenden Übertragungen (+ 3,7 %). In den Jahren davor (seit 1983 und auch bereits von 1979 bis 1981) hatten die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen jeweils mit Abstand die höchsten

⁶⁾ Siehe Angele, J. „Insolvenzen 1986“ in diesem Heft, S. 230 ff.

Schaubild 13



Zuwachsraten unter den drei Nettoeinkommensarten aufzuweisen gehabt. In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei den gegenwärtigen Buchungsverfahren die Erstattungen an zuviel gezahlter Lohnsteuer, die aufgrund von Einkommensteuerveranlagungen erfolgen, nicht in der Nettolohn- und -gehaltsumme, sondern in den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nachgewiesen werden.

Trotz des Abstandes zur Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltsumme lag die Erhöhung der empfangenen laufenden Übertragungen im Jahr 1986 mit 3,7 % deutlich über den Zunahmen der Jahre 1983 bis 1985. Die Entwicklung der empfangenen laufenden Übertragungen wird vor allem durch die sozialen Leistungen des Staates (+ 3,7 % im Jahr 1986) bestimmt, die in Tabelle 18 — anders als bei den Erläuterungen zu den Ausgaben des Staates — netto, das heißt nach Abzug der den öffentlichen Pensionen zugerechneten Lohnsteuer sowie der Eigenbeiträge und der vom Staat übernommenen Beiträge für Empfänger sozialer Leistungen zur Sozialversicherung, dargestellt sind. Besonders stark stiegen im Jahr 1986 die Sozialhilfeleistungen und die Zahlungen im Rahmen der Arbeitsmarktförderung, während insbesondere die Zahlungen von Kurzarbeitergeld sowie von Arbeitslosengeld und -hilfe abnahmen. Außerdem sei darauf hingewiesen, daß die relativ niedrige Zunahme der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung auch im Zusammenhang mit der Erhöhung der Eigenbeiträge der Rentner zur gesetzlichen Krankenversicherung von 3,0 auf 4,5 % ab Juli 1985 und von 4,5 auf 5,2 % ab Juli 1986 zu sehen ist. Weitere Erläuterungen zu den staatlichen sozialen Leistungen wurden bereits in Abschnitt 4 über die Einnahmen und Ausgaben des Staates gegeben.

Die privaten Haushalte erhöhten im Jahr 1986 ihre Ausgaben für den Privaten Verbrauch um 3,8 %. Die Zunahme der Konsumausgaben lag damit deutlich unter der des verfügbaren Einkommens (+ 4,4 %), gleichzeitig ist die Ersparnis der privaten Haushalte im Jahr 1986 erheblich stärker (+ 9,4 %) angestiegen. Entsprechend lagen die durchschnittliche Konsumquote der privaten Haushalte im Jahr 1986 mit 88,0 % unter und die Sparquote mit 12,0 % über den Quoten des Vorjahres (88,6 bzw. 11,4 %). Weitere Einsichten in den Prozeß der Einkommensverwendung vermittelt eine unterjährige Betrachtung.

Privater Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

	1985				1986			
	1 Vj	2 Vj	3. Vj	4 Vj	1 Vj	2 Vj	3 Vj	4. Vj
Privater Verbrauch	+ 2,4	+ 3,7	+ 5,1	+ 4,3	+ 3,6	+ 4,8	+ 3,5	+ 3,3
Ersparnis	+ 7,4	+ 10,9	- 5,1	+ 1,6	+ 7,0	+ 0,8	+ 20,3	+ 11,2

Während, wie in Abschnitt 2 bereits erläutert, das zweite Vierteljahr insbesondere aufgrund stark erhöhter Käufe vom Einzelhandel und von Kraftfahrzeugen einen hohen Anstieg des Privaten Verbrauchs und nur eine schwache Zunahme der Ersparnis aufwies, nahmen im dritten und im vierten Quartal der Private Verbrauch — vor allem wegen erheblicher Einsparungen bei den Heizöl- und Benzinkäufen — deutlich weniger zu als das verfügbare Einkommen, die Ersparnis dagegen sehr viel stärker. Im Vorjahr war dagegen insbesondere im dritten Vierteljahr ein sehr starker Anstieg des Privaten Verbrauchs und ein Rückgang der Ersparnis zu verzeichnen gewesen, so daß die starken Ausschläge bei den vierteljährlichen Zuwachsraten der Ersparnis zum Teil auch mit diesem „Basiseffekt“ begründet werden können.

Zieht man von der Ersparnis den Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögensübertragungen ab, so gelangt man, wie in Tabelle 19 dargestellt, zum Finan-

Tabelle 17. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte nach Einkommensarten¹⁾

Jahr ²⁾	Verfügbares Einkommen ³⁾	Nettolohn- und -gehaltsumme	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Abzüglich	
					Zinsen auf Konsumschulden	Nichtzurechenbare geleistete laufende Übertragungen
Mill. DM						
1981	1 025 690	505 810	299 580	268 380	17 470	30 610
1982	1 052 430	510 840	310 840	281 790	19 440	31 600
1983	1 085 190	513 630	333 930	287 880	18 040	32 210
1984	1 132 270	523 230	369 670	291 010	17 910	33 730
1985	1 176 120	535 080	395 220	298 880	18 280	34 780
1986	1 228 070	563 500	408 810	309 820	18 100	35 960
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1981	6,4	3,8	11,3	7,3	26,1	6,9
1982	2,6	1,0	3,8	5,0	11,3	3,2
1983	3,1	0,5	7,4	2,2	- 7,2	2,5
1984	4,3	1,9	10,7	1,1	- 0,7	4,7
1985	3,9	2,3	6,9	2,7	2,1	3,1
1986	4,4	5,3	3,4	3,7	- 1,0	3,4

¹⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck — ²⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit — ⁴⁾ Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und der Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen zur Sozialversicherung

Tabelle 18: Soziale Leistungen an private Haushalte¹⁾

Jahr ²⁾	Soziale Leistungen ³⁾										
	zu- sammen 4) ⁵⁾ 6) ⁷⁾	darunter									
		Arbeits- losen- geld ⁵⁾	Kurz- arbeiter- geld ⁵⁾	Arbeits- hilfe ⁵⁾ 8)	Arbeits- markt- förde- rung ⁵⁾ 9)	aus der gesetz- lichen Renten- versicherung ⁵⁾ 6)	Öffent- liche Pen- sionen ⁴⁾	aus der Kranken- und Unfall- versiche- rung ⁵⁾ 6)	Kinder- geld	Sozial- hilfe	Aus- bildungs- ber- hifen
	Mill DM										
1981	258 960	7 900	930	1 560	6 380	124 630	32 820	16 750	18 460	6 810	3 130
1982	272 080	10 840	1 570	2 780	5 930	132 780	33 540	16 690	16 180	7 190	3 070
1983	277 860	11 680	2 430	4 680	5 580	137 360	32 360	16 650	14 670	7 580	2 470
1984	280 630	9 660	1 470	5 740	5 770	142 430	32 320	16 330	14 250	8 250	770
1985	287 730	9 530	1 000	5 910	6 270	145 770	32 880	16 500	13 820	9 450	640
1986	298 410	9 420	720	5 890	7 270	149 300	33 930	16 860	13 660	10 860	610
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1981	7,3	64,2	173,5	50,0	25,1	5,0	5,1	1,9	9,0	9,8	-0,3
1982	5,1	32,7	68,8	78,2	-7,1	6,5	2,2	-0,4	-12,4	5,6	-1,9
1983	2,1	7,7	54,8	68,3	-5,9	3,4	-3,5	-0,2	-9,3	5,4	-19,5
1984	1,0	-17,3	-39,5	22,6	3,4	3,7	-0,1	-1,9	-2,9	8,8	-68,8
1985	2,5	-1,3	-32,0	3,0	8,7	2,3	1,7	1,0	-3,0	14,5	-16,9
1986	3,7	-1,2	-28,0	-0,3	15,9	2,4	3,2	2,2	-1,2	14,9	-4,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck — ²⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ³⁾ Von Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von der übrigen Welt — ⁴⁾ Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen — ⁵⁾ Nach Abzug der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen — ⁶⁾ Nach Abzug der Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen zur Sozialversicherung — ⁷⁾ Nach Abzug der Beiträge von Unternehmen für Empfänger von Vorruhestandsgeld — ⁸⁾ Einschließlich der von der Bundesanstalt für Arbeit bis einschließlich 1980 gezahlten Anschlußarbeitslosenhilfe — ⁹⁾ Geldleistungen im Rahmen der Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung, Umschulung, Leistungen zur Rehabilitation, Winterbauförderung u. a.

zierungssaldo der privaten Haushalte. Die empfangenen Vermögensübertragungen der privaten Haushalte nahmen 1986 um 2,0 % ab, bedingt sowohl durch rückläufige Vermögensübertragungen der Unternehmen (Nettozuführungen zu Rückstellungen für die Altersversorgung) als auch des Staates (vor allem Sparprämien). Hingegen stiegen die geleisteten Vermögensübertragungen der privaten Haushalte im Jahr 1986 um 3,9 %. Diese Zunahme war auf gestiegene Zuteilungen von Bauspareinlagen und Tilgungsbeträge für Bauspardarlehen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als unterstellte Vermögensübertragungen an den Wohnungssektor (Unternehmen) gebucht werden, sowie erhöhte Vermögensübertragungen an den Staat (Erbschaftsteuer) zurückzuführen.

Tabelle 19 Verwendung des verfügbaren Einkommens, Vermögensübertragungen und Finanzierungssaldo der privaten Haushalte¹⁾

Jahr ²⁾	Verfügbares Einkommen ³⁾	Privater Ver- brauch	Erspar- nis ³⁾ (Sp 1—2)	Saldo der Ver- mögens- übertra- gungen ⁴⁾	Finan- zierungs- saldo (Sp 3+4)	Nachricht- lich Spar- quote ³⁾ (Sp 3 in % von 1)
	1	2	3	4	5	6
	Mill DM					
1981	1 025 690	887 850	137 840	-16 170	121 670	13,4
1982	1 052 430	918 050	134 380	-17 760	116 620	12,8
1983	1 085 190	964 160	121 030	-16 860	104 170	11,2
1984	1 132 270	1 002 840	129 430	-18 520	110 910	11,4
1985	1 176 120	1 041 790	134 330	-20 670	113 660	11,4
1986	1 228 070	1 081 060	147 010	-22 740	124 270	12,0
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1981	6,4	5,6	11,8	x	x	x
1982	2,6	3,4	-2,5	x	x	x
1983	3,1	5,0	-9,9	x	x	x
1984	4,3	4,0	6,9	x	x	x
1985	3,9	3,9	3,8	x	x	x
1986	4,4	3,8	9,4	x	x	x

¹⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck — ²⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit — ⁴⁾ Empfangene abzüglich geleistete Vermögensübertragungen

Per saldo leisteten die privaten Haushalte damit im Jahr 1986 rund 2 Mrd. DM mehr an Vermögensübertragungen als im Vorjahr. Bei einer Zunahme der Ersparnis um rund 12½ Mrd. DM im Jahr 1986 ergab sich ein Finanzierungssaldo, der um rund 10½ Mrd. DM über dem des Vorjahres lag.

6 Ersparnis und Vermögensbildung

Das für den Verbrauch und die Ersparnis der Gesamtwirtschaft verfügbare Einkommen der inländischen Sektoren nahm im Berichtsjahr mit 6,0 % deutlich stärker zu als im Vorjahr. Die Erhöhung lag, wie aus Tabelle 20 hervorgeht, aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr per saldo geringeren laufenden Übertragungen an die übrige Welt leicht über dem Anstieg des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen. Wie bereits in den vorangegangenen drei Jahren, zeigte sich auch im Jahr 1986 eine nur unterdurchschnittliche Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Verbrauchs (+ 4,0 %), die von einem entsprechend kräftigen Zuwachs der Ersparnis der Volkswirtschaft (+ 21,6 % bzw. + 38 Mrd. DM) begleitet wurde.

In der Betrachtung nach Sektoren weist die Ersparnisbildung bei den Unternehmen und den privaten Haushalten sehr starke Zunahmen auf, während sie beim Staat rückläufig war. Die Ersparnis der Unternehmen, die in dieser Darstellung die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen mit und ohne eigene Rechtspersönlichkeit umfaßt, hat sich im Berichtsjahr um 28½ auf knapp 34 Mrd. DM erhöht. Sie hat damit eine Größenordnung angenommen, die über die Ersparnisbildung der Unternehmen in den sechziger und siebziger Jahren hinausgeht. Auch in den dem Berichtsjahr vorangegangenen drei Jahren war die Ersparnis der Unternehmen positiv gewesen, doch in weitaus geringerem Maße als im Jahr 1986. Für die Jahre 1980 bis 1982 hatte sich dagegen eine

Tabelle 20: Nettosozialprodukt, verfügbares Einkommen in der Volkswirtschaft und seine Verwendung

Jahr ¹⁾	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Laufende Über-tragungen von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen										
			ins-gesamt	nach Sektoren			nach Verwendungsarten						
				Unter-nehmen ²⁾	Staat	Private Haus-halte ^{3) 4)}	Letzter Verbrauch			Ersparnis			
zu-sammen	Staats-ver-brauch	Privat-ver-brauch	zu-sammen	Unter-nehmen ²⁾	Staat	Private Haus-halte ^{3) 4)}							
Mill DM													
1981	1 356 460	- 27 710	1 328 750	- 22 130	325 190	1 025 690	1 206 010	318 160	887 850	122 740	- 22 130	7 030	137 840
1982	1 395 990	- 28 950	1 367 040	- 18 210	332 820	1 052 430	1 244 240	326 190	918 050	122 800	- 18 210	6 630	134 380
1983	1 467 870	- 26 260	1 441 610	7 850	348 570	1 085 190	1 300 370	336 210	964 160	141 240	7 850	12 360	121 030
1984	1 541 600	- 31 980	1 509 620	3 280	374 070	1 132 270	1 353 070	350 230	1 002 840	156 550	3 280	23 840	129 430
1985	1 616 230	- 31 830	1 584 400	5 430	402 850	1 176 120	1 407 500	365 710	1 041 790	176 900	5 430	37 140	134 330
1986	1 709 560	- 30 330	1 679 230	33 860	417 300	1 228 070	1 464 150	383 090	1 081 060	215 080	33 860	34 210	147 010
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
1981	3,4	x	3,2	x	0,1	6,4	5,9	6,8	5,6	- 26 160	- 20 600	- 20 160	14 600
1982	2,9	x	2,9	x	2,3	2,6	3,2	2,5	3,4	60	3 920	- 400	- 3 460
1983	5,1	x	5,5	x	4,7	3,1	4,5	3,1	5,0	18 440	26 060	5 730	- 13 350
1984	5,0	x	4,7	x	7,3	4,3	4,1	4,2	4,0	15 310	- 4 570	11 480	8 400
1985	4,8	x	5,0	x	7,7	3,9	4,0	4,4	3,9	20 350	2 150	13 300	4 900
1986	5,8	x	6,0	x	3,6	4,4	4,0	4,8	3,8	38 180	28 430	- 2 930	12 680

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Einschl nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit — ³⁾ Einschl privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁴⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

rückläufige Ersparnisbildung der Unternehmen ergeben. Bei den privaten Haushalten nahm die Ersparnis im Berichtsjahr um 12½ Mrd. DM zu und damit wesentlich stärker als in den beiden Vorjahren. Der rückläufigen Ersparnisbildung des Staates im Jahr 1986 (— 3 Mrd. DM), die vor allem auf den durch die Steuersenkung 1986 bedingten Steuerausfall von rund 11 Mrd. DM zurückzuführen ist, gingen zum Teil beachtliche Erhöhungen der Ersparnis in den davorliegenden drei Jahren voraus.

Nach Abzug der per saldo an die übrige Welt geleisteten Vermögensübertragungen von der Ersparnis ergibt sich die Vermögensbildung der Volkswirtschaft. Da dieser Saldo nur eine geringe Veränderung gegenüber dem Vorjahr aufweist, nahm die Vermögensbildung im

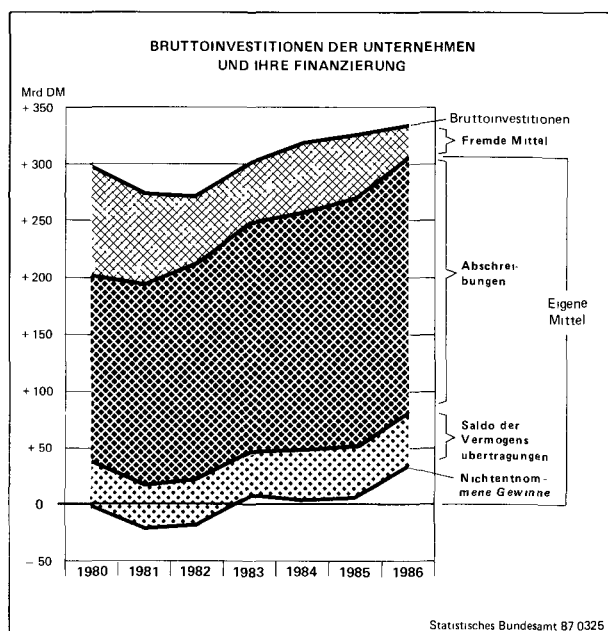
Berichtsjahr etwa gleich stark zu wie die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, nämlich um 38½ Mrd. DM (siehe Tabelle 21). Die Vermögensbildung entspricht definitionsgemäß der Summe aus Nettoinvestitionen (Sachvermögensbildung) und dem Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt (Geldvermögensbildung). Der starke Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung im Jahr 1986 schlug sich vor allem in einer kräftigen Erhöhung des Forderungsüberschusses gegenüber der übrigen Welt (+ 35½ Mrd. DM) nieder, während die Nettoinvestitionen nur eine relativ geringe Zunahme (+ 3 Mrd. DM) aufwiesen. In den Vorjahren waren bei den gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen Zu- und Abnahmen in teilweise beträchtlicher Höhe zu verzeichnen gewesen; das Niveau von 1980 (knapp 176 Mrd. DM) wurde

Tabelle 21 Vermögensbildung in der Volkswirtschaft
Mill DM

Jahr ¹⁾	Alle Sektoren	Unternehmen	Staat	Private Haushalte	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
					alle Sektoren	Unternehmen	Staat	Private Haushalte
Vermögensbildung ²⁾								
1981	120 220	15 660	- 17 110	121 670	- 24 980	- 20 500	- 18 240	13 760
1982	120 180	22 050	- 18 490	116 620	- 40	6 390	- 1 380	- 5 050
1983	138 640	46 950	- 12 480	104 170	18 460	24 900	6 010	- 12 450
1984	153 900	47 510	- 4 520	110 910	15 260	560	7 960	6 740
1985	174 120	51 130	9 330	113 660	20 220	3 620	13 850	2 750
1986	212 570	80 080	8 220	124 270	38 450	28 950	- 1 110	10 610
Nettoinvestitionen								
1981	135 200	95 660	39 540	-	- 40 660	- 36 100	- 4 560	-
1982	114 280	80 290	33 990	-	- 20 920	- 15 370	- 5 550	-
1983	130 590	100 770	29 820	-	16 310	20 480	- 4 170	-
1984	138 230	109 070	29 160	-	7 640	8 300	- 660	-
1985	136 030	106 990	29 040	-	- 2 200	- 2 080	- 120	-
1986	139 050	106 760	32 290	-	3 020	- 230	3 250	-
Finanzierungssaldo ³⁾								
1981	- 14 980	- 80 000	- 56 650	121 670	15 680	15 600	- 13 680	13 760
1982	5 900	- 58 240	- 52 480	116 620	20 880	21 760	4 170	- 5 050
1983	8 050	- 53 820	- 42 300	104 170	2 150	4 420	10 180	- 12 450
1984	15 670	- 61 560	- 33 680	110 910	7 620	- 7 740	8 620	6 740
1985	38 090	- 55 860	- 19 710	113 660	22 420	5 700	13 970	2 750
1986	73 520	- 26 680	- 24 070	124 270	35 430	29 180	- 4 360	10 610

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Ersparnis zuzüglich der per saldo empfangenen Vermögensübertragungen Unternehmenssektor einschl der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit Die Vermögensbildung des Sektors Private Haushalte ist ohne diese nichtentnommenen Gewinne dargestellt und entspricht damit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten Finanzierungssaldo — ³⁾ Veränderung der Forderungen abzüglich Veränderung der Verbindlichkeiten

Schaubild 14



auch 1986 noch nicht wieder erreicht. Ausschlaggebend für die leicht positive Entwicklung der Nettoinvestitionen im Berichtsjahr waren allein die staatlichen Investitionen, die, nachdem sie eine Reihe von Jahren zurückgegangen waren, im Jahr 1986 wieder einen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Die Nettoinvestitionen der Unternehmen waren dagegen, wie bereits im Jahr 1985, erneut niedriger als im Vorjahr, jedoch in nicht mehr so starkem Ausmaß.

An der Zunahme der volkswirtschaftlichen Geldvermögensbildung insgesamt hatten die einzelnen Sektoren

Tabelle 22 Bruttoinvestitionen der Unternehmen¹⁾ und ihre Finanzierung

Jahr ²⁾	Bruttoinvestitionen		Finanzierung der Bruttoinvestitionen				
	insgesamt	darunter Bruttoanlageinvestitionen	Eigene Mittel				Fremde Mittel (Finanzierungsdefizit)
			zusammen	Ab-schrei-bungen	Nicht-entnommene Gewinne	Saldo der Vermögensübertragungen	
Mill DM							
1981	273 820	285 420	193 820	178 160	-22 130	37 790	80 000
1982	270 130	281 630	211 890	189 840	-18 210	40 260	58 240
1983	300 250	302 050	246 430	199 480	7 850	39 100	53 820
1984	317 990	312 890	256 430	208 920	3 280	44 230	61 560
1985	324 670	317 170	268 810	217 680	5 430	45 700	55 860
1986	332 620	330 020	305 940	225 860	33 860	46 220	26 680
% der Bruttoinvestitionen bzw. der Finanzierungsmittel insgesamt							
1981	100	104,2	70,8	65,1	- 8,1	13,8	29,2
1982	100	104,3	78,4	70,3	- 6,7	14,9	21,6
1983	100	100,6	82,1	66,4	2,6	13,0	17,9
1984	100	98,4	80,6	65,7	1,0	13,9	19,4
1985	100	97,7	82,8	67,0	1,7	14,1	17,2
1986	100	99,2	92,0	67,9	10,2	13,9	8,0

¹⁾ Einschl. Wohnungsvermietung und privater Organisationen ohne Erwerbszweck — ²⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis

einen sehr unterschiedlichen Anteil. Während die Unternehmen weniger fremde Mittel zur Investitionsfinanzierung aufnehmen mußten und die privaten Haushalte ihr Geld-

vermögen aufstockten, erhöhte sich beim Staat — nach Jahren der Konsolidierung — wieder das Finanzierungsdefizit. Bei den Unternehmen stand — wie die Angaben in Tabelle 22 und Schaubild 14 zeigen — die starke Reduzierung der Aufnahme fremder Finanzierungsmittel (— 29 Mrd. DM) in Verbindung mit dem außerordentlich kräftigen Anstieg der eigenen Mittel (+ 37 Mrd. DM), bei einer Zunahme der Bruttoinvestitionen um 8 Mrd. DM. Ausschlaggebend für die Entwicklung der Eigenmittel war, nach den gegenwärtig noch unvollständigen statistischen Informationen, die bereits erwähnte sehr starke Erhöhung der nichtentnommenen Gewinne (+ 28½ Mrd. DM), die die Zunahme des Vorjahres bei weitem übertraf. Die Abschreibungen nahmen im Berichtsjahr in ähnlichem Umfang zu wie 1985, nämlich um 8 Mrd. DM, und die per saldo

Tabelle 23 Wirtschaftliche Vorgänge mit der übrigen Welt
Mill DM

Jahr ¹⁾	Außenbeitrag	Laufende Übertragungen			Saldo der laufenden Rechnung (Sp 1 + 4)	Saldo der Vermögensübertragungen ²⁾	Finanzierungssaldo (Sp 5 + 6)
		empfangen	geleistet	Saldo (Sp 2 - 3)			
	1	2	3	4	5	6	7
1981	15 250	9 180	36 890	-27 710	-12 460	-2 520	-14 980
1982	37 470	9 220	38 170	-28 950	8 520	-2 620	5 900
1983	36 910	13 280	39 540	-26 260	10 650	-2 600	8 050
1984	50 300	12 860	44 840	-31 980	18 320	-2 650	15 670
1985	72 700	13 060	44 890	-31 830	40 870	-2 780	38 090
1986	106 360	14 960	45 290	-30 330	76 030	-2 510	73 520
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
1981	18 220	- 830	2 890	- 3 720	14 500	1 180	15 680
1982	22 220	40	1 280	- 1 240	20 980	- 100	20 880
1983	- 560	4 060	1 370	2 690	2 130	20	2 150
1984	13 390	- 420	5 300	- 5 720	7 670	- 50	7 620
1985	22 400	200	50	150	22 550	- 130	22 420
1986	33 660	1 900	400	1 500	35 160	270	35 430

¹⁾ Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Empfangene abzüglich geleistete Vermögensübertragungen

empfangenen Vermögensübertragungen erhöhten sich geringfügig um ½ Mrd. DM. Die — im Vergleich zum Vorjahr — halbierte Aufnahme fremder Mittel zur Finanzierung der nur relativ schwach gestiegenen Bruttoinvestitionen führte zu einem Rückgang der Fremdfinanzierungsquote der Unternehmen von 17,2 % im Jahr 1985 auf 8,0 % im Jahr 1986. Dies ist die bisher niedrigste Quote, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesen wurde. Bei den privaten Haushalten ergibt sich der Finanzierungssaldo als Differenz aus der Ersparnis abzüglich der per saldo an andere Sektoren geleisteten Vermögensübertragungen. Die gegenüber dem Vorjahreswert um 12½ Mrd. DM erhöhte Ersparnis der privaten Haushalte und der im Vergleich zu 1985 um 2 Mrd. DM größere Saldo der geleisteten Vermögensübertragungen führten zu einem Finanzierungssaldo der privaten Haushalte, der um 10½ Mrd. DM über dem des Vorjahres lag. Die Zunahme des staatlichen Defizits um 4½ Mrd. DM im Berichtsjahr ergab sich aus einer Verringerung der Vermögensbildung des Staates (— 1 Mrd. DM) und aus einer Erhöhung der staatlichen Nettoinvestitionen

um 3½ Mrd. DM. Der Rückgang der Vermögensbildung des Staates ist auf die — in erster Linie durch die Steuer-senkung 1986 ausgelöste — negative Entwicklung der Ersparnis zurückzuführen (— 3 Mrd. DM), die von der Ab-nahme der per saldo geleisteten Vermögensübertragun-gen um 2 Mrd. DM nicht ganz ausgeglichen werden konn-te.

Der Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt (siehe Tabelle 23) stieg um 35,4 Mrd. DM auf 73,5 Mrd. DM. Nachdem bereits 1985 ein sehr hoher Fi-nanzierungssaldo erzielt worden war, war dies der höchste Forderungsüberschuß gegenüber der übrigen Welt, der bislang in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesen wurde. Für den starken Anstieg war allein die Erhöhung des Außenbeitrags (+ 33,7 Mrd. DM) maß-geblich, die Veränderung der Salden der laufenden und der Vermögensübertragungen hatte auf das Ergebnis kaum Einfluß. Wie bereits im Abschnitt 2 ausführlich kom-mentiert wurde, übertraf im Jahr 1986 die erhebliche Redu-zierung der Ausgaben für Käufe von der übrigen Welt deutlich den leichten Rückgang der Einnahmen aus Ver-käufen an die übrige Welt. Die umgekehrt verlaufende mengenmäßige Entwicklung — die Zunahme der Importe war real höher als die der Exporte — konnte die stark unterschiedlichen Preisrückgänge bei der Ein- und Aus-fuhr, die eine erhebliche Verbesserung der Terms of Trade mit sich brachten, bei weitem nicht kompensieren.

Dipl.-Volkswirt Heinrich Lützel und Mitarbeiter

Zweck und Bedeutung der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung

Die Bedeutung der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung (im folgenden „Volkszählung“ genannt) wird vielfach unterschätzt. Dies erklärt sich zum Teil daraus, daß sie sich meist nur indirekt auf unseren Alltag auswirkt. So ist zum Beispiel für den einzelnen Bürger kaum wahrnehmbar, in welchem Maße die Einwohnerzahl zur Verteilung finanzieller Lasten der öffentlichen Hand beiträgt, das heißt in welchem Maße sie die finanzielle Situation seines Landes bzw. seiner Gemeinde mitbestimmt, inwieweit sie sich auf Verpflichtungen aus privatrechtlichen Verträgen (z. B. bei Haftpflichtversicherungen) auswirkt, oder in welchem Umfang sie dafür sorgt, daß bei allgemeinen Wahlen jeder Stimme das gleiche Gewicht zukommt. Berücksichtigt man noch den Altersaufbau der Bevölkerung und die hierauf aufbauenden Fortschreibungen und Vorausberechnungen, so bilden die Ergebnisse die Entscheidungsgrundlage für viele öffentliche und private Bedarfsplanungen, sei es für Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten, Jugendzentren, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, altengerechte Wohnungen, um nur einige Beispiele zu nennen, oder aber im wirtschaftlichen Bereich für eine bedarfsgerechte Produktion von Ge- und Verbrauchsgütern.

Allgemein gesagt: Statistische Daten bilden die notwendigen Grundlagen für eine rationale Politik. Wird von ihnen kein oder ein falscher Gebrauch gemacht und werden deshalb die Statistiker, ihre Arbeit oder statistische Erhebungen als solche kritisiert, so „werden immer die Erheber der Statistik und ihre Verwender verwechselt“¹⁾.

Allzuleicht wird übersehen, welche Erkenntnisse und welcher Nutzen erst durch die gemeinsame Auswertung mit Ergebnissen anderer Erhebungen gewonnen werden. Dies trifft zum Beispiel auf die Berechnung der mittleren Lebenserwartung zu, die das „A und O“ für die Festsetzung der Prämien von Lebensversicherungen darstellt. Ausgangspunkt für die Berechnung dieser Maßzahl sind exakte Nachweise über den Altersaufbau der Bevölkerung, wie ihn nur eine Volkszählung liefern kann, und — nach dem erreichten Alter — untergliederte Tabellen über die Zahl der Sterbefälle aus der laufenden Bevölkerungsstatistik. Ein weiteres Beispiel ist die Vorausberechnung der Bevölkerung, die nur auf der Grundlage zuverlässiger Angaben über die Altersstruktur der Bevölkerung möglich ist und

ebenfalls Ergebnisse anderer Datenquellen einschließt, insbesondere über die bisherige Geburtenentwicklung und den bisherigen Verlauf der Sterblichkeit. Für die Analyse der Auswertungen dieser beiden Komponenten ist man auf die Altersstruktur der Bevölkerung angewiesen, da erst durch ihren Bezug auf den Bestand einzelner Altersjahre aussagefähige und für Vorausberechnungen geeignete Maßzahlen entstehen. Vielfach ist nicht bekannt, welche Rolle Bevölkerungsvorausberechnungen insbesondere für Rentenversicherungsträger spielen, da oftmals angenommen wird, daß sich die künftigen Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung allein aus dem derzeitigen Mitgliederbestand und seiner Struktur ableiten lassen. Dabei wird übersehen, daß die Beitragszahler von morgen zum großen Teil heute noch Kinder sind oder noch gar nicht geboren sind. Es bleibt daher für die notwendigen Planungen zur Sicherung der Renten gar nichts anderes übrig, als den künftigen Mitgliederbestand auf der Grundlage von Bevölkerungsvorausberechnungen zu schätzen.

Volkszählungsergebnisse nutzen mittelbar oder unmittelbar jedem einzelnen. Rationales staatliches Handeln ermöglicht einen gezielten und sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel, schafft zum Beispiel Infrastruktureinrichtungen dort, wo sie gebraucht werden. Die Berücksichtigung statistischer Daten vermeidet Fehlinvestitionen auf Kosten des Steuerzahlers. Statistik, und hierzu gehört die Volkszählung als Eckpfeiler unseres statistischen Systems, trägt somit zu einer gezielten und damit effizienten Daseinsvorsorge für jeden einzelnen bei und hilft, unnütze Erhöhungen von Steuern, Gebühren, Beiträgen usw. zu vermeiden, das heißt sie wirkt sich auf die finanzielle Belastung jedes einzelnen aus. Durch die Selbstverständlichkeit, mit der man als Bürger rationales politisches Handeln erwartet, werden die statistischen Voraussetzungen für ein solches Handeln einfach vorausgesetzt.

Daneben ist noch der unmittelbare Nutzen des einzelnen Bürgers aus der Volkszählung zu sehen, insbesondere bei persönlichen Entscheidungssituationen. Ein Beispiel hierfür ist die Frage, welche berufliche Ausbildung man ergreifen oder auf welchen Beruf man sich umschulen lassen sollte. Hierfür spielt nicht nur die persönliche Neigung und Begabung eine Rolle, sondern auch, welche Berufe Zukunft haben, welche Berufe von der Entwicklung einzelner Branchen abhängen und vor allem, welche Berufe bei welcher Ausbildung offenstehen. Ganz besonders wichtig ist auch, wie sich die jeweilige Situation in der Zukunft weiterentwickelt. Auf solche und ähnliche Fragen liefert die Volkszählung — gegebenenfalls in Verbindung mit anderen Statistiken — wichtige Aussagen. Sie zeigt zum Beispiel auf, welche Berufsmöglichkeiten seit der letzten Volkszählung zu- oder abgenommen haben, welche Berufe in den einzelnen Branchen vorkommen und somit von der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Branchen abhängen und welche Ausbildungswege zu den einzelnen Berufen geführt haben. In Verbindung mit den Angaben zum Alter ist zu erkennen, welcher Nachwuchsbedarf allein durch altersbedingte Abgänge aus dem Erwerbsleben ausgelöst wird. Schließlich zeigt die Volkszählung in diesem Zusammenhang noch, ob es in anderen

¹⁾ Siehe Ansprache des Bundespräsidenten in Wiesbaden beim Besuch des Statistischen Bundesamtes am 27. Oktober 1986

Regionen des Bundesgebietes bessere Berufschancen gibt als am Wohnort.

In früheren Beiträgen dieser Zeitschrift war bereits ausführlich auf Sinn und Zweck des Fragenprogramms der ursprünglich für 1981 anberaumten, dann aber bis heute verschobenen Volkszählung eingegangen worden²⁾ In einem jüngeren Beitrag wurde auf die rechtlichen Grundlagen und das Konzept der Volkszählung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 eingegangen und hierbei auch der nunmehr vorgesehene Fragenkatalog vorgestellt³⁾. Im vorliegenden Beitrag soll noch einmal auf wesentliche Auswertungsziele der kommenden Volkszählung eingegangen und hierbei auch auf die Konsequenzen für die öffentliche und private Daseinsvorsorge hingewiesen werden. Dabei wird zunächst einmal die Bedeutung personenbezogener Erhebungstatbestände (Volks- und Berufszählung) für die Situation in den verschiedenen Lebensbereichen erörtert. Hieran schließen sich ähnliche Betrachtungen für den auf Gebäude und Wohnungen abgestellten Zählungsabschnitt an (Gebäude- und Wohnungszählung).

Ferner soll aufgezeigt werden, wie die Volkszählung zu einer regional ausgewogenen Strukturpolitik mit dem langfristigen Ziel der Gleichheit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik beitragen kann. Abschließend wird die Frage behandelt, weshalb es unter den für die Bundesrepublik Deutschland geltenden Rahmenbedingungen heute noch keine geeignete Alternative zur Volkszählung gibt.

1 Die Volks- und Berufszählung und ihre Bedeutung für die Situation in den einzelnen Lebensbereichen

Im folgenden Abschnitt wird anhand einiger ausgewählter Rechtsgrundlagen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene veranschaulicht, welche Bedeutung allein der Bevölkerungszahl — neben vielen anderen eines der wichtigsten Erhebungsziele der Volkszählung — in Politik, Gesellschaft und Verwaltung zukommt. Anschließend wird mit Hilfe einiger Beispiele aufgezeigt, inwieweit einfache demographische Strukturdaten — insbesondere Angaben zum Altersaufbau — bei der Daseinsvorsorge in den verschiedenen Lebensbereichen (z. B. bei der Alterssicherung, Infrastruktur, Arbeitsmarkt) eine Rolle spielen. Anschließend wird auf spezielle Fragen des Volkszählungsprogramms (z. B. auf Fragen zur Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder zum Verkehrsweg) eingegangen, mit denen ein Minimum an zusätzlichen Strukturdaten zur Verbesserung der Planungsgrundlagen erhoben wird. Damit soll verdeutlicht werden, daß effiziente kostensparende politische Entscheidungen in diesen Bereichen nur bei einigermaßen zuverlässigen Datengrundlagen möglich sind

²⁾ Siehe Bretz, M. „Fragenkatalog und Tabellenprogramm der Volks- und Berufszählung 1981 — Stand der Vorbereitung Anfang 1979“ in WiSta 1/1979, S. 11 ff., Knop, W. „Gebäude- und wohnungstatistische Fragen im Rahmen der Volkszählung 1981 — Stand der Vorbereitung Anfang 1979“ in WiSta 5/1979, S. 317 ff.

³⁾ Siehe Wurzbacher, P./Stortzbach, B./Sturmer, B. „Volkszählung 1987, Rechtliche Grundlagen und Konzept nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983“ in WiSta 12/1986, S. 948 und 956 f.

1.1 Die einfache Einwohnerzahl und ihre Konsequenzen für das öffentliche Leben

Im Bereich der politischen Willensbildung kommt der Einwohnerzahl sowohl auf Bundes- und Landesebene, als auch bei den Kommunen, eine Schlüsselrolle zu, und sie ist hierbei nicht selten das Zünglein an der Waage. Nach Artikel 38 des Grundgesetzes (GG) werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Näheres bestimmen Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung. Dem Grundsatz der „gleichen“ Wahl entspricht das Bundeswahlgesetz dadurch, daß es die Einteilung des Bundesgebietes in Wahlkreise (Größe und Zahl der Wahlkreise eines Landes) nach der amtlichen Einwohnerzahl bemißt. Hierbei wird im Prinzip bezweckt, daß jeder Stimme für die Kandidaten das gleiche politische Gewicht zukommt. Ähnliches gilt für die Zusammensetzung des Bundesrates: Nach Artikel 51 GG richtet sich die Zahl der Stimmen in diesem Gremium nach der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes.

Auch auf Landesebene stützen sich Wahlgesetze und -verordnungen auf die amtliche Einwohnerzahl. So regelt zum Beispiel Artikel 38 des Bayerischen Landeswahlgesetzes die Aufteilung der Abgeordnetenmandate entsprechend der Einwohnerzahl auf die Wahlkreise. Auf Gemeindeebene bestimmt Artikel 8 des Bayerischen Gemeindewahlgesetzes die Einteilung der Gemeinden in Stimmbezirke und legt hierbei ebenfalls die Einwohnerzahl zugrunde. Ähnliche Vorschriften gibt es in den anderen Bundesländern.

Auch beim Finanzausgleich — sei es zwischen den Ländern, sei es beim kommunalen Ausgleich — ist die Einwohnerzahl das wesentliche Kriterium. Nach Artikel 107 GG steht der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer den einzelnen Ländern nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl zu. Nähere Einzelheiten finden ihren Niederschlag im Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern⁴⁾ Nach diesem Gesetz erfolgt der Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder in den folgenden zwei Stufen:

- Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer (zur Zeit 35 %) grundsätzlich nach Maßgabe der Einwohnerzahl und — davon abweichend — bis zu einem Viertel des Länderanteils unter Berücksichtigung der Steuerkraft des jeweiligen Landes.
- Eigentlicher Finanzausgleich, und zwar in Form von Beiträgen „ausgleichspflichtiger“, das heißt finanzstarker Länder an „ausgleichsberechtigte“, das heißt finanzschwache Länder.

Beide Stufen setzen genaue Einwohnerzahlen eines jeden Landes voraus. Diese dienen entweder unmittelbar als Verteilungsschlüssel oder aber als Grundlage zur Berechnung eines solchen Schlüssels (z. B. zur Berechnung der Steuerkraftmeßzahl und Ausgleichsmeßzahl für die oben

⁴⁾ Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1432)

genannte zweite Stufe des Finanzausgleichs). § 9 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern legt dabei ausdrücklich fest, daß von der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Einwohnerzahl auszugehen ist. Hervorzuheben ist, daß 1985 mit Hilfe der amtlichen Einwohnerzahl etwa 40 Mrd. DM an Umsatzsteuern auf die Länder verteilt wurden (erste Stufe). Anschließend wurden etwa 2,6 Mrd. DM an Steuern von „ausgleichspflichtigen“ an „ausgleichsberechtigte“ Länder transferiert.

Als Beispiel für den kommunalen Finanzausgleich sei das Finanzausgleichsgesetz von Schleswig-Holstein⁵⁾ erwähnt. Auch hier ist die Einwohnerzahl Basis für die Ausgangsmeßzahl einer Gemeinde. Ähnliche Gesetze gibt es in den anderen Bundesländern.

Welche Bedeutung dem kommunalen Finanzausgleich zukommt, läßt sich bereits aus der Größenordnung der allgemeinen Zuweisungen der Länder an Gemeinden, Gemeindeverbände usw. ersehen. Diese machten im Jahr 1985 24,7 Mrd. DM aus.

In den Finanzausgleichsgesetzen der Länder sind auch Ausgleichszahlungen für spezielle Aufgaben der Gemeinden vorgesehen. Auch hier spielt die Einwohnerzahl häufig das Zünglein an der Waage. Das Finanzausgleichsgesetz von Schleswig-Holstein bemißt zum Beispiel auch Schlüsselzuweisungen an zentrale Orte (zur Erfüllung übergemeindlicher Aufgaben) nach der Einwohnerzahl, wobei von der Bevölkerung des jeweiligen „Verpflichtungsbereiches“ ausgegangen wird. Auf ähnliche Weise regelt das Bayerische Finanzausgleichsgesetz⁶⁾ Zuschüsse als Ersatz für einen besonderen Verwaltungsaufwand im Rahmen des übertragenen „Wirkungskreises“ und zum Ersatz für Leistungen nach dem Volksschulgesetz. Ein weiteres Beispiel sind Zuschüsse für kreisfreie Gemeinden, die Träger eines Gesundheitsamtes sind. Umgekehrt enthält das Bayerische Finanzausgleichsgesetz auch eine Bestimmung, nach der Landkreisen und kreisfreien Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl eine „Krankenhausumlage“ auferlegt wird.

Auch bei der Verteilung der Straßenbaulasten ist die Einwohnerzahl nicht wegzudenken. Nach dem Bundesfernstraßengesetz müssen zum Beispiel Gemeinden mit 80 000 und mehr Einwohnern für Ortsdurchfahrten auch dann aufkommen, wenn es sich um Bundesfernstraßen handelt. Auf Landesebene orientiert sich beispielsweise das Bayerische Straßen- und Verkehrswegegesetz an der Einwohnerzahl, wenn es um die Verteilung der Baulasten für Staats- und Kreisstraßen geht.

Die Liste der nach der Einwohnerzahl bemessenen Finanzzuweisungen ließe sich noch beliebig verlängern (so z. B. um Zuweisungen im schulischen Bereich). Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Einwohnerzahl vielfach auch indirekt auf den öffentlichen Haushalt auswirkt. Ein Beispiel hierfür ist die in Schleswig-

Holstein und auch anderen Bundesländern geltende Bestimmung, daß es von der Einwohnerzahl abhängt, wann ein hauptamtlicher oder „nur“ ein ehrenamtlicher Bürgermeister zu bestellen ist.

Auch die kommunalen Besoldungsverordnungen stützen sich auf die Einwohnerzahl. Letztere ist mitbestimmend für die Einstufung der Ämter von Wahlbeamten auf Zeit (Bürgermeister, Oberbürgermeister) sowie für die Höhe von Aufwandsentschädigungen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es im öffentlichen Bereich ein weitverzweigtes Netz von finanziellen Auswirkungen gibt, bei denen der Einwohnerzahl eine Schlüsselrolle zukommt.

Besonders ins Gewicht fallen dabei die erwähnten Leistungen beim Finanzausgleich zwischen den Ländern und beim kommunalen Finanzausgleich (hier: allgemeine Zuweisungen), die im Jahr 1985 insgesamt etwa 67 Mrd. DM ausmachten. Dieser Betrag macht aber zugleich deutlich, daß Untererfassungen in der Volkszählung — auf welche Gründe auch immer sie zurückzuführen sind — für das betreffende Land bzw. die betreffende Gemeinde beträchtliche finanzielle Einbußen zur Folge haben, und zwar nicht nur für das Zählungsjahr, sondern auch für alle weiteren Jahre. Allein die Verweigerung auch nur eines Einwohners bei der Volkszählung kann in einem Jahr Mindereinnahmen von etwa 1 000, — DM für seine Gemeinde bzw. für sein Land zur Folge haben und insoweit Einschränkungen in verschiedenen — auch sozialen — Lebensbereichen oder aber Erhöhungen kommunaler Steuern, Steuerhebesätze oder von Gebühren nach sich ziehen.

1.2 Die Altersstruktur als Orientierungshilfe bei der Daseinsvorsorge

1.2.1 Infrastruktur

Für viele Bereiche werden neben der einfachen Bevölkerungszahl insbesondere Angaben zur Altersstruktur benötigt. Oft ist es auch erforderlich, neben den Daten aus der Volkszählung Ergebnisse aus anderen Statistiken heranzuziehen, nicht zuletzt zur Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse oder für Vorausberechnungen. In solchen Analysen wird es zunehmend schwieriger, einen Zusammenhang zwischen den in der Volkszählung erhobenen Daten, ihrer Analyse im Zusammenhang mit Daten anderer Statistiken und dem letzten Verwendungszweck zu erkennen. Ein typisches Beispiel ist die Bedeutung der Volkszählungsdaten für die kostensparende Bereitstellung optimaler Infrastruktureinrichtungen. Die Planung von Infrastruktureinrichtungen beginnt bei den Kindergärten, die in ausreichender Zahl und an der richtigen Stelle vorhanden sein müssen, und erstreckt sich über ein entsprechendes Angebot an Grundschulen, weiterführenden Schulen bis hin zu Fachhochschulen und Universitäten. Gerade im schulischen Bereich wird deutlich, welche wertvollen Erkenntnisse aus der in der Volkszählung ermittelten Altersstruktur und den hierauf aufbauenden Bevölkerungsvorausberechnungen gewonnen werden können. Aus dem derzeitigen und künftigen — mit Hilfe von Vorausberechnungen geschätzten — Bevölkerungsbestand

⁵⁾ Siehe Finanzausgleichsgesetz, I d F v 28. September 1981 (GVOBl. S. 223).

⁶⁾ Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden, I d F der Bekanntmachung vom 19. Januar 1982 (GVOBl. S. 37), geändert durch das Gesetz vom 7. September 1982 (GVOBl. S. 729).

und seiner Altersstruktur ergeben sich nämlich wertvolle Anhaltspunkte für eine rechtzeitige und bedarfsorientierte Planung der Infrastruktur (einschließlich der Bestimmung des optimalen Standortes). Dies erklärt sich daraus, daß die jeweils erforderliche Kapazität entsprechender Infrastruktureinrichtungen einmal von der Bevölkerungszahl insgesamt, zum anderen auch von ihrem Altersaufbau abhängt. Hierbei geht es nicht nur um die Sicherung einer ausreichenden Versorgung, sondern auch um die Vermeidung aufwendiger Überkapazitäten. Dies soll anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden:

Ausgehend von einer Bevölkerungsvorausberechnung, die noch auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1970 beruht und daher mit Unsicherheiten behaftet ist, zeigt sich, daß die Zahl der Jugendlichen, die in diesem Jahr das 17. Lebensjahr erreichen, um 100 000 unter der entsprechenden Zahl des Vorjahres liegt (Rückgang von 910 000 auf 810 000). Innerhalb von zwei Jahren (bis 1989) wird diese Zahl nach der oben genannten Vorausberechnung weiter abnehmen, und zwar um 120 000 (auf 690 000). Innerhalb von drei weiteren Jahren (bis 1992) wird sie um weitere 100 000 absinken (auf 590 000). Würde man die Rechnung bis zum Jahr 2030 fortsetzen, wären es nur noch 390 000, die das 17. Lebensjahr erreichen. Es ist offenkundig, daß sich aus dieser Entwicklung ganz erhebliche Auswirkungen auf das Schul- und Hochschulsystem ergeben. Dabei können Fehleinschätzungen aufgrund der ungenauen Ausgangszahl (910 000) langfristig erhebliche Fehlinvestitionen zur Folge haben. Bei der Analyse der Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs bedarf es selbstverständlich zusätzlicher Informationen, so zum Beispiel über den Anteil an Schülern bestimmter Schularten (bezogen auf den gesamten Bestand eines Altersjahres). Darüber hinaus werden insbesondere Schätzungen über den durch Altersabgänge bei der Erwerbsbevölkerung ausgelösten Nachwuchsbedarf an Absolventen mit bestimmter Qualifikation benötigt, ferner Informationen über die technologisch bzw. strukturell bedingten Auswirkungen, wobei hervorzuheben ist, daß der durch Altersabgänge ausgelöste Nachwuchsbedarf aus den Strukturdaten der Volkszählung (insbesondere aus Angaben über Alter, Ausbildung und Beruf) abgeleitet werden kann

Auch der Gesundheitsbereich wird in besonderem Maße von der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere von der Altersstruktur, beeinflusst. Auch hier besteht ein Zusammenhang zwischen Alter und Art der nachgefragten Leistung. Aus der in der Volkszählung ermittelten Altersstruktur und den hierauf aufbauenden Vorausberechnungen ist erkennbar, in welcher Größenordnung Anpassungsmaßnahmen erforderlich sind. Während — nach dem fortgeschriebenen Ergebnis der Volkszählung 1970 — heute etwa 12½ Mill. Bürger der Bundesrepublik 60 Jahre und älter sind, werden es um die Jahrtausendwende nahezu 15 Mill. und um das Jahr 2030 mehr als 18 Mill. sein, obwohl die Gesamtbevölkerung erheblich zurückgeht. Das heißt, der Anteil der Älteren wird noch stärker zunehmen als ihre absolute Zahl. Was in diesem Zusammenhang eine höhere oder niedrigere Ausgangszahl als 12½ Mill. für eine rationale Politik bedeutet, ist

leicht zu erkennen. Die Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens hängt natürlich nicht nur vom Alter, sondern — wie in anderen Bereichen — auch noch von einer Reihe weiterer Faktoren ab, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Im Hinblick auf das Volkszählungsprogramm sei jedoch darauf hingewiesen, daß auch eine Rolle spielt, inwieweit ältere Menschen in einem Haushalt von anderen Haushaltsmitgliedern betreut werden können oder aber alleinstehend sind. Auch in diesem Punkt liefert die Volkszählung wichtige Anhaltspunkte, allein schon durch das Ergebnis über die Zahl der älteren Menschen, die allein in einem Haushalt leben. Die Volkszählung ist darüber hinaus — wie schon dargelegt wurde — eine wesentliche Grundlage für die Berechnung der mittleren Lebenserwartung, die u. a. auch als Indikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung betrachtet wird.

1.2.2 Arbeitsmarkt

Die Entwicklung der Bevölkerung einschließlich ihres Altersaufbaus hat auch beachtliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wie sich aus Bevölkerungsvorausberechnungen ergibt, hat das Nachrücken immer schwächer besetzter Jahrgänge in das Erwerbsalter zum einen eine Verringerung der Erwerbspersonenzahl zur Folge, zum anderen ergeben sich Umschichtungen im Altersaufbau und — hieraus resultierend — auch in der Qualifikation bzw. Berufserfahrung der Erwerbspersonen. In welcher Größenordnung sich die Änderungen der Erwerbspersonenzahl bewegen, läßt sich ermesen, wenn man bedenkt, daß es heute etwa 34½ Mill. Erwachsene im Alter von 20 bis unter 60 Jahren gibt und diese Zahl nach Bevölkerungsvorausberechnungen bis zum Jahr 2030 auf 23 Mill. zurückgeht. Diese Entwicklung wird für einige Jahre noch dadurch überlagert, daß es einen relativ hohen Bestand an Arbeitslosen gibt. Ferner ist zu bedenken, daß in jüngster Zeit noch relativ starke Geburtsjahrgänge in das Erwerbsalter hineingewachsen sind. Durch die rapide abnehmende Besetzungszahl nachfolgender Geburtsjahrgänge ist jedoch nach der Jahrtausendwende damit zu rechnen, daß — ceteris paribus — die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot übersteigt. Nach einer Vorausberechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung⁷⁾ wird das Erwerbspersonenpotential (Erwerbspersonen und „stille Reserve“) der deutschen Bevölkerung von heute bis zum Jahr 2030 um schätzungsweise 10 Mill. Personen zurückgehen, das heißt um mehr als ein Drittel. Diese Schätzung baut auf einer vorausgegangenen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes auf und ist daher mit den gleichen Unsicherheiten wie diese behaftet. Diese resultieren nicht zuletzt aus der stark veralteten Datenbasis: Die Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes stützt sich noch auf die fortgeschriebenen Ergebnisse der Volkszählung 1970! Da hier zwischenzeitlich Fehler in Millionenhöhe vermutet werden,

⁷⁾ Siehe Thon, M. „Das Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik Deutschland, Entwicklung seit 1960 und Projektion bis 2000 mit einem Ausblick bis 2030“ in Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1986

muß auch davon ausgegangen werden, daß es entsprechende Fehler in den darauf aufbauenden Modellrechnungen gibt. Um einen reibungslosen Ablauf der sich auf dem Arbeitsmarkt langfristig abzeichnenden Übergänge zu ermöglichen, reicht diese Datenbasis nicht aus. Nur auf der Grundlage zuverlässiger Ausgangsdaten ist es möglich, rechtzeitig die richtigen Orientierungshilfen zu geben, um langfristig ein Gleichgewicht am Arbeitsmarkt zu erzielen

1.2.3 Alterssicherung

Eine ganz erhebliche Bedeutung haben Volkszählungsergebnisse für den Bereich der Alterssicherung. Dies trifft sowohl auf Lebensversicherungen zu, als auch auf die öffentliche Rentenversicherung. Während **Lebensversicherungen** auf neueste Sterbetafeln und die hierin dargestellte **Lebenserwartung** angewiesen sind, um künftige Belastungen abschätzen und die hierfür erforderlichen Beitragszahlungen ableiten zu können, benötigen die öffentlichen **Rentenversicherungsträger** — bedingt durch das bei ihnen praktizierte Umlageverfahren — zusätzlich noch Anhaltspunkte zur **künftigen Bevölkerungszahl** und zu ihrem **Altersaufbau**. Die Konsequenzen ungenauer Bevölkerungszahlen seien hier nur ganz kurz skizziert. Eine zu hohe Bevölkerungszahl bei genaueren Sterbefallzahlen führt zu einer zu günstigen Einschätzung der Lebenserwartung, das heißt für die Lebensversicherungen zu zu niedrigen Prämien und für die Rentenversicherungsträger zur Erwartung höherer Belastungen durch Rentenzahlungen, was wiederum zu höheren Sozialabgaben führt.

In beiden Fällen — Lebensversicherung und öffentliche Rentenversicherung — wird nicht unmittelbar nach Umfang und Struktur der **gegenwärtigen** Bevölkerung gefragt. Dennoch werden diese — in der Volkszählung ermittelten — Angaben als Ausgangsdaten benötigt, um den zuvor genannten Anforderungen nachkommen zu können. Setzt man die nach dem jeweils erreichten Alter untergliederten Sterbefälle eines Jahres in Bezug zum Bestand an Personen dieses Alters, so erhält man die sogenannten Sterbewahrscheinlichkeiten. Hieraus werden in der Sterbetafel die mittlere **Lebenserwartung** eines Neugeborenen und die fernere Lebenserwartung für jedes beliebige Altersjahr errechnet. Ungenauigkeiten führen zu den vorerwähnten Irrtümern.

Noch schwerer ist für Nichtstatistiker überschaubar, welche Rolle Volkszählungsdaten bei **Bevölkerungsvorausrechnungen** spielen. Sie liefern den Ausgangsbestand, aus dem sich durch Abzug der jährlichen Sterbefälle (je Altersjahr) und durch Hinzufügen der jährlichen Zahl an Lebendgeborenen die — ebenfalls nach dem Alter untergliederte — Bevölkerung der kommenden Jahre ergibt. (Hierbei sind ggf. noch Salden aus den für künftige Jahre erwarteten Wanderungen zu berücksichtigen) — Die künftige Zahl der erwarteten Sterbefälle wird hierbei durch Multiplikation des in der Volkszählung ermittelten Bevölkerungsbestandes je Altersjahr mit der entsprechenden Sterbewahrscheinlichkeit ermittelt. Die Zahl der Lebendgeborenen errechnet sich durch Multiplikation der altersspezifischen Geburtenziffern mit dem in der

Volkszählung festgestellten Bestand an Frauen je Altersjahr.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß mit der Volkszählung sowohl die Basiswerte der vorausgeschätzten Bevölkerung ermittelt, als auch Bezugsdaten zur Berechnung von Sterbewahrscheinlichkeiten und Geburtenziffern bereitgestellt werden, ohne die eine sinnvolle Bevölkerungsvorausrechnung nicht möglich ist.

Welche Bedeutung verlässlichen Berechnungen der Lebenserwartung und des künftigen Bevölkerungsstandes einschließlich seines Altersaufbaus zukommt, kann anhand weniger Zahlen veranschaulicht werden. Während beispielsweise das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter (hier: 60 Jahre und älter) zur Bevölkerung im Erwerbsalter (hier: 20 bis 59 Jahre) heute knapp 40/100 ausmacht, wird es nach vorliegenden Bevölkerungsvorausrechnungen im Jahr 2030 mehr als doppelt so hoch sein (mehr als 80/100). Daß sich hieraus ganz erhebliche Konsequenzen für die Alterssicherung ergeben, liegt auf der Hand. Im Bericht der Bundesregierung über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (2. Teil) vom Januar 1984⁸⁾, in dem auf ein früheres Gutachten des Sozialbeirates der Bundesregierung Bezug genommen wird, ist davon die Rede, daß bei der Rentenversicherung der Beitragssatz von gegenwärtig 18,5 % auf nahezu das Doppelte (35 %) im Jahre 2035 ansteigen müßte, wenn man das gegenwärtige Bruttorentenniveau unter den gleichen Rahmenbedingungen (z. B. Altersgrenzen) aufrechterhalten will. Das andere Extrem (Beibehaltung des gegenwärtigen Beitragssatzes) würde unter sonst gleichen Bedingungen fast zu einer Halbierung der Bruttorente bis zum Jahr 2035 führen. Selbstverständlich wird keines dieser beiden Extreme zum Zuge kommen, sondern vielmehr ein Kompromiß aus vielen möglichen Lösungsansätzen. Die Berechnungen verdeutlichen aber die Tragweite der bereits seit vielen Jahren in Gang gekommenen demographischen Veränderungen. Sie lassen zugleich erkennen, daß sich Fehler in den Ausgangsdaten von Bevölkerungsvorausrechnungen später in Beträgen von vielen Milliarden, die zu wenig oder an der verkehrten Stelle bereitgestellt werden, niederschlagen. Die Weichen für die Sicherung der künftigen Renten müssen aber heute gestellt werden.

1.3 Weitere Strukturdaten zur Verbesserung der Planungsgrundlagen

Der gegenwärtige und prognostizierte Bevölkerungsbestand sowie seine Altersstruktur sind zwar wesentliche Indikatoren für den heutigen und künftigen Handlungsbedarf auf vielen Gebieten. Als Basis für eine effiziente und kostensparende rationale Politik muß er jedoch noch um einige grundlegende, auf den jeweiligen Lebensbereich zugeschnittene Daten mit Hilfe anderer Daten aus der Volkszählung ergänzt werden. Hierzu zählen einmal die Angaben zum Verkehrsweg, die nicht nur verkehrspolitischen Zielsetzungen dienen, sondern vor allem beim Aufbau der Infrastruktur eine wertvolle Hilfe sind. Von grundle-

⁸⁾ Bundestagsdrucksache — 10/863

gender Bedeutung sind auch die Angaben über Art und Umfang der Erwerbsbeteiligung. Hieraus lassen sich in Verbindung mit Vorausschätzungen der Bevölkerung frühzeitig eventuelle Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt erkennen. Auch die Fragen zur schulischen und beruflichen Ausbildung spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle.

1.3.1 Weg zur Arbeits-/Ausbildungsstätte

Mit den Angaben zum täglichen Verkehrsweg werden die Einzugsbereiche von Arbeits- und Ausbildungszentren sichtbar. Hieraus lassen sich wertvolle Informationen über volkswirtschaftlich sinnvolle Standorte von Einrichtungen der Infrastruktur, aber auch von Wohnungen und Arbeitsstätten ableiten. Diese Daten zeigen aber auch die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Arbeits- und Wohnort. Damit lassen sich die Auswirkungen positiver oder negativer wirtschaftlicher Entwicklungen einzelner Regionen auf ihr Umland, das heißt die Wohnorte der davon betroffenen Erwerbstätigen, beurteilen.

Welchen Umfang die tägliche „Pendelwanderung“ zur Arbeit oder Ausbildung annimmt, geht aus den in der letzten Volkszählung ermittelten Ergebnissen hervor: Knapp ein Drittel aller Erwerbstätigen arbeitete nicht in der Wohngemeinde, knapp ein Fünftel aller Schüler/Studenten besuchte eine in einer anderen Gemeinde gelegene Schule/Hochschule. Ein Beispiel für die Berücksichtigung von Pendlerströmen findet sich bei der Aufteilung des Bundesgebietes in 180 Arbeitsmarktregionen. Diese Regionen, die zugleich die Basis für die Auswahl von Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind, wurden u. a. mit Hilfe der Pendlerstatistik der Volkszählung 1970 (!) abgegrenzt. Auch bei der Abgrenzung der die Verdichtungsräume städtischer Gebiete umgebenden „Ordnungsräume“ wurde die Pendlerstatistik der Volkszählung 1970 genutzt. Die Einbeziehung der die Verdichtungsräume umgebenden Ordnungsräume wurde von der Ministerkonferenz für Raumordnung insofern für erforderlich gehalten, weil der Verdichtungsprozeß in den Randgebieten städtischer Gebiete fortschreitet und damit die Verflechtungen zum Kernraum zunehmen. Auch die sogenannten Stadtregionen sind u. a. aufgrund von Pendlerverflechtungen definiert. Auch hier muß bis heute noch von Ergebnissen der Volkszählung 1970 ausgegangen werden.

Angaben über Herkunft und Ziel von „Pendlerströmen“ schaffen schließlich die Möglichkeit, die Verkehrsbedingungen mit dem tatsächlichen Bedarf zu vergleichen und damit die Grundlagen für eine rationale, der Umwelt verpflichteten Verkehrspolitik zu schaffen. Im Hinblick auf die Umweltbelastung ist hierbei von besonderer Bedeutung, welche Verkehrsmittel tatsächlich von der Bevölkerung genutzt werden. Bei Überlegungen, Anreize zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle des eigenen Pkw zu schaffen, ist es von besonderem Interesse, die taglichen Pendlerströme sowie das hierbei benutzte Verkehrsmittel und die „auf der Straße“ verbrachte Zeit zu kennen. Wegen der großen Konkurrenz durch private Pkw kommt es hier auf präzise durchdachte, nicht am Bedarf vorbeigeplante Alternativen an. Diese Probleme stellen sich zwangsläufig auch für kleinräumige Gebiete, so daß

hier Stichproben wegen ihres Zufallsfehlers keinen Ersatz für eine Totalzählung darstellen.

1.3.2 Art und Umfang der Erwerbsbeteiligung; schulische und berufliche Ausbildung

Während sich aus der gegenwärtigen und — in Vorausberechnungen geschätzten — künftigen Altersstruktur der Bevölkerung erste Anhaltspunkte für die Entwicklung des Arbeitsmarktes ergeben (insbesondere ist hier die Bevölkerung im Erwerbsalter zu erwähnen), stellen Art und Umfang der Erwerbsbeteiligung sowie die jeweilige Qualifikation unabdingbare Zusatzinformationen dar, die auf dem Wege zu einem Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden. Welche Bedeutung allein der Umfang der Erwerbsbeteiligung hat, geht beispielsweise daraus hervor, daß die Erwerbsquote von Frauen im Alter von 30 bis 45 Jahren in den letzten zehn Jahren um etwa ein Fünftel (von 50 auf 60 %) gestiegen ist, was überwiegend auf ein stärkeres Engagement verheirateter Frauen zurückzuführen ist. Diese, einer 1%-Stichprobe entnommenen globalen Ergebnisse sagen jedoch nichts über die Situation zum Beispiel in den landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland aus. Außerdem beruhen sie auf einer Stichprobe, die noch auf der Volkszählung 1970 als Auswahlgrundlage aufbaut und mit den Eckzahlen an die fortgeschriebene Bevölkerung dieser Zählung angepaßt ist. Es bleibt abzuwarten, ob der vorgezeichnete Trend durch die kommende Volkszählung und darauf aufbauende Stichproben bestätigt wird.

Fragen zum ausgeübten Beruf, zur Stellung im Beruf und zum Wirtschaftszweig sind für die Beurteilung des technologischen und strukturellen Wandels und seine Auswirkungen auf die am Arbeitsplatz erforderlichen Qualifikationen unverzichtbar. Hervorzuheben ist hier u. a. der zunehmende Bedarf an technischen Berufen (z. B. Datenverarbeitungsfachleuten), aber auch an Berufen im Sozialbereich, zum Beispiel bei Krankenpflegern, Sozialarbeitern. Im Hinblick auf die Berufsberatung ist es unerlässlich, im Zusammenhang mit dem ausgeübten Beruf auch nach der erworbenen Qualifikation (Abschluß an berufsbildenden Schulen, praktische Berufsausbildung) zu fragen, um feststellen zu können, in wie vielen Fällen die erworbene Qualifikation nicht auf die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit zugeschnitten ist. Diese Frage ist insbesondere zur Vermeidung künftiger privater und öffentlicher „Fehlinvestitionen“ bei der Ausbildung zu untersuchen. Zur Schätzung des künftigen Bedarfs an Berufen mit bestimmter Qualifikation liefert auch die Altersstruktur eine wertvolle Hilfe. Gliedert man die Erwerbstätigen der einzelnen Berufe nach ihrem Alter, wird offenkundig, welcher Ersatzbedarf allein durch altersbedingte Abgänge verursacht wird. Diese Analyse ist natürlich noch um Annahmen über die weitere technologische Entwicklung und den weiteren strukturellen Wandel zu ergänzen.

In welchem Ausmaß technologisch und strukturell bedingte Änderungen auf dem Arbeitsmarkt schon bis zum Jahr 1970 einen Berufswechsel zur Folge hatten, geht aus einer Untersuchung anhand der Ergebnisse der letzten Volkszählung (1970) hervor. Bei einem Vergleich des ausgeübten Berufs mit dem erlernten Beruf ergab sich, daß 30 %

der Erwerbstätigen einen Beruf ausgeübt haben, der nicht dem erlernten Beruf der praktischen Berufsausbildung entsprach.

Ein weiteres, mit den Angaben zu Erwerbstätigkeit und Ausbildung verfolgtes Ziel sind Untersuchungen über die Chancengleichheit in diesen Lebensbereichen. Zu erwähnen sind insbesondere die immer wieder geforderten Verbesserungen der Bildungs- und Berufschancen von Frauen. Während sich auf dem Bildungssektor schon ein weitgehender Anpassungsprozeß abzeichnet, werden im Erwerbsleben noch erhebliche Ungleichheiten vermutet, so zum Beispiel, daß es bei den Frauen einen wesentlich höheren Anteil an Personen gibt, die nicht entsprechend ihrer schulischen und beruflichen Qualifikation tätig sind. Da Stichprobenergebnisse wegen der starken Verästelungen im Berufsleben und damit einhergehenden geringen Fallzahlen je Beruf aufgrund ihres Zufallsfehlers kaum aussagefähige Rückschlüsse ermöglichen, insbesondere wenn man noch nach dem Alter oder dem Wirtschaftszweig untergliedert, dürfte hier die kommende Volkszählung wertvolle Erkenntnisse bringen.

2 Die Gebäude- und Wohnungszählung und ihre Bedeutung für die Situation in den verschiedenen Lebensbereichen

Es steht außer Frage, daß die quantitativ und qualitativ angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum der Befriedigung eines der elementaren Lebensbedürfnisse des Menschen dient. Staatliche Wohnungspolitik, gerichtet auf ein angemessenes Angebot an Wohnraum einschließlich der Erhaltung und Verbesserung der Qualität des vorhandenen Bestandes, verfolgt damit einerseits wirtschaftliche, soziale und gesellschaftspolitische Ziele, sie trägt andererseits auch umwelt- sowie stadt- und raumordnungspolitischen Zielen Rechnung.

Ganz vereinfacht läßt sich das Ziel einer mit einer Volkszählung verbundenen Gebäude- und Wohnungszählung wie folgt zusammenfassen: Es muß festgestellt werden, ob und inwieweit die regionale Verteilung der Wohnungen der Verteilung der Bevölkerung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Leistungskraft und Wohnbedürfnisse entspricht.

Im folgenden soll zunächst auf die Bedeutung der gebäude- und wohnungsstatistischen Angaben der Volkszählung 1987 als Grundlage für eine effiziente und zugleich kostensparende Wohnungspolitik eingegangen werden, wobei angesichts der Fülle und Komplexität staatlicher Maßnahmen in Bund und Ländern eine Beschränkung auf die wesentlichsten Aspekte geboten ist. Welche Erkenntnisse aus dem Datenmaterial in diesem Sinn für eine rationale Politik gezogen werden können, soll anschließend dargestellt werden. Außerdem wird auch auf die Bedeutung dieser Volkszählungsdaten für eine rationale Städtebau- und Raumordnungspolitik einzugehen sein.

2.1 Der Gebäude- und Wohnungsbestand als Gradmesser erreichter Wohnraumversorgung

Ein Vergleich der verfügbaren Angaben über die Zahl der Wohngebäude und Wohnungen aus der laufenden, auf der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 aufbauenden Fortschreibung einerseits und der Zahl der Haushalte aus den mit wenigen Unterbrechungen jährlichen Mikrozensus-Erhebungen andererseits zeigt, daß die Wohnraumversorgungsbilanz für die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes seit Ende der 70er Jahre in etwa als ausgeglichen angesehen werden kann, soweit sich dies anhand des mit allerdings erheblicher Unsicherheit behafteten Zahlenmaterials überhaupt beurteilen läßt. Zumindest weist die globale Fortschreibung zum Beispiel für 1983 aber aus, daß den rund 25,4 Mill. Haushaltungen insgesamt 26,1 Mill. Wohnungen in rund 11,6 Mill. Wohngebäuden zur Verfügung standen. Sieht man hier einmal von möglichen Ungenauigkeiten insbesondere der Gebäude- und Wohnungsfortschreibung ab, so fehlen Informationen über die Wohnungsbilanz zum Beispiel in den einzelnen Ballungsgebieten und auf dem Lande. Für eine zukunftsorientierte Wohnungspolitik sind also Aussagen, die lediglich quantitativer und globaler Art sind, unter den heutigen Bedingungen unzureichend. Allein im Jahr 1985 flossen aber direkt 3,2 Mrd. DM öffentlicher Mittel in die Förderung des Wohnungsbaus. Hinzu kommt, daß sich die heutige Situation grundlegend gewandelt hat. Galt die seit Beginn der 50er Jahre mit einem jährlichen Aufwand an öffentlichen Mitteln in Milliardenhöhe betriebene Politik der Überwindung einer heutzutage kaum mehr vorstellbaren Wohnungsnot, so zeichnet sich heute eine zum Teil beträchtliche Divergenz zwischen der Qualität bzw. dem Preis des angebotenen Wohnungsbestandes und den Vorstellungen und Möglichkeiten der wohnungssuchenden Haushalte ab.

Für die Erfüllung der unverändert geltenden hauptsächlichen Zielsetzung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes⁹⁾ „eine ausreichende Wohnversorgung aller Bevölkerungsschichten entsprechend den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen . . . namentlich für diejenigen Wohnungssuchenden sicherzustellen, die hierzu selbst nicht in der Lage sind“ (§ 1 Abs. 1 II WoBauG) ist deshalb eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig.

So bedarf es, um dem vorrangigen Ziel der besonderen „Bevorzugung des Baus von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Miete oder Belastung für breite Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind“ (§ 1 Abs. 1 II. WoBauG), gerecht werden zu können, einer entsprechenden Aufgliederung des Wohnungsbestandes. Wohnraumversorgungsbilanzen müssen aber darüber hinaus, sollen sie hinreichend aussagefähig sein, auch regional und in der Sache tief gegliedert sein, um „Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf“ (§ 26 Abs. 2 Ziff. 1 II WoBauG) darstellen und insbesondere Unterscheidungen nach bestimmten, vorrangig zu fördernden Bevölkerungsgruppen, wie u. a. „kinderreiche Familien, ältere Menschen“ (§ 26 Abs. 2 Ziff. 2 II WoBauG), treffen zu können. Anhand des verfüg-

⁹⁾ Wohnungsbau- und Familienheimgesetz — II WoBauG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 BGBl. I S. 1284)

baren Datenmaterials ist dies jedoch aus mehreren Gründen zur Zeit nicht möglich. Zum einen gibt es erhebliche Lücken bei der Darstellung des Wohnungsangebotes, zum anderen fehlen zuverlässige Strukturdaten über die auf der Nachfrageseite stehenden Haushalte in der erforderlichen regionalen Gliederung.

Angaben über die Struktur der Haushalte liegen zur Zeit nur auf Stichprobenbasis (Mikrozensus), das heißt nicht in regionaler Gliederung vor. Hinsichtlich des Wohnungsbestandes ist anzumerken, daß es zur Zeit nur den nach wenigen Merkmalen fortgeschriebenen Wohnungsbestand gibt, dessen Ausgangsbasis, die Gebäude- und Wohnungszählung 1968, noch weiter zurückliegt als die letzte Volkszählung. Tiefer — auch regional — untergliederte Strukturdaten wurden letztmals in der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 erhoben und danach nur in den 1%-Wohnungsstichproben 1972 und 1978 sowie in Zusatzerhebungen zum Mikrozensus. Die Daten des fortgeschriebenen Wohnungsbestandes sind nach Ansicht von Fachleuten mit noch größeren Fehlern behaftet als die der Bevölkerungfortschreibung. So wird vermutet, daß der tatsächliche derzeitige Wohnungsbestand deutlich niedriger liegt als die Fortschreibung ausweist. Maßgebend hierfür dürften insbesondere die im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen vorgenommenen Wohnungszusammenlegungen (in den 70er und 80er Jahren) sein, die dem Nachfragetrend nach größeren Wohneinheiten gefolgt sind und durch die teilweise erst die Voraussetzungen für die Herstellung eines zeitgemäßen Sanitarstandards geschaffen wurden. Derartige Umwandlungen können aber ebenso wie Umwidmungen, das heißt die Benutzung von Wohnungen als Büro- oder Geschäftsräume, im Zuge der Fortschreibung kaum verfolgt werden. Die Bedeutung genauer Zahlen ergibt sich allein schon daraus, daß — wird Genauigkeit der Bevölkerungszahl unterstellt — die oben erwähnte Wohnungsbilanz dann nicht mehr ausgeglichen ist, wenn die fortgeschriebene Wohnungszahl um rund 800 000 überhoht wäre. Wenn schon im Bundesdurchschnitt Ungenauigkeiten möglich sind, können sie regional relativ noch viel größer sein, und zwar in beide Richtungen. Geht man einmal davon aus, daß die Erstellung einer 3½-Zimmer-Wohnung (mit 70 qm) im Durchschnitt rund 130 000 DM (ohne Grundstücks- und Grundstückserschließungskosten) beträgt, so wird deutlich, um welche finanzielle Größenordnungen es hier geht. Nur eine Anmerkung soll die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Wohnungsbaupolitik verdeutlichen. Fördert man den Wohnungsbau direkt oder indirekt mit staatlichen Mitteln dort, wo es im Vergleich zur Haushaltszahl zu viele Wohnungen gibt, so mindert man die Rentabilität der Wohnungen in diesen Regionen weiter. Andererseits fehlen die Mittel dort, wo die Wohnungen tatsächlich benötigt werden.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß aus der Wohnungsfortschreibung keine Angaben über die Nutzung als Zweitwohnungen, darunter auch als Freizeitwohnungen, zur Verfügung stehen, die bei einer Beurteilung des Versorgungsgrades ausgeklammert bleiben müssen. Vor allem aber die nur begrenzte Regionalisierbarkeit der Mikrozen-

susdaten bzw. der 1%-Wohnungsstichprobe sowie das Fehlen von Angaben über die tatsächliche Belegung des gesondert, das heißt ohne Bezug zu den Wohnungsinhabern, fortgeschriebenen Wohnungsbestandes erlauben weder die ausreichende Beurteilung des Grades der erreichten Wohnraumversorgung, noch eine Abschätzung künftiger Entwicklungen in erforderlicher Differenzierung. Die hierfür benötigte Datenbasis kann nur durch eine mit dem Bevölkerungsstand und seiner Struktur verknüpfbaren umfassenden Bestandsaufnahme aller Wohngebäude und Wohnungen unter Berücksichtigung der wesentlichen Qualitätsmerkmale geschaffen werden. Nur dann wird es möglich sein, auf den kommenden Bedarf zugeschnittene Wohnungsbauprogramme zu entwickeln und die Effizienz des Einsatzes öffentlicher Mittel sicherzustellen, zu der auch die Verteilung der Zuschüsse an die Länder (§ 19 II. WoBauG) zählt, mit denen sich der Bund an der Finanzierung des von den Ländern geforderten sozialen Wohnungsbaus beteiligt (§ 18 II WoBauG).

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Problematik der gegenwertigen Situation wirft die Informationslücke im Hinblick auf den Bestand an leerstehenden Wohnungen, für den je nach Standpunkt in Ermangelung gesicherter Daten Schätzungen zwischen 200 000 und 1 Mill. Einheiten abgegeben werden. Gleichzeitig deutet vieles darauf hin, daß der Wohnraumbedarf selbst bei gleichbleibendem Bevölkerungsbestand künftig noch steigen wird. Zum einen wird vermutet, daß die Zahl der nach bisherigen Beobachtungen immer kleiner werdenden Haushalte — ausgehend von heute etwa 26 Mill. — bis in die 90er Jahre noch zunehmen und dann schwächer als die Gesamtbevölkerung abnehmen wird. Zum anderen genügt der zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammende Wohnungsbestand heutigen Ansprüchen vielfach nicht mehr; man nimmt an, daß Anfang der 80er Jahre knapp 50 % der vorhandenen Wohnungen renovierungsbedürftig, darunter allein 4 Mill. eigentlich abbruchreif waren¹⁰⁾.

Angesichts des erheblichen Kapitalbedarfs, der für eine wirksame Marktbeeinflussung zu veranschlagen ist, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Verschiebungen der Angebots-/Nachfrageverhältnisse auf dem Wohnungsmarkt nur im längerfristigen Trend möglich sind, sieht sich ein auf Rationalität ausgerichtetes staatliches Handeln in besonderem Maße dem Risiko von Fehlentscheidungen von erheblicher Tragweite ausgesetzt, solange eine objektive und von allen Seiten akzeptierte Datengrundlage fehlt. Dies wiegt um so schwerer, als jede Fehlleitung öffentlicher Mittel auch die nachrückende Generation in doppelter Weise belastet. Sie wird nämlich nicht nur die Folgen einer nicht bedarfsgerechten Versorgung, sondern auch, wie die Finanzierungsstruktur des sozialen Wohnungsbaus verdeutlicht, Kapitalkosten in beträchtlicher Höhe mitzutragen haben. So wurden beispielsweise allein für das Jahr 1985 3,2 Mrd. DM öffentlicher Mittel zur Förderung eines Bauvolumens von 19,1

¹⁰⁾ Siehe Degener, J. „Wohnungspolitik I Wohnungsbau“ in Handbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW), Bd 9, S 516, Stuttgart 1982

Mrd. DM eingesetzt, das zu mehr als 50 % (9,9 Mrd. DM) über den Kapitalmarkt finanziert worden ist.

2.2 Struktur des Wohnungsangebots und künftige Bedarfsentwicklung

Schon die finanziellen Größenordnungen, die die Schaffung neuen Wohnraumes beansprucht, rechtfertigen jede Anstrengung, vorhandene Bausubstanz zu pflegen und ihren Nutzwert heutigen Bedürfnissen anzupassen. Hinzu kommt, daß Bodenpreise, Baulanderschließungskosten und relative, das heißt auf die Wohneinheit bezogene Baukosten trotz erheblich rationalisierter Bautechniken beträchtlich gestiegen sind. Wie die Bildung von Wohnungseigentum ist deshalb auch die Erhaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes seit vielen Jahren durch die Gewährung von Prämien auf das Bausparen und steuerrechtlicher Vergünstigungen gefordert worden. Mit der Verabschiedung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes im Jahr 1976 und seiner anschließenden Erweiterung zum „Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz — ModEnG“¹¹⁾ hat der Gesetzgeber die zukunftsorientierte Bedeutung dieser Zielsetzung jedoch deutlich unterstrichen.

Darüber, welcher Forderbedarf überhaupt vorhanden ist, liegen indessen nur höchst unvollkommene Informationen vor. Aus demselben Grund vermag derzeit niemand zu sagen, ob der zwischen Bund und Ländern festzulegende Maßstab, der „vornehmlich der Zahl der modernisierungsbedürftigen Wohnungen Rechnung“ tragen soll (§ 7 Abs. 2 ModEnG), die optimale Verteilung der Bundesmittel wirklich gewährleistet. Die — wenn auch nur begrenzt tiefe — Erhebung von Angaben über den Ausstattungsstandard des vorhandenen Wohnungsbestandes in der kommenden Volkszählung wird deshalb in Verbindung mit dem Baualter des Gebäudebestandes die Entscheidungsgrundlagen für eine rationale Durchführung dieser Fördermaßnahmen in Abhängigkeit von den regionalen Wohnungsbilanzen erheblich verbessern.

Der Tatsache, daß in diese Forderung „bauliche Maßnahmen“ einbezogen sind, „die eine nachhaltige Einsparung von Heizenergie“ auch durch den Einsatz umweltfreundlicher Wärmequellen bewirken (§ 4 Abs. 3 ModEnG), ist ein gegenwärtig und künftig zweifelsohne besonderer Stellenwert beizumessen. Auch der Bestandsaufnahme dieses Problembereichs widmet das Erhebungsprogramm der kommenden Wohnungszählung einen eigenen Abschnitt und liefert damit in regionaler Untergliederung Informationen über die Umweltbelastungen durch die Heizungen in den Privathaushalten.

Ähnlich wie für den sozialen Wohnungsbau dürfen öffentliche Mittel nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz nur für Wohnungen eingesetzt werden, die nach „der Modernisierung nach Größe, Ausstattung

und Miete oder Belastung für eine angemessene Wohnraumversorgung breiter Schichten der Bevölkerung geeignet sind“ (§ 10 Abs. 1 Ziff. 4 ModEnG). Auch diese Voraussetzung führt unmittelbar auf das Problem der Messung des qualitativen Versorgungsgrades hin. Wichtigster Indikator für die bedarfsgerechte Unterbringung der Haushalte ist die Belegungsdichte, die durch die Wohnungsgröße nur in direkter Verknüpfung mit der Haushaltsgröße ermittelt werden kann. Selbstverständlich wird die Wohnqualität auch durch andere Faktoren und vor allem die Wohnumwelt entscheidend mitbeeinflusst. Grundvoraussetzung für die „gesunde Entwicklung der Haushalte — insbesondere der Kinder —“¹²⁾ ist jedoch eine hinreichende Größe der Wohnung, wobei nicht übersehen werden darf, daß sich schlechte Wohnverhältnisse bis in spätere Lebensphasen auswirken können¹³⁾.

Für eine möglichst objektive Beurteilung des Mindestwohnraumbedarfs pro Person sind Normen entwickelt worden¹⁴⁾. Diesen Normen werden die Ergebnisse der mit der Volkszählung verbundenen Gebäude- und Wohnungszählung gegenüberzustellen sein, um Umfang und Zielrichtung des gegenwärtigen und künftigen Handlungsbedarfs einer sozialpolitisch orientierten Wohnungspolitik abschätzen zu können.

2.3 Weitere Orientierungsdaten für eine bedarfsgerechte Verteilung des Wohnraumes

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß mit einer staatlichen Angebotsförderung allein eine wünschenswerte Verteilungswirkung des Wohnungsbestandes auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht in vollem Umfang zu erreichen ist. Aus Gründen, auf die an dieser Stelle nicht im einzelnen eingegangen werden kann, bestehen selbst im Bereich des mietpreisgebundenen sozialen Wohnungsbaus teilweise beträchtliche Unterschiede in der Miethöhe. Das Bemühen, einkommensschwächere Schichten durch die Gewährung von Wohngeld unmittelbar zu fördern und ihnen damit auch den Zugang zum freien Wohnungsmarkt zu erschließen, ist deshalb zu einem wesentlichen Element der staatlichen Wohnungspolitik geworden.

Um das mit dem Wohngeldgesetz (WoGG)¹⁵⁾ geschaffene Instrumentarium bedarfsgerecht fortentwickeln und insbesondere auch das „Empfängerpotential“ prognostizieren zu können, müssen die gegenwärtigen Bezieher nach ihren sozialen Verhältnissen und ihrer Wohnsituation der Gesamtstruktur der Bevölkerung gegenübergestellt werden. Für diesen Zweck wird die Volkszählung Rahmeninformationen bereitstellen, in die die speziellen Statistiken über Wohngeldempfänger (insbesondere die Wohngeldstatistik) bei der Ergebnisanalyse eingebettet werden kön-

¹¹⁾ Gesetz zur Förderung der Modernisierung von Wohnungen und von Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie (Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz — ModEnG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Juli 1978 (BGBl. I S. 993/994)

¹²⁾ Albers, W. „Wohnungspolitik II. Wohnungsversorgung“, in HdWW, Bd. 9, S. 521, Stuttgart 1982.

¹³⁾ Derselbe, a. a. O., S. 531.

¹⁴⁾ U. a. Kölner Empfehlungen 1971, herausgegeben vom ständigen Ausschuß für Miete und Familieneinkommen des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Luxemburg 1971.

¹⁵⁾ In der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1421/1661).

nen. Dabei werden vor allem demographische Merkmale, Angaben über die soziale Stellung und Haushaltsgröße, die Wohnausstattung, die öffentliche Förderung der Wohnung sowie über die Höhe der monatlichen Miete benötigt. Die gewachsene Bedeutung dieses Förderinstruments wird dadurch belegt, daß die Zahl der Wohngeldempfänger von 1965 bis 1985 von rund 0,4 auf 1,5 Mill., der Aufwand für die jährlichen Wohngeldzahlungen von rund 160 Mill. auf 2,5 Mrd. DM zugenommen haben.

Zu den Maßnahmen direkter Förderung zählen auch die staatlichen Hilfen und Anreize zur Bildung von Wohnungs- und Hauseigentum im sozialen, steuerbegünstigten und freifinanzierten Wohnungsbau, deren wesentliche Grundlagen das bereits erwähnte 2. WoBauG sowie die einkommensteuerrechtlichen Vorschriften sind. Der zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Fortfall der Besteuerung eigengenutzten Wohnraums verdeutlicht, daß mit der Eigentumbildung nicht nur vermögens-, sondern auch wesentliche sozialpolitische, nicht zuletzt auf eine eigenverantwortlich verbesserte Alterssicherung gerichtete Zwecke verfolgt werden. Ganz besonders auch unter diesem Blickwinkel müssen den Ergebnissen über den Gebäude- und Wohnungsbestand nach Nutzungsart und Inanspruchnahme von Mitteln zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, vor allem in tiefer regionaler Aufschlüsselung, hohe Aussagekraft für die Abschätzung des künftigen Handlungsbedarfs der öffentlichen Hand beigemessen werden.

2.4 Informationsgrundlagen für den unmittelbaren Lebensraum

Dient Ortsplanung dem Ziel, die bauliche und sonstige Nutzung zu ordnen sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Städten und Gemeinden zu verbessern, so werden alle Teile der Volkszählung, darunter vor allem die Gebäude- und Wohnungszählung, zu einer gesicherten Informationsgrundlage für rationale Entscheidungen zum Wohle der Bürger beitragen. Zwar ist die Struktur des Gemeindegebietes in kleineren Gemeinden im allgemeinen bekannt. In größeren Orten und Städten können wichtige Fragen zur Entwicklung der Gemeinden und ihrer Teilbereiche anhand der „Ortskenntnisse“ allein oft nicht hinreichend genau beurteilt werden

Für Maßnahmen zur Erneuerung alter Ortsteile, zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Verkehrsverhältnisse und andere Aufgaben werden deshalb Informationen in kleinräumiger Gliederung benötigt, wie sie nur durch eine Totalerhebung bereitgestellt werden können. Nur die Zählungsdaten der gesamten Volkszählung erlauben ein systematisches Durchdringen einzelner Gebiete, auch und besonders unter Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur. Die Verfügbarkeit dieser Daten ist Voraussetzung, daß sich übergeordnete Zielsetzungen erreichen lassen, wie sie in § 1 Abs. 4 des Städtebauforderungsgesetzes¹⁶⁾ formuliert sind, nach dem Sanierungs- und Ent-

wicklungsmaßnahmen u. a. vorrangig dazu beitragen sollen, daß die „*bauliche Struktur in allen Teilen des Bundesgebietes nach den sozialen, hygienischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernissen entwickelt wird*“.

3 Die Volkszählung als Basis für eine regional ausgewogene Strukturpolitik

Die Gleichheit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik ist ein vorrangiges Ziel der Regionalpolitik. Diesem Zweck dient nicht zuletzt der bereits erwähnte Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften. Er kommt auch in Artikel 91a GG zum Ausdruck, in dem vorgeschrieben ist, daß der Bund bei Gemeinschaftsaufgaben der Länder mitwirkt. Hierzu zählen u. a. die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der Ausbau und Neubau von Hochschulen. Näheres wird gemäß Auftrag des Grundgesetzes im Raumordnungsgesetz vom 8. April 1965 geregelt¹⁷⁾. Nach diesem Gesetz haben Bund und Länder den Auftrag, in allen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland gleichwertige Lebenschancen durch Schaffung und Sicherung ausgewogener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse zu garantieren. Dies erfordert ein quantitativ und qualitativ angemessenes Angebot an Wohnungen, Erwerbsmöglichkeiten und Infrastruktureinrichtungen. Ausgangspunkt für entsprechende Fördermaßnahmen sind zunächst einmal die Abgrenzung strukturschwacher Gebiete und der Vergleich der Lebensverhältnisse in diesen Gebieten mit denen des Bundesdurchschnitts. Gemäß § 8 Raumordnungsgesetz beraten Bund und Länder gemeinsam über die für die Abgrenzung und Einstufung der für die zu untersuchenden Gebietseinheiten relevanten Merkmale. Hierbei werden die Ausgangsbedingungen und die Entwicklungsmöglichkeiten in den einzelnen Regionen jeweils mit den Verhältnissen im Bundesdurchschnitt verglichen.

Beispiele der hierbei verfolgten Ziele sind.

- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Wohnverhältnisse sowie Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen in strukturschwachen Gebieten;
- Bestreben, einer Verdichtung von Wohnungen und Arbeitsstätten in Ballungsgebieten, soweit sie zu ungesunden Lebensbedingungen und unausgewogenen Strukturen führt, entgegenzuwirken.

Einzelheiten über die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind in einem besonderen Gesetz geregelt, im Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969¹⁸⁾

Die vorgenannten Aufgaben machen umfassende regionale Datenbestandsaufnahmen erforderlich, wobei Stichproben wegen des mit ihnen verbundenen Zufallsfehlers um so weniger geeignet sind, je kleiner die zu untersuchende regionale Einheit und damit die jeweilige Fallzahl

¹⁶⁾ Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden (Städtebauforderungsgesetz — StBauFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2318 u. a.)

¹⁷⁾ Siehe Raumordnungsgesetz (RaumOrdG) vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 306)

¹⁸⁾ BGBl. I S. 1861

der Erhebungseinheiten ist. Aus der Volkszählung müssen hierbei insbesondere Angaben über Bestand und Altersstruktur der Bevölkerung, ihre Wohnverhältnisse, Erwerbsbeteiligung sowie — wie schon erwähnt — über Pendlerströme und die jeweils benutzten Verkehrsmittel herangezogen werden. Die Bedeutung der einfachen Einwohner- und auch Erwerbspersonenzahl ist hierbei größer als allgemein angenommen, da diese Werte häufig Bezugsgrundlage für wichtige Maßzahlen sind, so zum Beispiel die Einwohnerzahl für die Berechnung der Bevölkerungsdichte (in Verbindung mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung auch für die Berechnung der sogenannten „Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte“) und die Erwerbspersonenzahl für die Berechnung der Arbeitslosenquote

In den Raumordnungsberichten der Bundesregierung, deren Inhalt vom Raumordnungsgesetz bestimmt wird, kommt zum Ausdruck, welche Rolle den Volkszählungsdaten bei der Regionalpolitik zukommt. So basierte der Raumordnungsbericht aus dem Jahr 1972 auf dem Vergleich der Ergebnisse der Volkszählungen von 1961 und 1970. Ein entsprechender Vergleich mit den Ergebnissen der kommenden Volkszählung ist aus verschiedenen Gründen dringend erforderlich. Der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hat zum Beispiel in diesem Zusammenhang beschlossen, auf der Basis der erwarteten Ergebnisse die sogenannten Fördergebiete systematisch zu

überprüfen und eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Für die Festlegung und Abgrenzung dieser Fördergebiete sind primär Daten über Art und Umfang von Pendlerverflechtungen sowie zuverlässige Arbeitslosenquoten bis auf Gemeindeebene erforderlich.

4 Zusammenfassende Darstellung der Politikbereiche, in denen Volkszählungsergebnisse als Grundlage für rationales Handeln benötigt werden

In den vorausgegangenen Abschnitten wurde anhand einiger Beispiele aufgezeigt, welchen Nutzen die Volkszählung der Gesellschaft als Ganzem und auch dem einzelnen Bürger bringt. Was den gesellschaftlichen Nutzen anbelangt, so wurde deutlich, daß hiervon eine ganze Reihe von Politikbereichen mehr oder weniger berührt wird. In der Übersicht „Hauptsächliche Politikbereiche, in denen Volkszählungsergebnisse als Grundlage für rationales Handeln benötigt werden“ werden diese Bezüge noch einmal zusammenfassend dargestellt. Hierbei wird deutlich, daß der besondere Vorteil der Volkszählung in der regionalen Gliederung ihrer Ergebnisse liegt. Diese trifft für alle genannten Politikbereiche zu. Vielfach ist erst auf der Grundlage regional tief gegliederter Ergebnisse gezieltes und kostensparendes Handeln möglich. Von den Erhebungstatbeständen stehen Bevölkerungsstand und -struktur im Vordergrund. Demographische Merkmale

Hauptsächliche Politikbereiche, in denen Volkszählungsergebnisse als Grundlage für rationales Handeln benötigt werden

Merkmalskomplex der Volkszählung	Hauptsächlicher Politikbereich							
	Bevölkerung und Familie	Bildung	Arbeitsmarkt	Soziale Sicherung einschließlich Alterssicherung	Wohnungsbau	Verkehr	Umwelt	Raumordnung und Stadtebau
Bevölkerung								
Demographische Merkmale (insbesondere Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit)	H	H	H	H	H	H	H	H
Erwerbstätigkeit (insbesondere Beteiligung am Erwerbsleben, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf, Geschäftszweig)	Z	H	H	H	Z	H	H	H
Schulische und berufliche Ausbildung (insbesondere Schulabschluß, Hauptfachrichtung des Abschlusses an berufsbildenden Schulen/Hochschulen, praktische Berufsausbildung)	Z	H	H	Z	(Z)	—	—	(Z)
Weg zum Arbeitsplatz/zur Ausbildungsstätte (einschl. benutztes Verkehrsmittel, Zertaufwand)	Z	Z	Z	Z	H	H	H	H
Gebäude Art des Gebäudes, (Wohngebäude sonst Gebäude), Art des Eigentümers (natürliche Person, Wohnungsunternehmen usw.), Baujahr, öffentliche Förderung	Z	—	—	H	H	Z	Z	H
Wohnungen Miet-/Eigentumsverhältnis Größe und Ausstattung Mietbelastung, öffentliche Förderung Art der Beheizung Gegebenenfalls Dauer des Leerstehens	H	—	Z	H	H	Z	H	H
Regionale Gliederung (einschl. kleinräumliche Gliederung sowie Gliederung nach nichtadministrativen Gebietseinheiten)	H	H	H	H	H	H	H	H

H = Hauptmerkmal für den jeweiligen Politikbereich, Z = Zusatzmerkmal für vertiefte Analysen, (Z) = Mögliche Zusatzinformationen für Untersuchungen in Abhängigkeit von der sozialen Schichtung

spielen in allen Politikbereichen eine bedeutende Rolle. Die übrigen Themenkomplexe der Volkszählung beziehen sich auf spezielle Fragestellungen und sind daher nur in bestimmten Politikbereichen „Hauptmerkmal“, so zum Beispiel der Tatbestand der schulischen und beruflichen Ausbildung. Er ist für das Bildungswesen und auch für den Bereich „Arbeitsmarkt“ eine wichtige Datenbasis. Die Beziehung zum Arbeitsmarkt ergibt sich aus der Wechselwirkung zwischen Beruf und Ausbildung, so zum Beispiel aus der am Arbeitsmarkt bestehenden Nachfrage nach Erwerbstätigen bestimmter Qualifikationen. Darüber hinaus ist die schulische und berufliche Ausbildung ein „Zusatzmerkmal“ für verschiedene andere Bereiche, so zum Beispiel für Wohnungsbau, Raumordnung und Städtebau. Hier dient sie u. a. als soziales Schichtungsmerkmal, von dem zum Beispiel auch Größe, Art und Ausstattung der nachgefragten Wohnungen abhängen.

5 Warum es keine Alternative zur Volkszählung gibt

In der öffentlichen Diskussion werden vielfach Stichproben oder Registerauszählungen als Alternativen zur Volkszählung genannt. Dabei wird zweierlei übersehen: Stichproben sind dafür nicht geeignet; aber selbst wenn sie es sein sollten, fehlen in der Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzungen für entsprechende Stichprobenpläne.

Bezüglich der Verwendung von Stichproben anstelle von Vollerhebungen sei zunächst auf einen entsprechenden Beitrag in dieser Zeitschrift¹⁹⁾ verwiesen, in dem auf diese Frage ausführlich eingegangen wird. Hierbei kommt deutlich zum Ausdruck, daß den vorgegebenen Auswertungszielen, die auf Ergebnissen in tiefer regionaler und/oder sachlicher Gliederung aufbauen oder aber auf Einwohnerzahlen beruhen, die mit größtmöglicher Genauigkeit ermittelt wurden (bei gesetzlichen Vorschriften mit Bezug zur Einwohnerzahl), nicht durch Stichproben entsprochen werden kann. Stichproben sind vielmehr wertvolle Ergänzungen von Vollerhebungen. Sie liefern — wenn auch nur für größere regionale Einheiten wie Länder und Regierungsbezirke — in kürzeren Zeitabständen Strukturdaten in relativ grober Gliederung. Darüber hinaus ist anzumerken, daß es für eine Stichprobe weder eine geeignete Auswahlgrundlage noch einen entsprechenden Anpassungs- und Hochrechnungsrahmen gibt. Diese werden erst durch die Volkszählung selbst geschaffen. So ist zum Beispiel die Volkszählung 1970(!) noch heute die Auswahlgrundlage für den Mikrozensus, eine 1%-Bevölkerungsstichprobe. — In Zusammenhang mit Bevölkerungsstichproben werden häufig Einwohnerregister mitunter auch Gebäuderegister als mögliche Auswahlgrundlage genannt. Beide scheiden jedoch hierfür aus, weil sie in der Bundesrepublik Deutschland dezentral bzw. nur von größeren Städten (Gebäuderegister) geführt werden und aus diesen und anderen Gründen zahlreiche Unstimmigkeiten enthalten. Die dezentrale Anlage der Einwohnerregister

erlaubt zum Beispiel noch nicht einmal die Prüfung, ob ein Einwohner in der Bundesrepublik zwei- oder mehrfach mit einer Hauptwohnung gemeldet ist. Hinzu kommen Überhöhungen, die vornehmlich durch unterlassene Abmeldungen bei Fortzügen ins Ausland verursacht werden. Gebäuderegister „kranken“ insbesondere daran, daß ihnen häufig Abgänge sowie Umwidmungen von Wohn- in Geschäftsgebäude verborgen bleiben. Um eine Vorstellung von der möglichen Größenordnung des Fehlers der aus Einwohnerregistern abzuleitenden Bevölkerungszahl zu geben, sei erwähnt, daß eine Auszählung der Wahlberechtigten aus den Einwohnerregistern zur Bundestagswahl im März 1983 etwa 400 000 mehr Personen ergeben hat, als in der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung Deutsche im wahlberechtigten Alter nachgewiesen wurden. Geht man davon aus, daß die Fortschreibung selbst — wie Vergleiche mit Ergebnissen früherer Volkszählungen vermuten lassen — einen um etwa 1 Mill. Personen zu hohen Bevölkerungsstand angibt, dürfte der Registerfehler bei etwa 1,5 Mill. liegen.

Zum Vorschlag, „Registerauszählungen“ anstelle von Volkszählungen vorzunehmen gilt zunächst das gleiche Argument, welches auch eine Nutzung dezentraler Register für Stichprobenzwecke verbietet. Hinzu kommt, daß die Einwohner- und Gebäuderegister für die vorgeannten Verwendungszwecke nur wenige statistisch relevante Merkmale enthalten. Der häufig gemachte Vorschlag, diesen Mangel durch eine Zusammenführung mit anderen Registern auszugleichen, übersieht die damit verbundene Brisanz. Denn eine Zusammenführung mehrerer Register würde eine ganze Reihe von Daten offenbaren, die wesentlich sensibler als die in der Volkszählung vorgesehenen sind. Aus gutem Grund hat daher das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil eine solche Zusammenführung — wie sie im übrigen in Dänemark und Schweden unter günstigeren Voraussetzungen praktiziert wird — untersagt. Sie wäre in der Bundesrepublik Deutschland auch aus organisatorischen Gründen fast nicht möglich, da es hier — anders als in anderen Ländern — kein bundeseinheitliches Personenkennzeichen gibt.

Abschließend sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß nach Erhebungen der Vereinten Nationen nahezu alle Industrienationen um 1980 Vollerhebungen durchgeführt haben²⁰⁾ Die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande sind danach die einzigen Industriestaaten, in denen es in dieser Zeit keine Volkszählung gab. Hierzu ist anzumerken, daß die Niederlande — anders als die Bundesrepublik Deutschland — über ein zentrales Einwohnerregister verfügen und anstelle einer Volkszählung zentrale Registerauswertungen vornehmen.

*Dipl.-Kaufmann Manfred Bretz/
Dipl.-Volkswirt Edgar Wedel*

¹⁹⁾ Siehe Zindler, H. J., Schmidt, J., Meyer, K. „Volkszählung 1986 — Vollerhebung oder Stichprobe“, in WiSta 2/1985, S. 79 ff

²⁰⁾ Siehe Stortzbach, B. „Volkszählungen im internationalen Vergleich“ in diesem Heft auf S. 207 ff

Volkszählungen im internationalen Vergleich

Vorbemerkung

Nach dem Volkszählungsgesetz 1983 war für den 27. April 1983 in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) eine Volks- und Berufszählung mit gebäude- und wohnungsstatistischen Fragen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten angeordnet¹⁾. Durch Erlaß einer einstweiligen Anordnung vom 13. April 1983 setzte das Bundesverfassungsgericht die Durchführung der Volkszählung aus²⁾. Mit dem Volkszählungsgesetz 1987³⁾ wurde vom Bundestag und vom Bundesrat mit breiter parlamentarischer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das die Aussagen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983⁴⁾ in vollem Umfang berücksichtigt. Schon im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des neuen Volkszählungsgesetzes, und dabei insbesondere bei der öffentlichen Anhörung am 17. April 1985 vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages, war der Vergleich der Volkszählung in der Bundesrepublik Deutschland mit den rechtlichen, methodischen und organisatorischen Grundlagen der Volkszählungen in anderen Ländern ein thematischer Schwerpunkt⁵⁾.

Mit diesem Beitrag soll ein Überblick über Volkszählungen in anderen Ländern gegeben werden. Im wesentlichen ergänzt und aktualisiert dieser Beitrag die Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes zu diesem Thema für die öffentliche Anhörung vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages⁶⁾. Es werden zunächst die internationalen Rahmenbedingungen dargestellt, die für die Durchführung von Volkszählungen gelten, ferner wird gezeigt, inwieweit die Erhebungen in anderen Ländern in ein Gesamtsystem von Datenerhebungen eingebunden sind. Einen weiteren Schwerpunkt des Beitrags bildet der Vergleich des Fragenprogramms der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland mit den Fragenprogrammen anderer Länder. Im dritten Teil des Beitrags werden einige Verfahren und rechtliche Regelungen zur Durchführung von Volkszählungen vergleichend gegenübergestellt. Abschließend wird dargestellt, welche methodi-

schen bzw. organisatorischen Neuerungen für die Konzeption und Vorbereitung der kommenden Volkszählungen in anderen Ländern zur Zeit diskutiert werden.

Im Rahmen dieses Beitrags kann ein internationaler Vergleich nur exemplarisch anhand einiger ausgewählter Länder geschehen. In die Auswahl wurden nur Industrienationen einbezogen, in denen grundsätzlich die gleichen Zwecke mit der Durchführung einer Volkszählung verfolgt werden wie in der Bundesrepublik Deutschland.

1 Internationale Empfehlungen und Richtlinien zur Durchführung von Volkszählungen

In der vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen anlässlich seiner 58. Sitzung angenommenen Resolution Nr. 1 947 vom 7. Mai 1975 wurde den Mitgliedstaaten empfohlen, eine Weltbevölkerungs- und Wohnungszählung im Zeitraum von 1975 bis 1984 durchzuführen. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen empfiehlt weiterhin, mindestens alle zehn Jahre eine grundlegende Bestandsaufnahme der Wirtschaft, wie sie die Arbeitsstättenzählung darstellt, durchzuführen⁷⁾. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gingen dabei von dem vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen erstellten Empfehlungen für die Durchführung von Volks- und Wohnungszählungen aus, vor allem für die Auswahl und Abgrenzung der Erhebungsmerkmale. Diese Empfehlungen sind wichtige Leitlinien für die einzelnen Mitgliedstaaten. Dabei sollte von jedem Land insbesondere berücksichtigt werden, daß

- a) die speziellen, auf die jeweiligen landesspezifischen Gegebenheiten ausgerichteten Informationen gewonnen werden können und
- b) die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf der Grundlage der empfohlenen Definitionen für die einzelnen Erhebungsmerkmale gewährleistet ist.

Darüber hinaus waren die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften nach der Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften Nr. 73/403/EWG vom 22. November 1973 zur Synchronisierung der Volkszählungen verpflichtet, Volkszählungen durchzuführen. Vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften wurde in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten der EG ein Tabellenprogramm erstellt, das von den Ländern in eigener Verantwortung umzusetzen war. Die aus den nationalen Volks- und Wohnungszählungen gewonnenen vergleichbaren Daten sind für die Arbeiten der EG-Kommission, das heißt für die Untersuchung und Feststellung von Maßnahmen für bestimmte Gebiete und Wirtschaftsbereiche, von besonderer Bedeutung.

Weltweit wurden nach Angaben der Vereinten Nationen im Zensuszeitraum von 1975 bis 1984 211 Volkszählungen durchgeführt

¹⁾ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983) vom 25. März 1982 (BGBl I S. 369)

²⁾ BVerfGE 64,1

³⁾ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1986 (BGBl I S. 2078)

⁴⁾ BVerfGE 65,1

⁵⁾ Stellungnahme der Sachverständigen zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses zum Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, Ausschußdrucksachen 10/72, 10/73, 10/74, stenographisches Protokoll über die Anhörung von Sachverständigen zu dem Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, Protokoll Nr. 57

⁶⁾ Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes, Ausschußdrucksache 10/73, a a O., Kapitel 1.4

⁷⁾ Ein Vergleich der Arbeitsstättenzählungen wird in diesem Beitrag nicht vorgenommen

Das Erhebungsprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland ist sowohl an den Empfehlungen der Vereinten Nationen als auch an den Forderungen der EG ausgerichtet und gewährleistet somit inhaltlich die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse in der EG und weltweit, allerdings unter Berücksichtigung der zeitlichen Unterschiede.

Mittlerweile liegt der Entwurf einer Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vor, mit der für die Mitgliedstaaten die gleichzeitige Durchführung der Volkszählungen zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 1991 angeordnet werden soll⁸⁾. Diese Richtlinie enthält allerdings auch Ausnahmeregelungen für Länder, die zum Beispiel kurz vor diesem Termin gezählt haben.

Ausgehend von diesen internationalen Empfehlungen und Richtlinien muß die vergleichende Betrachtung der Erhebung von Daten für statistische Zwecke im internationalen Rahmen immer vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen sowie der daraus resultierenden gesetzlichen Grundlagen gesehen werden. Diese bestimmen einerseits die Rolle der amtlichen Statistik im politisch-administrativen System und haben andererseits aber auch direkte Auswirkungen auf die Methode und Organisation von Datenerhebungen, deren Betrachtung im Vordergrund dieses Beitrags stehen soll.

Unter diesem methodisch/organisatorischen Aspekt gesehen sind Datenerhebungen entweder Primärstatistiken (z. B. als Befragung der Bevölkerung) oder Sekundärstatistiken (sog. Geschäftsstatistiken, Auszahlungen von Verwaltungsregistern u. ä.). In einem Gesamtsystem von Datenerhebungen können Primär- und Sekundärstatistiken unverbunden nebeneinander stehen oder miteinander verknüpft werden. Die Verknüpfung kann einmal inhaltlicher und definitorischer Art sein, so daß sich beide Arten von Statistiken gegenseitig ergänzen, sie kann zum anderen aber auch auf der Ebene der Erhebungseinheiten erfolgen. Inhaltliche und definitorische Abstimmung verschiedener Statistiken, und zwar nicht nur von Primär- und Sekundärstatistiken, sondern auch verschiedener Primärstatistiken sind Grundlage statistischer Systeme. Beispielfür die Bedeutung von Primärstatistiken sowie für die Verknüpfung von Primär- und Sekundärstatistiken sei auf die Verhältnisse in Kanada und in den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und in Dänemark und Schweden andererseits hingewiesen.

In Kanada und in den Vereinigten Staaten von Amerika dominieren die Primärerhebungen (Totalzählungen, Stichproben); Sekundärstatistiken (Auszahlungen von Registern) sind nur wenig verbreitet.

Eine Verknüpfung von Statistiken auf der Ebene der Erhebungseinheiten ist nur dort möglich, wo ein Personenkennzeichen oder ein anderer Identifikator vorhanden sind. Dies ist zum Beispiel in Dänemark und Schweden der Fall. Dort besteht das statistische Gesamtsystem vorwiegend aus Sekundärstatistiken (Registerauswertun-

gen). Ergänzend werden aber auch Primärerhebungen durchgeführt. Das in diesen Ländern vorhandene und statistisch nutzbare Personenkennzeichen erlaubt eine Integration von personenbezogenen Auswertungen aus mehreren Registern, ferner von Einzeldaten aus Registern und Primärerhebungen und darüber hinaus von verschiedenen Primärerhebungen, selbst dann, wenn sie zeitlich weit auseinander liegen (z. B. eine Zusammenführung von Daten aus den Volkszählungen 1980 und 1985 in Schweden).

Der Aufbau eines statistischen Gesamtsystems dient in allen Ländern dem Zweck, nicht nur Teilinformationen, sondern ein möglichst geschlossenes, vielseitig verwendbares und gut koordiniertes statistisches Gesamtbild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu liefern.

Die Volkszählung als der Eckpfeiler des statistischen Gesamtsystems liefert für dieses Informationsgefüge die Basis-, Rahmen- und Regionalinformationen, wie im folgenden durch den Vergleich der Fragenprogramme von Volkszählungen gezeigt werden soll.

2 Erhebungsmerkmale der Volks- und Berufszählungen sowie der Gebäude- und Wohnungszählungen

2.1 Volks- und Berufszählung

Die grundlegende Aufgabe einer Volkszählung ist die Feststellung des genauen Bevölkerungsstandes und seiner räumlichen Verteilung (Regionalinformationen). Zusätzliche Fragen zum früheren Wohnsitz, die wichtiger Bestandteil vieler Volkszählungen in anderen Ländern sind (siehe Übersicht 2), sind im Fragenprogramm unserer Volkszählung 1987 u. a. deshalb nicht vorgesehen, weil die Informationen über die räumliche Bevölkerungsbewegung, die mit Hilfe dieser Fragen gewonnen werden sollen, näherungsweise aus der jährlichen Wanderungsstatistik vorliegen. In Japan wurde bei der Volkszählung 1985 ein verkürztes Fragenprogramm verwendet, bei dem neben anderen Fragen auch auf die Frage nach dem früheren Wohnsitz verzichtet wurde. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in Japan in einem Fünfjahresturnus gezählt wird. In der Volkszählung 1990 wird — wie bei der Volkszählung 1980 — in Japan wiederum das volle Fragenprogramm verwendet.

Der weitere Vergleich des Erhebungsprogramms der Volkszählung 1987 und der Fragenprogramme der letzten Zählungen in anderen Ländern zeigt, daß in den drei Kernbereichen

- Fragen zu demographischen Merkmalen
- Fragen zur Beteiligung am Erwerbsleben
- Fragen zur schulischen bzw. beruflichen Bildung

weitgehende Übereinstimmung in allen Ländern bei den zu erhebenden Merkmalen besteht.

Verschiedene Länder erweitern die Erhebung der demographischen und sozialen Merkmale durch zusätzliche Fragen. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auf die Fragenprogramme der Volkszählungen in Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika und Australien hingewie-

⁸⁾ Bundesratsdrucksache 37/87

Übersicht 1: Ausgewählte Merkmale im Fragenprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland und in den Fragenprogrammen anderer Länder

Gegenstand der Nachweisung	Bundesrepublik Deutschland 1987	Schweiz 1980	Ungarn 1980	Vereinigte Staaten von Amerika 1980	Belgien 1981	Deutsche Demokratische Republik 1981	Großbritannien und Nordirland 1981	Italien 1981	Luxemburg 1981	Österreich 1981	Frankreich 1982	Japan 1985	Australien 1986	Irland 1986	Kanada 1986
Fragen zur Person															
Alter	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Geschlecht	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Familienstand	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsangehörigkeit	x	x	—	x	x	—	—	x	x	x	x	x	x	—	x
Religion ¹⁾	x	x	—	—	—	—	—	—	—	x	—	—	x	—	x
Fragen zur Beteiligung am Erwerbsleben															
Beschäftigungs-Status	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Beruf	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Stellung im Beruf	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitsort	x ²⁾	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschafts-/bzw. Beschäftigungssektor															
Geleistete Arbeitszeit ¹⁾	x	x	—	x	x	—	—	—	x	x	—	—	x	—	x
Verkehrsmittel für die Fahrt zur Arbeit ¹⁾	x	x	—	x	x	—	x	x	x	x	—	— ³⁾	x	x	—
Zeitbedarf für den Weg zum Arbeitsort ¹⁾	x	x	—	x	x	—	—	x	x	x	—	— ³⁾	—	x	—
Fragen zur Bildung															
Höchster Schulabschluß	x	x	x	x	x	x	—	x	—	x	x	— ³⁾	x	x	x
Diplome usw. sowie Fachrichtung	x	x	x	—	x	x	x	x	—	x	x	— ³⁾	x	x	x

¹⁾ Diese Merkmale sind in den UN/ECE-Empfehlungen für 1990 als sogenannte Zusatzmerkmale vorgeschlagen — ²⁾ Wird nur als Hilfsmittel erhoben, d. h. das Merkmal dient nur zur organisatorischen Durchführung der Zählung, keine statistische Auswertung — ³⁾ Bei der Volkszählung in der Mitte der Dekade handelt es sich um ein verkürztes Fragenprogramm. Bei den Zählungen am Anfang der Dekade werden auch diese Merkmale erfragt

sen, in denen nahezu alle in Übersicht 1 aufgeführten Merkmale erfragt wurden. Darüber hinaus wurden in diesen Ländern weitere detaillierte Fragen zum Geburtsland bzw. zum Geburtsort, der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, zum Jahr der Einwanderung und zur Sprache gestellt.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland enthalten die Volkszählungen einiger Länder, wie etwa Belgiens, Österreichs, der Schweiz, der Vereinigten Staaten von Amerika oder Australiens mehr oder weniger differenzierte Fragen nach dem Zeitpunkt der Eheschließung der gegenwärtigen oder früheren Ehen sowie der Zahl der (lebendgeborenen) Kinder und deren Geburtsdaten. Dies ist besonders dann wichtig, wenn kein zuverlässiges System von Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung existiert

Bei den Fragen zur Beteiligung am Erwerbsleben ist bei allen hier betrachteten Zählungen zunächst die Abgrenzung des Beschäftigungsstatus vorangestellt, das heißt

die Einteilung der Befragten in Erwerbspersonen (Erwerbstätige, Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen (Schüler, Studenten, überwiegend im Haushalt tätige Personen sowie Personen, die etwa als Rentner oder Pensionäre nicht mehr im Erwerbsleben stehen). Wie im Fragenprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland, wird auch in anderen Ländern nach den Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts gefragt. Eine genaue Angabe der Höhe der Einkünfte — gegliedert nach den Quellen des Lebensunterhalts — sowie die Angabe der Gesamtsumme aller Einkünfte eines Jahres wurden darüber hinaus im Rahmen der Volkszählungen Kanadas, der Vereinigten Staaten von Amerika und Australiens vom Bürger verlangt.

In den hier betrachteten Ländern konzentrierten sich die weiteren Fragen auf die Feststellung der Situation der erwerbstätigen Bevölkerung. Dabei sind — wie Übersicht 1 zeigt — die Angaben zum Beruf, zur Stellung im Beruf sowie zum Wirtschaftsbereich bzw. -zweig als die zentra-

Übersicht 2. Im Fragenprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland nicht enthaltene demographische Merkmale

Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Schweiz 1980	Ungarn 1980	Vereinigte Staaten von Amerika 1980	Belgien 1981	Großbritannien und Nordirland 1981	Italien 1981	Luxemburg 1981	Österreich 1981	Frankreich 1982	Australien 1986	Irland 1986	Kanada 1986
Geburtsort/Geburtsland	x	—	x	x	x	x	—	—	—	x	x	x
Fruherer Wohnort	x	—	x	x	x	—	x	x	x	x	x	x
Sprache	x	x	x	—	—	—	—	x	—	x	x	x
Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe	—	—	x	—	—	—	—	—	—	x	—	x
Jahr der Einwanderung in der Aufenthaltszeit	—	—	x	—	—	—	—	—	—	x	x	x
Fragen zur Ehe												
gegenwärtige Ehe	x	x	x	x	—	—	—	x	—	x	—	—
frühere Ehe	x	x	x	x	—	—	—	x	—	x	—	—
Zahl der (lebendgeborenen) Kinder	x	x	x	x	—	—	x	x	—	x	—	—
Geburtsdaten der Kinder	x	—	—	x	—	—	—	x	—	—	—	—

¹⁾ Die hier aufgeführten Merkmale sind — bis auf das Merkmal früherer Wohnort — in den UN/ECE-Empfehlungen für 1990 als sogenannte Zusatzmerkmale vorgeschlagen

len Merkmale zu betrachten. Darüber hinaus wurde in der Mehrzahl der hier in den Vergleich einbezogenen Länder mit der Frage nach der wöchentlichen Arbeitszeit eine Abgrenzung zwischen einer Voll- bzw. Teilzeiterwerbstätigkeit vorgenommen. Die Fragen nach dem Verkehrsmittel bzw. dem Zeitbedarf für die Fahrt zur Arbeit bilden die Grundlage für das international übliche Verfahren der Feststellung von Pendlerströmen.

Die bildungsstatistischen Fragestellungen als dritter Kernbereich von Volkszählungen müssen in besonderem Maße auf das Bildungssystem des jeweiligen Landes ausgerichtet sein. Durch die Vielfalt der Einrichtungen zur schulischen und beruflichen Bildung in den einzelnen Ländern erweist sich in diesem Bereich eine Standardisierung der Fragestellungen als besonders schwierig. Dies beeinträchtigt die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse. In den hier betrachteten Ländern bildeten, wie auch im Fragenprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen, die Fragen nach dem höchsten allgemeinbildenden Schulabschluß und nach berufsbildenden bzw. Hochschulabschlüssen den Kern der bildungsstatistischen Fragen. Angaben über die Dauer von Ausbildungsgängen und zum derzeitigen Schulbesuch wurden nur in wenigen Ländern erfragt.

2.2 Gebäude- und Wohnungszählung

Zwischen der Durchführung einer Volkszählung und einer Wohnungszählung besteht eine besonders enge Verbindung. Die beiden Zählungen sollten möglichst im Rahmen einer Erhebung durchgeführt werden oder — im Falle einer getrennten Durchführung — besonders eng in bezug auf Inhalt und Methode koordiniert sein. Die Auswertungen der in der Volkszählung erhobenen sozio-demographischen und sozio-ökonomischen Merkmale gewinnen an Aussagekraft, wenn sie in Verbindung mit der Wohnsituation der Bevölkerung gebracht werden können. Umgekehrt sind die Ergebnisse gebäude- und wohnungsstatistischer Erhebungen nur dann als Grundlage sinnvoller wohnungspolitischer Planungen zu nutzen, wenn die entsprechenden bevölkerungsstatistischen Daten vorliegen.

Die beiden Zählungen werden nach Angaben der Vereinten Nationen deshalb weltweit überwiegend gemeinsam durchgeführt.

2.2.1 Fragen zum Gebäude

Im Erhebungsprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland sind die Fragen, die das Gebäude betreffen, in den Wohnungsbogen integriert. Insgesamt werden nur vier Fragen gestellt. Erfragt wird die Gebäudeart, das heißt ob es sich um ein Wohngebäude (mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt), um ein sonstiges Gebäude mit Wohnraum oder um eine bewohnte Unterkunft, zum Beispiel eine Baracke, handelt und ob das Gebäude vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt wird. Darüber hinaus enthält der gebäudestatistische Teil des Wohnungsbogens Fragen zu den Eigentumsverhältnissen bezüglich des Gebäudes, zum Baujahr und zur Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus. Im Vergleich dazu waren die Fragenprogramme zum Gebäude der letzten Zählungen in Frankreich, in Österreich, in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Amerika erheblich umfangreicher.

So wurden über die in Übersicht 3 aufgeführten zentralen Merkmale Gebäudeart und Baujahr(-periode) hinaus Fragen zur Geschößzahl, Heizung, Wasser- bzw. Warmwasserversorgung, Abwasserbeseitigung und zum benutzten Baumaterial gestellt. Besonders differenziert wurden die gebäudestatistischen Merkmale im Rahmen der Volkszählung 1981 in Österreich erhoben. Neben der Fläche des Grundstücks, der bebauten Fläche und der Unterkellerung des Gebäudes wurde auch erfragt, wie viele Garagen bzw. Pkw-Abstellplätze zum Gebäude gehören und ob ein Schutzraum vorhanden ist. Außergewöhnlich sind auch die Fragen nach dem Wert eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung sowie zur monatlichen bzw. jährlichen finanziellen Belastung durch Versicherungen und Steuern oder sonstigen finanziellen Verpflichtungen für ein Einfamilienhaus in der Volkszählung der Vereinigten Staaten von Amerika. Auch bei den Zählungen in Kanada und in Australien wurden Fragen nach der monatli-

Übersicht 3: Ausgewählte Merkmale im Fragenprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland und in den Fragenprogrammen anderer Länder

Gegenstand der Nachweisung	Bundesrepublik Deutschland 1987	Schweiz 1980	Ungarn 1980	Vereinigte Staaten von Amerika 1980	Belgien 1981	Deutsche Demokratische Republik 1981	Großbritannien und Nordirland 1981	Italien 1981	Luxemburg 1981	Österreich 1981	Frankreich 1982	Japan 1985	Australien 1986	Kanada 1986
Fragen zum Gebäude														
Gebäudeart	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Baujahr (-periode)	x	x	x	x	x	x	—	x	x	x	x	—	—	x
Anzahl der Stockwerke ¹⁾	—	x	—	x	—	x	x	x	—	x	—	x	—	—
Fragen zur Wohnung														
Wohnverhältnis, Besitzerstatus	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Zahl der Räume (Miete ¹⁾)	x	x	—	x	—	—	—	—	x	x	—	—	x	x
Fläche der Wohnung ¹⁾	x	x	x	—	x	x	—	x	x	x	—	x	—	—
Küche	x	x	x	x	x	x	—	x	x	x	x	—	x	—
Toilette, Bad, Dusche	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	—	x	—
Art des Abwassersystems	—	x	x	x	—	x	—	x	—	x	x	—	—	—
Heizung	x	x	x	x	x	x	—	x	x	x	x	—	—	x

¹⁾ Diese Merkmale sind in den UN/ECE-Empfehlungen für 1990 als sogenannte Zusatzmerkmale vorgeschlagen

Übersicht 4: Im Fragenprogramm der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik nicht enthaltene gebäude- und wohnungsstatistische Merkmale

Gegenstand der Nachweisung	Schweiz 1980	Ungarn 1980	Vereinigte Staaten von Amerika 1980	Belgien 1981	Deutsche Demokratische Republik 1981	Großbritannien und Nordirland 1981	Italien 1981	Luxemburg 1981	Österreich 1981	Frankreich 1982	Australien 1986	Kanada 1986
Baumaterial ¹⁾	—	x	—	—	—	—	x	—	x	—	—	—
Fahstuhl ¹⁾	x	—	x	—	—	—	—	—	x	—	—	—
Fläche des Grundstücks	—	—	—	—	—	—	—	—	x	—	—	—
Bebaute Fläche	—	—	x	—	—	—	—	—	x	—	—	—
Finanzielle Belastungen durch Steuern	—	—	x	—	—	—	—	—	—	—	—	x
Versicherungen oder sonstige finanzielle Verpflichtungen	—	—	x	—	—	—	—	—	—	—	x	x
Wasserversorgungssystem ¹⁾	x	—	x	x	x	—	x	x	x	x	—	—
Heißwasser ¹⁾	x	—	x	—	x	—	—	x	—	—	—	x
Ausstattung der Wohnung mit Gebrauchsgütern ¹⁾	—	—	x	—	—	—	—	x	—	x	—	—
Telefonanschluß ¹⁾	—	—	x	x	—	—	—	x	—	—	—	—
Kraftfahrzeuge im Haushalt ¹⁾	—	—	x	x	—	x	—	x	—	x	x	—

¹⁾ Diese Merkmale sind in den UN/ECE-Empfehlungen für 1990 als sogenannte Zusatzmerkmale vorgeschlagen, die Erhebung der anderen hier aufgeführten Merkmale wird nicht empfohlen

chen finanziellen Belastung für Gebäude- bzw. Wohnungseigentum gestellt.

Angaben zum Gebäude wurden teilweise, zum Beispiel in Australien und der Deutschen Demokratischen Republik, ausschließlich vom Zähler im Rahmen der Begehung seines Zahlbezirks festgestellt. So wurde in Australien die Gebäudeart und der Grund für das Leerstehen von Gebäuden bzw. Wohnungen nicht beim Auskunftspflichtigen erfragt.

2.2.2 Fragen zur Wohnung

Im Vergleich zu den Fragen zum Gebäude waren die Fragenprogramme zur Wohnung in den hier betrachteten Ländern insgesamt deutlich umfangreicher. Eine Ausnahme bildete Großbritannien mit seinen Fragen im Rahmen der Volkszählung 1981. Im wesentlichen beschränkte sich die Erfassung dort auf die Feststellung des Wohnverhältnisses bzw. des Besitzerstatus, die Zahl der Räume und

die Ausstattung der Wohnung mit sanitären Anlagen (Toilette, Bad, Dusche).

Der in Übersicht 3 aufgeführte Merkmalskatalog war in den meisten Ländern durch zusätzliche Fragen, wie zur Wasser- und Energieversorgung der Wohnung oder zur Ausstattung der Wohnung mit Gebrauchsgütern, erweitert (siehe Übersicht 4). So wurde zum Beispiel im Rahmen der Volkszählung 1981 in Luxemburg erfragt, ob der Haushalt einen Schwarzweißfernseher, ein Farbfernsehgerät, eine Waschmaschine, einen Fotoapparat, einen Eisschrank, eine Tiefkühltruhe oder eine Geschirrspülmaschine besaß. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde auch die Frage nach der Ausstattung der Wohnung mit einer Klimaanlage gestellt. Durchaus üblich ist in den Volkszählungen anderer Länder auch die Frage nach der Zahl der zur Wohnung bzw. zum Haushalt gehörenden Kraftfahrzeuge. Sie wird in der Regel mit der Frage nach vorhandenen Garagen bzw. Kfz-Abstellplätzen verbunden.

Übersicht 5 Vergleich der Verfahren und rechtlichen Regelungen

Land	Jahr	Vollerhebung	Stichprobe	Teilweise		Durchführung der Zahlung		Auskunftspflicht	Bußgeld	Registerabgleich
				auf Register gestützte Zahlung	Vollständig	durch Zahler	postalisch			
Bundesrepublik Deutschland	1987	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein ¹⁾	Ja	Ja	Nein
Schweiz	1980	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja ³⁾
Ungarn	1980	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	— ²⁾	— ³⁾
Vereinigte Staaten von Amerika	1980	Kombiniert (20%)		Nein	Nein	Kombiniert		Ja	Ja	Nein
Belgien	1981	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
Danemark	1981	Ja	Nein	Nein	Ja	—	—	—	—	—
Deutsche Demokratische Republik	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	— ²⁾	— ³⁾
Großbritannien und Nordirland	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
Irland	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein ⁴⁾	Ja	— ²⁾	Nein
Italien	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
Luxemburg	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
Österreich	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja oder Vorladung z. Gemeinde		Ja	Ja	Nein
Portugal	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	— ²⁾	Nein
Spanien	1981	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	— ²⁾	Ja
Frankreich	1982	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
Japan	1985	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	— ²⁾	Nein
Schweden	1985	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Australien	1986	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein ⁴⁾	Ja	Ja	Nein
Kanada	1986	Kombiniert (20%)		Nein	Nein	Kombiniert		Ja	Ja	Nein

¹⁾ Der Auskunftspflichtige hat jedoch die Möglichkeit, seine Erhebungsunterlagen auch postalisch zurückzusenden — ²⁾ Aus den gesetzlichen Grundlagen der Zahlung geht nicht hervor, ob und inwieweit eine Sanktion in Form eines Bußgeldes vorgesehen war — ³⁾ Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob ein Registerabgleich durchgeführt wurde — ⁴⁾ Nur vom Zahler nicht erreichte Personen konnten die Erhebungsunterlagen postalisch zurücksenden

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Fragen zur Wohnung im Rahmen der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland in Art und Umfang den Fragenprogrammen der hier aufgeführten Zahlungen anderer Länder entsprechen.

3 Vergleich der Verfahren und rechtlichen Regelungen

Für den Vergleich der verwendeten Verfahren und der rechtlichen Regelungen bei Volkszählungen in anderen Ländern sind im folgenden nur Punkte ausgewählt worden, die in der Diskussion um das Konzept der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund des Interesses standen. Es soll gezeigt werden, ob und inwieweit in anderen Ländern Volkszählungen als Vollerhebungen oder Stichproben, als teilweise oder vollständig auf Register gestützte Erhebungen, unter Einsatz von Zählern oder postalisch durchgeführt wurden. Darüber hinaus wird in den Vergleich die Frage der Auskunftspflicht bei Volkszählungen und ihre Durchsetzbarkeit durch Sanktionen, etwa in Form von Bußgeldern, einbezogen. Abschließend wird der Frage nachgegangen, inwieweit in anderen Ländern die Volkszählung zur Aktualisierung von Registern genutzt wurde.

Ein solcher Vergleich der rechtlichen Regelungen und der verwendeten Verfahren sollte immer vor dem Hintergrund der bestehenden verfassungsrechtlichen Ordnung, insbesondere der Verwaltungs- und Organisationsstrukturen in den jeweiligen Ländern, gesehen werden. So liegen Planung, Vorbereitung und Durchführung von Zählungen in Frankreich (Institut National de la Statistique et des Études Économiques) und in den Vereinigten Staaten von Amerika (Bureau of the Census) in der Verantwortung zentraler Stellen. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Durchführung der Erhebung Angelegenheit der Statistischen Landesämter. Das Statistische Bundesamt ist für die methodische und technische Vorbereitung der Zählung sowie die Zusammenstellung, Veröffentlichung und Darstellung der Bundesergebnisse verantwortlich.

3.1 Vollerhebung/Stichprobe

Die letzten Volkszählungen wurden weltweit — wie auch für die Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen — für die sozio-demographischen Grundmerkmale als Vollerhebung durchgeführt, teilweise in Kombination mit einer Stichprobe, in der noch eine Reihe weiterer Merkmale erhoben wurden.

Bei den in diesen Vergleich einbezogenen Ländern führten nur die Vereinigten Staaten von Amerika (1980), Frankreich (1982) und Kanada (1986) ihre Volkszählungen als Kombination einer Vollerhebung mit einer Stichprobe durch. In den Volkszählungen Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika war die Zählung unterteilt in einen Totalteil und einen Repräsentativteil in Form einer 20 %-Stichprobe aller Haushalte. Diese Aufteilung erklärt auch den im Vergleich zu den anderen Ländern umfangreicheren Fragenkatalog. In den Vereinigten Staaten von Amerika standen den 19 Fragen zur Person, zum Gebäude und zur Wohnung, die sich an alle Bürger richteten, etwa dreimal so

viele Fragen im Stichprobenteil gegenüber. In Kanada waren von allen Bürgern nur neun Fragen zu beantworten. Die Langfassung des Erhebungsbogens enthielt darüber hinaus 23 weitere Fragen. Die Volkszählung 1982 in Frankreich wurde als Totalzählung mit für alle Auskunftspflichtigen einheitlichen Fragebogen zur Person, zur Wohnung und zum Gebäude durchgeführt. Nur Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren erhielten im Rahmen einer Zusatzerhebung (2 %-Stichprobe) einen Ergänzungsbogen mit Fragen über Eheschließung und Geburten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Einsatz von Stichproben als Ergänzung einer mit umfangreichem Fragenprogramm durchgeführten Vollerhebung in der Erhebungsphase — wie in Kanada und in den Vereinigten Staaten von Amerika praktiziert — zu einer Reduzierung der Kosten und zu einer geringeren Belastung eines Teils der Auskunftspflichtigen führt. Die Lieferung von statistischen Ergebnissen mit hohem Genauigkeitsgrad für die Gesamtheit der Erhebungseinheiten in tiefer regionaler und sachlicher Gliederung, als Hauptzweck einer Volkszählung, kann für die Erhebungsmerkmale des Stichprobenteils, wenn überhaupt, nur bedingt erreicht werden.

3.2 Teilweise oder vollständig auf Register gestützte Zählungen

Bei der Nutzung von Registern in der Erhebungsphase von Volkszählungen ist grundsätzlich zwischen zwei Verfahren zu unterscheiden:

- Daten aus Bevölkerungsregistern, Gebäudedateien oder anderen Dateien werden lediglich als Adressdaten zur Unterstützung des Zählgeschäfts in den Gemeinden genutzt
- Die Befragung des Bürgers wird durch die direkte Zugriffsmöglichkeit auf Daten verschiedener Verwaltungsregister teilweise oder sogar vollständig ersetzt.

Die Nutzung von Daten aus Bevölkerungsregistern und anderen Adressdateien zur Organisation des Zählgeschäfts im Hinblick auf eine vollständige Verteilung der Fragebogen und die Kontrolle des Rücklaufs der Erhebungsunterlagen ist ein international übliches Verfahren. So waren beispielsweise bei den Zählungen in Belgien und in Schweden die im Bevölkerungsregister gespeicherten Namen und Anschriften der Auskunftspflichtigen bereits auf den Fragebogen aufgedruckt.

Demgegenüber ist die direkte Nutzung von Registerdaten für statistische Zwecke im Rahmen der Volkszählung bisher nur in den skandinavischen Ländern erfolgt.

In den skandinavischen Ländern werden Volkszählungen vollständig oder zumindest teilweise auf der Grundlage der Zusammenführung von verschiedenen Registern durchgeführt. Nach der Volkszählung 1980 in Schweden wurde die staatliche statistische Behörde von der Regierung beauftragt, alternative Methoden zum bisherigen Verfahren der Volkszählung zu untersuchen. Das ausdrücklich festgelegte Ziel war, ein Verfahren zu entwickeln, bei dem vollkommen auf Fragebogen verzichtet werden kann. Der eingesetzte Untersuchungsausschuß (FOBALT-Ausschuß) kam zu dem Ergebnis, daß eine ausschließlich auf

Register gestützte Zahlung nur durch eine weitere Ergänzung der zur Zeit in Schweden verfügbaren Register bzw. durch die Einrichtung neuer Register durchzuführen sei. Die lebhaft diskutierte Diskussion in der schwedischen Öffentlichkeit über die Empfehlungen des Ausschusses war vor allem durch die Besorgnis geprägt, inwieweit bei einer Volkszählung auf Registerbasis die Geheimhaltung und der Schutz der Intimsphäre des einzelnen Bürgers gewährleistet werden könnten. Deshalb bekam auch bei der Volkszählung 1985 in Schweden jeder der 6,7 Mill. Einwohner ab 16 Jahre⁹⁾ bzw. jedes Ehepaar einen Fragebogen zugeschickt, in dem sowohl der Name als auch die Personennummer des einzelnen Auskunftspflichtigen vorgedruckt waren. Name und Personennummer (sie beinhaltet auch das Geburtsdatum), Staatsbürgerschaft, Familienstand und Anschrift sind in Schweden Bestandteil eines vom Schwedischen Statistischen Zentralamt geführten zentralen Bevölkerungsregisters.

Da die grundlegenden demographischen Merkmale somit bekannt waren, konnte ein relativ kurzer Fragebogen verwendet werden, der im wesentlichen nur Fragen zum Haushaltszusammenhang und zur Beteiligung am Erwerbsleben enthielt. Diese Angaben wurden mit den Angaben im Bevölkerungsregister mit Hilfe des Personenkennzeichens verknüpft. Gegenüber der Volkszählung 1980 in Schweden wurde jedoch wiederum zusätzlich ein Fragebogen verwendet, in dem Besitzer von Eigenheimen im Hinblick auf die Planung der künftigen Energieversorgung Angaben zum Beispiel über das Baujahr und das Beheizungssystem des Gebäudes sowie die verwendeten Brennstoffe machen mußten.

In Dänemark wurde erstmals 1981 eine Volks- und Wohnungszählung ausschließlich auf der Basis von Registern durchgeführt. Grundlegend dafür waren, wie in Schweden, das zentrale Bevölkerungsregister für die 5,1 Mill. Einwohner mit den wichtigen demographischen Daten und der individuellen Personennummer sowie das Zentralregister für Gebäude und Wohnung, aufgebaut auf den Angaben von Gebäude- und Wohnungseigentümern zur Steuerveranlagung. Während in Schweden die Angaben zur Beteiligung am Erwerbsleben noch beim Bürger erfragt werden mußten, konnte für diese Angaben in Dänemark sowohl auf weitere Verwaltungsregister als auch auf Register zurückgegriffen werden, die vom Amt für Statistik selbst geführt wurden. Neben einem Register der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitslosenunterstützung, einem zentralen Unternehmens- und Betriebsregister, einem Register der Ausbildungsabschlüsse und Dateien mit Klassifizierungen der Anschriften nach verschiedenen geographischen Einheiten standen auch zwei Register, die Angaben der Bürger über ihr Einkommen bzw. der Arbeitgeber über die Löhne und Gehälter ihrer Beschäftigten an die Finanzämter enthalten, zur Verfügung. Aus diesen Quellen konnte in Dänemark ein Auswertungsprogramm erstellt werden, das in Art und Umfang den Programmen anderer, auf herkömmliche Art als Befragung des Bürgers durchgeführter Zählungen entsprach.

⁹⁾ Die notwendigen demographischen Daten der Personen unter 16 Jahren wurden direkt aus dem Bevölkerungsregister entnommen.

In den Niederlanden erfolgte 1983 eine Auszählung der Bevölkerungsregister der Gemeinden nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Staatsangehörigkeit, um

- a) die Fortschreibung seit der letzten Volkszählung von 1971 zu überprüfen und
- b) diese wenigen bevölkerungsstatistischen Grunddaten in Kombination gemeindeweise zu ermitteln (gemeindeweise fortgeschrieben wird nur die Bevölkerungszahl insgesamt).

Das Register konnte für diese Zwecke nur verwendet werden, weil

1. eine jährliche Abstimmung der statistisch verarbeiteten Zu- und Abgänge zwischen den Gemeinden und dem statistischen Zentralamt erfolgt,
2. in den Niederlanden jeder Einwohner nur mit einem Wohnsitz gemeldet sein kann und
3. bei jedem Umzug von der Fortzugsgemeinde die Registerkarte der betreffenden Personen an die Zuzugsgemeinde geschickt wird.

Treten bei dem jährlichen Abgleich der Zu- und Abgänge größere Unstimmigkeiten auf, werden die Gemeinden vom zuständigen Ministerium angewiesen, ihr Register zu überprüfen und in Ordnung zu bringen. Als Ersatz für die Volkszählung wurde zudem im Frühjahr 1981 eine Arbeitskraftstichprobe mit einem Auswahlatz von 5 % durchgeführt. Sie lieferte Ergebnisse über Größe und Zusammensetzung der Haushalte sowie über Größe und Struktur der Erwerbsbevölkerung, unter anderem gegliedert nach Alter, Geschlecht und Bildungsvoraussetzungen der Erwerbspersonen sowie der Stellung im Beruf und dem Wirtschaftszweig der Erwerbstätigen. Diese Erhebung erbrachte für regionale Gliederungseinheiten unterhalb der Provinzebene lediglich einige Eckzahlen. Fachliche Gliederungen waren nur für wesentlich größere Gebiets-einheiten oder die Niederlande insgesamt möglich. Ergänzend dazu wurde im Herbst 1981 eine Stichprobe (1 %) zur Ermittlung des Wohnungsbestandes und der Wohnsituation der Bevölkerung durchgeführt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich aus organisatorischer Sicht ein System zur teilweisen oder vollständigen Durchführung von Volkszählungen auf Registerbasis nach skandinavischem Modell nur schaffen läßt, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind (siehe dazu auch Übersicht 6).

1. Die Existenz kommunaler Bevölkerungsregister, die durch die Verpflichtung der Bürger zur sofortigen Meldung von Adressenänderungen jederzeit eine hohe Genauigkeit besitzen,
2. ein mit den kommunalen Bevölkerungsregistern verbundenes zentrales Bevölkerungsregister mit Koordinierungs-, Steuerungs- und Kontrollfunktionen,
3. eine individuelle Personennummer, die jedem Bürger bei Geburt bzw. Einwanderung vergeben wird,
4. Verwaltungsregister, die mit Hilfe der Personennummer jederzeit (etwa bei Wechsel des Wohnsitzes,

Änderung des Familienstandes usw.) über das zentrale Bevölkerungsregister aktualisiert werden können¹⁰⁾.

Neben diesen Voraussetzungen, die — zumindest theoretisch — in Ländern wie Belgien, Italien, Luxemburg, Österreich, der Schweiz oder Japan für die Durchführung künftiger Volkszählungen geschaffen werden könnten, muß jedoch immer berücksichtigt werden, ob im gleichen Maße die dafür notwendigen rechtlichen Grundlagen entwickelt werden können. In der Bundesrepublik Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht in diesem Zusammenhang in seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz 1983 festgestellt: „... die Nutzung von Daten aus verschiedenen Registern und Dateien würde voraussetzen, daß technische, organisatorische und rechtliche Maßnahmen getroffen werden, die es erst erlauben, diese Daten, bezogen auf bestimmte Personen oder Institutionen, zusammenzuführen. Eine solche Maßnahme wäre zum Beispiel die Einführung eines einheitlichen, für alle Register und Dateien geltenden Personenkennzeichens oder dessen Substituts. Dies wäre aber gerade ein entscheidender Schritt, den einzelnen Bürger in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren.“¹¹⁾

3.3 Einsatz von Zählern/postalisches Verfahren

Nur bei den registergestützten Zahlungen in den skandinavischen Ländern konnte bei den letzten Volkszählungen auf den Einsatz von Zählern weitgehend verzichtet werden. In allen anderen in den Vergleich einbezogenen Ländern war der Einsatz von Zählern unabdingbar. Die wesentlichen Aufgaben des Zählers waren dabei das Austeilen und Einsammeln der Erhebungsunterlagen sowie eine erste Prüfung, ob alle Auskunftspflichtigen in dem ihm zugewiesenen Bereich erreicht werden konnten und inwieweit die Fragebogen korrekt ausgefüllt wurden. Zusätzlich zum Einsatz von Zählern bestand in Österreich für die Gemeinde die Möglichkeit, Bürger, die die Fragen nicht oder nur unvollständig beantworteten, zur Ausfüllung oder Ergänzung der Fragebogen vorzuladen.

Von der Möglichkeit einer postalischen Erhebung wurde — wie in Schweden — bei der Volkszählung 1980 in den Vereinigten Staaten von Amerika, allerdings nicht in verhältnismäßig dünn besiedelten Gebieten, Gebrauch gemacht. Die erfolgreiche Durchführung einer Volkszählung als postalische Erhebung setzt die Existenz eines möglichst vollständigen Anschriftenverzeichnisses voraus. In den Vereinigten Staaten von Amerika konnte in Vorbereitung der Zahlung ein solches Verzeichnis für städtische Gebiete in der Regel auf der Grundlage von Adressenlisten erstellt werden, die von kommerziellen Anbietern erworben wurden. In — meist ländlichen — Gebieten, in denen der Ankauf des Adressenmaterials von Unternehmen nicht möglich war, stellten Zähler schon frühzeitig die notwendigen Anschriftenlisten zusammen. Beide Adressensammlungen wurden in mehreren Kontrollverfahren mit dem Adressenmaterial der Post — auch durch die

Postboten — überprüft und abgeglichen, wenn nötig durch die nochmalige Begehung des Gemeindegebietes.

Von den Haushalten, denen ein Fragebogen per Post zugeschickt wurde, schickten im Durchschnitt 83 % den ausgefüllten Fragebogen auch an die Zählungsdienststelle zurück; in bestimmten Großstadtgebieten lag die Rücklaufquote jedoch wesentlich niedriger. Der zusätzliche Einsatz von Zählern war aber auch beim postalischen Verfahren dringend erforderlich. Haushalte, die keinen Fragebogen zurückgeschickt hatten, wurden entweder telefonisch befragt oder von Zählern einmal oder mehrmals aufgesucht. Hatte auch dieses Verfahren keinen Erfolg, wurden die Angaben zu zehn grundlegenden Merkmalen im Fragebogen beim Hauseigentümer oder bei Nachbarn erfragt.

Bei der Volkszählung 1986 in Kanada wurde ein dreistufiges Verfahren der Datensammlung in der Erhebungsphase angewendet:

- a) Verteilung der Erhebungsunterlagen durch Zähler — postalische Rücksendung durch den Auskunftspflichtigen

Dieses Verfahren wurde bei rund 63 % der Bevölkerung, überwiegend in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, durchgeführt.

- b) Verteilung und Einsammlung der Erhebungsunterlagen durch den Zähler

Bei rund 35 % der Bevölkerung verteilten die Zähler die Erhebungsunterlagen und sammelten sie anschließend auch wieder ein. Diese Erhebungsmethode wurde in kleineren Städten und ländlichen Gebieten angewendet.

- c) Interviewverfahren

In abgelegenen Regionen des Landes, für die ein wiederholtes Aufsuchen des Auskunftspflichtigen durch den Zähler zu kostspielig geworden wäre und in denen mit Sprachproblemen bei der Bevölkerung zu rechnen war, wurde die Zahlung im Interviewverfahren durchgeführt. Dies betraf rund 2 % der Bevölkerung.

Durch die Schwierigkeit, eine aktuelle Adressdatei als Grundlage für die Versendung von Fragebogen zu erstellen, erweist sich zur Zeit der Einsatz von Zählern — zumindest für die Verteilung der Erhebungsunterlagen — als das für die Gewährleistung der Genauigkeit der Zahlung einzig mögliche Verfahren. Wie in der Bundesrepublik Deutschland für die Volkszählung 1987 vorgesehen, eröffneten Länder wie Irland, Japan oder Australien auch die Möglichkeit der Rückgabe der Erhebungsunterlagen in verschlossenem Umschlag. Bei der Volkszählung 1985 in Japan konnte dieser Umschlag nur an den Zähler zurückgegeben werden. In Irland (1981) und Australien (1986) konnten nur die vom Zähler nicht erreichten Personen die Erhebungsunterlagen postalisch an die Erhebungsstelle zurücksenden.

Auch an die Auswahl und die Einsatzmöglichkeiten von Zählern vor Ort wurden in einigen Ländern spezielle Anforderungen gestellt. Für die Zahlung in Japan durften Bürger, die mit der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen betraut oder in der Steuerverwaltung tätig waren, nicht als Zähler eingesetzt werden, eine Regelung vergleichbar

¹⁰⁾ Siehe Redfern, Ph. „A Study of the Future of the Census of Population — Alternative Approaches (Final Report), Commissioned by the Statistical Office of the European Communities“, unveröffentlichtes Manuskript, 1986, S. 60

¹¹⁾ BVerfGE 65,1 (56)

mit den Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes 1987 zur Vermeidung von Interessenkollisionen zwischen Zähler-tätigkeit und beruflicher Tätigkeit¹²⁾.

Bei der Volkszählung 1981 in Großbritannien wurden den Zählern Bezirke zugewiesen, die so weit vom Wohnort entfernt lagen, daß man die Zähler dort normalerweise nicht kennen konnte. Dies entspricht im wesentlichen dem im Volkszählungsgesetz 1987 enthaltenen Verbot des Einsatzes von Zählern in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung. Im Gegensatz dazu wurden in Irland (1981) die Zähler gerade in den Bezirken eingesetzt, in denen sie leben, um ihre Ortskenntnis für die Durchführung der Erhebung zu nutzen¹³⁾.

3.4 Auskunftspflicht und Sanktionsmöglichkeiten ihrer Durchsetzung

Die hohen statistisch/methodischen Genauigkeitsanforderungen, die weltweit an die Durchführung von Volkszählungen geknüpft sind, sind ohne Auskunftspflicht nicht zu erreichen. Soweit ersichtlich, bestand weltweit bei allen Zählungen um 1980 die Pflicht zur Auskunftserteilung. Auch die neueren Zählungen in Japan (1985), Kanada (1986) und Australien (1986) wurden auf der Grundlage der Auskunftsverpflichtung durchgeführt. Allein die Sowjetunion führte ihre Volkszählung auf freiwilliger Basis durch, wobei es jedoch als „staatsbürgerliche Pflicht der sowjetischen Menschen“ angesehen wurde, sich an der Zählung zu beteiligen. Unterschiedlich geregelt war in einigen Staaten die Frage, wer auskunftspflichtig für die Volkszählung bzw. die Wohnungszählung ist. Während in einigen Ländern bei der Volkszählung grundsätzlich von der individuellen Auskunftsverpflichtung des einzelnen und nur in Ausnahmefällen von der Auskunftspflicht Dritter ausgegangen wurde, war in anderen Ländern — zum Beispiel der Schweiz — von vornherein der Haushaltsvorstand oder ein anderes Haushaltsmitglied für die vollständige und wahrheitsgetreue Beantwortung der Fragen aller Haushaltsmitglieder verantwortlich. Die Auskunftspflicht war ebenfalls, je nach der Konzeption der Zählung, für die gebäude- und wohnungsstatistischen Merkmale in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt. Während bei der Zählung 1981 in Österreich für die Angaben zum Gebäudebogen der Eigentümer des Gebäudes oder ein von ihm bevollmächtigter Vertreter auskunftspflichtig war, mußten die Angaben zur Wohnung in erster Linie vom Wohnungsinhaber gemacht werden. Nur in dem Fall, daß dieser nicht erreicht werden konnte, war wiederum der Hauseigentümer zur Auskunft verpflichtet. Dies entspricht weitgehend auch den Regelungen für die Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland. Demgegenüber war in der Schweiz der Hauseigentümer oder sein Bevollmächtigter sowohl für die Angaben zum Gebäude als auch für die Wohnungsangaben verantwortlich.

¹²⁾ § 10 Abs 5 Nr 2 Volkszählungsgesetz 1987

¹³⁾ § 10 Abs 5 Nr 1 Volkszählungsgesetz 1987, Redfern, Ph „A Study of the Future of the Census of Population — Alternative Approaches (Second Report) Commissioned by the Statistical Office of the European Communities“, unveröffentlichtes Manuskript, 1985

Wie in der Bundesrepublik Deutschland enthalten auch die rechtlichen Regelungen anderer Länder Sanktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung der Auskunftsverpflichtung im Rahmen der Volkszählung. In der Regel ist dafür eine Geldbuße vorgesehen. In der Schweiz (1980) konnte ein Bußgeld bis zu 3 000 Franken verhängt werden. In Österreich (1981) belief sich das Bußgeld auf bis zu 30 000 Schilling. In Schweden (1985) waren 1 000 Kronen vorgesehen.

Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß weltweit die Anwendung solcher Maßnahmen immer nur als letztes Mittel angesehen wird. In allen Ländern wird in den letzten Jahren durch eine intensivere Information der Öffentlichkeit versucht, die für die Durchführung statistischer Erhebungen unbedingt notwendige Vertrauensbasis in der Bevölkerung zu schaffen. Dabei liegt der Schwerpunkt bei der Information über Inhalt und Notwendigkeit der Volkszählung sowie über die strikte Einhaltung des Datenschutzes.

3.5 Nutzung von Volkszählungsdaten zur Berichtigung von Melderegistern

Die Nutzung von Volkszählungsdaten zur Berichtigung der Melderegister war in einigen Ländern, wie Belgien, Italien und Spanien, wichtiger Bestandteil der letzten Volkszählung. In Belgien waren neben den Fragebogen der Volkszählung spezielle Formulare vom Auskunftspflichtigen

Übersicht 6: Überblick über die Länder, die über Bevölkerungsregister und Personennummernsysteme verfügen¹⁾

Land	Lokale Bevölkerungsregister ²⁾	Zentrales Bevölkerungsregister		Personenkennnummern	Berichtigung der Bevölkerungsregister in der letzten Volkszählung
		mit aktualisierten Anschriften	ohne aktualisierte Anschriften		
Bundesrepublik Deutschland	x	—	—	—	— ³⁾
Belgien	x	x	—	x	x
Danemark	x	x	—	x	—
Frankreich	—	—	x	x	—
Griechenland	x	—	—	—	—
Großbritannien und Nordirland	—	—	x	x ⁴⁾	—
Irland	—	—	—	—	—
Italien	x	—	—	—	x
Luxemburg	x	x	—	x	x ⁵⁾
Niederlande	x	— ⁶⁾	—	— ⁶⁾	— ⁷⁾
Portugal	—	x ⁸⁾	—	x ⁸⁾	—
Spanien	x	x ⁹⁾	—	— ¹⁰⁾	x
Schweden	x	x	—	x ⁴⁾	x
Kanada	—	—	—	x ¹¹⁾	—
Vereinigte Staaten von Amerika	—	—	—	x ¹²⁾	—

1) Redfern, Ph „A Study of the Future of the Census of Population-Alternative Approaches (Final Report)“, a a O., S 70 — 2) Diese Spalte berücksichtigt nicht die Wählerverzeichnisse, die davon abhängig sind, daß eine Person das Wahlrecht beantragt — 3) Letztmalig 1970 durchgeführt — 4) Die im Zentralregister des National Health Service verwendeten Personennummern werden außerhalb des National Health Service nur begrenzt verwendet — 5) Wurde nicht in allen Gemeinden durchgeführt — 6) Ein Vorschlag zur Verbindung der lokalen Bevölkerungsregister ist zur Zeit in der parlamentarischen Beratung. Etwa 70 % der Bevölkerung haben Nummern erhalten, die in den Bevölkerungsregistern der Gemeinden gespeichert werden, der Rest erhält die Nummern später — 7) Letztmalig 1971 durchgeführt — 8) Bezieht sich auf das Register, das im Zusammenhang mit der zentralen Ausgabe von Personalausweisen und Personennummern an Personen ab 10 Jahren geführt wird — 9) Bezieht sich auf das Register der Personen ab 16 Jahren, die das Wahlrecht haben oder erhalten werden — 10) Die Personennummern erscheinen auf den an Personen ab 16 Jahren zentral ausgegebenen Personalausweisen, werden jedoch nicht in einige der lokalen Bevölkerungsregister bzw. zur Zeit nicht in das unter Ziffer 9 genannte zentrale Register übernommen. Die Nummern werden überarbeitet — 11) Die Sozialversicherungsnummer ist in einer Reihe von wichtigen Verwaltungsdateien erfaßt (z. B. Steuerdateien) — 12) Die von der Social Security Administration (Sozialversicherung) ausgegebene Sozialversicherungsnummer ist in mehreren großen Verwaltungsdateien auf Bundesebene und in den einzelnen Bundesstaaten enthalten

auszufüllen, die allein dem Zweck der Berichtigung der Melderegister dienen. In Italien war ein solches Formular in den Fragebogen als abtrennbarer Teil integriert.

In der Bundesrepublik Deutschland war für die Volkszählung 1983 ebenfalls eine Berichtigung der Einwohnermelderegister mit Hilfe von Volkszählungsdaten vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht wertete jedoch in seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz 1983 den Melderegisterabgleich als einen Verstoß gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht¹⁴⁾. Im Volkszählungsgesetz 1987 ist deshalb ein Melderegisterabgleich nicht mehr vorgesehen.

4 Überlegungen zur Durchführung künftiger Volkszählungen

Im Hinblick auf die in der Zählungsdekade 1985 bis 1994 mit Volkszählungen zu erhebenden Merkmale werden zur Zeit auf der Ebene der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaften Empfehlungen entwickelt.

Der Entwurf des Programms für die Zählungen um 1990 wurde für Europa in einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen und der ECE (Economic Commission for Europe) in der Zeit vom 16. bis 19. März 1987 in Genf abschließend beraten, so daß diese Zählungsempfehlungen von der Konferenz Europäischer Statistiker im Sommer dieses Jahres verabschiedet werden können.

Gegenüber den Empfehlungen für den Zeitraum 1975 bis 1984 haben sich keine grundlegenden inhaltlichen und verfahrensmäßigen Änderungen ergeben. Zur Notwendigkeit von Volkszählungen hat die Arbeitsgruppe in den Empfehlungen festgestellt:

„Volkszählungen (einschl. Gebäude- und Wohnungszählungen) als Vollerhebungen sind unverzichtbar zur Gewinnung statistischer Informationen über die Bevölkerung, die Erwerbstätigkeit und die Wohnungssituation, die für kleinste regionale Einheiten vergleichbar sind. Stichproben können Daten dieser Art nicht liefern, sie können aber den Zensus ergänzen. Register könnten eine Alternative zu einer Volkszählung sein, sofern die Register sich auf die Gesamtbevölkerung erstrecken, die entsprechenden Merkmale und Klassifikationen enthalten und die Definitionen der Merkmale denen bei einer Volkszählung entsprechen. Registerauswertungen müssen rechtlich und technisch möglich sein.“¹⁵⁾

Wichtig für die Zählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland ist, daß der Inhalt im wesentlichen den internationalen Empfehlungen entspricht und der Termin der Zählung innerhalb des Zeitraumes liegt, der für die Zählungen um 1990 empfohlen ist.

Die verfahrensmäßigen Überlegungen für die nächste Zählungsdekade konzentrieren sich in einer Reihe von Lan-

dern im wesentlichen auf Weiterentwicklungen in drei Bereichen:

1. Untersuchung der Möglichkeiten des Einsatzes verschiedener Formen postalischer Erhebungsverfahren, insbesondere unter dem Aspekt der Reduzierung der Zählungskosten,
2. Untersuchung der Möglichkeit der Nutzung von Registern zur Durchführung von Zählungen als
 - teilweise auf Register gestützte Zählungen,
 - vollständig auf Register gestützte Zählungen,
3. Untersuchungen zur Verwendung von Stichproben.

4.1 Europa

In Frankreich wurde im Herbst 1985 eine erste Test-erhebung zur Volkszählung 1990 durchgeführt. Sie verfolgte im wesentlichen zwei Ziele:

- a) Beurteilung der Qualität einer Datei der Wohnraumsteuer (taxe d'habitation) und der Möglichkeiten ihrer Aktualisierung und Nutzung für statistische Zwecke,
- b) Durchführbarkeit einer postalischen Erhebung auf der Grundlage dieser Datei.

Die Datei der Wohnraumsteuer enthält folgende wichtige Merkmale:

- Steuerliche Adresse,
- Anschrift der Räumlichkeit,
- Art der Räumlichkeit (zu Wohnzwecken genutzt, nicht zu Wohnzwecken genutzt),
- Name des Wohnungsinhabers und Angaben über die Zahl der in der Wohnung lebenden Personen.

Insgesamt lieferte die Datei einen guten Überblick über den Wohnungsbestand. Ihre Verwendung als Grundlage für die Versendung der Fragebogen auf dem Postwege erscheint jedoch illusorisch, weil in 20 bis 30 % der Fälle der Name des Wohnungsinhabers nicht stimmte. Die notwendige Aktualisierung wird aus Kostengründen als nicht vertretbar angesehen.

Ungeachtet dessen wurden bei einer Testerhebung mit Auskunftspflicht auf der Grundlage aktualisierter Adressen aus der Datei der Wohnraumsteuer Fragebogen versandt. Trotz eines Erinnerungsschreibens (acht Tage nach Versendung der Fragebogen) und telefonischer Nachfragen konnte nur eine Rücklaufquote von etwa 50 % verzeichnet werden. In Frankreich wird aufgrund dieser Testergebnisse die Möglichkeit einer vollständig postalischen Durchführung der Volkszählung 1990 kaum noch in Erwägung gezogen. Die Testerhebung Ende 1986 konzentrierte sich deshalb auch auf den Vergleich der herkömmlichen Erhebungsmethode des Einsatzes von Zählern bei Verteilung und Einsammlung der Fragebogen mit der Methode der ausschließlich postalischen Versendung der Fragebogen und des späteren Einsammelns durch Zahler. Ergebnisse dieser Untersuchungen liegen noch nicht vor.

Die Volkszählung 1990 in Großbritannien wird weitgehend entsprechend der Volkszählung 1981 durchgeführt werden. Erste Testerhebungen 1985/1986 konzentrierten sich deshalb im wesentlichen auf die Prüfung der

¹⁴⁾ BVerfGE 65,1 (61)

¹⁵⁾ Statistical Commission and Economic Commission for Europe, Conference of European Statisticians, Meeting on Population and Housing Censuses, Draft Report, Document CES/AC 6/CRP 4/Add 1, Genf, März 1987, siehe auch UN/ECE, Draft Recommendations for the 1990 Censuses of Population and Housing in the ECE Region Document CES/AC 6/153, Genf, März 1987

Frage, ob und in welcher Form in das Fragenprogramm der Volkszählung 1990 wieder eine Frage zur ethnischen Zugehörigkeit aufgenommen werden kann, die in Verbindung mit der Frage nach dem Geburtsland und der Sprache ausgewertet werden soll. Die Frage nach der ethnischen Zugehörigkeit hatte im Rahmen einer Probeerhebung 1979 zu Diskussionen über die Akzeptanz der Volkszählung 1981 geführt. Das Merkmal wurde daraufhin aus dem Fragenprogramm 1981 gestrichen. Eine für 1987 geplante Testerhebung wird sich auf die Überprüfung der organisatorischen Abläufe konzentrieren. 1988 soll der Fragebogen der Volkszählung 1990 nochmals getestet werden. Zur Reduzierung der Zählungskosten und zur schnelleren Lieferung von Zahlungsergebnissen wird in Großbritannien überlegt, nachträglich zu signierende Merkmale im Fragebogen, wie Beruf und Wirtschaftszweig, zunächst nur im Rahmen einer 10 %-Stichprobe aufzubereiten.

In Vorbereitung der Volkszählung 1990 wurde in der Schweiz geprüft, ob die Auswertung von verfügbaren Verwaltungsregistern die Zählung vollständig oder zumindest teilweise ersetzen kann. Die dafür notwendigen technisch/organisatorischen und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen können in der Schweiz jedoch zumindest für die nächste Volkszählung noch nicht geschaffen werden, so daß auch die Volkszählung 1990 nach herkömmlichem Muster als Vollerhebung mit Auskunftspflicht durchgeführt werden wird. Allerdings sind im Konzept der neuen Volkszählung einige wichtige Änderungen gegenüber der Volkszählung 1980 vorgesehen. So soll vor allem der Vergleich zur Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland relativ umfangreiche Fragenprogramme der Zählung 1980 etwa um die Hälfte reduziert werden. Die Merkmale, die das Fragenprogramm der Volkszählung 1990 nicht mehr enthält, sollen im Rahmen von Stichproben erfragt werden. Auf Gemeindeebene wird der Informationsverlust durch den Verzicht auf eine Vollerhebung dieser Merkmale jedoch nicht ausgeglichen werden können.

Im Rahmen der Volkszählung 1980 stieß in der Schweiz die vorgeschriebene offene Rückgabe der Erhebungsunterlagen an den Zähler auf Kritik. Für die Volkszählung 1990 wird deshalb — wie auch bei der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland — den Auskunftspflichtigen die Möglichkeit eröffnet, die Erhebungsunterlagen in verschlossenem Umschlag an den Zähler zurückzugeben. Eine postalische Rucksendung ist jedoch nicht vorgesehen.

4.2 Vereinigte Staaten von Amerika

Nach der Volkszählung 1980 wurde eine Expertengruppe¹⁶⁾, vergleichbar etwa mit dem Statistischen Beirat und seinen Fachausschüssen, gebildet, deren Aufgabe darin besteht, verschiedene Methoden der Datenerhebung, Datenaufbereitung, der Ergebniskontrolle in bezug auf die Qualität der Daten sowie die Feststellung von Über- bzw.

Untererfassungen sowie der Nutzung von Registern auf ihre Anwendbarkeit zu überprüfen und Prioritäten für die Aufnahme dieser Methoden in das Testprogramm für die Volkszählung 1990 festzulegen. Die Beurteilung der Methoden und die daraus resultierenden Empfehlungen für die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen ist dabei wesentlich vom Bemühen der Experten geprägt, die jeweilige Methode in einer Kosten/Nutzen-Relation zu bewerten.

In ihrem ersten Zwischenbericht, der dem Bureau of the Census Ende 1984 vorgelegt wurde, schenken die Experten unter diesem Aspekt u. a. der Frage des Einsatzes von Stichproben als Ersatz oder Ergänzung einer Vollerhebung bei einer Volkszählung besondere Beachtung. Im Vordergrund stand zunächst die Frage, ob die Volkszählung als Totalerhebung durch eine Stichprobenerhebung ersetzt werden kann. Die Experten vertraten die Auffassung, daß eine Stichprobe mit einem Auswahlatz von mindestens 50 % erforderlich ist, um auch für kleine regionale Einheiten Ergebnisse zu gewinnen. Dabei müßte aber auch auf eine sogenannte Klumpung (d. h. eine Zusammenfassung von Erhebungseinheiten — Wohnungen — zu größeren Zählflächen) verzichtet werden. Für eine solche große ungeklumpte Stichprobe wäre eine vollständige Liste aller Wohneinheiten notwendig. Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen, insbesondere

- großer Auswahlatz (50 %),
- vollständige Adressenliste,
- ungeklumpte Stichprobe,

kommt die Kommission zu dem Ergebnis, daß eine Stichprobenerhebung mit einem so hohen Auswahlatz die Kosten im Vergleich zur Vollerhebung nicht reduzieren würde. Im übrigen wäre es rationell, bei dem kostenintensiven Vorgang der Erstellung der Adressenliste einige Grunddaten mit zu erheben. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, daß bei Stichproben die Vollständigkeit der Erfassung der Erhebungseinheiten, wie entsprechende Untersuchungen bei früheren Zählungen gezeigt haben, etwas geringer ist. Die Expertengruppe empfiehlt deshalb, in Vorbereitung der Volkszählung 1990, der weiteren Untersuchung der Frage, inwieweit eine Vollerhebung durch eine Stichprobe ersetzt werden kann, nur geringe Priorität beizumessen.

Von weitaus größerer Bedeutung ist für die Experten die Einschätzung der Möglichkeiten des begleitenden Einsatzes von Stichproben zur nachträglichen Erfassung von Personen, die ihren Fragebogen nicht oder nur unvollständig ausfüllen („Sampling for follow-up“), und der Verwendung von Stichproben zur Überprüfung der Qualität der Informationen aus der Volkszählung („Sampling for verification“), eine Methode, die von ihrer Zielsetzung den deskriptiven Kontrollen bei den Volkszählungen 1961 und 1970 in der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Obwohl noch keine Empfehlungen ausgesprochen wurden, wird sich die Expertengruppe auch mit dem Einsatz von Stichproben zur Feststellung der Vollständigkeit der Erfassung („Sampling for coverage improvement“) beschäftigen, einem Verfahren vergleichbar etwa mit der ebenfalls im Rahmen der deskriptiven Kontrollen in der Bundesre-

¹⁶⁾ Planning the 1990 Census, Priorities for Research and Testing, Interim Report, Panel on Decennial Census Methodology, Committee on National Statistics, Commission on Behavioral and Social Sciences and Education, National Research Council, Washington, D.C., 1984

publik Deutschland durchgeführten Wiederholungsbefragung. Zur Vorbereitung der Volkszählung 1990 wurden bereits 1985 und 1986 Testerhebungen durchgeführt. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei die Prüfung verschiedener Fragebogenkonzepte (maschinenlesbare Fragebogen, Kurzfassung und Langfassung von Fragebogen). Im Rahmen eines weiteren Pretests sollen 1987 zusätzliche Untersuchungen über die von den Experten empfohlenen Fragen und Methoden durchgeführt werden. Das Forschungs- und Testprogramm wird im Jahr 1988 mit dem Zählungskonzept des Census 1990 in einem Generaltest abgeschlossen.

Schlußbemerkung

Der Vergleich der Volkszählungen anderer Länder zeigt, daß in bezug auf das Fragenprogramm der Grundmerkmale kaum Unterschiede bestehen. Die Erhebung zusätzlicher Merkmale ist dagegen abhängig vom jeweiligen länderspezifischen Informationsbedarf. Weltweit liegt — mit Ausnahme Dänemarks — den Volkszählungen das methodische Grundkonzept einer Befragung aller Bürger mit Auskunftspflicht zugrunde.

Bernd Störtzbach, M.A.

Ausländer im Bundesgebiet 1986

Ausländerzahl um 134 000 gestiegen

Im Jahr 1985 war die Zahl der Ausländer im Bundesgebiet erstmals seit 1982 wieder gestiegen. Diese Entwicklung hat sich 1986 verstärkt fortgesetzt. Nach dem Ergebnis einer maschinellen Auszählung des Ausländerzentralregisters (AZR) haben sich am 31. Dezember 1986 rund 4,513 Mill. Ausländer — nicht nur vorübergehend — in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten¹⁾. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres (4,379 Mill.) bedeutet das eine Zunahme um etwa 134 000 Personen oder 3 %.

Von den Ende Dezember 1986 im AZR erfaßten Ausländern waren 2,6 Mill. (57 %) männlichen und 1,9 Mill. (43 %) weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung betrug schätzungsweise 7,4 %²⁾. Fast jeder vierzehnte Einwohner besaß somit zu jenem Zeitpunkt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. In diesem Zusammenhang dürfte von Interesse sein, wie der Ausländeranteil im Vergleich zu dem einiger anderer europäischer Staaten lag. In der Schweiz lebten 1985 rund 940 000 ausländische Staatsangehörige. Das entsprach fast 15 % der Schweizer Bevölkerung. Höher als in der Bundesrepublik Deutschland war der Ausländeranteil auch in Belgien (1984: 9 %). Eine vergleichsweise niedrigere Quote wiesen — jeweils 1984 — Schweden (5 %), die Niederlande (4 %), Dänemark (2 %), Portugal, Griechenland und Spanien (jeweils 1 %) auf.

Verstärkte Zuwanderung, insbesondere von Asylbewerbern

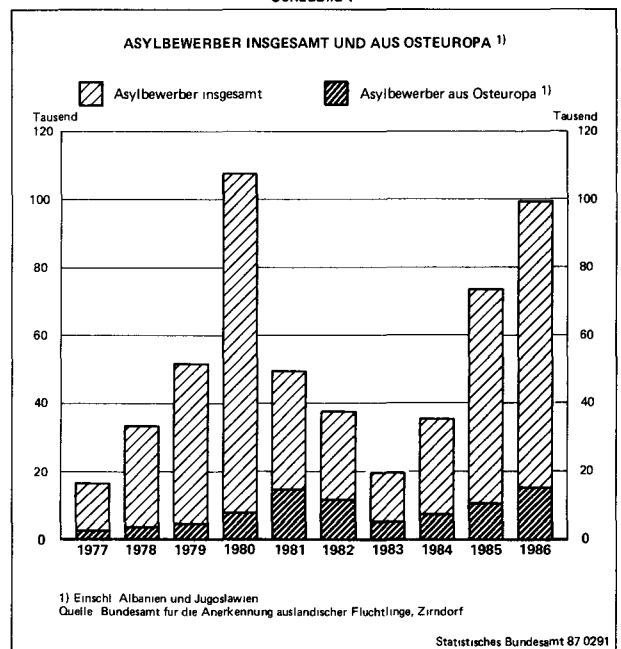
Die Zunahme der Ausländerzahl beruht zum weitaus größten Teil auf der positiven Wanderungsbilanz. Diese resultiert aus einem beachtlichen Anstieg der Zuwanderung bei gleichzeitiger Verringerung der Abwanderung

In den ersten neun Monaten des Jahres 1986 sind rund 368 000 Ausländer über die Bundesgrenzen zugezogen und damit 64 000 oder 21 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (304 000). Diese Zunahme hängt mit der verstärkten Einreise von Asylbewerbern zusammen. Im Jahr 1986 haben rund 99 700 Ausländer einen Asylantrag im Bundesgebiet gestellt; das ist die höchste Zahl seit 1980 (107 800). Gegenüber 1985 (73 800) beträgt die Zunahme 25 800 Personen oder 35 %. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß die Anerkennungsquote

¹⁾ Methodische Hinweise zur Durchführung der Ausländerstatistik nach den Unterlagen des AZR enthalten die Fachserie 1, Reihe 2 „Ausländer 1985“, S. 5, und der Beitrag „Ausländer im Bundesgebiet 1985“ in WiSta 3/1986, S. 181

²⁾ Bei Redaktionsschluß lagen noch keine fortgeschriebenen Einwohnerzahlen zum 31. Dezember 1986 vor. Als Bezugsgröße für die Berechnung und tabellarische Darstellung von Verhältniszahlen (Ausländer je 1 000 Einwohner) mußte deshalb die fortgeschriebene Bevölkerungszahl vom 30. September 1986 (für Bund und Länder) bzw. 30. Juni 1986 (für die Großstädte) verwendet werden

Schaubild 1



nach Angaben des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Jahr 1986 knapp 16 % betrug, oder anders ausgedrückt: Etwa 84 % der Asylbewerber erfüllten nicht die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Asylberechtigter.

Betrachtet man den saisonalen Verlauf der Entwicklung der Asylantragszahl 1986, zeigen sich erhebliche Unterschiede. So stellten im Zeitraum Januar bis Juli monatlich zwischen 5 800 (Februar) und 9 700 (Juli) Ausländer einen Asylantrag. Im August und September reisten zusammen rund 28 000 Asylbewerber in das Bundesgebiet ein; ihr Anteil an allen in diesen beiden Monaten zugezogenen Ausländern (111 000) betrug 25 %. Ende September lag die Asylantragszahl mit 79 800 bereits um etwa 6 000 über der Zahl für das gesamte Jahr 1985 (73 800).

Im September erreichte die Bundesregierung in Verhandlungen mit der DDR die Zusage, daß die Weiterreise von Ausländern durch die DDR und Berlin (Ost) in die Bundesrepublik Deutschland ab 1. Oktober 1986 ohne die erforderlichen Sichtvermerke nicht mehr gestattet wird. Als Folge dieser Zusage verringerte sich der Zustrom von Asylbewerbern beachtlich. Waren beispielsweise im September noch fast 13 000 Asylanträge eingereicht, so ging deren Zahl im November um mehr als die Hälfte auf knapp 5 000 und im Dezember auf etwa 4 000 zurück.

Im Januar 1987 haben 3 100 Ausländer einen Asylantrag im Bundesgebiet gestellt. Bei der Bekanntgabe dieser Zahl hat der Bundesminister des Innern auf folgendes hingewiesen: „Mit den für Januar vorliegenden Zahlen hat sich der Asylbewerberzugang zwar gegenüber Dezember 1986 weiter leicht abgeschwächt, er liegt aber immer noch nahezu doppelt so hoch wie die durchschnittliche monatliche Zugangszahl 1983, dem Jahr mit der niedrigsten Asylbewerberzahl seit 1978. Die Entwicklung der letzten Monate macht deutlich, daß mit einem weiteren Rückgang ohne die von der DDR ab 1. Oktober 1986 ergriffenen Maßnahmen vorerst noch nicht zu rechnen ist. Sollten andere

Einflüsse, insbesondere die von der Bundesregierung Ende 1986 gefaßten Beschlüsse, keine dämpfende Wirkung auf den weiteren Zugang haben, muß auch in diesem Jahr mit einer hohen Asylbewerberzahl gerechnet werden.“³⁾

Von den 1986 in das Bundesgebiet eingereisten fast 100 000 Asylananten kamen 21 700 oder 22 % aus dem Iran, jeweils knapp 11 000 oder 11 % aus Polen und dem Libanon und rund 8 700 oder 9 % aus der Türkei. Weitere 8 300 oder 8 % waren staatenlos oder zählten zu den Ausländern mit ungeklärter Staatsangehörigkeit (siehe Tabelle 1). Ge-

Tabelle 1 Asylbewerber nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	1985		1986		1986 gegenüber 1985	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	18 174	24,6	25 164	25,3	+ 6 990	+ 38,5
darunter						
Polen	6 672	9,0	10 981	11,0	+ 4 309	+ 64,6
Rumänien	887	1,2	1 512	1,5	+ 625	+ 70,5
Tschechoslowakei	1 411	1,9	1 394	1,4	- 17	- 1,2
Türkei	7 528	10,2	8 693	8,7	+ 1 165	+ 15,5
Ungarn	736	1,0	1 116	1,1	+ 380	+ 51,6
Afrika	8 093	11,0	9 486	9,5	+ 1 393	+ 17,2
darunter						
Äthiopien	2 625	3,6	1 762	1,8	- 863	- 32,9
Ghana	3 994	5,4	5 769	5,8	+ 1 775	+ 44,4
Amerika und Australien	97	0,1	142	0,1	+ 45	+ 46,4
Asien	44 298	60,0	56 575	56,8	+ 12 277	+ 27,7
darunter						
Afghanistan	2 632	3,6	3 055	3,1	+ 423	+ 16,1
Indien	4 471	6,1	6 554	6,6	+ 2 083	+ 46,6
Iran	8 840	12,0	21 700	21,8	+ 12 860	+ 145,5
Libanon	4 576	6,2	10 840	10,9	+ 6 264	+ 136,9
Pakistan	3 240	4,4	3 156	3,2	- 84	- 2,6
Sri Lanka	17 380	23,5	3 978	4,0	- 13 402	- 77,1
Staatenlos bzw ungeklärt	3 170	4,3	8 283	8,3	+ 5 113	+ 161,3
Insgesamt	73 832	100	99 650	100	+ 25 818	+ 35,0

Quelle Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Zirndorf

gegenüber 1985 hat sich die Zahl der Antragsteller mit iranischer oder libanesischer Staatsangehörigkeit 1986 jeweils mehr als verdoppelt. Das trifft auch für die staatenlosen Asylananten bzw solche mit ungeklärter Staatsangehörigkeit zu. Aus Sri Lanka kamen 1986 hingegen nur knapp 4 000 Asylbewerber und damit 13 400 oder 77 % weniger als 1985 (17 400).

Abwanderung weiterhin rückläufig

Zwischen Januar und September 1986 haben 254 000 Ausländer das Bundesgebiet verlassen, das waren etwa 20 000 oder 7 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (274 000). Ergebnisse über die Wanderungen der Ausländer zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Herkunfts- und Zielgebieten liegen bisher erst für das erste Halbjahr 1986 vor. Danach sind in den Monaten Januar bis Juni 1986 107 000 Ausländer in das europäische Ausland fortgezogen, gegenüber 121 000 im entsprechenden Vor-

jahreszeitraum⁴⁾. Die Zahl der Fortzüge von Ausländern in das außereuropäische Ausland hat sich demgegenüber mit 37 000 im ersten Halbjahr 1986 gegenüber 35 000 in den gleichen Monaten des Vorjahres geringfügig erhöht.

Insgesamt gesehen ergab sich in den Monaten Januar bis September 1986 aus rund 368 000 Zuzügen und 254 000 Fortzügen von Ausländern ein Zuwanderungsüberschuß von 113 000 Personen. Damit war die Nettozuwanderung in diesem Zeitraum bereits mehr als dreimal so hoch wie im gesamten Jahr 1985 (32 000).

Nach wie vor beachtlicher Geburtenüberschuß

Zum Anstieg der Ausländerzahl hat neben der positiven Wanderungsbilanz wiederum der Geburtenüberschuß der ausländischen Bevölkerung beigetragen. In den Monaten Januar bis September 1986 wurden im Bundesgebiet rund 42 600 Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit registriert; das waren etwa 2 600 mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (40 000). Die Zahl der Sterbefälle von Ausländern im Bundesgebiet ist in den Monaten Januar bis September 1986 mit 5 600 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum (5 600) konstant geblieben. Insgesamt gesehen ergab sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 aus 42 600 Lebendgeborenen und 5 600 gestorbenen Ausländern ein Geburtenüberschuß von 37 000 Personen. Dieser Überschuß hat sich im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten (34 400) geringfügig erhöht.

Regionale Verteilung

Von den rund 4,5 Mill. Ausländern wohnten auch 1986 die weitaus meisten — etwa 3,4 Mill. oder 76 % — in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Gegenüber Ende 1985 ist die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen in allen Bundesländern gestiegen (siehe Tabelle 2). Die stärkste relative Zunahme hatte mit 4,3 % Niedersachsen. Den höchsten Ausländeranteil an der Bevölkerung wies mit 13,7 % wiederum Berlin (West) auf, gefolgt von Hamburg (11,2 %), Hessen (9,5 %) und Baden-Württemberg (9,3 %).

Von den Ende 1986 erfaßten rund 4,5 Mill. Ausländern wohnten 2,3 Mill. oder 50 % in Gemeinden, die am 30. Juni 1986 100 000 und mehr Einwohner hatten⁵⁾. Die höchsten Ausländerquoten wiesen erneut Frankfurt (25 %) und Offenbach (22 %) auf⁶⁾. Erheblich über dem Bundesdurchschnitt (7 %) lag 1986 der Ausländeranteil auch in Stuttgart (18 %), München (17 %), Düsseldorf (16 %), Köln und Mannheim (jeweils 15 %). Die niedrigste Ausländerquote hatten 1986 die Städte Oldenburg, Würzburg (jeweils 4 %), Koblenz, Regensburg und Münster (jeweils 5 %).

Sehr unterschiedlich ist die Gliederung der Ausländer nach ihrer Nationalität in den einzelnen Großstädten. So

³⁾ Pressedienst des Bundesministeriums des Innern vom 4. Februar 1987 — Im Februar 1987 sind 4 900 Asylbewerber eingereist, das waren 1 800 mehr als im Januar 1987, aber 900 weniger als im Februar 1986 (5 800).

⁴⁾ Siehe Tabelle S. 84*1

⁵⁾ Siehe Fußnote 2

⁶⁾ Siehe Tabelle S. 84*1

Tabelle 2: Ausländer in den Ländern des Bundesgebietes
Stichtag jeweils 31. Dezember

Land	1985			1986			1986 gegenüber 1985	
	1 000	%	je 1 000 Einwohner	1 000	%	je 1 000 Einwohner ¹⁾	1 000	%
Schleswig-Holstein	85,1	1,9	33	87,1	1,9	33	+ 2,0	+ 2,4
Hamburg	170,8	3,9	108	175,8	3,9	112	+ 5,0	+ 2,9
Niedersachsen	274,9	6,3	38	286,7	6,4	40	+ 11,8	+ 4,3
Bremen	46,9	1,1	71	48,7	1,1	74	+ 1,8	+ 3,8
Nordrhein-Westfalen	1 319,8	30,1	79	1 358,9	30,1	81	+ 39,1	+ 3,0
Hessen	512,3	11,7	93	528,4	11,7	95	+ 16,1	+ 3,1
Rheinland-Pfalz	161,7	3,7	45	167,7	3,7	46	+ 6,0	+ 3,7
Baden-Württemberg	840,0	19,2	91	863,5	19,1	93	+ 23,5	+ 2,8
Bayern	667,8	15,3	61	691,1	15,3	63	+ 23,3	+ 3,5
Saarland	45,4	1,0	43	47,1	1,0	45	+ 1,7	+ 3,7
Berlin (West)	254,3	5,8	137	257,8	5,7	137	+ 3,5	+ 1,4
Bundesgebiet	4 378,9	100	72	4 512,7	100	74	+ 133,8	+ 3,1

¹⁾ Am 30. September 1986

waren beispielsweise von allen Ausländern, die Ende Dezember 1986 in Salzgitter wohnten, 68 % türkische Staatsangehörige⁷⁾. Diese waren ferner in Gelsenkirchen (67 %), Hamm (64 %), Herne (63 %), Duisburg (60 %) und Bottrop (58 %) am stärksten vertreten. Auch von den ausländischen Einwohnern Bremerhavens und Kiels besaß jeweils etwa die Hälfte die türkische Staatsangehörigkeit. In anderen Städten — so beispielsweise Stuttgart und München — sind die Jugoslawen die stärkste Ausländergruppe. Von den ausländischen Einwohnern Wolfsburgs wiederum waren etwa zwei Drittel italienische Staatsangehörige. Die Konzentration der einzelnen Nationalitäten auf be-

stimmte Großstädte hängt u. a. mit der örtlichen Wirtschaftsstruktur und den hierauf bezogenen Erwerbsmöglichkeiten zusammen, denn in bestimmten Wirtschaftszweigen sind einzelne Nationalitäten unter den ausländischen Arbeitnehmern überdurchschnittlich vertreten.

Staatsangehörigkeit

Unter den Ende Dezember 1986 im AZR erfaßten rund 4,5 Mill. Ausländern sind die Türken mit 1,4 Mill. oder 32 % am stärksten vertreten. Die zweitstärkste Nationalitätengruppe bildeten wiederum die Jugoslawen (591 000 oder 13 %). Es folgen Italiener (537 000 oder 12 %), Griechen (279 000 oder 6 %), Österreicher (175 000 oder 4 %), Spanier (150 000 oder 3 %) und Polen (117 000 oder 3 %). Auf diese sieben Länder entfielen somit rund 3,3 Mill. oder

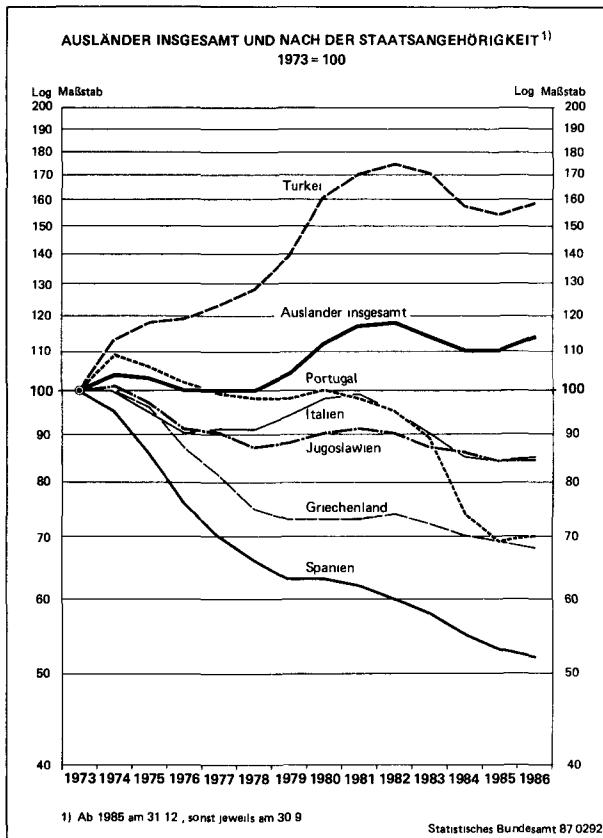
⁷⁾ Siehe Tabelle S. 84*f

Tabelle 3: Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	30. September 1973		31. Dezember 1985		31. Dezember 1986		1986 gegenüber			
							1973		1985	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Europa	3 625,1	91,7	3 763,8	86,0	3 824,3	84,7	+ 199,2	+ 5,5	+ 60,5	+ 1,6
dar EG-Staaten ¹⁾	1 676,8	42,4	1 356,6	31,0	1 364,7	30,2	- 312,1	- 18,6	+ 8,1	+ 0,6
Frankreich	56,4	1,4	74,9	1,7	76,7	1,7	+ 20,3	+ 36,0	+ 1,8	+ 2,4
Griechenland	407,6	10,3	280,6	6,4	278,5	6,2	- 129,1	- 31,7	- 2,1	- 0,7
Großbritannien und Nordirland	47,7	1,2	88,1	2,0	90,0	2,0	+ 42,3	+ 88,7	+ 1,9	+ 2,2
Italien	630,7	16,0	531,3	12,1	537,1	11,9	- 93,6	- 14,8	+ 5,8	+ 1,1
Niederlande	106,2	2,7	108,4	2,5	109,0	2,4	+ 2,8	+ 2,6	+ 0,6	+ 0,6
Portugal	112,0	2,8	77,0	1,8	78,2	1,7	- 33,8	- 30,2	+ 1,2	+ 1,6
Spanien	287,0	7,3	152,8	3,5	150,5	3,3	- 136,5	- 47,6	- 2,3	- 1,5
Ubrige EG-Staaten	29,2	0,7	43,5	1,0	44,7	1,0	+ 15,5	+ 53,1	+ 1,2	+ 2,8
Jugoslawien	701,6	17,8	591,0	13,5	591,2	13,1	- 110,4	- 15,7	+ 0,2	+ 0,0
Osterreich	173,2	4,4	172,5	3,9	174,6	3,9	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,2
Polen	41,8	1,1	104,8	2,4	116,9	2,6	+ 75,1	+ 179,7	+ 12,1	+ 11,5
Türkei	910,5	23,0	1 401,9	32,0	1 434,3	31,8	+ 523,8	+ 57,5	+ 32,4	+ 2,3
Ubriges Europa	121,2	3,1	137,0	3,1	142,5	3,2	+ 21,3	+ 17,6	+ 5,5	+ 4,0
Afrika	64,6	1,6	133,5	3,0	145,1	3,2	+ 80,5	+ 124,6	+ 11,6	+ 8,7
Marokko	22,4	0,6	48,1	1,1	52,0	1,2	+ 29,6	+ 132,1	+ 3,9	+ 8,1
Tunesien	16,1	0,4	23,2	0,5	23,6	0,5	+ 7,5	+ 46,6	+ 0,4	+ 1,7
Ubriges Afrika	26,1	0,7	62,2	1,4	69,5	1,5	+ 43,4	+ 166,3	+ 7,3	+ 11,7
Amerika	97,3	2,5	127,0	2,9	131,2	2,9	+ 33,9	+ 34,8	+ 4,2	+ 3,3
Asien	102,8	2,6	295,5	6,7	348,0	7,7	+ 245,2	+ 238,5	+ 52,5	+ 17,8
Indien	10,8	0,3	24,3	0,6	28,3	0,6	+ 17,5	+ 162,0	+ 4,0	+ 16,5
Iran	18,9	0,5	51,4	1,2	73,0	1,6	+ 54,1	+ 286,2	+ 21,6	+ 42,0
Libanon	2,3	0,1	13,2	0,3	21,9	0,5	+ 19,6	+ 852,2	+ 8,7	+ 65,9
Ubriges Asien	70,8	1,8	206,6	4,7	224,8	5,0	+ 154,0	+ 217,5	+ 18,2	+ 8,8
Australien und Ozeanien	6,7	0,2	6,3	0,1	6,4	0,1	- 0,3	- 4,5	+ 0,1	+ 1,6
Staatenlos	30,0	0,8	27,8	0,6	24,2	0,5	- 5,8	- 19,3	- 3,6	- 13,0
Ungeklärt und ohne Angabe	25,5	0,6	25,0	0,6	33,5	0,7	+ 8,0	+ 31,4	+ 8,5	+ 34,0
Insgesamt ²⁾	3 966,2	100	4 378,9	100	4 512,7	100	+ 546,5	+ 13,8	+ 133,8	+ 3,1

¹⁾ Enschl. Griechenland, Portugal und Spanien, die seit 1. Januar 1981 (Griechenland) bzw. 1. Januar 1986 (Portugal und Spanien) Mitglied der EG sind — ²⁾ 1973 einschl. 14 200 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgliedert werden konnten, die Verhältniszahlen beziehen sich auf 3 952 000 Ausländer

Schaubild 2



73 % aller Ausländer (siehe Tabelle 3). Im Vergleich zu 1985 ist die Zahl der Angehörigen dieser Staaten — die Griechen und Spanier ausgenommen — jeweils gestiegen.

Die Zunahme der gesamten Ausländerzahl gegenüber 1985 beruht zum größten Teil auf dem Anstieg der Zahl der Ausländer, die die Staatsangehörigkeit eines asiatischen Landes (+ 53 000 oder 18 %), der Türkei (+ 32 000 oder 2 %) oder Polens (+ 12 000 oder 12 %) besaßen. Bemerkenswert ist das — hauptsächlich als Folge des Zustroms von Asylbewerbern — starke Anwachsen der Zahl von Staatsangehörigen asiatischer Länder. Im Vergleich zu 1973 hat sich diese Ausländergruppe zahlenmäßig mehr als verdreifacht und macht nunmehr 348 000 Personen aus.

Dr. Henning Fleischer

Eheschließungen, Scheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1985

Eheschließungen

Ein Rückblick auf die Zahl der Eheschließungen in der Bundesrepublik Deutschland zeigt zunächst — von 1950 bis 1954 — eine Abnahme der jährlichen Eheschließungen auf 453 168, anschließend jedoch eine kontinuierliche Zunahme bis auf 530 640 Eheschließungen im Jahr 1962. In diesem Jahr setzt eine erneute Wende ein; die Zahl der Eheschließungen ist seitdem rückläufig. Ab dem Jahr 1965 gab es weniger als 500 000, ab 1973 weniger als 400 000 Eheschließungen. Seit 1980 stagniert die Zahl der Eheschließungen bei etwa 360 000. Im Jahr 1985 wurden

364 661 Eheschließungen registriert, das waren 31,3 % weniger als 1962.

Bis zum Jahr 1962 waren bei 4 bis 5 % der Eheschließungen Ausländer beteiligt. Der Umfang der Ausländerbeteiligung stieg danach an und erreichte im Jahr 1981 mit 10,6 % einen Höchstwert; der Anteil ist seitdem auf 9,4 % (1985) zurückgegangen (siehe Tabelle 1).

Insgesamt waren im Jahr 1985 bei 34 227 Eheschließungen Ausländer beteiligt; dabei waren in 8 521 Fällen beide Ehepartner Ausländer, in 6 775 Fällen hatten die Partner die gleiche Staatsangehörigkeit. In 15 756 Fällen war der Mann Ausländer, die Frau Deutsche, in 9 950 Fällen dagegen war der Mann Deutscher und die Frau Ausländerin.

Setzt man alle Eheschließungen, bei denen Ausländer beteiligt waren, gleich 100, so entfielen auf

	1960	1975 %	1985
Ehen zwischen Ausländern	7,7	21,6	24,9
ausländischem Mann und deutscher Frau	74,0	46,4	46,0
deutschem Mann und ausländischer Frau	18,3	31,9	29,1

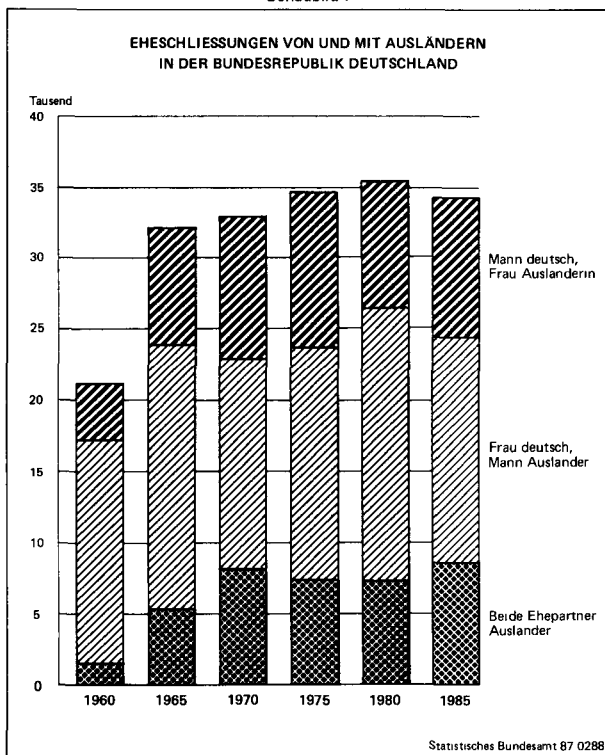
(siehe Schaubild 1).

Tabelle 1: Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner

Jahr ¹⁾ Land	Eheschließungen insgesamt		Zwischen Deutschen		Von oder mit Ausländern								
					zusammen		beide Ehepartner Ausländer		Frau Deutsche/ Mann Ausländer		Mann Deutscher/ Frau Ausländerin		
							zusammen		darunter mit gleicher Staatsangehörigkeit				zusammen
					Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 4	Anzahl	% v. Sp. 4	Anzahl
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1950	506 101	483 025	95,4	23 076	4,6	4 760	20,6		14 750	63,9		3 566	15,5
1955	453 895	433 284	95,5	20 611	4,5	1 994	9,7		15 819	76,8		2 798	13,6
1960	521 445	500 362	96,0	21 083	4,0	1 625	7,7	998	15 600	74,0	5 999	3 858	18,3
1965	492 128	460 034	93,5	32 094	6,5	5 300	16,5	4 223	18 648	58,1	4 579	8 146	25,4
1966	484 562	449 339	92,7	35 223	7,3	8 004	22,7	6 767	18 102	51,4	4 090	9 117	25,9
1967	483 101	448 711	92,9	34 390	7,1	7 694	22,4	6 377	16 933	49,2	3 327	9 763	28,4
1968	444 150	413 988	93,2	30 162	6,8	5 739	19,0	4 411	15 121	50,1	3 056	9 302	30,8
1969	446 586	414 562	92,8	32 024	7,2	6 576	20,5	5 227	14 795	46,2	2 925	10 653	33,3
1970	444 510	411 514	92,6	32 996	7,4	8 199	24,8	6 749	14 645	44,4	2 389	10 152	30,8
1971	432 030	397 028	91,9	35 002	8,1	9 409	26,9	7 784	14 565	41,6	2 107	11 028	31,5
1972	415 132	380 205	91,6	34 927	8,4	9 384	26,9	7 637	14 700	42,1	2 041	10 843	31,0
1973	394 603	360 285	91,3	34 318	8,7	9 021	26,3	7 192	14 578	42,5	1 831	10 719	31,2
1974	377 265	343 319	91,0	33 946	9,0	8 399	24,7	6 716	14 701	43,3	1 508	10 846	32,0
1975	386 681	352 118	91,1	34 563	8,9	7 469	21,6	5 748	16 054	46,4	1 719	11 040	31,9
1976	365 728	333 844	91,3	31 884	8,7	6 162	19,3	4 565	15 552	48,8	1 813	10 170	31,9
1977	358 487	327 138	91,3	31 349	8,7	6 088	19,4	4 582	15 600	49,8	1 979	9 661	30,8
1978	328 215	299 114	91,1	29 101	8,9	5 760	19,8	4 339	14 875	51,1	2 161	9 466	29,1
1979	344 823	313 905	91,0	30 918	9,0	5 895	19,1	4 522	16 246	52,5	2 107	8 777	28,4
1980	362 408	327 023	90,2	35 385	9,8	7 374	20,8	5 753	18 927	53,5	2 072	9 084	25,7
1981	359 658	321 596	89,4	38 062	10,6	8 955	23,5	7 170	19 427	51,0	1 823	9 680	25,4
1982	361 966	326 133	90,1	35 833	9,9	7 579	21,2	5 740	18 306	51,1	2 084	9 948	27,8
1983	369 963	334 174	90,3	35 789	9,7	7 821	21,9	6 055	18 012	50,3	2 177	9 956	27,8
1984	364 140	329 569	90,5	34 571	9,5	8 134	23,5	6 501	16 333	47,2	1 757 ²⁾	10 104	29,2
1985	364 661	330 434	90,6	34 227	9,4	8 521	24,9	6 775	15 756	46,0	1 847 ²⁾	9 950	29,1
1985 nach Ländern													
davon (1985):													
Schleswig-Holstein	15 042	14 351	95,4	691	4,6	45	6,5	25	343	49,6	6	303	43,8
Hamburg	8 768	7 625	87,0	1 143	13,0	163	14,3	99	615	53,8	—	365	31,9
Niedersachsen	40 778	38 496	94,4	2 282	5,6	477	20,9	382	1 134	49,7	189	671	29,4
Bremen	3 804	3 456	90,9	348	9,1	35	10,1	16	189	54,3	13	124	35,6
Nordrhein-Westfalen	101 321	91 842	90,6	9 479	9,4	3 110	32,8	2 645	3 925	41,4	—	2 444	25,8
Hessen	31 823	27 625	86,8	4 198	13,2	1 227	29,2	960	1 745	41,6	342	1 226	29,2
Rheinland-Pfalz	22 971	21 167	92,1	1 804	7,9	292	16,2	198	1 004	55,7	370	508	28,2
Baden-Württemberg	54 901	48 747	88,8	6 154	11,2	1 590	25,8	1 260	2 826	45,9	478	1 738	28,2
Bayern	66 012	60 754	92,0	5 258	8,0	606	11,5	365	2 812	53,5	315	1 840	35,0
Saarland	6 964	6 481	93,1	483	6,9	59	12,2	44	257	53,2	7	167	34,6
Berlin (West)	12 277	9 890	80,6	2 387	19,4	917	38,4	781	906	38,0	127	564	23,6

1) 1950 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin — 2) Ohne Hamburg und Nordrhein-Westfalen

Schaubild 1



Das Ansteigen des Anteils der Ausländer bei den Eheschließungen von 4 % (1960) auf über 9 % (seit 1979) ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Zeit erheblich angestiegen ist. 1961 gab es erst 686 100 Ausländer, davon waren 472 700 (69 %) männlich. Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland ist bis 1984 auf 4 363 600 angestiegen, davon waren 2 499 500 (nur noch 57 %) männlich (siehe Tabelle 2)

Der höhere Anteil der Ehen zwischen Ausländern dürfte auf ein ausgewogeneres Verhältnis der Zahlen männlicher und weiblicher Ausländer zurückzuführen sein. Auch der Rückgang des Anteils der Ehen, bei denen ein ausländischer Mann eine deutsche Frau heiratete, an allen Ehe-

schließungen mit Ausländerbeteiligung — von 74 % im Jahr 1960 auf 46 % im Jahr 1985 — dürfte sich aus den gleichen Strukturverschiebungen erklären. Betrachtet man die Entwicklung der Ausländer zwischen 1961 und 1984, so stellt man zum Beispiel fest: 1961 gab es im Alter von 20 bis 39 Jahren 147 600 ledige ausländische Männer, aber nur 26 500 ledige ausländische Frauen, ein Verhältnis von etwa sechs zu eins. 1984 standen 575 700 ledigen ausländischen Männern der genannten Altersgruppen immerhin 195 700 ledige ausländische Frauen gegenüber; das Verhältnis hatte sich auf drei zu eins reduziert.

Ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Ausländern bei Eheschließungen wurde 1985 in Berlin (West) (19,4 %), Hessen (13,2 %), Hamburg (13,0 %) und Baden-Württemberg (11,2 %) ermittelt. Setzt man die Eheschließungen gleich 100, bei denen überhaupt Ausländer beteiligt sind, dann erreichen die „reinen Ausländerehen“ mit 38,4 % in Berlin (West) den höchsten und mit 32,8 % in Nordrhein-Westfalen den zweithöchsten Wert. Der niedrigste Wert wurde mit 6,5 % in Schleswig-Holstein ermittelt. In Schleswig-Holstein erreichen dagegen die Eheschließungen, bei denen der Mann Deutscher, die Frau aber Ausländerin ist, mit 43,8 % den höchsten Wert.

Als Ehepartner deutscher Frauen hatten bis 1979 die US-Amerikaner an erster Stelle gestanden¹⁾. In den Jahren 1980 und 1981 nahmen dann die Türken diesen Platz ein. Seit 1982 stehen die US-Amerikaner jedoch wiederum auf Platz 1. 1985 folgten an zweiter Stelle die Italiener, gefolgt von den Türken, Österreichern, Engländern, Jugoslawen, Niederländern und Franzosen

Wie schon seit einigen Jahren gingen auch 1985 deutsche Männer Ehen vor allem mit Jugoslawinnen (1 040), philippinischen Frauen (1 036) und Österreicherinnen (1 019) ein. Mit Abstand folgten Italienerinnen (576), Französischen (550), Niederländerinnen (523), US-Amerikanerinnen (422) und Thailänderinnen (388).

¹⁾ Siehe hierzu Tabelle S 86* f

Tabelle 2 Ausländer 1961 und 1984 nach Alter, Geschlecht und Familienstand
1 000

Alter von . bis unter Jahren	Männlich				Weiblich			
	insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet oder geschieden	insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet oder geschieden
1961								
unter 20	83,6	83,2	0,3	0,1	70,2	69,2	1,0	0,0
20 – 25	77,4	67,3	9,8	0,3	22,7	14,4	8,1	0,2
25 – 30	87,6	52,2	34,6	0,9	18,0	6,1	11,5	0,4
30 – 40	113,8	28,1	82,8	2,8	39,1	6,0	30,1	3,0
40 – 50	57,9	8,6	46,2	3,1	23,5	2,9	17,4	3,2
50 – 60	29,9	4,4	22,6	2,9	17,2	2,1	11,0	4,1
60 und älter	20,2	2,7	13,2	4,3	22,1	3,0	7,9	11,2
ohne Angabe	2,4	1,1	0,7	0,6	0,7	0,3	0,4	0,1
insgesamt	472,7	247,5	210,2	15,0	213,4	103,8	87,3	22,4
1984								
unter 20	722,2	719,4	2,8	0,0	612,4	599,8	12,5	0,1
20 – 25	207,3	175,8	31,1	0,4	166,4	86,1	79,3	0,9
25 – 30	226,7	150,5	74,0	2,1	182,9	47,4	132,4	3,1
30 – 40	530,8	249,4	270,6	10,8	453,0	62,2	377,3	13,6
40 – 50	487,1	95,6	380,1	11,3	248,3	18,9	217,7	11,9
50 – 60	226,8	21,7	197,9	7,2	117,6	8,0	98,7	10,9
60 und älter	98,8	10,9	78,6	9,3	83,4	7,6	48,1	27,8
insgesamt	2 499,5	1 423,3	1 035,1	41,2	1 864,1	829,9	965,9	68,3

Tabelle 3: Eheschließende 1975 und 1985 nach bisherigem Familienstand, Geschlecht, Altersgruppen und Staatsangehörigkeit

Alter von Familienstand	bis unter Jahren		Deutsche				Ausländer			
			Männer		Frauen		Männer		Frauen	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1975										
Eheschließende			363 157	100	368 172	100	23 524	100	18 509	100
unter 25			176 661	49	261 252	71	9 473	40	10 997	59
25 bis 29			92 684	26	46 025	13	7 747	33	4 217	23
30 bis 49			75 223	21	47 951	13	5 754	24	3 013	16
50 und älter			18 589	5	12 944	4	550	2	282	2
Ledig			297 875	82	307 338	83	20 181	86	15 783	85
Verwitwet			15 622	4	10 335	3	363	2	307	2
Geschieden			49 660	14	50 499	14	2 980	13	2 419	13
1985										
Eheschließende			340 384	100	346 190	100	24 277	100	18 471	100
unter 25			97 367	29	180 597	52	9 695	40	9 838	53
25 bis 29			121 651	36	91 246	26	7 127	29	3 874	21
30 bis 49			105 529	31	65 121	19	6 850	28	4 440	24
50 und älter			15 837	5	9 226	3	605	2	319	2
Ledig			269 565	79	278 168	80	19 983	82	15 329	83
Verwitwet			9 432	3	4 570	1	358	1	266	1
Geschieden			61 387	18	63 452	18	3 936	16	2 876	16

Von den 8 521 im Jahr 1985 geschlossenen Ehen, bei denen beide Partner Ausländer waren, hatten — wie schon gesagt — in 6 775 Fällen die Ehepartner die gleiche Staatsangehörigkeit. Dabei handelt es sich bei 4 025 Paaren um Türken (Zunahme gegenüber 1980: 66,5 %), bei 720 Paaren um Italiener und bei 430 Paaren um US-Amerikaner.

Vergleicht man die deutschen und ausländischen eheschließenden Männer und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Zusammensetzung und deren Veränderungen zwischen 1975 und 1985 (siehe Tabelle 3), so ergeben sich mancherlei Ähnlichkeiten, allerdings auch Unterschiede, die auf einen anderen Altersaufbau bei der deutschen und der ausländischen Bevölkerung zurückgeführt werden können. Darüber hinaus spiegeln sich in den Ergebnissen auch Veränderungen des Heiratsverhaltens wider²⁾.

Bei den deutschen Männern und Frauen war der Anteil der unter 25jährigen Eheschließenden 1975 mit 49 bzw. 71 % erheblich höher als bei den Ausländern (40 bzw. 59 %). Innerhalb von zehn Jahren ist — trotz starkerer Besetzungszahlen in diesen Jahrgängen — der Anteil dieser Altersgruppe bei den eheschließenden Deutschen auf 29 bzw. 52 % gesunken, während sich bei den Ausländern in dieser Hinsicht nur eine geringfügige Verschiebung ergeben hat. Abgenommen hat gleichermaßen bei deutschen und ausländischen Eheschließenden der Anteil der vor der Eheschließung Ledigen, bei Zunahme des Anteils der zuvor Geschiedenen.

Scheidungen

Insgesamt sind in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985 128 124 Ehen geschieden worden. Erstmals

wurde damit der seit Jahren ansteigende Trend unterbrochen³⁾. Gegenüber dem Jahr 1984 war die Zahl der Scheidungen insgesamt um 2 % zurückgegangen. Nicht zurückgegangen ist jedoch die Zahl der Scheidungen von Ehen zwischen Ausländern oder zwischen Deutschen und ausländischen Partnern (siehe Tabelle 4).

Während die Zahl der Scheidungen von Ehen zwischen Deutschen im Jahr 1985 „nur“ um 30 % höher war als im Jahr 1980, stieg die Zahl der Scheidungen von Ehen zwischen und mit Ausländern in dieser Zeit von 6 294 um 72 % auf 10 855. Der Anteil dieser Ehescheidungen an den Ehescheidungen insgesamt stieg von 6,5 % (1980) auf 8,5 % (1985). Im einzelnen erhöhte sich die Zahl der Scheidungen,

bei denen beide Partner Ausländer waren, um 69 %,

bei denen die Frau Deutsche war, um 82 %, und

bei denen der Mann Deutscher war, um 55 %

Geschieden wurden im Jahr 1985:

Nationalität	Männer		Frauen			
	insgesamt	dar verheiratet mit einer deutschen Frau	insgesamt	dar verheiratet mit einem deutschen Mann		
	Anzahl	%	Anzahl	%		
Deutsch	119 906	117 269	98	123 812	117 269	95
Türkisch	1 457	1 151	79	453	159	35
Italienisch	708	542	77	275	122	44
Jugoslawisch	554	397	72	494	330	67
Griechisch	298	143	48	208	56	27
Spanisch	229	145	63	173	86	50
Sonstige	4 882	4 099	84	2 649	1 851	70
Staatenlos	90	66	73	60	33	55
Insgesamt	128 124	123 812	97	128 124	119 906	94

119 906 der geschiedenen Männer (94 %) waren Deutsche.

123 812 der geschiedenen Frauen (97 %) waren Deutsche

²⁾ Siehe hierzu Braun, W./Proebsting, H. „Heiratstafeln für ledige Deutsche 1980/83“ in WiSta 12/85, S. 921 ff.

³⁾ Siehe hierzu Braun, W. „Ehescheidungen 1985“ in WiSta 12/86, S. 968 ff.

Tabelle 4: Ehescheidungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner

Jahr Land	Ehescheidungen insgesamt		Zwischen Deutschen		Von oder mit Ausländern							
					zusammen		beide Ehepartner Ausländer		Frau deutsch/ Mann Ausländer		Mann deutsch/ Frau Ausländerin	
							zusammen					
					Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 4	Anzahl	% von Sp. 4
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
2 HJ 1977 ...	1 699	1 504	88,5	195	11,5	72	36,9	32	83	42,6	40	20,5
1978 ...	32 462	29 621	91,2	2 841	8,8	655	23,1	291	1 504	52,9	682	24,0
1979 ...	79 490	74 059	93,2	5 431	6,8	871	16,0	359	3 146	57,9	1 414	26,0
1980 ...	96 222	89 928	93,5	6 294	6,5	991	15,7	417	3 603	57,2	1 700	27,0
1981 ...	109 520	102 279	93,4	7 241	6,6	1 009	13,9	410	4 261	58,8	1 971	27,2
1982 ...	118 483	110 023	92,9	8 460	7,1	1 168	13,8	473	5 037	59,5	2 255	26,7
1983 ...	121 317	112 502	92,7	8 815	7,3	1 164	13,2	453	5 413	61,4	2 238	25,4
1984 ...	130 744	120 476	92,1	10 268	7,9	1 407	13,7	571	6 256	60,9	2 605	25,4
1985 ...	128 124	117 269	91,5	10 855	8,5	1 675	15,4	772	6 543	60,3	2 637	24,3
1985 nach Ländern												
Schleswig-Holstein ...	5 803	5 494	94,7	309	5,3	31	10,0	8	181	58,6	97	31,4
Hamburg ...	4 916	4 220	85,8	696	14,2	146	21,0	69	394	56,6	156	22,4
Niedersachsen ...	13 885	13 152	94,7	733	5,3	99	13,5	45	459	62,6	175	23,9
Bremen ...	1 999	1 807	90,4	192	9,6	22	11,5	10	126	65,6	44	22,9
Nordrhein-Westfalen ...	38 203	35 914	94,0	2 289	6,0	383	16,7	191	1 373	60,0	533	23,3
Hessen ...	11 877	10 657	89,7	1 220	10,3	237	19,4	118	704	57,7	279	22,9
Rheinland-Pfalz ...	7 215	6 707	93,0	508	7,0	81	15,9	17	308	60,6	119	23,4
Baden-Württemberg ...	15 971	14 388	90,1	1 583	9,9	287	18,1	161	936	59,1	360	22,7
Bayern ...	19 252	17 203	89,4	2 049	10,6	261	12,7	102	1 219	59,5	569	27,8
Saarland ...	2 418	2 308	95,5	110	4,5	15	13,6	6	65	59,1	30	27,3
Berlin (West) ...	6 585	5 419	82,3	1 166	17,7	113	9,7	45	778	66,7	275	23,6

1981 waren 98 % aller türkischen Männer, die sich scheiden ließen, mit einer deutschen Frau verheiratet; 1985 ist dieser Anteil auf 79 % gesunken. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Rückgang der Eheschließungen türkischer Männer mit deutschen Frauen von 3 339 im Jahr 1980 auf 1 315 im Jahr 1985.

Geburten

Im Jahr 1985 wurden 586 155 Kinder lebend geboren, das waren 1 998 oder 0,3 % mehr als 1984. Von den im Jahr 1985 Lebendgeborenen hatten 53 750 (9,2 %) nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Seit 1960 war die Zahl der Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit von 11 141 (1,2 % aller Lebendgeborenen) auf 108 270 (17,3 %) im Jahr 1974 gestiegen. Seit dieser Zeit ging die Geburtenzahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer — mit gewissen Schwankungen — bis auf 53 750 (9,2 %) im Jahr 1985 zurück⁴⁾.

⁴⁾ Nach ersten vorläufigen Zahlen hat es den Anschein, als ob die Zunahme der Geburtenzahl im Jahr 1986 in geringfügig stärkerem Maße auf einen Anstieg der Geburten von Ausländerkindern zurückzuführen ist. In den ersten elf Monaten stieg die Zahl der lebendgeborenen Ausländer um 8,2 %, die der lebendgeborenen Deutschen um 5,7 %.

Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, ist der Rückgang der Geburtenzahl bei Ausländern zu einem erheblichen Teil auf eine Angleichung der Geburtenhäufigkeit der Ausländer an die der Deutschen zurückzuführen. Im Jahr 1975 war die zusammengefaßte Geburtenziffer⁵⁾ der ausländischen Frauen mit 2 643 fast doppelt so hoch wie diejenige der deutschen Frauen gewesen. 1985 lag die Ziffer für ausländische Frauen mit 1 673 „nur“ noch um 35 % höher als die der deutschen Frauen. Die Geburtenhäufigkeit bei den türkischen Frauen, die 1975 noch etwa dreimal so hoch war wie bei den deutschen Frauen, hat sich auf etwa das weniger als den doppelten Wert verringert.

Ein Vergleich der altersspezifischen Geburtenziffern, getrennt für Deutsche und Ausländer, für die Jahre 1975 und

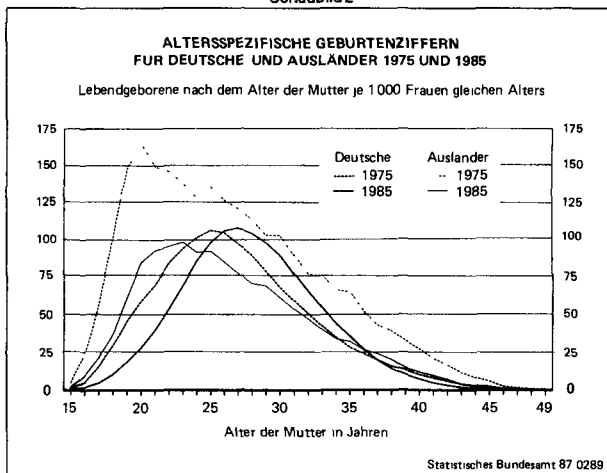
⁵⁾ Die zusammengefaßte Geburtenziffer ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie sagt aus, wieviel Kinder jeweils 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens bekommen, wenn sich die altersspezifischen Geburtenziffern in dieser Zeit nicht ändern. Bei den hier nachgewiesenen Ziffern wurden jeweils die Lebendgeborenen von deutschen Frauen auf je 1 000 deutsche Frauen bezogen, die Lebendgeborenen von ausländischen Frauen auf je 1 000 ausländische Frauen. Würde man Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit auf deutsche Frauen beziehen und Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf ausländische Frauen, so lägen die beiden „zusammengefaßten Geburtenziffern“ noch weniger auseinander. Dies erklärt sich daraus, daß Kinder aus Ehen mit Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn ein Elternteil Deutscher ist.

Tabelle 5: Die Entwicklung der zusammengefaßten Geburtenziffern¹⁾ für Deutsche und Ausländer

Staatsangehörigkeit der Mutter	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Deutsch	1 339	1 360	1 321	1 303	1 301	1 365	1 359	1 347	1 289	1 258	1 248
Ausländisch	2 643	2 572	2 399	2 326	2 323	2 384	2 278	2 082	1 822	1 685	1 673
darunter											
Türkisch	4 302	4 100	3 807	3 664	3 639	3 597	3 485	3 063	2 595	2 455	2 411
Italienisch	2 336	2 281	2 088	2 001	2 061	2 028	1 996	1 903	1 724	1 594	1 530
Griechisch	2 837	2 619	2 241	2 094	1 982	1 819	1 752	1 717	1 482	1 325	1 247
Jugoslawisch	2 146	2 151	2 071	2 015	2 046	1 972	1 905	1 792	1 556	1 441	1 399
Portugiesisch	2 212	2 126	1 929	1 698	1 634	1 631	1 706	1 665	1 513	1 385	1 335
Spanisch	2 000	2 043	1 912	1 789	1 719	1 728	1 609	1 484	1 393	1 228	1 241

¹⁾ Summe der altersspezifischen Geburtenziffern (Alter 15—49 Jahre). Es wurden die Lebendgeborenen von deutschen Frauen bezogen auf je 1 000 deutsche Frauen, die Kinder von ausländischen Frauen auf je 1 000 ausländische Frauen (siehe ausführliche Erläuterung in „Eheschließungen, Ehescheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1981“, WiSta 2/1983).

Schaubild 2



1985, gibt hierzu aufschlußreiche Detailinformationen (siehe Schaubild 2). 1975 lagen die Ziffern für Ausländer in allen Altersklassen über denen der Deutschen, besonders aber bei den unter 26jährigen. Für 1985 ist gegenüber 1975 bei den Ausländern ein starker Rückgang der Ziffern festzustellen, insbesondere bei den unter 26jährigen. 1985 lagen für die Ausländer nur die Ziffern der unter 25jährigen

und die der 36jährigen und älteren über den Ziffern für Deutsche.

Deutlich ist außerdem die Verlagerung der altersspezifischen Geburtenziffern für Deutsche von den unter 26jährigen und den 37jährigen und älteren auf die Gruppe der 26-bis unter 37jährigen festzustellen⁶⁾.

Gegliedert nach der Staatsangehörigkeit der Eltern ergibt sich für die Lebendgeborenen der Jahre 1985 und 1980 folgendes Bild (siehe auch Tabelle 6):

	1980	1985	Veränderung 1985 gegenüber 1980 %
Anzahl			
Beide Eltern			
Deutsche	468 720	452 829	- 3,4
Mutter Deutsche (unverheiratet)	43 001	50 982	+ 18,6
Vater Deutscher/ Mutter Ausländerin	12 413	11 609	- 6,5
Mutter Deutsche/ Vater Ausländer	15 828	16 985	+ 7,3
Beide Eltern			
Ausländer	76 773	49 662	- 35,3
Mutter Ausländerin (unverheiratet)	3 922	4 088	+ 4,2

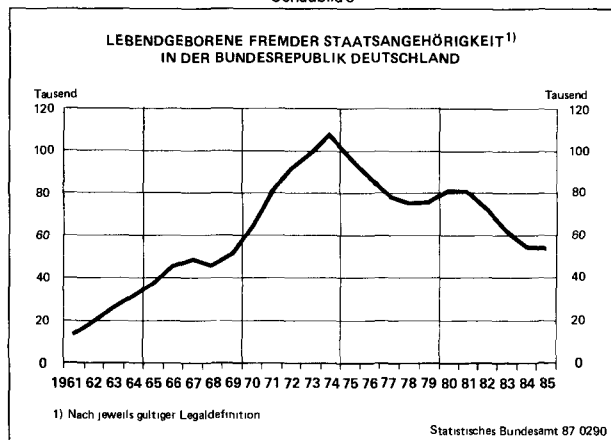
⁶⁾ Siehe hierzu „Das Alter der Mutter bei der Geburt ihrer Kinder“ in Das Ständesamt, 1/87, S. 10 ff

Tabelle 6: Ehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern, nichtehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Mutter

Jahr Land	Lebendgeborene insgesamt	Mit deutscher Staatsangehörigkeit ¹⁾					Mit ausländischer Staatsangehörigkeit ¹⁾					Von Müttern mit ausländischer Staatsangehörigkeit ²⁾	
		zusammen		ehelich			nicht-ehelich	zusammen		ehelich			nicht-ehelich
				Eltern Deutsche		Mutter Deutsche				Eltern mit fremder Staatsangehörigkeit			
		Anzahl	%	Vater Deutsche	Mutter Deutsche/Vater Ausländerin ²⁾		Mutter Deutsche/Vater Ausländerin ²⁾	Anzahl	%	gleich	verschiedener ²⁾		Anzahl
1960	968 629	957 488	98,8	895 690	1 167	6 639	60 631	11 141	1,2	3 060	743	699	5 669
1961	1 012 687	998 732	98,6	937 909	1 408	7 597	59 415	13 955	1,4	4 665	839	854	7 766
1962	1 018 552	999 749	98,2	942 550	1 711	9 006	55 488	18 803	1,8	7 743	894	1 160	11 508
1963	1 054 123	1 029 448	97,7	973 791	2 135	10 665	53 522	24 675	2,3	11 418	994	1 598	16 145
1964	1 065 437	1 034 580	97,1	980 762	2 732	11 941	51 086	30 857	2,9	15 621	1 250	2 045	21 648
1965	1 044 328	1 006 470	96,4	956 492	3 263	13 104	46 715	37 858	3,6	21 198	1 294	2 262	28 017
1966	1 050 345	1 005 199	95,7	955 927	3 961	13 670	45 311	45 146	4,3	27 444	1 489	2 543	35 437
1967	1 019 459	972 027	95,3	923 204	4 271	14 048	44 552	47 432	4,7	29 424	1 548	2 412	37 655
1968	969 825	924 877	95,4	876 655	4 338	13 333	43 884	44 948	4,6	27 629	1 661	2 325	35 953
1969	903 456	852 783	94,4	805 531	4 471	12 476	42 781	50 673	5,6	33 649	1 831	2 717	42 668
1970	810 808	747 804	92,2	701 598	5 483	11 814	40 723	63 004	7,8	45 495	2 138	3 557	56 673
1971	778 526	697 812	89,6	649 168	7 629	12 208	41 015	80 714	10,4	61 667	2 591	4 248	76 135
1972	701 214	609 773	87,0	563 201	8 560	11 627	38 012	91 441	13,0	72 281	3 135	4 398	88 374
1973	635 633	536 547	84,4	492 178	8 941	11 072	35 428	99 086	15,6	80 004	3 595	4 415	96 955
1974	626 373	518 103	82,7	473 031	10 303	11 619	34 769	108 270	17,3	88 061	4 082	4 508	106 954
1975	600 512	504 639	84,0	449 092	10 861	11 931	32 755	95 873	16,0	87 325	4 529	4 019	106 734
1976	602 851	515 898	85,6	456 888	11 684	12 679	34 647	86 953	14,4	78 147	5 202	3 604	98 637
1977	582 344	504 073	86,6	444 797	11 672	13 187	34 417	78 271	13,4	69 632	5 407	3 232	89 943
1978	576 468	501 475	87,0	439 025	11 870	13 671	36 909	74 993	13,0	65 592	6 169	3 232	86 863
1979	581 984	506 424	87,0	441 874	12 000	14 348	38 202	75 560	13,0	65 234	7 024	3 302	87 560
1980	620 657	539 962	87,0	468 720	12 413	15 828	43 001	80 695	13,0	68 546	8 227	3 922	93 108
1981	624 557	544 548	87,2	469 537	12 613	17 154	45 244	80 009	12,8	67 275	8 615	4 119	92 622
1982	621 173	548 192	88,3	469 992	12 415	17 470	48 315	72 981	11,7	60 011	8 535	4 435	85 396
1983	594 177	532 706	89,7	455 278	11 944	17 070	48 414	61 471	10,3	49 544	7 899	4 028	73 415
1984	584 157	529 362	90,6	452 222	11 582	16 572	48 986	54 795	9,4	43 449	7 334	4 012	66 377
1985	586 155	532 405	90,8	452 829	11 609	16 985	50 982	53 750	9,2	41 892	7 770	4 088	65 359
davon (1985)													
Schleswig-Holstein	23 099	22 167	96,0	18 550	434	388	2 795	932	4,0	729	133	70	1 366
Hamburg	12 711	10 842	85,3	7 815	403	568	2 056	1 869	14,7	1 295	377	197	2 272
Niedersachsen	67 229	64 081	95,3	55 211	948	1 371	6 551	3 148	4,7	2 396	481	271	4 096
Bremen	5 294	4 721	89,2	3 473	115	203	930	573	10,8	447	71	55	688
Nordrhein-Westfalen	159 713	142 159	89,0	121 775	2 924	4 921	12 539	17 554	11,0	13 548	2 976	1 030	20 478
Hessen	49 682	43 670	87,9	37 099	1 260	1 666	3 645	6 012	12,1	4 333	1 259	420	7 272
Rheinland-Pfalz	34 899	32 937	94,4	29 020	551	853	2 513	1 962	5,6	1 567	226	169	2 513
Baden-Württemberg	94 442	83 986	88,9	72 199	2 118	2 934	6 735	10 456	11,1	8 907	852	697	12 574
Bayern	111 365	104 243	93,6	90 086	2 090	2 872	9 195	7 122	6,4	5 717	665	740	9 212
Saarland	9 800	9 353	95,4	8 121	153	286	793	447	4,6	308	91	48	600
Berlin (West)	17 921	14 246	79,5	9 480	613	923	3 230	3 675	20,5	2 645	639	391	4 288

¹⁾ Bis einschl. 1974 mit deutscher Staatsangehörigkeit Eltern Deutsche, Vater Deutscher/Mutter Ausländerin, nichtverheiratete Mutter Deutsche, mit ausländischer Staatsangehörigkeit Eltern mit gleicher bzw. verschiedener und nichtverheiratete Mutter mit fremder Staatsangehörigkeit sowie Mutter Deutsche/Vater Ausländer — ²⁾ Einschl. nichtaufgliederbarer Gruppen, unbekanntes Ausland, ungeklärte Fälle sowie ohne Angabe

Schaubild 3



Zugenommen hat zwischen 1980 und 1985 demnach die Zahl nichtehelicher deutscher Lebendgeborener (um 18,6 %)⁷⁾, die Zahl derjenigen Lebendgeborenen, deren Mutter Deutsche und deren Vater ein Ausländer ist sowie die Zahl der nichtehelichen ausländischen Lebendgebo-

⁷⁾ Siehe hierzu „Die nichtehelichen Kinder“ in Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 3/86, S. 405 ff

Tabelle 7 Ehelich Lebendgeborene nach der Lebendgeburtensfolge und der Nationalität

Nationalität	Insgesamt	Ehelich Lebendgeborene Kinder in der bestehenden Ehe				
		1	2	3	4	5 und weitere
		je 1 000 ehelich Lebendgeborene				
		1984				
Deutsche	480 376	503	360	103	25	9
Ausländer	50 783	316	335	184	84	81
		1985				
Deutsche	481 423	499	360	106	25	9
Ausländer	49 662	341	324	175	82	78

renen. Dagegen ist vor allem zurückgegangen die Zahl der Lebendgeborenen, deren beide Eltern Ausländer sind. Schaubild 3 gibt einen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung der Lebendgeborenen nichtdeutscher Nationalität seit 1961.

Nationalität der Ausländerkinder

Eindeutig bestimmt ist die Nationalität der Lebendgeborenen von ausländischen Müttern seit 1975, wenn es sich um eine ledige Mutter handelt, wenn mindestens ein Elternteil

Tabelle 8 Geburten, Sterbefälle und Geburtensaldo von Deutschen und Ausländern

Jahr	Lebendgeborene			Gestorbene			Geburtensaldo		
	insgesamt	deutscher Staatsangehörigkeit	fremder Staatsangehörigkeit	insgesamt	deutscher Staatsangehörigkeit	fremder Staatsangehörigkeit	insgesamt	deutscher Staatsangehörigkeit	fremder Staatsangehörigkeit
	Anzahl								
1960	968 629	957 488	11 141	642 962	639 369	3 593	+ 325 667	+ 318 119	+ 7 548
1961	1 012 687	998 732	13 955	627 561	623 531	4 030	+ 385 126	+ 375 201	+ 9 925
1962	1 018 552	999 749	18 803	644 819	640 558	4 261	+ 373 733	+ 359 191	+ 14 542
1963	1 054 123	1 029 448	24 675	673 069	668 277	4 792	+ 381 054	+ 361 171	+ 19 883
1964	1 065 437	1 034 580	30 857	644 128	638 903	5 225	+ 421 309	+ 395 677	+ 25 632
1965	1 044 328	1 006 470	37 858	677 628	672 093	5 535	+ 366 700	+ 334 377	+ 32 323
1966	1 050 345	1 005 199	45 146	686 321	680 499	5 822	+ 364 024	+ 324 700	+ 39 324
1967	1 019 459	972 027	47 432	687 349	681 721	5 628	+ 332 110	+ 290 306	+ 41 804
1968	969 825	924 877	44 948	734 048	728 172	5 876	+ 235 777	+ 196 705	+ 39 072
1969	903 456	852 783	50 673	744 360	737 407	6 953	+ 159 096	+ 115 376	+ 43 720
1970	810 808	747 804	63 004	734 843	726 838	8 005	+ 75 965	+ 20 966	+ 54 999
1971	778 526	697 812	80 714	730 670	721 805	9 065	+ 47 856	+ 23 793	+ 71 649
1972	701 214	609 773	91 441	731 264	721 673	9 591	- 30 050	- 111 900	+ 81 850
1973	635 633	536 547	99 086	731 028	721 393	9 635	- 95 395	- 184 846	+ 89 451
1974	626 373	518 103	108 270	727 511	718 234	9 277	- 101 138	- 200 131	+ 98 993
1975	600 512	504 639	95 873	749 260	740 269	8 991	- 148 748	- 235 630	+ 86 882
1976	602 851	515 898	86 953	733 140	724 577	8 563	- 130 289	- 208 679	+ 78 390
1977	582 344	504 073	78 271	704 922	696 885	8 037	- 122 578	- 192 812	+ 70 234
1978	576 468	501 475	74 993	723 218	715 174	8 044	- 146 750	- 213 699	+ 66 949
1979	581 984	506 424	75 560	711 732	703 642	8 090	- 129 748	- 197 218	+ 67 470
1980	620 657	539 962	80 695	714 117	705 606	8 511	- 93 460	- 165 644	+ 72 184
1981	624 557	544 548	80 009	722 192	713 663	8 529	- 97 635	- 169 115	+ 71 480
1982	621 173	548 192	72 981	715 857	707 333	8 524	- 94 684	- 159 141	+ 64 457
1983	594 177	532 706	61 471	718 337	710 273	8 064	- 124 160	- 177 567	+ 53 407
1984	584 157	529 362	54 795	696 118	688 283	7 835	- 111 961	- 158 921	+ 46 960
1985	586 155	532 405	53 750	704 296	696 602	7 694	- 118 141	- 164 197	+ 46 056
	je 1 000 Einwohner								
1967	17,0	16,7	25,7	11,5	11,7	3,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 22,7
1968	16,1	15,8	25,0	12,2	12,5	3,3	+ 3,9	+ 3,3	+ 21,7
1969	14,8	14,6	23,4	12,2	12,6	3,2	+ 2,6	+ 2,0	+ 20,2
1970	13,4	12,8	22,5	12,1	12,5	2,9	+ 1,3	+ 0,4	+ 19,6
1971	12,7	12,0	24,6	11,9	12,4	2,8	+ 0,8	- 0,4	+ 21,8
1972	11,3	10,5	25,9	11,8	12,4	2,7	- 0,5	- 1,9	+ 23,2
1973	10,3	9,2	25,0	11,8	12,4	2,4	- 1,5	- 3,2	+ 22,6
1974	10,1	8,9	26,7	11,7	12,4	2,3	- 1,6	- 3,5	+ 24,4
1975	9,7	8,7	24,1	12,1	12,8	2,3	- 2,4	- 4,1	+ 21,9
1976	9,8	8,9	22,5	11,9	12,6	2,2	- 2,1	- 3,6	+ 20,3
1977	9,5	8,8	20,2	11,5	12,1	2,1	- 2,0	- 3,4	+ 18,1
1978	9,4	8,7	18,3	11,8	12,6	2,0	- 2,4	- 3,7	+ 16,3
1979	9,5	8,8	18,4	11,6	12,3	2,0	- 2,1	- 3,4	+ 16,4
1980	10,1	9,4	18,2	11,6	12,3	1,9	- 1,5	- 2,9	+ 16,3
1981	10,1	9,5	17,2	11,7	12,5	1,8	- 1,6	- 3,0	+ 15,4
1982	10,1	9,6	15,5	11,6	12,4	1,8	- 1,5	- 2,8	+ 13,7
1983	9,7	9,4	13,3	11,7	12,5	1,7	- 2,0	- 3,1	+ 11,5
1984	9,5	9,3	12,2	11,3	12,1	1,7	- 1,8	- 2,8	+ 10,4
1985	9,6	9,4 ¹⁾	12,3 ¹⁾	11,5	12,3 ¹⁾	1,8 ¹⁾	- 1,9	- 2,9 ¹⁾	+ 10,5 ¹⁾

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis

Deutscher ist oder wenn der Vater (Ehemann) die gleiche Nationalität hat wie die Mutter⁸⁾. Im Jahr 1985 hatten in 41 892 Fällen die Eltern die gleiche ausländische Staatsangehörigkeit; von diesen 41 892 Lebendgeborenen waren 25 171 Kinder Türken; die Zahl der türkischen Kinder hatte zunächst sehr stark zugenommen, von 1 714 im Jahr 1965 auf 43 498 im Jahr 1975, danach jedoch kontinuierlich abgenommen. Immerhin machten die türkischen Kinder 1985 noch einen Anteil von 60 % aus; erst mit Abstand folgten die Italiener mit 5 677 (13,6 %), die Jugoslawen mit 4 139 (9,9 %) und die Griechen mit 2 255 (5,4 %)⁹⁾.

Von den Müttern nichtehelich geborener Ausländerkinder waren 1985 839 (20,5 %) Türkinnen. Daneben haben nur die Jugoslawinnen (14,4 %) und die Italienerinnen (12,0 %) einen nennenswerten Anteil an nichtehelich geborenen Kindern.

Von 1980 bis 1985 ist die Zahl der Lebendgeborenen, die einen deutschen Vater und eine ausländische Mutter hatten, von 12 413 auf 11 609 (um 6,5 %) zurückgegangen; etwa 39 % dieser Gruppe entfallen auf Mütter mit folgender Nationalität:

Nationalität der Mutter (Vater Deutscher)	Lebendgeborene		Veränderung 1985 gegenüber 1980 %
	1980	1985	
	Anzahl		
Osterreich	1 320	1 091	- 17,3
Frankreich	1 055	919	- 12,9
Jugoslawien	1 305	917	- 29,7
Niederlande	1 197	899	- 24,9
Italien	620	701	+ 13,1

Zugenommen hat demgegenüber zwischen 1980 und 1985 die Zahl der Lebendgeborenen deutscher Mutter, die mit einem Ausländer verheiratet sind, nämlich von 15 828 auf 16 985 (+ 7,3 %); davon verteilte sich etwa die Hälfte der Väter auf fünf Nationalitäten.

Nationalität des Vaters (Mutter Deutsche)	Lebendgeborene		Veränderung 1985 gegenüber 1980 %
	1980	1985	
	Anzahl		
Italien	3 199	2 968	- 7,2
Türkei	1 022	1 653	+ 61,7
US-Amerika	1 191	1 509	+ 26,7
Osterreich	1 526	1 332	- 12,7
Großbritannien	928	1 085	+ 16,9

Ins Auge fällt die überdurchschnittliche Zunahme deutscher Lebendgeborener mit türkischen und auch mit US-amerikanischen Vätern, wobei natürlich die Frage offen bleibt, in welchem Umfang diese Kinder später einmal in die Ursprungsländer ihrer Väter mitgenommen werden.

Es gibt keine Angaben darüber, in wievielen Fällen die Frau eines in Deutschland lebenden Ausländers erst nachzieht, nachdem sie bereits ein oder zwei Kinder im Heimatland geboren hat. Aus einer Gliederung der ehelich Lebendgeborenen nach Geburtenfolge und Nationalität (siehe Tabelle 7) lassen sich in dieser Hinsicht jedoch einige Schlußfolgerungen ziehen. Bei den deutschen Kindern handelte es sich 1984 und 1985 in 86 % der Fälle um Erst- oder Zweitgeborene innerhalb einer bestehenden Ehe und nur in 14 % um dritte und weitere Kinder. Bei

Ausländern waren nur 65,1 bzw. 66,5 % Erst- oder Zweitgeborene. Der Anteil der Viertgeborenen ist bei den Ausländern mehr als dreimal so hoch wie bei den Deutschen und bei den fünften und weiteren Kindern sogar etwa neunmal so hoch.

Sterbefälle

Insgesamt wurden im Jahr 1985 704 296 Sterbefälle registriert; nur 7 694 (1,1 %) davon entfielen auf Ausländer. Bezogen auf je 1 000 deutsche bzw. ausländische Einwohner ergeben sich allgemeine Sterbeziffern von 12,3 für Deutsche und 1,8 für Ausländer (siehe Tabelle 8). Grund für diese nur scheinbar so günstige Sterbeziffer der Ausländer ist vor allem ihre andere Altersstruktur. Bei den Ausländern sind ältere Personen, die naturgemäß eine höhere Sterblichkeit haben, sehr viel weniger vertreten als bei den Deutschen. Möglicherweise ist aber zusätzlich auch noch bei den Ausländern die Basiszahl überhöht, da sich vermutlich nicht alle Ausländer bei einer Rückkehr in die Heimat abmelden. Während von der deutschen Bevölkerung im Jahr 1985 164 197 Personen mehr gestorben sind als geboren wurden, errechnete sich für Ausländer ein Überschuß von 46 056 Lebendgeborenen. Der Geburtensaldo für die Gesamtbevölkerung schloß infolgedessen mit einem Minus von 118 141 ab.

Dr. Helmut Proebsting

⁸⁾ Bis einschl. 1974 bestimmte sich die Nationalität der ehelich Lebendgeborenen, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit hatte, nach der Nationalität des Vaters

⁹⁾ Siehe hierzu Tabelle S. 86* f

Insolvenzen 1986

Gesamtbild

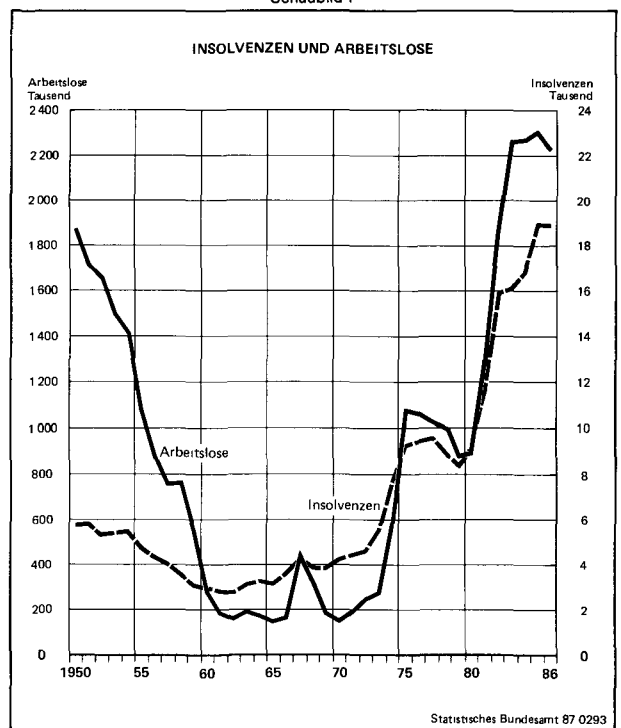
Die Zahl der Fälle, in denen Schuldner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachgekommen sind und sich deshalb vor einem Konkursgericht mit ihren Gläubigern auseinandersetzen mußten, ist seit Jahren außerordentlich hoch. 1986 wurden 18 842 Insolvenzverfahren beantragt, die in mehr als drei Viertel aller Fälle abgelehnt wurden, weil die vorhandenen finanziellen Mittel des Schuldners nicht einmal für die Verfahrenskosten ausgereicht hätten.

Von den Medien werden die Insolvenzzahlen mit großem Interesse verfolgt und einerseits als Ergebnis eines Ausleseprozesses für Unternehmen, die nicht wettbewerbsfähig sind, apostrophiert, andererseits werden sie als ein Konjunkturindikator angesehen. Festzuhalten bleibt, daß es eine gewisse Zahl an Insolvenzen auch in Zeiten gegeben hat, als die wirtschaftliche Lage als besonders gut angesehen wurde und es nur eine sehr geringe Arbeitslosigkeit gab, wie etwa in der ersten Hälfte der 60er Jahre (siehe Schaubild 1). Natürlich sind in der Insolvenzstatistik, die auf Meldungen der Amtsgerichte beruht, nicht alle Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung zu finden, insbesondere nicht solche, in denen sich Gläubiger und Schuldner gütlich einigen, ohne das Konkursgericht einzuschalten. Auch die Unternehmenszusammenbrüche, bei denen die Gläubiger davon ausgehen, daß die Anrufung eines Gerichts keinen Erfolg bei der Beschaffung der Außenstände zeitigen würde, und bei denen diese Unternehmen ohne großes Aufheben ihre wirtschaftliche Tätigkeit einstellen, können zahlenmäßig nicht dargestellt werden.

Die Zahl dieser „stillen“ Liquidationen dürfte ab Mitte der siebziger Jahre im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes über das Konkursausfallgeld¹⁾ deutlich zurückgegangen sein, weil nun vermehrt Konkursanträge auch in den Fällen gestellt wurden, bei denen praktisch keine Aussicht auf Erfüllung der Forderung bestand. So haben sich in den Jahren 1974 und 1975 die mangels Masse abgelehnten Konkurse gegenüber 1973 mehr als verdoppelt, während die Zahl der eröffneten Konkursverfahren im gleichen Zeitraum nur um 18 % zugenommen hat. Eine Voraussetzung für die Gewährung des Konkursausfallgeldes ab 1974 ist die Beantragung eines Konkursverfahrens. Den Arbeitnehmern steht bei der Eröffnung oder der Ablehnung eines Konkursverfahrens zu, Anspruch auf rückständige Lohn- und Gehaltsforderungen zu stellen, und zwar für die letzten drei Monate vor diesem Zeitpunkt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden von den Berufsgenossenschaften aufgebracht. Gemäß § 141 n des Gesetzes über das Konkursausfallgeld werden davon auch die rückständigen Pflichtbeiträge zur Sozial- und Krankenversicherung sowie zur Arbeits-

¹⁾ Drittes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 17. Juli 1974, BGBl. I S. 1481 ff.

Schaubild 1



losenversicherung entrichtet, so daß auch von dieser Seite Interesse besteht, bei der wirtschaftlichen Schwierigkeit eines Unternehmens das Gericht einzuschalten. Bis Mitte 1974 war der Eröffnungsbeschluß für ein Konkursverfahren erforderlich, um als bevorrechtigter Gläubiger nach § 61 Abs. 1 Konkursordnung (KO) in den Genuß der rückständigen Arbeitsentgelte bzw. der genannten Beiträge zu gelangen.

Wieviele Fälle von Zahlungsschwierigkeiten ohne die neue Regelung vielleicht nicht vor dem Konkursgericht landen wurden, kann zuverlässig nicht ermittelt werden, die Zunahme des Anteils der mangels Masse abgelehnten Konkurse an den gesamten Konkursanträgen gibt jedoch gewisse Anhaltspunkte:

1960	35 %
1970	47 %
1975	66 %
1986	78 %

Allerdings ist die Zunahme nicht nur auf die genannten Umstände zurückzuführen. Neben den wesentlich erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen etwa ab dem ersten Ölpreisschock im Jahr 1974 dürfte auch die ab Anfang der achtziger Jahre deutlich gestiegene Zahl der Unternehmensgründungen die Entwicklung der Insolvenzen erheblich beeinflußt haben. Bei vielen neugegründeten Unternehmen ist die Konkursgefährdung u. a. infolge unzureichender Eigenkapitalausstattung besonders hoch.

Entwicklung 1986

Nachdem seit 1980 die Insolvenzzahlen ununterbrochen zugenommen hatten (siehe Tabelle 1), war 1986 zum ersten Mal ein geringfügiger Rückgang (34 Fälle weniger) zu verzeichnen. Von den bereits genannten 18 842 Insolven-

Schaubild 2



zen entfielen 13 500 auf Unternehmen²). Bei diesen war der Rückgang um 125 Fälle (oder 0,9 %) etwas ausgeprägter. Die leicht ruckläufige Entwicklung setzte etwa Mitte vergangenen Jahres ein. Während im ersten Halbjahr 1986 die Zahl der beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren noch um 1,5 % zugenommen hatte (im Vergleich zum ersten Halbjahr 1985) und ein neuer Höchststand erwartet wurde, setzte im zweiten Halbjahr

Tabelle 1 Konkurse und Vergleichsverfahren insgesamt

Jahr	Konkurse				Vergleichsverfahren eröffnet	Insolvenzen	
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	zusammen	darunter Anschlußkonkurse		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Anzahl					%	
1975	3 056	5 886	8 942	102	355	9 195	+ 19,1
1976	2 702	6 519	9 221	40	181	9 362	+ 1,8
1977	2 607	6 837	9 444	29	147	9 562	+ 2,1
1978	2 228	6 411	8 639	21	104	8 722	- 8,8
1979	2 206	6 047	8 253	15	81	8 319	- 4,6
1980	2 420	6 639	9 059	13	94	9 140	+ 9,9
1981	3 162	8 418	11 580	34	107	11 653	+ 27,5
1982	4 043	11 764	15 807	83	152	15 876	+ 36,2
1983	3 747	12 252	15 999	30	145	16 114	+ 1,5
1984	3 872	12 826	16 698	29	91	16 760	+ 4,0
1985	4 292	14 512	18 804	33	105	18 876	+ 12,6
1986	4 098	14 695	18 793	33	82	18 842	- 0,2

¹) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist

ein leichter Umschwung ein, der zu einer Verringerung der Insolvenzzahlen um 1,8 % führte.

Von den insgesamt 18 842 Insolvenzfällen waren 18 793 Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens. Der eigentliche Zweck eines Konkursverfahrens ist die gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens des

²) Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Insolvenzen im Jahr 1986 mit tiefer gegliederten Angaben nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Größenklassen der angemeldeten Forderungshöhe sowie nach Bundesländern enthält das Heft „Insolvenzverfahren Dezember und Jahr 1986“ in der Reihe 41 der Fachserie 2, „Unternehmen und Arbeitsstätten“

zahlungsunfähigen Schuldners unter Leitung des Konkursgerichts. Dazu kam es 1986 in 4 098 Fällen, während 14 695 Konkursanträge (78 %) mangels Masse abgelehnt wurden. Vergleicht man die Entwicklung der eröffneten Konkursverfahren mit der der abgewiesenen Verfahren, so hat sich seit 1970 die Zahl der Konkursöffnungen in etwa verdoppelt, die der masselosen Konkurse jedoch verachtfacht. Dabei ist der Anteil der masselosen Konkursfälle im Endeffekt noch höher als die erwähnten 78 %, da sich bei einer ganzen Reihe von eröffneten Konkursverfahren die Massearmut erst bei der Verfahrensabwicklung herausstellt. Neben den Konkursanträgen wurden lediglich 82 Vergleichsverfahren eröffnet, von denen 33 in ein Anschlußkonkursverfahren übergeleitet wurden, weil der Schuldner nicht in der Lage war, die Vergleichsquote von 35 % zu erfüllen.

Voraussichtliche Forderungen

Im Zusammenhang mit der Entscheidung, ob ein Konkursverfahren eröffnet oder abgewiesen wird, gewinnen die Konkursrichter in etwa neun von zehn Fällen auch einen Überblick über die voraussichtliche Höhe der Forderungen³). Danach sind bei mehr als einem Drittel aller Fälle (35 %) Forderungen von weniger als 50 000 DM je Fall angemeldet worden, bei weiteren 43 % Forderungen von 50 000 bis 500 000 DM. Nur in 12 % aller Fälle überschritten die Forderungen die Millionengrenze (siehe Tabelle 2). Die gesamten Forderungen der Gläubiger wurden seitens der Gerichte mit 12,2 Mrd. DM beziffert. Davon entfielen 7 Mrd. DM auf die eröffneten Verfahren und 5,2 Mrd. DM auf die mangels Masse abgelehnten Fälle. Obwohl den masselosen Konkursen finanziell in der Regel eine geringere Bedeutung zukommt, sind bei der Beurteilung des genannten Betrages gewisse Vorbehalte⁴) angebracht, weil davon ausgegangen werden muß, daß nicht alle Gläubiger in diesem Falle ihre Forderungen zur Konkurstabelle angemeldet haben. Offensichtlich sind jedoch die finanziellen Auswirkungen von Konkursen in den letzten drei Jahren zurückgegangen. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten beliefen sich 1983 noch auf 870 000 DM und gingen dann stetig auf 700 000 DM im Jahr 1986 zurück.

Rechtsform und Alter der Unternehmen

Von den 18 842 Insolvenzen im Jahr 1986 entfielen 13 500 auf Unternehmen (einschl. Freier Berufe), wie in Tabelle 3 dargestellt ist. Die restlichen 5 342 Fälle von Zahlungsschwierigkeiten (Veränderung um + 1,7 % gegenüber 1985) betrafen 3 257 natürliche Personen (- 0,5 %), 2 024 Nachlaßkonkurse (+ 6,1 %) und 61 sonstige Gemeinschaftschuldner, wie zum Beispiel Vereine (- 15,3 %). Bei Zahlungsschwierigkeiten von natürlichen Personen ist in vielen Fällen ein Zusammenhang zu einer vorangegangenen oder parallel verlaufenden Unternehmensinsolvenz

³) Die detaillierten Angaben über die finanziellen Ergebnisse werden jährlich in der Fachserie 2, Reihe 42 „Finanzielle Abwicklung der Insolvenzverfahren“ veröffentlicht. Darin werden jeweils die Forderungen, Teilungsmassen und Verluste der ein Jahr nach dem Eröffnungsjahr abgewickelten Konkursverfahren nachgewiesen.

⁴) Siehe auch Angele, J. „Insolvenzen 1985“ in WiSta 3/1986, S. 192 ff.

Tabelle 2: Konkurse 1986 nach Forderungsgrößenklassen

Wirtschaftszweige Rechtsform Alter der Unternehmen	Konkurse insgesamt	Voraussichtliche Forderungen von bis unter DM						Konkurse mit Angaben	Konkurse ohne Angaben	Voraus- sichtliche Forder- ungen Mill DM
		unter 50 000	50 000 — 100 000	100 000 — 500 000	500 000 — 1 Mill	1 Mill — 10 Mill	10 Mill und mehr			
		Anzahl								
Unternehmen und Freie Berufe	13 456	3 078	1 536	4 495	1 514	1 697	172	12 492	964	11 072
Verarbeitendes Gewerbe	2 132	340	205	699	280	393	58	1 975	157	2 760
Baugewerbe	3 007	733	315	1 039	348	357	13	2 805	202	1 667
Handel	3 529	775	381	1 312	406	388	25	3 287	242	1 972
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	3 937	988	515	1 171	396	500	71	3 641	296	4 114
Übrige Wirtschaftsbereiche	851	242	120	274	84	59	5	784	67	559
Nicht eingetragene Unternehmen	3 860	1 543	573	1 099	247	143	11	3 616	244	1 044
Eingetragene Einzelunternehmen	1 252	320	97	377	194	182	3	1 173	79	696
Personengesellschaften (OHG, KG)	1 302	97	73	330	223	387	63	1 173	129	3 040
Gesellschaften m b H	6 999	1 111	792	2 679	848	973	87	6 490	509	6 017
Aktiengesellschaften einschl KGaA	18	—	1	3	1	6	6	17	1	180
Übrige Rechtsformen	25	7	—	7	1	6	2	23	2	95
bis unter 8 Jahre alt	10 114	2 636	1 267	3 506	1 022	886	51	9 368	746	4 990
8 Jahre und älter	3 342	442	269	989	492	811	121	3 124	218	6 082
Übrige Gemeinschaftsdner	5 337	3 013	530	921	187	177	18	4 846	491	1 143
Insgesamt	18 793	6 091	2 066	5 416	1 701	1 874	190	17 338	1 455	12 215

gegeben; auch bei Nachlaßkonkursen sind nicht selten ehemalige Unternehmen betroffen

Von den insolventen Unternehmen waren etwas mehr als die Hälfte (7 013) als GmbH eingetragen. Zu rund 80 % sind diese Gesellschaften nicht einmal acht Jahre alt geworden, wie aus Tabelle 4 hervorgeht. Die 1986 wirksam gewordene vorgeschriebene Erhöhung des Mindeststammkapitals der GmbH von 20 000 DM auf 50 000 DM hat sich, entgegen mancher Erwartungen, auf die Häufigkeit der GmbH-Insolvenzen bisher nicht spürbar ausgewirkt (+ 1,3 %). Die übrigen Unternehmensinsolvenzen verteilen sich hauptsächlich auf nicht eingetragene Unternehmen, wie zum Beispiel Kleingewerbebetreibende oder freiberuflich Tätige (3 869), auf Personengesellschaften (1 315) und auf Einzelunternehmen (1 259). Die unterschiedliche Insolvenzanfälligkeit der einzelnen Rechtsformen, das heißt die Zahl der Insolvenzen gemessen am Unternehmensbestand, ist aus der Tabelle 3 ebenfalls ersichtlich. Mit Abstand am häufigsten müssen Gesellschaften mbH Konkurs anmelden. Je nach der Rechtsform ergeben sich auch unterschiedliche finanzielle Auswirkungen der Konkursverfahren (siehe Tabelle 2). Während bei 70 % aller gescheiterten Aktiengesellschaften und knapp 40 % der in Konkurs gegangenen Personengesellschaften Forderungen in Millionenhöhe entstanden, sind bei nur 16 % der GmbH und lediglich 4 % der nichteingetragenen Unternehmen Forderungen von 1 Mill DM und mehr gemeldet worden.

Daß die ersten Jahre im Bestehen eines Unternehmens die schwierigsten sind, geht besonders anschaulich aus den Auswertungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung hervor⁵⁾ Für die Unternehmen ist insbesondere im dritten und vierten Jahr seit der Gründung die Gefahr eines Konkurses besonders hoch, denn für diese Jahre wurden die meisten Insolvenzfälle gezahlt. Im gesamten Bundesgebiet waren etwa 75 % der

Unternehmen, die 1986 in Konkurs gingen oder Vergleich anmeldeten, unter acht Jahre alt. Andererseits verursachten die jüngeren Unternehmen im Durchschnitt geringere

Tabelle 3: Insolvenzen nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen und Alter der Unternehmen

Rechtsform Wirtschaftszweig Alter der Unternehmen	Insolvenzen		Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Insolvenz- häufig- keit ¹⁾ 1986 Anzahl
	1985	1986		
	Anzahl			
Unternehmen und Freie Berufe	13 625	13 500	- 0,9	73
nicht eingetragene Unternehmen	3 986	3 869	- 2,9	36
eingetragene Unternehmen	1 219	1 259	+ 3,3	
Einzelunternehmen	1 443	1 315	- 8,9	57
Personengesellschaften (OHG, KG)	1 017	905	- 11,0	
dar GmbH & Co KG	6 921	7 013	+ 1,3	204
Gesellschaften mbH	20	18	- 10,0	83
Aktiengesellschaften einschließlich KGaA	36	26	- 17,8	10
Sonstige Unternehmen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	225	223	- 0,9	65
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	4	2	- 50,0	4
Verarbeitendes Gewerbe	2 306	2 148	- 6,9	74
Baugewerbe	3 228	3 008	- 6,8	156
Handel	3 370	3 547	+ 5,3	62
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	589	535	- 9,2	66
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	68	91	+ 33,8	90
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	3 835	3 946	+ 2,9	59
bis unter 8 Jahre alt	10 221	10 133	- 0,9	
8 Jahre und älter	3 404	3 367	- 1,1	
Übrige Gemeinschaftsdner	5 251	5 342	+ 1,7	
zusammen	3 272	3 257	- 0,5	
Natürliche Personen	1 907	2 024	+ 6,1	
Nachlasse	72	61	- 15,3	
Sonstige Gemeinschaftsdner				
Insgesamt	18 876	18 842	- 0,2	

¹⁾ Bezogen auf 10 000 Unternehmen (Umsatzsteuerstatistik 1984)

finanzielle Schäden, während bei 30 % der Konkurse älterer Unternehmen die Millionengrenze überschritten wurde, traf dies bei jüngeren Unternehmen nur in 10 % der Fälle zu.

⁵⁾ Siehe „Zahlungsschwierigkeiten in Bayern 1985“ in Statistische Berichte des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung (Jl 1/85), S. 15

Tabelle 4. Insolvenzen 1986 von Unternehmen für ausgewählte Wirtschaftsbereiche und Altersklassen nach Rechtsformen

Wirtschaftszweig Alter der Unternehmen	Insolvenzen ¹⁾ insgesamt	Nicht eingetragene Unternehmen	Eingetragene Einzel- unternehmen	Personengesellschaften		Kapitalgesellschaften		Ubrige Rechts- formen
				OHG, KG	darunter GmbH & Co KG	GmbH	AG, KGaA	
Unternehmen und Freie Berufe	13 500	3 869	1 259	1 315	905	7 013	18	26
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	223	142	34	8	6	39	—	—
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2	—	1	—	—	1	—	—
Verarbeitendes Gewerbe	2 148	459	234	348	247	1 100	5	2
Baugewerbe	3 008	948	294	279	188	1 481	2	4
Handel	3 547	942	435	353	232	1 805	5	7
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	535	206	65	38	20	222	2	2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	91	21	3	11	3	55	1	—
Dienstleistungen von Unternehmen und Freie Berufe	3 946	1 151	193	278	209	2 310	3	11
bis unter 8 Jahre alt	10 133	3 196	774	606	423	5 528	10	19
8 Jahre und älter	3 367	673	485	709	482	1 485	8	7

¹⁾ Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist

Wirtschaftszweige

Die Lage der in den letzten Jahren besonders häufig von Zahlungsschwierigkeiten betroffenen Baubranche hat sich, was die Zahl der Insolvenzen anbelangt, wieder etwas gebessert. Für 1986 meldeten die Gerichte insgesamt 3 008 Insolvenzen dieses Wirtschaftszweigs, das sind 6,8 % weniger als 1985; im Bauhauptgewerbe belief sich der Rückgang sogar auf 10,1 %. Die Insolvenzhäufigkeit ist im Baugewerbe aber nach wie vor besonders hoch. Im Verarbeitenden Gewerbe hat die Insolvenzhäufigkeit in den letzten Jahren weniger stark zugenommen als in den übrigen Unternehmensbereichen. Im Jahr 1986 ist die Zahl der Insolvenzen dieses Wirtschaftszweigs um 6,9 % auf 2 148 Fälle zurückgegangen. Allerdings war in Teilbereichen eine zum Teil gegensätzliche Entwicklung festzustellen. Während zum Beispiel im Maschinenbau (— 17,8 %) und in der in den letzten Jahren von einer hohen Insolvenzzahl betroffenen Holzverarbeitenden Industrie (— 16,4 %) eine wesentliche Besserung eingetreten ist, hat im Bekleidungs-gewerbe die Zahl der Insolvenzen um 25 % zugenommen. Ebenfalls angestiegen sind die Insolvenzen von Handelsunternehmen (+ 5,3 % auf 3 547 Fälle) und von Dienstleistungsunternehmen (+ 2,9 % auf 3 946 Fälle). Innerhalb des Dienstleistungssektors gab es besonders hohe Zuwachsraten bei den Grundstücks- und Wohnungs-verwaltungen (+ 23 %) und bei Waschereien und anderen persönlichen Dienstleistungen (+ 20 %).

Während von den insolventen Dienstleistungsunternehmen 59 % die Rechtsform einer GmbH besaßen (siehe Tabelle 4), waren es im Verarbeitenden Gewerbe 51 % und im Verkehrsbereich 41 %. Umgekehrt war der Anteil der Personengesellschaften (OHG, KG) an den Insolvenzfällen im Verarbeitenden Gewerbe mit 16 % am höchsten und beim Dienstleistungsbereich mit 7 % am niedrigsten.

Entwicklungen in den Bundesländern

Wie aus Tabelle 5 zu ersehen ist, verlief die Entwicklung der Insolvenzzahlen regional sehr verschieden. Am stärksten zugenommen haben die Insolvenzen in Hessen (+ 12,0 %), im Saarland (+ 9,0 %) und in Rheinland-Pfalz (+ 7,2 %). Während im Saarland schon 1985 die Insolvenzen stark angestiegen waren (+ 38 % gegenüber 1984),

war 1985 in Hessen der Anstieg mit 5,6 % vergleichsweise niedrig gewesen. Rückläufig waren die Insolvenzzahlen in Hamburg (— 10,0 %), Niedersachsen (— 7,5 %) und Baden-Württemberg (— 6,0 %). Zu berücksichtigen ist dabei, daß in Hamburg und Baden-Württemberg der Anstieg im Vorjahr mit 34 bzw. 18 % besonders ausgeprägt war.

Tabelle 5 Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten nach Ländern

Land	Insolvenzen ¹⁾				Häufig- keiten ²⁾ der Unter- nehmens- insol- venzen	Verande- rung der Insol- venzen 1985 gegen- über 1986
	insgesamt		darunter Unternehmen			
	1985	1986	1985	1986	1986	%
	Anzahl					
Schleswig-Holstein	876	870	709	663	95	— 0,7
Hamburg	592	533	429	375	63	— 10,0
Niedersachsen	2 336	2 161	1 559	1 429	76	— 7,5
Bremen	279	289	209	195	107	+ 3,6
Nordrhein-Westfalen	5 755	5 785	4 257	4 336	87	+ 0,5
Hessen	1 737	1 945	1 316	1 436	84	+ 12,0
Rheinland-Pfalz	914	980	721	757	64	+ 7,2
Baden-Württemberg	2 687	2 527	1 669	1 515	52	— 6,0
Bayern	2 630	2 649	1 925	1 942	55	+ 0,7
Saarland	366	399	287	287	101	+ 9,0
Berlin (West)	704	704	544	565	100	—
Bundesgebiet	18 876	18 842	13 625	13 500	73	— 0,2

¹⁾ Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist — ²⁾ Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1984 (Steuerpflichtige mit Umsatz ab 20 000 DM) Bezogen auf 10 000 Unternehmen

Setzt man die Unternehmensinsolvenzen zu der Anzahl der bestehenden umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Beziehung, so läßt sich die größte Insolvenzhäufigkeit für Bremen mit 107, für das Saarland mit 101 und Berlin (West) mit 100 Insolvenzfällen je 10 000 Unternehmen errechnen. Nur etwa halb so hoch war die Insolvenzhäufigkeit in Baden-Württemberg (52) und in Bayern (55)

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Weinmosternte 1986

Nach einem Jahrgang mit kleinem Mengenergebnis, aber von beachtlicher Qualität (1985), erreichten Quantität und Qualität des Weinmostes 1986 durchschnittliche Werte. Das Erntergebnis belief sich auf 10,06 Mill. hl Weinmost insgesamt. Es wurde aus den Ertragsmessungen im Rahmen der Ergänzenden Erntermittlung von Weinmost und den durch Bodennutzungs- und Rebflächenenerhebung festgestellten Ertragsreblächen berechnet. Die Ergänzende Erntermittlung ist eine Stichprobenerhebung, die zuverlässige und gesicherte Bundes- und Landesergebnisse für Weinmost insgesamt, für Rot- und Weißmost sowie für einige flächenmäßig bedeutende Rebsorten liefert. Diese Ergebnisse gestatten in Kombination mit denen aus der amtlichen Berichterstattung darüber hinaus die Nachweisung regional tiefer gegliederter Ergebnisse für Regierungsbezirke, bestimmte Anbauggebiete und Bereiche sowie die qualitative Bewertung nach durchschnittlichen Mostgewichten und Säuregehalten. Letztere Daten dienen u. a. zur vorläufigen Einstufung der Moste für die Erzeugung von Tafelwein, Qualitätswein und Qualitätswein mit Prädikat.

Tabelle 1 Weinmosternte

Jahr Land	Rebfläche im Ertrag	Ertrag je ha	Erntemenge	Mostgewicht	Säuregehalt	Mostverkäufe ¹⁾	
						Anteil an Erntemenge	Erlos
	ha	hl	1000 hl	Ochsle°	‰	%	DM/ehl
1980/85D	90 518	98,8	8 939	71	9,5		
1984	92 195	86,7	7 993	63	12,6	21	155
1985	93 020	58,1	5 402	76	9,3	19	226
1986	93 059	108,1	10 062	69	9,7	13	115
davon (1986)							
Nordrhein-Westfalen	19	72,3	1	85	10,0	—	—
Hessen	3 070	87,9	270	71	10,8	6	170
Rheinland-Pfalz	61 028	110,3	6 729	68	9,9	18	105
Baden-Württemberg	24 137	109,3	2 638	71	9,3	2	292
Bayern	4 708	87,2	410	75	8,4	6	251
Saarland	97	145,1	14	57	10,8	6	105

¹⁾ Ohne Lieferung an Winzergenossenschaften

Die Gesamterntemenge des Jahrgangs 1986 an Weinmost übertrifft die des Jahrgangs 1985 mit einer Steigerung um 86,3 % beträchtlich und den Durchschnitt der Jahre 1980/85 um 12,6 %. Der durchschnittliche Hektarertrag liegt bei 108,1 hl und damit um 86,1 % über dem Vorjahresergebnis. Die gesamte Mosternte setzt sich aus 86,4 % Weißmost und 13,6 % Rotmost einschließlich des Mostes aus gemischten Beständen zusammen. Im einzelnen beläuft sich die Ernte an Weißmost auf 8,7 Mill. hl (107,4 hl/ha) und die Ernte an Rotmost auf 1,4 Mill. hl (112,9 hl/ha). Der ermittelte durchschnittliche Standardfehler für das Gesamtergebnis beträgt 0,7 %. Besonders hervorzuheben bleibt in diesem Zusammenhang, daß sich die „Rebfläche im Ertrag“ von 1985 auf 1986 mit einer Zunahme um 39 ha erstmals nur geringfügig ausgedehnt

hat. Mit dieser Angabe wird möglicherweise auch signalisiert, daß die stetigen Flächenausweitungen allmählich zum Stillstand kommen

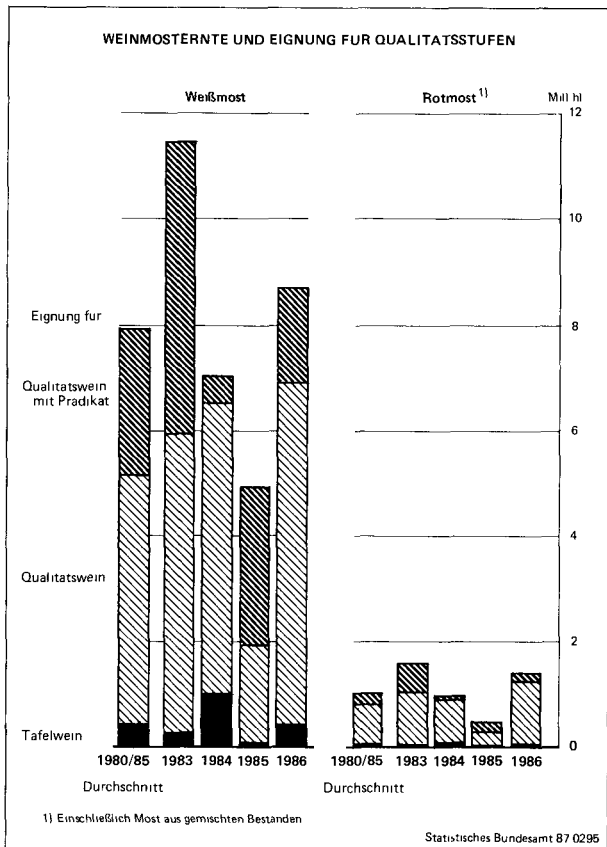
Tabelle 2: Eignung der Moste für bestimmte Qualitätsstufen
1 000 hl

Jahr Land	Weißmost				Rotmost ¹⁾			
	insgesamt	davon geeignet für			insgesamt	davon geeignet für		
		Tafelwein	Qualitätswein	Qualitätswein mit Prädikat		Tafelwein	Qualitätswein	Qualitätswein mit Prädikat
1980/85 D	7 901,7	425,3	4 698,2	2 778,3	1 037,2	53,0	756,9	227,3
1984	7 019,3	990,4	5 519,1	509,8	974,2	84,1	853,6	36,4
1985	4 902,5	7,1	1 911,2	2 984,3	499,9	0,2	264,4	235,3
1986	8 691,7	432,3	6 454,8	1 804,6	1 370,8	42,6	1 164,7	163,5
davon (1986)								
Nordrhein-Westfalen	1,3	—	0,9	0,4	0	—	0	0
Hessen	256,7	3,3	176,3	77,2	13,3	0,4	10,8	2,1
Rheinland-Pfalz	6 275,6	256,6	4 624,4	1 394,5	453,5	24,7	400,6	28,3
Baden-Württemberg	1 745,0	166,7	1 374,2	204,1	892,5	17,0	745,5	130,0
Bayern	399,0	2,4	269,3	127,3	11,3	0,5	7,8	3,0
Saarland	14,1	3,4	9,7	1,0	—	—	—	—

¹⁾ Einschl. Most aus gemischten Beständen

Das dargestellte Jahresergebnis 1986 stammt aus einem Jahresablauf, der dem Weinbau viele Wechsel von Hohen und Tiefen bescherte. Die Winzer erlebten bange bis sehr kritische Situationen, aber auch Zeiten günstiger bis euphorischer Ertragserwartungen. Nach verhältnismäßig mildem Januar brachte der Februar sehr tiefe Temperaturen, die aber vor allem bei den sehr frostharten Rieslingreben kaum Schäden auslösten. Der Monat März war durch niedrige Temperaturen und außergewöhnlich hohe Niederschläge gekennzeichnet. Erst gegen Ende April wurde die Vegetationsruhe — reichlich verspätet — durch einen scharfen Umschwung mit hohen Temperaturen beendet. Ein großer Feuchtigkeitsvorrat im Boden, günstige Temperaturen und die Fähigkeit der Reben, den Vegetationsruckstand auszugleichen, führten zu einer ungewein raschen Entwicklung. Der Rückstand wurde nicht nur aufgeholt, auch die Blüte verlief so günstig, daß zu diesem Zeitpunkt bereits gewisse optimistische Erwartungen geweckt wurden. Diese Prognosen wurden zunächst noch durch ein zugiges Wachstum zu Sommerbeginn gestützt.

Mit fortschreitendem Sommer verschlechterten sich jedoch die Witterungsbedingungen, und die Ausreife der Reben und Trauben stagnierte. Die negativen Klimawerte erreichten in der zweiten Augushälfte und Anfang September mit tiefen Temperaturen und hohen Niederschlägen ihren Höhepunkt. Die Aussichten auf einen quantitativ und qualitativ herausragenden Jahrgang wurden in dieser kurzen Zeitspanne zunichte gemacht, denn der physiologische Rhythmus war hierdurch nachhaltig gestört. Im letzten Drittel des Septembers besserte sich die Witterung nochmals, und es setzte eine lang andauernde Zeit ohne Niederschläge und mit sehr günstigen Temperaturen ein. Diese Periode kam jedoch für die frühreifen Rebsorten zu spät, für die spätreifenden Rebsorten und vor allem für den Riesling hingegen konnten noch positive Entwicklungen hinsichtlich der Ausreife eingeleitet werden. Die Rieslingtrauben hatten noch die Möglichkeit, die letzten Sonnen-



strahlen zur weiteren Ausreife und zur Erhöhung der Mostgewichte zu nutzen.

Das festgestellte Ergebnis kennzeichnet den Jahrgang 1986 als einen durchschnittlichen, der alles in allem von der Menge wie von der Qualität her befriedigte. Das durchschnittliche Mostgewicht für Weinmost insgesamt bezifferte sich auf 69° Öchsle, und der durchschnittliche Säuregehalt erreichte mit 9,7 ‰ einen günstigen Wert. Beide Angaben künden demnach von einem harmonischen Jahrgang, der auch recht gut in die augenblickliche Absatzstruktur von Wein paßt. Die Winzerschaft und der Fachhandel bedauern einerseits sicherlich das Ausbleiben qualitativ überragender Jahrgänge wie 1971, 1975 und 1976, andererseits haben sich in den letzten Jahren die Absatzchancen für Weine jenseits der Spatlesegrenze sehr deutlich verengt. Deshalb herrscht allgemeine Zufriedenheit über einen Jahrgang, der sich wahrscheinlich aus 4,7 % an tafelfeingeigneten und 75,7 % aus qualitätsweingeigneten Mosten sowie aus 19,6 % Mosten zur Erzeugung von Qualitätsweinen mit Prädikat zusammensetzt.

Die augenblickliche Marktlage für Wein, die noch immer unter dem Eindruck der Weinskandale aus Österreich und Italien steht, wird zusätzlich durch außerordentlich hohe Ertragsvorschätzungen aus den übrigen weinbautreibenden Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beeinflusst. Aufgrund der bestehenden Marktordnung für Wein erwachsen daraus in erster Linie Probleme für die Behörden der EG; für die Verbraucher von Wein aber können sich aus dieser Situation positive Perspektiven entwickeln. Auf dem Markt gewinnen die als wenig von den

Tabelle 3: Weinmosterte 1986 nach Rebsorten

Land	Rebfläche im Ertrag	Ertrag je ha	Erntemenge	Durchschnittl.	
	ha	hl		Mostgewicht	Säuregehalt
			1000 hl	Öchsle	‰
Müller-Thurgau					
Bundesgebiet	23 319	111,5	2 601	67	8,6
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-
Hessen	233	109,2	25	68	8,9
Rheinland-Pfalz	14 466	116,4	1 683	65	8,9
Baden-Württemberg	6 323	108,3	685	68	8,1
Bayern	2 279	89,5	204	74	8,1
Saarland	18	140,0	3	53	9,0
Riesling, Weißer					
Bundesgebiet	18 125	100,6	1 823	67	11,2
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-
Hessen	2 357	86,0	203	71	11,1
Rheinland-Pfalz	12 270	99,6	1 222	66	11,4
Baden-Württemberg	3 369	115,2	388	66	10,6
Bayern	129	76,0	10	77	9,5
Saarland	-	-	-	-	-
Silvaner, Grüner					
Bundesgebiet	7 319	112,2	821	69	9,3
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-
Hessen	45	97,1	4	68	10,7
Rheinland-Pfalz	5 340	116,1	620	68	9,6
Baden-Württemberg	978	112,4	110	69	8,6
Bayern	956	90,9	87	73	8,4
Saarland	-	-	-	-	-
Burgunder, Blauer Spät					
Bundesgebiet	4 217	87,5	369	77	10,2
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-
Hessen	138	85,0	12	73	10,9
Rheinland-Pfalz	580	97,1	56	74	10,8
Baden-Württemberg	3 429	86,1	295	78	10,0
Bayern	70	80,7	6	75	10,9
Saarland	-	-	-	-	-
Portugieser, Blauer					
Bundesgebiet	2 732	125,2	342	66	9,5
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-
Hessen	9	88,7	1	70	9,6
Rheinland-Pfalz	2 410	128,1	309	66	9,5
Baden-Württemberg	279	108,6	30	67	9,9
Bayern	34	67,9	2	76	9,9
Saarland	-	-	-	-	-

Skandalen berührt geltenden „trockenen“ Weine immer größere Anteile, und gerade diese Weine drängen von außen vermehrt auf den Binnenmarkt. Die hiesige Produktion ist aufgrund der sehr reifen Säureanteile ebenfalls recht gut zur Erzeugung solcher Weine geeignet, so daß sich ein intensiver Wettbewerb, in erster Linie ein Verdrängungswettbewerb, um die Marktanteile wohl kaum vermeiden läßt. Eine für die Konsumenten günstige Situation.

Dr. Albert Paul

Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)

Vorbemerkung

Das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 751) bildet die Grundlage für die statistische Erfassung der Handelswaren, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sowie der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) ausgetauscht werden. Diese vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Statistik beschränkt sich auf den reinen Warenverkehr, während die vom Bundesamt für (gewerbliche) Wirtschaft erstellte Kontenstatistik bzw. Genehmigungsstatistik der Überwachung der vereinbarten Warenlisten und Wertgrenzen sowie der Ausnutzung der erteilten Genehmigungen dient und eine Gegenüberstellung des genehmigten mit dem effektiven Waren- und Zahlungsverkehr ermöglicht. Außerdem werden innerhalb der Kontenstatistik auch Dienstleistungsgeschäfte erfaßt. Auch bestehen in der Bewertung des Veredelungsverkehrs (Lohnveredelungsgeschäfte, Reparaturen) Unterschiede zur hier dargestellten Warenverkehrsstatistik.

Gesamtentwicklung 1986

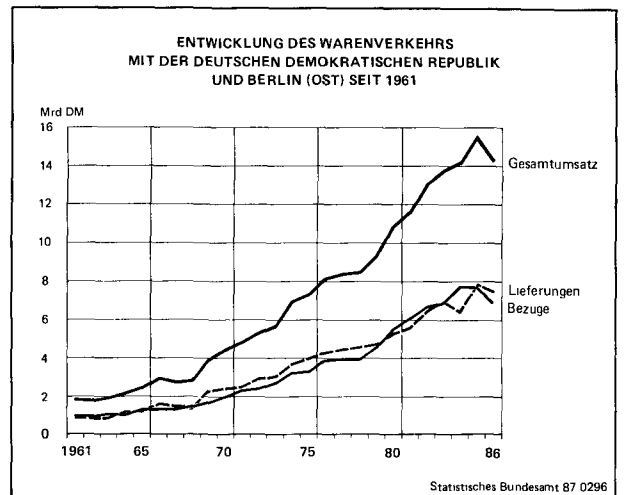
Der Wert der 1986 im innerdeutschen Warenverkehr gelieferten und bezogenen Waren betrug 14,3 Mrd. DM bzw. Verrechnungseinheiten (1 VE = 1 DM) und war damit um

Tabelle 1. Warenverkehr

Jahr	Gesamtumsatz		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	Mill DM			%
1973	5 658,1	+ 349,8	+ 6,6	
1974	6 923,3	+ 1 265,2	+ 22,4	
1975	7 263,9	+ 340,6	+ 4,9	
1976	8 145,4	+ 881,5	+ 12,1	
1977	8 370,4	+ 225,0	+ 2,8	
1978	8 474,8	+ 104,4	+ 1,2	
1979	9 308,5	+ 833,7	+ 9,8	
1980	10 872,8	+ 1 564,3	+ 16,8	
1981	11 625,7	+ 752,9	+ 6,9	
1982	13 021,6	+ 1 395,9	+ 12,0	
1983	13 825,3	+ 803,7	+ 6,2	
1984	14 152,3	+ 327,0	+ 2,4	
1985	15 536,8	+ 1 384,5	+ 9,8	
1986	14 284,9	- 1 251,9	- 8,1	

1,3 Mrd. DM (— 8 %) niedriger als 1985, dem Jahr mit dem bisher wertmäßig größten Warenaustausch (15,5 Mrd DM).

Dieser Rückgang beruhte in erster Linie auf Preisrückgängen am Weltmarkt insbesondere bei Kraftstoffen, die 1985



mit 1,3 Mrd. DM am deutsch/deutschen Handel beteiligt waren, 1986 jedoch nur mit 0,7 Mrd. DM, obwohl das Volumen von 1,6 Mill. t im Berichtsjahr auf 1,7 Mill. t gestiegen war. Auch bei Heizöl reduzierte sich der Warenwert von 238 Mill. auf 84 Mill. DM, wobei die Warenmenge geringfügig von 468 000 auf 477 000 t anstieg.

Die Lieferungen der Unternehmen des Bundesgebietes und West-Berlins waren 1986 mit knapp 7,5 Mrd. DM um rund 0,4 Mrd. DM (— 6 %) niedriger als 1985, jedoch höher als die Bezüge aus der Deutschen Demokratischen Repu-

Tabelle 2 Lieferungen und Bezüge
Mill DM

Jahr Vierteljahr	Lieferungen und Bezüge des Bundesgebietes		Gesamtumsatz
	Lieferungen	Bezüge	
1985	7 901,0	7 635,8	15 536,8
1986	7 454,2	6 830,7	14 284,9
1985 1 Vj	1 892,8	1 902,1	3 794,9
2 Vj	1 833,6	1 853,1	3 686,7
3 Vj	2 052,4	1 923,7	3 976,1
4 Vj	2 122,2	1 956,9	4 079,1
1986 1 Vj	1 852,1	1 806,8	3 658,9
2 Vj	1 692,3	1 638,3	3 330,6
3 Vj	1 728,6	1 620,5	3 349,1
4 Vj	2 181,3	1 765,2	3 946,5

blik und Berlin (Ost), die im Berichtsjahr nur 6,8 Mrd. DM, also 0,8 Mrd. DM (— 11 %) weniger ausmachten als im Vorjahr. Dabei übertraf der Wert der Lieferungen wieder in allen vier Vierteljahren den Wert der Bezüge, nachdem von Mitte 1983 bis Mitte 1985 in allen Quartalen weniger geliefert als bezogen worden war.

Überblick über die Struktur des Warenverkehrs

Im innerdeutschen Handel dominieren sowohl bei den Lieferungen als auch bei den Bezügen seit jeher Rohstoffe, Halbfabrikate und Vorerzeugnisse mit einem von Jahr zu Jahr schwankenden wertmäßigen Anteil. So zeigen beispielsweise die zusammengefaßten Ergebnisse der letzten zehn Jahre (1977 bis 1986) bei den Lieferungen

einen Anteil dieses Warenbereiches von 41 % und bei den Bezügen von 48 %. Industrielle Fertigerzeugnisse mit hohem Wertschöpfungs- oder Veredelungsanteil, wie Waren des Bereichs der Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, hatten demgegenüber bei den Lieferungen einen Anteil von 24 % und bei den Bezügen von lediglich 11 %.

Im Berichtsjahr lagen die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes mit 40 % (1985: 43 %) wiederum bei den Lieferungen weit vorn. Eine im Laufe des Jahres 1986 zunehmende Bereitschaft, den zinslosen Überziehungskredit (Swing) weitgehend auszunutzen, begünstigte die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen, also von Investitionsgütern, die dadurch einen Anteil von 28 % (1985: 19 %) erreichten. Andererseits waren bergbauliche Erzeugnisse infolge des Preisverfalls bei Rohöl nur noch mit 7 % (1985: 14 %) beteiligt. Bei den Bezügen ging 1986 der Anteil der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes auf 44 % (1985: 51 %) zurück. Die Erzeugnisse des Verbrauchsgüter- und des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes konnten demgegenüber ihren Anteil an den Bezügen erhöhen, und zwar auf 29 % (1985: 25 %) und auf 15 % (1985: 12 %).

Das Bundesgebiet und Berlin (West) lieferten 1986 für 7,5 Mrd. DM Waren aus 2 934 der 6 293 Positionen des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, von denen bei 778 Warenpositionen (27 %) die Lieferung jeweils nur von einem Unternehmen durchgeführt wurde. Insgesamt entfielen auf Alleinlieferer 1,1 Mrd. DM (15 %). Bezogen wurden 1986 für 6,8 Mrd. DM Waren aus 2 654 Positionen, von denen bei 596 (23 %) Warenpositionen jeweils ein Unternehmen Alleinbezieher war.

Lieferungen nach Warengruppen

Die nachstehende Übersicht zeigt beachtliche Veränderungen in der Rangfolge der sechs wichtigsten Warengruppen bei den Lieferungen im Berichtsjahr gegenüber 1985. Am spektakulärsten ist dabei das Vorrücken der Maschinenbauerzeugnisse vom sechsten Platz im Vorjahr auf die erste Stelle im Berichtsjahr

Lieferungen			
Gütergruppe	1986	Gütergruppe	1985
	Mill DM		Mill DM
Maschinenbauerzeugnisse	1 284,2	Chemische Erzeugnisse	1 436,2
Chemische Erzeugnisse	1 211,4	Bergbauliche Erzeugnisse	1 121,6
Eisen und Stahl	767,6	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	952,8
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	721,2	Eisen und Stahl	778,5
NE-Metalle und Metallhalbzeug	604,9	NE-Metalle und Metallhalbzeug	736,1
Bergbauliche Erzeugnisse	543,7	Maschinenbauerzeugnisse	697,8

Der Anteil dieser sechs Warengruppen an der gesamten Lieferung betrug 1986 rund 69 % (1985: 72 %). Werden die

Waren in der Reihenfolge des „Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken — Ausgabe 1982“ geordnet, dann liegen Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei vorn, sie haben allerdings im innerdeutschen Warenverkehr die geringste Bedeutung. Im Jahr 1986 wurden lediglich für 38 Mill. DM (1985: 70 Mill. DM) Waren aus vier Gruppen geliefert (— 46 %). Bemerkenswert ist hier u. a. die Zunahme der Lieferung von Weißwein von 2,5 auf 2,8 Mill. l für insgesamt 6,5 Mill. DM (4,9 Mill. DM).

Bergbauliche Erzeugnisse wurden nur noch für insgesamt 544 Mill. DM ausgeliefert, und zwar sowohl weniger Steinkohle: für 119 statt für 276 Mill. DM — als auch weniger Erdöl: für 279 statt für 706 Mill. DM. Der Preisverfall für Rohstoffe auf dem Weltmarkt wirkte sich auf Rohöl besonders stark aus, denn die Menge ging lediglich von 1 205 auf 1 155 t zurück, wobei der Preis je Tonne Rohöl jedoch von 586 DM auf 242 DM im Jahresdurchschnitt fiel.

Unter den Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes waren 1986 Chemische Produkte mit 1,2 Mrd. DM beteiligt (— 16 %), Eisen und Stahl mit 0,8 Mrd. DM (— 1 %) und NE-Metalle und Metallhalbzeug mit 0,6 Mrd. DM (— 18 %), das heißt mit Anteilen von nunmehr 16, 10 und 8 % (1985: 18, 10 und 9 %) aus den gesamten Lieferungen.

Investitionsgüter waren im Berichtsjahr besonders stark gefragt, insbesondere Maschinenbauerzeugnisse, von denen für knapp 1,3 Mrd. DM (+ 84 %) geliefert wurden, wobei die absolute Zunahme von 0,6 Mrd. DM gerade dem wertmäßigen Lieferausfall bei den bergbaulichen Erzeugnissen entsprach. Maschinenbauerzeugnisse umfaßten in diesem Jahr vor allem maschinelle Ausrüstungen für die Konsumgüterindustrie aus fast 600 Warenpositionen, von denen die wertmäßig größte für 55 Mill. DM (+ 200 %) Spinnmaschinen enthält. Auch bei Elektrotechnischen Erzeugnissen bestand die Lieferpalette aus nahezu 400 Positionen, aus denen 356 Mill. DM (+ 50 %) resultierten. Unter der Rubrik Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge mit 150 Mill. DM (— 2 %) rollten 3 790 Spezial- und Standardgüterwagen für 123 Mill. DM in die DDR, 1985 waren es 5 501 Güterwagen für 146 Mill. DM gewesen. Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge waren im Berichtszeitraum im deutsch/deutschen Handel völlig unbedeutend. Mit Straßenfahrzeugen wurden 88 Mill. DM (— 3 %) erlost, insbesondere durch den Verkauf von 3 241 Kraftwagen (4 345) für 55 Mill. DM (72 Mill. DM).

Mit einem Plus von 280 Prozent verzeichnete die Gruppe Buromaschinen und Datenverarbeitung die größte wertmäßige Zunahme auf nunmehr 57 Mill. DM, obwohl sich Lieferbeschränkungen hier besonders nachteilig auswirkten

Unter den Waren des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes dominierten wie im Vorjahr mit rund zwei Dritteln Textilien, Bekleidung, Lederwaren und Schuhe. Von

Tabelle 3: Warenverkehr nach Warenbereichen

Warenbereich	Lieferungen des Bundesgebietes				Bezüge des Bundesgebietes			
	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985
	Mill DM		%		Mill DM		%	
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	38,1	69,8	0,5	0,9	384,8	467,7	5,6	6,1
Bergbauliche Erzeugnisse	543,7	1 121,6	7,3	14,2	176,0	215,6	2,6	2,8
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	2 960,8	3 402,6	39,7	43,1	2 986,1	3 880,1	43,7	50,8
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	2 116,4	1 485,7	28,4	18,8	1 006,0	883,0	14,7	11,6
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	944,9	761,3	12,7	9,6	1 951,9	1 898,2	28,6	24,9
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	743,6	977,1	10,0	12,4	270,1	258,9	4,0	3,4
Sonstige Waren (z. B. Rückwaren und Ersatzlieferungen u. a.)	106,7	82,9	1,4	1,0	55,8	32,2	0,8	0,4
Insgesamt	7 454,2	7 901,0	100	100	6 830,7	7 635,8	100	100

den 349 Mill. DM für Textilwaren (+ 16 %) entfielen mehr als 229 Mill. DM auf Garne und Meterware und nur 61 Mill. DM auf Wirk- und Strickwaren, unter denen sich beispielsweise 1,1 Mill. Paar Herrenstrümpfe für 2 Mill. DM befanden. Für Bekleidung wurden insgesamt 112 Mill. DM (+ 34 %) erzielt, u. a. für 678 000 Damenhosen 31 Mill. DM. Die 204 Mill. DM für Lederwaren und Schuhe (+ 54 %) beinhalten mit 201 Mill. DM nahezu ausschließlich Schuhe, von denen insgesamt rund 4,4 Mill. Paar geliefert wurden, gegenüber 2,2 Mill. Paar im Jahr zuvor

Für Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes wurden im Berichtsjahr nur noch 744 Mill. DM (- 24 %) Erlöst, was insbesondere auf einen Preisverfall bei Ölen und Fetten zurückzuführen war

Bezüge nach Gütergruppen

Anders als bei den Lieferungen blieb die Reihenfolge der sechs wichtigsten Gütergruppen bei den Bezügen unverändert:

Bezüge			
1986		1985	
Gütergruppe	Mill DM	Gütergruppe	Mill DM
Mineralerzeugnisse	880,3	Mineralerzeugnisse	1 686,6
Chemische Erzeugnisse	755,4	Chemische Erzeugnisse	864,7
Textilien	534,4	Textilien	551,3
Bekleidung	522,9	Bekleidung	496,5
Eisen und Stahl	493,4	Eisen und Stahl	431,6
NE-Metalle und Metallhalzeug	383,8	NE-Metalle und Metallhalzeug	407,4

Infolge von Preiseinbrüchen ging der wertmäßige Anteil dieser sechs Gütergruppen an den gesamten Bezügen von 58 % im Jahr 1985 auf 52 % im Berichtsjahr zurück

Aus den vier Gütergruppen der Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei wurde für insgesamt 385 Mill. DM (- 18 %) bezogen, darunter für 165 Mill. DM von Unternehmen aus Berlin (West). Zurückgegangen sind u. a. Bezüge von Schlachtbullen auf 50 000 (80 000) für 77 Mill. DM (137 Mill. DM), demgegenüber stieg u. a. die Zahl der Schlacht-, Mast- u. a. Hähne, und zwar von 0,3 auf 2,1 Mill. Stück für 2,2 Mill. DM (0,3 Mill. DM)

Bei den bergbaulichen Erzeugnissen, die für 176 Mill. DM (- 18 %) bezogen wurden, standen wiederum Braunkohlenbriketts mit 1,3 Mill. t (1,5 Mill. t) für 136 Mill. DM (153 Mill. DM) an erster Stelle.

Unter den Grundstoff- und Produktionsgütern lagen Mineralerzeugnisse mit 880 Mill. DM (- 48 %) weiterhin vorn,

zunehmend dicht gefolgt von Chemischen Erzeugnissen mit 755 Mill. DM (- 13 %). Wertmäßig zugenommen haben andererseits u. a. Bezüge von Eisen und Stahl, die nahezu 0,5 Mrd. DM (+ 14 %) erreichten.

Investitionsgüterkäufe haben in zehn der elf unterschiedenen Positionen zu höheren Werten geführt. Elektrotechnische Erzeugnisse wurden für 367 Mill. DM (+ 13 %), Maschinenbauerzeugnisse für 268 Mill. DM (+ 22 %) und Eisen, Blech sowie Metallwaren für 149 Mill. DM (+ 1 %) eingekauft. Unter den für 37 Mill. DM (+ 16 %) bezogenen Straßenfahrzeugen befanden sich rund 82 000 Fahrräder für 7 Mill. DM

Auch bei den Verbrauchsgütern wurde 1986 aus fast allen Gütergruppen wertmäßig mehr bezogen als im Vorjahr. Textilien waren wieder besonders gefragt und mußten mit insgesamt 534 Mill. DM (- 3 %) bezahlt werden. Stückzahlmäßig lagen Damenstrümpfhosen mit 46 Mill. Stück für 11 Mill. DM auch in diesem Jahr an der Spitze. Bekleidung wurde für 523 Mill. DM (+ 5 %) gekauft, darunter rund 400 000 Herrenanzüge für 29 Mill. DM. Auch Holzwaren wurden mit einem Bezugswert von 349 Mill. DM (+ 3 %) stärker nachgefragt

Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes waren mit 270 Mill. DM (+ 4 %) an den Bezügen beteiligt, wobei 24 000 t Zucker für 30 Mill. DM und rund 9 000 t frisches Schweinefleisch für rund 26 Mill. DM die größten Einzelposten darstellten.

Warenverkehr in regionaler Gliederung

Bei einer regionalen Aufteilung des Warenverkehrs nach der Beteiligung der Unternehmen aus den einzelnen Lan-

Tabelle 4: Warenverkehr nach Bundesländern

Land	Lieferungen des Bundesgebietes				Bezüge des Bundesgebietes			
	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985
	Mill DM		%		Mill DM		%	
Schleswig-Holstein	164,3	285,9	2,2	3,6	174,2	191,2	2,6	2,5
Hamburg	727,7	936,4	9,8	11,9	402,9	391,8	5,9	5,1
Niedersachsen	628,9	619,4	8,4	7,8	604,6	739,3	8,9	9,7
Bremen	89,0	124,3	1,2	1,6	49,2	59,2	0,7	0,8
Nordrhein-Westfalen	2 287,5	2 293,1	30,7	29,0	2 162,8	2 080,6	31,7	27,2
Hessen	981,9	986,2	13,2	17,5	443,2	453,7	6,5	5,9
Rheinland-Pfalz	289,6	303,6	3,9	3,8	81,6	80,3	1,2	1,1
Baden-Württemberg	679,5	476,0	9,1	6,0	363,5	348,6	5,3	4,6
Bayern	577,4	502,4	7,8	6,4	990,6	1 069,4	14,5	14,0
Saarland	232,0	249,0	3,1	3,2	41,8	43,2	0,6	0,6
Berlin (West)	517,1	418,5	6,9	5,3	1516,2	2 178,5	22,2	28,5
Nicht ermittelte Länder	279,2	706,1	3,8	8,9	-	-	-	-
Insgesamt	7 454,2	7 901,0	100	100	6 830,7	7 635,8	100	100

Tabelle 5 Warenverkehr nach Verkehrszweigen

Verkehrszweig	Lieferungen des Bundesgebietes				Bezüge des Bundesgebietes				Insgesamt					
	1986	1985	1986 gegenüber 1985		1986	1985	1986 gegenüber 1985		1986	1985	1986 gegenüber 1985		1986	1985
	1 000 t		%		1 000 t		%		1 000 t		%		Anteil in %	
Straßenverkehr	633,6	634,2	- 0,6	- 0,1	3 566,4	3 455,0	+ 111,4	+ 3,2	4 200,0	4 089,2	+ 110,8	+ 2,7	23,7	23,0
Eisenbahnverkehr	2780,3	3158,3	- 378,0	- 12,0	6 785,9	6 365,7	+ 420,2	+ 6,6	9 566,2	9 524,0	+ 42,2	+ 0,4	53,9	53,6
Schiffsverkehr	502,0	731,6	- 229,6	- 31,4	2 314,7	2 215,3	+ 99,4	+ 4,5	2 816,7	2 946,9	- 130,2	- 4,4	15,9	16,6
Sonstige	1155,6	1204,9	- 49,3	- 4,1	0,3	0,3	0,0	+ 9,7	1 155,9	1 205,2	- 49,3	- 4,1	6,5	6,8
Insgesamt	5 071,5	5 729,0	- 657,5	- 11,5	12 667,3	12 036,2	+ 631,0	+ 5,2	17 738,8	17 765,3	- 26,5	- 0,1	100	100

dern ergaben sich einige Verschiebungen gegenüber 1985, die nicht nur durch veränderte Liefer- oder Bezugsstrukturen, sondern auch durch Preisrückgänge, beispielsweise bei Kraftstoffen und Heizöl, bedingt waren.

schiedlich. Dies beruht auf den sehr verschiedenen Strukturen der beiden Warenströme des innerdeutschen Handels.

Dipl.-Volkswirt Horst Heinrich

Nordrhein-Westfalen führte bei den Lieferungen mit einem Anteil von wiederum 31 % (1985: 29 %), in weitem Abstand gefolgt von Hessen mit 13 % (1985: 18 %) und Hamburg mit 10 % (1985: 12 %), deren Anteile schrumpften, sowie Baden-Württemberg mit 9 % (1985: 6 %). Aus diesen vier Ländern stammten rund zwei Drittel aller Lieferungen.

Bei den Bezügen verlor Berlin (West) den ersten Platz infolge der preiswerter gewordenen Kraftstoffe und Heizöle an Nordrhein-Westfalen, das nunmehr 32 % (1985: 27 %) verbuchen konnte. Auf Berlin (West) entfielen im Berichtsjahr 22 % (1985: 29 %), auf Bayern und Niedersachsen, die unverändert an dritter und vierter Stelle lagen, 15 % (1985: 14 %) und 9 % (1985: 10 %). Damit haben Unternehmen aus diesen vier Regionen wiederum wertmäßig rund vier Fünftel aller Waren im innerdeutschen Handel bezogen

Transportmenge, beteiligte Verkehrszweige

Der Warenverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten stützte sich bei der Bewältigung einer „Gesamttransportmenge“ von rund 18 Mill. t nach wie vor auf den Eisenbahnverkehr, der sowohl bei den Lieferungen als auch bei den Bezügen mehr als die Hälfte des anfallenden Gutervolumens transportierte. Der Straßenverkehr war mit gut 4 Mill. t beteiligt, und auf den Schiffsverkehr entfielen knapp 3 Mill. t

Für jede Tonne der im innerdeutschen Handel beförderten Waren wurde 1986 ein durchschnittlicher Wert von 805 DM errechnet, 70 DM und damit 8 % weniger als 1985. Dem Straßenverkehr oblag weiterhin die Beförderung der höherwertigen Waren von „Haus zu Haus“ mit einem durchschnittlichen Wert von 2 164 DM je Tonne, der um 132 DM (+ 7 %) höher war als im Jahr zuvor. Auf dem Schienenwege rollten Güter mit einem Durchschnittswert von 455 DM (- 25 %), und auf dem Schiff betrug der Warenwert 178 DM (- 27 %) je beförderter Tonne

Bei allen unterschiedenen Verkehrszweigen sind die Durchschnittswerte je nach Lieferrichtung sehr unter-

Außenhandel 1986 nach Waren

Vorbemerkung

Im Januar- und Februarheft dieser Zeitschrift¹⁾ wurde aufgrund vorläufiger Ergebnisse der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 1986 insgesamt und in regionaler Gliederung ausführlich dargestellt. Der folgende Beitrag, der sich mit der Entwicklung und Struktur des Außenhandels nach Waren beschäftigt, basiert auf endgültigen, korrigierten Jahresergebnissen. Als Systematiken werden die Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft sowie die Gütergruppen bzw. -zweige des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken verwendet. Der Unterschied zwischen beiden Nomenklaturen besteht im wesentlichen darin, daß erstere die Waren des gewerblichen Bereichs nach dem Verarbeitungsgrad gliedert, während die andere primär auf die Herkunftsbe- reiche (Wirtschaftszweige) abstellt

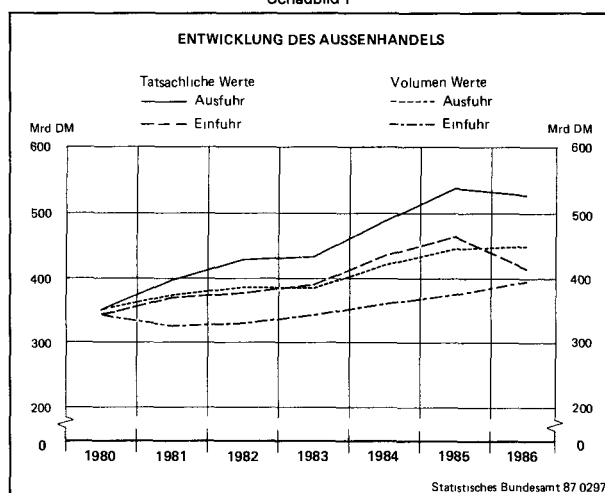
Gesamtüberblick

Die allgemeine Konjunkturlage in der Bundesrepublik Deutschland war 1986 durch eine merkliche Verlagerung der Wachstumskräfte von der Auslands- zur Binnennachfrage gekennzeichnet. Während die Exporte in den beiden Vorjahren die wichtigste Stütze des Aufschwungs waren, gingen von der Außenwirtschaft im Berichtsjahr eher dämpfende Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum aus. Für die Exporte ergab sich in nominaler Rechnung erstmals seit 1975 eine negative Veränderungsrate im Vorjahresvergleich. Da der preis- und wechselkursbedingte Rückgang der Importe weitaus drastischer ausfiel, setzte sich die Aktivierung der Handelsbilanz dennoch weiter fort.

Die außenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland wurde 1986 vor allem durch die Veränderung auf den internationalen Ölmärkten beeinflusst. Der Rückgang der Ölpreise, der in seinen Auswirkungen durch die Abwertung des Dollar noch verstärkt wurde, führte zu einer — vor allem in der Höhe — außergewöhnlichen Verringerung der Importe gegenüber dem Vorjahr. Mit einem Wert von 413,7 Mrd. DM lag die Einfuhr um knapp 11 % unter dem Vorjahresergebnis. 1984 hatten die Lieferungen aus dem Ausland mit einer zweistelligen Rate (+ 11 %) zugenommen, auch ein Jahr später hatten sie noch einen deutlichen Anstieg verzeichnet (+ 6,8 %). Im längerfristigen Vergleich wird erst deutlich, wie ungewöhnlich ein Rückgang der Importe für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist. Eine negative Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr hatte sich für den Wert der Einfuhr letztmals im Rezessionsjahr 1967 ergeben, damals allerdings unter anderen Bedingungen.

¹⁾ Siehe WiSta 1/1987, S. 52 ff und WiSta 2/1987, S. 136 ff

Schaubild 1



Von der grundlegenden Veränderung in den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden 1986 auch die Exporte tangiert. Die Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich deutlich ungünstiger als in den beiden Vorjahren, als noch zweistellige nominale Zuwachsraten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr erzielt wurden (1984: + 13 %, 1985: + 10 %). Der Gesamtwert der Ausfuhr in Höhe von 526,4 Mrd. DM im Berichtsjahr war um 2,0 % niedriger als ein Jahr zuvor. Das Exportergebnis dürfte teilweise auf die zeitlich verzögerte Anpassung der Außenhandelsströme an die veränderte Wechselkurs-situation zurückzuführen sein. Insbesondere gegenüber dem Dollar hat die DM deutlich an Wert gewonnen. Der Außenwert der DM gegenüber der US-Währung hat sich binnen Jahresfrist um 35 % erhöht. Dadurch verschlechterte sich für die Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die Wettbewerbssituation in den Vereinigten Staaten, auch auf anderen Märkten gerieten sie durch Anbieter aus dem Dollarraum zunehmend unter Druck. Darüber hinaus hat sich die nur gedämpfte konjunkturelle Entwicklung bei wichtigen Handelspartnern sowie der Nachfrageausfall aus den ölexportierenden Ländern negativ bemerkbar gemacht.

Eines der spektakulärsten Ergebnisse aus dem Bereich der Außenhandelsstatistik für das Jahr 1986 war sicherlich der neue Rekordüberschuß in der Handelsbilanz in Höhe von 112,6 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um 39,3 Mrd. DM bzw. gut 53 %. Wie bereits angedeutet, bedarf dieses Ergebnis jedoch einer Relativierung. Der hohe Exportüberschuß resultierte nämlich nicht — wie etwa noch 1985 — aus einem Anstieg der Exporte, sondern aus der deutlichen Verbesserung des realen Austauschverhältnisses. Außerdem gilt es zu bedenken, daß der preisbedingte Rückgang der Importe zum Teil auf Sonderfaktoren (Stichwort: Ölpreisverfall) beruhte, die nur temporärer Natur sind und in den letzten Monaten des Jahres bereits an Wirkung verloren. Der Anpassungsprozeß in Richtung einer Korrektur des hohen Aktivsaldo ist — wie noch zu zeigen sein wird — bereits in vollem Gange.

Bedingt durch den hohen Aktivsaldo in der Handelsbilanz erreichte auch die Leistungsbilanz einen neuen Höchststand. Der Saldo aus dem grenzüberschreitenden

Waren- und Dienstleistungsverkehr einschließlich der unentgeltlichen Leistungen stieg von 38,9 Mrd. DM im Jahr 1985 auf 77,8 Mrd. DM im Berichtsjahr.

Die Verbilligung der Energieeinfuhr und die Abwertung des Dollar führten 1986 zu einem drastischen Rückgang der Durchschnittswerte²⁾ der Einfuhr. Diese Maßzahl, in der überwiegend Preisveränderungen zum Ausdruck kommen, lag um 16 % unter ihrem Vorjahresstand. Die Ausfuhrdurchschnittswerte ermäßigten sich dagegen nur um 3,3 %. Der im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Index der Ausfuhrdurchschnittswerte reflektiert einerseits die nur mäßige Preisniveauveränderung im Inland. Andererseits kommt darin zum Ausdruck, daß die Exporteure angesichts der realen Höherbewertung der DM auf einzelnen Märkten durch Preiszugeständnisse ihre Wettbewerbsposition aufrechtzuerhalten versuchten.

An Hand der Terms of Trade läßt sich der außergewöhnliche Rückgang der Einfuhrdurchschnittswerte im Vergleich zu den Ausfuhrdurchschnittswerten noch einmal anschaulich darstellen. Das Realaustauschverhältnis verbesserte sich binnen Jahresfrist von 97,5 auf 112,2. Das bedeutet, daß man 1986 für eine exportierte Einheit eine um gut 15 % größere Importmenge als 1985 erhielt. Die Terms of Trade verbesserten sich damit innerhalb eines Jahres in einem Maße, wie es seit Anfang der fünfziger Jahre nicht mehr der Fall war. Der Index hatte letztmals 1978 einen höheren Stand erreicht. Die danach durch den Ölpreisschub und durch die Abwertung der DM eingetretene Verschlechterung ist inzwischen wettgemacht.

Nach Ausschaltung der Durchschnittswertveränderungen zeigt sich aufgrund der geschilderten Entwicklung bei Betrachtung der Außenhandelsergebnisse in realer Rechnung ein völlig anderes Bild als bei Betrachtung der nominalen Handelsströme. Dies trifft insbesondere für die Einfuhr zu, die der Menge nach gegenüber dem Vorjahr um 6,1 % anstieg. Die höchste jährliche Steigerungsrate des Einfuhrvolumens seit 1979 kann sicherlich als ein Indiz für den kräftigen Aufschwung der Binnenkonjunktur gewertet werden. Das Ausfuhrvolumen erhöhte sich dagegen nur um 1,3 % 1984 und 1985 hatte die reale Zuwachsrates der Exporte noch 9,1 bzw. 5,9 % betragen

Entwicklung der Einfuhren nach Waren

In der Gliederung nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (siehe Tabelle 1) stand die Entwicklung der Importe 1986 im Zeichen eines allgemeinen Rückgangs der Durchschnittswerte. Einzige Ausnahme waren die Genußmittel, deren Einfuhrdurchschnittswerte leicht anstiegen. Die inländische Nachfrage wurde durch die günstige Kostensituation bei den Einfuhrgütern zusätzlich stimuliert, so daß alle Warengruppen — ausgenommen die Warengruppe Lebende Tiere — positive reale Zuwachsrates im Vergleich zum Vorjahr aufwiesen.

²⁾ Zur Methode und zum Berechnungsverfahren siehe Heimann, J. „Neuberechnung des Außenhandelsvolumens und der Außenhandelsindizes auf Basis 1980“ in WiSta 2/1984, S. 155 ff

Die Einfuhr von Ernährungsgütern stieg von 1985 auf 1986 real um 2,6 %; nominal ergab sich dagegen ein Rückgang um 5,5 %. Die höchste reale Zuwachsrates verzeichneten die Importe von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs (+ 6,5 %). Da deren Durchschnittswerte „nur“

Tabelle 1: Veränderungen der tatsächlichen Werte, des Volumens¹⁾ und der Durchschnittswerte²⁾ 1986 gegenüber dem Vorjahr

Warengruppe	Einfuhr			Ausfuhr		
	Tatsächliche Werte	Volumen ¹⁾	Durchschnittswerte ²⁾	Tatsächliche Werte	Volumen ¹⁾	Durchschnittswerte ²⁾
Insgesamt ³⁾	- 10,8	+ 6,2	- 16,0	- 2,0	+ 1,3	- 3,3
Ernährungswirtschaft	- 5,5	+ 2,6	- 7,9	- 2,5	+ 9,3	- 10,8
Lebende Tiere	- 24,8	- 18,9	- 7,2	+ 15,3	+ 20,3	- 4,1
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	+ 2,2	+ 6,5	- 4,0	- 0,9	+ 10,6	- 10,3
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	- 10,5	+ 1,6	- 11,9	- 5,7	+ 11,5	- 15,4
Genußmittel	+ 3,2	+ 1,8	+ 1,4	- 1,2	- 1,8	+ 0,6
Gewerbliche Wirtschaft	- 11,9	+ 6,6	- 17,3	+ 2,0	+ 0,8	- 2,8
Rohstoffe	- 46,3	+ 2,1	- 47,4	- 15,0	- 9,7	- 5,9
Halbwaren	- 30,7	+ 5,2	- 34,1	- 25,3	- 7,9	- 18,9
Fertigwaren	+ 2,3	+ 8,0	- 5,2	+ 0,3	+ 1,8	- 1,5
Vorerzeugnisse	- 1,0	+ 7,2	- 7,7	- 5,5	+ 0,7	- 6,2
Enderzeugnisse	+ 3,3	+ 8,2	- 4,5	+ 1,8	+ 2,1	- 0,3

¹⁾ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1980 — ²⁾ 1980 = 100 — ³⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen

um 4,0 % nachgaben, ergab sich auch in nominaler Rechnung ein Anstieg gegenüber 1985, und zwar um 2,2 %. Im Bereich der Ernährungswirtschaft war die Diskrepanz zwischen nominaler und realer Entwicklung bei Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs, der bedeutendsten Warengruppe unter den Ernährungsgütern, am größten (— 11 bzw. + 1,6 %). Die Importe von Genußmitteln erhöhten sich dem tatsächlichen Wert nach im Vergleichszeitraum um 3,2 %, dem Volumen nach um 1,8 %

Bei der Analyse der Wareneinfuhr im Bereich der Gewerblichen Wirtschaft treten zwei gegenläufige Entwicklungen deutlich hervor: Während die Importrechnung der Bundesrepublik Deutschland für gewerbliche Rohstoffe und Halbwaren im Berichtsjahr durch den Ölpreisverfall und die Abwertung des Dollar — gemessen am Jahresdurchschnitt des amtlichen Devisenkurses ermäßigte sich die US-Währung gegenüber der DM binnen Jahresfrist um gut 26 % — deutlich entlastet wurde, setzte sich der langfristige Trend steigender Fertigwarenimporte auch 1986 fort.

Nachdem die Einfuhr von Enderzeugnissen 1984 und 1985 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr wertmäßig um 12 bzw. 9,2 % zugenommen hatte, erhöhte sie sich im Berichtsjahr „nur“ noch um 3,3 %. Die Verlangsamung des nominalen Wachstums — im Jahresdurchschnitt der letzten fünf Jahre betrug es 5,7 % — war jedoch ausschließlich auf niedrigere Durchschnittswerte zurückzuführen (— 4,5 %). Real stiegen die Importe von Enderzeugnissen mit 8,2 % erneut überdurchschnittlich an. Auch bei den importierten Vorerzeugnissen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 7,7 % verbilligten, war das Einfuhrvolumen mit 7,2 % deutlich höher als 1985. Nominal ergab sich dagegen ein leichter Rückgang um 1,0 %.

Gravierende Veränderungen wurden 1986 bei der Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren registriert. Die Dominanz der erwähnten Preiseinflüsse führte dazu, daß sich die Importrechnung der Bundesrepublik Deutschland für beide Warengruppen, die sich im wesentlichen aus Energieträgern zusammensetzen, im Berichtsjahr um 46 bzw. 31 % reduzierte. In absoluten Zahlen ausgedrückt entsprach dies einer Wertminderung bei der Einfuhr von Rohstoffen und bei der Einfuhr von Halbwaren um jeweils 26,6 Mrd. DM. Infolge der enormen Verbilligung dieser Bezüge aus dem Ausland — die Einfuhrdurchschnittswerte für Rohstoffe sanken innerhalb eines Jahres um 47 %, die für Halbwaren um 34 % — kam es im Vergleich zum Vorjahr zwar zu einem Anstieg des Importvolumens, allerdings nicht in dem Ausmaß, wie es die Preissenkung hätte erwarten lassen. Die importierte Menge an Halbwaren erhöhte sich um 5,2 %, die an Rohstoffen sogar nur um 2,1 %. Die Tatsache, daß selbst gravierende Preisrückgänge bei diesen Warengruppen keine entsprechende Mengenreaktion auslösten, belegt eindrucksvoll, daß die Energieverbraucher in der Bundesrepublik Deutschland auf die beiden Ölpreisschübe in den siebziger Jahren mit Sparmaßnahmen und Substitutionsprozessen von längerfristiger Wirkung reagiert haben.

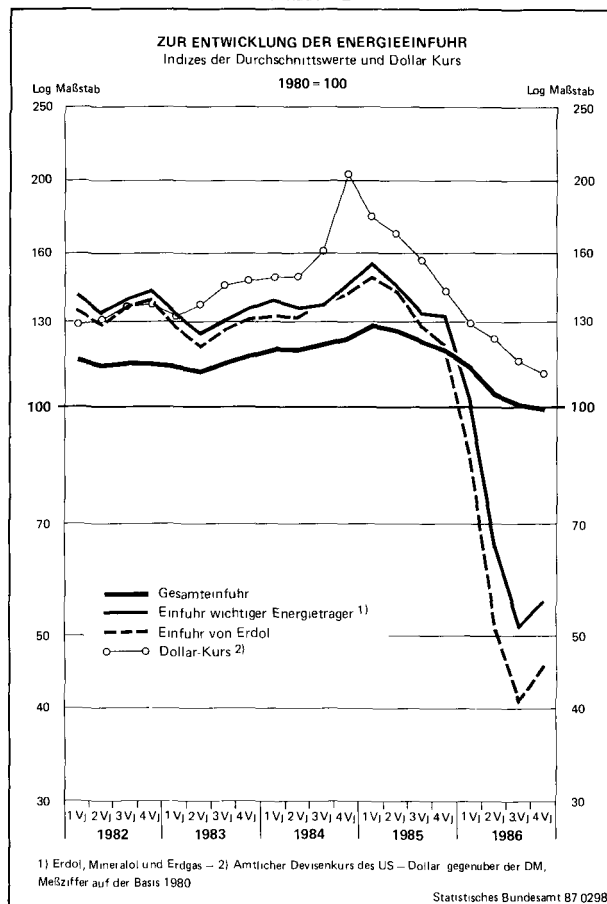
Tabelle 2: Einfuhr von Erdöl, roh¹⁾

Jahr Vierteljahr Monat	Menge Mill t	Wert Mill DM	Durchschnittswert DM je t	Veränderung ²⁾		
				Menge	Wert	Durchschnittswert
				%		
1976	97,7	23 825	244	+ 10,5	+ 20,8	+ 9,4
1977	96,3	23 537	244	- 1,4	- 1,2	± 0,0
1978	94,4	19 970	212	- 2,0	- 15,2	- 13,1
1979	107,4	29 895	279	+ 13,8	+ 49,7	+ 31,6
1980	96,9	44 168	456	- 9,8	+ 47,7	+ 63,4
1981	79,3	49 107	620	- 18,2	+ 11,2	+ 36,0
1982	72,5	44 712	616	- 8,5	- 8,9	- 0,6
1983	65,2	37 771	579	- 10,1	- 15,5	- 6,0
1984	66,9	41 663	622	+ 2,6	+ 10,3	+ 7,4
1985	64,2	39 918	622	- 4,1	- 4,2	± 0,0
1986	66,6	16 951	255	+ 3,7	- 57,5	- 59,0
1986 1 Vj	16,5	6 492	393	- 5,8	- 46,0	- 42,7
2 Vj	16,4	3 787	231	+ 4,4	- 63,0	- 64,6
3 Vj	17,9	3 353	187	+ 14,0	- 63,6	- 68,1
4 Vj	15,8	3 318	211	+ 3,3	- 60,7	- 61,9
Oktober	5,3	1 068	203	- 4,5	- 65,2	- 63,6
November	5,1	1 092	212	+ 5,8	- 59,8	- 62,1
Dezember	5,4	1 158	216	+ 9,6	- 56,4	- 60,3

¹⁾ Warenuntergruppe II A 18 — ²⁾ Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Unter den Rohstoffbezügen haben die Importe von Erdöl im Berichtsjahr deutlich an Gewicht verloren. Ihr Anteil an den gesamten Rohstoffeinfuhren, der 1985 noch knapp 70 % betragen hatte, verringerte sich auf 55 %. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, lag der Gesamtwert der Erdöleinfuhr 1986 um 58 % unter dem Vorjahresergebnis. Die importierte Menge stieg infolge der noch stärker rucklauffigen Preisentwicklung um 3,7 %. Der durchschnittliche Grenzübergangswert je Tonne Rohöl, der in den beiden Vorjahren mit jeweils 622 DM seinen bisherigen Jahreshöchststand erreicht hatte, fiel im Berichtsjahr um fast 60 % auf 255 DM zurück. Unter dem Druck einer deutlichen Ausweitung des Rohölangebots, die mit den Auseinandersetzungen im OPEC-Kartell um die zukünftige Ölpolitik zusammenhing, beschleunigte sich die Talfahrt des Ölpreises in

Schaubild 2



den ersten Monaten des Jahres 1986 und setzte sich bis in den August fort. Nachdem sich die OPEC-Länder über neue Förderquoten und Richtpreise geeinigt hatten, kam es gegen Jahresende wieder zu einem leichten Anstieg des Grenzübergangswertes (siehe dazu auch Schaubild 2). Verstärkt wurde die Verbilligung der deutschen Ölimporte im Berichtsjahr durch die Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar. Auf Basis der US-Währung sank der Durchschnittswert für eine Tonne Mineralöl binnen Jahresfrist um 45 % auf 117 Dollar.

In der Gliederung der Einfuhren nach Herkunfts-bereichen entsprechend dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (siehe Tabelle 3 und S 97* f. im Tabellenteil) kam es im Berichtsjahr zu folgenden Ergebnissen. Die Einfuhren von bergbaulichen Erzeugnissen — dazu zählen vor allem Erdöl und Erdgas — gingen gegenüber 1985 nominal um 48 % zurück. Da sich die Einfuhrdurchschnittswerte um 47 % ermaßigten, zeigte sich in realer Rechnung nur eine geringe Veränderung (— 0,5 %).

Mit der Ausweitung der inländischen Produktion erhöhten sich die Bezüge von Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes real um 6,9 %. Wegen des Rückgangs der Durchschnittswerte war der Gesamtwert dieser Einfuhren um 16 % niedriger als 1985. Die Importe von chemischen Erzeugnissen, der bedeutendsten Gütergruppe in diesem Bereich, stiegen real um 4,9 % (nominal — 8,3 %). Bemerkenswert war der Anstieg des Einfuhrvolumens bei den Mineralöl-

Schaubild 3

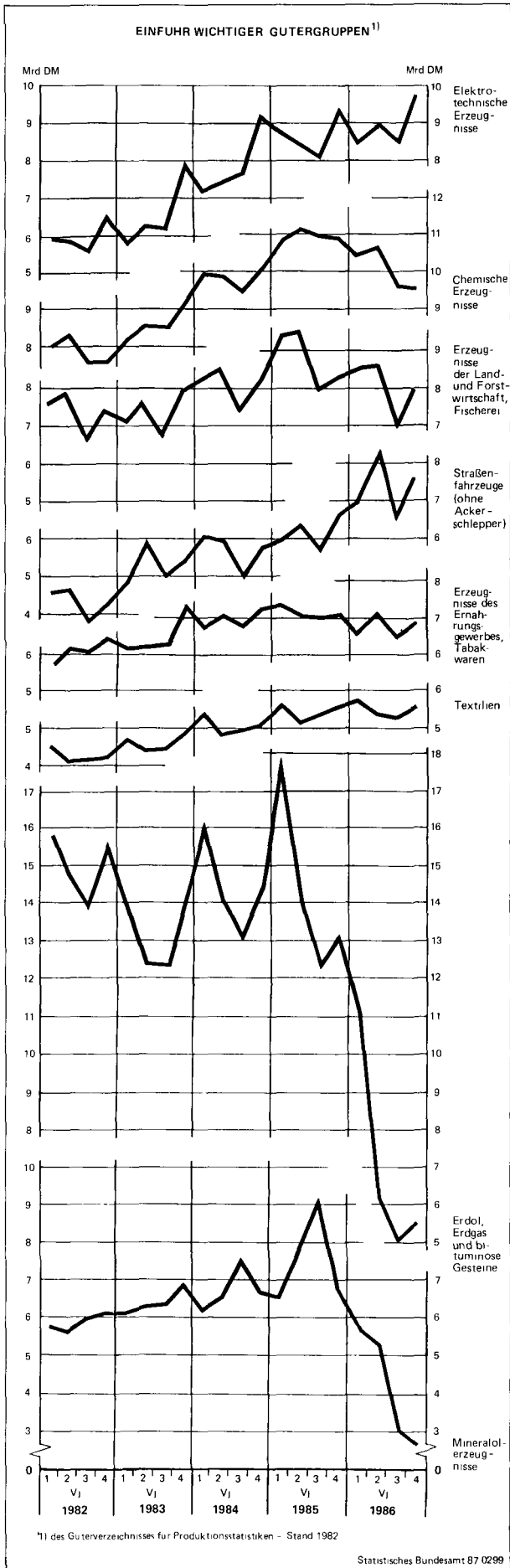


Tabelle 3 Einfuhr nach wichtigen Gütergruppen bzw. -zweigen ¹⁾

Warenbenennung	1986	1985	Anteil an der Gesamteinfuhr 1986	1986 gegenüber 1985
	Mill DM			
Chemische Erzeugnisse	40 158	43 773	9,7	- 8,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	35 616	34 596	8,6	+ 2,9
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 114	35 221	7,8	- 8,8
Straßenfahrzeuge	29 377	24 629	7,1	+ 19,3
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	27 834	57 288	6,7	- 51,4
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	26 952	28 543	6,5	- 5,6
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Acker-schleppern)	23 602	22 062	5,7	+ 7,0
Textilien	22 038	21 648	5,3	+ 1,8
Mineralöl-erzeugnisse	16 672	30 166	4,0	- 44,7
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	15 014	17 839	3,6	- 15,8
Bekleidung	14 636	13 523	3,5	+ 8,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	14 514	14 917	3,5	- 2,7
Eisen und Stahl	13 552	14 507	3,3	- 6,6
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10 059	10 229	2,4	- 1,7
Luft- und Raumfahrzeuge	9 334	12 120	2,3	- 23,0
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	6 864	6 713	1,7	+ 2,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	6 832	6 699	1,7	+ 2,0
Kunststofferzeugnisse	6 372	6 020	1,5	+ 5,8
Schuhe	4 899	4 746	1,2	+ 3,2
Gummiwaren	4 460	4 126	1,1	+ 8,1
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Fullhalter u. a.	4 163	3 948	1,0	+ 5,4
Steine, Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	4 159	4 166	1,0	- 0,2
Holzwaren	3 928	3 877	0,9	+ 1,3
Sonstige Waren	40 595	42 455	9,8	- 4,4
Insgesamt	413 744	463 811	100	- 10,8

¹⁾ Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982

erzeugnissen. Die Importe von Mineralöl-erzeugnissen, die dem Wert nach um 45 % abnahmen, erhöhten sich der Menge nach um gut 12 % (siehe Tabelle 4). Dieses Ergebnis dürfte einerseits auf den Rückgang der Durchschnittswerte um 51 %, andererseits auf den andauernden Substitutionsprozeß zugunsten bereits veredelter Produkte, wie zum Beispiel Benzin, leichtes Heizöl usw., zurückzuführen sein. Die Einfuhren von NE-Metallen und -Metallhalbzeug,

Tabelle 4 Einfuhr von Mineralöl-erzeugnissen ¹⁾

Jahr Vierteljahr Monat	Menge	Wert	Durchschnittswert	Veränderung ²⁾		
				Menge	Wert	Durchschnittswert
				%		
	Mill t	Mill DM	DM/jet			
1976	40,5	11 439	283	+ 10,9	+ 23,4	+ 11,4
1977	39,0	10 905	279	- 3,6	- 4,7	- 1,4
1978	45,3	11 829	261	+ 16,2	+ 8,5	- 6,5
1979	38,9	17 896	460	- 14,2	+ 51,3	+ 76,2
1980	34,6	18 711	540	- 10,9	+ 4,6	+ 17,4
1981	32,2	21 701	674	- 7,0	+ 16,0	+ 24,8
1982	34,5	23 382	677	+ 7,1	+ 7,7	+ 0,4
1983	40,2	25 601	637	+ 16,5	+ 9,5	- 5,9
1984	40,3	26 880	668	+ 0,1	+ 5,0	+ 4,9
1985	44,5	30 166	677	+ 10,6	+ 12,6	+ 1,3
1986	49,5	16 672	337	+ 11,2	- 44,7	- 50,2
1986 1 Vj	12,0	5 685	474	+ 34,8	- 12,6	- 35,2
2 Vj	15,9	5 300	333	+ 43,0	- 31,2	- 51,9
3 Vj	11,9	3 054	258	- 15,4	- 66,7	- 60,6
4 Vj	9,8	2 633	269	- 7,1	- 61,1	- 58,2
Oktober	3,2	870	273	- 12,4	- 63,6	- 58,5
November	3,2	860	271	- 20,9	- 67,1	- 58,4
Dezember	3,4	904	264	+ 18,9	- 49,0	- 57,2

¹⁾ Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982 — ²⁾ Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

der drittgrößten Gütergruppe des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, erhöhten sich dem Volumen nach um 7,1 %; nominal sanken sie um knapp 16 %. Bei der Gütergruppe Eisen und Stahl hat sich der Anstieg des Einfuhrvolumens weiter abgeschwächt. Von 1985 auf 1986 stiegen diese Importe real nur um 1,8 % (nominal - 6,6 %).

Infolge der Belebung der inländischen Nachfrage nahmen die Importe von Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes kräftig zu, und zwar nominal um 3,3 % und real um 7,2 %. Eine hohe nominale und reale Zuwachsrate verzeichnete insbesondere die Einfuhr von Straßenfahrzeugen (+ 19 bzw. + 17 %). Entgegen der allgemeinen Entwicklung stiegen hier die Einfuhrdurchschnittswerte um 2,4 %. Auch die Importe von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen erhöhten sich real mit gut 16 % weit überdurchschnittlich (nominal - 2,7 %). Etwas niedriger fielen die Zuwachsraten bei Maschinenbauerzeugnissen (real + 9,3 %, nominal + 7,0 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 7,6 bzw. + 2,9 %) aus.

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland wurde 1986 vor allem von der anziehenden Verbrauchsnachfrage getragen. Entsprechend stark erhöhten sich die Einfuhren von Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (nominal + 3,7 %, real + 11 %). Die Bezüge von Textilien und Bekleidung, den beiden größten Gütergruppen in diesem Bereich, lagen nominal um 1,8 bzw. 8,2 % und real um 12 bzw. 17 % über den entsprechenden Werten des Vorjahres. Die höchste reale Zuwachsrate verzeichnete die Gütergruppe Musikinstrumente, Spielwaren usw. mit gut 18 % (nominal + 5,4 %).

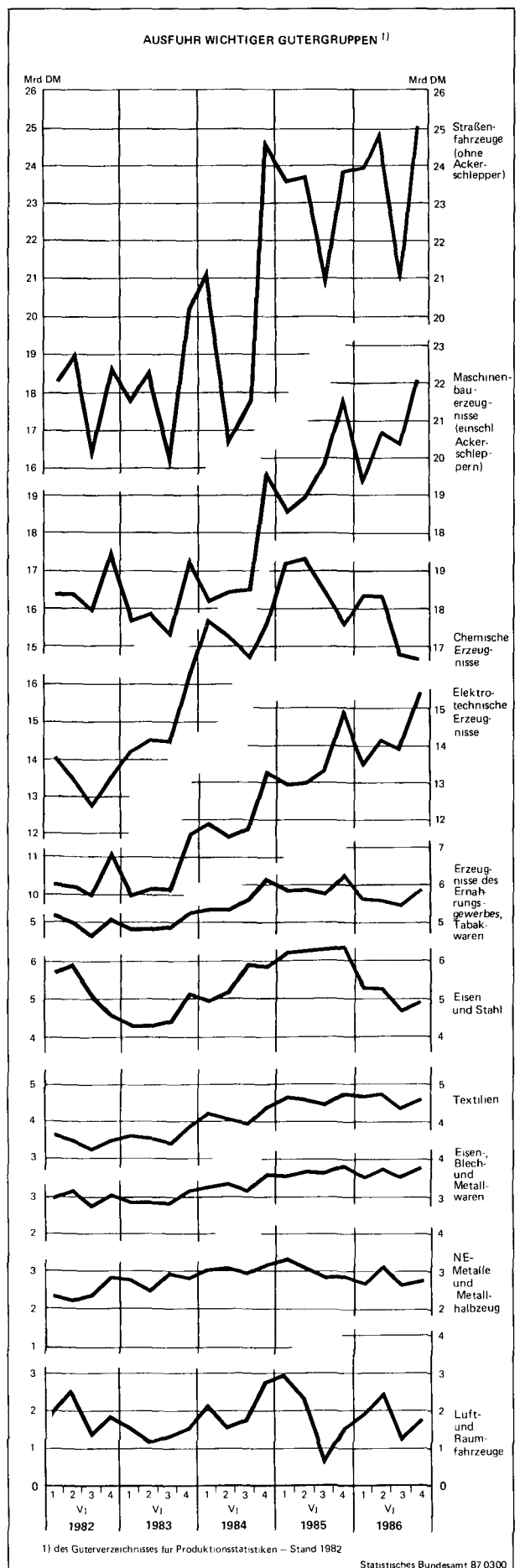
Entwicklung der Ausfuhren nach Waren

Die Exporte von Gütern der Ernährungswirtschaft sanken von 1985 auf 1986 dem Wert nach um 2,5 %, was jedoch ausschließlich auf rückläufige Durchschnittswerte (- 11 %) zurückzuführen war. Real erhöhten sich diese Ausfuhren um 9,3 % (siehe Tabelle 1). Lediglich bei der Ausfuhr von Genußmitteln, die in den letzten Jahren stets überdurchschnittliche reale Zuwachsraten verzeichnet hatte, lag das Volumen unter dem Vorjahresstand (- 1,8 %).

Im Bereich der Gewerblichen Wirtschaft wies die Ausfuhr von Halbwaren mit - 25 % die höchste negative Veränderungsrate auf; real ermäßigten sich die Exporte dieser Warengruppe, bei stark rückläufigen Durchschnittswerten (- 19 %), um 7,9 %. Ganz ähnlich verhielt es sich mit den Rohstoffexporten, die dem Wert nach um 15 %, der Menge nach um 9,7 % abnahmen. Beide Warengruppen weisen im übrigen jedoch nur einen geringen Anteil an der Gesamtausfuhr auf (1986. 7,2 %).

Da die Ausfuhr von Fertigwaren, die wegen ihres hohen Exportanteils (1986. 86,9 %) die Entwicklung der Gesamtausfuhr dominiert, wertmäßig nahezu auf dem Niveau des Vorjahres stagnierte (+ 0,3 %), konnten die Exporteinbußen bei den Rohstoffen und Halbwaren nicht kompensiert werden. Die Ausfuhr von Enderzeugnissen, die 1985 noch um 12 % zugenommen hatte, erhöhte sich nominal nur

Schaubild 4



noch um 1,8 %. Die reale Zuwachsrate betrug 2,1 %. Bei der Ausfuhr von Vorerzeugnissen beruhte die negative Veränderungsrate (— 5,5 %) überwiegend auf niedrigeren Durchschnittswerten (— 6,2 %); das Ausfuhrvolumen stieg um 0,7 %.

Tabelle 5: Ausfuhr nach wichtigen Gütergruppen bzw. -zweigen¹⁾

Warenbenennung	1986	1985	Anteil an der Gesamtausfuhr 1986	1986 gegenüber 1985
	Mill DM			
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	94 890	91 911	18,0	+ 3,2
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	82 376	78 945	15,7	+ 4,3
Chemische Erzeugnisse	70 125	74 667	13,3	- 6,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	56 943	54 265	10,8	+ 4,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	22 560	23 626	4,3	- 4,5
Eisen und Stahl	20 241	24 998	3,8	- 19,0
Textilien	18 356	18 311	3,5	+ 0,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	14 667	14 644	2,8	+ 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	13 439	13 247	2,6	+ 1,4
Kunststoffzeugnisse	11 447	10 670	2,2	+ 7,3
NE-Metalle und -Metallhalbzweig	11 122	12 064	2,1	- 7,8
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	10 734	10 484	2,0	+ 2,4
Bekleidung	7 677	7 341	1,5	+ 4,6
Luft- und Raumfahrzeuge	7 340	11 310	1,4	- 35,1
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 540	6 360	1,2	+ 2,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	5 902	6 136	1,1	- 3,8
Gummiwaren	5 085	4 947	1,0	+ 2,8
Holzwaren	4 936	4 762	0,9	+ 3,7
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	4 910	4 780	0,9	+ 2,7
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u. a.	4 522	4 658	0,9	- 2,9
Druckereierzeugnisse, Vervielfältigungen	4 262	4 097	0,8	+ 4,0
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	3 968	4 070	0,8	- 2,5
Papier- und Pappwaren	3 938	3 858	0,7	+ 2,1
Sonstige Waren	40 583	47 011	7,7	- 13,7
Insgesamt	526 363	537 164	100	- 2,0

¹⁾ Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982

In der Gliederung der Ausfuhr nach Herkunftsbe-
reichen (siehe Tabelle 5 und S. 97* f. im Tabellenteil)
zeigte sich, daß die für den deutschen Export wichtigsten
Gütergruppen, nämlich die Erzeugnisse des In-
vestitionsgüter produzierenden Gewer-
bes, im Jahr 1986 noch relativ gut abschnitten. Die Liefe-
rungen dieser Waren an das Ausland erhöhten sich nomi-
nal um 1,9 % und real um 1,5 %. Der Export von Straßen-
fahrzeugen, der 1984 und 1985 einen wahren Boom erlebt
hatte, erreichte 1986 zwar nicht die hohen Wachstumsra-
ten der beiden Vorjahre, stieg mit nominal 3,2 % und real
2,0 % aber immer noch überdurchschnittlich an. Auch die
Exporteure von Maschinenbauerzeugnissen und elektro-
technischen Erzeugnissen konnten trotz der wechselkurs-
bedingten Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition
ihre Lieferungen an das Ausland weiter steigern. Bemer-
kenswert ist außerdem der mit 22 % außergewöhnlich
hohe Anstieg des Ausfuhrvolumens bei Büromaschinen,
Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. Wegen
der stark rückläufigen Durchschnittswerte (— 17 %) ergab
sich in nominaler Rechnung allerdings nur ein Plus von
1,4 %.

Analog zur Einfuhr war auch die Entwicklung der Exporte
des Grundstoff- und Produktionsgüter-
gewerbes im Berichtsjahr durch einen deutlichen
Rückgang der Durchschnittswerte gekennzeichnet. Davon
betroffen waren nicht nur Mineralölzeugnisse (— 41 %),
sondern insbesondere auch NE-Metalle und -Metallhalb-
zeug (— 15 %) sowie Spalt- und Brutstoffe (— 11 %). Wäh-
rend bei den Mineralölzeugnissen trotz der Verbilligung
auch die exportierte Menge abnahm (— 12 %), kam es bei
den beiden anderen Gütergruppen zu einer kräftigen Men-
genreaktion (+ 8,7 bzw. + 20 %). Die Lieferungen chemi-
scher Erzeugnisse — der größten Gütergruppe in diesem
Bereich —, deren Exportwachstum sich bereits 1985 ab-
geschwächt hatte, lagen nominal um 6,1 % unter dem
Vorjahresniveau. In realer Rechnung ergab sich jedoch
immerhin noch ein Anstieg um 1,9 %. Der seit 1985 anhal-
tende Trend steigender Exporte von Eisen und Stahl setzte
sich im Berichtsjahr nicht fort. Die Exporteure dieser Er-
zeugnisse mußten vielmehr drastische Einbußen hinneh-
men (nominal — 19 %, real gut — 10 %).

Nahezu alle Branchen des Verbrauchsgüter pro-
duzierenden Gewerbes profitierten von der Er-
holung der Verbrauchskonjunktur in wichtigen Industrie-
ländern. Die höchste Zuwachsrate verzeichneten Kunst-
stoffzeugnisse mit nominal + 7,3 % und real + 8,3 %.
Die Ausfuhr von Textilien und Bekleidung stieg dem Wert
nach um 0,2 bzw. 4,6 %, der Menge nach um 2,7 bzw. 6,6 %.
Im Bereich der Konsumgüterindustrie fielen lediglich die
Exporte von Musikinstrumenten, Spielwaren usw. (nomi-
nal — 2,9 %), Schuhen (— 6,0 %) und Leder (— 6,5 %)
niedriger aus als 1985. Bei Schuhen und Leder ging zudem
das Ausfuhrvolumen deutlich zurück, und zwar um 5,9 bzw.
6,2 %.

Die Exporte von Erzeugnissen der Land- und
Forstwirtschaft, Fischerei sowie von ge-
werblichen Ernährungsgütern erhöhten sich
real um 14 bzw. 7,2 %. Bei niedrigeren Durchschnittsw-
erten (— 9,6 bzw. — 11 %) verzeichneten erstere nominal
einen Anstieg um 2,8 %, während die Ausfuhr von Ernäh-
rungsgütern dem Wert nach um 4,5 % zurückging.

Warenstruktur des Außenhandels

Die sektorale Grobstruktur der Außenhandelsströme ist in
normalen Jahren kurzfristig relativ stabil. Erst im längerfri-
stigen Vergleich, und da auch nur auf der Einfuhrseite,
zeigen sich Verschiebungen innerhalb der Warengrup-
pen. Von 1985 auf 1986 fuhrte jedoch die Verbilligung der
Energieeinfuhr im Zusammenspiel mit der DM-Aufwertung
zu gravierenden Veränderungen in der Warenstruktur der
Einfuhr. Insbesondere das Gewicht der Rohstoffbezü-
ge hat sich stark verschoben. Ihr Anteil am Gesamtwert der
Einfuhren ging von gut 13 % im Jahr 1984 auf 7,5 % im
Berichtsjahr zurück (siehe Tabelle 6). Aufgrund der be-
schriebenen Entwicklung haben auch die Importe von
Halbwaren 1986 deutlich an Bedeutung verloren. In erster
Linie als Reflex auf die Entwicklung in diesen beiden Wa-
rengruppen erhöhte sich der Anteil der Fertigwaren von
54 % im Jahr 1984 auf 63 % im Berichtsjahr. Der Anteil der

Tabelle 6: Warenstruktur des Außenhandels

Warenbereich	Prozent					
	Einfuhr			Ausfuhr		
	1984	1985	1986	1984	1985	1986
Verwendungsbereich/ Verarbeitungsgrad						
Ernährungswirtschaft	12,6	12,5	13,2	5,5	5,2	5,2
Gewerbliche Wirtschaft	85,9	85,9	84,8	93,9	94,2	94,1
Rohstoffe	13,4	12,4	7,5	1,7	1,6	1,4
Halbwaren	18,7	18,7	14,5	8,2	7,6	5,8
Fertigwaren	53,7	54,8	62,8	84,0	84,9	86,9
Vorerzeugnisse	13,1	13,3	14,7	17,4	17,3	16,6
Enderzeugnisse	40,6	41,5	48,1	66,5	67,7	70,3
Insgesamt ¹⁾	100	100	100	100	100	100
Herkunftsbereiche						
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7,5	7,6	7,8	1,3	1,2	1,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	6,4	6,2	6,5	4,6	4,4	4,3
Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Bergbauliche Erzeugnisse	15,0	14,1	8,3	1,9	1,6	0,9
Erzeugnisse des Grund- stoff- und Produktions- gütergewerbes	28,5	28,8	27,1	26,9	26,4	24,4
Erzeugnisse des Investi- tionsgüter produzie- renden Gewerbes	26,0	27,1	31,4	51,6	53,0	55,1
Erzeugnisse des Ver- brauchsgüter produ- zierenden Gewerbes	14,1	13,8	16,0	11,3	11,5	12,0
Sonstige Waren ²⁾	2,3	2,3	2,6	2,3	1,8	1,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

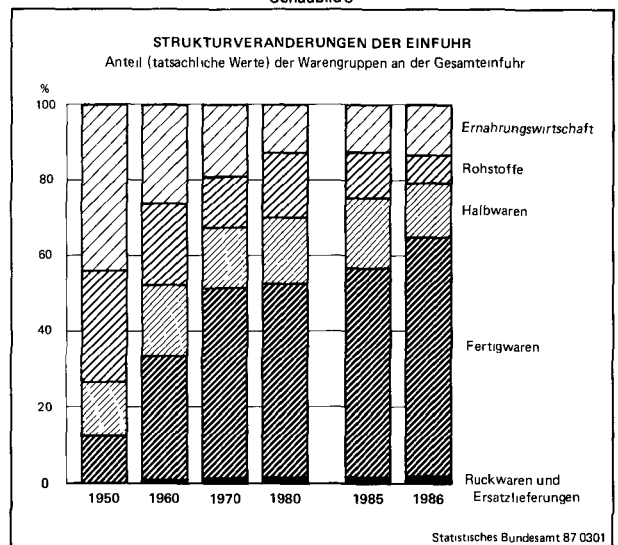
¹⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen – ²⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten

Importe von Ernährungsgütern hat sich in den letzten Jahren dagegen nur wenig verändert. Seit Anfang der achtziger Jahre entfallen etwa 13 % der Gesamteinfuhr auf diese Warengruppen.

Erst im längerfristigen Vergleich wird deutlich, daß sich die Einfuhr von Ernährungsgütern im Verhältnis zu der Gesamteinfuhr in den letzten Dekaden in mehreren Etappen drastisch verringert hat. Anfang der fünfziger Jahre lag die entsprechende Quote noch über 40 %, Mitte der sechziger Jahre etwa bei 25 %. Ähnlich verlief die Entwicklung im Bereich der Rohstoffeinfuhren, deren Anteil an der Gesamteinfuhr bis Mitte der sechziger Jahre relativ hoch war. Der langfristig abflachende Trend wurde allerdings durch die beiden Ölpreisschübe Mitte und Ende der siebziger Jahre vorübergehend unterbrochen. Die Entwicklung im Berichtsjahr läßt sich im übrigen nicht extrapolieren, denn mit möglicherweise weiter steigenden Ölpreisen würden auch die Rohstoffbezüge wieder an Bedeutung gewinnen. Konträr zu dem Anteilsverlust der Ernährungsgüter und der Rohstoffe stieg das Gewicht der eingeführten Fertigwaren kontinuierlich an. Große Anteilsverschiebungen vollzogen sich hier hauptsächlich in den sechziger Jahren. Schon im Jahr 1970 bestand die Hälfte aller Einfuhren aus Fertigwaren. Im Berichtsjahr belief sich die entsprechende Rate auf 63 %.

Im Vergleich zur Einfuhr war die Warenstruktur der Ausfuhr in der Gliederung nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft auch langfristig gesehen relativ konstant. Seit Anfang der sechziger Jahre entfiel auf die Fertigwaren ein Anteil von deutlich über 80 % der Gesamtausfuhr. Die Anteile der Exporte

Schaubild 5



von Rohstoffen und Halbwaren, die tendenziell abnahmen, betrug 1986 1,4 bzw. 5,8 %. Umgekehrt verhielt es sich mit den Exporten von Ernährungsgütern, deren Rate sich von etwa 3 % in den fünfziger und sechziger Jahren auf etwas über 5 % in den achtziger Jahren erhöhte.

In der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken hatten 1986 die Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit 31 % den größten Anteil an der Gesamteinfuhr. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren ergab sich eine ansteigende Tendenz (1984. 26 %, 1985. 27 %). Die wichtigsten Gütergruppen waren hier elektrotechnische Erzeugnisse (8,6 %), Straßenfahrzeuge (7,1 %) und Maschinenbauerzeugnisse (5,7 %).

Auf die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbes entfielen im Berichtsjahr nur noch 27 % aller Einfuhren (1984. 28 %, 1985. 29 %). Den Schwerpunkt bildeten hier chemische Erzeugnisse mit 9,7 %, Mineralölerzeugnisse mit 4,0 %, NE-Metalle und -Metallhalbzeug mit 3,6 % sowie Eisen und Stahl mit 3,3 %. Der Anteil bergbaulicher Erzeugnisse an der Gesamteinfuhr hat sich stark reduziert (von 14 % im Jahr 1985 auf 8,3 % im Berichtsjahr), was vor allem auf den Bedeutungsverlust der Gütergruppe Erdöl, Erdgas, bituminöse Gesteine zurückzuführen ist. Deren Anteil sank binnen Jahresfrist von gut 12 auf 6,7 %.

Während das Gewicht der Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes von 14 auf 16 % zugenommen hat, blieb der Anteil der Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie der gewerblichen Ernährungsgüter relativ stabil (knapp 8 bzw. gut 6 %).

Auf der Ausfuhrseite zählten die Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit Abstand zu den wichtigsten Gütern (55 %). An der Spitze der Ausfuhrangliste standen hier Straßenfahrzeuge (18 %), Maschinenbauerzeugnisse (16 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (11 %). Auf Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes entfielen 24 % der Gesamtausfuhr. In diesem Bereich trugen die Exporte von chemischen Erzeugnissen mit einem Anteil von 13 % und die Exporte von Eisen und Stahl mit 3,8 % zum Gesamtwert

der Ausfuhren bei. Der Anteil der Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes belief sich wie im Vorjahr auf 12 %

Außenhandelsbilanz nach Waren

Die höchsten Exportüberschüsse wurden 1986 — wie bereits in den vergangenen Jahren — im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Straßenfahrzeugen (65,5 Mrd. DM), Maschinenbauerzeugnissen (58,8 Mrd. DM), chemischen Erzeugnissen (30,0 Mrd. DM) und elektrotechnischen Erzeugnissen (21,3 Mrd. DM) erzielt (siehe Tabelle 7). Wie im Vorjahr waren diese vier Gütergruppen mit knapp 80 % am Brutto-Überschuß in Höhe von 218,2 Mrd. DM beteiligt. Unter den Gütergruppen mit den größten Überschüssen fiel der Aktivsaldo vor allem bei Maschinenbauerzeugnissen und elektrotechnischen Erzeugnissen deutlich höher aus als 1985, während er bei Eisen und Stahl sowie bei Straßenfahrzeugen kräftig zurückging.

Tabelle 7 Salden im Außenhandel

Gütergruppe bzw -zweig ¹⁾	1986		1985	
	Mill DM	%	Mill DM	%
Ausfuhrüberschuß für				
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	65 514	30,0	67 282	30,4
Maschinenbauerzeugnisse (einschl Ackerschleppern)	58 774	26,9	56 883	25,7
Chemische Erzeugnisse	29 966	13,7	30 894	13,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	21 326	9,8	19 669	8,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren	7 835	3,6	7 945	3,6
Eisen und Stahl	6 689	3,1	10 492	4,7
Kunststoff erzeugnisse	5 074	2,3	4 650	2,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	3 870	1,8	3 771	1,7
Druckereierzeugnisse, Vervielfältigungen	2 848	1,3	2 694	1,2
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	2 641	1,2	2 858	1,3
Ubrige Waren	13 697	6,3	14 548	6,6
Zusammen	218 234	100	221 685	100
Einfuhrüberschuß für				
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	27 379	25,9	54 530	36,8
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	25 573	24,2	28 861	19,5
Mineralerzeugnisse	13 443	12,7	23 973	16,2
Bekleidung	6 959	6,6	6 182	4,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	4 392	4,2	4 917	3,3
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	4 157	3,9	4 093	2,8
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	3 892	3,7	5 774	3,9
Textilien	3 682	3,5	3 337	2,2
Schuhe	3 608	3,4	3 372	2,3
Eisenerze	2 755	2,6	3 281	2,2
Ubrige Waren	9 775	9,3	10 011	6,7
Zusammen	105 616	100	148 332	100
Ausfuhrüberschuß insgesamt	112 619	x	73 353	x

¹⁾ Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982

Trotz der drastischen Verbilligung der Energieeinfuhr ergab sich auch 1986 der höchste Einfuhrüberschuß für die Gütergruppe Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine. Der Passivsaldo sank allerdings von 54,5 Mrd. DM im Jahr 1985 auf 27,4 Mrd. DM im Berichtsjahr. Auch die Passivsalde für Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (25,6 Mrd. DM) sowie für Mineralerzeugnisse (13,4 Mrd. DM) waren 1986 deutlich niedriger als 1985. Auf die drei Gütergruppen zusammen konzentrierten sich 63 % der gesamten Einfuhrüberschüsse. Ein Anstieg des Passivsaldos wurde für die Gütergruppen Bekleidung, Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe sowie für Textilien und Schuhe registriert.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Hellbruck-Schu

Luftverkehr 1986

Passagieraufkommen steigt weiter

Die seit einigen Jahren zu beobachtende Wachstumstendenz des Passagieraufkommens auf den Flugplätzen der Bundesrepublik Deutschland setzte sich, wenn auch abgeschwächt, im Jahr 1986 fort. Mit insgesamt 42,9 Mill. Fluggästen lag das Beförderungsergebnis im gewerblichen Luftverkehr um 2,8 % höher als im Vorjahr.

Der Inlandsverkehr nahm hierbei um 3,0 % auf 9,7 Mill. Personen zu; wegen des hohen Anteils an Geschäftsreisenden wurde hier der weitaus überwiegende Teil (92 %) der Reisenden im Linienverkehr befördert. Im Gegensatz zur allgemein positiven Entwicklung des inländischen Luftverkehrs mußte im Berlinverkehr mit 3,4 Mill. Passagieren ein leichter Verkehrsrückgang (— 0,7 %) hingenommen werden.

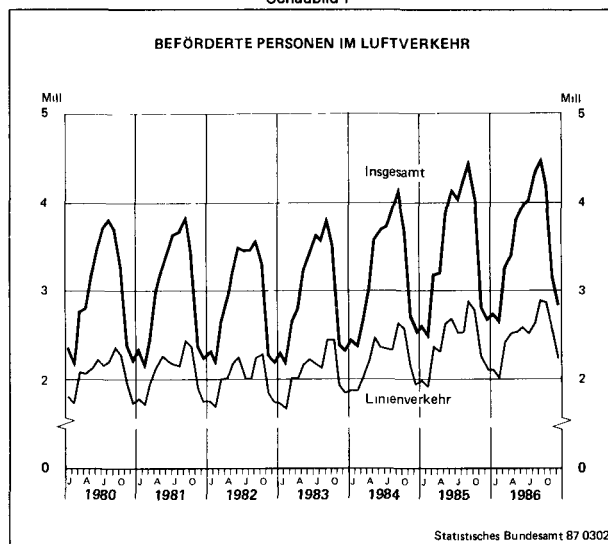
Die für Flugreisen typischen großen Entfernungen hatten zur Folge, daß rund drei Viertel aller Passagiere mit diesem Verkehrsmittel ein ausländisches Reiseziel anfliegen. Die Anzahl der Einsteiger stieg um 3,2 % auf 16,2 Mill. und die der Aussteiger um 2,9 % auf 16,3 Mill. Fluggäste. Zur Vereinfachung der Beurteilung der Verkehrsströme im grenzüberschreitenden Verkehr werden in den folgenden Vergleichen nur die 16,2 Mill. Einsteiger dargestellt; die dort zu beobachtende Entwicklung gilt analog für die Auslandsaussteiger, da es sich bei Flugreisen fast ausschließlich um Hin- und Rückreisen handelt.

Tabelle 1: Personenbeförderung im Luftverkehr

Verkehrsart	1970	1980	1985	1986	1986 gegenüber 1985
	1 000 Personen				%
Verkehr innerhalb des Bundesgebietes	8 028,3	8 653,3	9 386,0	9 671,3	+3,0
Verkehr mit Berlin (West)	5 091,0	3 423,8	3 508,3	3 484,8	-0,7
Sonstiger Verkehr	2 937,3	5 229,5	5 877,7	6 186,5	+5,3
Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes	12 774,4	26 503,5	31 579,1	32 532,9	+3,0
Abgang	6 378,0	13 138,4	15 734,9	16 236,2	+3,2
Ankunft	6 396,4	13 365,2	15 844,2	16 296,7	+2,9
Durchgangsverkehr	573,3	722,2	742,9	679,0	-8,6
Insgesamt	21 340,0	35 879,1	41 708,1	42 883,3	+2,8
Linienverkehr	15 972,0	24 751,6	28 920,4	29 836,3	+3,2
Gelegenheitsverkehr	5 368,0	11 127,5	12 787,7	13 047,0	+2,0
dar Pauschalflugreiseverkehr	3 620,0	8 693,9	10 326,8	10 745,3	+4,1

Der internationale Linienverkehr hatte mit 10,1 Mill. Einsteigern (+ 3,4 %) einen Anteil von 62 % am grenzüberschreitenden Verkehr. Im innereuropäischen Verkehr wurden hierbei 6,9 Mill. Fluggäste (+ 3,7 %) gezählt. Der Passagierstrom im Nordatlantikverkehr blieb dagegen mit 2,8 Mill. Linienpassagieren nahezu unverändert (+ 0,2 %).

Schaubild 1



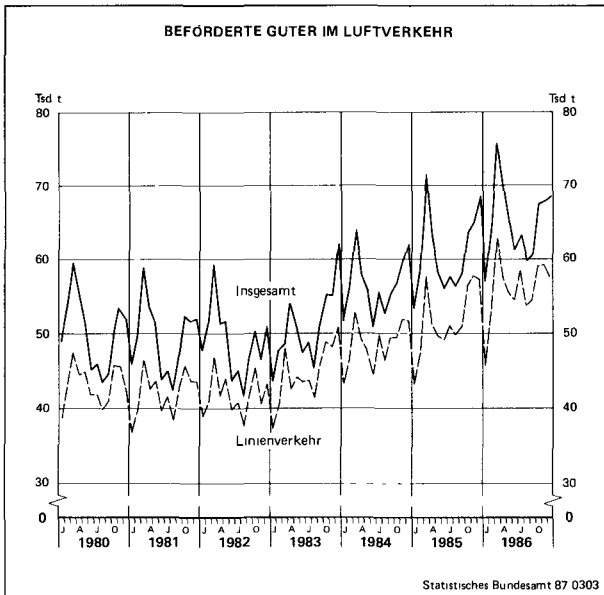
Ein Anstieg des Linienaufkommens auf 1,0 Mill. Passagiere (+ 4,8 %) wurde im Verkehr nach Asien registriert. Während in Richtung Nahost die Zahl der Fluggäste nach dem Iran auf 78 200 Personen (— 12 %) absank, konnten im Fernostverkehr Verkehrsgewinne insbesondere nach Hongkong mit einem Plus von 15 % auf 78 000 Passagiere und nach der Volksrepublik China mit + 17 % auf 43 700 Einsteiger erzielt werden.

Im Rahmen des auf Urlauberbeförderung spezialisierten Pauschalflugreiseverkehrs konnten wieder mehr Fluggäste zu einer Ferienreise mit dem Flugzeug gewonnen werden. Mit insgesamt 5,3 Mill. Pauschalfluggästen stieg das Aufkommen im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 %. Mit einem Anteil von 52 % blieb Spanien mit 2,7 Mill. Personen (+ 3,7 %) das von deutschen Flughäfen aus bei weitem am häufigsten angeflogene Ferienzziel. Die relativ größten Verkehrsgewinne wurden in Europa allerdings für Flüge in die Türkei mit einem Anstieg um 93 % auf 176 700 Fluggäste und nach Portugal mit einem Plus von 25 % auf 131 400 Feriengäste registriert. Damit haben sich die Urlauberströme in den letzten zwei Jahren in die Türkei mehr als versechsfacht und nach Portugal annähernd verdoppelt. Große Verluste erlitten — insbesondere durch die Ereignisse in Tschernobyl verursacht — die Touristenziele in den Ostblockstaaten; so flogen nur noch 73 200 Feriengäste (— 24 %) nach Bulgarien und das Aufkommen an Fluggästen nach Rumänien war mit nur noch 29 300 Personen nicht halb so hoch wie im Vorjahr (— 52 %).

Afrika als Ferienzziel wählten insgesamt 448 400 Fluggäste des Pauschalverkehrs (+ 5,6 %). Das nordafrikanische Tunesien blieb mit 262 800 Urlaubern (+ 8,8 %) das Hauptziel, gefolgt von Marokko mit 90 200 Feriengästen (— 0,0 %). In Nahost wurde Israel von 68 300 Pauschalfluggästen angeflogen (+ 1,3 %) und in Richtung Fernost reisten 29 700 nach Sri Lanka (+ 2,1 %) und 13 200 nach Thailand (— 11 %).

In den übrigen Charterarten wurden noch 803 200 Fluggäste (— 8,5 %) befördert. Die meisten unter ihnen reisten im Nordatlantik-Charterverkehr, der — bedingt durch das Ausbleiben zahlreicher amerikanischer Touristen — um 16 % auf 618 000 Fluggäste abnahm.

Schaubild 2



Luftfrachttransporte weiter im Aufwind

Der seit 1983 zu beobachtende Aufwärtstrend in der Luftfrachtnachfrage hielt auch im Berichtsjahr weiter an. Mit 779 700 t lag das Aufkommen der mit Flugzeugen von oder

Tabelle 2 Frachtbeförderung im Luftverkehr

Verkehrsart	1970	1980	1985	1986	1986 gegenüber 1985
	1 000 t				%
Verkehr innerhalb des Bundesgebietes	26,3	14,7	12,9	14,8	+ 14,1
Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes	217,7	458,4	570,2	580,7	+ 1,8
Versand	118,1	224,6	347,5	327,5	- 5,8
Empfang	99,6	233,8	222,7	253,2	+ 13,7
Durchgangsverkehr	71,4	130,5	158,1	184,2	+ 16,6
Insgesamt	315,5	603,5	741,2	779,7	+ 5,2

nach den elf ausgewählten deutschen Flughäfen transportierten Fracht um 5,2 % über dem Vorjahresergebnis. Die Entwicklung in den einzelnen Verkehrsarten verlief allerdings uneinheitlich; während im grenzüberschreitenden Verkehr die Empfangsmenge um 14 % auf 253 200 t anstieg, wurde im Versand ein Verkehrsrückgang von 5,8 % auf 327 500 t registriert. Die Hauptroute der Lufttransporte blieben die USA mit einem Anteil von 26 % am gesamten Luftfrachtmarkt. Auf den Israelverkehr entfielen rund 11 % der Güter, gefolgt von Japan (5,3 %) und Hongkong (3,7 %).

Der Durchgangsverkehr mit einer Umladung auf einem deutschen Flughafen stieg im gleichen Zeitraum um 22 % auf 137 600 t an; diese Zunahme ist größtenteils auf die Frachtdrehscheibenfunktion des Flughafens Frankfurt im internationalen Luftverkehr zurückzuführen. Die Durchgangsmenge ohne Umladung lag mit 46 700 t um 3,9 % höher als 1985.

Das Frachtaufkommen innerhalb des Bundesgebietes stieg um 14 % auf 14 800 t; diese Entwicklung wurde ins-

besondere durch den Einsatz größerer Maschinen gefördert, die im Anschlußverkehr Container des Interkontinentalverkehrs zu- oder abtransportieren können.

Das oben beschriebene Luftfrachtaufkommen der deutschen Verkehrsflughäfen entspricht allerdings nicht dem Gesamtaufkommen an Luftfrachttransporten, die für die deutsche Wirtschaft durchgeführt wurden, weil der Ersatzverkehr transkontinentaler Fracht von und zu den im benachbarten Ausland gelegenen Flughäfen in diesen Zahlen nicht enthalten ist. Hier ist insbesondere der zwischen dem Ruhrgebiet und dem Flughafen Amsterdam auf der Straße fließende Güterstrom zu nennen.

Luftpost

Auch die Luftpostbeförderung hat in den letzten Jahren zum Aufwärtstrend der gewerblichen Luftfahrt beigetragen. Mit 139 400 t Post lag das Beförderungsergebnis 1986 um 5,8 % höher als im Vorjahr.

Tabelle 3: Luftpostbeförderung

Verkehrsart	1970	1980	1985	1986	1986 gegenüber 1985
	1 000 t				%
Verkehr innerhalb des Bundesgebietes	32,5	47,8	53,1	59,9	+ 12,8
Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes	36,5	56,7	76,7	77,8	+ 1,4
Einladung	17,0	29,6	41,0	41,4	+ 1,0
Ausladung	19,5	27,1	35,7	36,3	+ 1,8
Durchgangsverkehr	2,4	2,4	2,0	1,7	- 11,3
Insgesamt	71,4	106,8	131,8	139,4	+ 5,8

Überdurchschnittlich stark stieg das Luftpostaufkommen im Verkehr innerhalb des Bundesgebietes, ein Plus von 13 % auf Inlandsstrecken ergab ein Aufkommen von 59 900 t Luftpost, die zur Beschleunigung der Zustellung — insbesondere im Nachtpostdienst — befördert wurde.

Die Steigerungsraten im internationalen Luftpostdienst lagen dagegen mit 1,0 % bei den Einladungen und 1,8 % bei den Ausladungen auf viel niedrigerem Niveau; in das Ausland wurden 41 400 t befördert und aus dem Ausland 36 300 t Luftpost eingeflogen.

Flugtätigkeit

Die Anzahl der gewerblichen Flüge in Verbindung mit allen deutschen Verkehrsflugplätzen des Bundesgebietes stieg im Jahr 1986 um 7,3 % auf insgesamt 973 300 Flüge.

Die gewerbliche Passagier- und Frachtbeförderung wurde allerdings fast ausschließlich (99 %) beim Flugbetrieb auf den elf ausgewählten Flugplätzen erbracht, auf diesen Flughäfen nahm die Flugtätigkeit um 7,8 % auf 638 700 Bewegungen zu. Auf den Inlandsverkehr entfielen dabei 236 700 Flüge (+ 7,3 %). Die Starts und Landungen in Verbindung mit ausländischen Flugplätzen nahmen im gleichen Zeitraum um 8,0 % auf 402 000 Flüge zu. Der Verkehr auf den 101 „sonstigen“ Flugplätzen nahm im Vergleich zu 1985 um 6,6 % auf 334 600 Bewegungen zu.

Tabelle 4: Flugtätigkeit¹⁾

Verkehrsart	1970	1980	1985	1986	1986 gegenüber 1985
	1 000 Flüge				%
Gewerblicher Verkehr					
innerhalb des Bundesgebietes	282,3	285,6	534,6	571,3	+ 6,9
der ausgewählten Flugplätze	194,9	214,2	220,6	236,7	+ 7,3
der sonstigen Flugplätze	87,4	71,4	314,0	334,6	+ 6,6
mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes					
Abgang	241,6	329,6	372,0	402,0	+ 8,0
Ankunft	120,8	164,9	186,3	201,4	+ 8,1
Insgesamt ...	523,9	615,2	906,7	973,3	+ 7,3
Linienverkehr					
Gelegenheitsverkehr	328,7	365,3	407,2	439,4	+ 7,9
dar: Pauschalflugreiseverkehr	182,6	239,1	492,9	527,2	+ 7,0
Überführungsflüge	47,1	70,6	73,7	75,4	+ 2,2
	12,6	10,8	6,6	6,7	+ 2,2

¹⁾ Infolge erhebungstechnischer Veränderungen sind die gewerblichen Schulfüge auf ausgewählten Flugplätzen ab 1980 und auf sonstigen Flugplätzen ab 1981 enthalten — Flüge zwischen ausgewählten und sonstigen Flugplätzen sind nur bei den ausgewählten Flugplätzen enthalten.

Verkehrsleistungen und Ladekapazitäten

Die Fluggesellschaften des In- und Auslandes, die am gewerblichen Verkehr der elf Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik Deutschland beteiligt waren, boten bei ihren Flügen über dem Bundesgebiet eine Transportkapazität von 2,8 Mrd. tkm an; das waren 7,0 % mehr als 1985. Die angebotene Personenbeförderungskapazität hatte mit 2,1 Mrd. tkm oder 20,8 Mrd. Sitzplatzkilometern (1 Sitzplatzkilometer = 0,1 tkm) den größten Anteil am Leistungsangebot.

Im Rahmen dieses Beförderungsangebotes wurde in der Passagierluftfahrt eine Beförderungsleistung von 1,3 Mrd. tkm (+ 2,7 %) erbracht; in der Frachtbeförderung war es eine Transportleistung von 302 Mill. tkm und bei der Postbeförderung eine Leistung von 38,7 Mill. tkm

Der durchschnittliche Auslastungsgrad der Flugzeuge lag mit 58 % um zwei Prozentpunkte unter dem Ergebnis des Vorjahres. Die darin enthaltene Personenbeförderungskapazität wurde dabei zu 63 % genutzt (1985: 64 %)

Luftfahrzeugbestand

Wie das Luftfahrt-Bundesamt bekanntgab, waren am Ende des Jahres 1986 insgesamt 8 114 motorisierte Luftfahrzeuge in der Luftfahrzeugrolle der Bundesrepublik Deutschland eingetragen; im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bestand um 154 Einheiten erhöht

Die gewerbliche Personen- und Frachtbeförderung wurde allerdings fast ausschließlich von den 191 Flugzeugen der Klasse A (Startgewicht über 20 t) durchgeführt; in dieser Größenklasse wurde der Flugzeugpark um 13 Einheiten aufgestockt. Das deutsche Unternehmen mit dem größten Flugzeugbestand war die Deutsche Lufthansa, die 15 Airbus, 21 Boeing 747, 26 Boeing 727, 50 Boeing 737 sowie elf DC 10 ihr eigen nannte.

Die verbleibenden 68 Maschinen der Klasse A wurden von acht deutschen Gesellschaften des Gelegenheitsverkehrs zu Flügen im Pauschalflugreiseverkehr und im Tramp- und

Anforderungsverkehr zum Personen- und Frachttransport eingesetzt.

Im Rahmen des Regionalverkehrs wurden noch die 83 Flugzeuge der Klassen B und C (5,7 bis 20 t) sowie teilweise die 493 Maschinen der Klassen I und F (2 bis 5,7 t)

Tabelle 5. Bestand an Luftfahrzeugen¹⁾

Stand jeweils 31. Dezember

Klasse ²⁾ /Hochstzulässiges Startgewicht	1970	1980	1985	1986
E Einmotorige Flugzeuge (bis 2 t)	2 868	5 592	5 466	5 482
G Mehrmotorige Flugzeuge (bis 2 t)	39	135	178	187
F Einmotorige Flugzeuge (über 2 bis 5,7 t)	11	4	4	6
I Mehrmotorige Flugzeuge (über 2 bis 5,7 t)	237	617	471	487
C Flugzeuge (über 5,7 bis 14 t)	38	59	63	78
B Flugzeuge (über 14 bis 20 t)	2	5	5	5
A Flugzeuge (über 20 t)	115	153	178	191
darunter mit				
Propellerturbine	9	7	12	11
Strahltriebwerke	100	146	166	180
H Drehflügler	126	366	414	436
L Luftschiffe	1	1	2	2
K Motorsegler	356	838	1 179	1 240
S Segelflugzeuge	3 582	5 984	6 536	6 656
Insgesamt	7 375	13 754	14 496	14 770

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt

¹⁾ Ohne Berlin — ²⁾ Diese Abgrenzung entspricht der beim Luftfahrt-Bundesamt verwendeten Kennzeichnung der Luftfahrzeuge nach Gewichtsklassen

genutzt. Die verbleibenden 7 347 kleineren motorisierten Maschinen waren an den Transportleistungen in der Luftfahrt so gut wie nicht beteiligt, sondern wurden von Firmen sowie Luftsportvereinen oder Privatpersonen genutzt.

Luftfahrtunternehmen

Der gewerbliche Verkehr im Bundesgebiet wurde von insgesamt 319 Unternehmen durchgeführt; 180 dieser Unternehmen waren in der Bundesrepublik Deutschland ansässig und 139 hatten ihren Gesellschaftssitz im Ausland.

Maßgeblich am gewerblichen Verkehr beteiligt waren von den 180 deutschen Gesellschaften neben der Deutschen Lufthansa (DLH) allerdings nur noch acht Luftfahrtunternehmen mit großem Fluggerät (über 20 t Startgewicht). Der internationale Linienverkehr wurde aufgrund von bilateralen Abkommen fast ausschließlich von der DLH gemeinsam mit 94 ausländischen Liniengesellschaften durchgeführt. Den grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr teilten sich die o. a. acht deutschen Gesellschaften mit 45 ausländischen Chartergesellschaften. Da in der internationalen Luftfahrt bilaterale Abkommen über Flugrechte üblich sind, wurden sowohl im Linienverkehr als auch im Charterverkehr die einzelnen Länder überwiegend von den deutschen Gesellschaften gemeinsam mit den Gesellschaften der jeweiligen Zielländer angefliegen.

Der Verkehr innerhalb des Bundesgebietes wurde — mit Ausnahme des Berlinverkehrs — grundsätzlich von der DLH durchgeführt. Innerdeutscher Gelegenheitsverkehr mit größeren Flugzeugen (über 20 t Startgewicht) betrieben nur noch acht deutsche Gesellschaften, die neben Zubringerdiensten im Pauschalflugreiseverkehr Bedarfsflüge zu festen Flugzeiten durchführten. Neben den bereits genannten neun Unternehmen waren nennenswert am gewerblichen Luftverkehr nur noch die elf Unternehmen mit Maschinen von 5,7 bis 20 t Startgewicht am überregionalen Bedarfs- und Taxiverkehr beteiligt.

Die verbleibenden 160 Unternehmen mit Flugzeugen bis 5,7 t (einschl. Hubschrauber) spielten bei der gewerblichen Personen- und Frachtbeförderung eine nur untergeordnete Rolle.

Die nachfolgenden Unternehmensangaben beziehen sich ausschließlich auf die deutschen Gesellschaften, die im Rahmen der Unternehmenserhebung erfaßt werden; entsprechende Angaben über ausländische Fluggesellschaften liegen nicht vor. Aus erhebungstechnischen Gründen können die nachstehenden Daten nur für das Jahr 1985 dargestellt werden. Die deutschen Unternehmen erzielten aus ihrer Luftfahrttätigkeit im Jahr 1985 einen Umsatz von insgesamt 12,2 Mrd. DM; das waren 8,4 % mehr als 1984. Mit 9,3 Mrd. DM (+ 6,6 %) wurde im Linienverkehr der größte Anteil am Gesamtumsatz erwirtschaftet. Die sieben Gesellschaften des Pauschal- sowie Tramp- und Anforderungsverkehrs erzielten mit 2,4 Mrd. DM Umsatz (+ 12 %) ein Fünftel der Erlöse. Die verbleibenden 172 Unternehmen setzten im gleichen Zeitraum 408 Mill. DM um (+ 32 %).

Die deutschen Luftverkehrsgesellschaften beschäftigten rund 38 200 Personen; davon waren 33 300 im Linienverkehr und 3 400 im Pauschal- sowie im Tramp- und Anforderungsverkehr tätig. In der übrigen Luftfahrt fanden rund 1 500 Personen Arbeit

Flugbetriebsunfälle über dem Bundesgebiet

Im Jahr 1986 ereigneten sich nach Mitteilung des Luftfahrt-Bundesamtes 237 Unfälle mit Personenschaden und 258 Unfälle mit nur Sachschaden. Bei diesen Unfällen wurden 75 Personen getötet und 229 verletzt. Diese Zahlen beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin.

Tabelle 6: Flugbetriebsunfälle in der Zivilluftfahrt¹⁾

Flugart	Unfälle mit Personenschaden ²⁾						Unfälle mit nur Sachschaden	
	Unfälle		dabei				1985	1986
	1985	1986	Getötete ³⁾		Verletzte			
Insgesamt	239	237	73	75	242	229	311	258
Gewerblicher Verkehr								
Linienverkehr	—	—	—	—	—	—	—	1
Gelegenheitsverkehr	2	8	3	3	—	7	8	9
Nichtgewerblicher Verkehr								
Privatlufthahrt ⁴⁾	137	130	55	51	149	121	213	164
Sonstiger Verkehr ⁵⁾	100	99	15	21	93	101	90	84

¹⁾ Ohne Berlin — ²⁾ Teilweise auch mit Sachschaden — ³⁾ An Unfallfolgen Verstorbene sind nicht erfaßt — ⁴⁾ Einschl. privatem Reise-, Sportmotor- und Segelflugbetrieb sowie Werksverkehr — ⁵⁾ Einschl. Schulfugbetrieb

Der weitaus überwiegende Teil der Unfälle ereignete sich im nichtgewerblichen Verkehr; hier wurden 229 Unfälle mit Personenschaden registriert, bei denen 72 Tote und 222 Verletzte zu beklagen waren. Bei 248 weiteren Unfällen kam es nur zu Sachschaden.

Die gewerbliche Luftfahrt erwies sich dagegen wieder als sehr sicheres Beförderungsmittel. Beim Linienverkehr ereignete sich kein einziger Unfall mit Personenschaden und nur ein Unfall mit Sachschaden wurde aufgenommen. Im gewerblichen Gelegenheitsverkehr wurden acht Personenschadensunfälle mit drei Toten und sieben Verletzten sowie neun Sachschadensunfälle gezählt.

Dipl.-Kaufmann Roland Fischer

Kranken- und Rentenversicherungsschutz der Bevölkerung

Ergebnis des Mikrozensus Juni 1985

Vorbemerkung

Der Bereich der sozialen Sicherung gehört seit der ersten Erhebung im Jahr 1957 zum festen Fragenbestand des Mikrozensus, weil der Mikrozensus die einzige Quelle ist, aus der sich Informationen über die soziale Sicherung im Familienzusammenhang gewinnen lassen¹⁾. Die gegenwärtige Diskussion um Änderungen der Rentengesetzgebung zeigt die große politische Bedeutung dieser Informationen. Auch das Mikrozensusgesetz 1985 sieht eine jährliche Erfassung der entsprechenden Tatbestände vor, so daß nach der Unterbrechung durch die Aussetzung des Mikrozensus in den Jahren 1983 und 1984 ab 1985 wieder jährliche Ergebnisse zum Kranken- und Rentenversicherungsschutz der Bevölkerung zur Verfügung stehen²⁾.

Die Fragen zur sozialen Sicherung im Mikrozensus ab 1985 entsprechen den bis 1982 gestellten: Es wird nach der Art der Krankenkasse bzw. -versicherung, dem Versicherungsverhältnis und dem Bestehen einer zusätzlichen privaten Krankenversicherung, dem Zweig der gesetzlichen Rentenversicherung und dem Versicherungsverhältnis gefragt. Ergänzend werden in dreijährigem Abstand, beginnend 1986, Fragen zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge gestellt. Im Mikrozensus werden die Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Versicherungsverhältnis in folgende vier Gruppen eingeteilt:

- in der Berichtswoche des Mikrozensus Pflichtversicherte,
- in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Pflichtversicherte (aber in der Berichtswoche nicht Pflichtversicherte),
- in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung freiwillig Versicherte (aber nicht Pflichtversicherte),
- in den letzten zwölf Monaten weder Pflicht- noch freiwillig Versicherte, die in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis ein Jahr vor der Erhebung als Pflichtversicherte oder freiwillig Versicherte Beiträge gezahlt haben und sich diese nicht erstatten ließen (sogenannte latent Versicherte).

¹⁾ Siehe dazu Herberger, L./Becker, B. „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Beschäftigtenstatistik und im Mikrozensus“ in WiSta 4/1983, S. 290 ff.

²⁾ Zum Mikrozensusgesetz 1985 sowie der Aussetzung 1983 und 1984 siehe Heidenreich, H.-J. „Mikrozensus und Erwerbstätigkeit im Juni 1985“ in WiSta 12/1986, S. 974 ff.

Die Einbeziehung der Fragen zur Kranken- und Rentenversicherung in das Erhebungsprogramm des Mikrozensus ermöglicht es, den Kranken- und Rentenversicherungsschutz in Verbindung mit einer Vielzahl weiterer Merkmale zu untersuchen und damit auch die Angaben aus den Geschäftsstatistiken der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherungen sowie die der privaten Krankenversicherungen zu ergänzen³⁾. Die Geschäftsstatistiken der gesetzlichen Krankenkassen weisen neben dem Mitgliederbestand Tatbestände wie Beitragssätze, Arbeitsunfähigkeits- und Krankenhausbehandlungsfälle u. ä., die der gesetzlichen Rentenversicherung zum Beispiel die Versicherungsdauer und erzielte Jahresentgelte nach. Der Mikrozensus liefert u. a. demographische und erwerbsstatistische Merkmale — auch im Haushalts- und Familienzusammenhang — der in der gesetzlichen Krankenversicherung bzw. Rentenversicherung Versicherten sowie der Personen, die einer privaten Krankenversicherung angehören, einen sonstigen Krankenversicherungsschutz beanspruchen können oder nicht kranken- bzw. rentenversichert sind.

Bei einem Vergleich der Auswertungsergebnisse des Mikrozensus und der Geschäftsstatistiken der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der gesetzlichen Rentenversicherung sind die methodischen Unterschiede, die unterschiedlichen Erhebungswege und für die Mikrozensusergebnisse — als Ergebnisse einer Stichprobe — Zufallsabweichungen der erhobenen Zahlen zu beachten⁴⁾. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in der Gegenüberstellung der Ergebnisse der Geschäftsstatistiken der gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Juni 1985 und des Mikrozensus vom Juni 1985 nach zusammengefaßten Kas- senarten wider, wie sie Tabelle 1 enthält.

Tabelle 1 Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Art des Versicherungsschutzes

Ergebnisse des Mikrozensus und der Geschäftsstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung
1 000

Krankenkasse/-versicherung	Geschäftsstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung (1. Juni 1985)	Mikrozensus (Berichtswoche 10 – 16. Juni 1985)
Pflicht- und freiwillig versicherte Mitglieder RVO-Kasse ¹⁾	25 432	24 874
Ersatzkasse	15 753	16 518
Als Rentner versicherte Mitglieder	9 679	8 356
	10 628	10 412
Insgesamt	36 060	35 287

¹⁾ Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkasse (einschl. der der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums), See-Krankenkasse, Innungskrankenkasse, Bundesknappschaft, Landwirtschaftliche Krankenkasse und ausländische Krankenkasse

Im folgenden wird zunächst auf den Kranken- und dann den Rentenversicherungsschutz eingegangen. Für beide Bereiche werden jeweils nach einem Überblick über die Versicherung der Gesamtbevölkerung insbesondere die Strukturen der versicherten Erwerbstätigen untersucht.

³⁾ Ergebnisse über die in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherten Personen wurden erstmals für das Jahr 1982 vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger veröffentlicht

⁴⁾ Da der relative Standardfehler für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 (d. h. für weniger als 50 Personen oder Fälle in der Stichprobe) für alle Merkmalsgruppen über $\pm 20\%$ hinausgeht, werden diese Ergebnisse wegen ihres geringen Aussagewertes nicht ausgewiesen und durch einen Schragstrich (/) ersetzt

Ergebnisse

Krankenversicherungsschutz

Rückgang der als Familienmitglieder Mitversicherten

Die längerfristige Entwicklung des Krankenversicherungsschutzes der Bevölkerung verdeutlicht ein Vergleich der

Tabelle 2. Bevölkerung nach Art der Krankenkasse/-versicherung und Art des Versicherungsschutzes

Ergebnisse des Mikrozensus
Stand Mai 1976 und Juni 1985

Art der Krankenkasse/-versicherung	1976		1985		1985 gegenüber 1976
	1 000	%	1 000	%	
Gesetzliche Krankenversicherung Mitglieder ¹⁾	32 775	53,3	35 287	57,9	+ 7,7
als Familienmitglied Mitversicherte	22 802	37,1	19 159	31,4	- 16,0
Private Krankenversicherung Mitglieder ¹⁾	2 555	4,2	3 443	5,6	+ 34,8
als Familienmitglied Mitversicherte	1 928	3,1	1 692	2,8	- 12,2
Sonstiger Versicherungsschutz ²⁾	1 260	2,0	1 190	2,0	- 5,5
Nicht krankenversichert	223	0,4	215	0,4	- 3,5
Insgesamt	61 542	100	60 987	100	- 0,9
dar unter 15 Jahre	12 924	21,0	8 968	14,7	- 30,6

¹⁾ Pflicht- und freiwillig sowie als Rentner Versicherte — ²⁾ Freie Helfersorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistenden, anspruchsberechtigt als Sozialhilfeempfänger, Kriegsschadenrentner oder Empfänger von Unterhalt aus dem Lastenausgleich

Mikrozensus-Ergebnisse von 1985 und 1976⁵⁾. Während der Anteil der Mitglieder, also der pflichtversicherten, frei-

⁵⁾ Als Vergleichsjahr wurde 1976 herangezogen, da 1975 kein Mikrozensus, sondern nur eine EG-Arbeitskräftefestichprobe durchgeführt worden war, die keine Fragen zum Krankenversicherungsschutz enthielt

willig und als Rentner versicherten Personen, der gesetzlichen Krankenversicherung an der gesamten Bevölkerung im Juni 1985 57,9 % betrug, hatte er sich im Mai 1976 erst auf 53,3 % belaufen (siehe Tabelle 2). Dagegen waren im Juni 1985 nur noch 31,4 % gegenüber 37,1 % im Mai 1976 als Familienmitglied bei einem Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert. In privaten Krankenkassen waren im Mai 1976 7,3 % der Bevölkerung versichert gewesen, im Juni 1985 lag dieser Anteil bei 8,4 %. Auch hier stehen sich eine Abnahme der Zahl der als Familienmitglieder Mitversicherten und eine Zunahme der Zahl der freiwillig Versicherten gegenüber. Der Anteil der nicht krankenversicherten Personen war im Juni 1985 mit 0,4 % gegenüber dem Mai 1976 unverändert.

Ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Zahl der als Familienmitglied Mitversicherten ist in der demographischen Entwicklung zu sehen. Waren im Mai 1976 etwa 12,9 Mill. Personen unter 15 Jahren festgestellt worden, so gehörten im Juni 1985 nur noch knapp 9,0 Mill. Personen dieser Altersgruppe an. Zudem dürfte auch die verstärkte Erwerbsbeteiligung der Frauen zum Rückgang des Anteils der als Familienmitglieder Mitversicherten beigetragen haben⁶⁾.

Fast 90 % der Bevölkerung in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert

Die Untergliederung der Bevölkerung nach der Art der Krankenkasse bzw. -versicherung zeigt, daß im Juni 1985

⁶⁾ Zur Veränderung in der Erwerbsbeteiligung siehe auch Heidenreich, H. J., a.a.O., S. 980, sowie Mayer, H.-L. „Umschichtung der Erwerbsbevölkerung“ in WiSta 10/1983, S. 784 f

Tabelle 3. Bevölkerung 1985 nach Art der Krankenkasse/-versicherung und Beteiligung am Erwerbsleben

Ergebnis des Mikrozensus
Stand Juni 1985

Art der Krankenkasse/-versicherung	Insgesamt		Erwerbstätige		Erwerbslose		Nichterwerbspersonen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt								
Gesetzliche Krankenversicherung zusammen	54 446	89,3	23 480	88,2	2 187	91,7	28 779	90,0
RVO-Kasse ¹⁾	38 369	62,9	15 728	59,1	1 634	68,5	21 007	65,7
Ersatzkasse	16 077	26,4	7 752	29,1	553	23,2	7 772	24,3
Private Krankenversicherung	5 135	8,4	2 482	9,3	59	2,5	2 594	8,1
Sonstiger Versicherungsschutz ²⁾	1 190	2,0	651	2,4	132	5,5	408	1,3
Nicht krankenversichert	215	0,4	14	0,1	7	0,3	194	0,6
Insgesamt	60 987	100	26 626	100	2 385	100	31 975	100
Männer								
Gesetzliche Krankenversicherung zusammen	25 393	87,1	13 972	85,2	1 076	91,4	10 345	89,3
RVO-Kasse ¹⁾	18 674	64,0	10 310	62,9	885	75,2	7 480	64,6
Ersatzkasse	6 719	23,0	3 662	22,3	191	16,3	2 865	24,7
Private Krankenversicherung	2 787	9,6	1 776	10,8	19	1,6	992	8,6
Sonstiger Versicherungsschutz ²⁾	876	3,0	644	3,9	77	6,6	155	1,3
Nicht krankenversichert	107	0,4	10	0,1	/	/	92	0,8
Zusammen	29 162	100	16 402	100	1 177	100	11 584	100
Frauen								
Gesetzliche Krankenversicherung zusammen	29 054	91,3	9 508	93,0	1 111	92,0	18 434	90,4
RVO-Kasse ¹⁾	19 695	61,9	5 418	53,0	750	62,0	13 527	66,3
Ersatzkasse	9 359	29,4	4 090	40,0	362	29,9	4 907	24,1
Private Krankenversicherung	2 348	7,4	706	6,9	40	3,3	1 602	7,9
Sonstiger Versicherungsschutz ²⁾	314	1,0	7	0,1	55	4,5	253	1,2
Nicht krankenversichert	109	0,3	/	/	/	/	102	0,5
Zusammen	31 825	100	10 225	100	1 209	100	20 391	100

¹⁾ Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkasse (einschl. der der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums), See-Krankenkasse, Innungskrankenkasse, Bundesknappschaft, Landwirtschaftliche Krankenkasse und ausländische Krankenkasse — ²⁾ Freie Helfersorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistenden, anspruchsberechtigt als Sozialhilfeempfänger, Kriegsschadenrentner oder Empfänger von Unterhalt aus dem Lastenausgleich

etwa 38,4 Mill. Personen in einer RVO-Kasse⁷⁾ und rund 16,1 Mill. in einer Ersatzkasse versichert bzw. als Familienmitglied mitversichert waren (siehe Tabelle 3). Somit entfielen auf die gesetzliche Krankenversicherung insgesamt etwa 54,4 Mill. Personen (89,3 %). Privat versichert (einschl. mitversicherter Familienmitglieder) waren etwa 5,1 Mill. (8,4 %), sonstigen Versicherungsschutz konnten etwa 1,2 Mill. (2,0 %) Personen beanspruchen. Einen Anspruch auf diesen sonstigen Versicherungsschutz haben u. a. Personen, die der Freien Heilfürsorge der Polizei, der Bundeswehr und der Zivildienstleistenden unterliegen, sowie Sozialhilfeempfänger. Damit besteht für nahezu die gesamte Bevölkerung Krankenversicherungsschutz (99,6 %). Die Unterscheidung nach der Beteiligung am Erwerbsleben ergibt nur geringe Abweichungen des Anteils der in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten der drei nachgewiesenen Gruppen. Allerdings waren die Erwerbstätigen mit 29,1 % zu einem deutlich höheren Teil in einer Ersatzkasse und mit 9,3 % öfter in der privaten Krankenversicherung versichert als die Erwerbslosen mit 23,2 bzw. 2,5 % und die Nichterwerbspersonen mit 24,3 bzw. 8,1 %. Von den rund 7,8 Mill. in einer Ersatzkasse versicherten Erwerbstätigen waren etwa 4,1 Mill. Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 40,0 % aller weiblichen Erwerbstätigen, während von den männlichen Erwerbstätigen nur 22,3 % in einer Ersatzkasse versichert waren. Bei diesen lag dagegen der Anteil der privat Versicherten mit 10,8 % erheblich über dem der Frauen von 6,9 %. Von den Erwerbslosen waren 91,7 % in einer gesetzlichen Krankenkasse pflichtversichert (Bezieher von Arbeitslosengeld, -hilfe oder Unterhaltsgeld). 5,5 % hatten einen Anspruch auf sonstigen Versicherungsschutz, der u. a. Sozialhilfeempfängern zusteht. Die 215 000 nicht krankenversicherten Personen waren überwiegend Nichterwerbspersonen (194 000).

Erwerbstätige Männer häufiger privat versichert als weibliche Erwerbstätige

Von den 26,626 Mill. Erwerbstätigen im Juni 1985 waren nahezu alle (99,9 %) krankenversichert (siehe Tabelle 4). 88,2 % waren Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung, 9,3 % einer privaten Krankenversicherung und 2,4 % genossen einen sonstigen Krankenversicherungsschutz. Der bei den Männern mit 85,2 % niedrigere Anteil der in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten gegenüber dem der Frauen von 93,0 % ergibt sich aus den höheren Anteilen der privat Versicherten und der Personen mit sonstigem Krankenversicherungsschutz bei den Männern. Bei den Erwerbstätigen mit sonstigem Versicherungsschutz dürfte vor allem die Freie Heilfürsorge der Bundeswehr von Bedeutung sein, wie sich aus den hohen Anteilen von 8,6 % der unter 20jährigen und 11,5 % der 20- bis unter 30jährigen Männer mit sonstigem Krankenversicherungsschutz und dem äußerst geringen Anteil dieser Krankenversicherung bei den weiblichen Erwerbstätigen

⁷⁾ Zu den RVO-Kassen gehören Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkasse (einschl. der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost sowie des Bundesverkehrsministeriums), See-Krankenkasse, Innungskrankenkasse, Bundesknappschaft, Landwirtschaftliche Krankenkasse sowie ausländische Krankenkasse

Tabelle 4: Erwerbstätige 1985 nach Altersgruppen und Art der Krankenkasse/-versicherung

Ergebnis des Mikrozensus
Stand Juni 1985

Alter von bis unter Jahren	Insgesamt	Darunter		
		versichert in der		mit sonstigem Krankenversicherungsschutz ¹⁾
		Gesetzlichen Krankenversicherung	Privaten Krankenversicherung	
	1 000	%		
Insgesamt				
15 - 20	1 934	94,3	0,7	4,9
20 - 30	6 649	87,8	5,6	6,6
30 - 40	5 796	84,4	14,6	0,9
40 - 50	6 681	88,1	11,1	0,8
50 - 60	4 592	91,5	8,1	0,3
60 - 65	673	86,7	13,0	/
65 und mehr	302	84,4	15,3	/
Insgesamt	26 626	88,2	9,3	2,4
Männer				
15 - 20	1 097	90,7	0,6	8,6
20 - 30	3 770	82,5	6,0	11,5
30 - 40	3 626	82,2	16,4	1,4
40 - 50	4 254	85,6	13,2	1,2
50 - 60	3 027	89,9	9,5	0,5
60 - 65	451	84,5	15,2	/
65 und mehr	177	81,2	18,5	/
Zusammen	16 402	85,2	10,8	3,9
Frauen				
15 - 20	838	99,1	0,9	/
20 - 30	2 879	94,8	5,1	/
30 - 40	2 170	88,1	11,8	/
40 - 50	2 428	92,5	7,4	/
50 - 60	1 565	94,5	5,4	/
60 - 65	221	91,3	8,5	/
65 und mehr	124	89,0	10,6	/
Zusammen	10 225	93,0	6,9	0,1

¹⁾ Freie Heilfürsorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistenden, anspruchsberechtigt als Sozialhilfeempfänger, Kriegsschadenrentner oder Empfänger von Unterhalt aus dem Lastenausgleich

(0,1 %) ergibt. Der höhere Anteil der privat Versicherten bei den Männern (10,8 %) gegenüber den Frauen (6,9 %) ist in allen Altersgruppen bis auf die der unter 20jährigen festzustellen. Dies ist zum einen auf den höheren Anteil von Selbständigen und Beamten bei den männlichen Erwerbstätigen zurückzuführen. Diese Gruppen unterliegen (von einigen Ausnahmen bei den Selbständigen sowie denjenigen, die Versicherungsschutz aus der Freien Heilfürsorge beanspruchen können, abgesehen) keiner Versicherungspflicht, womit ihnen der Eintritt in eine private Krankenversicherung offensteht. Zum anderen verfügen die männlichen Angestellten im Durchschnitt über ein höheres Erwerbseinkommen als weibliche Angestellte, so daß ein größerer Teil der männlichen Angestellten durch das Überschreiten der Versicherungspflichtgrenze aus der Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung in eine private Krankenversicherung überwechseln bzw. bereits bei der Aufnahme der ersten Erwerbstätigkeit Mitglied einer privaten Krankenversicherung werden kann⁸⁾. Sowohl bei den Männern (16,4 %) als auch bei den Frauen (11,8 %) sind in der Altersgruppe von 30 bis unter 40 Jahren erheblich mehr Personen privat versichert, als es dem Durchschnitt entspricht. Dazu durften auch die zuvor im Hinblick auf die geschlechtsspezifischen Unter-

⁸⁾ Zum Einkommen siehe auch Heidenreich, H.-J., a a O., S. 984

schiede in der Erwerbstätigkeit genannten Gründe beitragen. Die hohen Anteile der in der privaten Krankenversicherung Versicherten bei den Erwerbstätigen ab 60 Jahren dürften auf den geringeren Anteil an Arbeitern und damit Pflichtversicherten in dieser Altersgruppe sowie den insbesondere bei den Erwerbstätigen ab 65 Jahren überdurchschnittlich hohen Anteil an Selbständigen zurückgehen.

Ein Drittel der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Erwerbstätigen gehört einer Ersatzkasse an

Die Altersgliederung der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Erwerbstätigen stimmt — entsprechend dem hohen Anteil der derart Versicherten — weitgehend mit der der Erwerbstätigen insgesamt überein (siehe Tabelle 5). Über die Hälfte der in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten war im Juni 1985 jünger als 40 Jahre (53,5 %), ein Viertel entfiel auf die Gruppe der 40- bis unter 50jährigen, und über ein Fünftel war älter als 50 Jahre. Von den in einer privaten Krankenversicherung versicherten Erwerbstätigen war knapp die Hälfte unter 40 Jahre und fast 30 % 40 bis unter 50 Jahre alt, der Anteil der über 50jährigen betrug für diese Versicherungsart ebenfalls etwa ein Fünftel.

Von den in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Erwerbstätigen gehörten zwei Drittel einer RVO-Kasse und ein Drittel einer Ersatzkasse an. Überdurchschnittlich viele in den RVO-Kassen Versicherte gab es bei den unter 20jährigen, den 50- bis unter 60jährigen und den über 64jährigen. Im Hinblick auf die 73,7 % unter 20jährigen in einer RVO-Kasse Versicherten ist zu berücksichtigen, daß in dieser Altersgruppe ein weitaus höherer Anteil an Arbeitern bzw. gewerblich Auszubildenden, die überwiegend in RVO-Kassen versichert sind, als an den Erwerbstätigen insgesamt, tätig ist. Während von den männlichen Erwerbstätigen fast drei Viertel in einer RVO-Kasse versichert waren, waren es bei den Frauen, die weitaus häufiger als Männer als Angestellte tätig sind, nur 57,0 %. Von den in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten weiblichen Erwerbstätigen im Alter von 20 bis unter 30 Jahren waren sogar mehr in einer Ersatzkasse als in den RVO-Kassen versichert. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil der in Ersatzkassen versicherten Frauen.

Die Darstellung der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Erwerbstätigen nach dem Versicherungsschutz zeigt einen Anteil der Pflichtversicherten von 83,2 % und der freiwillig Versicherten von 12,7 %. Als Familienmitglieder waren 3,2 % mitversichert, als Rentner 0,9 %. Der Nachweis der beiden letztgenannten Gruppen folgt aus dem im Mikrozensus verwendeten Erwerbskon-

Tabelle 5 Erwerbstätige 1985 nach Altersgruppen, Art der Krankenkasse/-versicherung sowie Art des Versicherungsschutzes
Ergebnis des Mikrozensus
Stand Juni 1985

von Alter bis unter Jahren	Insgesamt		Darunter waren versichert									
			in der Gesetzlichen Krankenversicherung								in der Privaten Kranken- versiche- rung	mit sonstigem Kranken- versiche- rungs- schutz ²⁾
			zusammen		Art der Krankenversicherung		Art des Versicherungsschutzes					
					RVO- Kasse ¹⁾	Ersatz- kasse	Pflicht- versichert	freiwillig versichert	als Rentner versichert	als Familien- mitglied mit- versichert		
1 000	%	1 000	%	% ³⁾						%		
Insgesamt												
15 – 20	1 934	7,3	1 824	7,8	73,7	26,3	98,4	0,4	/	1,1	0,6	14,6
20 – 30	6 649	25,0	5 838	24,9	64,7	35,3	94,4	4,0	/	1,6	15,0	67,0
30 – 40	5 796	21,8	4 891	20,8	63,1	36,9	81,9	14,7	/	3,4	34,2	8,3
40 – 50	6 681	25,1	5 888	25,1	66,4	33,6	77,6	18,1	0,2	4,2	29,8	7,7
50 – 60	4 592	17,2	4 201	17,9	72,3	27,7	77,4	17,9	0,6	4,1	15,0	2,3
60 – 65	673	2,5	583	2,5	65,3	34,7	59,0	26,7	7,8	6,5	3,5	/
65 und mehr	302	1,1	254	1,1	75,1	24,9	21,6	21,3	48,9	8,3	1,9	/
Insgesamt	26 626	100	23 480	100	67,0	33,0	83,2	12,7	0,9	3,2	100	100
Männer												
15 – 20	1 097	6,7	995	7,1	87,5	12,5	98,7	/	/	1,0	0,4	14,7
20 – 30	3 770	23,0	3 109	22,2	78,1	21,9	94,8	4,7	/	0,5	12,7	67,3
30 – 40	3 626	22,1	2 979	21,3	68,9	31,1	80,6	19,2	/	0,2	33,4	8,1
40 – 50	4 254	25,9	3 641	26,1	70,7	29,3	75,3	24,5	/	0,2	31,5	7,6
50 – 60	3 027	18,5	2 723	19,5	74,5	25,5	76,2	23,4	0,3	/	16,2	2,2
60 – 65	451	2,8	381	2,7	64,9	35,1	59,9	34,2	5,5	/	3,9	/
65 und mehr	177	1,1	144	1,0	73,8	26,3	21,5	25,7	52,6	/	1,8	/
Zusammen	16 402	100	13 972	100	73,8	26,2	81,6	17,3	0,8	0,3	100	100
Frauen												
15 – 20	838	8,2	830	8,7	57,2	42,8	98,2	/	/	1,3	1,1	/
20 – 30	2 879	28,2	2 729	28,7	49,4	50,6	94,0	3,2	/	2,8	20,9	/
30 – 40	2 170	21,2	1 912	20,1	54,1	45,9	83,8	7,7	/	8,4	36,1	/
40 – 50	2 428	23,7	2 247	23,6	59,4	40,6	81,2	7,8	0,3	10,7	25,4	/
50 – 60	1 565	15,3	1 479	15,6	68,2	31,8	79,7	7,7	1,0	11,5	12,0	/
60 – 65	221	2,2	202	2,1	66,0	34,0	57,3	12,5	12,0	18,2	2,7	/
65 und mehr	124	1,2	110	1,2	76,8	23,2	21,7	15,6	44,0	18,7	1,9	/
Zusammen	10 225	100	9 508	100	57,0	43,0	85,5	6,0	1,0	7,5	100	100

¹⁾ Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkasse (einschl. der der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums), See-Krankenkasse, Innungskrankenkasse, Bundesknappschaft, Landwirtschaftliche Krankenkasse und ausländische Krankenkasse — ²⁾ Freie Heilfürsorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistenden, anspruchsberechtigt als Sozialhilfempfänger, Kriegsschadentreter oder Empfänger von Unterhalt aus dem Lastenausgleich — ³⁾ Von Spalte 3

zept. Danach zählen alle Personen, die in der Berichtswoche erwerbstätig waren, unabhängig vom Umfang und dem durch diese Tätigkeit erzielten Einkommen, als Erwerbstätige. Zu diesen gehören deshalb auch Rentner, die neben dem Rentenbezug noch erwerbstätig sind, oder bei ihrem Ehemann mitversicherte Frauen, deren eigene Erwerbstätigkeit nach den sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen als geringfügige Beschäftigung gilt und deshalb keine Versicherungspflicht begründet. Eine Mitversicherung als Familienmitglied lag bei 7,5 % der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Frauen vor. Dieser Anteil nimmt mit dem Alter zu: Bei den 40- bis unter 50jährigen erreicht er 10,7 %, bei den 60jährigen und älteren beträgt er über 18 %. Dagegen war diese Form des Krankenversicherungsschutzes bei den erwerbstätigen Männern nur von sehr geringer Bedeutung (0,3 %). Demgegenüber waren Männer (17,3 %) weitaus häufiger als Frauen (6,0 %) freiwillig versichert. In der Altersgruppe der 40 bis unter 60 Jahre alten Personen belief sich dieser Anteil bei den Männern auf mehr als das Dreifache des entsprechenden Anteils der weiblichen Erwerbstätigen. Hierfür sind wohl ähnliche Gründe wie die bereits im Zusammenhang mit der häufigeren Versicherung der Männer in der privaten Krankenversicherung genannten ausschlaggebend.

Mehr als 10 % der Erwerbstätigen mit einer zusätzlichen privaten Krankenversicherung

Im Mikrozensus wird neben der „Grundsicherung“ in Form der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung auch das Bestehen einer zusätzlichen privaten Krankenversicherung erfragt. Zu diesen Versicherungen gehören beispielsweise Krankenhaustagegeld- und Krankenhauskostenversicherungen.

Im Juni 1985 lag der Anteil der Erwerbstätigen mit zusätzlichem privaten Krankenversicherungsschutz bei den in einer Ersatzkasse Versicherten (15,3 %) mehr als doppelt so hoch wie bei den in den RVO-Kassen Versicherten (7,5 %) (siehe Tabelle 6). Von den privat versicherten Erwerbstätigen hatten 16,5 % eine zusätzliche private Krankenversicherung, zum Beispiel um sonst nicht gedeckte Einkommensausfälle im Krankheitsfall zu vermeiden, abgeschlossen. In der gesetzlichen Krankenversicherung

verfügten die freiwillig versicherten Erwerbstätigen wesentlich häufiger über eine zusätzliche Krankenversicherung als die Pflichtversicherten (19,6 gegenüber 6,3 % in den RVO-Kassen und 25,8 gegenüber 11,9 % in den Ersatzkassen). Von den Erwerbstätigen insgesamt war von den Personen im Alter ab 30 Jahren mindestens jeder neunte zusätzlich privat versichert.

Rentenversicherung

90 % der Erwerbstätigen rentenversichert

Im Juni 1985 waren von den 52,019 Mill. Personen über 14 Jahren rund 31,7 Mill. (61,0 %) in der Rentenversicherung der Arbeiter (einschl. Handwerkerversicherung), der der Angestellten oder der Knappschaftlichen Rentenversicherung versichert (siehe Tabelle 7). Von den Versicherten stellten die in der Berichtswoche Pflichtversicherten mit etwa 21,2 Mill. (40,7 %) die größte Gruppe. In den letzten zwölf Monaten vor der Berichtswoche hatten rund 1,1 Mill. (2,2 %) Pflichtbeiträge und etwa 0,7 Mill. freiwillige Beiträge geleistet. Latent versichert waren etwa 8,8 Mill. (16,8 %). Von den 31,7 Mill. Mitgliedern in der gesetzlichen Rentenversicherung waren rund 17,1 Mill. (53,8 %) in der Rentenversicherung der Arbeiter und knapp 14,3 Mill. (45,0 %) in der Rentenversicherung der Angestellten versichert. (Wegen der verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl der Knappschaftlichen Rentenversicherung wird diese nicht in Aufgliederungen nach dem Versicherungszweig einbezogen.) Während von den Mitgliedern der Arbeiterrentenversicherung 59,7 % Männer waren, betrug der Anteil der Frauen in der Angestelltenversicherung 58,7 %. Sowohl in der Arbeiterrentenversicherung als auch in der Angestelltenversicherung waren zwei Drittel der Mitglieder in der Berichtswoche pflichtversichert. Der Anteil der latent Versicherten lag in beiden Versicherungszweigen bei deutlich mehr als einem Viertel (Rentenversicherung der Arbeiter: 28,2 %, der Angestellten: 27,1 %). Dementsprechend kam den beiden sonstigen Versicherungsverhältnissen nur geringes Gewicht zu.

Von den 31,7 Mill. Mitgliedern der gesetzlichen Rentenversicherung waren rund 24,0 Mill. (75,5 %) Erwerbstätige, etwa 1,8 Mill. (5,6 %) Erwerbslose und fast 6,0 Mill. (18,9 %) Nichterwerbspersonen. Damit waren im Juni 1985 90,0 %

Tabelle 6 Anteil der Erwerbstätigen mit einer zusätzlichen privaten Krankenversicherung an 100 Erwerbstätigen der jeweiligen Altersgruppe nach Art der Krankenkasse/-versicherung und Art des Versicherungsschutzes

Ergebnisse des Mikrozensus
Stand Juni 1985
Prozent

Alter von bis unter Jahren	Insgesamt	Darunter nach Art der Krankenkasse/-versicherung						
		RVO-Kasse ¹⁾²⁾	darunter		Ersatzkasse ²⁾	darunter		Private Krankenversicherung
			pflicht-versichert	freiwillig		pflicht-versichert	freiwillig	
15-20	4,5	4,4	4,3	/	5,0	4,9	/	/
20-30	8,0	6,9	6,7	13,6	9,2	8,8	14,8	14,1
30-40	11,9	8,6	7,4	18,7	15,4	13,4	21,0	16,3
40-50	12,8	8,1	6,4	21,0	19,8	15,5	27,7	17,4
50-60	11,1	6,9	5,2	19,9	19,9	14,6	28,7	17,4
60-65	15,5	9,4	7,0	21,5	26,8	19,2	33,8	16,3
65 und mehr	16,8	12,2	/	27,2	28,5	18,1	32,0	19,8
Insgesamt	10,6	7,5	6,3	19,6	15,3	11,9	25,8	16,5

¹⁾ Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkasse (einschl. der der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums), See-Krankenkasse, Innungskrankenkasse, Bundesknappschaft, Landwirtschaftliche Krankenkasse und ausländische Krankenkasse – ²⁾ Einschl. als Familienmitglied mitversichert

der Erwerbstätigen, 74,1 % der Erwerbslosen und 26,1 % der über 14jährigen Nichterwerbspersonen in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert. Von den versicherten Erwerbstätigen war mit etwa 21,2 Mill. (88,3 %) der weitaus größte Teil in der Berichtswoche pflichtversichert. Dagegen stellten bei den Erwerbslosen, denen Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld oder -hilfe nicht als Versicherungs-, sondern als Ausfallzeiten angerechnet werden, die latent Versicherten mit etwa 1,1 Mill. (61,9 %) den größten Anteil. In den letzten zwölf Monaten vor der Berichtswoche waren etwa 0,7 Mill. (37,2 % der versicherten) der Erwerbslosen pflichtversichert gewesen. Dies deutet darauf hin, daß ein Teil der Erwerbslosen bereits mehr als ein Jahr ohne (versicherungspflichtige) Arbeit war. Allerdings gehören zu den latent versicherten Erwerbslosen auch solche Personen, die nach einer längeren Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wieder einen Arbeitsplatz suchen. Dies können zum Beispiel Frauen sein, die die „Familienphase“ beenden wollen, oder Personen, die im Anschluß an eine frühere Erwerbstätigkeit einer weiteren Ausbildung nachgegangen waren.

Von den versicherten Nichterwerbspersonen waren mit etwa 5,6 Mill. die weitaus meisten latent versichert (92,6 %). Die meisten der so Versicherten waren Frauen (4,9 Mill.). Dieser hohe Anteil latent versicherter Frauen führt auch zu der mit 32,1 gegenüber 12,4 % deutlich höheren Versichertenquote der weiblichen Nichterwerbspersonen. Ein erheblicher Teil der latent versicherten Frauen war verheiratet und hat vermutlich aus familiären Gründen eine frühere Erwerbstätigkeit — zumindest vorübergehend — aufgegeben. Inwieweit ein Rentenanspruch bereits begründet

wurde, ist aus dem Mikrozensus nicht zu ermitteln, da die Versicherungszeit nicht erfragt wird. Allerdings könnte der Anteil der latent Versicherten mit Rentenanspruch gegenüber den früheren Jahren gestiegen sein, weil dazu seit dem 1. Januar 1984 bereits eine Versicherungszeit von 60 gegenüber zuvor 180 Monaten ausreicht.

Ein Drittel der pflichtversicherten Frauen zwischen 20 und 30 Jahre alt

Die pflichtversicherten Erwerbstätigen bildeten, wie bereits ausgeführt, die größte Gruppe der Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung. Ihre Verteilung auf die Arbeiterrenten- (53,7 %) und die Angestelltenversicherung (45,0 %) entsprach der aller Versicherten. 39,6 % der erwerbstätigen Pflichtversicherten waren Frauen (rund 8,4 Mill.). In der Angestelltenversicherung betrug der Anteil der weiblichen Pflichtversicherten 53,7 % (5,1 Mill.) (siehe Tabelle 7).

Die Aufgliederung der in der Berichtswoche rentenversicherungspflichtigen Erwerbstätigen nach dem Alter ergab für die Arbeiterrentenversicherung keine großen Unterschiede zwischen den versicherten Männern und Frauen (siehe Tabelle 8). Die größte relative Abweichung ist bei den 15- bis unter 20jährigen festzustellen. Auf diese Altersgruppe entfielen 10,3 % der weiblichen gegenüber 9,4 % der männlichen Mitglieder. Dagegen unterschied sich in der Angestelltenversicherung die Altersstruktur der pflichtversicherten Männer erheblich von der der Frauen. Von den männlichen Erwerbstätigen waren lediglich 4,8 % jünger als 20 Jahre, von den weiblichen dagegen 9,4 %.

Tabelle 7: Bevölkerung 1985 im Alter von 15 Jahren und mehr nach Art der gesetzlichen Rentenversicherung, Beteiligung am Erwerbsleben und Versicherungsverhältnis

Ergebnis des Mikrozensus
Stand Juni 1985
1000

Art der gesetzlichen Rentenversicherung Beteiligung am Erwerbsleben	Insgesamt	Darunter Pflichtmitglieder und Beitragszahler				
		zusammen	Pflichtbeiträge in der Berichtswoche	davon zählten		
				keine Pflichtbeiträge in der Berichtswoche, aber		
				in den letzten 12 Monaten Pflichtbeiträge	freiwillige Beiträge	nach dem 1 1 24 Pflicht- oder freiwillige Beiträge
Insgesamt						
Insgesamt ¹⁾	52 019	31 732	21 158	1 126	684	8 764
Arbeiterrentenversicherung	x	17 066	11 359	596	293	4 819
Angestelltenversicherung	x	14 294	9 518	519	386	3 870
Erwerbstätige ¹⁾	26 626	23 968	21 158	96	599	2 115
Erwerbslose ¹⁾	2 385	1 767	—	657	17	1 094
Nichterwerbspersonen ¹⁾	23 007	5 997	—	374	68	5 556
Männer						
Zusammen ¹⁾	24 583	16 396	12 788	565	492	2 552
Arbeiterrentenversicherung	x	10 193	8 130	367	209	1 487
Angestelltenversicherung	x	5 902	4 409	189	279	1 026
Erwerbstätige ¹⁾	16 402	14 668	12 788	65	472	1 342
Erwerbslose ¹⁾	1 177	863	—	348	8	507
Nichterwerbspersonen ¹⁾	7 005	866	—	152	11	703
Frauen						
Zusammen ¹⁾	27 436	15 336	8 370	562	192	6 212
Arbeiterrentenversicherung	x	6 874	3 229	230	83	3 332
Angestelltenversicherung	x	8 392	5 109	330	108	2 844
Erwerbstätige ¹⁾	10 225	9 300	8 370	31	127	773
Erwerbslose ¹⁾	1 209	904	—	309	9	587
Nichterwerbspersonen ¹⁾	16 003	5 132	—	222	57	4 853

¹⁾ Einschl. Knappschaftliche Rentenversicherung

Über ein Drittel der pflichtversicherten Frauen gehörte der Altersgruppe von 20 bis unter 30 Jahren an, von den Männern war es nur ein Fünftel. Demgegenüber war fast die Hälfte der Männer (49,0 %), aber nur etwas mehr als ein Drittel der Frauen (34,8 %) 40 Jahre und älter. Somit kommt auch in der Angestelltenversicherung die mit zunehmendem Alter absinkende Erwerbsbeteiligung der Frauen zum Ausdruck, die für die Frauen insgesamt ab 25 Jahren

Tabelle 8: Rentenversicherungspflichtige¹⁾ Erwerbstätige 1985 nach Altersgruppen und Art der gesetzlichen Rentenversicherung
Ergebnis des Mikrozensus
Stand Juni 1985

von Alter bis unter Jahren	Insgesamt		Männer		Frauen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Arbeiterrentenversicherung						
15 - 20	1 097	9,7	766	9,4	332	10,3
20 - 30	2 977	26,2	2 162	26,6	815	25,3
30 - 40	2 210	19,5	1 612	19,8	598	18,5
40 - 50	2 770	24,4	1 970	24,2	800	24,8
50 - 60	2 098	18,5	1 472	18,1	626	19,4
60 und mehr	207	1,8	149	1,8	58	1,8
Zusammen	11 359	100	8 130	100	3 229	100
Angestelltenversicherung						
15 - 20	689	7,2	211	4,8	479	9,4
20 - 30	2 643	27,8	883	20,0	1 760	34,5
30 - 40	2 248	23,6	1 156	26,2	1 092	21,4
40 - 50	2 342	24,6	1 235	28,0	1 108	21,7
50 - 60	1 372	14,4	784	17,8	587	11,5
60 und mehr	223	2,3	140	3,2	84	1,6
Zusammen	9 518	100	4 409	100	5 109	100

¹⁾ In der Berichtswoche Pflichtbeiträge gezahlt

festzustellen ist⁹⁾. Die demgegenüber gleichmäßigere Altersstruktur der in der Arbeiterrentenversicherung pflichtversicherten Frauen könnte durch die geringeren Einkommen von Arbeiterinnenfamilien, die eine Unterbrechung bzw. Aufgabe der Erwerbstätigkeit erschweren, beeinflusst sein.

In der Angestelltenversicherung waren 4,8 % der männlichen Versicherten unter 20 Jahre alt, in der Arbeiterrentenversicherung aber 9,4 %. Dies ist mit auf die unterschiedliche Dauer der schulischen Ausbildung von Angestellten und Arbeitern zurückzuführen.

Hälfte der weiblichen Nichterwerbspersonen rentenversichert

Von den etwa 11,2 Mill. Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 60 Jahren waren 6,6 Mill. oder 59,0 % nicht versichert (siehe Tabelle 9). Davon waren fast 2,5 Mill. Männer und etwa 4,1 Mill. Frauen. Somit waren 86,2 % der männlichen und 49,5 % der weiblichen Nichterwerbspersonen nicht versichert. Der entsprechende Anteil betrug bei den ledigen Frauen 94,5 % (1,8 Mill.) und bei den verheirateten 34,1 % (2,0 Mill.). Von den ledigen weiblichen Nichterwerbspersonen, die keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet hatten, waren 72,9 % unter 20 Jahre und 22,6 % zwischen 20 und 29 Jahren alt. Dabei dürfte es sich zum größten Teil um Frauen handeln, die sich noch in der Ausbildung (einschl. Hochschulstu-

dium) befanden, ohne bislang rentenversicherungspflichtig beschäftigt gewesen zu sein. Bei den Männern entfielen auf diese Altersgruppen 53,1 bzw. 25,6 %. Der gegenüber den Frauen geringere Anteil der unter 20jährigen ist mit darauf zurückzuführen, daß Wehr- und Zivildienstleistende für die Dauer ihres Dienstes versichert werden. Sowohl bei den Männern als auch bei den ledigen Frauen stellten die nicht Versicherten in jeder Altersgruppe den größten Anteil.

Die nicht versicherten verheirateten Frauen wiesen dagegen eine andere Altersstruktur auf. Nur 14,2 % waren jünger als 30 Jahre. Abgesehen von den unter 20jährigen war der Anteil der nicht Versicherten in jeder Altersklasse

Tabelle 9 Nichterwerbspersonen 1985 im Alter von 15 bis unter 60 Jahren nach Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung
Ergebnis des Mikrozensus
Stand Juni 1985
1 000

Alter von unter bis Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen	Darunter	
				ledig	verheiratet
Insgesamt					
15-20	2 712	1 328	1 383	1 357	26
20-30	2 173	801	1 373	487	860
30-40	1 625	119	1 506	36	1 418
40-50	1 951	135	1 816	29	1 694
50-60	2 706	512	2 195	54	1 832
Insgesamt	11 167	2 894	8 272	1 964	5 830
dar nicht rentenversichert					
15-20	2 695	1 324	1 371	1 352	19
20-30	1 328	639	690	419	264
30-40	480	73	407	22	372
40-50	669	92	577	22	516
50-60	1 415	368	1 047	40	818
Zusammen	6 588	2 496	4 092	1 855	1 989

kleiner als der der Versicherten. Von den 30- bis unter 40jährigen war mit etwa 370 000 nur etwas mehr als ein Viertel (26,2 %) nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert. Die meisten der verheirateten Frauen, die sich im Juni 1985 nicht am Erwerbsleben beteiligten, hatten bereits zuvor Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Inwieweit sie damit einen Anspruch auf eine eigene Rente erworben hatten, kann, wie oben erläutert, nicht festgestellt werden. Neben der geringeren Wartezeit wird aber auch die Anrechnung von Erziehungszeiten ab 1986 zu einem Anstieg der Zahl der nicht erwerbstätigen (und erwerbslosen) Frauen mit einem Rentenanspruch führen. Da diese Erziehungszeiten rentenbegründend wirken, können gegebenenfalls auch Frauen, die bisher nicht versichert waren, eine Rente beanspruchen.

Fast 40 % der Selbständigen pflicht- oder freiwillig versichert

Seit der Rentenreform 1972 können auch Selbständige, die, abgesehen von den Handwerkern und einigen anderen Gruppen, nicht rentenversicherungspflichtig sind, der gesetzlichen Rentenversicherung als Pflichtmitglieder beitreten. Im Juni 1985 waren 22,1 % der Selbständigen in der Berichtswoche pflichtversichert. Zehn Jahre zuvor waren es 8,1 % und im April 1982 20,9 % gewesen (siehe Tabelle 10). Ob zu dem Anstieg von 1982 auf 1985 auch die im

⁹⁾ Zur Erwerbsbeteiligung siehe auch Heidenreich, H.-J., a.a.O., S. 980

Tabelle 10: Selbständige nach Versicherungsverhältnis in der gesetzlichen Rentenversicherung

Ergebnisse der EG-Arbeitskräfteerhebung und des Mikrozensus
Stand: Mai 1975, April 1982, Juni 1985

Geschlecht	Insgesamt	Darunter	
		in der Berichtswoche Pflichtbeiträge gezahlt	weder z. Zt. noch in den letzten 12 Monaten Pflichtbeiträge, aber in den letzten 12 Monaten freiwillige Beiträge gezahlt
	1 000		%
Mai 1975			
Insgesamt	2 398	8,1	15,5
männlich	1 902	8,6	16,9
weiblich	496	6,0	10,5
April 1982			
Insgesamt	2 324	20,9	13,1
männlich	1 824	21,4	14,1
weiblich	500	18,8	9,4
Juni 1985			
Insgesamt	2 424	22,1	17,6
männlich	1 862	22,4	19,1
weiblich	562	21,2	12,8

Zusammenhang mit den geänderten Voraussetzungen für den Bezug von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten 1984 für ein halbes Jahr zusätzlich bestehende Möglichkeit, die Pflichtversicherung aufzunehmen, beigetragen hat, läßt sich nicht feststellen, zumal für die Jahre 1983 und 1984 keine Ergebnisse vorliegen. Anzunehmen ist allerdings, daß diese gesetzlichen Änderungen mit dazu beigetragen haben, daß 1985 mehr Selbständige als 1982 (und als 1975) freiwillig versichert waren, um ihren Anspruch auf Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente zu wahren. 1985 hatten 17,6 % der Selbständigen in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung mindestens einen freiwilligen Beitrag entrichtet, 1982 waren es 13,1 % gewesen. Von den männlichen Selbständigen waren 1985, wie in den Jahren zuvor, sowohl in der Pflicht- (22,4 %) als auch in der freiwilligen Versicherung (19,1 %) verhältnismäßig mehr Mitglieder als bei den weiblichen Selbständigen (21,2 bzw. 12,8 %). Dies wird u. a. darauf zurückzuführen sein, daß der Anteil der Männer an den Handwerkern, die für eine begrenzte Zeit pflichtversichert sind, den der Frauen deutlich übersteigt.

Dipl.-Volkswirt Bettina Sommer

Parafiskalische Sonderabgaben

Abgaben, die nicht als Steuern, Gebühren oder Beiträge zu klassifizieren sind und zur Finanzierung bestimmter Aufgaben dienen, werden in der finanzwissenschaftlichen Literatur als „parafiskalische Sonderabgaben“ bezeichnet. Kennzeichnend für diese Sonderabgaben ist es, daß für ihre Einziehung und Verwaltung meist selbständige Institutionen in der Form von Neben- oder Sonderhaushalten (auch Parafisci genannt) geschaffen wurden. Es finden sich aber auch Bezeichnungen wie Quasi-Steuern, Pfennigabgaben, Abgaben eigener Art und ähnliche. Sonderabgaben sind verstärkt in den sechziger und siebziger Jahren eingeführt worden.

Gegenwärtig wird wieder in zunehmendem Maße über Sonderabgaben diskutiert. So werden die Einführung einer Waldabgabe oder eines Waldpfennigs zur Bekämpfung des „sauren Regens“, eine Verpackungsabgabe zur

Finanzierung der Müllbeseitigung, eine Wärmeabgabe zur Verbesserung des Ausnutzungsgrades der eingesetzten Primärenergie, eine Arbeitsmarktabgabe oder eine Sonderabgabe für Besserverdienende zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine Maschinenabgabe oder ein Wertschöpfungsbeitrag zur Finanzierung der Rentenversicherung gefordert.

In diesem Beitrag wird über die bereits erhobenen Sonderabgaben, deren Zweck sowie die Aufkommensentwicklung in den letzten zehn Jahren berichtet. Dabei wird unterschieden zwischen Sonderabgaben, die in die öffentlichen Haushalte einfließen und damit finanzstatistisch erfaßt sind, und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist. Auf diese Weise wird zugleich ein Überblick über die im staatsnahen Bereich anfallenden öffentlichen Sonderabgaben vermittelt.

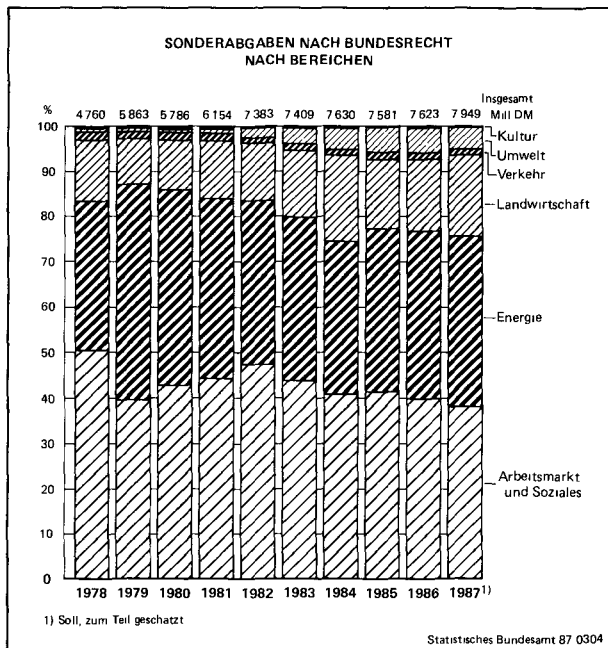
Der Nachweis der Sonderabgaben begegnet gewissen Schwierigkeiten, weil schon der Begriff nicht eindeutig und zweifelsfrei zu umreißen ist. Erschwerend kommt hinzu, daß diese speziellen Abgaben in einer Fülle von Einzelgesetzen geregelt sind, die besonders auf der Ebene der Länder und der Gemeinden nur schwer überschaubar sind¹⁾. Die Übersicht beschränkt sich deshalb auf die

¹⁾ Gegenwärtig werden, soweit bekannt, nach Landes- oder Kommunalrecht erhoben. Naturschutzabgabe, Wasserpfennig, Feuerwehr-, Fremdenverkehrs-, Fischerei-, Reit- und Jagdabgabe

Tabelle 1: Sonderabgaben nach Bundesrecht¹⁾
Mill DM

Abgabeart	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
In den öffentlichen Haushalten nachgewiesene Sonderabgaben										
Umwelt										
Abwasserabgabe	—	—	—	20	126	237	341	409	416	373
Landwirtschaft										
Abgabe nach dem Absatzfondsgesetz	82	82	86	87	88	85	87	87	87	87
Abgabe nach dem Fischgesetz	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Umlage nach § 22 Milch- und Fettgesetz	52	58	61	62	69	71	62	88	59	58
Arbeitsmarkt und Soziales										
Abgabe zur Finanzierung des berufs- genossenschaftlichen Ausgleichs	910	931	932	929	940	934	934	904	900	900
Winterbau-Umlage	729	786	906	881	848	874	880	809	808	570
Konkursausfallgeld-Pauschale	295	237	233	229	419	624	521	600	624	520
Fehlbelegungsabgabe	—	—	—	—	—	16	122	299	196	234
Verkehr										
Beiträge der Binnenschifffahrt zum Abwrackfonds	12	13	15	16	11	8	8	7	8	7
Lotsabgabe	34	39	41	43	46	47	49	51	52	54
Zusammen	2 118	2 149	2 277	2 270	2 550	2 899	3 007	3 257	3 153	2 806
Sonstige Sonderabgaben										
Umwelt										
Altolabgabe	45	47	54	50	38	32	22	12	13	13
Landwirtschaft										
Abgabe nach dem Weinwirtschaftsgesetz	11	11	11	11	12	12	12	11	8	11
Produktionsabgabe Zucker	197	206	184	108	198	335	524	370	360	430
Lagerkostenabgabe Zucker	175	162	145	213	254	280	259	268	260	269
Milchabgabe	119	64	147	300	318	320	517	349	437	569 ²⁾
Arbeitsmarkt und Soziales										
Schwerbehindertenaabgabe	373	221	217	397	264	231	224	237	268	244
Preisausgleichsabgabe für Stahlverbraucher in Berlin	17	17	18	17	16	14	15	16	16	16
Abgabe an die Insolvenzkasse	71	119	168	269	1 002	551	428	265	220	540
Verkehr										
Umlage nach dem Güterkraftverkehrsgesetz	38	40	41	42	44	47	49	49	49	49
Energie										
Kohlepfennig	1 577	2 181	1 874	1 903	2 012	1 928	1 900	2 087	2 240	2 400
Abgabe zur Finanzierung der Erdölbevorratung	—	620	618	541	645	729	645	636	572	580
Kultur										
Filmabgabe	19	26	32	33	30	31	28	24	27	22
Zusammen	2 642	3 714	3 509	3 884	4 833	4 510	4 623	4 324	4 470	5 143
Insgesamt	4 760	5 863	5 786	6 154	7 383	7 409	7 630	7 581	7 623	7 949

¹⁾ 1978 bis 1986 Ist, 1986 zum Teil auch Soll, 1987 Soll, zum Teil geschätzt — ²⁾ Ab 1987 einschließlich Getreideabgabe (177 Mill DM)



Sonderabgaben nach Bundesrecht²⁾. Nicht einbezogen wurden die Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung, da sie überwiegend Abgaben mit Versicherungsprämienscharakter darstellen.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind mit Ausnahme der Abgabe nach dem Fischgesetz und der Weinabgabe sämtliche dem landwirtschaftlichen Bereich (siehe Tabelle 1) zugeordneten Sonderabgaben sowie die Abwasserabgabe, der Kohlepennig und die Schwerbehindertenabgabe als indirekte Steuern im Staatssektor berücksichtigt. Das ist rund die Hälfte des Finanzvolumens aller Sonderabgaben nach Bundesrecht.

In den öffentlichen Haushalten nachgewiesene Sonderabgaben

Umwelt

Die Abwasserabgabe (Gesetz vom 13. September 1976, BGBl. I S. 2721) wurde erstmals im Jahr 1981 erhoben, zunächst nur in Schleswig-Holstein, Hessen und im Saarland, 1982 in allen Ländern außer Berlin, ab 1983 auch in Berlin (West). Abgabepflichtig sind die Einleiter von Abwässern (Schmutzwasser) in Gewässer, also Industriebetriebe, Gemeinden und Abwasserverbände. Die kleineren Unternehmen sowie die privaten Haushalte sind zwar nicht unmittelbar abgabepflichtig, weil sie ihre Abwässer in die kommunale Kanalisation leiten, aber durch Weiterleitung der Abgaben durch die Gemeinden auf die Benutzer der Kanalisation sind letztlich doch alle Unternehmen und privaten Haushalte belastet. Das Aufkommen der Abwasserabgabe steht den Ländern zu und ist für Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte

²⁾ Siehe auch Anfrage der Opposition im Deutschen Bundestag — BT-Drucksache 9/338 vom 13. April 1981 — und Antwort der Bundesregierung — BT-Drucksache 9/382 vom 30. April 1981

Tabelle 2: Sonderabgaben nach Ländern 1987¹⁾

Mill DM

Land	Abwasserabgabe	Umlage nach § 22 Milch- und Fettgesetz	Fehlbelegungsabgabe
Schleswig-Holstein	14	—	—
Niedersachsen	38	8	—
Nordrhein-Westfalen	104	8	101
Hessen	40	2	—
Rheinland-Pfalz	39	2	—
Baden-Württemberg	20	7	—
Bayern	60	31	20
Saarland	24	0	—
Hamburg	19	—	—
Bremen	5	—	8
Berlin (West)	11	—	95
Insgesamt	373	58	224 ²⁾

¹⁾ Soll — ²⁾ Einschl. der entsprechenden Einnahmen des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit 234 Mill DM

zweckgebunden. Zur Zeit beträgt der Abgabesatz 40 DM je Schadeinheit. Für 1987 wird mit einem Aufkommen in Höhe von 373 Mill. DM gerechnet. Wie aus der Untergliederung nach Ländern (siehe Tabelle 2) hervorgeht, sind die Einnahmen aus der Abwasserabgabe voraussichtlich in Nordrhein-Westfalen und Bayern am höchsten.

Landwirtschaft

Die Abgaben nach dem Absatzfondsgesetz (BGBl. I 1976, S. 3109) sind von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (außer Fisch- und Weinwirtschaft) an die durch dieses Gesetz gegründete Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Absatzforderungsfonds der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft“ (Sitz in Bonn) zu zahlen. Als Einzugsstelle fungiert dabei das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt, das diese Mittel unmittelbar an den Absatzfonds weiterleitet. Die Höhe des Abgabensatzes ist gestaffelt je nach Betriebszweig zwischen 0,09 DM je genutzte Flächeneinheit bei Gärtnereibetrieben und 2,80 DM je Rind bei Schlachtbetrieben. Die Abgabe wird zur Finanzierung der Aufgaben dieser Anstalt verwendet. Sie bestehen darin, den Absatz und die Verwertung von Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft durch Erschließung und Pflege von Märkten im In- und Ausland zentral zu fördern

Nach dem Fischgesetz (BGBl. I 1955, S. 567, zuletzt geändert durch das Absatzfondsgesetz, BGBl. I 1969, S. 635) werden die Fischereiunternehmen und der Küstengroßhandel beim Erwerb von Seefischen und Fischwaren mit einem Beitrag in Höhe von maximal 5 DM je Tonne belastet, der zweckgebunden zur Absatzförderung dieser Produkte eingesetzt wird.

Beide Abgaben, im Bundeshaushalt als durchlaufende Gelder nachgewiesen, gehören zu den weniger ertragreichen Einnahmen. 1987 werden 90 Mill. DM erwartet, davon allein durch die Abgabe nach dem Absatzfondsgesetz 87 Mill. DM. In den letzten 10 Jahren ist das Aufkommen beider Abgabearten nahezu konstant geblieben

Nach § 22 des Milch- und Fettgesetzes (BGBl. I 1952, S. 811, zuletzt geändert durch das Gesetz über die Neuorganisation der Marktordnungsstellen, BGBl. I 1976, S. 3341) wird auf die angelieferte Milch bei den Molkereien, Milchsammelstellen und Rahmstationen eine Umlage erhoben, die zur Förderung der Qualität und des Absatzes

der Milch und Milcherzeugnisse einzusetzen ist Sie beträgt zwischen 0,25 Pf und 0,5 Pf je kg angereicherter Milch Nach § 22 des oben erwähnten Gesetzes ist es den einzelnen Ländern allerdings überlassen, ob und inwieweit sie überhaupt eine Umlage erheben wollen. Zur Zeit führen Schleswig-Holstein und die Stadtstaaten keine derartige Umlage durch. In den übrigen Ländern soll sie sich 1987 auf 58 Mill. DM belaufen, wobei allein in Bayern mehr als die Hälfte dieses Betrages aufkommen wird. Diese Struktur galt auch in den Vorjahren.

Arbeitsmarkt und Soziales

Die Abgabe zur Finanzierung des berufsgenossenschaftlichen Ausgleichs basiert auf Art. 3 des Finanzänderungsgesetzes (BGBl. I 1967, S. 1272) Danach sind überdurchschnittliche Aufwendungen einer gewerblichen Berufsgenossenschaft und der See-Berufsgenossenschaft durch entsprechende Zahlung der unterdurchschnittlich belasteten Berufsgenossenschaften auszugleichen Als Clearing-Stelle fungiert der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaft e. V. Die Einnahmen aus dieser Abgabe, nachgewiesen im Haushalt der gesetzlichen Unfallversicherung, änderten sich im Zeitablauf nur geringfügig (1987: 900 Mill. DM). Sie stellen den größten Einzelposten innerhalb der haushaltsmäßig nachgewiesenen Sonderabgaben dar und machen etwa ein Drittel — in den Vorjahren zum Teil auch knapp die Hälfte — der entsprechenden Gesamtsumme aus.

Winterbauförderung wird durch die Bundesanstalt für Arbeit den Unternehmen und Beschäftigten der Bauwirtschaft in Form von Zuschüssen bzw. von Zahlung eines Wintergeldes gewährt, um eine ganzjährige Beschäftigung sicherzustellen (Arbeitsförderungsgesetz, BGBl. I 1972, S. 791, zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes zur Änderung wirtschafts-, verbraucher-, arbeits- und sozialrechtlicher Vorschriften, BGBl. I 1986, S. 1169) Die Mittel werden durch eine Umlage bei den Arbeitgebern des Baugewerbes in Höhe eines bestimmten, von der Bundesanstalt für Arbeit durch Rechtsverordnung festgelegten Prozentsatzes der Bruttoarbeitsentgelte der in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer aufgebracht Zur Zeit beträgt der Umlagesatz 3 %.

Das Aufkommen ist für 1987 im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit mit 570 Mill. DM veranschlagt Gemessen an den Ist-Einnahmen der Vorjahre, meist zwischen 700 und 900 Mill. DM, ist dies vorsichtig geschätzt. Im Gegensatz zu den Vorjahren ist die Winterbau-Umlage damit nicht zweit-, sondern drittgrößter Posten innerhalb der haushaltsmäßig nachgewiesenen Sonderabgaben Dies entspricht einem Anteil von 20 % der haushaltsmäßigen Sonderabgaben insgesamt

Arbeitnehmern, die bei Zahlungsunfähigkeit ihres Arbeitgebers noch Ansprüche auf Arbeitsentgelt haben, wird ein sogenanntes Konkursausfallgeld vom jeweils zuständigen Arbeitsamt gezahlt (Konkursausfallgeldgesetz, BGBl. I 1974, S. 1481, letzte Fassung BGBl. I 1981, S. 1702). Die Finanzierung geschieht durch eine Pauscha-

le (1978: 295 Mill. DM; 1987: 520 Mill. DM), die die einzelnen Berufsgenossenschaften aufzubringen haben. Sie ist im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit nachgewiesen.

Eine Fehlbelegungsabgabe können die Länder in Gemeinden mit über 300 000 Einwohnern von Inhabern öffentlich geförderter Wohnungen erheben, deren Einkommen bestimmte, im Gesetz festgelegte Grenzen überschreiten (Art. 27 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes, BGBl. I 1981, S. 1523). Das Gesetz erklärt den 1. Januar 1983 zum frühestmöglichen Erhebungszeitpunkt. Das Aufkommen der Fehlbelegungsabgabe ist zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu verwenden. Zur Zeit erheben allerdings nur die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Bremen und Berlin (West) eine derartige Abgabe. Sie beläuft sich auf 0,50 DM, 1,25 DM und 2 DM monatlich je Quadratmeter, je nachdem, ob die Einkommensgrenze um 20, 35 oder 50 % überschritten wird Dieses Gesetz gilt auch entsprechend für Inhaber steuerbegünstigter oder freifinanzierter Wohnungen, die mit öffentlichen Wohnungsfürsorgemitteln gefordert worden sind. Dies bedeutet, daß auch an den Bund oder die Bundesanstalt für Arbeit derartige Abgaben zu leisten sind. Voraussetzung ist, daß Mittel des Bundes oder der Bundesanstalt eingesetzt wurden und die Wohnung in Gemeinden liegt, die eine solche Abgabe erheben. Einschließlich der Mittel im Bundesbereich — veranschlagt als „Gebühren“ in den genannten Haushalten — wird das Aufkommen 1987 234 Mill. DM betragen, davon allein in Nordrhein-Westfalen 101 Mill. DM (siehe Tabelle 2)

Verkehr

Beiträge der Binnenschifffahrt zum Abwrackfonds, der gemäß § 32a des Gesetzes über den gewerblichen Binnenschiffsverkehr (BGBl. I 1969, S. 65) zur Behebung verkehrs- und volkswirtschaftlicher Schäden in der Binnenschifffahrt bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Duisburg gebildet worden ist, sind von allen Schifffahrttreibenden entsprechend ihren Einnahmen aus Verkehrsleistungen zu erbringen Aus diesen Mitteln zahlt der Fonds Prämien an Schifffahrttreibende, die ihren unwirtschaftlichen Schiffsraum abwracken

Eine Lotsabgabe wird von der durch das Lotsengesetz (BGBl. I 1984, S. 1213) errichteten Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Namen „Bundeslotsenkammer“ für Schiffe, die ein Seelotsrevier befahren, erhoben Ihre Höhe ist so bemessen, daß das Aufkommen höchstens die öffentlichen Ausgaben für Zwecke des Seelotsenwesens deckt

Nach dem Soll 1987 betragen die Beiträge zum Abwrackfonds 7 Mill. DM und die Lotsabgabe 54 Mill. DM.

Neben den vorstehend erwähnten haushaltsmäßig nachgewiesenen Sonderabgaben nach Bundesrecht gibt es noch zwei weitere Abgaben dieser Art, nämlich die Ausgleichsbeträge nach dem Städtebauförderungsgesetz (BGBl. I 1976, S. 2319, letzte Fassung BGBl. I 1984, S. 1321) und die Umlage für Wasser- und Bodenverbände (RGBl. I 1937, S. 188). Für diese Son-

derabgaben sind jedoch keine Daten verfügbar. Sie werden zwar finanzstatistisch erfaßt, sind aber nicht ausgliederbar. Ihr Aufkommen dürfte gering sein.

Sonstige Sonderabgaben

Umwelt

Die **Altölabgabe** basiert auf dem Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Altölbeseitigung (BGBl. I 1979, S. 11). Zur Abgabe verpflichtet sind mineralölsteuerpflichtige Unternehmen. Die Abgaben sind an das durch das oben erwähnte Gesetz gebildete und vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft verwaltete Sondervermögen des Bundes mit dem Namen „Rückstellungsfonds zur Sicherung der Altölbeseitigung“ abzuführen, das diese Mittel als Zuschüsse an Unternehmen verwendet, die Altöle beseitigen. Auf diese Weise soll eine umweltfreundliche Altölbeseitigung sichergestellt werden, zu deren Finanzierung die Verwender von Schmieröl herangezogen werden. Zur Zeit beträgt die Ausgleichsabgabe 5 DM für 100 kg abgabepflichtige Waren. 1987 wird ein ähnlich hohes Aufkommen erwartet wie in den beiden Jahren zuvor (13 Mill. DM).

Landwirtschaft

Die Abgabe nach dem **Weinwirtschaftsgesetz** (letzte Fassung BGBl. I 1980, S. 1665) wird bei den Weinbauern bzw. Weinhändlern erhoben und ist der durch dieses Gesetz errichteten Anstalt des öffentlichen Rechts mit Namen „Stabilisierungsfonds für Wein“ in Mainz zuzuführen. Der Fonds darf diese Mittel nur zur Förderung der Qualität und des Absatzes des Weines verwenden. Der Abgabesatz beträgt 0,70 DM je Ar der Weinbergfläche bzw. 0,70 DM je angefangene 100 l erstmals in den Handel gebrachten Mostes oder Weines bzw. je 133 kg erstmals in den Handel gebrachter Trauben. Im Berichtszeitraum belief sich das Einnahmenvolumen immer zwischen 8 und 12 Mill. DM.

Zucker- und Isoglukose-Hersteller sind zur Zahlung einer **Produktionsabgabe** (Art 28 der VO-EWG Nr. 1785/81, Amtsblatt der EG, 1981, Nr. L 177) und einer **Lagerkostenabgabe** (Art 8 der VO-EWG in Verbindung mit der VO-EWG Nr. 1358/77, Amtsblatt der EG, 1981, Nr. L 156) und die Milcherzeuger zur Abführung einer **Milchabgabe**, ab 1984 zusätzlich auf der Grundlage von Milch-Garantiemengen, verpflichtet. Seit Mitte 1986 haben auch die Getreideerzeuger eine Abgabe zu leisten, die erstmals 1987 veranschlagt ist. Diese Abgaben dienen der Denaturierung von Überschüssen und der Drosselung der Produktion. Das Aufkommen dieser Abgaben ist in den Anlagen zum Bundeshaushalt nachgewiesen und steht den Europäischen Gemeinschaften zu (1987: 1 268 Mill. DM).

Arbeitsmarkt und Soziales

Eine **Schwerbehindertenabgabe** müssen alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber, die mehr als 16 Beschäftigte haben und nicht mindestens 6 % der Arbeits-

plätze mit Schwerbehinderten besetzt halten, zahlen (Neufassung des Gesetzes BGBl. I 1979, S. 1649). Sie beträgt 100 DM monatlich je unbesetzten Pflichtplatz. Das Aufkommen der Abgabe verbleibt ab 1. Juli 1986 zu 55 % bei den Hauptfürsorgestellten der Länder, 45 % werden einem vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung verwalteten „Ausgleichsfonds für überregionale Maßnahmen zur Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ zugeführt. Die Mittel sind zweckgebunden, bei den Hauptfürsorgestellten zur Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter, beim erwähnten Ausgleichsfonds für überregionale Maßnahmen der Aus-, Fortbildung und Umschulung Schwerbehinderter und ähnlicher Hilfsmaßnahmen. Wie aus der Aufkommensentwicklung hervorgeht, haben die Arbeitgeber besonders 1978 und 1981 die gesetzliche Verpflichtung nicht eingehalten. Für 1987 werden 244 Mill. DM Einnahmen aus der Schwerbehindertenabgabe erwartet.

Die **Preisausgleichsabgabe für Stahlverbraucher** in Berlin (West) (Verordnung Pr. Nr. 63/50, zuletzt geändert im Dezember 1967, Bundesanzeiger Nr. 244 vom 30. Dezember 1967) wird von den Stahlerzeugern durch einen Preiszuschlag von zur Zeit 0,25 DM je Tonne bei Lieferung an den Verbraucher und 0,30 DM je Tonne bei Lieferung an den Wiederverkäufer erhoben und einer beim Bundesminister für Wirtschaft errichteten Kasse zugeführt. Die Kasse hat diese Mittel zum Zwecke eines Preisausgleiches für die eisenverbrauchenden Betriebe in Berlin (West) zu verwenden. Im Zeitverlauf blieb das Aufkommen fast unverändert (1987: 16 Mill. DM).

Der **Insolvenzkasse**, dem Pensions-Sicherungsverein in Köln, haben alle privaten Arbeitgeber eine Abgabe zuzuleiten, die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zugesagt haben oder eine betriebliche Altersversorgung über eine Unterstützungskasse oder eine Direktversicherung durchführen (Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung, BGBl. I 1974, S. 3610, zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand, BGBl. I 1984, S. 607). Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die Ansprüche auf Versorgungsleistungen auch im Falle des Konkurses des betreffenden Unternehmens gewahrt bleiben. Der Abgabesatz schwankte im Berichtszeitraum zwischen 0,7 ‰ (1978) und 6,9 ‰ (1982) der Beitragsbemessungsgrundlage. Zur Zeit (1986) beträgt er 1,1 ‰. Die relativ große Schwankungsbreite erklärt sich daraus, daß die Beiträge den sogenannten Barwert der im laufenden Kalenderjahr entstehenden Ansprüche auf Insolvenzsicherung einschließlich sonstiger Kosten der Versicherung decken müssen. Die Höhe des Beitragsatzes bestimmt sich also mehr oder weniger unmittelbar nach der Anzahl und der Größe der Insolvenzen im Kalenderjahr. So erklärt sich auch der hohe Beitragssatz im Insolvenzjahr der AEG 1982.

Zur Schätzung des Abgabevolumens 1987 (540 Mill. DM) ist vom Durchschnitt der bisher gültigen Beitragssätze und einer gegenüber 1986 um 8 % höheren Beitragsbemessungsgrundlage ausgegangen worden.

Verkehr

Umlagen nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (letzte Fassung BGBl. I 1983, S. 257) sind an die durch dieses Gesetz errichtete bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Bundesanstalt für den Güterfernverkehr“ (Sitz: Köln) abzuführen. Aus diesen Einnahmen finanziert die Anstalt die zur Erfüllung ihrer Aufgaben — Herstellung und Gewährleistung der Ordnung im Güterfernverkehr innerhalb seiner verschiedenen Zweige und im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern — erforderlichen Maßnahmen. Die Höhe der Umlage wird bei den Unternehmen des Güterfernverkehrs nach dem Frachturnsatz bemessen. Zur Zeit beträgt sie maximal 1,78 % des Frachturnsatzes (Bundesanzeiger Nr. 238 vom 23. Dezember 1986, S. 1701). Die Umlage stellt indirekt eine Subventionierung des Schienenverkehrs dar, da sie die Beförderung von Gütern auf Straßen verteuert. Für 1987 wird das Umlagevolumen in der Höhe der letzten vier Jahre geschätzt (49 Mill. DM).

Energie

Der sogenannte Kohlepfennig wird seit 1974 auf Basis des Dritten Verstromungsgesetzes (vom 13. Dezember 1974, letzte Fassung BGBl. I 1980, S. 2137) vom Verbraucher erhoben. Nach diesem Gesetz ist ein unselbständiges Sondervermögen des Bundes mit dem Namen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohlenabsatzes“ gebildet worden, das vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn verwaltet wird. Das Bundesamt gewährt aus Mitteln des Sondervermögens verschiedene Leistungen, wie zum Beispiel einen Ausgleich der Mehrkosten, die durch den Einsatz von Gemeinschaftskohle bei der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme gegenüber dem Einsatz von schwerem Heizöl entstehen. Ziel des Gesetzes ist es also, die Verwendung von Steinkohle bei der Energieerzeugung zu Lasten des Heizöls zu fördern. Schuldner der Abgabe sind zwar die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Belastung wird jedoch an die Endverbraucher weitergegeben und in den Stromrechnungen gesondert ausgewiesen. Der Kohlepfennig variiert in Abhängigkeit von dem jeweiligen Strompreisniveau von Bundesland zu Bundesland. Im Bundesdurchschnitt beträgt er zur Zeit 4,5 %. Wegen der niedrigen Ölpreise wird er Mitte des Jahres voraussichtlich erhöht werden müssen, wie aus dem Anfang des Jahres von der Bundesregierung vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht hervorgeht. Für 1987 wird ein Aufkommen von 2,4 Mrd DM erwartet, das sind ca. 50 % der sonstigen Sonderabgaben insgesamt und etwa ein Drittel aller Sonderabgaben nach Bundesrecht. Auch in den Vorjahren war der Kohlepfennig immer bei weitem die ertragreichste Abgabeart.

Die Abgabe zur Finanzierung der Erdölbevorratung (sogenannter Ölpfennig) ist 1979 auf der Grundlage des Erdölbevorratungsgesetzes (BGBl. I 1978, S. 1073) eingeführt worden. Danach ist eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Erdölbevorratungsverband“ mit Sitz in Hamburg errichtet worden. In ihr sind die vorratspflichtigen, das heißt Mineralölzeugnisse herstellende oder importierende, Unternehmen zusammengefaßt. Aufgabe des Erd-

ölbevorratungsverbandes ist es, ständig Vorräte an Mineralölzeugnissen in einer bestimmten Höhe zu halten. Die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel werden durch Beiträge seiner Mitglieder aufgebracht. Ab 1. November 1986 beträgt der Beitragssatz 20 DM je Tonne eingeführter oder hergestellter Mengen an Erdölzeugnissen, zuvor betrug er 2,50 DM je Tonne. 1987 wird das Aufkommen auf 580 Mill. DM geschätzt, das ist etwa ein Neuntel der sonstigen Sonderabgaben insgesamt.

Kultur

Eine Filmabgabe gibt es seit 1967; Rechtsgrundlage ist das Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (letzte Fassung BGBl. I 1986, S. 2040). Danach ist zur wirtschaftlichen Förderung des deutschen Films eine bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Filmförderungsanstalt“ mit Sitz in Berlin (West) errichtet worden. Die Filmabgabe beträgt je nach Jahresumsatz aus dem Verkauf von Eintrittskarten zur Zeit zwischen 1,5 und 2,5 % und ist von den Filmtheaterbesitzern abzuführen. Die Mittel sind zweckgebunden zur Förderung der deutschen Filmproduktion zu verwenden. Ab 1. Januar 1987 haben darüber hinaus die Gewerbetreibenden der Videowirtschaft je nach Umsatz eine Filmabgabe zwischen 1 und 2 % zu zahlen. 1987 soll das Aufkommen 22 Mill. DM betragen.

Dipl.-Volkswirt Otto Dietz

Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1986

Die Lohn- und Gehaltstarife sowie die (effektiven) Verdienste haben sich 1986, wenn man die Woche und den Monat als Bezugszeitraum wählt und die Indizes für vollständige Kalenderjahre berechnet, für Arbeiter und Angestellte gegenüber dem Vorjahr um etwas mehr als 3 % erhöht. Die Zuwachsraten entsprechen nahezu denjenigen des Jahres 1985, teilweise liegen sie sogar geringfügig darunter (siehe z. B. Tabelle 1). Diese Ergebnisse erscheinen auf den ersten Blick nicht ganz verständlich, weil die Abschlußraten der Tarifverträge 1986 mit Ausnahme derjenigen, in denen gleichzeitig Arbeitszeitverkürzungen vereinbart wurden, im allgemeinen über denjenigen des Vorjahres lagen. So betrug zum Beispiel die Tarifierhebung der Monatsgehälter in der Chemischen Industrie 1986 4,5 gegenüber 3,8 % im Jahr 1985 oder im privaten Bankgewerbe 4,2 gegenüber 3,6 % im Vorjahr. Dabei wird jedoch häufig übersehen, daß die Tarifabschlüssen den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Tarifverträge nicht berücksichtigen, so daß eine in der Jahresmitte vereinbarte Tarifierhöhung von 4 % im Durchschnitt des Kalenderjahres eben nur eine Erhöhung von 2 % bedeutet. Was die Berechnung der Tarifindizes betrifft, die den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Tarifverträge einbeziehen, ist weiterhin zu beachten, daß sich niedrigere Zuwachsraten der Jahresdurchschnittswerte auch dann ergeben können, wenn sich die Abschlußtermine im Vergleich zum Vorjahr soweit hinauschieben, daß die neue Tarifierhöhung erstmalig in einem späteren Berechnungsmonat wirksam wird als die Tarifierhöhung im Vorjahr. Das war zum Beispiel 1986 in der Metallindustrie der Fall, in der sich der Abschlußtermin gegenüber dem Vorjahr um einen Monat auf den 1. Mai verzögerte, so daß die Tarifierhöhung für diesen großen Bereich erst in den Indexergebnissen für Juli und nicht wie 1985 in denen für April Ausdruck fand.

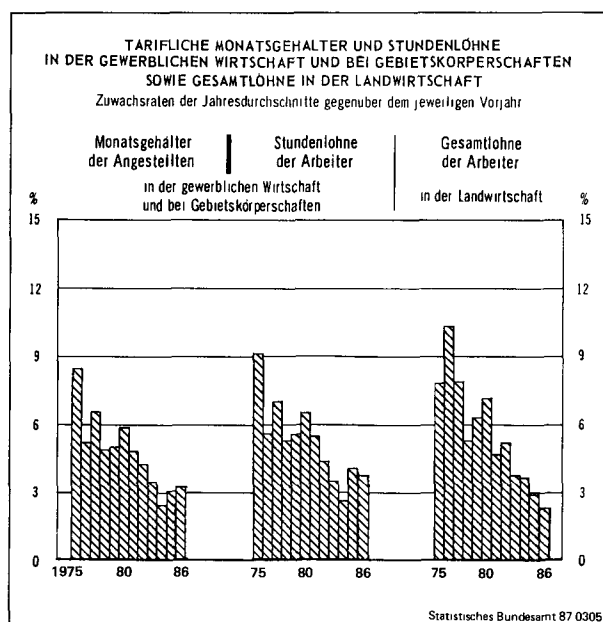
Bei einer mittelfristigen Betrachtung der Ergebnisse für den Zeitraum von 1980 bis 1986 ist bemerkenswert, daß sich der seit 1980 zu beobachtende ständige Rückgang der Zuwachsraten der Tarif- und Verdienstindizes 1985 nicht fortgesetzt hat. Seitdem haben die Tarife und Verdienste wieder geringfügig stärker zugenommen. 1986 hat sich diese Entwicklung stabilisiert. Insgesamt lagen die Ergebnisse in den beiden letzten Jahren im Rahmen der Entwicklung der Gesamtwirtschaft, die in diesem Zeitraum real um 2 bis 3 % gewachsen ist. Bei einer nominellen Betrachtung, die auch den lohnstatistischen Ergebnissen im allgemeinen zugrunde liegt, betrug das gesamtwirtschaftliche Wachstum zwischen 4,5 und 5,5 %.

1 Tariflöhne und -gehälter

1.1 Tarifentwicklung

Da die Tarife nach wie vor auf Stunden- oder Monatsbasis abgeschlossen werden, soll die Entwicklung mit den Indi-

Schaubild 1



zes der tariflichen Stundenlöhne für Arbeiter und der tariflichen Monatsgehälter für Angestellte dargestellt werden (siehe Tabelle 1). Ergänzend hierzu wird ein Index der tariflichen Wochenlöhne als Produkt aus dem Index der tariflichen Stundenlöhne und dem Index der tariflichen Wochenarbeitszeiten berechnet, auf den hier nicht näher eingegangen wird, weil er stärker den Einkommensgesichtspunkt herausstellt, während hier die „Preis“-Entwicklung im Vordergrund steht.

Die tariflichen **S t u n d e n l ö h n e** haben 1986 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 3,8 % zugenommen, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich hierin auch Arbeitszeitverkürzungen auswirken, wenn sich dieselbe Lohnsumme auf eine geringere Anzahl von Wochenstunden verteilt. Deshalb lag auch die Zuwachsrate im Handel mit 4,6 % am höchsten, denn die regelmäßige wöchentliche tarifliche Arbeitszeit ist im Einzelhandel ab 1. Januar 1986 auf 38,5 Stunden herabgesetzt worden. Der verhältnismäßig hohe Zuwachs bei den Gebietskörperschaften findet seine Erklärung darin, daß in den unteren Vergütungsgruppen die allgemeine Stellenzulage angehoben und der Ortszuschlag in Tarifklasse II ab dem zweiten Kind zusätzlich erhöht wurde. Der geringste Zuwachs von 3,4 % ergab sich im Bergbau und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das sind Wirtschaftsbereiche, in denen die wöchentliche Arbeitszeit immer noch bei 40 Stunden liegt.

Die tariflichen **M o n a t s g e h ä l t e r** haben sich gegenüber 1985 um 3,2 % erhöht. Die Zuwachsraten für Angestellte liegen im allgemeinen etwas niedriger als für die Arbeiter, da der Monatsindex nicht unmittelbar von Arbeitszeitverkürzungen beeinflusst ist. Im Angestelltenbereich steht die Frage des vollen Gehaltsausgleichs bei Arbeitszeitverkürzungen im allgemeinen nicht zur Diskussion. Die höchste Zuwachsrate mit 3,8 % wurde für die Angestellten in der Bauwirtschaft ermittelt, ein Ergebnis, das vor allem auf einem Basiseffekt bei der Berechnung beruht. Am 1. August 1985 waren die Gehälter nach vier „Leermonaten“ um 2,4 % erhöht worden. Diese verzögerte

Tabelle 1 Veränderung der Indizes¹⁾ der tariflichen Stundenlöhne, Monatsgehälter und Wochenarbeitszeiten für Arbeiter und Angestellte in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

Prozent

Jahr ²⁾	Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Baugewerbe (ohne Spezialbau, Stukkatourgewerbe, Gipserei, Verputzerei)	Handel ³⁾	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Gebietskörperschaften
Arbeiter ⁴⁾												
Stundenlöhne												
1980 gegenüber 1979	6,5	5,9	8,5	5,6	6,0	6,2	6,2	7,8	6,8	—	6,4	5,6
1981 gegenüber 1980	5,5	4,4	7,2	5,6	5,0	5,9	6,1	6,9	5,9	—	4,7	3,6
1982 gegenüber 1981	4,4	3,9	4,3	4,6	4,5	4,4	4,6	3,8	4,4	—	4,8	3,9
1983 gegenüber 1982	3,5	3,7	3,5	3,4	3,4	3,5	3,6	3,6	3,6	—	3,3	3,3
1984 gegenüber 1983	2,6	1,8	3,0	3,0	2,4	3,0	3,2	3,0	3,3	—	1,9	1,1
1985 gegenüber 1984	4,1	3,5	3,2	4,7	5,9	4,2	3,1	1,6	3,0	—	3,2	3,3
1986 gegenüber 1985	3,8	3,6	3,4	3,5	3,5	4,2	3,4	3,8	4,6	—	3,9	4,0
Wochenarbeitszeit												
1985 gegenüber 1984	— 1,2	—	—	— 1,4	— 2,7	— 0,8	—	—	—	—	— 0,1	—
1986 gegenüber 1985	— 0,6	—	—	— 0,3	— 0,9	— 0,5	—	—	— 2,2	—	—	—
Angestellte ⁴⁾												
Monatsgehälter												
1980 gegenüber 1979	5,9	5,8	6,4	5,3	5,7	6,0	5,8	6,2	6,6	6,5	5,8	5,6
1981 gegenüber 1980	4,9	4,4	7,1	5,6	5,0	5,8	6,0	6,4	5,8	4,9	4,9	3,6
1982 gegenüber 1981	4,3	3,9	6,0	4,5	4,6	4,6	4,4	3,9	4,5	4,1	4,2	3,9
1983 gegenüber 1982	3,5	3,6	3,7	3,4	3,4	3,6	3,7	3,5	3,6	3,5	3,0	3,4
1984 gegenüber 1983	2,4	1,9	3,1	3,1	2,5	3,1	3,1	3,1	3,4	2,7	2,4	1,1
1985 gegenüber 1984	3,1	3,4	3,2	3,5	3,0	3,2	3,0	1,6	2,9	3,6	3,0	3,2
1986 gegenüber 1985	3,2	3,5	3,4	3,5	2,7	3,7	3,5	3,8	2,5	3,8	3,5	3,4
Wochenarbeitszeit												
1985 gegenüber 1984	— 0,8	— 0,2	—	— 1,0	— 2,8	— 0,9	—	— 0,1	— 0,1	—	— 0,3	—
1986 gegenüber 1985	— 0,6	—	— 0,1	— 0,2	— 0,9	— 0,5	—	— 0,1	— 2,4	—	— 0,3	—

¹⁾ Indizes auf Basis 1980 = 100, siehe Tabelle S 62* f in WiSta 2/1987 — ²⁾ Durchschnitt errechnet aus 4 Monatswerten — ³⁾ Handel (ohne Handelsvermittlung) — ⁴⁾ Männliche und weibliche Arbeiter bzw. Angestellte.

Gehaltsanpassung hatte einen relativ niedrigen Jahresdurchschnittswert des Index für 1985 ergeben. 1986 erfolgte darüber hinaus die Anpassung der Gehälter um 3 % bereits zum 1. April. Mit 2,7 % war die Erhöhung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe am geringsten. Hierzu hat vor allem die bereits erwähnte Verschiebung des Abschlußtermins der Tarifverträge in der Metallindustrie beigetragen.

Ergänzend zu den Zuwachsraten der Indizes sind in Tabelle 2 die tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter im Vergleich der Monate Oktober 1986 zu Oktober 1985 nach Erhöhungsklassen dargestellt.

Die Ergebnisse liegen im allgemeinen etwas höher als die Indexveränderungen, da bei dieser Darstellungsweise der

Zeitpunkt der Erhöhungen im Jahresverlauf unberücksichtigt bleibt. Wenn keine Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen werden, sind sie mit den durchschnittlichen Abschlußraten der Tarifverträge identisch. Die Ergebnisse der Tabelle 2 zeigen, daß die Tarifierhöhungen von mehr als 80 % aller Arbeiter und Angestellten im Bereich von 3 bis 5 % gelegen haben, wobei für die Arbeiter die Erhöhungen eher bei 4 bis 5 % lagen (= Einfluß der Arbeitszeitverkürzung), wohingegen mehr Angestellte als Arbeiter Erhöhungen von 3 bis 4 % erhielten. Im Handel erhielten mehr als drei Viertel aller Angestellten Erhöhungen von 2 bis 3 % aufgrund der Stufenerhöhung von 2,1 % des bereits 1985 für den Einzelhandel abgeschlossenen Tarifvertrages, der auch eine Arbeitszeitverkürzung beinhaltete.

Tabelle 2. Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne (TL) und Monatsgehälter (TG) in den Wirtschaftsbereichen nach Erhöhungsklassen von Oktober 1985 auf Oktober 1986

Wirtschaftsbereich	Bei % der betroffenen Arbeiter bzw. Angestellten betrug die Erhöhung von												Erhöhung insgesamt in %	
	unter 2		2-3		3-4		4-5		5-6		6 und mehr			
	TL	TG	TL	TG	TL	TG	TL	TG	TL	TG	TL	TG		
Energie- und Wasserversorgung	—	—	—	—	47,3	63,4	52,7	36,6	—	—	—	—	3,9	3,7
Bergbau	—	—	—	—	83,8	46,2	16,1	53,8	0,1	—	—	—	3,8	3,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	0,7	0,1	2,7	1,7	13,7	9,5	72,6	81,0	10,3	7,7	0,0	—	4,3	4,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	5,6	0,8	3,0	2,3	1,7	0,2	89,7	96,8	—	0,0	—	—	4,1	4,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	—	—	0,9	0,7	32,7	26,0	65,5	72,9	0,9	0,2	—	0,2	4,0	4,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1,3	—	1,4	1,9	73,0	70,2	14,5	15,2	0,3	0,8	9,5	11,8	3,9	4,0
Baugewerbe	0,1	0,3	45,7	8,9	51,5	86,3	0,5	2,4	0,1	1,0	2,2	1,0	3,0	3,0
Handel	3,6	0,8	12,0	75,5	10,9	18,8	14,4	3,7	55,7	1,3	3,4	—	4,8	2,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	—	—	—	—	—	51,4	—	48,6	—	—	—	—	—	3,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0,4	0,9	0,2	7,5	70,5	75,2	27,3	15,7	0,6	0,1	1,0	0,6	3,8	3,6
Gebietskörperschaften	—	—	—	—	38,2	96,7	61,8	3,3	—	—	—	—	4,1	3,4
Insgesamt	2,6	0,3	8,6	10,7	27,9	45,5	53,0	42,2	6,8	1,0	1,0	0,3	4,0	3,7

1.2 Arbeitszeitentwicklung

Nachdem mit den Unternehmen der Eisen- und Stahlherzeugung ab 1. Oktober 1984 erstmals ein wichtiger Wirtschaftsbereich eine tarifliche Arbeitszeit unter 40 Stunden eingeführt hatte (38 Stunden), hat sich diese Entwicklung 1985 und 1986 fortgesetzt. In der Metall- und Druckindustrie gilt seit dem 1. April 1985 tariflich die 38,5-Stunden-Woche. Damit waren Ende 1985 bereits rund 4,5 Mill. Arbeitnehmer von Tarifmaßnahmen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf weniger als 40 Stunden betroffen. 1986 sind für weitere Wirtschaftsbereiche Arbeitszeitverkürzungen in Kraft getreten, zum Beispiel im Einzelhandel, im Kraftfahrzeughandwerk, in der Papierverarbeitung sowie in einigen Tarifbezirken des Groß- und Außenhandels. In Tabelle 1 wurden deshalb die Veränderungen der Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeit zusätzlich nachgewiesen. Die Darstellung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, daß sich die stärksten Veränderungen bisher im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe vollzogen haben, vor allem durch die Tarifvereinbarungen für das Metallgewerbe. Die Anwendung solcher Tarifverträge im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe hat aber auch in diesen Bereichen — neben eigenständigen Vereinbarungen — zu einer Abnahme des Arbeitszeitindex geführt. In den übrigen Wirtschaftsbereichen ist hingegen — wenn vom Handel abgesehen wird — eine deutliche Entwicklung zu einer Arbeitszeit unter 40 Stunden noch nicht erkennbar. Das verdeutlichen die Ergebnisse der Tabelle 3, in der die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit nachgewiesen ist. Sie lag im Durchschnitt aller erfaßten Wirtschaftszweige für Arbeiter und Angestellte zusammen betrachtet 1986 bei 39,36 Stunden. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe betrug sie 38,5 Stunden. In den übrigen bereits erwähnten Bereichen des verarbeitenden Gewerbes lagen die Durchschnittswerte bei 39,33 und 39,46 Stunden. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie im Baugewerbe gilt nach wie vor praktisch die 40-Stunden-Woche. Das galt 1986 auch noch für die Unternehmen der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Bergbau, wie auch — vom Einzelhandel abgesehen — für den Dienstleistungsbereich. Weitere Arbeitszeitverkür-

zungen sind hier Anfang 1987 für das private Versicherungsgewerbe sowie weitere Tarifbezirke des Groß- und Außenhandels in Kraft getreten.

1.3 Index der Tarflöhne in der Landwirtschaft

Der Tariflohnindex in der Landwirtschaft, ein Gesamtindex aus den Teilindizes für Arbeiter im Monatslohn und Arbeiter im Stundenlohn, hat sich 1986 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % erhöht. Diese Veränderung liegt um mehr als 1 % unter derjenigen für die Wirtschaftsbereiche der gewerblichen Wirtschaft. Tatsächlich ist dieser Rückstand jedoch erheblich geringer, denn er ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in fast allen Tarifbezirken der Abschlußtermin vom 1. Juli auf den 1. August hinausgeschoben wurde. Durch diese Verschiebung wird die Erhöhung erst mit den Oktober-Ergebnissen nachgewiesen und reduziert so den Wert für den Jahresdurchschnitt. Wäre die Erhöhung wie 1985 am 1. Juli in Kraft getreten, hätte sich eine Indexveränderung von 3 % ergeben. Eine Arbeitszeitverkürzung für die Arbeiter in der Landwirtschaft hat seit dem 1. Januar 1983 nicht stattgefunden. Es gilt nach wie vor eine Jahresarbeitszeit von 2088 Stunden.

Index der Tarflöhne¹⁾ in der Landwirtschaft

Jahr ²⁾	Index 1980 = 100	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1976 D	77,3	10,3
1977 D	83,4	7,9
1978 D	87,8	5,3
1979 D	93,3	6,3
1980 D	100	7,2
1981 D	104,7	4,7
1982 D	110,1	5,2
1983 D	114,3	3,8
1984 D	118,5	3,7
1985 D	121,9	2,9
1986 D	124,7	2,3

¹⁾ Gesamtlöhne für schwere und leichte Arbeiten — ²⁾ Durchschnitt (D) errechnet aus 4 Monatswerten

2 Verdienste in Industrie und Handel

Nachdem in den letzten beiden Jahren die Arbeitszeit wieder zunehmend Gegenstand der Tarifvertragsverhandlungen geworden ist und die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit inzwischen in großen Wirtschaftsbereichen,

Tabelle 3 Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften
Stunden

Jahr ¹⁾	Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwarme- und Wasserversorgung	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Baugewerbe (ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei)	Handel ²⁾	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Gebietskörperschaften
Arbeiter												
1985	39,55	40,00	40,02	39,40	38,88	39,70	40,00	39,99	39,97	—	40,05	40,00
1986	39,31	40,00	40,00	39,27	38,53	39,47	40,00	39,99	39,11	—	40,04	40,00
Angestellte												
1985	39,70	39,97	40,02	39,58	38,87	39,63	40,01	39,97	39,97	40,00	39,93	40,00
1986	39,44	39,97	40,00	39,49	38,50	39,40	40,01	39,92	38,99	40,00	39,79	40,00
Arbeiter und Angestellte												
1985	39,60	39,97	40,02	39,45	38,87	39,68	40,00	39,99	39,97	40,00	40,02	40,00
1986	39,36	39,97	40,00	39,33	38,52	39,46	40,00	39,98	39,05	40,00	39,97	40,00

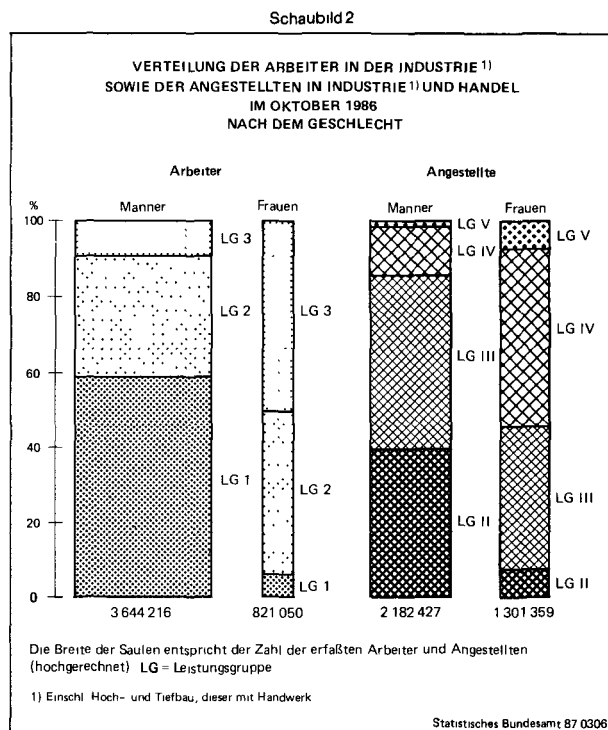
¹⁾ Durchschnitt aus 4 Monatswerten — ²⁾ Handel (ohne Handelsvermittlung)

wie im Metallgewerbe und im Einzelhandel, 38,5 Stunden beträgt, in anderen Bereichen aber weiterhin 40 Stunden gelten (siehe Tabelle 3), sind die Ergebnisse der laufenden Verdienststatistik teilweise schwieriger zu interpretieren, da insbesondere Veränderungen der durchschnittlichen bezahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Stundenverdienste hiervon beeinflusst sind. In Ergänzung der bisher üblichen Darstellung der Durchschnittswerte sollen deshalb im folgenden auch Indexergebnisse nachgewiesen werden, mit denen die zeitliche Entwicklung der Verdienste und Arbeitszeiten zutreffender verfolgt werden kann, weil sie weitgehend von Strukturveränderungen befreit sind.

2.1 Arbeiterverdienste

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst hat sich für einen vollbeschäftigten Industriearbeiter 1986 gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % erhöht und lag damit bei 17,85 DM; für eine Industriearbeiterin betrug der Zuwachs 4 %, womit sie einen Stundenverdienst von 13,04 DM erreicht hat (siehe Tabelle 4). Die Differenz von fast 5 DM zwischen diesen Durchschnittswerten verdeckt eine Vielzahl der die Verdiensthöhe bestimmenden Faktoren. Soweit sie sich mit der Verdienststatistik aufhellen lassen, sind es einmal die ungleiche Verteilung von Männern und Frauen auf die Wirtschaftszweige, wobei besonders bemerkenswert ist, daß in einigen Wirtschaftszweigen fast gar keine Frauen beschäftigt sind, zum Beispiel im Baugewerbe oder Bergbau; teilweise handelt es sich dabei — wie im Bergbau — um Wirtschaftszweige mit einem überdurchschnittlich hohen Verdienstniveau. Andererseits sind Wirtschaftszweige mit einem traditionell unter dem Gesamtdurchschnitt liegenden Tarif- und Verdienstniveau, zum Beispiel das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, sehr stark mit Frauen besetzt. Diese Tatsachen erhöhen die Durchschnittswerte für Männer und verringern diejenigen für Frauen, wenn die Verdienste für den gesamten Erhebungsbereich dargestellt werden.

Weiterhin ist auf die verschiedene Art der Tätigkeit von Männern und Frauen hinzuweisen, die in der Verdienststa-



istik Ausdruck findet in den Leistungsgruppen. Sie stellen eine grobe Abstufung nach der Qualifikation der Arbeitnehmer für die auszuübende Tätigkeit dar. Wie im Schaubild 2 dargestellt, gehörten im Oktober 1986 fast 60 % der männlichen Industriearbeiter der Leistungsgruppe 1 an (das sind vorwiegend Facharbeiter), sie erhielten den höchsten Stundenverdienst von 18,74 DM. Demgegenüber waren nur knapp 6 % der Frauen als Facharbeiterinnen tätig und verdienten dabei 14,33 DM. Nach wie vor übte im Oktober 1986 die Hälfte aller Arbeiterinnen einfache, als Hilfsarbeiten zu bewertende Tätigkeiten aus, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist (Leistungsgruppe 3). Der hierbei erzielte verhältnismäßig niedrige Durchschnittsverdienst erklärt zu einem großen Teil den geringen Gesamtdurchschnitt der Verdienste für Frauen und damit auch die oben erläuterte Verdienstdifferenz zwischen männlichen und

Tabelle 4 Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel

Jahr	Arbeiter in der Industrie						Angestellte in Industrie ¹⁾ , Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe	
	Bezahlte Wochenstunden		Bruttostundenverdienste		Bruttowochenverdienste		Bruttomonatsverdienste	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Stunden		DM					
1980 D	42,1	40,0	14,16	10,25	596	408	3 421	2 202
1981 D	41,6	39,4	14,94	10,83	622	428	3 598	2 325
1982 D	41,1	39,1	15,66	11,38	642	444	3 777	2 447
1983 D ²⁾	40,8	39,1	16,23	11,71	664	460	3 863	2 453
1984 D	41,2	39,7	16,59	12,00	684	477	3 996	2 544
1985 D	40,9	39,5	17,23	12,54	705	494	4 158	2 648
1986 D	40,8	39,2	17,85	13,04	729	513	4 322	2 764
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1980 D	- 0,7	+ 0,3	+ 6,9	+ 6,5	+ 6,0	+ 6,3	+ 7,5	+ 7,4
1981 D	- 1,2	- 1,5	+ 5,5	+ 5,7	+ 4,4	+ 4,9	+ 5,2	+ 5,6
1982 D	- 1,2	- 0,8	+ 4,8	+ 5,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 5,0	+ 5,2
1983 D ²⁾	- 0,7	+ 0,8	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,7
1984 D	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,7
1985 D	- 0,7	- 0,5	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,1	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,1
1986 D	- 0,2	- 0,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,4

¹⁾ Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk — ²⁾ Ab Januar 1983 neuer Berichtskreis. Die Veränderungsdaten des Jahres 1983 wurden an den auf den neuen Berichtskreis umgerechneten Werten von 1982 gemessen

weiblichen Industriearbeitern. Weitere Einflußfaktoren, wie zum Beispiel das Lebensalter, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die Berufsjahre, lassen sich mit Ergebnissen einer Gehalts- und Lohnstrukturhebung untersuchen, die zuletzt für das Jahr 1978 durchgeführt wurde (eine neue Erhebung ist derzeit in Vorbereitung).

Wenn die durchschnittlichen Stundenverdienste nach Wirtschaftszweigen betrachtet werden, liegt wie schon seit vielen Jahren die Mineralölverarbeitung mit einem Verdienst von 22,77 DM für männliche Arbeiter an der Spitze (Leistungsgruppe 1 = 23,58 DM). Im Verdienst am nächsten kommen die in der Energie- und Wasserversorgung beschäftigten Arbeiter mit 19,82 DM pro Stunde. Am Ende der Verdienstska rangieren die Arbeiter im Bekleidungs-gewerbe sowie in der feinkeramischen Industrie mit einem Stundenverdienst von jeweils rund 15 DM. Bei den Industriearbeiterinnen stehen die Wirtschaftszweige Herstellung von Kraftfahrzeugen und -motoren sowie die Mineralölverarbeitung an der Spitze der Verdienstska mit einem Stundenverdienst von 18,13 bzw. 16,33 DM. Die geringsten Verdienste für Frauen wurden ermittelt in den Wirtschaftszweigen Herstellung von Zigarren usw. mit 10,12 DM sowie Lederverarbeitung mit 10,61 DM — Weitere Ergebnisse enthalten die Tabellen auf S 100* ff.

Wie bereits erwähnt, wird der Zuwachs des Stundenverdienstes und damit die Rangfolge der Wirtschaftszweige derzeit davon beeinflußt, ob auch Arbeitszeitverkürzungen stattgefunden haben. Wurde die Arbeitszeit 1986 beispielsweise um 1,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich verkürzt, wie zum Beispiel in der Polsterindustrie in Bayern zum 1. April 1986, kommt zu einer Tarifierhöhung von in dem genannten Fall 1,8 % ein weiterer Steigerungsbetrag von 3,9 % hinzu, so daß sich die Gesamterhöhung ab April 1986 auf mindestens 5,7 % belief, ein Verdienstzuwachs, der deutlich über der Erhöhung der Verdienste in Wirtschaftszweigen lag, für die keine Arbeitszeitverkürzung in Kraft getreten sind (z. B. in der Holzverarbeitenden Industrie einschl. Kunststoffverarbeitung, Möbelindustrie in Bayern um 3,5 %).

Die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit in der Industrie ist 1986 im Jahresdurchschnitt gegenüber 1985 geringfügig zurückgegangen, und zwar für Frauen etwas stärker (- 0,8 %) als für Männer (- 0,2 %). Die Durchschnittswerte betragen für Männer 40,8 und für Frauen 39,2 Stunden. Darin sind Mehrarbeitsstunden in Höhe von 1,9 bzw. 0,4 Wochenstunden enthalten. Diese Ergebnisse sind in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit für Männer und Frauen nähert sich in den letzten Jahren immer weiter an. Die Wochenarbeitszeit für Industriearbeiter lag 1986 nur um 1,6 Stunden höher als für die Arbeiterinnen. Die Differenz hatte zu Beginn der 50er Jahre teilweise mehr als fünf Stunden betragen (1951 = 6,1 Stunden) und hat sich seitdem ständig verringert. In den 60er Jahren lag sie zwischen vier und fünf Stunden, nach 1975 wurden in einzelnen Jahren noch zwei bis drei Mehrarbeitsstunden ermittelt. Seit 1982 wurde als Differenz nur noch ein Durchschnittswert von weniger als zwei Stunden festgestellt.

Die Anzahl der Mehrarbeitsstunden in der Industrie stabilisiert sich seit 1980 im Durchschnitt auf einen Wert von etwa

zwei Stunden für Arbeiter und weniger als eine halbe Stunde für Arbeiterinnen. In früheren Jahren sind von Männern im Durchschnitt bis zu 4,5 Mehrarbeitsstunden wöchentlich geleistet worden (z. B. 1970), von Frauen hingegen nur höchstens etwas mehr als eine Stunde (1970 z. B. 1,2 Stunden). Eine rückläufige Tendenz ist seit Beginn der 70er Jahre zu beobachten. Bei diesen Ergebnissen ist allerdings zu beachten, daß bei der Berechnung der Durchschnitte sowohl Arbeiter mit wie auch Arbeiter ohne Mehrarbeitsstunden einbezogen werden.

Werden von den bezahlten Stunden insgesamt die Mehrarbeitsstunden abgezogen, so ergeben sich die sogenannten Normalarbeitsstunden. Mit einer solchen Differenzbildung läßt sich für die Jahre 1985 und 1986 feststellen, in welchem Umfang in den einzelnen Wirtschaftszweigen die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen wirksam geworden sind. Die Ergebnisse für die Investitionsgüterindustrien, in denen fast ausschließlich Tarifverträge des Metallgewerbes angewendet werden, und der Druckindustrie belegen, daß hier die Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben weitgehend realisiert wurde; in den beiden Fällen belief sich die Normalarbeitszeit auf 38,6 bzw. 38,5 Wochenstunden. Das entspricht nahezu der seit 1. April 1985 geltenden tariflichen Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden.

Bei der Darstellung der Ergebnisse in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen sind für Arbeiter bezahlte Wochenstunden von maximal 45,4 und 45,2 Stunden in der Nahrungsmittelindustrie festgestellt worden, und zwar in der Fischverarbeitung und in der Obst- und Gemüseverarbeitung. In beiden Wirtschaftszweigen lassen sich saisonale Schwerpunkte der Produktionstätigkeit im Winter- bzw. dem zweiten Kalenderhalbjahr mit einer größeren Anzahl von Mehrarbeitsstunden erkennen, die sich bis auf den Jahresdurchschnitt hin auswirken. Die niedrigsten Wochenarbeitszeiten sind für Arbeiter im Erzbergbau sowie im Kali- und Steinsalzbergbau mit je 37,2 Stunden ermittelt worden. Während im Kali- und Steinsalzbergbau wegen der anhaltend schwachen Nachfrage auf den Weltmärkten Produktionskurzungen vorgenommen wurden, das heißt in großem Umfang kurzgearbeitet wurde, ist der deutsche Erzbergbau mit seinen Erzeugnissen vor allem einem starken Importdruck ausgesetzt und deshalb kaum mehr wettbewerbsfähig, was ebenfalls in Produktionseinschränkungen, Betriebsstillegungen und Kurzarbeit Ausdruck findet.

Die höchste Anzahl von Wochenstunden für die Industriearbeiterinnen wurde mit 41,3 und 40,9 — ebenso wie bei den Männern — in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie der Fischverarbeitung festgestellt. Die geringsten Arbeitszeiten von 37,9 und 38,3 Wochenstunden ergaben sich im Schiffbau und in der Eisenschaffenden Industrie, das heißt in Industriezweigen, die bereits die Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 bzw. 38 Stunden vollzogen haben, in denen aber auch nur sehr wenige Frauen beschäftigt sind — Einzelergebnisse enthalten die Tabellen auf S 100* ff.

Die Bruttoverdienste für männliche und weibliche Industriearbeiter haben sich 1986 etwas stärker erhöht als im Vorjahr (die Zuwachsraten betragen 3,4 und 3,8 % gegenüber 3,1 und 3,6 %), weil der Rückgang der bezahlten Wochenstunden etwas geringer war als im vergangenen Jahr. Dabei haben die Frauenverdienste stärker

zugenommen als die Männerverdienste. Der durchschnittliche Wochenverdienst lag in der Industrie für Männer bei 729 DM und für Frauen bei 513 DM, das entspricht Monatswerten von etwa 3 170 und 2 230 DM. Die wichtigsten Ursachen für die Verdienstunterschiede von 216 DM beim Wochenverdienst bzw. 940 DM beim Monatsverdienst sind bei der Besprechung der Stundenverdienste genannt worden. Beim Wochenverdienst kommt als zusätzlicher Erklärungsgrund für die Verdienstdifferenz die vergleichsweise höhere Anzahl von Mehrarbeitsstunden für Männer hinzu. Nachdem sich diese „Mehroleistung“ heute auf etwa 1½ Wochenstunden reduziert hat, kann damit nur noch eine Differenz im Wochenverdienst von etwa 25 bis 35 DM erklärt werden.

Wird die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach dem Bruttowochenverdienst der männlichen Arbeiter betrachtet, ist bemerkenswert, daß neben der Mineralölverarbeitung mit dem Spitzenverdienst von 927 DM für drei weitere Wirtschaftszweige, und zwar die Elektrizitätsversorgung, den Braunkohlenbergbau usw. sowie die Kraftfahrzeugherstellung usw., ein Betrag von über 800 DM ermittelt wurde, das bedeutet einen Monatsverdienst von mehr als 3 500 DM. Demgegenüber gibt es aber noch Wochenverdienste von weniger als 600 DM, das entspricht einem Monatsverdienst von knapp 2 500 DM bei der Zigarrenherstellung (561 DM), der Lederverarbeitung (569 DM) und der Herstellung von Schuhen (580 DM).

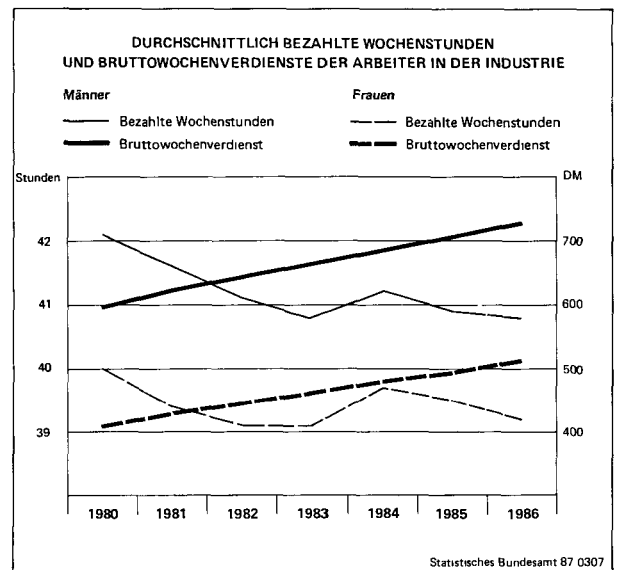
Für die Industriearbeiterinnen sind durchschnittliche Wochenverdienste von mehr als 600 DM Spitzenwerte, die nur in drei Wirtschaftszweigen erzielt wurden (Kraftfahrzeugherstellung 702 DM, Mineralölverarbeitung 653 DM, Tabakverarbeitung ohne Zigarrenherstellung 627 DM). Die geringsten Wochenverdienste, das waren weniger als 450 DM, wurden für die Zigarrenherstellung (404 DM), die Lederverarbeitung (419 DM) und die Fischverarbeitung (431 DM) ermittelt — Weitere Ergebnisse enthalten die Tabellen auf S. 100* ff.

2.2 Angestelltenverdienste

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten in Industrie, Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe, das heißt im gesamten Erhebungsbereich, erhöhten sich 1986 gegenüber dem Vorjahr um 3,9 %, für die weiblichen Angestellten lag der Zuwachs mit 4,4 % höher. Die entsprechenden Vorjahreswerte hatten um jeweils 4,1 % über den Durchschnittsverdiensten des Jahres 1984 gelegen. Der stärkere Anstieg der Frauenverdienste beruht hierbei vor allem auf einem Struktureffekt, denn im Dienstleistungsbereich hat sich die Verteilung der weiblichen Angestellten auf die Leistungsgruppen in Richtung auf eine stärkere Besetzung der höherwertigen Gruppen verändert.

Im gesamten Erhebungsbereich belief sich der Monatsverdienst 1986 nunmehr auf 4 322 DM für männliche und 2 764 DM für weibliche Angestellte. Die entsprechenden Vergleichswerte für die Industrie lagen bei 4 690 und 3 108 DM und für den Dienstleistungsbereich bei 3 697 und 2 557 DM. Nach wie vor ist bemerkenswert, daß der Monatsverdienst in der Industrie für einen männlichen Angestellten um mehr als ein Viertel (27 %) über demjenigen

Schaubild 3



eines männlichen Angestellten im Dienstleistungsbereich liegt; weibliche Angestellte verdienen in der Industrie im Durchschnitt ein Fünftel (22 %) mehr als im Dienstleistungsbereich. Die Differenz zwischen den Monatsverdiensten von männlichen und weiblichen Angestellten liegt absolut und relativ gesehen in der Industrie höher als im Dienstleistungsbereich. 1986 betrug sie 1 582 bzw. 1 140 DM, das heißt, eine weibliche Angestellte erhielt in der Industrie im Durchschnitt 66 %, im Dienstleistungsbereich 69 % des Gehaltes eines männlichen Angestellten.

Die wichtigsten Ursachen dieser Verdienstdifferenzen zwischen Männern und Frauen sind bereits bei der Darstellung der Ergebnisse für Arbeiter genannt worden; sie gelten auch für den Angestelltenbereich, wobei unterschiedlich lange Arbeitszeiten für männliche und weibliche Angestellte jedoch nur ausnahmsweise in der Gehaltshöhe Ausdruck finden dürften. Auch für Angestellte ist besonders auf die unterschiedliche Qualifikationsstruktur hinzuweisen (siehe Schaubild 2). Wie bei den Arbeitern dominieren bei den Angestellten die Männer in den Leistungsgruppen II und III mit der höchsten Qualifikation (80 %), während der Frauenanteil hier nicht einmal 50 % erreicht (46 %). Hingegen sind in den Leistungsgruppen mit der niedrigsten Qualifikation (IV und V) nur knapp 20 % der Männer, aber fast 55 % der Frauen vertreten. Diese Unterschiede in der Qualifikationsstruktur erklären vor allem die oben aufgeführten Differenzen in den Durchschnittsverdiensten zwischen männlichen und weiblichen Angestellten.

Als ein weiteres statistisches Kriterium ist im Angestelltenbereich auf die Beschäftigungsart hinzuweisen, das heißt ob es sich eher um sogenannte kaufmännische oder technische Angestelltentätigkeiten handelt. Wie den Tabellen auf S. 100* ff zu entnehmen ist, liegen die Gehälter der technischen Angestellten bei Männern und Frauen in den einzelnen Wirtschaftszweigen um bis zu 16 % über demjenigen für kaufmännische Angestellte. Betrachtet man aber, wieviel Männer und Frauen diese Tätigkeiten ausüben, ergibt sich, daß der Frauenanteil bei den technischen Angestellten im Oktober 1986 in der Industrie zum

Beispiel nur knapp 8 % betrug. Dabei machten die technischen Angestellten mehr als die Hälfte (53 %) aller Arbeitnehmer in der Industrie aus. Läge der Anteil der weiblichen technischen Angestellten nicht bei 8 %, sondern bei 50 %, wurde sich bei sonst unveränderten Verhältnissen und Qualifikationsstrukturen die Verdienstdifferenz zwischen den in der Industrie beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten von 1 582 auf 1 508 DM verringern. Der Einfluß der sehr unterschiedlichen Verteilung der technischen Angestellten nach dem Geschlecht auf die Höhe der Durchschnittsverdienste ist also verhältnismäßig klein. Die Erklärung hierfür liegt vor allem darin, daß die Verdienstdifferenz zwischen kaufmännischen und technischen Angestelltentätigkeiten im Durchschnitt der gesamten Industrie nur bei 4 bis 5 % liegt.

Ob und in welchem Umfang die erwähnten Veränderungen in der Verteilung der Angestellten auf Wirtschaftszweige, Beschäftigungsarten und Leistungsgruppen die Zuwachsraten der Durchschnittsverdienste beeinflussen, läßt sich durch einen Vergleich mit den Veränderungsraten der Verdienstindizes feststellen. Sie betragen im Jahresvergleich 1986 zu 1985 für die männlichen Angestellten im gesamten Erhebungsbereich 3,4 % und für die weiblichen Angestellten 3,2 %. Verglichen mit den Zuwachsraten der Durchschnittswerte von 3,9 und 4,4 %, die um 0,5 bzw. 1,2 Prozentpunkte darüber liegen, wird deutlich, daß sich Strukturveränderungen vollziehen, die u. a. — wie bereits erwähnt — in Verbesserungen der Qualifikationsstruktur Ausdruck finden. Darin eingeschlossen sind jedoch weitere, leider nicht meßbare Einflüsse, wie Wanderungen zwischen den Wirtschaftszweigen, Veränderungen in den Entgeltformen, Fortfall oder Gewährung von ubertariflicher Bezahlung, von Zulagen u. a. m.

Werden die Angestellte Gehälter in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen betrachtet, ergibt sich folgende Rangordnung der Spitzenverdienste bei den männlichen Angestellten: Mineralölverarbeitung 5 902 DM, Herstellung von Kraftfahrzeugen usw. 5 369 DM sowie Ubriger Bergbau, Gewinnung von Erdöl usw. 5 362 DM. Bei dem letztgenannten Industriezweig waren der Anteil der technischen Angestellten (64 %) und der „Verdienstvorsprung“ der technischen Angestellten gegenüber den kaufmännischen Angestellten (12 %) überdurchschnittlich hoch. Bei den kaufmännischen Angestellten der Mineralölverarbeitung wurde dabei erstmalig ein Monatsverdienst von über 6 000 DM ermittelt (siehe Tabellen auf S. 100* ff.). Demgegenüber lagen die niedrigsten Durchschnittsverdienste für Angestellte in zwei Wirtschaftszweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrien, der Zigarrenherstellung (3 604 DM) und der Brot- und Backwarenindustrie (3 756 DM) sowie in der Lederverarbeitung (3 748 DM). Die weiblichen Angestellten in der Industrie erreichten 1986 Spitzenverdienste in der Mineralölverarbeitung (4 107 DM), in der Tabakverarbeitung ohne Zigarrenherstellung (3 737 DM) sowie bei der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten usw. (3 665 DM). Am Ende der Verdienstskala der weiblichen Angestellten befanden sich neben der Zigarrenherstellung (2 445 DM) mit der Herstellung von Schuhen (2 465 DM) und der Lederverarbeitung (2 466 DM) zwei Industriezweige der Verbrauchsgüterindustrien, die seit Jahren wegen starker Importkonkurrenz Betriebe in

der Bundesrepublik Deutschland schließen und Beschäftigte entlassen müssen.

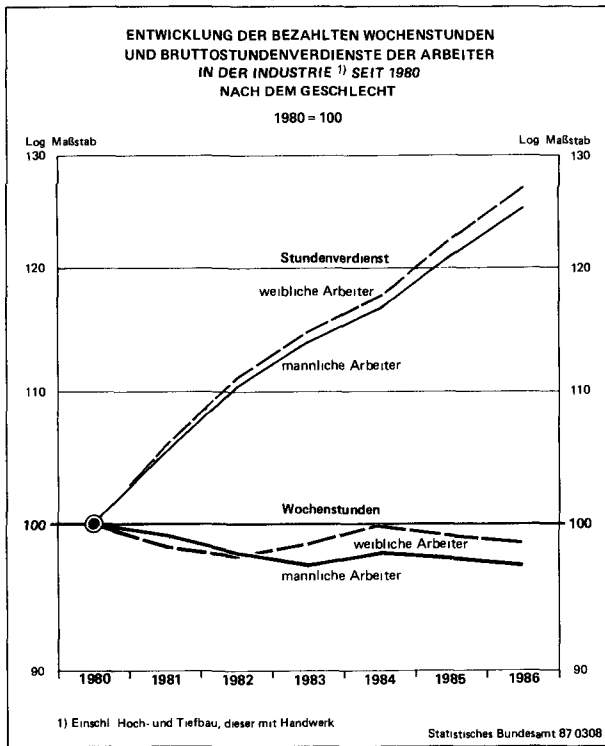
Im Dienstleistungsbereich wurden die männlichen und weiblichen Angestellten im Versicherungsgewerbe am besten bezahlt und erreichten 1986 Durchschnittsverdienste von monatlich 4 217 und 3 268 DM. Nur um rund 7 % darunter lagen die Durchschnittsverdienste der bei Kreditinstituten tätigen männlichen und weiblichen Angestellten. Die geringsten Durchschnittsverdienste wurden wie schon seit Jahren für den Einzelhandel ermittelt. Der Durchschnittswert für die weiblichen Angestellten (2 172 DM) wird dabei von Ergebnissen der Leistungsgruppe IV geprägt (1 993 DM), das sind ganz überwiegend Verkäuferinnen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Dieser Leistungsgruppe gehörten im Oktober 1986 fast zwei Drittel der weiblichen Angestellten an (64 %), das waren 40 % aller Angestellten des Einzelhandels.

2.3 Entwicklung der Verdienstindizes

Die Veränderungen der Durchschnittsverdienste schließen „reine“ Preisveränderungen des Produktionsfaktors Arbeit ein wie auch Veränderungen der Mengenkomponekte, das sind die bereits mehrfach erwähnten Strukturveränderungen. Strukturveränderungen der Arbeitnehmerschaft vollziehen sich im allgemeinen mittel- und langfristig. Wenn sie ausgeschaltet werden sollen für eine Darstellung der reinen Verdienstentwicklung, müssen anstelle der Durchschnittswerte Indizes verwendet werden. Für die Arbeiter in der Industrie werden Indizes der Bruttostundenverdienste, der durchschnittlichen bezahlten Wochenstunden und der Bruttowochenverdienste berechnet, für die Angestellten der Industrie und im Dienstleistungsbereich gibt es lediglich Indizes der Bruttomonatsverdienste.

Seit 1980 (= 100) hat sich der Index der Stundenverdienste für Arbeiterinnen bis 1986 mit 127,2 etwas stärker erhöht als für Arbeiter, für die der Indexstand 125,3 betrug (siehe Schaubild 4). Das läßt zwei grundsätzliche Vermutungen zu. Entweder sind die Frauenverdienste, zum Beispiel infolge günstigerer Tarifabschlüsse in Wirtschaftszweigen, die besonders stark mit Frauen besetzt sind, stärker gestiegen als die Mannerverdienste oder die Mannerverdienste haben sich vergleichsweise ungünstiger entwickelt, weil zum Beispiel Überstundenzuschläge und dergleichen entfallen sind. Tatsächlich haben in den letzten Jahren beide Tendenzen zusammengewirkt. Nach den Ergebnissen der Tabelle 1 hat zum Beispiel im Handel eine etwas günstigere Entwicklung der tariflichen Stundenlöhne stattgefunden. Andererseits durfte sich aber auch die Verdienstposition der Männer im Zusammenhang mit der rezessiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit 1980 verschlechtert haben, was zum Beispiel in dem Rückgang der Mehrarbeitsstunden Ausdruck gefunden hat. Dazu kommt noch eine Ungenauigkeit in der Feststellung der „Preis“-Entwicklung bei der Indexberechnung, denn die Verdienste werden nicht nach Gehaltsgruppen, sondern nur nach Leistungsgruppen erhoben. Setzt sich eine Leistungsgruppe aus mehreren Gehaltsgruppen zusammen, was sehr häufig vorkommt, und rücken im Zeitablauf mehr Frauen in die höher bezahlten Gehaltsgruppen dieser Leistungsgruppe auf, so daß sie dort anteilig stärker vertreten

Schaubild 4



sind als im Basiszeitraum, so drückt sich das in der Meßziffernreihe aus, ohne daß dieser Effekt getrennt nachweisbar ist.

Betrachtet man die Entwicklung der bezahlten Wochenstunden seit 1980, so hat der Indexwert für Frauen etwas weniger abgenommen als für Männer (98,8 gegenüber 97,1 im Jahr 1986). Vor dem Hintergrund der Arbeitszeitverkürzungen und der rezessiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu Beginn der 80er Jahre drückt sich darin vor allem der Umfang der Mehrarbeitsstunden aus. Mehrarbeitsstunden von Frauen waren bereits 1980 so gering, daß sie in den folgenden Jahren kaum wesentlich abnehmen konnten, wohingegen die Mehrarbeitsstunden für Männer bis 1986 im Durchschnitt noch um fast eine halbe Stunde zurückgingen. Der Index der Bruttowochenverdienste (siehe Schaubild 5) als Produkt aus den Indizes des Bruttostundenverdienstes und der bezahlten Wochenstunden ist dementsprechend für Frauen stärker angestiegen als der Index für Männer (Indexstand 1986 für Arbeiterinnen 125,5 bzw. 121,7 für Arbeiter).

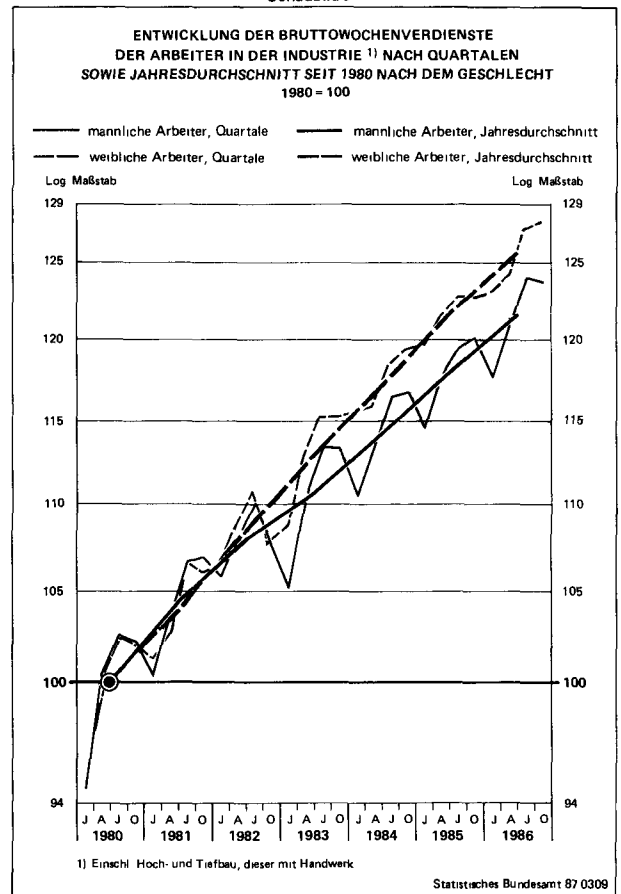
Demgegenüber ist die Entwicklung der Indizes der Bruttomonatsverdienste für männliche und weibliche Angestellte fast gleichartig verlaufen (siehe die Ergebnisse der folgenden Tabelle), und zwar sowohl für die Industrie wie für den Dienstleistungsbereich.

Eine bemerkenswert günstigere Entwicklung für Frauen hat im Verlauf der letzten Jahre allein im Wirtschaftsbereich

Entwicklung des Index der Bruttomonatsverdienste

Jahr	Industrie		Dienstleistungsbereich			
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	dar Einzelhandel
1981	104,9	105,3	104,8	105,3	105,2	106,0
1982	109,9	110,6	109,9	110,5	110,2	111,1
1983	113,4	114,3	113,4	114,0	112,6	114,9
1984	117,2	118,1	116,5	117,7	115,1	118,7
1985	121,8	122,3	120,7	121,9	118,5	122,2
1986	126,0	126,2	125,0	125,6	122,2	125,7

Schaubild 5



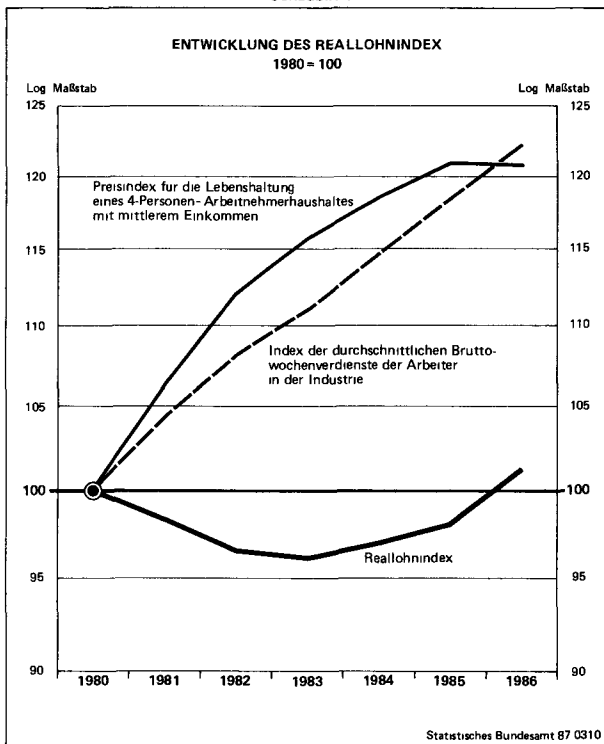
Einzelhandel stattgefunden. Hier hat sich der Index für weibliche Angestellte von 1980 bis 1986 auf 125,7 erhöht, gegenüber 122,2 für männliche Angestellte.

2.4 Reallohnentwicklung

Mehr noch als die Entwicklung der bisher dargestellten Bruttoverdienste interessiert den Arbeitnehmer, wie sich die Verdienste bei Berücksichtigung der Preisveränderungen entwickelt haben. Um hierzu eine Aussage machen zu können, sind im folgenden der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen verknüpft worden. Der Quotient aus diesen beiden Indizes wird als Reallohnindex bezeichnet. Damit läßt sich nachweisen, wie sich der Bruttowochenverdienst bei Berücksichtigung der Geldwertänderungen in seiner Kaufkraft im Zeitablauf entwickelt hat. Einen Überblick über die Entwicklung in den vergangenen Jahren gibt die nachstehende Tabelle:

Jahresdurschnitt	Reallohnindex 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1976	91,3	+ 3,9
1977	94,6	+ 3,6
1978	97,2	+ 2,7
1979	100,0	+ 2,9
1980	100	—
1981	98,2	- 1,8
1982	96,5	- 1,7
1983	96,0	- 0,5
1984	96,9	+ 0,9
1985	98,0	+ 1,1
1986	101,2	+ 3,3

Schaubild 6



Nach der sogenannten ersten Ölkrise (1973/1974) hat sich der Reallohnindex verschlechtert, und zwar reduzierte sich die Zuwachsrate von 3,4 % im Jahr 1973 auf - 1,5 % im Jahr 1975. 1976 wurde zwar wieder ein Zuwachs von 3,9 % erzielt, in den Folgejahren verringerten sich die Zuwachsraten jedoch stetig und führten seit 1981 im Zusammenhang mit der konjunkturellen Abschwächung sogar mehrmals hintereinander zu negativen Veränderungsrate, das heißt zu Kaufkraftverlusten. Mit dem konjunkturellen Aufschwung ist seit 1983 das reale Lohnneinkommen wieder gewachsen. Für 1986 ergab sich im Jahresdurchschnitt ein Anstieg von 3,3 %, das ist der höchste Zuwachs seit 1977; er wurde vor allem durch die Stabilität der Preise für Waren und Dienstleistungen im Jahr 1986 erreicht. Vergleicht man die Indizes von 1976 (91,3) und 1986 (101,2), so bedeutet dies, daß der Bruttorealverdienst eines Industriearbeiters im vergangenen Jahr im Durchschnitt um 11 % über dem Verdienst des Jahres 1976 lag.

Gegen diesen so berechneten „Reallohnindex“ läßt sich einwenden, daß die beiden Einzelindizes nicht genau zueinander passen. Die Lebenshaltungsgüter müssen zum Beispiel vom Nettoverdienst bezahlt werden, der Verdienstindex wird hingegen aus Angaben über Bruttoverdienste berechnet. Während 1950 von einem Bruttolohn von 100 DM rund 87 DM netto verblieben, waren es 1977 noch 71 DM und 1985 im Durchschnitt 67 DM. Der Preisindex für die Lebenshaltung mißt auch nur die Preisveränderungen der Güter für die Lebenshaltung. Ein Teil des Nettoverdienstes wird aber gespart, sei es für den künftigen Erwerb bestimmter Güter, sei es als allgemeine Zukunftsvorsorge. Unmittelbar zutreffend wäre der Reallohnindex also nur unter der Annahme, daß die Bruttoverdienste vollständig für die Lebenshaltung verwendet werden könnten.

Dipl.-Volkswirt Lothar Hake

Preise im Februar 1987

Ausgewählte Preisindizes

1980 = 100

Nachdem im Januar 1987 erstmals seit über einem Jahr wieder alle Preisindizes auf den hier beobachteten Wirtschaftsstufen (Produzierendes Gewerbe, Groß- und Einzelhandel) höhere Werte gegenüber dem Vormonat aufgewiesen hatten, stiegen im Februar nur die Preise auf der Endstufe (Einzelhandel und Privater Verbrauch) weiter an, während sich die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und die Großhandelsverkaufspreise wieder ermäßigten.

Mit Ausnahme des Teilindex für gewerbliche Investitionsgüter wiesen alle hier behandelten Indizes im Februar 1987 einen — zum Teil erheblich — niedrigeren Stand auf als ein Jahr zuvor. Allerdings hat sich seit November 1986 durchweg der Abstand zum Vorjahresergebnis verringert.

Mineralölerzeugnisse waren im Februar wieder erheblich billiger als im Vormonat. Aufgrund ihres hohen Gewichts auf allen Wirtschaftsstufen schlugen ihre Preisänderungen auf die betreffenden Gesamtindizes durch. Die nachfolgende Aufstellung zeigt, daß unter Ausklammerung des Preiseffekts der Mineralölerzeugnisse alle Indizes höhere Teuerungsraten bzw. geringere Preisrückgänge aufweisen.

	Veränderung Februar 1987 gegenüber	
	Januar 1987	Februar 1986
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	- 0,3	- 4,2
ohne Mineralölerzeugnisse	-	- 2,8
Großhandelsverkaufspreise	- 0,4	- 6,9
ohne Mineralölerzeugnisse	+ 0,3	- 4,5
Einzelhandelspreise	+ 0,2	- 0,1
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 0,8
Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 0,1	- 0,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 0,5

Nicht nur Mineralölprodukte, sondern Importwaren insgesamt haben in der Vergangenheit zu der für die Käufer von Waren und Dienstleistungen sehr günstigen Preisentwicklung auf allen Wirtschaftsstufen beigetragen. Die Einfuhrpreise haben im Jahresdurchschnitt 1986 um rund 19 % unter dem Stand von 1985 gelegen und sind damit etwa auf den Stand von 1980 zurückgefallen. Die in den letzten Monaten zu beobachtenden Weltmarktpreiserhöhungen bei bestimmten Rohstoffen wurden durch den gesunkenen Dollar-Kurs weitgehend kompensiert, so daß insgesamt kaum Verteuerungen für deutsche Importeure spürbar waren.

Neben den genannten direkten Auswirkungen des Importpreiserückganges gibt es noch vielfältige indirekte Effekte in der Art, daß billige Importgüter als Vorleistungen in den Produktionsprozeß eingehen und den Produktpreis beeinflussen. Diese indirekten Effekte sind allerdings nur schwer zu quantifizieren und entziehen sich dem preisstatistischen Nachweis.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ermaßigte sich von Januar bis Februar 1987 um 0,3 %. Damit wurde der im

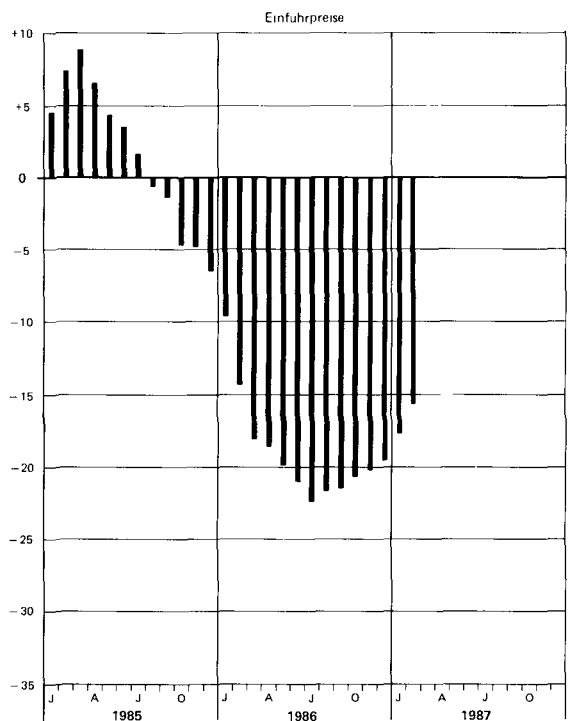
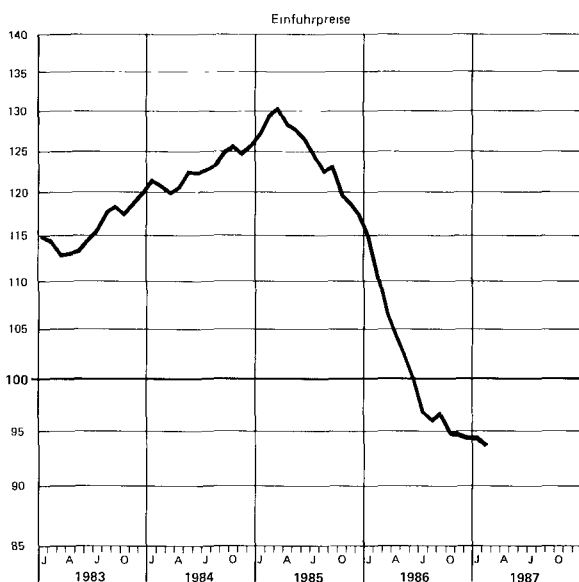
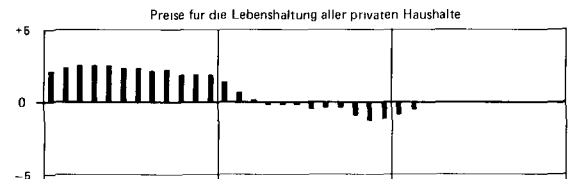
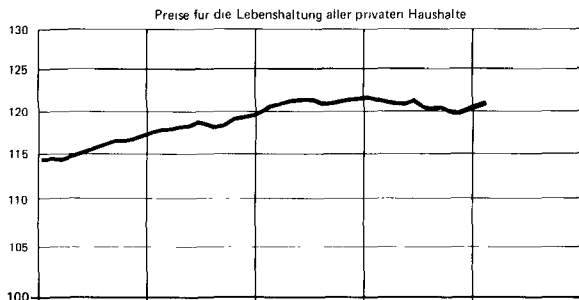
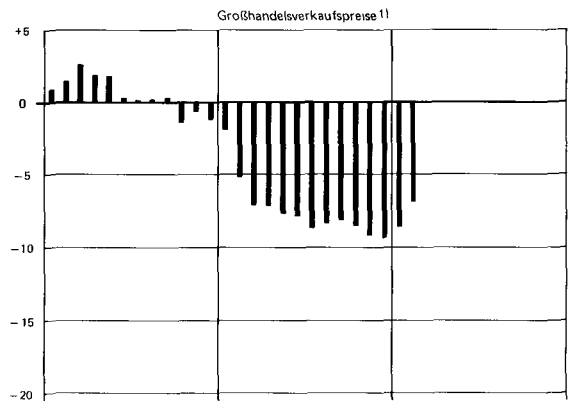
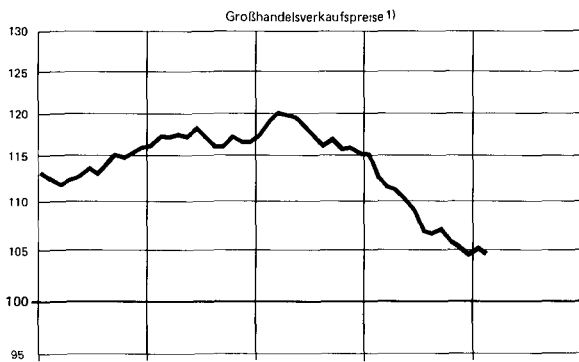
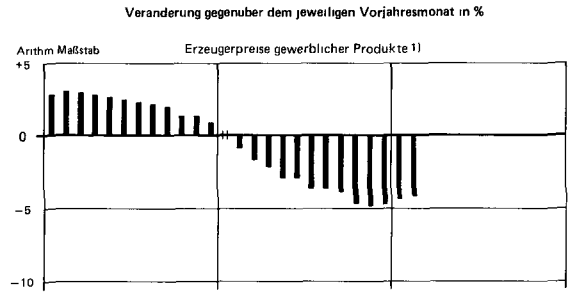
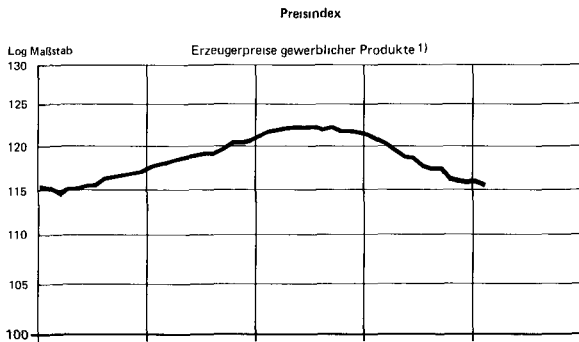
Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	insgesamt	darunter				insgesamt	ohne Saisonwaren ⁴⁾
		Investitionsgüter ²⁾	Verbrauchsgüter ²⁾				
1981 D	107,8	104,4	108,2	107,8	105,3	106,3	106,3
1982 D	114,1	110,5	111,8	113,6	110,3	111,9	112,0
1983 D	115,8	113,9	112,7	113,7	113,2	115,6	115,7
1984 D	119,2	116,8	115,4	116,9	115,6	118,4	118,4
1985 D	121,8	120,1	118,5	117,5	117,5	121,0	121,0
1986 D	118,2	123,4	110,6	108,8	117,3	120,7	120,8
1985 Dez	121,5	121,2	117,3	115,2	117,8	121,4	121,7
1986 Jan	121,2	121,8	115,7	115,1	117,9	121,6	121,7
Febr	120,6	122,0	113,9	112,6	117,8	121,3	121,3
März	120,1	122,3	112,1	111,5	117,6	121,0	121,0
April	119,4	122,8	111,6	111,1	117,7	120,9	120,8
Mai	118,6	123,0	110,4	110,1	117,7	120,9	120,7
Juni	118,5	123,4	110,2	109,1	117,7	121,1	120,9
Juli	117,7	123,7	108,2	106,8	117,2	120,5	120,5
Aug	117,5	124,0	108,9	106,6	116,9	120,2	120,5
Sept	117,5	124,2	109,5	107,2	116,9	120,4	120,7
Okt	116,2	124,4	108,7	105,8	116,7	120,0	120,3
Nov	115,9	124,5	108,8	105,2	116,8	119,9	120,3
Dez	115,7	124,5	108,7	104,4	116,9	120,1	120,4
1987 Jan	115,9	125,0	111,2	105,2	117,5	120,6	120,7
Febr	115,5	125,4	109,7	104,8	117,7	120,7	120,7
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1985 Dez	- 0,3	+ 0,2	- 1,3	- 0,5	-	+ 0,1	- 0,1
1986 Jan	- 0,2	+ 0,5	- 1,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	-
Febr	- 0,5	+ 0,2	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,2	- 0,3
März	- 0,4	+ 0,2	- 1,6	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2
April	- 0,6	+ 0,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Mai	- 0,7	+ 0,2	- 1,1	- 0,9	-	-	- 0,1
Juni	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,9	-	+ 0,2	+ 0,2
Juli	- 0,7	+ 0,2	- 1,8	- 2,1	- 0,4	- 0,5	- 0,3
Aug	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,2	-
Sept	-	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	-	+ 0,2	+ 0,2
Okt	- 1,1	+ 0,2	- 0,7	- 1,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Nov	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,1	-
Dez	- 0,2	-	- 0,1	- 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
1987 Jan	+ 0,2	+ 0,4	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Febr	- 0,3	+ 0,3	- 1,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	-
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1981 D	+ 7,8	+ 4,4	+ 8,2	+ 7,8	+ 5,3	+ 6,3	+ 6,3
1982 D	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,3	+ 5,4	+ 4,7	+ 5,3	+ 5,4
1983 D	+ 1,5	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3
1984 D	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
1985 D	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,2
1986 D	- 3,0	+ 2,7	- 6,7	- 7,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2
1985 Dez	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,3	- 1,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8
1986 Jan	-	+ 2,9	- 2,2	- 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4
Febr	- 0,8	+ 2,8	- 4,3	- 5,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8
März	- 1,4	+ 2,9	- 5,9	- 7,1	-	+ 0,1	+ 0,2
April	- 2,1	+ 2,6	- 6,0	- 7,1	- 0,1	- 0,2	-
Mai	- 2,9	+ 2,4	- 7,2	- 7,7	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Juni	- 2,9	+ 2,7	- 7,2	- 7,9	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Juli	- 3,6	+ 2,7	- 8,5	- 8,7	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Aug	- 3,6	+ 2,9	- 7,6	- 8,3	- 0,1	- 0,4	- 0,5
Sept	- 3,8	+ 3,0	- 7,5	- 8,1	- 0,3	- 0,4	- 0,6
Okt	- 4,7	+ 2,9	- 8,3	- 8,5	- 0,5	- 0,9	- 1,1
Nov	- 4,9	+ 3,0	- 8,5	- 9,2	- 0,8	- 1,2	- 1,2
Dez	- 4,8	+ 2,7	- 7,3	- 9,4	- 0,8	- 1,1	- 1,1
1987 Jan	- 4,4	+ 2,6	- 3,9	- 8,6	- 0,3	- 0,8	- 0,8
Febr	- 4,2	+ 2,8	- 3,7	- 6,9	- 0,1	- 0,5	- 0,5

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter — 3) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 4) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfleisch und Blumen

Januar verzeichnete Anstieg mehr als ausgeglichen, so daß der Index mit 115,5 den niedrigsten Stand seit Juni 1983 erreichte. Im Vorjahresvergleich setzte sich der seit Februar 1986 rückläufige Trend fort, wenn auch das Ausmaß der Veränderungen gegenüber dem Vorjahresmonat sich seit November 1986 (— 4,9 %) bis Februar 1987 (— 4,2 %) verringert hat

Schaubild 1

AUSGEWALTE PREISINDIZES
1980 = 100



1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer

Nachdem im Januar hauptsächlich Mineralölerzeugnisse den Indexanstieg verursacht hatten, trug im Februar vor allem der Preisrutsch bei Heizölen (— 22,5 %) zur entgegengesetzten Entwicklung bei. In der Berechnung ohne Mineralölerzeugnisse insgesamt, die sich binnen Monatsfrist um 8,1 % verbilligten, ergab sich — statt des Indexrückgangs wie beim vollständigen Index — keine Veränderung.

Im Vorjahresvergleich fällt neben der Preisentwicklung bei Mineralölerzeugnissen (— 27,5 %) vor allem die Verbilligung von Erdgas (— 37,9 %) auf. Bezieht man Mineralölerzeugnisse und Erdgas nicht in die Berechnung des gewerblichen Erzeugerpreisindex ein, so war der „Restindex“ im Februar 1987 nur um 0,7 % niedriger als ein Jahr zuvor. Bemerkenswert sind noch die Preisveränderungen bei Eisen und Stahl sowie bei NE-Metallen und -Metallhalbzeug, die um 10,2 bzw. 14,8 % billiger waren als ein Jahr zuvor.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise ermäßigte sich von Januar bis Februar 1987 um 0,4 %. Der im Januar verzeichnete Preisanstieg von 0,8 % ist damit teilweise kompensiert worden, so daß der Indexstand im Februar (104,8; 1980 = 100) wieder dicht bei dem Wert von Dezember 1986 lag (104,4), der den Indextiefstand der vergangenen sechs Jahre markiert.

Gegenüber dem Februar des Vorjahres war der Index um 6,9 % niedriger. Damit weist der Index der Großhandelsverkaufspreise von den hier betrachteten Wirtschaftsstufen die weitaus höchsten negativen Jahresveränderungsraten auf (seit Februar 1986 zwischen — 5,2 und — 9,4 %).

Besonders stark zurückgegangen sind die Verkaufspreise des Großhandels mit Rohstoffen und Halbwaren. Gegenüber dem Vormonat verzeichneten sie um 1,8 % und gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,2 % niedrigere Preise. Beachtung verdient vor allem die Preisentwicklung beim Großhandel mit Mineralölerzeugnissen: Ihre Preise waren im Februar um 4,6 % niedriger als im Januar 1987 und um 22,2 % niedriger als im Februar 1986. Der Teilindex für Mineralölerzeugnisse auf Basis 1980 = 100 erreichte im Februar mit 76,0 ein neues Rekordtief. Daneben sind aber auch bei anderen großen Bereichen des Großhandels mit Rohstoffen und Halbwaren beträchtliche negative Veränderungen der Verkaufspreise zu erwähnen. Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere waren im Februar 1987 um 9,9 % billiger als im Februar 1986 und um 0,4 % billiger als im Vormonat. Bei Eisen, Stahl, NE-Metallen usw. beliefen sich die Vergleichswerte auf — 11,0 bzw. — 1,1 %.

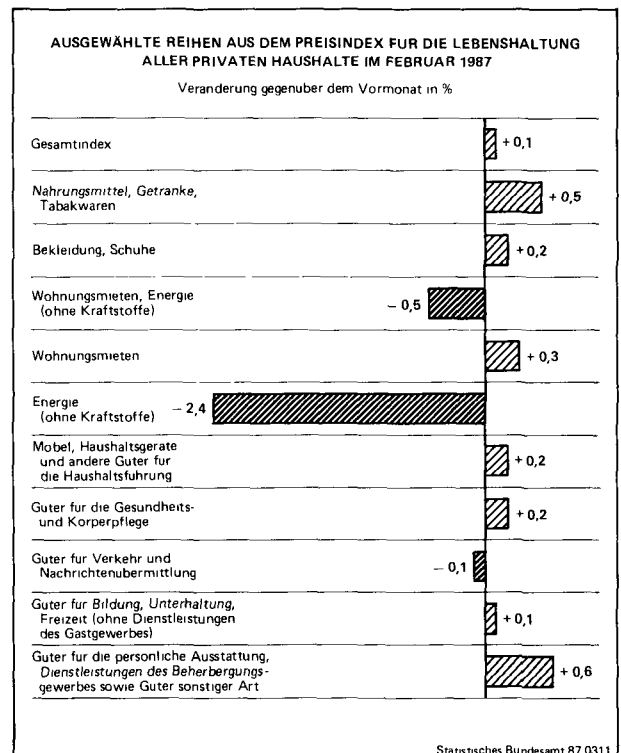
Die Preisentwicklung beim Großhandel mit Fertigwaren unterscheidet sich davon nicht unerheblich. Die Jahresveränderungsrate beträgt — 2,6 %, während der Teilindex gegenüber dem Vormonat sogar um 0,7 % anstieg. Die größte Warengruppe innerhalb des Großhandels mit Fertigwaren, Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren weist dabei die höchste negative Jahresveränderungsrate (— 6,7 %) auf, aber auch — saisonbedingt — den höchsten Anstieg gegenüber dem Januar (+ 1,5 %). Die Veränderungen bei den übrigen Wirtschaftszweigen waren weniger ausgeprägt.

Der Index der Einzelhandelspreise hat sich von Januar bis Februar 1987 um 0,2 % erhöht. Die Jahresveränderungsrate betrug — 0,1 %. Ohne Berücksichtigung der erheblich gesunkenen Preise von Heizöl und Kraftstoff lag der Gesamtindex um 0,8 % höher als vor einem Jahr.

Vom Gesamtindex weichen die Ergebnisse der Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels in unterschiedlichem Maße ab. Im Vergleich zum Vormonat weisen Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (+ 0,6 %), Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen (+ 0,5 %) sowie Fahrzeuge, Fahrzeugteile, -zubehör und -reifen (+ 0,5 %) höhere und Kraft- und Schmierstoffe (— 1,4 %) niedrigere Preisindizes aus. Innerhalb eines Jahres sind vor allem Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen (+ 2,8 %) sowie Fahrzeuge, Fahrzeugteile, -zubehör und -reifen (+ 2,7 %) teurer, Kraft- und Schmierstoffe (— 9,4 %) billiger geworden.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat sich im Februar 1987 um 0,1 % erhöht. Im Vorjahresvergleich lag er um 0,5 % niedriger. Auch bei diesem Index hat die aktuelle Preisentwicklung bei Mineralölerzeugnissen einen stärkeren Anstieg verhindert: Ohne Heizöl und Kraftstoffe errechnet sich ein Preisanstieg gegenüber dem Vormonat von 0,3 %. Im Vorjahresvergleich ergab sich bei dieser Berechnung sogar ein Anstieg von 0,5 %.

Schaubild 2



Nachdem sich im Januar die besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmittel sowie Blumen bereits um 6,3 % gegenüber dem Vormonat verteuert hatten, erhöhten sich im Februar die Preise für diese Waren nochmals um 5,8 %. Dennoch waren die Saisonwaren im

Februar 1987 noch um 1,4 % billiger als ein Jahr zuvor. Der Einfluß der Saisonwaren auf die Berechnung des Gesamtindex war gering. Ohne diese Waren hat er sich gegenüber dem Januar nicht verändert, und der Abstand zum Februar des Vorjahres war mit — 0,5 % bei beiden Berechnungen gleich.

Der Teilindex für Nahrungsmittel insgesamt stieg im Februar 1987 gegenüber dem Vormonat um 1,0 % (darunter Saisonwaren + 10,5 %) und lag damit um 1,0 % niedriger als ein Jahr zuvor (darunter Saisonwaren — 2,1 %). Bei den anderen Teilindizes wurden folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. Vorjahresmonat errechnet: Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter (ohne Nahrungsmittel) — 0,3 bzw. — 2,2 %, Dienstleistungen und Reparaturen + 0,4 bzw. + 1,6 %, Wohnungs- und Garagennutzung + 0,2 bzw. + 1,8 %

Der Preisindex für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung war im Februar um 0,2 % niedriger als im Januar 1987 und um 2,1 % niedriger als im Februar 1986. Neben den gesunkenen Kraftstoffpreisen (— 2,1 bzw. — 16,7 %) trug auch die Kraftfahrzeugsteuer zu diesem für die Verbraucher günstigen Ergebnis bei. Als Folge der Steuerermäßigungen bzw. Steuerbefreiungen für schadstoffarme Kraftfahrzeuge haben sich die Aufwendungen der Indexhaushalte für die Kraftfahrzeugsteuer innerhalb eines Jahres im Durchschnitt um 7,1 % verringert

Bei den für spezielle Haushaltstypen berechneten Preisindizes ergaben sich im Februar 1987 folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. entsprechenden Vorjahresmonat.

	Veränderung Februar 1987 gegenüber	
	Januar 1987	Februar 1986
	%	
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 0,2	— 0,4
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 0,2	— 0,7
2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern	+ 0,2	— 0,7
Einfache Lebenshaltung eines Kindes	+ 0,5	+ 0,1

Im einzelnen sind folgende stärkere Preisveränderungen von Januar bis Februar 1987 hervorzuheben (in Klammern die Abstände gegenüber Februar 1986):

	Veränderungen
	%
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	
Flussiggas	+ 21,3 (— 40,5)
Kalialze	+ 4,7 (+ 6,3)
Kunststoffe auf Zellulosebasis	+ 4,6 (— 1,8)
Synthetische Klebstoffe	+ 4,1 (+ 4,4)
Motorenbenzin	— 2,7 (— 15,7)
Fernwärme	— 2,8 (— 13,5)
Breitflanschträger	— 3,1 (— 11,0)
Walzdraht	— 3,1 (— 24,5)
Olkuchen und -schrote	— 3,5 (— 22,7)
Hüttenzink	— 4,2 (— 8,0)
Sojaöl	— 5,3 (— 39,4)
Dieselmotoren	— 8,2 (— 21,1)
Gewürze	— 12,5 (— 10,8)
Leichtes Heizöl	— 21,9 (— 42,2)
Schweres Heizöl	— 24,0 (— 31,6)

	Veränderungen
	%
Großhandelsverkaufspreise	
Frischgemüse	+ 16,9 (+ 2,7)
Frischobst	+ 11,9 (— 10,1)
Frische Eier	+ 8,9 (+ 4,7)
Flachglas	+ 3,9 (+ 12,6)
Schweinefleisch	+ 3,4 (— 14,8)
Siederohre	+ 3,0 (— 16,3)
Getreide	+ 1,0 (— 3,6)
Personenkraftwagen	+ 0,3 (+ 3,2)
Walzstahl	— 0,9 (— 7,9)
Butter	— 1,2 (— 4,5)
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	— 3,0 (— 18,8)
Seefische	— 3,3 (— 2,4)
Dieselmotoren	— 3,6 (— 24,5)
Motorenbenzin	— 3,7 (— 18,6)
Rohe Häute und Felle	— 5,1 (— 19,9)
Rohkaffee	— 6,9 (— 56,7)
Schweres Heizöl	— 10,0 (— 27,3)
Leichtes Heizöl	— 10,5 (— 39,3)
Stärkeerzeugnisse	— 12,5 (— 5,9)
Verbraucherpreise	
Frischgemüse	+ 17,8 (+ 3,9)
Frischobst	+ 8,2 (— 11,2)
Kartoffeln	+ 3,0 (+ 24,4)
Süd- und Zitrusfrüchte	+ 2,1 (— 10,4)
Eier	+ 1,3 (— 1,1)
Elektrischer Strom	+ 0,1 (+ 2,1)
Feste Brennstoffe	— (+ 0,9)
Schmuck	— (— 1,0)
TV-, Rundfunk-, Phono-, Foto-, Kinogeräte	— 0,1 (— 2,2)
Trinkmilch	— 0,1 (— 0,8)
Frische Fische und Fischfilet	— 0,2 (+ 3,7)
Butter	— 0,5 (— 3,9)
Frischfleisch	— 0,5 (— 2,7)
Margarine	— 0,7 (— 11,3)
Gas	— 1,0 (— 25,5)
Kraftstoffe	— 2,1 (— 16,7)
Kaffee	— 2,2 (— 5,0)
Leichtes Heizöl	— 11,6 (— 38,0)

Dipl.-Volkswirt Gerd Ströhl

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Zu einigen aktuellen Aspekten der Forschung und Entwicklung im Statistischen Bundesamt	1	31
Zweck und Bedeutung der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung	3	195
Volkszählungen im internationalen Vergleich	3	207
Arbeitsstättenzählung 1987	1	15
Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	1	37
Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	115
Bevölkerung		
Zweck und Bedeutung der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung	3	195
Entwicklung der Einbürgerungen seit 1983	1	46
Ausländer im Bundesgebiet 1986	3	219
Eheschließungen, Scheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1985	3	223
Wahlen		
Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987	2	123
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1986	2	132
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Insolvenzen 1986	3	230
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Weinmosternte 1986	3	234
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)	3	236
Außenhandel		
Außenhandel 1986	1	52
nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	2	136
nach Waren	3	240
im vierten Vierteljahr 1986	2	145
Verkehr		
Güterbeförderung der Bundesrepublik Deutschland durch die Niederlande 1984	1	59
Luftverkehr 1986	3	248
Geld und Kredit		
Aktienmarkt im Jahr 1986	1	67
Gesundheitswesen		
Meldepflichtige Krankheiten 1985	1	74
Versicherungen		
Kranken- und Rentenversicherungsschutz der Bevölkerung	3	252
Sozialleistungen		
Sozialhilfeempfänger 1985	2	151
Finanzen und Steuern		
Finanzplanung von Bund und Ländern 1986 bis 1990	1	79
Parafiskalische Sonderabgaben	3	260
Öffentliche Ausgaben für den Verkehr 1984	1	82
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1986	2	132

Löhne und Gehälter

Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1984	1	92
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1986	3	265

Preise

Preise im Jahr 1986	1	100
Januar 1987	2	158
Februar 1987	3	274

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	1	37
Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	115
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1986	3	169
Sozialprodukt im Jahr 1986	1	5

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	70*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	82*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	83*	"
Ausgewählte Tabellen		
Bevölkerung		
Ausländer in den Städten mit 100 000 Einwohnern und mehr am 31. 12. 1986 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten; Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Herkunfts- bzw. Zielländern	84*	einmalig
Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner; ehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern; nichtehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Mutter	86*	"
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen	88*	vierteljährlich
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	90*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	91*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	92*	"
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Konkurs- und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen 1986	94*	einmalig
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Warenverkehr nach Warengruppen: Lieferungen des Bundesgebietes; Bezüge des Bundesgebietes	95*	"
Außenhandel		
Einfuhr und Ausfuhr (Spezialhandel) nach Gütergruppen bzw. -zweigen des Systematischen Verzeichnisses für Produktionsstatistiken	97*	"
Löhne und Gehälter		
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk	99*	halbjährlich
Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste der Arbeiter in der Industrie im Jahr 1986 nach Leistungsgruppen; durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel im Jahr 1986 nach Beschäftigungsarten und Leistungsgruppen	100*	einmalig
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	106*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	108*	"
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	110*	vierteljährlich
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen; Verwendung des Sozialprodukts; Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen	111*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts; Erwerbstätige, Arbeitslose und Produktivität; Verwendung des Sozialprodukts; Sozialprodukt und Volkseinkommen; Einkommen je Einwohner, je Erwerbstätigen und je beschäftigten Arbeitnehmer; Einnahmen und Ausgaben des Staates; verfügbares Einkommen der privaten Haushalte; Nettosozialprodukt, verfügbares Einkommen in der Volkswirtschaft und seine Verwendung; wirtschaftliche Vorgänge mit der übrigen Welt	113*	einmalig

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986					1987	
					Aug	Sept	Okt	Nov.	Dez.	Jan.	Febr
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	1 000	25 358	25 534p	25 786p	25 974p	26 126p	26 119p	26 041p	25 918p	25 770p	..
dar Abhängige	1 000	22 092	22 268p	22 515p	22 710p	22 752p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾	1 000	2 266	2 304	2 228	2 120	2 046	2 026	2 068	2 218	2 497p	2 488p
und zwar											
Männer	1 000	1 277	1 289	1 200	1 080	1 040	1 033	1 073	1 206	1 451p	1 454p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	166	159	145	159	151	135	132	139	145p	142p
Ausländer	1 000	270	253	248	231	233	235	240	255	276p	278p
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,3	9,0	8,5	8,2	8,1	8,3	8,9	10,0p	10,0p
Zugang an Arbeitslosen	1 000	306	313	303	269	283	303	292	347	541p	296p
Offene Stellen	1 000	88	110	154	169	165	155	145	141	150p	165p
Arbeitsvermittlungen	1 000	146	156	164	160	180	172	148	144	118p	150p
Kurzarbeiter	1 000	384	235	197	77	180	235	205	247	427p	382p
Unternehmen und Arbeits-											
stätten											
Insolvenzen	Anzahl	16 760	18 876	18 842	1 484	1 573	1 652	1 436	1 502	1 522	..
Unternehmen	Anzahl	12 018	13 625	13 500	1 046	1 085	1 146	994	1 061	1 099	..
dar: Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	2 193	2 306	2 148	165	174	196	173	181	167	..
Baugewerbe	Anzahl	2 765	3 228	3 008	207	237	217	207	192	240	..
Handel	Anzahl	3 146	3 370	3 547	295	293	321	262	304	289	..
Dienstleistungen von Unternehmen											
und Freien Berufen	Anzahl	3 149	3 835	3 946	327	319	343	283	305	332	..
Ubrige Gemeinschuldner ⁵⁾	Anzahl	4 742	5 251	5 342	438	488	506	442	441	423	..
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	16 698	18 804	18 793	1 483	1 572	1 648	1 435	1 493	1 520	..
dar: mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12 826	14 512	14 695	1 175	1 237	1 295	1 132	1 158	1 224	..
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	91	105	82	5	3	8	4	11	3	..
Wechselproteste	Anzahl	153 929	152 349	129 744	9 928	10 006	10 864	9 056	10 118	8 584	..
Wechselsumme	Mill DM	1 295	1 410	1 184	99	97	105	76	84	82	..
Land- und Forstwirtschaft,											
Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kalber)	1 000	15 688	15 627
Schweine	1 000	23 617	24 282	..	24 959
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	5 018	4 859	5 111	391	504	536	443	434	430	..
Kalber	1 000	686	688	687	54	64	63	51	67	52	..
Schweine	1 000	36 805	37 019	37 772	3 012	3 271	3 316	3 060	3 333	3 205	..
Schlachtmenge	1 000 t	4 657	4 630	4 844	378	438	453	401	423	410	..
dar: Rinder	1 000 t	1 497	1 460	1 577	120	156	165	135	133	132	..
Kalber	1 000 t	80	81	82	7	8	8	6	8	6	..
Schweine	1 000 t	3 057	3 068	3 166	250	273	279	259	280	271	..
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	1 000	432 875	410 232	409 955	34 835	34 697	29 852	29 963	33 152	34 517	..
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	t	304 333	310 767	330 821	26 269	29 504	31 536	27 745	28 547	29 164	..
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	1 000 t	293	191	..	15	22	14	12
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10) 17)}	1980=100	98,6	103,0	105,3	90,1	111,9	114,8	113,8	103,2	91,5	..
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10) 17)}	1980=100	105,5	110,5	109,8	85,2	100,8	108,2	119,9	125,3	138,3	..
Elektrizitätserzeugung	Mill kWh	394 885	408 706	..	27 987	31 281	34 893	36 202
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill kWh	372 974	384 027	..	27 592	30 120	33 080	33 539
Gasserzeugung ¹¹⁾	Mill m ³	35 167	35 064	..	32 125	2 477	2 833	2 595r	2 445
Inlandsversorgung mit Gas ¹¹⁾	Mill m ³	62 077	65 946	..	63 373	3 683	4 630	5 108	6 037r	6 583	..
Bergbau und Verarbeitendes											
Gewerbe											
Beschäftigte ¹²⁾	1 000	6 854	6 940	7 062	7 122	7 149	7 130	7 114	7 066	7 038	..
Tätige Inhaber und Angestellte ¹³⁾	1 000	2 149	2 174	2 218	2 226	2 242	2 243	2 245	2 240	2 237	..
Arbeiter ¹⁴⁾	1 000	4 704	4 766	4 844	4 896	4 908	4 887	4 868	4 826	4 801	..
Bergbau	1 000	218	213	210	209	212	210	210	208	207	..
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 636	6 727	6 852	6 913	6 937	6 920	6 904	6 857	6 831	..
Grundstoff- und Produktionsgüter-											
gewerbe	1 000	1 372	1 368	1 365	1 379	1 381	1 373	1 369	1 357	1 335	..
Investitionsgüter produzierendes											
Gewerbe	1 000	3 488	3 597	3 731	3 764	3 781	3 777	3 771	3 752	3 753	..
Verbrauchsgüter produzierendes											
Gewerbe	1 000	1 327	1 317	1 314	1 318	1 323	1 319	1 316	1 307	1 307	..
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	450	446	442	453	453	451	448	441	437	..
Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	Mill Std	7 841	7 906	7 959	594	700	739	667	608	635	..
Bruttolohnsumme ¹²⁾	Mill. DM	158 621	167 461	176 951	14 677	14 600	16 051	17 500	15 521	13 877	..
Bruttogehaltssumme ¹²⁾	Mill. DM	115 031	120 861	128 577	10 221	10 173	10 238	14 211	11 539	10 275	..
Kohleverbrauch ^{12) 15)}	1 000 t	41 833	41 153	44 390	..	8 186	10 967
Heizölverbrauch ¹²⁾	1 000 t	14 409	12 976	14 250	..	3 074	4 062
Gasverbrauch ^{12) 16)}	Mill m ³	26 485	27 061	26 785	..	6 020	6 879
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	173 919	177 893	178 795	14 125	15 120	15 826	15 107	14 212	14 709	..

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 436* dargestellt - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitte) - Methodische Erläuterungen hierzu in „Entwicklung der Erwerbstätigkeit“, WiSta 11/1982 und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1986 - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlassene - 6) 1984 und 1985 Viehzahl (im Dezember - 7) In Bruttoreien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt - 10) Fachliche Unternehmensteile - 11) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³ - 12) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1 - 13) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 14) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen - 15) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t = 8,1410 kWh/m³ - 16) Brennwert H₀ = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³ - 17) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Nov. 86	Dez 86	Jan. 87	Febr. 87	Nov. 86	Dez. 86	Jan 87	Febr. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Nov 85	Dez 85	Jan 86	Febr 86	Okt 86	Nov. 86	Dez 86	Jan. 87
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,1	+ 0,7p	+ 1,0p	+ 1,0p	+ 1,0p	+ 1,0p	..	- 0,3p	- 0,5p	- 0,6p	..
dar. Abhängige	+ 0,2	+ 0,8p	+ 1,1p	+ 1,1p	+ 0,2p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾	+ 0,3	+ 1,7	- 3,3	- 6,5	- 5,5	- 3,6p	- 4,1p	+ 2,0	+ 7,3	+ 12,6p	- 0,4p
und zwar											
Männer	+ 0,3	+ 1,0	- 6,9	- 9,0	- 7,1	- 3,5p	- 4,3p	+ 4,0	+ 12,3	+ 20,3p	+ 0,2p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 13,6	- 4,3	- 9,0	- 15,7	- 14,9	- 13,5p	- 12,8p	+ 2,5	+ 5,3	+ 4,1p	- 1,6p
Ausländer	- 7,5	- 6,3	- 2,1	- 2,1	- 1,8	+ 0,7p	+ 1,4p	+ 2,4	+ 6,1	+ 8,3p	+ 0,7p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	- 0,8	+ 2,1	- 3,0	- 7,8	+ 5,6	+ 3,5p	+ 6,1p	- 3,6	+ 18,9	+ 55,7p	- 45,2p
Offene Stellen	+ 16,0	+ 25,1	+ 39,9	+ 32,0	+ 28,3	+ 23,1p	+ 20,2p	- 6,3	- 2,8	+ 6,2p	+ 9,8p
Arbeitsvermittlungen	+ 12,6	+ 7,0	+ 4,7	+ 1,3	+ 9,2	- 1,8p	+ 11,3p	- 14,2	- 2,6	- 17,9p	+ 27,2p
Kurzarbeiter	- 43,2	- 38,9	- 15,8	+ 28,4	+ 34,0	+ 62,4p	+ 29,8p	- 12,6	+ 20,4	+ 73,3p	- 10,6p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen											
Unternehmen	+ 4,0	+ 12,6	- 0,2	+ 4,1	- 6,9	- 1,4	..	- 13,1	+ 4,6	+ 1,3	..
dar. Verarbeitendes Gewerbe	+ 1,5	+ 13,4	- 0,9	- 0,1	- 8,8	- 0,7	..	- 13,3	+ 6,7	+ 3,6	..
Baugewerbe	- 11,3	+ 5,2	- 6,9	+ 8,1	- 8,6	- 4,0	..	- 11,7	+ 4,6	- 17,7	..
Handel	+ 12,1	+ 16,7	- 6,8	- 4,2	- 26,4	- 3,6	..	- 4,6	- 7,2	+ 12,5	..
Dienstleistungen von Unternehmen	+ 1,1	+ 7,1	+ 5,3	+ 4,4	+ 4,1	- 1,7	..	- 18,4	+ 16,0	- 4,9	..
und Freien Berufen	+ 6,1	+ 21,8	+ 2,9	- 5,0	- 9,0	+ 1,8	..	- 17,5	+ 7,8	+ 8,9	..
Ubrige Gemeinschaftsdienstleistungen ⁵⁾	+ 11,1	+ 10,7	+ 1,7	+ 14,8	- 2,0	- 3,0	..	- 12,6	- 0,2	- 4,1	..
Beantragte Konkursverfahren	+ 4,4	+ 12,6	- 0,1	+ 4,4	- 7,2	- 0,8	..	- 12,9	+ 4,0	+ 1,8	..
dar. mangels Masse abgelehnt	+ 4,7	+ 13,1	+ 1,3	+ 4,7	- 6,5	+ 6,1	..	- 12,6	+ 2,3	+ 5,7	..
Eroffnete Vergleichsverfahren	- 37,2	+ 15,4	- 21,9	- 42,9	+ 83,3	- 72,7	..	- 50,0	+ 175,0	- 72,7	..
Wechselproteste	- 5,6	- 1,0	- 14,8	- 19,5	- 13,4	- 21,4	..	- 16,6	+ 11,7	- 15,2	..
Wechselsumme	- 14,3	+ 8,9	- 16,0	- 15,6	- 16,0	- 18,0	..	- 27,6	+ 10,5	- 2,4	..
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	+ 0,9	- 0,4
Schweine	+ 0,7	+ 2,8
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	+ 9,8	- 3,2	+ 5,2	+ 0,6	+ 7,5	+ 2,0	..	- 17,3	- 2,1	- 0,9	..
Kälber	+ 9,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 16,4	- 1,8	..	- 19,8	+ 32,9	- 23,2	..
Schweine	+ 1,8	+ 0,6	+ 2,0	- 1,4	+ 5,6	+ 1,3	..	- 7,7	+ 8,9	- 3,9	..
Schlachtmenge	+ 3,1	- 0,6	+ 4,6	+ 0,9	+ 7,7	+ 2,2	..	- 11,4	+ 5,5	- 3,1	..
dar. Rinder	+ 8,1	- 2,5	+ 8,0	+ 2,5	+ 7,9	+ 2,4	..	- 18,3	- 1,2	- 0,6	..
Kälber	+ 12,3	+ 0,5	+ 1,9	+ 4,6	+ 22,7	- 1,2	..	- 20,6	+ 29,1	- 24,7	..
Schweine	+ 0,6	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 7,4	+ 2,2	..	- 7,1	+ 8,3	- 3,5	..
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	- 0,5	- 5,2	- 0,1	+ 0,5	+ 6,1	- 0,6	..	+ 0,4	+ 10,6	+ 4,1	..
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	+ 2,5	+ 2,1	+ 6,5	+ 6,7	+ 21,1	+ 8,5	..	- 12,0	+ 2,9	+ 2,2	..
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	+ 7,1	- 35,0	..	- 33,0	- 12,8
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ⁹⁾ 10) 17)	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,2	+ 0,0	+ 2,7	- 4,3	..	- 0,9	- 9,3	- 11,3	..
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ⁹⁾ 10) 17)	+ 4,2	+ 4,7	- 0,6	- 8,2	+ 0,6	+ 5,8	..	+ 10,8	+ 4,5	+ 10,4	..
Elektrizitätserzeugung	+ 5,6	+ 3,5	..	- 5,8	+ 3,8
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 3,8	+ 3,0	..	- 5,0	+ 1,4
Gasversorgung ¹¹⁾	- 3,3	- 0,3	- 8,4	- 22,0r	- 34,0	- 8,4r	- 5,8
Inlandsversorgung mit Gas ¹¹⁾	+ 1,1	+ 6,2	- 3,9	- 14,4r	- 11,9	+ 18,2r	+ 9,0
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte¹²⁾											
Tätige Inhaber und Angestellte ¹³⁾	- 1,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,9	..	- 0,2	- 0,7	- 0,4	..
Arbeiter ¹⁴⁾	- 0,9	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	..	+ 1,1	- 0,2	- 0,1	..
Bergbau	- 1,1	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	..	- 0,4	- 0,9	- 0,5	..
Verarbeitendes Gewerbe	- 4,3	- 2,2	- 1,3	- 1,5	- 1,5	- 1,6	..	- 0,4	- 0,7	- 0,5	..
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 0,9	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	..	- 0,2	- 0,7	- 0,4	..
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 1,6	- 0,3	- 0,2	- 0,7	- 0,7	- 0,8	..	- 0,3	- 0,9	- 1,6	..
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,7	+ 3,1	+ 3,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,3	..	- 0,1	- 0,5	± 0,0	..
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 1,0	- 0,8	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4	..	- 0,2	- 0,7	± 0,0	..
Gelernteste Arbeiterstunden ¹²⁾	- 0,9	- 0,9	- 0,7	- 0,3	- 0,1	- 0,1	..	- 0,6	- 1,5	- 1,0	..
Bruttolohnsumme ¹²⁾	- 1,0	+ 0,8	+ 0,6	- 1,8	+ 3,4	- 5,6	..	- 9,8	- 8,8	+ 4,4	..
Bruttogehaltsumme ¹²⁾	+ 2,2	+ 5,6	+ 5,6	+ 2,6	+ 5,7	+ 1,8	..	+ 9,0	- 11,3	- 10,6	..
Kohleverbrauch ^{12) 15)}	+ 3,1	+ 5,1	+ 6,2	+ 5,7	+ 5,8	+ 6,1	..	+ 38,8	- 18,8	- 11,0	..
Heizölverbrauch ^{12) 15)}	- 7,6	- 1,6	- 9,5	..	- 13,3 ^{a)}	+ 12,0 ^{b)}
Gasverbrauch ^{12) 16)}	- 6,8	- 9,9	+ 11,0	..	+ 15,8 ^{a)}	+ 41,2 ^{b)}
Stromverbrauch ¹²⁾	+ 3,0	+ 2,2	- 0,7	..	- 4,2 ^{a)}	+ 14,3 ^{b)}
	+ 4,4	+ 2,3	+ 0,4	- 1,6	+ 1,9	- 2,2	..	- 4,5	- 5,9	+ 3,5	..

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 436* dargestellt — 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen, für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt bzw. Veränderung gegenüber Vorjahresquartal oder Vorquartal) — Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 11/1982 und WiSta 8/1986 — 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter — 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ — 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlass — 6) 1983 bis 1985 Viehzählung im Dezember — 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr — 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat — 9) Von Kalenderregelmäßigkeiten bereinigt — 10) Fachliche Unternehmensteile — 11) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 12) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 — 13) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen — 14) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen — 15) Heizwert H_u = 29,3076 GJ/kg (t = 8,410 kWh/m³) — 16) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³ — 17) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen

a) 4. Vj 1986 gegenüber 4. Vj 1985 — b) 4. Vj 1986 gegenüber 3. Vj 1986

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986						1987
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Index des Auftragsengangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	1980=100	118,2	127,8	127,2	127,0	108,3	130,6	136,7	122,1	122,3	
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	120,8	125,7	118,9	123,4	106,1	119,5	125,9	110,7	105,7	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	119,3	133,6	135,2	135,8	111,7	134,2	140,6	130,6	139,6	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	111,4	115,0	118,6	108,5	102,3	138,0	142,6	116,3	101,2	...
Index der Nettoproduktion 2) 3) 10) Bergbau	1980=100	90,1	91,1	86,8	79,8	80,3	78,7	86,2	87,2	82,1	97,5
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	99,5	105,1	107,7	101,8	90,6	114,2	116,7	115,8	105,9	94,8
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	97,8	99,1	98,5	96,9	90,1	101,9	102,4	101,2	86,9	89,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	102,2	112,7	117,7	108,2	92,7	125,3	127,4	127,9	124,3	99,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	94,0	95,1	97,0	90,9	79,7	107,0	108,2	104,0	89,8	91,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980=100	101,1	104,0	105,3	103,6	100,0	109,4	121,9	120,1	101,2	96,0
Index der Bruttonettoproduktion 2) 10) für Investitionsgüter	1980=100	99,6	111,4	113,7	103,0	89,1	120,5	125,3	127,2	133,7	90,3
Verbrauchsgüter	1980=100	95,4	98,9	103,9	93,9	78,9	113,2	112,3	108,9	96,3	101,0
Index der Arbeitsproduktivität 10) Produktionsergebnis je Beschäftigten	1980=100	109,7	114,1	115,2	108,4	96,9	120,6	123,6	122,7	112,4	103,0
Produktionsergebnis je Arbeiter	1980=100	112,5	116,7	117,8	110,5	98,9	123,2	126,5	125,7	115,5	105,8
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	79 426	82 398	80 801	7 329	6 577	6 401	6 953	6 413	6 279	6 429
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	126 739	120 667	114 310	8 872	8 276	8 143	10 125	10 206	10 163	10 748
Erdöl, roh	1000 t	4 055	4 105	4 017	338	335	320	322	312	321	319
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	28 633	25 600	26 639	2 861	2 568	2 830	2 903	2 397	1 544 r	479
Roheisen für die Stahlherzeugung	1000 t	28 937	30 229	27 622	2 125	2 228	2 303	2 302	2 268	1 702	2 114
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	38 991	40 086	36 730	3 284	2 967	3 085	3 161	3 033	2 234	2 694
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	1000 t	27 957	28 919	27 524	2 145	2 105	2 555	2 361	2 199	1 881	2 007
Chemiefasern	1000 t	934	965	952	76	50	72	82	79	84 r	83
Motorenbenzin	1000 t	19 813	20 037	19 200	1 743	1 744	1 544	1 507	1 684	1 789	1 653
Heizöl	1000 t	36 890	34 851	34 208	2 910	2 891	2 651	2 329	2 533	3 007	3 222
Schnittholz	1000 m ³	9 874	9 361	9 614	907	773	923	960	834	708 r	440
Personenkraftwagen	1000 St.	3 511	3 868	3 953	272	225	352	363	365	297	337
Farbfernsehempfangsgeräte	1000 St.	3 906	3 714	3 866	175	243	366	443	378	355	243
Geräte und Einrichtungen für die ADV 4)	Mill DM	11 915	15 095	16 591	1 368	1 072	1 641	1 622	1 590	1 442	968
Isolierverglas, auch bearbeitet	1000 m ²	12 030	11 659	10 799	1 079						
Baumwollgarn	t	189 601	197 146	202 074	16 238	9 349	20 308	21 610	18 713	16 154	19 051
Fleischwaren	t	955 337	988 523	998 123	84 248	82 243	86 016	89 952	83 224	86 864	84 340
Zigaretten	Mill St.	160 630	166 048	167 046	15 498	14 953	15 332	15 934	13 652	11 336	12 766
Gesamtumsatz 5) 6)											
Bergbau	Mrd DM	1 398,5	1 496,4	1 468,3	121,6	104,8	129,5	132,7	123,9	125,6	111,8
Verarbeitendes Gewerbe	Mill DM	34 878	35 677	33 220	2 416	2 212,8	2 435	2 604	2 667	4 196	2 552
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	Mrd DM	1 363,6	1 460,7	1 435,0	119,2	102,6	127,0	130,1	121,2	121,4	109,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill DM	441 888	461 341	407 080	34 141	30 225	34 576	35 957	31 643	28 638	29 212
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill DM	562 482	628 815	651 471	53 109	43 683	58 615	58 709	57 898	62 644	49 873
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Mill DM	187 606	194 708	200 481	17 010	14 730	18 919	19 610	16 922	15 075	16 121
dar Auslandsumsatz 7)	Mill DM	171 605	175 849	176 001	14 932	13 952	14 918	15 809	14 782	15 031	14 060
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1000	1 106	1 026	1 003	1 038	1 048	1 052	1 039	1 026	1 003	923
dar: Angestellte	1000	153	147	144	143	144	145	144	144	144	142
Arbeiter	1000	899	827	809	844	853	857	845	832	810	732
Geleistete Arbeitsstunden	Mill Std	1 460,7	1 269,5	1 279,3	1 31,8	111,7	135,2	139,6	117,6	89,8	42,5
im Hochbau	Mill Std	1 030,9	856,1	845,2	85,7	72,3	88,1	90,8	76,7	59,1	30,9
dar Wohnungsbau	1000 Std	620 907	484 248	462 039	47 457	38 911	48 639	49 443	41 663	31 705	14 591
Gewerblicher Hochbau	1000 Std	268 446	240 259	249 200	24 661	21 471	25 191	26 487	22 141	17 837	11 780
Öffentlicher Hochbau	1000 Std	126 010	116 845	121 778	12 132	10 726	13 012	13 604	11 792	8 927	4 198
im Tiefbau	1000 Std	429 877	413 356	434 126	46 148	39 391	47 140	48 840	40 857	30 697	11 671
Straßenbau	1000 Std	143 931	132 496	135 632	14 957	12 914	15 598	16 215	13 302	9 366	2 381
Gewerblicher Tiefbau	1000 Std	91 562	91 466	97 233	9 836	8 414	9 865	10 304	8 860	7 217	3 928
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 Std	194 384	189 394	201 261	21 355	18 063	21 677	22 321	18 695	14 114	5 362
Bruttolohnsumme	Mill DM	31 334	27 513	27 936	2 721	2 498	2 669	2 768	3 170	2 423	1 297
Bruttogehaltssumme	Mill DM	6 879	6 701	6 816	565	562	552	547	797	604	526
Index des Auftragsengangs	1980=100	88,9	87,4	95,3	114,4	110,5	114,2	99,1	75,0	77,3	
Index des Auftragsbestands	1980=100	82,6	77,3				85,9				
Produktionsindex 2) 8) 9) 10)	1980=100	89,1	82,7	85,8	102,9	89,9	107,8	109,2	99,6	72,7	33,6
Gesamtumsatz	Mill DM	111 006	101 958	106 524	10 651	9 571	11 112	11 611	11 067	12 692	4 694
dar Baugewerblicher Umsatz	Mill DM	108 950	99 976	104 526	10 438	9 382	10 913	11 392	10 882	12 507	4 624
Handwerk											
Beschäftigte	1000	3 733,7	3 668,6	3 631,5			3 720,8			3 666,9	
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill DM	329 139	325 966	340 731			87 421,5			102 311,0	

1) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen — 2) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — 3) Fachliche Unternehmensteile — 4) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschli. Zubehö- und Ersatzteile — 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschli. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 — 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren — 8) Unternehmen — 9) Vormonatsvergleich eingeschränkt, da Ergebnisse ab Oktober bereits aufgrund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1986 berechnet sind. Der hieraus resultierende statistische Effekt beläuft sich auf etwa +3,9% beim Hochbau und +1,0% beim Tiefbau — 10) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Okt 86	Nov 86	Dez 86	Jan. 87	Okt. 86	Nov 86	Dez 86	Jan. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Okt 85	Nov. 85	Dez 85	Jan. 86	Sept 86	Okt 86	Nov. 86	Dez. 86
Index des Auftragseingangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	+ 9,5	+ 8,1	- 0,5	- 3,1	- 5,9	+ 0,2	.	+ 4,7	- 10,7	+ 0,2	..
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 10,6	+ 4,1	- 5,4	- 8,8	- 8,5	- 4,2	.	+ 5,4	- 12,1	- 4,5	..
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 10,3	+ 12,0	+ 1,2	- 2,6	- 6,0	+ 0,8	.	+ 4,8	- 7,1	+ 6,9	..
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 6,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,9	- 1,7	+ 5,7	.	+ 3,3	- 18,4	- 13,0	..
Index der Nettoproduktion ^{2) 3) 10)}											
Bergbau	- 0,6	+ 1,1	- 4,7	- 7,2	- 12,8	- 7,9	- 2,4	+ 9,5	+ 1,2	- 5,8	+ 18,8
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,3	+ 5,6	+ 2,5	+ 0,6	- 0,4	+ 2,8	- 3,8	+ 2,2	- 0,8	- 8,5	- 10,5
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 4,0	+ 1,3	- 0,6	- 2,4	- 0,9	+ 0,6	- 5,6	+ 0,5	- 1,2	- 14,1	+ 2,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 10,3	+ 4,4	+ 1,4	- 1,0	+ 4,0	- 3,4	+ 1,7	+ 0,4	- 2,8	- 20,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,2	- 0,5	+ 1,1	- 3,9	- 13,7	+ 2,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 1,8	+ 2,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 2,5	- 4,7	+ 11,4	- 1,5	- 15,7	+ 5,1
Index der Bruttonettoproduktion ^{2) 10)} für											
Investitionsgüter	+ 3,0	+ 11,8	+ 2,1	- 1,3	- 3,5	+ 3,1	- 4,9	+ 4,0	+ 1,5	+ 5,1	- 32,5
Verbrauchsgüter	+ 1,3	+ 3,7	+ 5,1	+ 3,7	- 0,2	+ 7,5	- 2,1	- 0,8	- 3,0	- 11,6	+ 4,9
Index der Arbeitsproduktivität ¹⁰⁾											
Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 4,5	+ 4,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,4	+ 1,5	- 4,4	+ 2,5	- 0,7	- 8,4	- 8,4
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 4,4	+ 3,5	+ 0,9	- 0,2	- 0,9	+ 2,0	- 3,9	+ 2,7	- 0,6	- 8,1	- 8,4
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	- 3,4	+ 3,7	- 1,9	- 8,7	- 3,2	+ 2,8	- 14,1	+ 8,6	- 8,8	- 2,1	+ 2,4
Braunkohle, roh (Förderung)	+ 2,0	- 4,8	- 5,3	- 5,1	- 5,6	- 2,9	- 2,9	+ 24,3	+ 0,8	- 0,4	+ 5,8
Erdöl, roh	- 1,5	+ 1,2	- 2,1	- 5,8	- 8,5	- 9,3	- 10,4	+ 0,6	- 3,1	+ 2,9	- 10,4
Zement (ohne Zementklinker)	- 5,7	- 10,5	+ 4,1	+ 1,1	+ 17,4	+ 12,5 ^r	- 54,4	+ 2,6	- 17,4	- 35,6 ^r	- 69,0
Roheisen für die Stahlerzeugung	+ 12,8	+ 4,5	- 8,6	- 13,0	- 13,6	- 16,6	- 15,4	+ 0,0	- 1,5	- 25,0	+ 24,2
Stahlrohblöcke und -brammen	+ 10,3	+ 2,8	- 8,4	- 11,5	- 12,9	- 14,6	- 15,8	+ 2,5	- 4,0	- 26,3	+ 20,6
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	+ 7,3	+ 3,4	- 4,8	- 8,4	- 8,1	- 3,9	- 16,4	- 7,6	- 6,9	- 14,5	+ 6,7
Chemiefasern	+ 3,1	+ 3,3	- 1,2	- 6,3	- 3,8	+ 2,6 ^r	- 6,2	+ 13,4	- 3,9	+ 6,8 ^r	+ 0,9
Motorenbenzin	+ 2,3	+ 1,1	- 4,2	- 12,9	+ 1,2	+ 5,9	+ 6,4	- 2,4	- 3,9	+ 6,2	+ 6,7
Heizöl	- 0,3	- 5,5	- 1,8	- 11,3	- 7,7	+ 3,7	+ 2,5	- 12,1	+ 4,5	+ 18,7	+ 7,1
Schnittholz	+ 5,9	- 4,9	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 6,2 ^r	- 25,8	+ 4,0	- 13,2	- 15,1 ^r	- 37,9
Personenkraftwagen	- 2,6	+ 10,2	+ 2,2	- 0,8	- 0,8	+ 16,5	- 5,6	+ 3,1	+ 0,6	- 18,6	+ 13,5
Farbfernsehempfangsgeräte	- 17,0	- 2,9	+ 4,1	+ 8,6	- 1,8	+ 16,0	- 18,5	+ 21,0	- 14,7	- 6,1	- 31,5
Geräte und Einrichtungen für die ADV ⁴⁾	+ 29,8	+ 26,7	+ 9,9	- 1,8	- 7,7	- 5,6	- 4,1	- 1,2	- 1,9	- 9,3	- 32,8
Isolierverglas, auch bearbeitet	+ 4,6	+ 3,1
Baumwollgarn	+ 6,6	+ 4,0	+ 2,5	+ 10,0	+ 14,8	+ 25,9	+ 15,5	+ 6,4	- 13,4	- 13,7	+ 17,9
Fleischwaren	+ 4,5	+ 3,4	+ 1,0	- 0,3	- 3,6	+ 5,0	- 0,9	+ 4,1	- 7,5	+ 4,4	- 2,9
Zigaretten	+ 3,1	+ 4,0	+ 0,6	+ 0,0	- 8,4	+ 4,3	- 10,1	+ 4,1	- 14,3	- 17,0	+ 12,6
Gesamtumsatz ^{5) 6)}	+ 6,5	+ 7,0	- 1,9	- 4,1	- 3,9	- 1,1	- 6,0	+ 2,5	- 6,6	+ 1,3	- 11,0
Bergbau	+ 8,1	+ 2,3	- 7,1	- 12,9	- 13,0	+ 20,2	- 18,1	+ 7,0	+ 2,4	+ 57,3	- 39,2
Verarbeitendes Gewerbe	+ 6,5	+ 7,1	- 1,8	- 3,9	- 3,7	- 1,7	- 5,7	+ 2,4	- 6,8	+ 0,1	- 10,0
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	+ 9,0	+ 4,4	- 11,7	- 15,4	- 15,5	- 13,2	- 19,0	+ 4,0	- 12,0	- 9,5	+ 2,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 5,8	+ 11,8	+ 3,5	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,1	+ 3,5	+ 0,2	- 1,4	+ 8,2	- 20,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 6,1	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,0	+ 0,2	+ 4,4	- 3,0	+ 3,7	- 13,7	- 10,9	+ 6,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 3,0	+ 2,5	+ 0,2	- 0,1	- 2,3	+ 2,0	- 5,9	+ 6,0	- 6,5	+ 1,7	- 6,5
dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	+ 13,3	+ 10,3	- 1,8	- 4,0	- 3,6	- 5,6	- 10,5	+ 0,6	- 3,4	+ 2,5	- 16,8
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	- 1,4	- 7,2	- 2,2	- 1,8	- 1,5	- 1,0	- 1,6	- 1,3	- 1,3	- 2,2	- 8,0
dar. Angestellte	- 0,8	- 4,2	- 2,0	- 1,4	- 1,5	- 1,3	- 0,6	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 1,2
Arbeiter	- 1,4	- 8,1	- 2,2	- 1,7	- 1,4	- 0,8	- 1,7	- 1,4	- 1,6	- 2,7	- 9,6
Geleistete Arbeitsstunden	- 1,3	- 13,1	+ 0,8	- 2,9	+ 12,4	+ 5,8	- 34,9	+ 3,2	- 15,8	- 23,6	- 52,6
im Hochbau	- 2,0	- 17,0	- 1,3	- 3,8	+ 10,9	+ 3,7	- 34,5	+ 3,0	- 15,5	- 23,0	- 47,8
dar: Wohnungsbau	- 1,7	- 22,0	- 4,6	- 6,7	+ 10,1	+ 0,3	- 39,7	+ 1,7	- 15,7	- 23,9	- 54,0
Gewerblicher Hochbau	- 1,6	- 10,5	+ 3,7	+ 2,5	+ 9,9	+ 8,9	- 26,0	+ 5,1	- 16,4	- 19,4	- 34,0
Öffentlicher Hochbau	- 3,3	- 7,3	+ 4,2	- 1,0	+ 16,4	+ 10,0	- 36,4	+ 4,5	- 13,3	- 24,3	- 53,0
im Tiefbau	+ 0,5	- 3,8	+ 5,0	- 1,3	+ 15,4	+ 10,1	- 35,9	+ 3,6	- 16,3	- 24,9	- 62,0
Straßenbau	- 1,4	- 7,9	+ 2,4	- 3,2	+ 20,9	+ 10,5	- 42,8	+ 4,0	- 18,0	- 29,6	- 74,6
Gewerblicher Tiefbau	+ 0,9	- 0,1	+ 6,3	+ 0,1	+ 14,4	+ 11,6	- 26,0	+ 4,5	- 14,0	- 18,5	- 45,6
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	+ 1,6	- 2,6	+ 6,3	- 0,5	+ 12,2	+ 9,1	- 38,6	+ 3,0	- 16,2	- 24,5	- 62,0
Bruttolohnsumme	+ 1,7	- 12,2	+ 1,5	- 4,3	+ 1,7	+ 11,6	- 17,9	+ 3,7	+ 14,5	- 23,6	- 46,5
Bruttogehaltssumme	+ 1,7	- 2,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,1	- 1,0	+ 45,7	- 24,1	- 13,0
Index des Auftragseingangs	- 5,8	- 1,7	+ 9,0	+ 9,5	+ 3,0	+ 2,5	.	- 13,2	- 24,3	+ 3,1	.
Index des Auftragsbestands	- 7,4	- 6,4
Produktionsindex ^{2) 8) 9) 10)}	+ 0,5	- 7,2	+ 3,7	- 2,4	+ 17,5	+ 8,3	- 29,4	+ 1,3	- 8,8	- 27,0	- 53,8
Gesamtumsatz	+ 2,4	- 8,2	+ 4,5	+ 3,7	+ 7,1	+ 16,0	- 13,0	+ 4,5	- 4,7	+ 14,7	- 63,0
dar. Baugewerblicher Umsatz	+ 2,4	- 8,2	+ 4,6	+ 3,6	+ 7,2	+ 16,2	- 12,9	+ 4,4	- 4,5	+ 14,9	- 63,0
Handwerk											
Beschäftigte	+ 0,2	- 1,7	- 1,0
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 1,7	- 1,0	+ 4,5	+ 17,0 ^{b)}	.

1) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen - 2) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt - 3) Fachliche Unternehmensteile - 4) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 - 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 8) Unternehmen - 9) Vormonatsvergleich eingeschränkt, da Ergebnisse ab Oktober bereits aufgrund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1986 berechnet sind. Der hieraus resultierende statistische Effekt beläuft sich auf etwa +3,9% beim Hochbau und +1,0% beim Tiefbau - 10) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen

a) 4 Vj 86 gegenüber 4 Vj 85 - b) 4 Vj 86 gegenüber 3 Vj 86

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986						1987	
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Bautätigkeit und Wohnungen												
Baugenehmigungen												
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	135 869	115 823	116 015 p	12 326	11 040	9 892	9 344	7 619	5 485	5 474	
Rauminhalt	1000 m ³	159 632	125 018	116 717 p	12 014	10 865	9 675	9 432	7 662	5 732	5 578	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	51 994	40 650	37 961 p	3 885	3 543	3 145	3 122	2 527	1 900	1 836	
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	30 085	30 011	30 209 p	3 118	2 767	2 802	2 848	2 375	1 800	1 657	
Rauminhalt	1000 m ³	119 599	127 915	139 803 p	13 446	12 542	13 244	13 229	11 251	10 210	9 133	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	23 868	25 108	28 477 p	2 529	2 512	2 870	2 833	2 118	2 291	1 709	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	336 080	252 248	219 171 p	21 904	20 324	18 163	17 835	15 095	11 569	10 580	
Baufertigstellungen												
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	193 817	154 283	130 281 p	4 654	5 207	6 517	8 780	9 581	72 173	4 218	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	150 794	123 491	122 387 p	3 911	4 482	5 930	8 059	10 900	67 262	2 975	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	398 373	312 053	251 940 p	9 293	10 226	12 920	18 037	19 369	133 929	8 352	
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr												
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	1980=100	120,9	123,4	114,5	113,8	101,8	118,0	123,5	112,8	112,9		
davon mit												
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	1980=100	120,6	117,4	106,4	94,9	101,0	113,1	105,3	98,5	102,4		
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Hauten usw.	1980=100	154,7	159,9	131,3	115,1	102,6	125,0	141,6	119,5	110,2		
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1980=100	151,9	156,9	137,8	135,8	118,9	139,3	144,6	125,6	126,0		
festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	1980=100	112,6	112,7	75,0	69,1	61,6	63,9	66,6	59,8	62,7		
Erzen, Stahl, NE-Metalle usw.	1980=100	123,9	132,7	116,3	117,5	97,7	123,0	119,6	107,4	95,0		
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1980=100	106,6	100,5	104,9	123,7	109,6	129,3	133,8	112,0	92,8		
Altmateriale, Reststoffen	1980=100	136,6	133,8	92,5	90,9	71,2	87,3	93,9	77,4	69,3		
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	119,9	121,5	122,6	126,7	110,5	122,7	135,3	119,3	129,3		
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	126,9	132,5	133,4	127,0	134,6	178,2	164,8	137,6	120,8		
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	1980=100	123,4	126,2	127,5	123,4	112,4	140,5	151,3	138,3	131,3		
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	1980=100	138,5	139,4	141,2	138,1	118,8	161,9	173,6	204,2	148,6		
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1980=100	125,9	134,5	147,1	148,3	125,4	145,7	167,0	147,5	175,0		
pharmazeutischen, kosmetischen u. a. Erzeugnissen	1980=100	130,3	139,3	146,2	149,0	129,2	146,2	154,4	141,5	160,6		
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o. a. S	1980=100	121,6	130,7	130,9	130,4	116,1	132,1	138,0	175,3	141,1		
Binnengroßhandel	1980=100	119,7	122,6	115,2	115,3	104,3	119,8	125,4	114,1	112,5		
Produktionsverbindungshandel	1980=100	121,1	123,5	112,2	111,9	100,8	116,1	120,0	110,1	104,6		
Konsumtionsverbindungshandel	1980=100	117,0	120,8	131,3	122,1	111,4	127,4	136,3	122,0	128,4		
Außenhandel	1980=100	124,3	125,7	112,5	109,5	94,6	112,7	118,0	109,2	114,2		
dar Einfuhrhandel	1980=100	126,4	125,4	115,9	108,4	98,2	119,1	123,9	113,8	113,3		
Ausfuhrhandel	1980=100	109,8	111,8	98,5	100,0	82,3	96,5	93,6	90,8	124,0		
Streckengroßhandel	1980=100	120,4	120,7	101,9	100,2	87,4	101,7	105,5	93,9	93,3		
Lagergroßhandel	1980=100	121,1	124,4	119,6	119,4	107,7	124,6	130,8	120,5	120,9		
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	1980=100	111,3	113,9	117,3	116,4	104,6	113,2	124,6	122,8	151,6	108,3 p	
davon mit												
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	117,2	119,0	121,3	124,3	117,6	114,8	124,9	119,2	143,1	117,9 p	
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980=100	104,6	108,5	112,7	101,0	91,0	122,3	135,6	135,2	160,6	105,6 p	
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1980=100	105,8	103,6	107,6	107,3	91,8	108,1	123,9	124,3	150,2	86,4 p	
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	1980=100	109,7	111,8	115,7	102,1	97,0	106,4	124,5	138,7	205,2	108,0 p	
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1980=100	111,4	115,2	119,1	111,5	110,8	123,5	125,2	129,6	184,7	113,0 p	
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1980=100	119,1	124,5	129,2	133,2	122,5	123,2	133,4	127,8	155,7	125,1 p	
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	1980=100	124,3	122,6	104,2	108,2	99,2	103,6	101,8	91,0	94,5	95,2 p	
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1980=100	117,5	121,5	138,5	150,2	113,4	129,5	145,7	129,8	152,3	102,7 p	
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1980=100	105,3	108,3	106,5	102,2	94,1	99,1	108,0	113,8	147,6	104,1 p	
darunter nach Erscheinungsformen:												
Versandhandelsunternehmen	1980=100	98,1	98,3	102,4	74,3	79,9	120,6	134,0	139,3	123,0	79,7 p	
Warenhäuser	1980=100	91,5	92,1	94,4	97,1	82,2	82,8	92,1	110,3	153,9	107,7 p	
SB-Warenhäuser	1980=100	118,8	122,0	129,1	129,6	123,8	118,1	132,0	135,6	181,0	...	
Verbrauchermarkte	1980=100	168,2	190,2	215,0	213,5	202,8	198,2	219,5	214,2	282,1	...	
Supermärkte	1980=100	126,3	130,5	134,1	136,7	130,5	125,8	138,0	131,7	160,6	...	
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	1980=100	109,8	111,7	113,3	123,3	124,1	127,0	124,7	106,6	105,4	...	
Beherbergungsgewerbe	1980=100	114,9	119,3	124,1	140,5	148,0	158,0	147,2	106,6	101,3	...	
Gaststättengewerbe	1980=100	107,1	107,5	107,4	114,7	113,1	111,1	112,2	105,5	106,3	...	
Kantinen	1980=100	110,3	116,1	120,0	118,5	104,3	125,7	139,8	124,1	123,9	...	
Reiseverkehr												
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ³⁾	1000	424 389	422 256	438 731	46 269	49 397	41 329	37 340	32 957	27 266	...	
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	1000	15 614	16 637	17 470	1 934	1 877	1 638	1 754	1 210	1 224	768	
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	1000	15 855	17 162	17 244	1 654	2 047	1 692	1 639	1 252	1 039	904	
Ankünfte ⁵⁾	1000	57 180	58 676	...	6 169	6 019	6 584	6 217	4 031	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	11 942	12 686	...	1 644	1 483	1 381	1 090	708	
Übernachtungen ⁵⁾	1000	207 953	213 082	...	26 483	27 495	24 630	20 365	11 874	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1000	26 152	28 079	...	3 938	3 485	3 043	2 438	1 601	
Warenverkehr mit Berlin (West)												
Lieferungen aus Berlin (West)	Mill. DM	35 089	37 648	36 990	3 170	2 798	3 290	3 514	3 090	2 730	2 772	
Lieferungen nach Berlin (West)	Mill. DM	26 090	27 687	27 238	2 211	1 983	2 303	2 591	2 396	2 026	2 070	
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)												
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill. DM	6 408	7 901	7 454	664	536	529	720	609	852	608	
Bezüge des Bundesgebietes	Mill. DM	7 744	7 636	6 831	562	513	545	623	586	556	470	

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer - 2) In jeweiligen Preisen - 3) Einschl. Durchreisen - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West) - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Jan. 87	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Jan. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Okt. 85	Nov. 85	Dez. 85	Jan. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	- 17,1	- 14,8	+ 0,2 p	- 5,4	+ 1,5	- 19,9	- 18,9	- 5,5	- 18,5	- 28,0	- 0,2
Rauminhalt	- 21,3	- 21,7	- 6,6 p	- 9,2	+ 5,1	- 23,3	- 22,5	- 2,5	- 18,8	- 25,2	- 2,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 19,7	- 21,8	- 6,6 p	- 7,2	- 5,2	- 22,5	- 21,8	- 0,7	- 19,1	- 24,8	- 3,4
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 22,0	- 0,2	+ 0,7 p	+ 2,0	+ 7,0	- 12,1	- 6,6	+ 1,6	- 16,6	- 24,2	- 7,9
Rauminhalt	- 26,1	+ 7,0	+ 9,3 p	+ 11,1	+ 13,0	- 16,0	+ 15,6	- 0,1	- 15,0	- 9,3	- 10,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 26,3	+ 5,2	+ 13,4 p	+ 16,5	+ 7,1	- 21,4	+ 9,3	- 1,3	- 25,2	+ 8,2	- 25,4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 19,9	- 24,9	- 13,1 p	- 15,7	- 9,9	- 29,6	- 26,8	- 1,8	- 15,4	- 23,4	- 8,5
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 11,6	- 20,4	- 15,6 p	- 16,0	- 16,5	- 9,5	+ 2,4	+ 34,7	+ 9,1	+ 653,3	- 94,2
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 2,1	- 18,1	- 0,9 p	+ 0,3	+ 40,5	- 0,1	- 32,0	+ 35,9	+ 35,3	+ 517,1	- 95,6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 16,9	- 21,7	- 19,3 p	- 17,3	- 18,2	- 12,2	- 2,2	+ 39,6	+ 7,4	+ 591,5	- 93,8
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	+ 8,1	+ 2,1	- 7,2	- 10,4	- 8,1	- 5,1	..	+ 4,7	- 8,7	+ 0,1	..
davon mit											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	0,0	- 2,7	- 9,4	- 15,6	- 7,5	- 9,2	..	- 6,9	- 6,5	+ 4,0	..
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw	+ 28,7	+ 3,4	- 17,9	- 14,9	- 17,2	- 16,5	..	+ 13,3	- 15,6	- 7,8	..
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 20,0	+ 3,3	- 12,2	- 11,9	- 17,5	- 3,4	..	+ 3,8	- 13,1	+ 0,3	..
festen Brennstoffen, Mineralerzeug- nissen	+ 2,8	+ 0,1	- 33,4	- 44,4	- 43,6	- 40,3	..	+ 4,2	- 10,2	+ 4,9	..
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw	+ 14,1	+ 7,1	- 12,3	- 21,1	- 14,9	- 8,2	..	- 2,8	- 10,2	+ 11,5	..
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 5,2	- 5,7	+ 4,4	+ 2,6	+ 8,8	+ 13,4	..	+ 3,5	- 16,3	- 17,2	..
Altmaterial, Reststoffe	+ 38,0	- 2,0	- 17,5	- 30,2	- 31,0	- 18,0	..	+ 7,6	- 17,6	- 4,0	..
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 7,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,4	- 4,4	- 0,6	..	+ 10,3	- 11,8	+ 8,4	..
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 18,0	+ 4,4	+ 0,7	- 1,1	+ 1,0	+ 7,7	..	- 7,5	- 16,5	- 12,2	..
Metallwaren, Einrichtungsgegen- ständen	+ 11,6	+ 2,3	+ 1,0	+ 0,5	- 0,1	+ 1,4	..	+ 7,7	- 8,6	- 5,0	..
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 24,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5	+ 34,2	+ 11,1	..	+ 7,2	+ 17,6	- 27,2	..
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 8,1	+ 6,8	+ 9,3	+ 10,3	+ 4,2	+ 22,1	..	+ 14,6	- 11,7	+ 18,6	..
pharmazeutischen, kosmetischen u ä. Erzeugnissen	+ 8,2	+ 6,9	+ 5,0	+ 3,2	+ 1,6	+ 8,7	..	+ 5,6	- 8,4	+ 13,4	..
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o a S	+ 8,7	+ 7,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 29,8	- 4,3	..	+ 4,5	+ 27,0	- 19,5	..
Binnengroßhandel	+ 10,1	+ 2,4	- 6,0	- 10,2	- 6,9	- 3,9	..	+ 4,7	- 9,0	- 1,4	..
Produktionsverbundhandel	+ 11,2	+ 2,0	- 9,1	- 14,3	- 8,9	- 7,8	..	+ 3,4	- 8,2	- 5,0	..
Konsumtionsverbundhandel	+ 8,0	+ 3,2	+ 0,4	- 1,5	- 3,1	+ 3,0	..	+ 7,0	- 10,5	+ 5,2	..
Außenhandel	+ 12,4	+ 1,1	- 10,5	- 11,5	- 11,3	- 8,2	..	+ 4,7	- 7,5	+ 4,6	..
dar. Einfuhrhandel	+ 12,3	- 0,8	- 7,6	- 9,0	- 9,2	- 4,9	..	+ 4,0	- 8,2	- 0,4	..
Ausfuhrhandel	+ 12,8	+ 1,8	- 11,9	- 15,7	- 19,6	- 4,1	..	- 3,0	- 3,0	+ 36,6	..
Streckengroßhandel	+ 7,5	+ 0,2	- 15,6	- 19,6	- 20,4	- 18,2	..	+ 3,7	- 11,0	- 0,6	..
Lagergroßhandel	+ 12,0	+ 2,7	- 3,9	- 7,0	- 3,3	- 0,1	..	+ 5,0	- 7,9	+ 0,3	..
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,0	+ 1,1	+ 2,5	+ 7,1	+ 0,7 p	+ 10,1	- 1,4	+ 23,5	- 28,6 p
davon mit											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,8	- 3,6	+ 3,5	+ 3,0 p	+ 8,8	- 4,6	+ 20,1	- 17,6 p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 2,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 1,7	- 4,8	+ 11,3	+ 5,0 p	+ 10,9	- 0,3	+ 18,8	- 34,2 p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	+ 2,7	- 2,1	+ 3,9	+ 5,7	+ 5,3	+ 6,3	± 0,0 p	+ 14,6	+ 0,3	+ 20,8	- 42,5 p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,4	+ 0,6	+ 3,2	- 2,0 p	+ 17,0	+ 11,4	+ 48,0	- 47,3 p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 3,3	- 1,0 p	+ 1,4	+ 3,5	+ 42,5	- 38,9 p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw	+ 5,2	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,7	+ 4,2	+ 1,0 p	+ 8,3	- 4,2	+ 21,8	- 19,7 p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	+ 6,4	- 1,4	- 15,0	- 25,9	- 22,6	- 16,5	- 9,0 p	- 1,7	- 10,6	+ 3,9	+ 0,9 p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 2,6	+ 3,4	+ 14,0	+ 9,5	+ 7,8	+ 35,6	- 8,0 p	+ 12,5	- 10,9	+ 17,3	- 31,8 p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 2,4	+ 2,8	- 1,7	- 6,9	- 7,7	+ 1,0	+ 1,0 p	+ 9,0	+ 5,4	+ 29,7	- 30,2 p
darunter nach Erscheinungsformen											
Versandhandelsunternehmen	+ 2,9	+ 0,2	+ 4,2	+ 4,7	- 1,2	+ 10,8	- 2,0 p	+ 11,1	+ 4,0	- 11,7	- 37,6 p
Warenhäuser	- 3,0	+ 0,7	+ 2,5	+ 1,5	- 1,2	+ 3,8	+ 3,0 p	+ 11,2	+ 19,8	+ 39,5	- 30,0 p
SB-Warenhäuser	+ 4,0	+ 2,7	+ 5,8	+ 5,8	- 2,1	+ 11,1	..	+ 11,8	+ 2,7	+ 33,5	..
Verbrauchermärkte	+ 12,4	+ 13,1	+ 13,0	+ 16,5	- 1,2	+ 10,9	..	+ 10,8	- 2,4	+ 31,7	..
Supermärkte	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,9	- 3,6	+ 4,9	..	+ 9,7	- 4,6	+ 21,9	..
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,5	+ 4,9	- 1,2	..	- 1,8	- 14,4	- 1,2	..
Beherbergungsgewerbe	+ 5,3	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,7	+ 8,9	+ 2,7	..	- 6,8	- 27,6	- 5,0	..
Gaststättengewerbe	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 1,5	+ 3,1	- 3,7	..	+ 1,0	- 6,0	+ 0,7	..
Kantinen	+ 0,4	+ 5,3	+ 3,4	+ 5,4	+ 1,6	+ 6,6	..	+ 11,2	- 11,2	- 0,2	..
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland 3)	+ 0,6	- 0,5	+ 3,9	+ 4,7	+ 9,4	+ 3,7	..	- 9,7	- 11,7	- 17,3	..
Einreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 8,5	+ 6,5	+ 5,0	+ 8,0	+ 15,2	+ 12,9	..	+ 7,1	- 31,0	+ 1,2	- 37,3
Ausreisen über die Grenze zur DDR 4)	+ 9,3	+ 8,2	+ 0,5	- 8,1	+ 12,2	+ 5,7	..	- 3,1	- 23,6	- 17,1	- 13,0
Ankünfte 5)	+ 3,4	+ 2,7	..	+ 2,7	+ 4,3	- 5,6 r	- 35,2
Darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 10,5	+ 6,3	..	- 4,9	+ 7,3	- 21,1	- 35,1
Übernachtungen 5)	+ 2,8	+ 2,5	..	+ 3,6	+ 4,3	- 17,3	- 41,7
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 9,9	+ 7,5	..	- 3,9	+ 11,1	- 19,9	- 34,4
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	+ 6,8	+ 7,3	- 1,7	- 10,0	- 11,0	- 5,4	- 12,4	+ 12,5	- 12,1	- 11,7	+ 1,5
Lieferungen nach Berlin (West)	+ 2,7	+ 9,9	- 1,6	- 3,6	- 6,4	- 6,8	- 16,7	+ 6,8	- 7,5	- 15,4	+ 2,2
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes Bezüge des Bundesgebietes	- 7,8	+ 23,3	- 5,7	+ 3,6	- 3,5	+ 7,1	- 12,1	+ 36,0	- 15,4	+ 39,9	- 28,6
	+ 12,6	- 1,4	- 10,5	- 11,7	- 3,2	- 13,8	- 34,4	+ 14,3	- 5,9	+ 5,2	- 15,5

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) In jeweiligen Preisen - 3) Einschl. Durchreisen - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West) - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986						1987
					Jul	Aug	Sept.	Okt	Nov.	Dez.	
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	434 257	463 811	413 744	34 478	27 985	34 044	37 532	32 000	33 090	30 440
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	54 605	57 953	54 750	4 259	3 977	4 367	4 827	4 351	4 590	3 959
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	372 970	398 283	350 857	29 546	23 547	29 045	31 930	26 961	27 830	25 956
Rohstoffe	Mill. DM	58 237	57 456	30 873	2 201	2 030	2 154	2 369	2 033	2 327	2 279
Halbwaren	Mill. DM	81 403	86 794	80 180	4 470	3 739	4 438	4 445	3 854	4 172	4 246
Fertigwaren	Mill. DM	233 330	254 034	259 805	22 875	17 779	22 453	25 116	21 075	21 331	19 431
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	337 775	365 521	339 539	28 531	22 473	27 871	30 989	26 624	27 415	24 937
dar. EG-Länder	Mill. DM	217 269	235 664	216 020	18 156	13 892	17 490	19 518	16 457	17 477	15 804
Entwicklungsländer	Mill. DM	69 816	71 698	52 796	4 170	4 014	4 484	4 793	3 809	3 927	3 957
Staatshandelsländer	Mill. DM	26 432	26 310	21 157	1 756	1 462	1 672	1 731	1 544	1 722	1 534
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	488 223	537 164	526 363	45 407	36 113	44 409	48 227	42 235	44 664	37 636
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	26 673	28 025	27 320	2 281	2 038	2 320	2 671	2 185	2 262	2 163
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	458 342	505 812	495 532	42 831	33 782	41 822	45 181	39 716	42 102	35 233
Rohstoffe	Mill. DM	8 299	8 565	7 279	604	506	605	670	587	544	491
Halbwaren	Mill. DM	40 172	41 038	30 635	2 379	1 986	2 380	2 794	2 360	2 202	2 102
Fertigwaren	Mill. DM	409 872	456 209	457 617	39 848	31 290	38 837	41 717	36 769	39 357	32 641
Ländergruppen (Verbrauchslander)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	395 898	441 278	443 495	37 875	29 747	37 967	41 273	36 172	36 641	32 010
dar. EG-Länder	Mill. DM	243 639	257 265	267 454	22 472	17 019	22 678	25 129	21 819	21 669	20 119
Entwicklungsländer	Mill. DM	67 484	66 366	55 913	4 946	4 366	4 322	4 648	4 078	5 361	3 932
Staatshandelsländer	Mill. DM	23 325	27 883	25 892	2 492	1 932	2 048	2 238	1 922	2 586	1 652
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+53 966	+73 353	+112 619	+10 930	+8 128	+10 365	+10 695	+10 235	+11 574	+7 196
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	127,2	135,9	121,2	121,2	98,4	119,7	131,9	112,5	116,3	107,0
Ausfuhr	1980=100	139,4	153,3	150,2	155,5	123,7	152,1	165,2	144,7	153,0	128,9
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	105,3	109,7	116,4	120,0	99,8	117,8	130,4	113,4	118,1	109,1
Ausfuhr	1980=100	119,8	126,9	128,6	132,7	106,9	130,9	144,0	125,8	131,5	113,0
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	120,8	123,9	104,1	101,0	98,6	101,6	101,1	99,2	98,5	98,1
Ausfuhr	1980=100	116,3	120,8	116,8	117,2	115,7	116,2	114,7	115,0	116,3	114,1
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980=100	96,3	97,5	112,2	116,0	117,3	114,4	113,5	115,9	118,1	116,3
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 086,1	1 104,4	..	96,4	85,0	97,4	92,1	104,6
Straßenverkehr	Mill.	5 948,2	5 808,9
Luftverkehr	Mill.	38,6	41,7	42,9	4,1	4,3	4,5	4,2	3,2	2,8	..
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	329 780	334 613	..	25 706	23 481	26 918	29 510	27 094
Straßenverkehr	1000 t	366 502	380 512	..	34 465	31 528	36 614	38 628
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	236 478	222 408	..	20 592	20 003	19 895
Binnenschifffahrt	1000 t	132 307	138 979	135 473p	11 595p	11 220p	10 410p	11 333p	11 938p	11 312p	10 720p
Seeschifffahrt	1000 t	676	741	780	63	60	67	68	68	68	..
Luftverkehr	1000 t	57 770	56 790	59 094	5 270	5 212	4 937	4 781	4 916	4 861	..
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	2 739,2	2 671,0	3 105,0	263,4	200,3	245,4	271,4	218,3	264,0	..
dar. Personenkraftwagen	1000	2 393,9	2 379,3	2 829,4	238,7	182,9	225,6	252,8	203,9	248,6	..
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	6 236,0	6 256,8	6 798,3	618,4	512,4	563,1	599,6	496,7	497,9	..
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	359 485	327 745	341 951	33 611	31 969	31 479	32 969r	29 138	26 052	..
Getotete	Anzahl	10 199	8 400	8 945	780	834	818	898r	851	766	..
Schwerverletzte	Anzahl	132 514	115 533	144 235	11 577	11 171	10 684	10 842	9 832	33 845	..
Leichtverletzte	Anzahl	333 519	306 562	..	31 928	30 569	29 727	31 482	27 744
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 421,3	1 512,6	1 592,0	123,9	119,9	131,1	148,0r	143,5r	158,5	..
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf											
	Mrd. DM	99,8	104,2	112,2	108,1	108,3	107,0	108,7	112,0	112,2	110,6p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige											
Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd. DM	84,1	86,0	94,0	86,1	88,2	92,3	100,0	96,2	94,0	111,3p
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	96,3	105,3	96,4	99,3	92,6	95,4	80,2	83,5	96,4	72,9p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 915,6	2 013,9	2 114,6	2 071,3r	2 074,5r	2 080,5r	2 086,3r	2 097,1r	2 114,6	2 105,3p
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 468,8	1 548,2	1 643,0	1 606,9r	1 610,7r	1 617,5r	1 620,7r	1 628,5r	1 643,0	1 637,2p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd. DM	446,8	465,8	471,6	464,4	463,8	463,3	465,6	468,6	471,6	468,1p
	Mrd. DM	1 454,6	1 551,4	1 709,1	1 609,0r	1 623,5	1 627,0	1 640,2	1 672,0r	1 709,1	1 702,4p
	Mrd. DM	568,8	601,6	670,3	632,4	635,4	637,1	641,0	644,8	670,3	672,3p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2 351,3	2 441,1	..	177,3	163,2	232,7	187,8	199,6	515,1	..
Bauspareinlagen (Bestände)	Mill. DM	124 850	122 654	..	117 223	116 590	116 023	115 625	114 996	119 861	..
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mill. DM	145 039	145 816	..	144 517	144 133	144 116	144 101	143 040	142 972	..

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse – 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Jan. 87	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Jan. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Okt. 85	Nov. 85	Dez. 85	Jan. 86	Sept. 86	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 11,3	+ 6,8	- 10,8	- 7,5	- 14,0	- 10,7	- 17,1	+ 10,2	- 14,7	+ 3,4	- 8,0
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 8,2	+ 6,1	- 5,5	+ 3,2	- 5,8	- 8,6	- 18,6	+ 10,5	- 9,9	+ 5,5	- 13,8
Gewerbliche Wirtschaft	+ 11,7	+ 6,8	- 11,9	- 9,3	- 15,7	- 11,2	- 16,5	+ 9,9	- 15,6	+ 3,2	- 6,7
Rohstoffe	+ 11,6	- 1,3	- 46,3	- 47,3	- 49,3	- 42,6	- 42,8	+ 10,0	- 14,2	+ 14,5	- 2,1
Halbwaren	+ 11,3	+ 6,6	- 30,7	- 37,1	- 46,8	- 35,5	- 35,7	+ 0,2	- 13,3	+ 8,2	+ 1,8
Fertigwaren	+ 11,9	+ 8,9	+ 2,3	+ 6,3	+ 1,6	+ 2,4	- 5,2	+ 11,9	- 16,1	+ 1,2	- 8,9
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 10,9	+ 8,2	- 7,1	- 5,0	- 10,5	- 7,9	- 13,4	+ 11,2	- 14,1	+ 3,0	- 9,0
dar. EG-Länder	+ 9,2	+ 8,5	- 8,3	- 7,7	- 14,5	- 9,0	- 14,2	+ 11,6	- 15,7	+ 6,2	- 9,6
Entwicklungsländer	+ 10,7	+ 2,7	- 26,4	- 14,1	- 27,1	- 21,1	- 30,6	+ 6,9	- 20,5	+ 3,1	+ 0,8
Staatshandelsländer	+ 19,3	- 0,5	- 19,6	- 26,9	- 30,2	- 25,6	- 30,6	+ 3,5	- 10,8	+ 11,5	- 10,9
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 12,9	+ 10,0	- 2,0	- 2,1	- 4,5	- 0,8	- 14,1	+ 8,6	- 12,4	+ 5,8	- 15,7
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	+ 12,9	+ 5,1	- 2,5	+ 0,1	- 6,7	- 8,3	- 9,6	+ 15,1	- 18,2	+ 3,5	- 4,3
Gewerbliche Wirtschaft	+ 13,0	+ 10,4	- 2,0	- 2,3	- 4,5	- 0,4	- 14,4	+ 8,0	- 12,1	+ 6,0	- 16,3
Rohstoffe	+ 15,2	+ 3,2	- 15,0	- 12,5	- 11,5	- 12,0	- 25,8	+ 10,7	- 12,4	- 7,4	- 9,8
Halbwaren	+ 17,0	+ 2,2	- 25,3	- 23,4	- 21,1	- 20,7	- 30,1	+ 17,4	- 15,5	- 6,7	- 4,5
Fertigwaren	+ 12,5	+ 11,3	+ 0,3	- 0,3	- 3,1	+ 1,2	- 12,9	+ 7,4	- 11,9	+ 7,0	- 17,1
Ländergruppen (Verbrauchslander)											
Industrialisierte westliche Länder	+ 16,0	+ 11,5	- 7,1	+ 0,6	- 1,3	+ 1,0	- 11,9	+ 8,7	- 12,4	+ 1,3	- 12,6
dar. EG-Länder	+ 11,9	+ 9,7	- 8,3	+ 1,2	- 1,3	+ 1,2	- 9,8	+ 10,8	- 13,2	- 0,7	- 7,2
Entwicklungsländer	+ 0,8	- 1,7	- 26,4	- 17,2	- 21,3	- 6,9	- 23,2	+ 7,5	- 12,3	+ 31,5	- 26,7
Staatshandelsländer	+ 3,2	+ 19,5	- 19,6	- 8,5	- 14,6	- 10,7	- 24,1	+ 9,3	- 14,1	+ 34,6	- 36,1
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	+ 28,2	+ 35,9	+ 53,5	+ 23,4	+ 45,8	+ 45,6	+ 1,7	+ 3,2	- 4,3	+ 13,1	- 37,8
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	+ 11,3	+ 6,8	- 10,8	- 7,6	- 13,9	- 10,7	- 17,1	+ 10,2	- 14,7	+ 3,4	- 8,0
Ausfuhr	+ 13,0	+ 10,0	- 2,0	- 2,1	- 4,4	- 0,8	- 14,1	+ 8,6	- 12,4	+ 5,7	- 15,8
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 5,2	+ 4,2	+ 6,1	+ 9,5	+ 3,6	+ 6,7	- 2,2	+ 10,7	- 13,0	+ 4,1	- 7,6
Ausfuhr	+ 9,1	+ 5,9	+ 1,3	+ 1,5	- 1,1	+ 2,7	- 10,2	+ 10,0	- 12,6	+ 4,5	- 14,1
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	+ 5,9	+ 2,6	- 16,0	- 15,6	- 16,9	- 16,3	- 15,2	- 0,5	- 1,9	- 0,7	- 0,4
Ausfuhr	+ 3,5	+ 3,9	- 3,3	- 3,5	- 3,4	- 3,4	- 4,4	- 1,3	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	- 2,2	+ 1,2	+ 15,1	+ 14,4	+ 16,2	+ 15,4	+ 12,8	- 0,8	+ 2,1	+ 1,9	- 1,5
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	- 5,3	+ 1,7	...	- 7,8	+ 11,2	- 5,4	+ 13,6
Straßenverkehr	- 5,7	- 2,3
Luftverkehr	+ 7,7	+ 8,0	+ 2,9	+ 5,1	+ 13,0	+ 6,8	...	- 6,7	- 24,3	- 10,6	...
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	+ 6,4	- 1,5	...	- 9,2	- 11,1	+ 9,6	- 8,2
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 3,4	+ 3,8	...	+ 1,7	+ 5,5
Binnenschifffahrt	+ 5,6	- 6,0
Seeschifffahrt	+ 4,8	+ 5,0	- 2,5p	+ 0,7p	+ 9,7p	- 8,3p	- 4,7	+ 8,9p	+ 5,3p	- 5,2p	- 5,2p
Luftverkehr	+ 9,2	+ 9,6	+ 5,3	+ 5,9	+ 4,4	± 0,0	...	+ 11,8	+ 1,5	± 0,0	...
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 4,6	- 1,7	+ 4,1	- 0,4	+ 4,4	+ 6,0	...	- 3,2	+ 2,8	- 1,1	...
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	- 3,8	- 2,5	+ 16,2	+ 10,5	+ 11,9	+ 61,0	...	+ 10,6	- 19,6	+ 20,9	...
dar. Personenkraftwagen	- 1,4	- 0,6	+ 18,9	+ 11,0	+ 11,8	+ 64,2	...	+ 12,1	- 19,3	+ 21,9	...
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 1,8	+ 0,3	+ 8,7	+ 6,0	+ 8,9	+ 24,3	...	+ 6,5	- 17,2	+ 0,2	...
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	- 3,9	- 8,8	+ 4,3	+ 5,3r	+ 13,5r	+ 8,4	...	+ 4,7r	- 11,6	- 10,6	...
Getotete	- 0,5	- 17,6	+ 6,5	+ 12,3r	+ 27,4r	- 3,2	...	+ 9,8	- 5,2r	- 10,0	...
Schwerverletzte	- 8,7	- 12,8	+ 5,0	+ 2,3	+ 12,0	+ 8,3	...	+ 1,5	- 9,3	- 9,9	...
Leichtverletzte	- 3,1	- 8,1	...	+ 8,4	+ 12,3	+ 5,9	- 11,9
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 7,8	+ 6,4	+ 5,3	+ 16,3r	- 1,7r	+ 18,1	...	+ 12,9r	- 3,0r	+ 10,5r	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	+ 3,5	+ 4,4	+ 7,7	+ 7,9	+ 7,4	+ 7,7	+ 7,8p	+ 1,6	+ 3,0	+ 0,2	- 1,4p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 1)	+ 0,1	+ 2,3	+ 9,3	+ 20,5	+ 9,6	+ 9,3	+ 26,0p	+ 8,3	- 3,8	- 2,3	+ 18,4p
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 12,6	+ 9,4	- 8,5	- 18,4	- 16,3	- 8,5	- 27,2p	- 15,9	+ 4,1	+ 15,4	- 24,4p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	+ 5,9	+ 5,1	+ 5,0	+ 5,4r	+ 5,2r	+ 5,0	+ 3,7p	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,8	- 0,4p
an öffentliche Haushalte	+ 6,4	+ 5,4	+ 6,1	+ 6,6r	+ 6,4r	+ 6,1r	+ 4,7p	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,9	- 0,4p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 4,4	+ 4,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,6p	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	- 0,7p
	+ 6,3	+ 6,6	+ 10,2	+ 10,5	+ 11,1	+ 10,2	+ 8,1p	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,2	- 0,4p
	+ 3,7	+ 5,8	+ 11,4	+ 11,6	+ 11,9	+ 11,4	+ 7,9p	+ 0,6	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,3p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 8,2	+ 3,8	...	+ 2,0	+ 3,3	- 0,1	...	- 19,3	+ 6,3	+ 158,7	...
Bausparenlagen (Bestände)	- 0,4	- 1,8	...	- 2,3	- 2,2	- 2,3	...	- 0,3	- 0,5	+ 4,2	...
Baudarlehen (Bestände) 2)	+ 4,4	+ 0,5	...	- 2,3	- 2,5	- 2,0	...	- 0,0	- 0,7	- 0,1	...

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986						1987
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mill. DM	227 394	261 153	257 125	25 023	17 118	15 130	20 037	22 691	19 178	32 881
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. DM	2 992	3 769	4 560	177	309	176	452	181	678	211
Aktien (Nominalwert)	Mill. DM										
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	7,8 ⁹⁾	6,9 ⁹⁾	6,0	6,0	5,8	5,8	6,0	6,1	6,0	5,9
Index der Aktienkurse	1980=100	153,6 ⁹⁾	209,2 ⁹⁾	295,7	272,2	296,0	299,9	292,0	294,6	300,0	280,3
dar. Publikumsgesellschaften	1980=100	151,6 ⁹⁾	207,4 ⁹⁾	298,6	273,3	298,4	302,0	293,7	297,9	304,8	283,7
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	859 ⁹⁾	836 ⁹⁾	800 ⁹⁾	722	736	702	694	717	743	..
Arbeitslosenhilfe	1000	598 ⁹⁾	617 ⁹⁾	601 ⁹⁾	581	575	562	557	568	571	..
Unterhaltsgeld ¹⁾	1000	131 ⁹⁾	135 ⁹⁾	154 ⁹⁾	139	131	146	163	179	180	..
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 733,7 ⁹⁾	2 670,3 ⁹⁾	2 637,4 ⁹⁾	2 744,2	2 611,6	2 503,7	2 553,2	2 670,9	3 530,1	..
dar. Beiträge	Mill. DM	2 537,2 ⁹⁾	2 457,6 ⁹⁾	2 426,9 ⁹⁾	2 529,1	2 451,4	2 361,7	2 391,4	2 532,1	3 311,7	..
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 470,4 ⁹⁾	2 478,1 ⁹⁾	2 635,2 ⁹⁾	2 537,7	2 258,3	2 309,0	2 502,1	2 690,4	2 863,2	..
dar. Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 178,6 ⁹⁾	1 173,8 ⁹⁾	1 170,6 ⁹⁾	1 031,5	1 024,4	1 005,2	1 030,8	970,3	1 266,8	..
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	1000	36 014 ⁹⁾	36 201 ⁹⁾	..	36 285	36 390	36 587	36 706	36 736
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	1000	20 886 ⁹⁾	21 094 ⁹⁾	..	21 224	21 314	21 516	21 667	21 697
Rentner	1000	10 568 ⁹⁾	10 622 ⁹⁾	..	10 650	10 653	10 652	10 658	10 667
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	357 471	375 638	388 636	28 837	28 433	39 851	28 233	27 609	56 120	27 068 p
(gem. Art 106 Abs 3 GG) ⁴⁾	Mill. DM	305 104	324 067	333 675	23 520	22 857	36 579	20 982	22 198	49 611	26 570 p
dar. Lohnsteuer	Mill. DM	136 350	147 630	152 233	13 941	12 717	12 102	12 051	11 831	21 391	13 725 p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	26 368	28 568	29 881	- 655	- 446	8 257	- 379	- 402	9 720	283 p
Körperschaftsteuer	Mill. DM	26 312	31 836	32 301	- 28	- 79	7 747	- 193	- 115	8 546	330 p
Umsatzsteuer	Mill. DM	55 500	51 428	58 587	4 408	5 077	4 723	4 834	6 083	5 169	7 429 p
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	54 983	58 397	52 552	4 441	4 431	3 445	4 401	4 423	4 422	3 828 p
Bundessteuern	Mill. DM	54 059	55 036	56 352	4 698	4 744	4 857	4 669	4 720	8 751	1 163 p
dar. Zolle und Verbrauchsteuern	Mill. DM	50 664	51 164	52 164	4 427	4 306	4 593	4 416	4 441	8 487	906 p
(ohne Biersteuer)	Mill. DM	5 332	5 412	5 239	424	426	424	491	450	462	412 p
dar. Zolle	Mill. DM	14 429	14 452	14 480	1 259	1 219	1 317	1 238	1 255	2 610	39 p
Tabaksteuer	Mill. DM	4 238	4 153	4 065	327	276	302	294	285	701	76 p
Branntweinabgaben	Mill. DM	24 033	24 521	25 644	2 215	2 170	2 363	2 186	2 230	4 380	125 p
Mineralölsteuer	Mill. DM	18 581	18 475	21 255	1 763	2 363	1 466	1 446	2 108	1 262	1 446 p
Landessteuern	Mill. DM	4 492	4 287	4 396	59	941	62	69	1 036	131	89 p
dar.: Vermogensteuer	Mill. DM	7 284	7 350	9 356	1 001	809	777	739	597	553	699 p
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	1 255	1 254	1 263	113	130	116	105	111	87	109 p
Biersteuer	Mill. DM										
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	Mill. DM	4 135	4 491	4 673	849	310	3	887	296	1 163	- 9 p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	Mill. DM	-24 408	-26 430	-27 317	-1 993	-1 841	-3 054	-1 751	-1 714	-4 667	-2 101 p
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	Mill. St	120 040	121 101	119 076	10 903	10 132	10 490	11 042	10 076	8 385	9 599
Bierausstoß	1000 hl	92 583	93 303	94 100	9 344	8 313	7 729	7 787	6 871	8 107	6 223
Leichtole Benzin bleifrei	1000 hl		3 097	3 628	3 144	3 176	3 692	4 576	4 391	5 125	4 456
Benzin bleihaltig	1000 hl	316 568	308 571	288 283	26 127	24 081	24 221	25 456	21 405	22 614	18 624
Gasöl (Dieselkraftstoff)	1000 dt	133 723	136 640	147 968	13 732	13 044	13 428	14 986	12 570	11 668	8 836
Heizöl (EL und L)	1000 dt	331 808	356 124	383 842	38 556	24 798	15 747	16 891	17 342	25 288	32 719
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾⁷⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	DM	1 435,46	1 499,06
dar. für Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	462,59	457,04
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	DM	135,19	149,25
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	2 848,76	2 864,85
dar. für Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	740,18	736,58
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	DM	189,44	208,19
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	4 394,34	4 525,33
dar. für Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	930,37	949,11
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	DM	264,23	271,17
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,9	40,7	40,5	40,7	40,5
Index	1980=100	98,3	97,9	97,4	98,0	97,4
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	15,77	16,39	16,99	17,14	17,19
Index	1980=100	116,8	121,3	125,6	127,3	127,7
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	647	667	689	698	696
Index	1980=100	114,7	118,5	122,2	124,6	124,2
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 446	3 589	3 740	3 765	3 783
Index	1980=100	117,4	121,9	126,0	127,4	128,0
Tarifentwicklung i. d. gewerbli. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1980=100	99,9	98,7	98,1	98,1	98,1
Index der tariflichen Stundenlöhne	1980=100	116,9	121,7	126,3	127,6	128,0
Index der tariflichen Monatsgehälter	1980=100	115,9	119,5	123,3	124,4	124,7

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte — 2) Ohne Rentner — 3) Einschl. EG-Anteile an Zollen und Umsatzsteuer — 4) Vor der Steuerverteilung — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz — 6) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar — 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 und 1987 noch keine Zahlen vor — 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen — 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Okt 86	Nov 86	Dez 86	Jan 87	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Jan 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Okt 85	Nov 85	Dez. 85	Jan 86	Sept 86	Okt 86	Nov 86	Dez 86
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere											
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 0,3	+ 14,8	- 1,5	- 3,3	+ 3,9	- 3,7	+ 3,8	+ 32,4	+ 13,2	- 15,5	+ 71,5
Aktien (Nominalwert)	- 30,1	+ 26,0	+ 21,0	- 53,1	- 99,6	+ 69,9	+ 26,3	+ 156,8	- 99,6	+ 274,6	- 211,2
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 2,5 ⁹⁾	- 11,5 ⁹⁾	- 13,0	- 9,1	- 9,0	- 9,1	- 7,8	+ 3,4	+ 1,7	- 1,6	- 1,7
Index der Aktienkurse	+ 13,6 ⁹⁾	+ 36,2 ⁹⁾	+ 41,3	+ 20,2	+ 14,2	+ 13,1	- 6,5	- 2,6	+ 0,9	+ 1,8	+ 6,6
dar. Publikums-gesellschaften	+ 12,0 ⁹⁾	+ 36,8 ⁹⁾	+ 44,0	+ 21,0	+ 15,5	+ 14,8	- 6,6	- 2,7	+ 1,4	+ 2,3	- 6,9
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	- 15,3 ⁹⁾	- 2,7 ⁹⁾	- 4,2 ⁹⁾	- 2,1	- 3,6	- 6,6	..	- 1,1	+ 3,4	+ 3,6	..
Arbeitslosenhilfe	+ 23,2 ⁹⁾	+ 3,2 ⁹⁾	- 2,6 ⁹⁾	- 3,8	- 4,3	- 5,6	..	- 0,8	+ 1,9	+ 0,6	..
Unterhaltsgeld ¹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	+ 2,5 ⁹⁾	+ 14,7 ⁹⁾	+ 20,4	+ 21,5	+ 22,8	..	+ 11,9	+ 10,1	+ 0,5	..
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,7 ⁹⁾	- 2,3 ⁹⁾	- 1,2 ⁹⁾	- 0,8	+ 0,6	+ 4,2	..	+ 2,0	+ 4,6	+ 32,2	..
dar Beträge	+ 6,2 ⁹⁾	- 3,1 ⁹⁾	- 1,3 ⁹⁾	+ 3,7	+ 1,6	+ 4,1	..	+ 1,3	+ 5,9	+ 30,8	..
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 9,2 ⁹⁾	+ 0,3 ⁹⁾	+ 7,1 ⁹⁾	+ 10,2	+ 14,1	+ 11,7	..	+ 8,4	+ 7,5	+ 6,4	..
dar Arbeitslosengeld	- 17,3 ⁹⁾	- 17,3 ⁹⁾	- 3,9 ⁹⁾	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	..	+ 2,6	- 5,9	+ 30,5	..
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	+ 0,6 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	..	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1
dar: Pflichtmitglieder ²⁾	+ 0,5 ⁹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	..	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,1
Rentner	+ 1,0 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	..	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern	+ 4,3	+ 5,1	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 1,0	+ 9,5 ^p	- 34,2	+ 5,2	+ 103,3	- 51,8
(gem. Art 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾											
dar: Lohnsteuer	+ 4,7	+ 6,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,9	+ 1,1	+ 9,4 ^p	- 42,6	+ 5,8	+ 123,5	- 46,4
Veranlagte Einkommensteuer	+ 5,8	+ 8,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,9	+ 4,0	+ 2,5 ^p	- 0,4	- 1,8	+ 80,8	- 35,8
Körperschaftsteuer	- 6,7	+ 8,3	+ 4,6	x	x	+ 4,3	+ 22,8 ^p	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 11,1	+ 21,0	+ 1,5	x	x	+ 0,6	- 9,0 ^p	x	x	x	x
Einkommensteuer	- 6,2	- 7,3	+ 13,9	+ 32,4	+ 24,0	- 5,5	+ 48,3 ^p	+ 2,3	+ 25,9	- 15,0	+ 43,7
Einfuhrumsatzsteuer	+ 17,8	+ 6,2	- 10,0	- 11,6	- 12,6	- 10,7	- 9,7 ^p	+ 27,7	+ 0,5	- 0,0	- 13,4
Bundessteuern	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,2	- 0,3	+ 4,0 ^p	- 3,9	+ 1,1	+ 85,4	- 86,7
dar Zolle und Verbrauchsteuern											
(ohne Biersteuer)	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,8	- 0,2	+ 7,0 ^p	- 3,9	+ 0,6	+ 91,1	- 89,3
dar Zolle	+ 12,3	+ 1,5	- 3,2	+ 7,6	+ 0,3	- 1,1	+ 2,7 ^p	+ 15,6	- 8,4	+ 2,7	- 10,8
Tabaksteuer	+ 4,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 6,8	- 5,2	- 3,7	- 25,9 ^p	- 6,0	+ 1,4	+ 108,0	- 98,5
Brantweinabgaben	- 0,9	- 2,0	- 2,1	- 9,9	- 2,6	- 2,8	+ 72,3 ^p	- 2,8	- 3,0	+ 146,1	- 89,2
Mineralölsteuer	+ 3,0	+ 2,0	+ 4,6	- 0,6	+ 5,1	+ 1,5	+ 26,8	- 7,5	+ 2,0	+ 96,4	- 97,1
Landessteuern	+ 1,1	- 0,6	+ 15,0	+ 11,7	+ 8,6	+ 14,9	+ 8,1 ^p	- 1,3	+ 45,8	- 40,1	+ 14,5
dar Vermögensteuer	- 10,0	- 4,6	+ 2,5	- 12,0	+ 13,1	+ 43,0	+ 78,8 ^p	x	x	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	+ 4,3	+ 0,9	+ 27,3	+ 17,8	+ 28,3	+ 33,6	+ 10,1	- 4,9	- 19,2	- 7,3	+ 26,3
Biersteuer	- 3,2	- 0,0	+ 0,7	- 9,5	+ 6,3	- 13,8	- 5,6 ^p	- 9,5	+ 6,0	- 21,9	+ 25,0
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	- 5,5	+ 8,6	+ 4,0	+ 5,1	+ 9,8	+ 5,8	x	x	x	x	x
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	+ 3,5	+ 8,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,9 ^p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerzte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	- 1,3	+ 0,9	- 1,7	- 5,6	- 11,4	+ 11,9	- 5,2	+ 5,3	- 8,8	- 16,8	+ 14,5
Bierausstoß	- 2,5	+ 0,8	+ 0,9	- 3,5	+ 1,9	+ 2,3	- 14,1	+ 0,7	- 11,8	+ 18,0	- 23,2
Leichtöle: Benzin bleifrei	x	x	x	x	x	x	+ 243,3	+ 23,9	- 4,0	+ 16,7	- 13,1
Benzin bleihaltig	+ 5,0	x	- 6,6	- 10,6	- 12,2	- 7,5	- 16,9	+ 5,1	- 15,9	+ 5,6	- 17,6
Gasole (Dieselkraftstoff)	+ 3,1	+ 2,2	+ 8,3	+ 4,2	+ 7,0	+ 17,9	- 10,7	+ 11,6	- 16,1	- 7,2	- 24,3
Heizöl (EL und L)	+ 3,6	+ 7,3	+ 7,8	- 46,2	- 25,5	- 15,8	- 18,2	+ 7,3	+ 2,7	+ 45,8	+ 29,4
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch^{6) 7)}											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 2,5	+ 4,4
dar für Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 2,9	- 1,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	+ 2,3	+ 10,4
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 0,4	+ 0,6
dar für Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 0,1	- 0,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	+ 35,7	+ 9,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 2,3	+ 3,0
dar für Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 0,9	+ 2,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.a.	+ 13,6	+ 2,6
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	+ 1,0	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5 ^{a)}
Index	+ 1,0	- 0,5	- 0,4	- 0,7	- 0,6 ^{a)}
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,3 ^{a)}
Index	+ 2,4	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,8	+ 0,3 ^{a)}
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3	- 0,3 ^{a)}
Index	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,2	- 0,3 ^{a)}
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,6	+ 0,5 ^{a)}
Index	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,9	+ 0,5 ^{a)}
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	± 0,0	- 1,2	- 0,6	- 0,3	± 0,0 ^{a)}
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 2,6	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 0,3 ^{a)}
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 0,2 ^{a)}

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 2) Ohne Rentner - 3) Einschl. EG-Anteile an Zollen und Umsatzsteuer - 4) Vor der Steuerverteilung - 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz - 6) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 und 1987 noch keine Zahlen vor - 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten

a) Oktober 1986 gegenüber Juli 1986

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986	1986					1987	
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1980=100	116,1	115,2	108,4	106,5	105,9	105,1	104,6	104,2	104,7 p	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1980=100	115,6	113,8	104,7	102,2	101,4	100,3	99,7	99,2	99,7 p	...
Neubauten und neue Maschinen	1980=100	118,3	120,4	122,8	123,2	123,4	123,5	123,7	123,7	124,1 p	...
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	1980=100	106,9	103,1	97,2 p	98,1	98,8	96,1	95,7	94,9 p	93,7 p	...
Pflanzliche Produkte	1980=100	106,5	101,1	98,7	102,1	101,6	96,1	95,9	97,4	98,4	...
Tierische Produkte	1980=100	107,0	103,9	96,6 p	96,5	97,7	96,2	95,6	93,8 p	91,9 p	...
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	1980=100	97,0	89,6	91,1	89,2	88,8	88,9	89,4	90,7	93,4	...
Index der Grundstoffpreise 2)	1980=100	121,2	122,1	104,7	100,7	101,3	99,9	99,5	99,1	99,2	...
Inländische Grundstoffe	1980=100	117,8	119,1	112,5	110,8	110,9	109,8	109,3	108,9	108,8	...
Importierte Grundstoffe	1980=100	126,3	126,6	93,2	85,7	87,1	85,2	84,9	84,6	84,9	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	1980=100	119,2	121,8	118,2	117,5	117,5	116,2	115,9	115,7	115,9	115,5
Investitionsgüter 3)	1980=100	116,8	120,1	123,4	124,0	124,2	124,4	124,5	124,5	125,0	125,4
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	1980=100	115,4	118,5	110,6	108,9	109,5	108,7	108,8	108,7	111,2	109,7
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	1980=100	141,0	146,1	141,8	143,0	142,3	133,0	130,9	130,7	127,4	126,9
Bergbäuliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	1980=100	131,7	133,9	127,9	125,2	125,4	124,6	124,7	124,8	125,4	125,6
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1980=100	116,0	118,3	114,9	113,9	114,0	113,7	113,6	113,5	114,2	113,7
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1980=100	118,0	120,9	106,1	102,6	102,9	101,8	101,6	101,1	103,1	101,5
dar. Mineralerzeugnisse	1980=100	124,5	127,8	82,0	71,2	73,1	70,6	71,4	70,7	80,6	74,1
Eisen und Stahl	1980=100	115,3	119,9	115,4	113,3	113,0	111,7	110,0	108,6	108,0	107,7
Chemische Erzeugnisse	1980=100	118,1	121,6	114,6	112,8	112,2	111,5	111,3	111,3	111,2	111,1
Erz des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	115,5	118,4	121,1	121,6	121,8	121,9	121,9	121,9	122,3	122,5
dar. Maschinenbauerzeugnisse 4)	1980=100	118,0	122,0	126,2	126,9	127,0	127,2	127,3	127,3	128,2	128,4
Straßenfahrzeuge	1980=100	117,5	121,4	125,3	125,8	126,5	126,6	126,6	126,6	126,9	127,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980=100	111,4	113,0	114,1	114,3	114,3	114,3	114,4	114,4	114,7	114,7
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1980=100	117,1	119,2	121,0	121,3	121,4	121,4	121,5	121,5	121,5	121,7
Erz des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	114,5	117,4	118,6	118,8	118,7	118,9	118,9	118,9	119,0	119,2
dar. Textilien	1980=100	116,2	118,9	118,3	118,0	117,8	117,6	117,6	117,6	117,7	117,7
Bekleidung	1980=100	115,9	118,5	120,8	121,2	121,4	121,4	121,4	121,4	121,5	121,5
Erz des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1980=100	114,8	114,2	113,4	112,9	112,9	112,7	112,4	112,3	111,6	111,3
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 5)	1980=100	114,0	114,5	116,2	116,7			116,9			
Bürogebäude 1)	1980=100	114,8	115,8	117,8	118,2			118,6			
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	112,8	113,2	114,9	115,3			115,5			
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	114,7	115,5	117,9	118,4			118,9			
Straßenbau 5)	1980=100	100,8	102,6	104,8	105,0			105,0			
Brücken im Straßenbau 5)	1980=100	108,4	108,7	110,8	111,3			111,5			
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	1980=100	116,9	117,5	108,8	106,6	107,2	105,8	105,2	104,4	105,2	104,8
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	115,4	114,6	111,4	109,9	110,1	107,9	106,8	105,8	104,9	106,5
Index der Einzelhandelspreise 5)	1980=100	115,6	117,5	117,3	117,2	116,9	116,7	116,8	116,9	117,5	117,7
dar. Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	115,6	116,3	116,9	116,6	116,1	115,7	115,4	115,7	116,0	116,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für:	1980=100	118,4	121,0	120,7	120,2	120,4	120,0	119,9	120,1	120,6	120,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	116,0	116,9	117,6	117,2	117,0	116,7	116,5	116,8	117,0	117,6
Bekleidung, Schuhe	1980=100	115,7	118,4	120,6	120,7	121,0	121,2	121,3	121,3	121,5	121,7
Wohnungsmieten, Energie 6)	1980=100	122,7	126,8	123,4	122,6	122,5	121,4	121,3	121,1	122,0	121,4
Wohnungsmieten	1980=100	120,0	123,9	126,4	126,8	126,9	127,0	127,2	127,3	127,5	127,9
Energie 6)	1980=100	128,8	133,4	116,4	113,1	112,4	108,4	107,8	107,0	109,3	106,7
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980=100	115,9	117,7	119,1	119,2	119,3	119,4	119,6	119,6	119,8	120,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	118,0	119,7	121,5	121,5	121,8	121,9	122,0	122,1	122,2	122,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1980=100	120,1	123,2	118,3	117,2	118,3	117,3	117,0	117,3	118,4	118,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	1980=100	114,2	116,2	117,8	117,1	117,2	117,9	117,9	118,4	119,4	119,5
personliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1980=100	120,8	125,7	130,1	130,4	130,4	130,4	130,4	130,6	130,7	131,5
4-Pers.-Haush. v. Angst u. Beamten mit höherem Einkommen	1980=100	118,7	121,5	121,4	121,0	121,2	120,8	120,7	120,9	121,4	121,6
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	1980=100	118,4	120,9	120,7	120,3	120,4	120,0	119,9	120,0	120,4	120,6
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	1980=100	118,7	121,1	121,4	121,0	120,9	120,5	120,3	120,5	120,8	121,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	1980=100	117,0	118,5	118,9	118,4	118,3	118,0	117,8	118,1	118,6	119,2
Index der Einfuhrpreise	1980=100	122,8	124,6	101,0	95,9	96,6	94,8	94,6	94,4	94,4	93,7
dar. Güter aus EG-Ländern	1980=100	118,0	120,0	104,6	101,2	101,2	99,9	99,4	99,5	99,9	99,6
Güter aus Drittländern	1980=100	127,0	128,6	97,9	91,3	92,5	90,4	90,3	90,0	89,5	88,7
Index der Ausfuhrpreise	1980=100	116,2	119,4	116,8	116,2	116,1	115,6	115,4	115,3	115,0	115,0
dar. Güter für EG-Länder	1980=100	116,4	119,8	116,5	115,6	115,5	114,8	114,6	114,5	114,2	114,1
Güter für Drittländer	1980=100	116,0	119,0	117,1	116,7	116,7	116,4	116,2	116,0	115,9	115,6

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer — 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung — 4) Einschl. Ackerschlepper — 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 6) Ohne Kraftstoffe — 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes — 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1984	1985	1986	Nov. 86	Dez. 86	Jan. 87	Febr. 87	Nov. 86	Dez. 86	Jan. 87	Febr. 87
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1983	1984	1985	Nov. 85	Dez. 85	Jan. 86	Febr. 86	Okt. 86	Nov. 86	Dez. 86	Jan. 87
Preise											
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 2.0	- 0.8	- 5.9	- 8.2	- 8.7	- 7.7p	..	- 0.5	- 0.4	+ 0.5p	..
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 1.9	- 1.6	- 8.0	- 11.1	- 11.6	- 10.4p	...	- 0.6	- 0.5	+ 0.5p	...
Neubauten und neue Maschinen	+ 2.9	+ 1.8	+ 2.0	+ 2.2	+ 2.0	+ 2.2p	...	+ 0.2	-	+ 0.4p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	- 1.2	- 3.6	- 5.7p	- 7.1	- 8.3p	- 7.7p	..	- 0.4	- 0.8p	- 1.3p	...
Pflanzliche Produkte	- 0.7	- 5.1	- 2.4	- 4.7	- 5.1	- 4.8	..	- 0.2	+ 1.6	+ 1.0	...
Tierische Produkte	- 1.5	- 2.9	- 7.0p	- 8.0	- 9.6p	- 8.7p	..	- 0.6	- 1.9p	- 2.0p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte	+ 1.3	- 7.7	+ 1.7	+ 2.6	+ 0.9	- 0.1	..	+ 0.6	+ 1.5	+ 3.0	...
Index der Grundstoffpreise²⁾	+ 5.2	- 7.0	- 14.3	- 15.6	- 15.2	- 14.0	..	- 0.4	- 0.3	+ 0.1	..
Inländische Grundstoffe	+ 3.8	+ 1.1	- 5.5	- 7.1	- 7.2	- 6.8	..	- 0.5	- 0.3	- 0.1	..
Importierte Grundstoffe	+ 7.1	+ 0.2	- 26.4	- 28.1	- 27.2	- 24.9	..	- 0.4	- 0.4	+ 0.4	..
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	+ 2.9	+ 2.2	- 3.0	- 4.9	- 4.8	- 4.4	- 4.2	- 0.3	- 0.2	+ 0.2	- 0.3
Investitionsgüter ³⁾	+ 2.5	+ 2.8	+ 2.7	+ 3.0	+ 2.7	+ 2.6	+ 2.8	+ 0.1	± 0.0	+ 0.4	+ 0.3
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) ³⁾	+ 2.4	+ 2.7	- 6.7	- 8.5	- 7.3	- 3.9	- 3.7	+ 0.1	- 0.1	+ 2.3	- 1.3
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	+ 3.3	+ 3.6	- 2.9	- 10.1	- 11.6	- 13.9	- 14.1	- 1.6	- 0.2	- 2.5	- 0.4
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	+ 3.5	+ 1.7	- 4.5	- 6.0	- 6.0	- 5.6	- 5.6	+ 0.1	+ 0.1	+ 0.5	+ 0.2
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 2.8	+ 2.0	- 2.9	- 3.9	- 3.6	- 2.7	- 2.6	- 0.1	- 0.1	+ 0.6	- 0.4
Erz des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	+ 4.1	+ 2.5	- 12.2	- 15.1	- 14.2	- 11.0	- 10.3	- 0.2	- 0.5	+ 2.0	- 1.6
dar. Mineralerzeugnisse	+ 4.4	+ 2.7	- 35.8	- 43.0	- 40.5	- 27.7	- 27.5	+ 1.1	- 1.0	+ 14.0	- 8.1
Eisen und Stahl	+ 4.1	- 4.0	- 3.8	- 8.3	- 10.1	- 10.3	- 10.2	- 1.5	- 1.3	- 0.6	- 0.3
Chemische Erzeugnisse	+ 3.7	+ 3.0	- 5.8	- 8.0	- 7.6	- 7.3	- 6.9	- 0.2	± 0.0	- 0.1	- 0.1
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 2.2	+ 2.5	+ 2.3	+ 2.4	+ 2.3	+ 2.1	+ 2.1	± 0.0	± 0.0	+ 0.3	+ 0.2
dar. Maschinenbauerzeugnisse ⁴⁾	+ 2.6	+ 3.4	+ 3.4	+ 3.3	+ 3.2	+ 3.1	+ 3.1	+ 0.1	± 0.0	+ 0.7	+ 0.2
Straßenfahrzeuge	+ 3.3	+ 3.3	+ 3.2	+ 3.7	+ 3.0	+ 2.7	+ 3.1	± 0.0	± 0.0	+ 0.2	+ 0.7
Elektrotechnische Erzeugnisse. Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 1.3	+ 1.4	+ 1.0	+ 1.2	+ 1.2r	+ 1.2	+ 1.1	+ 0.1	± 0.0	+ 0.3	± 0.0
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 3.2	+ 2.5	+ 1.0	+ 0.1	+ 0.9	+ 0.8	+ 0.8	± 0.0	± 0.0	+ 0.1	+ 0.2
dar. Textilien	+ 3.8	+ 2.3	- 0.5	- 1.3	- 1.0	- 1.0	- 1.0	± 0.0	± 0.0	+ 0.1	± 0.0
Bekleidung	+ 3.1	+ 2.2	+ 1.9	+ 1.8	+ 1.7	+ 1.5	+ 1.3	± 0.0	± 0.0	+ 0.1	± 0.0
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 1.4	- 0.5	- 0.7	- 1.1	- 1.3	- 2.0	- 2.4	- 0.3	- 0.1	- 0.6	- 0.3
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude ⁵⁾	+ 2.5	+ 0.4	+ 1.5	+ 1.7	+ 0.2 ^{a)}
Bürogebäude ¹⁾	+ 2.4	+ 0.9	+ 1.7	+ 2.0	+ 0.3 ^{a)}
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 2.0	+ 0.4	+ 1.5	+ 1.7	+ 0.2 ^{a)}
Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 1.3	+ 1.8	+ 2.1	+ 2.3	+ 0.4 ^{a)}
Straßenbau ⁵⁾	+ 1.4	+ 0.3	+ 2.1	+ 1.4	± 0.0 ^{a)}
Brücken im Straßenbau ⁵⁾	+ 1.4	+ 0.3	+ 1.9	+ 2.1	+ 0.2 ^{a)}
Index der Großhandelsverkaufspreise¹⁾	+ 2.8	+ 0.5	- 7.4	- 9.2	- 9.4	- 8.6	- 6.9	- 0.6	- 0.8	+ 0.8r	- 0.4
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2.2	- 0.7	- 2.8	- 4.6	- 6.5	- 9.3	- 6.7	- 1.0	- 0.9	- 0.9	+ 1.5
Index der Einzelhandelspreise⁵⁾	+ 2.1	+ 1.6	- 0.2	- 0.8	- 0.8	- 0.3	- 0.1	+ 0.1	+ 0.1	+ 0.5	+ 0.2
dar. Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1.6	+ 0.6	+ 0.5	± 0.0	± 0.0	- 0.4	- 0.3	- 0.3	+ 0.3	+ 0.3	+ 0.6
Preisindex für die Lebenshaltung	+ 2.4	+ 2.2	- 0.2	- 1.2	- 1.1	- 0.8	- 0.5	- 0.1	+ 0.2	+ 0.4	+ 0.1
darunter für:											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1.5	+ 0.8	+ 0.6	+ 0.3	+ 0.3	- 0.1	- 0.1	- 0.2	+ 0.3	+ 0.2	+ 0.5
Bekleidung, Schuhe	+ 2.4	+ 2.3	+ 1.9	+ 1.3	+ 1.3	+ 1.4	+ 1.3	+ 0.1	± 0.0	+ 0.2	+ 0.2
Wohnungsmieten, Energie ⁶⁾	+ 3.7	+ 3.3	- 2.7	- 5.1	- 4.8	- 3.6	- 3.3	- 0.1	- 0.2	+ 0.7	- 0.5
Wohnungsmieten	+ 3.8	+ 3.3	+ 2.0	+ 1.9	+ 1.8	+ 1.8	+ 1.8	+ 0.2	+ 0.1	+ 0.2	+ 0.3
Energie ⁶⁾	+ 3.5	+ 3.6	- 12.7	- 19.9	- 19.1	- 15.4	- 15.1	- 0.6	- 0.7	+ 2.1	- 2.4
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1.9	+ 1.6	+ 1.2	+ 0.9	+ 1.0	+ 1.1	+ 1.0	+ 0.2	± 0.0	+ 0.2	+ 0.2
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 2.1	+ 1.4	+ 1.5	+ 1.4	+ 1.4	+ 1.1	+ 1.1	+ 0.1	+ 0.1	+ 0.1	+ 0.2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 2.6	+ 2.6	- 4.0	- 5.3	- 5.1	- 3.3	- 1.6	- 0.3	+ 0.3	+ 0.9	- 0.1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit ⁷⁾	+ 2.5	+ 1.8	+ 1.4	+ 1.4	+ 1.4	+ 1.3	+ 1.2	± 0.0	+ 0.4	+ 0.8	+ 0.1
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 1.9	+ 4.1	+ 3.5	+ 3.2	+ 2.8	+ 1.1	+ 1.5	± 0.0	+ 0.2	+ 0.1	+ 0.6
4-Pers.-Haush v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	+ 2.3	+ 2.4	- 0.1	- 1.0	- 0.9	- 0.7	- 0.4	- 0.1	+ 0.2	+ 0.4	+ 0.2
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush mit mittlerem Einkommen	+ 2.4	+ 2.1	- 0.2	- 1.2	- 1.2	- 1.0	- 0.7	- 0.1	+ 0.1	+ 0.3	+ 0.2
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	+ 2.5	+ 2.0	+ 0.2	- 0.6	- 0.7	- 0.7	- 0.7	- 0.2	+ 0.2	+ 0.2	+ 0.2
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ⁸⁾	+ 2.5	+ 1.3	+ 0.3	- 0.1	± 0.0	- 0.1	+ 0.1	- 0.2	+ 0.3	+ 0.4	+ 0.5
Index der Einfuhrpreise	+ 6.0	+ 1.5	- 18.9	- 20.3	- 19.6	- 17.8	- 15.6	- 0.2	- 0.2	± 0.0	- 0.7
dar.: Güter aus EG-Ländern	+ 4.6	+ 1.7	- 12.8	- 14.8	- 13.8	- 12.0	- 10.8	- 0.5	+ 0.1	+ 0.4	- 0.3
Güter aus Drittländern	+ 7.2	+ 1.3	- 23.9	- 25.1	- 24.5	- 22.9	- 19.7	- 0.1	- 0.3	- 0.6	- 0.9
Index der Ausfuhrpreise	+ 3.5	- 2.3	- 2.2	- 2.8	- 2.6	- 3.0	- 2.5	- 0.2	- 0.1	- 0.3	± 0.0
dar.: Güter für EG-Länder	+ 3.5	+ 2.9	- 2.8	- 3.7	- 3.6	- 4.0	- 3.6	- 0.2	- 0.1	- 0.3	- 0.1
Güter für Drittländer	+ 3.4	+ 2.6	- 1.6	- 1.9	- 1.7	- 1.9	- 1.5	- 0.2	- 0.2	- 0.1	- 0.1

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschl. Acker-schlepper - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet

a) November 1986 gegenüber August 1986

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1984	1985	1986 ⁵⁾	1985			1986 ⁵⁾			1987 ⁵⁾		
					4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	Nov.	Dez.	Jan.		
Absolute Zahlen													
Bevölkerungsstand	1 000	61 049	61 020		61 020	61 007	61 048	61 122					
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 364	4 379	4 513	4 379	4 399	4 434	4 483		4 513			
Natürliche Bevölkerungsbewegung													
Eheschließungen	Anzahl	364 140	364 661	371 910	81 406	50 971	118 019	116 919	21 367	31 578	12 141		
Ehescheidungen	Anzahl	130 744	128 124										
Lebendgeborene	Anzahl	584 157	586 155	624 376	141 110	142 101	158 409	165 081	47 582	52 868	50 595		
dar. Ausländer	Anzahl	54 795	53 750		12 922	12 315	15 064	15 254					
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	52 998	55 070		13 747	13 458	14 526	15 856					
Gestorbene ²⁾	Anzahl	696 118	704 296	699 642	176 703	190 235	172 856	162 758	53 950	60 187	61 226		
dar. Ausländer	Anzahl	7 835	7 694		1 972	1 884	1 929	1 757					
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	5 633	5 244		1 350	1 270	1 354	1 267					
Totgeborene	Anzahl	2 567	2 414	2 509	572	588	651	631	177	230	219		
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-111 961	-118 141	-75 266	-35 593	-48 134	-14 447	+ 2 323	-6 368	-7 319	-10 631		
Deutsche	Anzahl	-158 921	-164 197		-46 543	-58 565	-27 582	-11 174					
Ausländer	Anzahl	+ 46 960	+ 46 056		+10 950	+10 431	+13 135	+13 497					
Wanderungen³⁾													
Zuzüge	Anzahl	457 093	512 108		126 216	119 268	139 009	199 601					
dar. Ausländer	Anzahl	333 297	399 951		96 377	92 499	111 875	163 184					
Fortzüge	Anzahl	608 240	428 717		108 132	86 067	85 081	129 523					
dar. Ausländer	Anzahl	546 457	367 719		93 422	72 795	71 064	110 502					
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	-151 147	+83 391		+18 084	+33 201	+53 928	+70 078					
dar. Ausländer	Anzahl	-213 160	+32 232		+ 2 955	+19 704	+40 811	+52 682					
Verhältniszahlen													
Bevölkerungsstand													
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	7,1	7,2		7,2	7,2	7,3	7,3					
Natürliche Bevölkerungsbewegung													
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	5,9	6,0	6,1	5,3	3,4	7,8	7,6	4,3	6,1	2,3		
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	21,3	21,0										
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	9,5	9,6	10,2	9,2	3,4	10,4	10,7	9,5	10,2	9,8		
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	12,5	12,3		11,7	11,4	13,6	13,5					
	% aller Lebendgeb.	9,4	9,2		9,2	8,7	9,5	9,2					
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 290,6	1 280,8		1 280 ⁶⁾	1 309 ⁶⁾	1 376 ⁶⁾	1 342 ⁶⁾					
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	9,1	9,4		9,7	9,5	9,2	9,6					
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,3	11,5	11,5	11,5	12,6	11,4	10,6	10,8	11,6	11,8		
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8	1,8		1,8	1,7	1,7	1,6					
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	1,0	0,9		1,0	0,9	0,9	0,8					
Wanderungen³⁾													
Zuzüge													
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	72,9	78,1		76,4	77,6	80,5	81,8					
Fortzüge													
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	89,8	85,8		86,4	84,6	83,5	85,3					
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %													
Bevölkerungsstand	%	- 0,4	- 0,0		- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1					
dar. Ausländer ¹⁾	%	- 3,8	+ 1,1	+ 3,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,7					
Natürliche Bevölkerungsbewegung													
Eheschließungen	%	- 1,6	+ 0,1	+ 2,2	+ 0,7	- 2,8	+ 2,7	+ 1,6	- 0,3	+ 5,4	- 13,5		
Ehescheidungen	%	+ 7,8	- 2,0										
Lebendgeborene	%	- 1,7	+ 0,3	+ 6,8	- 1,1	+ 2,2	+ 8,4	+ 6,6	+ 6,4	+ 16,7	+ 0,5		
dar. Ausländer	%	- 10,9	- 1,9		+ 1,1 ^r	+ 3,7	+ 8,5	+ 7,0					
Gestorbene ²⁾	%	- 3,1	+ 1,2	- 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,5	- 0,9	- 7,8	- 1,0	- 0,2		
Wanderungen³⁾													
Zuzüge	%	+ 22,9	+ 12,0		+ 15,8	+ 14,7	+ 17,8	+ 21,8					
dar. Ausländer	%	+ 20,6	+ 20,0		+ 14,0	+ 13,1	+ 20,1	+ 26,8					
Fortzüge	%	+ 24,3	- 29,5		- 7,5	- 9,2	- 4,9	- 5,0					
dar. Ausländer	%	+ 28,5	- 32,7		- 8,8	- 10,5	- 5,8	- 6,0					

1) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters, Jahresergebnisse 1983 und 1984 jeweils am 30.9., 1985 am 31.12. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 5) Vorläufiges Ergebnis - 6) Geschätzt nach Calot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.)

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen					
	1983	1984	1985	1986	1985	1986				
					4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	
in jeweiligen Preisen										
Mill. DM										
Entstehung des Sozialprodukts										
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 549 280	1 621 820	1 706 850	1 808 590	460 530	418 600	443 060	458 920	488 010	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 220	34 800	31 070	33 030	8 520	3 290	4 060	16 230	9 450	
Warenproduzierendes Gewerbe	685 060	710 210	755 590	810 470	202 970	186 910	203 920	203 520	216 120	
Handel und Verkehr	254 860	267 300	275 890	280 820	73 360	66 440	70 060	69 190	75 130	
Dienstleistungsunternehmen	430 440	459 250	484 510	513 010	124 190	124 550	126 280	129 890	132 290	
Staat, private Haushalte ³⁾	228 420	234 330	244 140	257 350	72 710	58 770	60 270	61 650	76 660	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 674 840	1 754 310	1 839 910	1 943 950	496 220	452 340	475 620	491 620	524 370	
Verwendung des Sozialprodukts										
Privater Verbrauch	964 160	1 002 840	1 041 790	1 081 060	282 050	253 130	268 040	268 590	291 300	
Staatsverbrauch	336 210	350 230	365 710	383 090	109 380	86 250	90 180	92 740	113 920	
Anlageninvestitionen	343 820	354 630	359 300	375 890	103 090	71 820	97 960	97 660	108 450	
Ausrüstungen	135 600	137 580	153 850	162 220	48 830	34 030	40 250	37 590	50 350	
Bauten	208 220	217 050	205 450	213 670	54 260	37 790	57 710	60 070	58 100	
Vorratsveränderung	- 1 800	5 100	7 500	2 600	-24 200	18 100	- 4 500	10 700	-21 700	
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	36 910	50 300	72 700	106 360	28 480	23 100	24 620	24 010	34 630	
Ausfuhr ⁵⁾	524 630	587 970	647 340	634 840	167 260	155 280	161 420	155 790	162 350	
Einfuhr ⁵⁾	487 720	537 670	574 640	528 480	138 780	132 180	136 800	131 780	127 720	
Bruttosozialprodukt	1 679 300	1 763 100	1 847 000	1 949 000	498 800	452 400	476 300	493 700	526 600	
Volkseinkommen										
insgesamt	1 285 140	1 351 610	1 423 340	1 514 200	388 420	347 080	368 300	384 390	414 430	
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	920 730	953 380	989 430	1 039 130	280 570	234 740	252 800	257 750	293 840	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bruttowertschöpfung ²⁾	4,6	4,7	5,2	6,0	5,2	5,1	7,5	5,3	6,0	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 11,3	8,0	- 10,7	6,3	- 4,4	-	13,1	3,6	10,9	
Warenproduzierendes Gewerbe	4,3	3,7	6,4	7,3	6,6	6,1	10,1	6,4	6,5	
Handel und Verkehr	4,6	4,9	3,2	1,8	3,1	1,4	2,9	0,4	2,4	
Dienstleistungsunternehmen	8,2	6,7	5,5	5,9	5,6	5,6	5,5	5,9	6,5	
Staat, private Haushalte ³⁾	3,6	2,6	4,2	5,4	3,0	4,0	6,3	5,9	5,4	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	4,8	4,7	4,9	5,7	5,0	4,7	7,0	5,2	5,7	
Privater Verbrauch	5,0	4,0	3,9	3,8	4,3	3,6	4,8	3,5	3,3	
Staatsverbrauch	3,1	4,2	4,4	4,8	3,7	3,7	5,8	5,5	4,2	
Anlageninvestitionen	5,2	3,1	1,3	4,6	2,2	2,9	6,9	3,0	5,2	
Ausfuhr ⁵⁾	1,4	12,1	10,1	- 1,9	3,4	- 1,5	0,4	- 3,6	- 2,9	
Einfuhr ⁵⁾	1,6	10,2	6,9	- 8,0	2,0	- 8,6	- 4,7	- 10,8	- 8,0	
Bruttosozialprodukt	5,1	5,0	4,8	5,5	4,7	4,8	6,6	5,2	5,6	
Volkseinkommen	5,0	5,2	5,3	6,4	5,2	5,5	7,7	5,6	6,7	
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	2,0	3,5	3,8	5,0	3,9	4,6	5,4	5,4	4,7	
in Preisen von 1980										
Mill. DM										
Entstehung des Sozialprodukts										
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 384 910	1 425 120	1 466 280	1 503 420	382 370	354 500	373 670	383 300	391 950	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 840	35 590	34 560	36 600	9 640	3 130	4 270	17 870	11 330	
Warenproduzierendes Gewerbe	609 430	621 580	640 810	654 480	169 910	153 510	166 310	162 330	172 330	
Handel und Verkehr	231 430	240 410	246 280	251 970	65 540	59 350	63 530	62 240	66 850	
Dienstleistungsunternehmen	362 350	377 190	392 900	408 060	99 230	100 430	101 410	102 920	103 300	
Staat, private Haushalte ³⁾	208 010	211 000	215 170	219 460	53 920	54 640	54 860	54 920	55 040	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾										
insgesamt	1 493 920	1 534 870	1 574 850	1 614 230	410 670	382 460	400 440	410 360	420 970	
je Erwerbstätigen (1970 = 100)	139	142	145	147	150	141	147	148	152	
Verwendung des Sozialprodukts										
Privater Verbrauch	839 600	851 880	866 930	903 500	235 330	210 640	223 980	224 220	244 660	
Staatsverbrauch	301 440	308 820	315 480	323 460	84 980	77 090	79 290	80 360	86 720	
Anlageninvestitionen	312 440	314 900	313 900	324 150	89 660	61 940	84 690	84 410	93 110	
Ausrüstungen	119 900	119 360	130 530	136 540	41 430	28 770	33 830	31 610	42 330	
Bauten	192 540	195 540	183 370	187 610	48 230	33 170	50 860	52 800	50 780	
Vorratsveränderung	- 1 500	4 200	5 800	6 100	-22 400	15 100	- 800	12 500	-20 700	
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	45 820	62 600	78 690	61 190	25 230	17 730	13 840	10 610	19 010	
Ausfuhr ⁵⁾	468 810	508 660	545 600	543 100	141 030	131 840	137 870	133 600	139 790	
Einfuhr ⁵⁾	422 990	446 060	466 910	481 910	115 800	114 110	124 030	122 990	120 780	
Bruttosozialprodukt	1 497 800	1 542 400	1 580 800	1 618 400	412 800	382 500	401 000	412 100	422 800	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bruttowertschöpfung ²⁾	1,4	2,9	2,9	2,5	2,6	1,6	3,9	2,1	2,1	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 8,8	8,4	- 2,9	5,9	- 0,9	- 5,2	11,2	0,5	17,5	
Warenproduzierendes Gewerbe	1,2	2,0	3,1	2,1	2,3	0,8	4,5	1,8	1,4	
Handel und Verkehr	2,0	3,9	2,4	2,3	2,4	1,6	4,5	1,2	2,0	
Dienstleistungsunternehmen	3,0	4,1	4,2	3,9	4,2	3,6	3,7	4,0	4,1	
Staat, private Haushalte ³⁾	0,9	1,4	2,0	2,0	2,1	1,9	2,0	2,0	2,1	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾										
insgesamt	1,5	2,7	2,6	2,5	2,5	1,5	3,8	2,2	2,5	
je Erwerbstätigen	3,0	2,6	1,9	1,5	1,6	0,6	2,7	1,1	1,5	
Privater Verbrauch	1,7	1,5	1,8	4,2	2,7	3,3	5,6	4,0	4,0	
Staatsverbrauch	0,2	2,4	2,2	2,5	2,4	2,1	2,9	3,1	2,0	
Anlageninvestitionen	3,2	0,8	- 0,3	3,3	0,8	1,8	5,3	1,7	3,8	
Ausfuhr ⁵⁾	- 0,6	8,5	7,3	- 0,5	2,1	- 1,5	2,1	- 1,5	- 0,9	
Einfuhr ⁵⁾	0,8	5,5	4,7	3,2	4,4	- 1,7	8,2	2,1	4,3	
Bruttosozialprodukt	1,8	3,0	2,5	2,4	2,2	1,6	3,3	2,2	2,4	

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis - 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen - 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck - 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben - 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Bevölkerung

Zum Aufsatz: „Ausländer im Bundesgebiet“

Ausländer in den Städten mit 100 000 Einwohnern und mehr am 31.12.1986 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Stadt 1)	Bevölkerung		Ausländer		Darunter Staatsangehörigkeit								
	1 000	je 1 000 Einwohner 2)	Türkei		Jugoslawien		Italien		Griechenland		Spanien		
			1 000	% 3)	1 000	% 3)	1 000	% 3)	1 000	% 3)	1 000	% 3)	
Aachen	238,6	24,4	102	6,2	25,4	3,0	12,3	0,8	3,3	1,8	7,4	0,9	3,7
Augsburg	245,6	30,4	124	3,9	12,8	1,2	3,9	3,4	11,2	1,5	4,9	0,1	0,3
Berlin (West)	1 868,7	257,8	138	104,9	40,7	28,6	11,1	8,1	3,1	7,6	2,9	1,9	0,7
Bielefeld	299,2	29,3	98	12,7	43,3	4,7	16,0	1,4	4,8	3,2	10,9	0,7	2,4
Bochum	381,0	25,7	67	10,3	40,1	2,2	8,6	1,2	4,7	2,1	8,2	1,3	5,1
Bonn	290,8	26,1	90	4,3	16,5	1,5	5,7	2,0	7,7	1,0	3,8	1,8	6,9
Bottrop	112,1	7,6	68	4,4	57,9	0,4	5,3	0,3	3,9	0,4	5,3	0,1	1,3
Braunschweig	247,3	15,2	61	5,6	36,8	1,0	6,6	1,4	9,2	0,5	3,3	0,3	2,0
Bremen	524,7	39,3	75	19,3	49,1	3,1	7,9	1,3	3,3	0,9	2,3	0,6	1,5
Bremerhaven	132,8	9,3	70	4,7	50,5	0,8	8,6	0,2	2,2	0,1	1,1	0,2	2,2
Darmstadt	133,6	15,2	114	3,2	21,1	1,8	11,8	2,7	17,8	0,9	5,9	0,6	3,9
Dortmund	569,8	52,7	92	20,0	38,0	6,8	12,9	3,7	7,0	3,7	7,0	2,5	4,7
Düsseldorf	561,2	90,2	161	13,9	15,4	13,1	14,5	8,2	9,1	9,2	10,2	4,0	4,4
Duisburg	516,6	67,3	130	40,7	60,5	5,7	8,5	4,4	6,5	1,9	2,8	1,8	2,7
Essen	617,7	37,9	61	12,4	32,7	4,7	12,4	2,0	5,3	2,6	6,9	2,2	5,8
Frankfurt am Main	593,4	148,3	250	27,9	18,8	27,7	18,7	17,8	12,0	8,5	5,7	9,1	6,1
Freiburg im Breisgau	184,5	13,5	73	1,0	7,4	1,9	14,1	2,5	18,5	0,2	1,5	0,6	4,4
Gelsenkirchen	284,4	29,8	105	19,9	66,8	2,0	6,7	1,8	6,0	0,4	1,3	1,3	4,4
Göttingen	133,7	8,9	67
Hagen	206,1	21,5	104	6,8	31,6	2,4	11,2	3,4	15,8	3,0	14,0	0,5	2,3
Hamburg	1 575,7	175,8	112	54,8	31,2	21,0	11,9	7,6	4,3	8,1	4,6	3,7	2,1
Hamm	166,2	13,9	84	8,9	64,0	1,4	10,1	0,5	3,6	0,2	1,4	0,1	0,7
Hannover	506,4	52,4	103	18,3	34,9	6,1	11,6	2,9	5,5	4,8	9,2	4,8	9,2
Heidelberg	135,8	13,5	99	2,9	21,5	0,9	6,7	1,2	8,9	0,6	4,4	0,3	2,2
Heilbronn	111,4	14,6	131	6,0	41,1	2,5	17,1	0,8	5,5	2,4	16,4	0,5	3,4
Herne	171,5	16,2	94	10,2	63,0	0,6	3,7	1,0	6,2	1,0	6,2	0,2	1,2
Hildesheim	100,7	6,7	67
Karlsruhe	267,6	24,8	93	5,3	21,4	4,7	19,0	4,3	17,3	0,8	3,2	1,2	4,8
Kassel	184,2	18,5	100	7,3	39,5	2,4	13,0	1,7	9,2	0,4	2,2	1,5	8,1
Kiel	244,7	13,5	55	6,7	49,6	0,6	4,4	0,2	1,5	0,1	0,7	0,3	2,2
Koblenz	110,6	5,3	48	1,7	32,1	0,7	13,2	0,6	11,3	0,1	1,9	0,1	1,9
Köln	914,0	137,8	151	60,1	43,6	8,6	6,2	20,0	14,5	7,3	5,3	3,3	2,4
Krefeld	216,7	24,5	113	10,4	42,4	1,5	6,1	2,2	9,0	3,1	12,7	0,5	2,0
Leverkusen	154,7	14,4	93	3,3	22,9	2,8	19,4	2,8	19,4	1,5	10,4	0,3	2,1
Ludwigshafen am Rhein	153,0	21,9	143	6,2	28,3	2,9	13,2	5,7	26,0	2,9	13,2	0,4	1,8
Lubeck	209,8	12,3	59	5,7	46,3	0,4	3,3	0,5	4,1	0,5	4,1	0,3	2,4
Mainz	188,5	20,7	110	4,5	21,7	2,6	12,6	4,6	22,2	0,4	1,9	0,6	2,9
Mannheim	295,5	45,7	155	14,6	31,9	6,0	13,1	7,7	16,8	2,8	6,1	1,9	4,2
Mönchengladbach	254,7	20,2	79	7,2	35,6	1,5	7,4	1,1	5,4	1,3	6,4	1,3	6,4
Mülheim a. d. Ruhr	171,0	11,4	67	4,2	36,8	1,6	14,0	0,3	2,6	1,0	8,8	0,3	2,6
München	1 269,4	221,2	174	38,9	17,6	53,2	24,1	21,7	9,8	19,3	8,7	3,0	1,4
Munster	268,9	12,6	47	1,7	13,5	1,2	9,5	0,6	4,8	0,2	1,6	0,8	6,3
Neuss	143,5	18,2	127
Nürnberg	466,5	59,5	128	17,7	29,7	9,7	16,3	6,9	11,6	8,2	13,8	2,3	3,9
Oberhausen	222,1	17,6	79	8,0	45,5	2,3	13,1	2,2	12,5	0,6	3,4	0,5	2,8
Offenbach am Main	107,2	23,3	217	3,5	15,0	4,1	17,6	4,1	17,6	3,2	13,7	0,8	3,4
Oldenburg (Oldenburg)	138,9	5,0	36	1,7	34,0	0,2	4,0	0,3	6,0	0,1	2,0	0,1	2,0
Osnabrück	153,2	12,3	80	3,4	27,6	1,5	12,2	0,6	4,9	0,1	0,8	1,4	11,4
Paderborn	109,8	8,7	79
Pforzheim	104,5	13,1	125	3,7	28,2	2,4	18,3	3,4	26,0	0,3	2,3	0,6	4,6
Recklinghausen	117,6	8,9	76
Regensburg	124,1	5,9	48	1,7	28,8	1,1	18,6	0,2	3,4	0,1	1,7	0,2	3,4
Remscheid	121,0	16,8	139	5,4	32,1	2,3	13,7	3,6	21,4	0,2	1,2	2,6	15,5
Saarbrücken ⁴⁾	352,3	21,6	61	3,7	17,1	0,6	2,8	7,2	33,3	0,3	1,4	0,1	0,5
Salzgitter	105,5	8,2	78	5,6	68,3	0,4	4,9	0,6	7,3	0,2	2,4	0,1	1,2
Solingen	158,0	18,7	118	5,9	31,6	1,9	10,2	6,0	32,1	1,2	6,4	0,6	3,2
Stuttgart	564,5	102,6	182	18,3	17,8	27,5	26,8	16,4	16,0	14,0	13,6	2,9	2,8
Wiesbaden	266,7	29,3	110	8,0	27,3	3,1	10,6	4,0	13,7	2,6	8,9	1,0	3,4
Witten	102,2	7,6	74
Wolfsburg	122,0	11,3	93	0,4	3,5	0,3	2,7	7,4	65,5	0,1	0,9	0,1	0,9
Würzburg	127,5	5,4	42	1,1	20,4	0,7	13,0	0,7	13,0	0,2	3,7	0,1	1,9
Wuppertal	375,3	38,1	102	10,4	27,3	4,4	11,5	6,8	17,8	5,6	14,7	1,5	3,9

1) Ohne die Städte Bergisch Gladbach und Siegen, für die keine Ausländerzahlen zum 31.12.1986 vorliegen — 2) Am 30.6.1986 — 3) Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl der Ausländer — 4) Stadtverband

Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Herkunfts- bzw. Zielländern¹⁾

1 000

Zeitraum	Her- kunfts- bzw Ziel- länder ins- gesamt	Davon											
		Euro- päisches Ausland	darunter								Außer- euro- päisches Aus- land 4)	darunter	
			EG- Staaten 2)	darunter				Turkei	Jugo- slawien	Polen 3)		Asien	Iran
				Griechen- land	Italien	Portugal	Spanien						

Zuzüge

1982	321,7	245,4	97,3	12,8	41,4	1,9	3,8	42,7	22,2	37,1	76,3	37,3	2,2
1983	273,3	203,8	80,4	10,0	35,7	1,5	2,8	27,8	17,2	38,8	69,4	33,0	4,3
1984	331,1	244,8	83,0	9,3	37,5	1,4	3,1	34,1	19,4	67,8	86,3	46,4	10,5
1985	398,2	270,9	86,7	9,5	38,9	1,6	3,2	47,5	22,5	72,2	127,3	80,4	17,9
1985 1. Vj	81,2	55,3	21,0	2,0	11,0	0,3	0,7	9,5	5,2	12,1	25,9	15,6	3,0
2. Vj	92,8	61,6	18,4	1,6	8,8	0,3	0,6	11,3	5,3	16,7	31,1	20,8	3,0
3. Vj	128,3	89,5	25,6	3,0	10,6	0,6	1,0	13,7	6,8	28,3	38,8	23,9	5,7
4. Vj	96,0	64,6	21,7	2,9	8,5	0,4	0,9	13,0	5,3	15,1	31,4	20,2	6,2
1986 1. Vj	92,3	60,5	23,3	2,4	11,8	0,8	0,9	12,0	5,8	12,0	31,7	20,3	6,0
2. Vj	111,6	73,2	22,2	2,2	10,7	0,6	0,9	14,8	6,2	19,0	38,4	25,3	6,4

Fortzüge

1982	433,3	357,0	156,2	18,1	81,8	9,2	10,4	86,9	41,2	36,7	76,2	37,0	2,1
1983	424,9	347,3	141,5	18,9	71,6	9,4	10,1	100,4	36,3	34,6	77,6	38,6	2,2
1984	545,1	470,1	137,6	16,8	61,5	20,7	9,2	213,5	33,8	51,7	74,9	33,3	3,8
1985	366,7	289,3	107,7	16,4	51,4	3,4	7,7	60,6	30,6	56,8	77,4	38,1	6,4
1985 1. Vj	81,0	62,6	24,1	3,4	11,5	0,8	1,9	13,1	7,3	11,1	18,4	8,9	1,2
2. Vj	75,2	58,3	23,7	3,5	11,8	0,6	1,7	10,6	6,8	10,2	16,9	8,7	1,1
3. Vj	117,3	94,7	33,7	5,7	15,6	0,9	2,3	19,5	9,2	20,7	22,6	10,8	2,1
4. Vj	93,2	73,7	26,2	3,8	12,4	1,1	1,9	17,4	7,3	14,9	19,5	9,7	2,1
1986 1. Vj	72,8	53,9	20,4	3,0	9,3	0,5	1,5	10,5	6,3	10,5	18,9	9,6	2,0
2. Vj	71,0	53,2	21,0	3,4	9,7	0,4	1,5	9,5	5,9	10,2	17,8	8,6	1,5

Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)

1982	- 111,6	- 111,7	- 58,9	- 5,3	- 40,4	- 7,3	- 6,6	- 44,1	- 19,0	+ 4,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1
1983	- 151,7	- 143,5	- 61,0	- 9,0	- 35,8	- 7,9	- 7,3	- 72,6	- 19,1	+ 4,3	- 8,1	- 5,6	+ 2,0
1984	- 213,9	- 225,3	- 54,6	- 7,4	- 24,0	- 19,3	- 6,1	- 179,4	- 14,4	+ 16,1	+ 11,4	+ 13,1	+ 6,7
1985	+ 31,5	- 18,4	- 21,0	- 6,9	- 12,5	- 1,8	- 4,5	- 13,2	- 8,1	+ 15,4	+ 49,9	+ 42,3	+ 11,5
1985 1. Vj	+ 0,1	- 7,4	- 3,1	- 1,4	- 0,5	- 0,5	- 1,1	- 3,6	- 2,1	+ 1,0	+ 7,5	+ 6,7	+ 1,8
2. Vj	+ 17,6	+ 3,3	- 5,2	- 1,9	- 3,0	- 0,3	- 1,1	+ 0,6	- 1,5	+ 6,6	+ 14,3	+ 12,1	+ 1,9
3. Vj	+ 11,0	- 5,2	- 8,2	- 2,7	- 5,0	- 0,3	- 1,3	- 5,8	- 2,4	+ 7,6	+ 16,2	+ 13,1	+ 3,7
4. Vj	+ 2,8	- 9,2	- 4,5	- 0,9	- 3,9	- 0,7	- 1,0	- 4,4	- 2,0	+ 0,2	+ 12,0	+ 10,5	+ 4,1
1986 1. Vj	+ 19,5	+ 6,7	+ 2,9	- 0,6	- 2,5	+ 0,3	- 0,5	+ 1,5	- 0,5	+ 1,5	+ 12,8	+ 10,7	+ 4,0
2. Vj	+ 40,6	+ 20,0	+ 1,2	- 1,2	+ 1,0	+ 0,1	- 0,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 8,8	+ 20,6	+ 16,7	+ 4,9

1) Ergebnis der Wanderungsstatistik - 2) Einschl. Portugal und Spanien, seit 1 86 Mitglieder der EG - 3) Einschl. Ostgebiete des Deutschen Reiches - 4) Einschl. unbekanntes Ausland

**Zum Aufsatz: „Eheschließungen, Scheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern“
Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner**

Jahr	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweiz	Spanien	Skandinavische Staaten	Tschechoslowakei	Turkei	Verereinigte Staaten von Amerika	Iran	Ägypten
------	------------	--------------	-------------------------------	---------	-------------	-------------	------------	----------	---------	---------	------------------------	------------------	--------	----------------------------------	------	---------

Deutsche Frau mit Mann oberstehender Staatsangehörigkeit

1960	567	266	708	1 215	331	1 086	1 191	26	333	198	280	45	71	6 062	.	126
1965	826	815	637	2 468	532	1 244	1 941	38	331	562	263	26	471	5 289	358	163
1970	914	399	586	2 277	629	1 182	1 783	44	249	335	161	123	404	2 841	280	85
1975	785	427	654	2 559	1 288	968	1 722	76	232	507	127	99	605	2 235	310	138
1980	680	452	975	2 301	958	863	1 200	88	192	492	106	63	3 339	2 472	331	176
1981	667	387	1 031	2 185	988	805	1 230	98	229	413	103	55	3 982	2 180	390	218
1982	625	443	1 056	2 140	922	855	1 241	84	230	435	146	60	2 258	2 467	362	244
1983	649	414	1 118	2 197	908	828	1 240	119	207	408	147	46	1 748	2 687	321	204
1984	617	422	1 119	2 022	849	809	1 210	131	198	414	138	45	1 312	2 452	296	174
1985	588	379	1 093	1 976	803	746	1 146	105	238	413	129	69	1 315	2 567	263	147

Deutscher Mann mit Frau oberstehender Staatsangehörigkeit

1960	235	25	99	239	126	742	1 087	4	236	28	119	20	12	97	.	3
1965	522	337	186	473	457	1 462	1 865	22	351	575	376	20	55	154	18	2
1970	773	266	346	457	1 739	1 257	1 568	39	352	263	530	245	182	297	31	7
1975	755	309	390	531	2 014	937	1 424	133	336	336	534	100	359	391	57	8
1980	606	256	381	487	1 204	568	969	119	272	297	249	55	426	317	54	12
1981	550	258	334	546	1 142	560	1 028	131	261	333	250	77	527	361	66	9
1982	608	215	339	533	1 128	551	1 093	108	293	323	273	93	382	422	53	17
1983	577	214	373	561	1 088	546	1 171	145	271	334	265	66	338	400	53	15
1984	528	227	392	587	1 103	566	1 078	145	300	323	264	86	319	441	72	7
1985	550	210	333	576	1 040	523	1 019	147	269	336	232	60	323	422	63	13

Beide Ehepartner mit gemeinsamer oberstehender Staatsangehörigkeit

1960	3	33	2	70	65	37	85	—	9	44	4	2	—	522	.	—
1965	5	1 609	3	414	323	40	130	4	9	809	6	1	2	769	18	—
1970	28	2 415	15	622	1 363	67	150	53	10	645	9	245	170	853	37	—
1975	19	1 293	42	874	923	47	80	214	3	695	17	29	801	641	27	2
1980	20	782	44	953	516	34	61	166	7	239	6	26	2 417	331	46	4
1981	32	837	54	963	479	30	57	171	2	270	5	29	3 744	293	59	1
1982	16	653	54	896	315	27	57	173	6	212	9	25	2 550	319	68	2
1983	10	490	49	757	486	25	55	171	4	238	9	20	3 009	438	65	—
1984	19	345	40	741	511	24	49	184	6	187	7	26	3 616	442	60	3
1985	18	318	36	720	389	28	42	159	6	174	4	29	4 025	430	93	—

Ehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern, nichtehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Mutter

Jahr	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweiz	Spanien	Skandinavische Staaten	Tschechoslowakei	Türkei	Vereinigte Staaten von Amerika	Iran	Ägypten
------	------------	--------------	-------------------------------	---------	-------------	-------------	------------	----------	---------	---------	------------------------	------------------	--------	--------------------------------	------	---------

Ehelich und nichtehelich Lebendgeborene

Deutsche Mutter mit Vater oberstehender Staatsangehörigkeit

1960	231	148	182	726	251	756	714	15	151	97	86	20	44	412	—	68
1965	391	776	332	2 809	551	1 252	1 593	22	195	631	141	23	348	677	331	186
1970	502	657	320	2 682	558	1 117	1 663	42	158	504	97	53	476	564	308	130
1975	611	434	493	2 463	931	989	1 627	57	146	423	112	83	455	599	297	104
1980	684	505	928	3 199	1 149	1 002	1 526	83	178	608	114	41	1 022	1 191	333	130
1981	734	508	957	3 227	1 186	1 003	1 568	95	168	586	117	48	1 542	1 340	359	143
1982	664	541	1 076	3 080	1 093	944	1 546	122	185	574	154	41	1 729	1 474	389	155
1983	679	512	1 020	3 020	1 015	927	1 415	103	204	508	115	39	1 753	1 367	360	174
1984	629	517	1 072	2 961	979	900	1 291	122	160	511	136	39	1 612	1 328	307	142
1985	633	510	1 085	2 968	960	937	1 332	123	140	494	120	44	1 653	1 509	310	180

Deutscher Vater mit Mutter oberstehender Staatsangehörigkeit

1960	132	10	62	66	24	163	178	2	100	39	98	2	1	59	—	2
1965	228	118	118	236	83	543	547	7	224	300	355	3	22	107	4	2
1970	431	161	227	263	588	913	817	30	202	274	607	68	90	190	7	3
1975	843	307	478	524	1 542	1 245	1 337	97	375	416	858	247	203	324	43	6
1980	1 055	329	654	620	1 305	1 197	1 320	105	403	460	735	177	314	427	71	17
1981	1 112	327	595	683	1 274	1 206	1 304	180	381	485	661	148	351	457	70	27
1982	1 040	309	624	687	1 133	1 101	1 215	151	383	431	655	135	388	487	82	28
1983	971	271	579	675	1 019	1 033	1 209	177	352	461	557	142	360	454	71	22
1984	892	257	622	685	936	937	1 113	171	330	421	562	123	327	440	70	19
1985	919	264	569	701	917	899	1 091	186	319	473	464	110	338	505	67	19

Beide Elternteile mit gemeinsamer oberstehender Staatsangehörigkeit

1960	171	157	101	541	222	509	376	6	111	117	38	9	46	183	—	24
1965	182	6 759	123	5 487	697	500	490	99	114	4 390	58	5	1 714	249	112	44
1970	218	9 362	102	9 764	6 196	441	511	1 005	73	4 166	74	259	12 748	278	163	41
1975	204	10 557	263	10 518	13 389	402	520	2 987	54	3 925	128	93	43 498	319	187	88
1980	241	3 904	385	9 871	9 287	314	383	1 465	65	1 723	102	58	39 658	527	256	137
1981	274	3 639	426	9 819	8 484	340	360	1 347	59	1 465	93	56	39 628	545	260	122
1982	241	3 481	449	8 886	7 114	299	331	1 229	66	1 246	83	65	34 885	656	287	123
1983	199	2 872	402	7 325	5 472	266	293	941	50	973	65	62	29 071	681	260	99
1984	222	2 490	333	6 263	4 647	216	273	690	40	767	70	58	25 634	796	346	121
1985	212	2 255	368	5 677	4 139	235	232	567	52	707	71	60	25 171	978	436	110

Nichtehelich Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Mutter

1960	42	13	13	83	29	63	149	1	21	10	13	3	3	21	—	—
1965	60	591	21	248	193	95	220	6	22	369	45	5	117	37	4	1
1970	105	369	42	269	1 316	67	196	35	28	164	50	52	488	42	8	1
1975	103	207	57	322	1 369	58	196	95	16	113	51	12	960	52	4	1
1980	124	93	77	497	844	88	190	61	30	79	54	23	1 063	75	8	2
1981	175	92	129	527	739	88	199	79	31	86	56	20	1 046	98	4	2
1982	168	114	125	505	812	82	208	73	36	84	58	22	1 025	95	9	3
1983	152	118	143	455	675	79	207	80	28	102	57	25	860	116	8	5
1984	175	113	125	471	653	105	180	52	36	95	56	28	897	119	8	4
1985	173	101	120	491	589	96	209	68	28	100	52	33	839	154	12	4

Auf 1000 Lebendgeborene von Müttern mit obiger Staatsangehörigkeit insgesamt kamen nichtehelich Lebendgeborene

1975	83,9	18,6	66,6	28,1	83,0	33,0	92,4	29,4	34,3	24,8	46,5	32,1	21,5	71,6	16,3	9,6
1980	81,7	21,1	63,1	44,7	72,7	53,2	96,5	36,0	57,6	33,0	57,1	81,6	25,8	68,7	23,1	12,4
1981	105,2	22,2	100,8	47,2	69,4	52,0	102,3	47,2	62,8	39,9	64,9	81,3	25,4	84,0	11,7	12,5
1982	107,7	28,4	94,8	49,4	88,0	53,1	113,5	48,2	70,0	44,1	68,6	87,6	28,2	72,7	23,0	19,2
1983	107,5	35,3	113,5	53,0	92,1	54,6	116,5	63,2	61,3	60,8	77,8	101,6	28,3	88,5	23,1	37,0
1984	125,4	38,4	102,9	62,0	102,6	80,4	109,9	53,1	82,6	67,4	77,6	121,7	33,3	84,3	18,5	26,3
1985	124,7	37,3	101,8	70,1	101,7	74,9	130,1	77,3	66,4	71,9	83,3	150,7	31,7	90,3	22,9	28,8

Siehe auch Fachserie 1, Reihe 1

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)						Elektrotechnik ⁴⁾ Feinmechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau ³⁾	
Insgesamt										
1981 JD	20 846,7	219,6	487,0	8 485,2	611,5	339,0	358,6	718,9	2 515,6	1 670,4
1982 JD	20 470,4	218,1	482,6	8 198,4	606,3	332,4	338,6	674,9	2 471,9	1 609,0
1983 JD	20 172,8	218,6	483,0	7 960,4	594,9	326,9	327,6	653,5	2 414,2	1 549,4
1984 JD	20 179,1	222,9	479,6	7 869,2	594,3	332,3	321,3	636,3	2 361,0	1 551,3
1985 JD	20 412,3	223,2	476,6	8 004,2	604,4	342,5	311,1	640,3	2 429,9	1 622,9
1985 31. März	20 111,8	216,0	475,1	7 919,8	600,3	339,0	305,8	633,0	2 396,5	1 598,8
30. Juni	20 378,4	231,1	472,9	7 961,4	602,5	343,0	319,1	637,5	2 410,3	1 615,4
30. Sept.	20 806,6	236,3	481,9	8 147,6	611,8	348,0	320,8	651,5	2 478,0	1 657,9
31. Dez.	20 472,6	206,6	474,8	8 063,8	608,8	346,1	294,5	647,0	2 470,1	1 657,6
1986 31. März	20 407,8	210,8	475,3	8 077,8	609,7	348,2	296,4	647,9	2 478,0	1 675,7
30. Juni	20 730,1	231,3	471,5	8 154,7	611,3	355,8	313,2	651,5	2 502,0	1 694,1
Männlich	12 497,0	167,2	424,0	5 900,1	452,3	244,7	249,6	562,9	2 127,2	1 091,3
Weiblich	8 233,1	64,2	47,4	2 254,6	159,0	111,1	63,6	88,6	374,8	602,8
darunter ausländische Arbeitnehmer										
1981 JD	1 912,0	17,3	35,5	1 096,8	54,7	63,4	47,9	129,2	310,5	240,3
1982 JD	1 787,3	16,1	35,3	1 008,1	52,2	60,2	42,3	117,5	293,8	217,5
1983 JD	1 694,4	14,9	35,4	931,8	49,7	57,2	38,8	108,4	274,4	197,6
1984 JD	1 608,5	14,5	34,3	865,0	47,6	55,1	35,7	99,0	247,9	186,7
1985 JD	1 567,5	13,9	33,3	851,0	46,2	54,7	32,5	96,3	249,5	189,5
1985 31. März	1 555,3	13,6	33,0	848,4	46,2	54,6	32,2	95,5	247,8	188,6
30. Juni	1 583,9	15,4	33,0	854,7	46,3	55,2	33,6	96,5	250,3	190,1
30. Sept.	1 586,6	14,7	34,0	858,0	46,4	55,2	33,2	97,5	252,0	191,5
31. Dez.	1 536,0	11,1	33,2	843,4	45,7	54,4	30,2	96,4	249,3	190,1
1986 31. März	1 546,5	12,2	33,0	850,8	46,0	54,7	30,6	97,6	250,3	193,6
30. Juni	1 591,5	14,6	33,1	864,6	46,2	56,5	32,7	99,0	254,6	196,0
Männlich	1 103,6	11,9	32,3	630,9	35,8	40,3	28,1	88,8	224,4	107,4
Weiblich	488,0	2,6	0,8	233,7	10,4	16,2	4,6	10,2	30,2	88,7
Ausländerquote ⁶⁾	7,7	6,3	7,0	10,6	7,6	15,9	10,4	15,2	10,2	11,6

Jahr Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe		Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	
	Holz-, Papier- und Druck- gewerbe	Leder-, Textil- und Bekleidungs- gewerbe	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	zu- sammen	Bauhaupt- gewerbe		Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe	zu- sammen	Eisen- bahnen	Deutsche Bundes- post		Verkehr (ohne Eisenbahnen und Deutsche Bundespost)
Insgesamt												
1981 JD	841,4	697,9	731,7	1 661,1	1 199,8	461,3	2 910,0	1 011,4	163,7	229,1	618,5	771,6
1982 JD	801,6	643,0	720,6	1 569,1	1 117,1	452,0	2 850,3	993,0	158,5	223,8	610,6	782,0
1983 JD	776,6	604,5	712,8	1 542,3	1 091,2	451,1	2 788,5	969,7	149,3	219,4	601,0	791,7
1984 JD	772,1	592,5	708,1	1 529,5	1 072,9	456,6	2 781,4	961,0	140,4	212,1	608,5	800,8
1985 JD	763,7	582,4	707,0	1 441,1	992,8	448,3	2 785,1	973,4	135,3	212,0	626,1	813,4
1985 31. März	760,9	584,6	701,0	1 348,4	920,0	428,4	2 776,2	938,1	135,6	187,0 ⁵⁾	615,5	808,9
30. Juni	759,4	576,8	697,4	1 461,6	1 012,8	448,8	2 757,8	995,3	133,0	233,4	628,9	804,5
30. Sept.	771,4	585,7	722,6	1 516,6	1 041,9	474,8	2 812,7	996,3	135,8	220,3	640,2	823,3
31. Dez.	757,4	578,3	704,1	1 392,1	960,4	431,7	2 789,6	970,5	134,8	206,2	629,5	823,4
1986 31. März	751,3	575,3	695,2	1 284,2	870,8	413,4	2 754,0	980,2	132,9	213,9	633,3	826,0
30. Juni	759,9	568,9	697,9	1 441,4	999,1	442,3	2 743,4	994,8	131,4	211,9	651,5	822,9
Männlich	568,0	202,7	401,5	1 318,1	934,5	383,6	1 260,9	733,2	119,1	102,0	512,1	404,8
Weiblich	192,0	366,3	296,5	123,2	64,6	58,7	1 482,5	261,6	12,3	109,9	139,4	418,1
darunter ausländische Arbeitnehmer												
1981 JD	84,5	102,1	64,1	197,7	172,5	25,1	122,7	72,5	17,3	8,8	46,5	13,2
1982 JD	74,9	90,7	59,0	174,4	150,6	23,8	116,6	69,1	16,6	8,3	44,3	12,7
1983 JD	68,7	82,1	54,9	167,2	143,9	23,3	113,0	65,2	15,0	7,9	42,3	12,8
1984 JD	64,5	77,1	51,3	159,3	136,3	23,0	110,5	62,5	13,2	7,5	41,7	12,6
1985 JD	60,4	72,8	49,1	142,0	120,0	21,9	107,5	60,8	12,4	6,7	41,7	12,4
1985 31. März	61,1	73,6	48,7	134,0	113,0	20,9	107,4	60,2	12,5	6,6 ⁵⁾	41,2	12,4
30. Juni	60,6	73,0	49,2	145,6	123,2	22,4	107,9	62,7	12,3	8,2	42,3	12,4
30. Sept.	59,9	72,4	50,0	148,1	125,0	23,1	108,1	60,6	12,3	5,9	42,3	12,4
31. Dez.	58,7	71,1	47,5	134,1	113,7	20,4	105,7	58,7	12,2	5,3	41,2	12,4
1986 31. März	59,0	71,6	47,3	125,7	105,7	20,0	105,9	59,2	12,2	5,3	41,7	12,5
30. Juni	59,7	70,9	49,0	142,8	120,8	22,0	107,2	60,6	12,2	5,3	43,2	12,6
Männlich	45,6	33,6	26,8	140,5	119,4	21,0	65,9	51,7	11,5	3,8	36,4	5,3
Weiblich	14,0	37,2	22,2	2,3	1,4	1,0	41,3	8,9	0,7	1,5	6,7	7,3
Ausländerquote ⁶⁾	7,9	12,5	7,0	9,9	12,1	5,0	3,9	6,1	9,3	2,5	6,6	1,5

Fußnoten siehe folgende Seite

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen					
Insgesamt									
1981 JD	3 586,8	308,8	798,6	1 028,4	362,6	1 349,3	1 187,7	161,7	2,1
1982 JD	3 652,8	316,0	801,5	1 059,2	373,4	1 348,0	1 184,3	163,7	2,8
1983 JD	3 676,2	313,3	797,9	1 072,4	384,8	1 353,8	1 187,4	166,4	3,7
1984 JD	3 761,8	315,1	807,0	1 102,3	403,4	1 367,0	1 199,1	167,9	2,6
1985 JD	3 877,5	322,1	825,8	1 137,7	425,3	1 386,5	1 214,9	171,7	5,9
1985 31. März	3 830,0	317,9	822,7	1 130,8	422,2	1 370,3	1 199,9	170,4	6,9
30. Juni	3 874,7	316,9	824,0	1 135,0	424,6	1 386,3	1 216,6	169,8	8,2
30. Sept.	3 949,2	331,8	830,3	1 145,8	430,8	1 406,9	1 232,1	174,8	5,1
31. Dez.	3 917,1	324,4	840,1	1 155,9	434,1	1 397,9	1 223,4	174,5	2,6
1986 31. März	3 951,0	322,0	850,9	1 166,7	440,9	1 407,1	1 232,3	174,9	0,6
30. Juni	3 999,3	323,4	855,0	1 169,2	445,5	1 425,0	1 250,4	174,5	0,3
Männlich	1 376,2	65,8	336,8	223,5	152,7	759,7	693,4	66,3	0,2
Weiblich	2 623,1	257,6	518,2	945,8	292,8	665,3	557,0	108,3	0,1
darunter ausländische Arbeitnehmer									
1981 JD	295,8	36,3	42,8	70,0	13,4	46,8	44,7	2,0	0,3
1982 JD	295,0	39,8	42,4	68,5	13,5	46,1	44,2	1,9	0,3
1983 JD	292,0	40,0	42,3	66,9	14,5	47,1	45,2	1,9	0,4
1984 JD	287,2	39,4	41,8	64,9	15,5	46,9	45,1	1,8	0,3
1985 JD	283,8	39,1	41,6	63,2	16,1	46,2	44,4	1,8	0,7
1985 31. März	283,5	39,1	41,8	63,7	16,1	45,9	44,2	1,8	0,8
30. Juni	288,5	39,2	41,7	63,3	16,2	46,7	44,9	1,8	0,9
30. Sept.	287,5	39,6	41,5	62,9	16,2	46,4	44,6	1,8	0,6
31. Dez.	275,6	38,3	41,5	62,5	16,1	45,6	43,8	1,8	0,2
1986 31. März	248,7	39,0	42,2	62,9	16,4	46,1	44,3	1,8	0,1
30. Juni	292,5	39,8	42,4	62,9	16,7	46,8	45,0	1,8	0,0
Männlich	129,5	10,8	21,2	13,6	7,0	28,6	28,0	0,6	0,0
Weiblich	163,0	29,0	21,1	49,3	9,7	18,3	17,0	1,2	0,0
Ausländerquote ⁶⁾	7,3	12,3	5,0	5,4	3,7	3,3	3,6	1,0	10,7

1) Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind – 2) Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Berufszählung 1970 – 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung – 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 5) Aus meldetechnischen Gründen Untererfassung. – 6) Anteil der Ausländer an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Ver- arbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen										
		Bergbau	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Eisen- schaffende Industrie	NE-Metall- erzeugung und -halb- zeugwerke	Maschinen-	Straßen- fahrzeug- bau	Schiff-	Elektro- technik	Chemische Industrie	Textil- gewerbe	Bekler- dungs-
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1984 D	6 853,7	194,2	165,1	222,0	73,4	930,3	785,4	45,2	878,2	550,3	235,5	191,1
1985 3) D	6 943,1	212,6	156,5	216,6	76,1	950,2	808,9	44,1	922,6	557,0	231,4	188,4
1986 4) D	7 061,9	209,8	151,1	210,4	72,4	984,4	837,6	40,9	962,1	567,1	227,7	185,3
1985 4) Dez.	6 985,2	211,3	152,6	214,8	76,4	969,0	818,5	43,2	940,7	560,5	230,7	186,0
1986 Jan.	6 977,4	210,4	143,4	213,5	71,8	970,2	819,1	42,6	945,0	559,3	229,2	188,2
Febr.	6 992,2	210,7	139,9	214,2	71,9	973,2	824,8	42,5	948,3	562,5	229,7	188,6
März	7 013,9	210,2	144,5	213,9	72,0	976,5	829,0	42,5	952,8	564,0	229,4	188,0
April	7 016,8	209,8	150,6	212,7	71,9	976,9	828,4	42,2	954,4	562,5	228,5	186,5
Mai	7 021,3	209,5	153,2	211,9	72,1	976,8	831,1	41,6	955,1	562,6	227,7	185,1
Juni	7 043,9	208,7	154,1	210,7	72,4	980,1	837,1	40,8	959,3	564,6	227,2	184,1
Juli	7 096,3	208,6	155,7	210,3	73,5	986,3	849,9	40,2	965,7	570,5	226,1	183,5
Aug.	7 121,7	208,9	156,3	210,1	73,4	991,8	846,5	40,2	970,7	572,4	226,1	184,3
Sept.	7 149,5	212,3	156,1	210,5	73,1	998,7	847,4	40,3	974,5	574,2	227,8	185,5
Okt.	7 129,9	210,4	155,2	207,7	72,6	997,0	846,3	39,9	975,7	572,0	227,4	184,7
Nov.	7 113,7	209,6	154,0	206,4	72,4	995,2	847,1	39,3	974,6	571,4	228,0	183,4
Dez.	7 065,6	208,1	150,2	202,8	71,8	990,6	844,4	38,9	969,6	569,2	225,6	181,7
1987 Jan.	7 038,1	207,0	140,0	199,2	71,3	992,5	844,9	38,4	969,5	568,3	224,6	181,2
Umsatz insgesamt 1)												
Mill. DM												
1984 D	116 538,2	2 393,0	2 544,0	3 999,6	2 191,7	11 626,0	13 544,7	686,7	11 197,6	14 143,3	2 906,0	1 787,7
1985 3) D	124 712,8	2 979,1	2 397,0	4 341,9	2 189,1	13 096,4	15 375,6	611,8	12 642,4	14 845,1	3 064,1	1 839,0
1986 4) D	122 354,3	2 768,3	2 495,8	3 861,2	1 842,9	13 096,9	16 187,3	512,7	13 208,2	14 028,7	3 039,0	1 905,0
1985 4) Dez.	127 003,7	3 490,0	1 932,3	3 621,3	1 622,1	17 303,7	14 588,8	1 786,0	15 185,6	12 899,2	2 642,0	1 367,3
1986 Jan.	119 029,4	3 084,5	1 505,6	4 117,2	2 062,9	10 761,1	15 153,3	319,5	11 762,9	15 049,0	3 262,4	2 069,4
Febr.	118 008,1	2 966,7	1 231,1	4 007,6	1 923,7	11 344,3	16 254,0	291,7	12 141,7	14 209,3	3 144,3	2 201,7
März	120 872,3	2 881,2	1 768,3	4 212,5	1 834,3	12 673,6	16 301,2	205,4	12 866,1	14 164,7	3 127,6	2 195,7
April	132 279,3	2 853,4	2 695,2	4 450,2	2 085,5	13 712,1	19 421,2	471,8	13 408,0	15 256,1	3 315,6	1 797,4
Mai	114 975,8	2 527,0	2 649,0	3 888,5	1 770,3	11 573,3	15 290,7	844,1	11 699,7	13 589,6	2 713,7	1 189,9
Juni	125 025,7	2 375,6	2 925,6	4 076,2	1 933,1	13 963,4	16 775,2	617,2	13 541,4	14 207,5	2 977,4	1 351,0
Juli	121 608,2	2 415,9	3 116,7	3 734,8	1 877,9	13 623,7	15 072,5	629,8	12 842,7	13 961,2	3 071,6	2 084,3
Aug.	104 803,1	2 212,8	2 758,8	3 342,4	1 639,0	11 075,1	11 773,0	297,1	11 144,3	12 453,1	2 316,1	2 182,5
Sept.	129 463,2	2 434,9	3 148,9	3 981,9	1 881,5	13 897,5	16 582,2	597,3	15 234,5	14 313,2	3 362,0	2 673,4
Okt.	132 689,3	2 604,2	3 287,9	3 943,5	2 004,6	13 703,8	17 377,4	643,2	14 369,7	15 142,5	3 561,7	2 161,0
Nov.	123 913,2	2 667,2	2 725,0	3 479,0	1 668,1	13 193,3	17 605,2	624,6	14 217,6	13 560,2	3 034,8	1 560,5
Dez.	125 584,4	4 196,3	2 137,2	3 100,7	1 432,4	17 641,6	16 642,0	610,5	15 269,3	12 437,6	2 581,1	1 392,7
1987 Jan.	111 817,1	2 551,8	1 152,2	3 099,4	1 668,0	13 703,4	14 849,9	431,2	11 417,5	13 206,6	2 947,2	2 026,2
darunter Auslandsumsatz 2)												
Mill. DM												
1984 D	33 543,7	358,8	257,8	1 567,0	655,9	5 329,7	6 575,7	347,0	3 541,2	5 960,6	727,8	299,0
1985 3) D	37 032,2	377,8	271,1	1 692,8	665,7	5 759,2	7 655,9	306,8	4 082,0	6 391,0	813,7	332,6
1986 4) D	36 354,8	315,5	273,6	1 374,9	561,7	5 971,2	7 781,5	237,7	4 109,5	5 910,8	813,7	358,3
1985 4) Dez.	40 201,2	377,0	240,9	1 508,2	520,1	8 847,5	7 489,7	1 319,9	4 427,1	5 626,6	708,0	210,0
1986 Jan.	35 290,0	326,6	260,0	1 437,4	616,0	4 773,8	7 762,7	121,1	3 650,5	6 597,2	863,7	426,0
Febr.	35 846,0	332,7	252,5	1 385,5	586,9	5 110,5	8 166,0	90,3	4 009,7	6 149,4	868,2	467,0
März	36 750,8	316,8	256,0	1 475,4	568,0	5 947,0	7 914,3	68,9	4 304,5	6 153,5	862,6	455,2
April	40 278,2	342,4	300,4	1 536,8	629,5	6 305,6	9 363,4	140,8	4 290,2	6 793,2	905,3	280,6
Mai	33 706,2	345,1	276,4	1 325,0	540,1	5 198,2	7 314,9	263,0	3 611,0	5 809,7	741,1	154,8
Juni	38 040,1	279,2	309,5	1 438,7	581,1	6 287,9	7 986,9	392,6	4 378,7	6 025,3	830,3	232,8
Juli	35 706,7	255,8	276,8	1 319,4	600,2	6 176,6	7 100,3	380,5	4 073,6	5 795,5	865,1	463,6
Aug.	29 177,9	230,3	253,6	1 188,6	494,0	4 844,7	5 320,7	144,1	3 411,6	5 079,7	632,8	496,8
Sept.	38 121,7	286,9	283,4	1 448,2	569,6	6 237,1	7 679,4	312,2	4 696,2	5 870,6	861,9	541,0
Okt.	38 333,1	265,5	301,0	1 432,9	590,8	5 917,6	8 346,9	432,4	4 231,7	5 969,9	889,2	374,9
Nov.	37 044,1	256,9	273,1	1 279,2	513,3	6 049,7	8 998,4	379,8	4 185,1	5 385,1	755,3	208,8
Dez.	37 963,1	547,9	240,2	1 232,2	450,4	8 806,1	7 824,4	126,2	4 471,0	5 300,0	688,5	198,3
1987 Jan.	31 586,5	246,3	228,8	1 035,2	541,4	4 419,5	7 403,2	246,1	3 366,8	5 487,8	772,6	408,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt – Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Hepppt, E. „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 6/1979, S. 394 ff

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer – 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren – 3) Endgültige Ergebnisse – 4) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1980 = 100

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe									
		zu- sammen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- (oh. H.v Stahlrohren) werke	NE- Metall- halbzeug-	Eisen-, Stahl- und Temper- gießerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- rzeugung	Gummi- verar- beitung
1983	107,9	109,2	100,7	90,8	106,9	96,1	100,5	119,3	90,1	126,3	109,8
1984	118,2	120,8	103,0	103,2	115,4	101,6	109,9	132,5	92,7	149,7	113,6
1985	127,8	125,7	96,2	109,1	121,0	113,9	111,0	139,7	90,1	148,2	126,5
1986	127,2	118,9	97,9	98,0	113,9	109,8	105,6	131,4	92,0	149,6	130,8
1985	Nov.	129,8	121,0	86,8	103,3	115,1	116,1	111,9	134,4	93,9	139,7
	Dez.	122,1	110,3	71,5	99,8	102,4	97,5	93,2	124,9	76,6	107,3
1986	Jan.	131,2	128,2	59,6	117,0	138,3	124,4	111,2	146,1	85,7	127,8
	Febr.	130,3	118,7	53,4	106,1	116,6	117,0	115,2	133,3	82,3	127,4
	März	131,5	119,9	74,2	106,6	118,6	116,9	108,5	131,8	86,8	139,9
	April	139,1	131,9	107,6	112,2	128,2	130,2	120,0	143,7	101,7	141,9
	Mai	119,6	114,8	107,2	92,8	110,1	103,5	102,2	126,4	89,8	121,8
	Juni	128,2	121,8	115,7	101,9	114,3	113,1	110,1	133,1	95,8	132,9
	Juli	127,0	123,4	123,6	96,8	115,1	108,8	110,8	135,0	94,4	126,2
	Aug.	108,3	106,1	112,1	85,3	91,4	92,6	88,7	116,4	80,9	106,4
	Sept.	130,6	119,5	122,9	90,9	102,2	112,7	103,3	132,4	102,7	138,5
	Okt.	136,7	125,9	123,0	93,9	117,6	111,3	110,6	137,8	108,1	155,2
	Nov.	122,1	110,7	98,2	85,8	110,0	95,4	97,3	121,5	94,9	133,2
	Dez.	122,3	105,7	77,6	86,6	104,2	91,3	89,7	119,4	81,0	118,6

Jahr Monat	zu- sammen	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe									
		Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Hartung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug-	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst. von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen
1983	108,2	100,3	98,0	101,4	129,5	132,9	90,9	104,1	100,7	105,5	129,3
1984	119,3	108,7	99,2	113,3	138,8	142,6	108,6	116,5	111,6	113,8	156,5
1985	133,6	120,6	102,3	128,4	161,9	167,0	149,6	126,9	122,0	118,5	185,5
1986	135,2	125,6	109,8	128,3	167,9	173,2	93,4	129,4	125,9	123,6	167,0
1985	Nov.	138,9	125,8	120,0	128,1	173,7	179,6	86,3	131,8	134,2	213,2
	Dez.	138,5	106,7	97,5	134,3	153,0	158,2	262,0	140,3	119,5	237,6
1986	Jan.	138,0	139,6	94,5	133,2	182,6	189,2	43,1	128,3	128,4	152,5
	Febr.	140,8	133,5	89,5	132,1	189,1	196,3	50,3	134,7	133,8	182,8
	März	139,6	127,7	109,2	136,2	169,9	175,2	45,6	134,0	135,4	204,7
	April	145,9	137,2	110,2	138,2	182,5	188,3	197,8	136,5	133,5	166,1
	Mai	127,0	119,7	95,4	128,7	152,2	156,4	51,8	120,1	123,4	144,2
	Juni	138,3	128,4	97,6	135,1	181,1	187,4	32,1	128,3	123,2	169,5
	Juli	135,8	130,4	133,7	134,0	164,2	168,6	55,0	126,6	122,5	144,3
	Aug.	111,7	107,5	113,0	106,8	132,5	136,4	30,5	106,9	104,1	131,0
	Sept.	134,2	123,7	151,2	118,1	157,4	182,2	146,6	129,9	120,4	188,5
	Okt.	140,6	129,7	113,7	123,5	180,7	185,9	135,5	136,6	128,1	172,6
	Nov.	130,6	119,0	89,3	123,4	157,9	162,6	190,3	124,3	130,7	164,6
	Dez.	139,6	111,2	119,8	130,1	164,8	169,4	142,1	146,4	127,8	183,4

Jahr Monat	zu- sammen	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe									
		Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Vervielfäl- tigung	Her- stellung von Kunststoff- waren	Leder- erzeugung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe
1983	105,0	98,6	105,9	93,0	112,7	103,6	113,7	138,5	104,3	103,4	103,4
1984	111,4	106,9	109,1	95,1	119,5	112,0	125,7	155,2	98,0	107,3	112,0
1985	115,0	106,0	114,4	91,3	128,4	117,5	130,8	156,7	103,4	112,6	112,1
1986	118,6	108,8	119,2	96,5	132,4	123,9	138,4	153,3	102,5	109,7	115,6
1985	Nov.	118,3	106,2	118,8	98,8	128,7	124,3	133,4	189,4	111,8	91,2
	Dez.	95,7	78,4	113,3	77,5	110,9	119,8	112,1	140,2	50,1	60,0
1986	Jan.	117,3	120,9	131,0	103,1	141,4	120,5	138,7	178,3	68,8	85,3
	Febr.	119,8	109,8	113,5	97,7	130,2	114,7	133,4	167,1	83,3	144,7
	März	127,7	122,7	123,9	93,6	128,1	119,2	132,0	143,8	109,1	192,7
	April	132,0	120,5	123,0	104,2	143,7	126,9	150,9	167,4	189,2	129,4
	Mai	106,9	95,1	107,9	88,4	123,5	120,2	132,4	158,2	129,3	68,4
	Juni	110,3	101,3	114,8	96,1	136,8	122,1	145,4	161,6	59,3	61,0
	Juli	108,5	105,7	118,1	88,0	136,6	121,5	143,5	130,6	40,9	74,1
	Aug.	102,3	95,4	103,7	82,0	117,3	113,3	123,5	97,6	57,8	117,7
	Sept.	138,0	117,3	119,1	103,7	136,5	125,3	145,1	166,3	139,0	210,4
	Okt.	142,6	135,5	134,1	112,7	143,8	140,7	157,5	165,5	186,9	162,2
	Nov.	116,3	101,7	119,1	102,6	130,4	131,8	135,9	148,3	109,9	82,1
	Dez.	101,2	79,6	122,3	85,3	120,0	130,2	122,4	155,4	56,0	59,1

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe)

Index der Nettproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts- und Gasversorgung			Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe						Bauhauptgewerbe ¹⁾	
	insgesamt	ohne Bauhauptgewerbe	zusammen	Elektrizitätsversorgung	Gas-	zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe					
								zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitions- güter produzierendes Gewerbe	Verbrauchs- güter produzierendes Gewerbe		Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

kalendermonatlich

1984	98,7	99,6	105,5	110,0	87,3	99,3	90,0	99,6	97,9	102,3	94,1	101,1	89,5
1985	102,6	104,5	110,1	114,6	92,1	104,1	90,8	104,6	98,7	112,1	94,5	103,6	83,7
1986 ²⁾	104,8	106,6	109,2	113,9	90,6	106,5	86,4	107,2	98,1	117,1	96,5	105,0	87,1
1986 ²⁾ Jan.	98,2	103,1	132,8	134,9	124,2	101,2	101,9	101,2	96,5	105,7	95,0	103,8	50,1
Febr.	97,2	103,3	127,5	129,0	121,3	101,8	91,5	102,2	93,6	112,0	93,6	95,9	36,0
März	101,4	105,3	122,9	126,4	109,0	104,2	91,7	104,7	97,4	114,7	96,0	93,5	62,8
April	114,2	115,4	112,0	116,9	92,5	115,6	91,3	116,5	105,9	129,5	104,7	106,5	101,8
Mai	98,8	99,5	91,0	97,8	64,1	100,0	79,6	100,8	97,5	109,0	86,3	96,3	91,5
Juni	107,0	107,5	92,4	98,7	67,4	108,4	80,8	109,5	101,3	121,1	95,4	102,2	102,4
Juli	105,9	105,6	92,1	99,3	63,3	106,4	84,6	107,2	101,1	114,5	96,8	108,3	108,8
Aug.	91,2	91,1	87,0	93,4	61,7	91,3	81,4	91,7	91,5	93,9	80,2	100,7	92,5
Sept.	112,4	112,5	99,5	104,9	78,1	113,3	79,2	114,6	102,1	125,7	108,0	109,3	111,8
Okt.	119,9	120,3	111,9	117,8	88,3	120,9	89,4	122,1	106,4	133,4	113,8	127,3	115,8
Nov.	109,4	110,7	117,3	121,0	102,8	110,3	84,5	111,2	97,8	123,0	99,3	114,9	97,2
Dez.	102,3	105,1	124,0	126,4	114,5	104,0	81,4	104,8	86,5	122,8	88,3	101,4	73,9
1987 Jan.	92,1	98,0	140,1	140,5	138,6	95,5	98,4	95,4	89,8	99,6	91,9	97,1	33,2

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1984	98,6	99,6	105,5	110,0	87,3	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	89,2
1985	103,0	105,0	110,5	115,1	92,3	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	83,7
1986 ²⁾	105,3	107,1	109,8	114,4	91,2	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	87,0
1986 ²⁾ Jan.	95,6	100,4	130,7	132,9	121,8	98,5	99,9	98,5	94,3	102,8	92,1	100,7	47,3
Febr.	104,1	110,8	137,8	139,3	131,6	109,2	98,5	109,6	100,6	120,0	100,0	103,2	37,1
März	102,8	106,5	121,3	124,7	107,5	105,6	92,0	106,1	98,2	116,3	98,1	95,3	66,1
April	113,2	114,3	111,4	116,2	92,2	114,5	90,0	115,4	105,3	128,1	103,1	105,8	101,9
Mai	103,7	104,2	93,1	100,4	64,2	104,9	82,6	105,7	100,4	115,3	92,8	98,4	98,1
Juni	109,6	110,3	96,2	102,4	71,7	111,2	84,8	112,2	103,6	124,2	98,1	104,5	102,2
Juli	100,6	100,2	87,4	94,3	60,0	101,0	79,8	101,8	96,9	108,2	90,9	103,6	104,7
Aug.	90,1	90,0	85,2	91,5	59,9	90,3	80,3	90,6	90,1	92,7	79,7	100,0	91,5
Sept.	111,9	112,2	100,8	106,1	79,6	112,9	78,7	114,2	101,9	125,3	107,0	109,4	109,6
Okt.	114,8	115,2	108,2	113,8	85,9	115,6	86,2	116,7	102,4	127,4	108,2	121,9	110,9
Nov.	113,8	115,0	119,9	123,8	104,3	114,7	87,2	115,8	101,2	127,9	104,0	120,1	101,1
Dez.	103,2	106,2	125,3	127,8	115,3	105,0	82,1	105,9	86,9	124,3	89,8	101,2	73,8
1987 Jan.	91,5	97,4	138,3	138,7	136,6	94,9	97,5	94,8	89,0	99,3	91,6	96,0	33,2

Jahr Monat	Bauhauptgewerbe ¹⁾		Bergbau			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe							
	Hochbauleistungen	Tiefbauleistungen	darunter			Mineralölverarbeitung	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisenschaffende Industrie	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzweigwerke	Eisen-, Stahl- und Temperiererei	NE-Metallgießerei	Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik a.n.g.	Chemische Industrie
			Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau	Gewinnung von Erdöl, Erdgas								

kalendermonatlich

1984	88,8	90,3	85,4	96,0	94,6	80,7	86,1	89,7	108,8	84,3	105,8	89,2	108,7
1985	77,3	90,9	89,8	92,7	90,3	78,9	78,6	93,7	110,5	86,9	113,2	88,3	110,7
1986 ²⁾	79,6	95,5	88,2	87,1	83,4	77,5	80,6	86,3	114,0	85,9	123,2	91,0	109,7
1986 ²⁾ Jan.	51,6	48,4	97,4	102,9	112,0	74,7	48,1	90,9	115,7	91,5	132,3	85,3	113,1
Febr.	36,1	35,9	87,6	92,4	98,4	73,5	42,8	90,5	112,8	91,8	130,7	90,3	109,0
März	61,7	64,0	87,9	97,1	98,2	76,7	60,3	91,2	114,1	90,4	126,2	87,4	112,5
April	91,3	113,7	96,4	90,2	81,7	73,1	92,4	94,8	125,6	103,2	148,0	105,7	94,8
Mai	81,7	102,5	83,4	77,8	71,9	83,7	85,4	84,1	109,7	81,3	115,7	86,5	108,6
Juni	91,8	114,4	85,6	72,5	72,8	76,4	93,7	91,1	114,3	89,2	126,7	98,1	111,4
Juli	97,2	121,9	93,3	82,7	76,8	82,9	98,5	82,6	123,2	80,0	110,0	97,8	112,6
Aug.	82,3	103,9	86,6	76,8	72,6	82,5	86,8	79,1	105,3	60,9	85,9	78,3	101,2
Sept.	100,9	124,1	84,1	75,9	66,7	75,8	102,0	90,1	118,9	95,4	132,2	100,4	108,3
Okt.	104,6	128,5	90,5	92,9	91,7	72,5	105,8	89,3	127,0	98,3	144,5	107,8	115,1
Nov.	88,2	107,4	84,0	94,3	77,8	76,3	86,3	84,4	107,7	82,5	123,0	90,0	108,0
Dez.	67,8	80,7	81,8	90,2	80,4	81,5	65,0	67,0	93,9	65,8	103,5	64,2	99,2
1987 Jan.	35,4	30,7	83,4	98,2	129,0	77,7	36,5	74,2	109,2	78,1	131,0	80,0	106,5

von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

1984	88,6	90,0	85,5	95,9	94,9	80,7	85,9	89,7	108,7	84,3	105,8	89,3	108,8
1985	77,4	90,9	90,2	93,1	90,6	79,2	78,7	93,9	111,1	87,6	114,3	88,8	111,1
1986 ²⁾	79,6	95,4	88,8	87,5	83,7	77,6	80,7	86,6	114,7	86,6	124,1	91,5	110,1
1986 ²⁾ Jan.	49,0	45,4	94,6	102,1	110,7	74,3	46,1	89,2	111,7	88,8	130,3	82,7	110,3
Febr.	37,3	36,9	92,9	99,1	108,9	80,1	45,1	97,8	120,8	97,7	139,2	96,7	117,4
März	65,0	67,3	91,4	97,1	92,1	74,9	62,5	90,6	117,2	92,4	127,3	90,4	113,5
April	91,1	114,0	94,0	88,0	83,4	73,1	92,4	94,7	123,6	100,8	145,8	103,9	117,6
Mai	87,9	109,7	90,7	80,7	66,6	82,6	89,5	84,6	115,8	90,7	127,0	90,6	110,7
Juni	91,5	114,3	89,9	77,2	75,6	77,1	94,0	93,6	118,3	93,3	129,1	102,0	114,0
Juli	93,5	117,4	87,1	77,7	74,9	80,6	95,1	79,2	116,0	73,1	102,9	92,2	108,5
Aug.	81,7	102,5	84,5	75,6	73,5	81,0	85,7	77,9	104,5	60,7	83,5	77,9	99,7
Sept.	98,5	122,1	81,8	75,0	70,7	77,6	101,2	90,7	118,3	93,9	130,9	98,7	107,9
Okt.	100,2	123,0	85,5	90,2	91,2	70,7	101,6	86,2	120,3	93,2	138,3	102,8	111,0
Nov.	92,0	111,3	87,5	97,2	78,8	78,4	89,6	86,9	113,5	86,4	127,1	94,6	111,5
Dez.	67,2	81,3	85,1	90,0	77,5	80,9	65,3	67,6	96,0	68,5	107,6	65,3	99,3
1987 Jan.	35,5	30,7	83,0	97,6	127,2	77,6	36,5	73,1	108,6	78,6	131,3	79,2	104,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1

Darstellung nach der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979. Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Vormonatsvergleich eingeschränkt, da Ergebnisse ab Oktober bereits aufgrund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1986 berechnet sind. Der hieraus resultierende statistische Effekt beläuft sich auf etwa + 3,9 % beim Hochbau und + 1,0 % beim Tiefbau – 2) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen

Index der Nettproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				Investitionsgüter produzierendes Gewerbe									Ver- brauchs- güter produ- zierendes des Gewerbe
	Her- stellung, Ver- arbeitung und Ver- edlung von Flach- glas	Holzbe- arbeitung	Zell- stoff-, Holz- schliff-, Paper- und Pappeer- zeugung	Gummi- verar- beitung	Stahl- ver- formung; Ober- flächen vered- lung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall- bau, Schie- nen fahr- zeug- bau	Ma- schinen- bau	Straßen- fahr- zeug- bau, Repara- tur von Kraft- fahr- zeugen usw	Schiff- bau	Elektro- technik, Repara- tur von elek- trischen Geräten für den Haushalt	Fein- mecha- nik, Optik, Her- stellung von Uhren	Her- stellung von Eisen- blech- und Metall- waren	Herstel- lung von Büroma- schinen, Datenver- arbeitungs- geräten und -einrich- tungen	
kalendermonatlich														
1984	89,9	92,7	119,6	104,4	91,1	84,0	93,0	107,3	83,1	105,8	91,0	97,1	172,0	91,5
1985	95,7	89,5	120,1	111,3	97,0	81,6	99,1	119,0	86,7	118,0	99,3	101,7	213,5	91,0
1986 2)	101,6	90,5	123,6	113,6	99,5	82,1	104,3	124,9	72,9	123,8	103,1	106,3	220,9	89,2
1986 2) Jan.	99,9	86,0	123,5	117,1	103,9	64,0	85,6	128,2	79,4	110,6	94,8	103,2	164,9	86,8
Febr.	88,6	81,2	118,8	116,8	101,9	64,8	92,8	128,3	80,0	118,4	102,4	103,1	213,7	89,2
März	90,2	84,8	118,5	117,5	102,3	69,9	101,3	121,9	79,0	121,5	105,5	103,7	226,3	90,3
April	104,6	102,2	127,7	128,1	116,0	80,5	112,5	145,1	89,1	133,4	113,6	119,3	248,6	100,8
Mai	88,7	87,5	118,3	106,2	95,0	74,0	97,2	119,7	74,9	113,8	96,7	97,7	194,8	88,4
Juni	104,2	96,6	129,3	113,8	102,3	85,6	109,6	129,8	73,2	124,6	106,2	110,8	231,3	86,1
Juli	103,9	92,7	126,7	98,5	100,1	80,2	107,1	115,4	63,0	121,2	98,6	108,8	207,0	86,3
Aug.	87,1	75,3	120,9	93,2	84,7	72,8	86,8	91,3	61,4	102,4	81,2	86,3	169,9	79,4
Sept.	117,1	101,1	127,6	124,6	104,0	86,0	110,1	129,1	70,9	135,8	111,3	116,5	260,2	94,2
Okt.	134,5	106,6	133,9	113,6	111,3	100,3	112,7	143,6	76,0	144,8	116,0	124,1	256,1	99,5
Nov.	112,3	93,7	130,9	113,8	95,6	94,9	106,2	129,1	67,7	133,5	106,2	107,9	252,9	90,2
Dez.	87,6	78,0	106,6	101,8	76,5	111,8	129,2	116,9	59,7	125,8	104,8	94,1	225,6	78,6
1987 Jan.	95,6	75,6	131,2	108,5	95,3	59,0	78,2	122,2	63,2	106,7	90,5	96,9	156,8	81,7
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt														
1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4
1986 2)	102,1	91,0	124,0	114,1	100,2	82,1	104,7	125,7	73,3	124,5	103,6	107,0	221,6	89,6
1986 2) Jan.	98,4	83,1	121,1	114,1	100,7	63,1	82,7	125,0	78,2	107,6	92,4	100,0	161,6	84,5
Febr.	94,4	86,7	126,2	124,2	108,1	69,7	100,1	137,0	84,9	126,4	110,1	109,9	229,8	95,7
März	91,9	87,2	119,2	120,7	105,4	69,3	102,4	123,3	80,0	123,7	106,3	106,1	228,4	91,4
April	102,1	101,0	127,1	125,1	113,6	79,7	111,9	143,2	87,7	131,8	112,7	117,3	246,6	99,7
Mai	95,7	93,1	126,1	115,2	104,4	75,5	99,8	128,4	81,9	121,7	101,0	105,8	205,5	91,9
Juni	108,9	99,2	130,6	117,0	105,6	87,3	112,2	133,6	74,3	127,7	108,5	114,5	235,7	89,2
Juli	97,5	87,4	121,6	91,3	93,2	76,6	102,0	108,2	59,0	114,6	93,6	101,8	196,7	81,4
Aug.	86,1	74,8	116,7	93,3	83,0	72,1	86,4	89,2	60,5	100,7	80,3	85,3	170,6	78,6
Sept.	115,0	100,2	127,0	121,4	102,6	86,3	110,7	129,3	69,0	134,9	111,4	115,4	254,7	94,0
Okt.	130,2	101,5	128,4	125,2	104,8	96,9	107,5	136,9	72,5	138,1	111,0	117,7	248,5	95,0
Nov.	116,0	97,9	133,3	120,4	100,1	98,3	111,1	133,7	70,7	138,6	110,5	112,8	262,6	94,2
Dez.	88,4	79,3	110,6	101,2	80,8	110,8	129,2	120,9	60,7	128,1	105,5	97,0	218,7	79,7
1987 Jan.	95,7	75,5	129,0	108,1	95,1	58,6	77,9	122,1	63,0	105,9	90,1	96,6	157,6	81,0

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe		
	Her- stellung, Ver- arbeitung und Ver- edlung von Hohlglas	Holzver- arbeitung	Her- stellung von Musik- instru- menten ¹⁾	Papier- und Pappeer- arbeitung	Drucke- rei, Vervielfältigung	Her- stellung von Kunst- stoff- waren	Leder- er- zeugung	Leder- verarbeitung (ohne Her- stellung von Schuhen)	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Be- kleidungs- gewerbe	Er- nährungs- gewerbe	Tabak- ver- arbeitung
kalendermonatlich													
1984	101,1	80,7	93,1	102,8	98,7	111,2	115,5	76,6	88,9	91,7	82,4	101,8	99,4
1985	105,5	74,9	94,7	106,2	99,6	116,4	106,3	73,7	84,3	94,5	80,8	103,9	102,6
1986 2)	107,3	76,2	96,4	109,5	102,0	127,3	105,4	74,4	76,4	95,7	80,7	105,8	103,0
1986 2) Jan.	106,3	68,4	79,4	115,0	96,5	118,4	116,0	68,8	81,2	101,3	87,1	103,1	105,7
Febr.	98,0	72,8	79,2	106,2	93,0	115,0	113,5	75,2	79,6	98,9	88,0	93,0	103,4
März	105,5	75,5	88,8	104,3	99,8	115,9	106,9	75,5	79,3	98,9	90,4	93,6	93,4
April	111,8	84,5	101,5	117,9	106,2	135,3	123,9	78,4	77,9	108,5	84,3	106,5	106,6
Mai	104,6	68,4	83,1	97,1	94,5	115,5	95,8	57,9	61,4	86,6	58,7	99,9	86,7
Juni	108,5	77,1	96,4	109,5	99,6	127,3	110,7	69,2	61,5	97,5	69,3	103,1	99,9
Juli	115,7	75,0	97,8	111,6	98,9	125,9	95,6	71,7	66,0	91,8	87,6	105,8	114,8
Aug.	104,0	51,0	83,5	97,4	93,8	109,4	56,0	59,4	89,7	62,7	68,9	98,0	107,6
Sept.	109,5	88,3	114,8	116,8	105,6	134,7	110,6	88,7	101,6	107,4	100,3	107,7	113,7
Okt.	116,5	93,6	128,2	131,0	117,9	142,5	122,2	95,5	91,7	113,9	91,1	130,8	118,2
Nov.	109,5	83,4	108,5	109,1	108,5	124,4	110,8	84,9	72,3	97,7	75,8	119,9	101,5
Dez.	97,9	76,0	95,7	98,0	109,5	103,4	102,9	67,2	54,5	83,5	66,7	108,0	84,1
1987 Jan.	102,9	66,6	78,8	109,5	98,4	118,1	99,9	66,1	68,8	93,7	82,1	97,9	94,8
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt													
1984	100,7	80,8	93,1	102,9	98,5	111,2	115,6	76,7	88,8	91,8	82,4	101,8	99,3
1985	105,9	75,4	95,1	106,9	100,1	117,0	107,0	74,1	85,1	95,2	81,3	104,2	103,2
1986 2)	107,8	76,7	96,8	110,0	102,4	123,0	106,2	74,7	77,0	96,4	81,1	106,1	103,4
1986 2) Jan.	103,9	65,9	77,1	111,5	53,7	114,3	113,5	67,0	79,3	98,3	85,1	100,5	101,3
Febr.	104,2	77,6	84,2	113,4	99,7	123,1	120,7	80,2	84,6	105,5	94,1	99,9	111,9
März	106,1	77,8	90,9	107,8	101,1	118,9	108,2	77,3	82,1	101,6	91,4	95,2	95,7
April	111,4	83,0	99,7	115,7	105,3	133,5	121,7	76,5	75,3	106,6	83,1	105,5	106,7
Mai	113,0	75,0	90,6	103,2	98,7	123,1	107,3	63,7	68,1	94,0	65,3	102,6	87,6
Juni	110,4	79,5	99,1	113,1	101,5	131,3	115,3	72,6	63,4	100,4	70,7	105,8	101,0
Juli	110,5	69,7	91,9	104,9	93,8	118,3	88,1	66,5	60,7	85,8	82,8	101,1	110,2
Aug.	101,0	50,9	82,9	96,8	92,7	109,2	55,7	59,6	88,7	62,1	68,4	97,1	107,9
Sept.	108,5	87,5	113,3	115,2	105,8	133,3	107,4	86,3	100,9	106,1	99,1	107,3	114,8
Okt.	112,0	88,6	122,9	124,2	112,2	135,5	117,0	91,7	86,6	108,0	87,0	125,8	111,8
Nov.	111,3	87,6	113,1	115,4	113,3	130,6	114,2	88,7	77,1	102,4	79,1	124,8	108,0
Dez.	100,8	77,8	96,4	99,3	110,8	104,8	104,8	66,8	56,7	85,9	67,5	107,7	84,0
1987 Jan.	102,1	66,7	79,1	108,6	97,6	117,6	99,5	65,6	69,7	93,2	81,8	97,0	93,5

1) Einschl. Spielwaren, Schmuck, Fullhalter, Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen, Foto- und Filmlabors – 2) 1986 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen

Unternehmen und Arbeitsstätten

Zum Aufsatz: „Insolvenzen“

Konkurs- und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen 1986

Wirtschaftsgliederung	Beantragte Konkursverfahren				Eröffnete Vergleichsverfahren	Insolvenzen ¹⁾			
	Eröffnete Verfahren	mangels Masse abgelehnte Konkursanträge	zusammen	darunter: Abschlußkonkurse		insgesamt	dagegen: Vorjahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%
Unternehmen und Freie Berufe zusammen	3 190	10 266	13 456	31	75	13 500	13 625	- 0,9	
dar. Handwerk ²⁾	580	1 553	2 133	4	19	2 148	2 112	+ 1,7	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	28	196	224	1	-	223	225	- 0,9	
Landwirtschaft	16	46	62	-	-	62	60	+ 3,3	
gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung	11	115	126	1	-	125	130	- 3,8	
Forstwirtschaft	1	31	32	-	-	32	31	+ 3,2	
Fischerei, Fischzucht	-	4	4	-	-	4	4	-	
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1	1	2	-	-	2	4	- 50,0	
Verarbeitendes Gewerbe	739	1 393	2 132	7	23	2 148	2 306	- 6,9	
Chemische Industrie usw., Mineralölverarbeitung	9	32	41	-	1	42	38	+ 10,5	
dar. Chemische Industrie	8	32	40	-	1	41	36	+ 13,9	
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	37	72	109	-	-	109	95	+ 14,7	
dar. Herstellung von Kunststoffwaren	34	68	102	-	-	102	91	+ 12,1	
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	56	61	117	1	-	116	139	- 16,5	
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Schleifmittel)	40	40	80	1	-	79	96	- 17,7	
Feinkeramik, Herstellung von Schleifmitteln	6	8	14	-	-	14	24	- 41,7	
Herstellung und Verarbeitung von Glas	10	13	23	-	-	23	19	+ 21,1	
Metallerzeugung und -bearbeitung	51	129	180	-	1	181	211	- 14,2	
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen	175	343	518	-	6	524	557	- 5,9	
Stahl- und Leichtmetallbau	57	89	146	-	1	147	147	-	
Maschinenbau	71	115	186	-	3	189	230	- 17,8	
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen usw.	5	13	18	-	1	19	18	+ 5,6	
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	31	117	148	-	1	149	144	+ 3,5	
Fahrzeugbau (ohne Straßenfahrzeugbau)	11	9	20	-	-	20	18	+ 11,1	
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw.	112	196	308	2	1	307	319	- 3,8	
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	58	93	151	-	-	151	163	- 7,4	
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	15	38	53	-	-	53	51	+ 3,9	
Herstellung von EBM-Waren	28	40	68	1	1	68	80	- 15,0	
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	11	25	36	1	-	35	25	+ 40,0	
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	152	276	428	1	4	431	506	- 14,8	
Holzbearbeitung	11	21	32	-	-	32	42	- 23,8	
Holzverarbeitung	99	163	262	-	3	265	317	- 16,4	
Druckerei, Vervielfältigung	35	76	111	1	1	111	120	- 7,5	
Leder-, Textil-, und Bekleidungsindustrie	109	177	286	2	7	291	254	+ 14,6	
Textilgewerbe	32	31	63	1	4	66	62	+ 6,5	
Bekleidungsindustrie	59	122	181	1	2	182	146	+ 24,7	
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	38	107	145	1	3	147	187	- 21,4	
Baugewerbe	661	2 346	3 007	5	6	3 008	3 228	- 6,8	
Bauhauptgewerbe	453	1 575	2 028	4	5	2 029	2 256	- 10,1	
Hoch- und Tiefbau	377	1 112	1 489	2	3	1 490	1 657	- 10,1	
Spezialbau	21	165	186	2	2	186	236	- 21,2	
Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	21	115	136	-	-	136	151	- 9,9	
Zimmererei, Dachdeckerei	34	183	217	-	-	217	212	+ 2,4	
Ausbaugewerbe	208	771	979	1	1	979	972	+ 0,7	
Handel	849	2 680	3 529	8	26	3 547	3 370	+ 5,3	
Großhandel	419	1 000	1 419	3	13	1 429	1 382	+ 3,4	
mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial, Reststoffen	112	283	395	-	2	397	413	- 3,9	
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	52	90	142	2	2	142	139	+ 2,2	
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	45	109	154	-	1	155	156	- 0,6	
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	51	136	187	1	5	191	199	- 4,0	
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	65	135	200	-	2	202	216	- 6,5	
Übriger Großhandel	94	247	341	-	1	342	259	+ 32,0	
Handelsvermittlung	10	64	74	-	1	75	64	+ 17,2	
Einzelhandel	420	1 616	2 036	5	12	2 043	1 924	+ 6,2	
mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	34	162	196	-	-	196	177	+ 10,7	
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	99	352	451	4	7	454	397	+ 14,4	
Einrichtungsgegenständen, elektrotechnischen Erzeugnissen usw.	100	394	494	-	-	494	525	- 5,9	
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	50	187	237	-	3	240	270	- 11,1	
Übriger Einzelhandel	137	521	658	1	2	659	555	+ 18,7	
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	82	452	534	1	2	535	589	- 9,2	
Verkehr, Nachrichtenübermittlung (ohne Spedition usw.)	44	243	287	-	1	288	308	- 6,5	
Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung	38	209	247	1	1	247	281	- 12,1	
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	20	71	91	-	-	91	68	+ 33,8	
dar. Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten	20	71	91	-	-	91	63	+ 44,4	
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	810	3 127	3 937	9	18	3 946	3 835	+ 2,9	
Gastgewerbe	66	825	891	1	-	890	918	- 3,1	
Wäscherei, Körperpflege u. a. persönliche Dienstleistungen	20	201	221	-	1	222	185	+ 20,0	
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	17	72	89	-	-	89	82	+ 8,5	
Verlagsindustrie	26	84	110	-	1	111	82	+ 35,4	
Dienstleistungen für Unternehmen	213	784	997	3	4	998	888	+ 12,4	
Übrige Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	468	1 161	1 629	5	12	1 636	1 680	- 2,6	
dar.: Wohnungsunternehmen	54	121	175	1	1	175	167	+ 4,8	
Grundstücks- und Wohnungsverwaltung u. ä.	168	463	631	3	4	632	514	+ 23,0	
Übrige Gemeinschuldner ³⁾	908	4 429	5 337	2	7	5 342	5 251	+ 1,7	
Insgesamt	4 098	14 695	18 793	33	82	18 842	18 876	- 0,2	

1) Ohne Anschlußkonkurse - 2) In die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen - 3) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse, Organisationen ohne Erwerbscharakter

Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

Zum Aufsatz: „Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)“

Warenverkehr nach Warengruppen Lieferungen des Bundesgebietes

Nr. der Systematik 1)	Warenbenennung	1986	1985	Veränderung		1985	1984	Veränderung		
		1 000 DM		%		1 000 DM		%		
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
01	Pflanzliche Erzeugnisse der Landwirtschaft und der gewerblichen Gärtnerei	30 531	63 225	-	32 694	- 51,7	63 225	28 132	+ 35 093	+ 124,7
02	Lebende Tiere und tierische Erzeugnisse usw	1 001	690	+	311	+ 45,1	690	1 788	- 1 098	- 61,4
05	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	5 612	4 979	+	633	+ 12,7	4 979	5 881	- 902	- 15,3
07	Fischereierzeugnisse	927	927	-	-	-	927	2 751	- 1 824	- 66,3
	Zusammen	38 071	69 821	-	31 750	- 45,5	69 821	38 552	+ 31 269	+ 81,1
Bergbauliche Erzeugnisse und Energie										
10	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser?)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Bergbauliche Erzeugnisse	543 683	1 121 593	-	577 910	- 51,5	1 121 593	717 359	+ 404 234	+ 56,4
	Zusammen	543 683	1 121 593	-	577 910	- 51,5	1 121 593	717 359	+ 404 234	+ 56,4
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes										
22	Mineralerzeugnisse	38 253	102 756	-	64 503	- 62,8	102 756	31 454	+ 71 302	+ 226,7
24	Spalt- und Brutstoffe	1 018	1 127	-	109	- 9,7	1 127	959	+ 168	+ 17,5
25	Steine und Erden	39 448	33 447	+	6 001	+ 17,9	33 447	45 673	- 12 226	- 26,8
27	Eisen und Stahl	767 647	778 536	-	10 889	- 1,4	778 536	725 977	+ 52 559	+ 7,2
28	NE-Metalle und -Metallhalbzeug	604 887	736 131	-	131 244	- 17,8	736 131	693 608	+ 42 523	+ 6,1
29	Gießereierzeugnisse	18 167	18 869	-	702	- 3,7	18 869	8 559	+ 10 310	+ 120,5
30 1	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	108 546	125 727	-	17 181	- 13,7	125 727	76 986	+ 48 741	+ 63,3
40	Chemische Erzeugnisse	1 211 438	1 436 162	-	224 724	- 15,6	1 436 162	1 348 047	+ 88 115	+ 6,5
53	Schnittholz und anderes bearbeitetes Holz	58 121	51 431	+	6 690	+ 13,0	51 431	26 936	+ 24 495	+ 90,9
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	68 501	76 306	-	7 805	- 10,2	76 306	59 566	+ 16 740	+ 28,1
59	Gummiwaren	44 801	42 073	+	2 728	+ 6,5	42 073	27 928	+ 14 145	+ 50,6
	Zusammen	2 960 827	3 402 565	-	441 738	- 13,0	3 402 565	3 045 693	+ 356 872	+ 11,7
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes										
30 2	Erzeugnisse der Stahlverformung	27 499	8 247	+	19 252	+ 233,4	8 247	5 393	+ 2 854	+ 52,9
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	150 206	152 873	-	2 667	- 1,7	152 873	59 060	+ 93 813	+ 158,8
32	Maschinenbauerzeugnisse usw	1 284 183	697 822	+	586 361	+ 84,0	697 822	635 069	+ 62 753	+ 9,9
33	Straßenfahrzeuge	88 276	90 604	-	2 328	- 2,6	90 604	79 762	+ 10 842	+ 13,6
34	Wasserfahrzeuge	137	168 247	-	168 110	- 99,9	168 247	251	+ 167 996	+ X
35	Luft- und Raumfahrzeuge	113	-	+	113	+ X	-	5	- 5	- 100,0
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	356 206	237 485	+	118 721	+ 50,0	237 485	146 880	+ 90 605	+ 61,7
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	60 006	37 754	+	22 252	+ 58,9	37 754	28 968	+ 8 786	+ 30,3
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	92 632	77 129	+	15 503	+ 20,1	77 129	65 121	+ 12 008	+ 18,4
50	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte usw	57 057	15 013	+	42 044	+ 280,1	15 013	16 456	- 1 443	- 8,8
70	Fertigteilebauten im Hochbau	44	508	-	464	- 91,3	508	65	+ 443	+ 681,5
	Zusammen	2 116 359	1 485 682	+	630 677	+ 42,5	1 485 682	1 037 030	+ 448 652	+ 43,3
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes										
39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte usw	25 906	21 193	+	4 713	+ 22,2	21 193	15 456	+ 5 737	+ 37,1
51	Feinkeramische Erzeugnisse	8 476	5 532	+	2 944	+ 53,2	5 532	7 523	- 1 991	- 26,5
52	Glas und Glaswaren	18 137	16 613	+	1 524	+ 9,2	16 613	15 037	+ 1 576	+ 10,5
54	Holzwaren	22 470	17 684	+	4 786	+ 27,1	17 684	14 054	+ 3 630	+ 25,8
56	Papier- und Pappwaren	34 261	26 841	+	7 420	+ 27,6	26 841	14 246	+ 12 595	+ 88,4
57	Druckereierzeugnisse	42 233	42 277	-	44	- 0,1	42 277	45 258	- 2 981	- 6,6
58	Kunststoff erzeugnisse	83 253	68 905	+	14 348	+ 20,8	68 905	59 648	+ 9 257	+ 15,5
61	Leder	45 670	45 526	+	144	+ 0,3	45 526	51 754	- 6 228	- 12,0
62	Lederwaren und Schuhe	203 804	132 207	+	71 597	+ 54,2	132 207	49 161	+ 83 046	+ 168,9
63	Textilien	348 519	301 043	+	47 476	+ 15,8	301 043	247 225	+ 53 818	+ 21,8
64	Bekleidung	112 215	83 480	+	28 735	+ 34,4	83 480	19 813	+ 63 667	+ 321,3
	Zusammen	944 944	761 301	+	183 643	+ 24,1	761 301	539 175	+ 222 126	+ 41,2
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes										
68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	721 205	952 774	-	231 569	- 24,3	952 774	927 206	+ 25 568	+ 2,8
69	Tabakwaren	22 442	24 320	-	1 878	- 7,7	24 320	23 551	+ 769	+ 3,3
	Zusammen	743 647	977 094	-	233 447	- 23,9	977 094	950 757	+ 26 337	+ 2,8
90	Sonstige Waren mit Handelswert	106 681	82 943	+	23 738	+ 28,6	82 943	79 546	+ 3 397	+ 4,3
95	Sonstige Waren ohne Handelswert	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	7 454 212	7 900 999	-	446 787	- 5,7	7 900 999	6 408 112	+ 1 492 887	+ 23,3

1) Nach dem „Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken – Ausgabe 1982“ – 2) Wegen abweichender Erfassungstechnik vorläufig keine Veröffentlichung

Warenverkehr nach Warengruppen Bezüge des Bundesgebietes

Nr. der Systematik ¹⁾	Warenbenennung	1986	1985	Veränderung		1985	1984	Veränderung					
		1 000 DM		%		1 000 DM		%					
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei													
01	Pflanzliche Erzeugnisse der Landwirtschaft und der gewerblichen Gärtnerei	181 205	183 537	-	2 332	-	1,3	183 537	200 802	-	17 265	-	8,6
02	Lebende Tiere und tierische Erzeugnisse usw.	180 333	256 708	-	76 375	-	29,8	256 708	250 913	+	5 795	+	2,3
05	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	20 825	20 585	+	240	+	1,2	20 585	24 637	-	4 052	-	16,4
07	Fischereierzeugnisse	2 464	6 893	-	4 429	-	64,3	6 893	6 359	+	534	+	8,4
	Zusammen	384 827	467 723	-	82 896	-	17,7	467 723	482 711	-	14 988	-	3,1
Bergbauliche Erzeugnisse und Energie													
10	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Bergbauliche Erzeugnisse	175 965	215 563	-	39 598	-	18,4	215 563	248 764	-	33 201	-	13,3
	Zusammen	175 965	215 563	-	39 598	-	18,4	215 563	248 764	-	33 201	-	13,3
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes													
22	Mineralölzeugnisse	880 267	1 686 611	-	806 344	-	47,8	1 686 611	1 753 074	-	66 463	-	3,8
24	Spalt- und Brutstoffe	2 150	2 502	-	352	-	14,1	2 502	2 476	+	26	+	1,1
25	Steine und Erden	145 484	135 094	+	10 390	+	7,7	135 094	139 391	-	4 297	-	3,1
27	Eisen und Stahl	493 353	431 599	+	61 754	+	14,3	431 599	377 565	+	54 034	+	14,3
28	NE-Metalle und -Metallhalzeug	383 018	407 353	-	24 335	-	6,0	407 353	423 690	-	16 337	-	3,9
29	Gießereierzeugnisse	35 196	36 826	-	1 630	-	4,4	36 826	32 127	+	4 699	+	14,6
30	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	55 991	63 588	-	7 597	-	11,9	63 588	48 086	+	15 502	+	32,2
40	Chemische Erzeugnisse	755 354	864 745	-	109 391	-	12,7	864 745	925 893	-	61 148	-	6,6
53	Schnittholz und anderes bearbeitetes Holz	95 226	92 494	+	2 732	+	3,0	92 494	84 389	+	8 105	+	9,6
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	97 725	109 732	-	12 007	-	10,9	109 732	103 855	+	5 877	+	5,7
59	Gummiwaren	42 301	49 580	-	7 279	-	14,7	49 580	45 837	+	3 743	+	8,2
	Zusammen	2 986 065	3 880 124	-	894 059	-	23,0	3 880 124	3 936 383	-	56 259	-	1,4
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes													
302	Erzeugnisse der Stahlverformung	41 171	36 208	+	4 963	+	13,7	36 208	37 442	-	1 234	-	3,3
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	57 870	51 785	+	6 085	+	11,8	51 785	59 512	-	7 727	-	13,0
32	Maschinenbauerzeugnisse usw.	267 900	220 337	+	47 563	+	21,6	220 337	190 687	+	29 650	+	15,5
33	Straßenfahrzeuge	37 245	32 258	+	4 987	+	15,5	32 258	28 747	+	3 511	+	12,2
34	Wasserfahrzeuge	1 455	1 571	-	116	-	7,4	1 571	1 526	+	45	+	2,9
35	Luft- und Raumfahrzeuge	51	47	+	4	+	8,5	47	67	-	20	-	29,9
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	366 756	323 486	+	43 270	+	13,4	323 486	337 293	-	13 807	-	4,1
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	58 857	51 679	+	7 178	+	13,9	51 679	49 939	+	1 740	+	3,5
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	148 737	147 232	+	1 505	+	1,0	147 232	150 027	-	2 795	-	1,9
50	Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte usw.	22 176	15 885	+	6 291	+	39,6	15 885	18 887	-	3 002	-	15,9
70	Fertigteilmotoren im Hochbau	3 821	2 481	+	1 340	+	54,0	2 481	3 409	-	928	-	27,2
	Zusammen	1 006 039	882 969	+	123 070	+	13,9	882 969	877 536	+	5 433	+	0,6
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes													
39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte usw.	90 546	87 963	+	2 583	+	2,9	87 963	86 077	+	1 886	+	2,2
51	Feinkeramische Erzeugnisse	79 644	68 003	+	11 641	+	17,1	68 003	77 179	-	9 176	-	11,9
52	Glas und Glaswaren	115 839	108 127	+	7 712	+	7,1	108 127	109 811	-	1 684	-	1,5
54	Holzwaren	348 555	339 466	+	9 089	+	2,7	339 466	363 627	-	24 161	-	6,6
56	Papier- und Pappwaren	64 838	51 184	+	13 654	+	26,7	51 184	51 149	+	35	+	0,1
57	Druckereierzeugnisse	38 263	37 179	+	1 084	+	2,9	37 179	33 601	+	3 578	+	10,6
58	Kunststoffzeugnisse	89 309	92 691	-	3 382	-	3,6	92 691	87 897	+	4 794	+	5,5
61	Leder	8 197	8 137	+	60	+	0,7	8 137	6 628	+	1 509	+	22,8
62	Lederwaren und Schuhe	59 413	57 670	+	1 743	+	3,0	57 670	59 963	-	2 293	-	3,8
63	Textilien	534 387	551 312	-	16 925	-	3,1	551 312	518 651	+	32 661	+	6,3
64	Bekleidung	522 910	496 486	+	26 424	+	5,3	496 486	505 724	-	9 238	-	1,8
	Zusammen	1 951 901	1 898 218	+	53 683	+	2,8	1 898 218	1 900 307	-	2 089	-	0,1
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes													
68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	256 196	249 706	+	6 490	+	2,6	249 706	251 733	-	2 027	-	0,8
69	Tabakwaren	13 928	9 234	+	4 694	+	50,8	9 234	7 373	+	1 861	+	25,2
	Zusammen	270 124	258 940	+	11 184	+	4,3	258 940	259 106	-	166	-	0,1
90	Sonstige Waren mit Handelswert	55 791	32 242	+	23 549	+	73,0	32 242	39 383	-	7 141	-	18,1
95	Sonstige Waren ohne Handelswert	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	6 830 712	7 635 779	-	805 067	-	10,5	7 635 779	7 744 190	-	108 411	-	1,4

1) Nach dem „Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken – Ausgabe 1982“ – 2) Wegen abweichender Erfassungstechnik vorläufig keine Veröffentlichung

Außenhandel

Zum Aufsatz: „Außenhandel nach Waren“

Einfuhr (Spezialhandel) nach Gütergruppen bzw. -zweigen des Systematischen Verzeichnisses für Produktionsstatistiken¹⁾

Warenbenennung	Tatsächliche Werte					Index des Volumens			Index der Durchschnittswerte		
	1986	1985	Anteil an der Gesamteinfuhr		1986 gegenüber 1985	1986	1985	1986 gegenüber 1985	1986	1985	1986 gegenüber 1985
			1986	1985							
	Mill. DM	%				1980 = 100	%	1980 = 100	%		
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32 114	35 221	7,8	7,6	- 8,8	110,3	108,8	+ 1,4	105,9	117,8	- 10,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	26 952	28 543	6,5	6,2	- 5,6	127,4	122,4	+ 4,1	102,6	113,1	- 9,3
Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	1 323	1 367	0,3	0,3	- 3,2	120,1	106,3	+ 13,0	119,5	139,5	- 14,3
Bergbauliche Erzeugnisse	34 181	65 232	8,3	14,1	- 47,6	73,3	73,7	- 0,5	76,9	146,0	- 47,3
Kohle, Briquettes, Koks, Rohteer und -benzol	1 534	1 908	0,4	0,4	- 19,6	101,0	100,4	+ 0,6	113,2	141,8	- 20,2
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	27 834	57 288	6,7	12,4	- 51,4	70,5	70,6	- 0,1	73,1	150,4	- 51,4
Eisenerze	2 756	3 282	0,7	0,7	- 16,0	87,8	95,2	- 7,8	125,1	137,5	- 9,0
NE-Metallerze und Schwefelkies	1 710	2 284	0,4	0,5	- 25,1	106,1	104,2	+ 1,8	68,1	92,5	- 26,4
Kalialsalze und Rohphosphate	174	280	0,0	0,1	- 37,8	58,1	75,2	- 22,7	99,6	123,7	- 19,5
Stein-, Hutten- und Salinensalz, Sole	50	51	0,0	0,0	- 3,3	117,1	122,6	- 4,5	121,5	120,0	+ 1,3
Flußspat, Schwerspat, Graphit, sonstige bergbauliche u.a. Erzeugnisse	110	126	0,0	0,0	- 12,8	97,1	102,1	- 4,9	118,6	129,5	- 8,4
Torf	13	13	0,0	0,0	+ 2,5	112,2	113,3	- 1,0	68,6	66,2	+ 3,6
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	112 332	133 464	27,1	28,8	- 15,8	126,9	118,7	+ 6,9	94,6	120,1	- 21,2
Spalt- und Brutstoffe	2 236	2 917	0,5	0,6	- 23,3	170,8	184,6	- 7,5	102,2	123,3	- 17,1
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	4 159	4 186	1,0	0,9	- 0,2	92,7	90,3	+ 2,7	121,1	124,4	- 2,7
Eisen und Stahl ²⁾	13 552	14 507	3,3	3,1	- 6,6	112,8	110,8	+ 1,8	107,7	117,4	- 8,3
Eisen-, Stahl- und Temperguß	546	559	0,1	0,1	- 2,3	105,4	111,8	- 5,7	123,1	118,9	+ 3,5
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	1 958	1 860	0,5	0,4	+ 5,3	137,3	125,2	+ 9,7	108,5	113,1	- 4,1
NE-Metalle und -Metallhalbzeug ²⁾	15 014	17 839	3,6	3,8	- 15,8	110,9	103,5	+ 7,1	83,7	106,6	- 21,5
NE-Metallformguß (einschl. Edelmetallformguß)	121	122	0,0	0,0	- 0,4	113,2	114,9	- 1,5	114,5	113,2	+ 1,1
Mineralerzeugnisse	16 672	30 166	4,0	6,5	- 44,7	142,6	126,7	+ 12,5	62,5	127,2	- 50,9
Chemische Erzeugnisse	40 158	43 773	9,7	9,4	- 8,3	140,7	134,1	+ 4,9	107,1	122,4	- 12,5
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	3 394	3 202	0,8	0,7	+ 6,0	86,4	76,0	+ 13,7	98,0	105,2	- 6,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10 059	10 229	2,4	2,2	- 1,7	124,9	115,3	+ 8,3	114,7	126,3	- 9,2
Gummiwaren	4 460	4 126	1,1	0,9	+ 8,1	125,9	114,0	+ 10,4	116,4	118,8	- 2,0
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	129 805	125 681	31,4	27,1	+ 3,3	136,8	127,6	+ 7,2	121,2	125,8	- 3,7
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	1 328	1 212	0,3	0,3	+ 9,5	93,2	84,0	+ 11,0	120,1	121,6	- 1,2
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	23 602	22 062	5,7	4,8	+ 7,0	116,3	106,4	+ 9,3	123,6	126,2	- 2,1
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	29 377	24 629	7,1	5,3	+ 19,3	137,6	118,1	+ 16,5	133,4	130,3	+ 2,4
Wasserfahrzeuge	386	944	0,1	0,2	- 59,1	77,2	176,5	- 56,3	120,2	128,8	- 6,7
Luft- und Raumfahrzeuge ⁴⁾	9 334	12 120	2,3	2,6	- 23,0	127,3	162,6	- 21,7	119,0	120,9	- 1,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	35 616	34 596	8,6	7,5	+ 2,9	142,2	132,1	+ 7,6	119,6	125,1	- 4,4
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	6 864	6 713	1,7	1,4	+ 2,2	124,5	115,1	+ 8,2	117,4	124,2	- 5,5
Erzeugnisse der Stahlverformung	1 875	1 715	0,5	0,4	+ 9,3	125,1	113,3	+ 10,4	114,6	115,8	- 1,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	6 832	6 699	1,7	1,4	+ 2,0	113,9	107,4	+ 6,1	115,0	119,5	- 3,8
Buromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	14 514	14 917	3,5	3,2	- 2,7	232,7	199,8	+ 16,5	107,8	129,0	- 16,4
Fertigteilebauten im Hochbau	79	72	0,0	0,0	+ 8,7	50,2	43,0	+ 16,7	109,0	117,1	- 6,9
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	66 179	63 828	16,0	13,8	+ 3,7	114,2	102,7	+ 11,2	110,4	118,4	- 6,8
Feinkeramische Erzeugnisse	1 455	1 465	0,4	0,3	- 0,7	94,2	91,8	+ 2,6	98,8	102,0	- 3,1
Glas und Glaswaren	2 509	2 373	0,6	0,5	+ 5,7	128,8	120,8	+ 6,6	114,3	115,2	- 0,8
Holzwaren	3 928	3 877	0,9	0,8	+ 1,3	106,5	106,3	+ 0,2	103,1	102,0	+ 1,1
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u. ä.	4 163	3 948	1,0	0,9	+ 5,4	73,1	61,8	+ 18,3	97,0	108,7	- 10,8
Papier- und Pappwaren	1 950	1 892	0,5	0,4	+ 3,1	141,9	131,3	+ 8,1	112,8	118,2	- 4,6
Druckereierzeugnisse, Vervielfältigungen	1 414	1 403	0,3	0,3	+ 0,8	113,3	107,8	+ 5,1	120,4	125,6	- 4,1
Kunststoff erzeugnisse	6 372	6 020	1,5	1,3	+ 5,8	143,2	129,5	+ 10,6	111,3	116,3	- 4,3
Leder	1 506	1 653	0,4	0,4	- 8,9	112,1	115,6	- 3,0	139,7	148,7	- 6,1
Lederwaren (einschl. Reiseartikeln)	1 309	1 279	0,3	0,3	+ 2,4	113,9	100,1	+ 13,8	101,4	112,8	- 10,1
Schuhe	4 899	4 746	1,2	1,0	+ 3,2	101,8	96,8	+ 5,2	134,8	137,4	- 1,9
Textilien	22 038	21 648	5,3	4,7	+ 1,8	118,8	105,7	+ 12,4	107,1	118,3	- 9,5
Bekleidung	14 636	13 523	3,5	2,9	+ 8,2	123,1	105,2	+ 17,0	112,8	122,0	- 7,5
Sonstige Waren ⁵⁾	10 860	10 476	2,6	2,3	+ 3,7	129,2	118,4	+ 9,1	114,3	120,2	- 4,9
Insgesamt	413 744	463 811	100	100	- 10,8	116,4	109,7	+ 6,1	104,1	123,9	- 16,0

1) Nach dem Stand von 1982 - Siehe hierzu den Aufsatz „Neuberechnung des Außenhandelsvolumens und der Außenhandelsindizes auf Basis 1980“ in WiSta 2/1984, S. 155 ff. - 2) Erzeugnisse der Eisen schaffenden und Ferrolegierungs-Industrie - 3) Einschl. Edelmetallen und deren Halbzeug. - 4) Einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräten - 5) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten

Ausfuhr (Spezialhandel) nach Gütergruppen bzw. -zweigen des Systematischen Verzeichnisses für Produktionsstatistiken¹⁾

Warenbenennung	Tatsächliche Werte					Index des Volumens			Index der Durchschnittswerte		
	1986	1985	Anteil an der Gesamtausfuhr		1986 gegenüber 1985	1986	1985	1986 gegenüber 1985	1986	1985	1986 gegenüber 1985
			1986	1985							
	Mill. DM		%			1980 = 100		%		1980 = 100	
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 540	6 360	1,2	1,2	+ 2,8	183,2	160,9	+ 13,9	98,4	108,9	- 9,6
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	22 560	23 626	4,3	4,4	- 4,5	136,6	127,4	+ 7,2	103,2	115,9	- 11,0
Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	900	958	0,2	0,2	- 6,0	121,5	132,3	- 8,2	122,4	119,6	+ 2,3
Bergbauliche Erzeugnisse	4 646	8 379	0,9	1,6	- 44,6	48,2	74,5	- 35,3	118,6	138,4	- 14,3
Kohle, Briketts, Koks, Rohteer und -benzol	3 163	4 265	0,6	0,8	- 25,8	57,6	75,3	- 23,5	126,2	130,1	- 3,0
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	455	2 758	0,1	0,5	- 83,5	12,8	60,1	- 78,7	141,0	181,9	- 22,5
Eisenerze	1	1	0,0	0,0	+ 27,8	110,0	80,8	+ 36,1	92,3	98,4	- 6,2
NE-Metallerze und Schwefelkies	113	281	0,0	0,1	- 59,7	39,0	81,1	- 51,9	61,8	73,9	- 16,4
Kalisalze und Rophosphat	617	778	0,1	0,1	- 20,7	96,7	93,4	+ 3,5	104,4	136,4	- 23,5
Stein-, Hutten- und Salinensalz, Sole	101	121	0,0	0,0	- 15,8	112,0	137,2	- 18,4	120,9	117,2	+ 3,2
Flußspat, Schwerspat, Graphit, sonstige bergbauliche u. a. Erzeugnisse	38	44	0,0	0,0	- 14,7	104,4	128,5	- 18,8	122,3	116,4	+ 5,1
Torf	157	131	0,0	0,0	+ 19,8	293,7	245,2	+ 19,8	79,4	79,4	± 0,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	128 507	141 633	24,4	26,4	- 9,3	127,7	127,7	± 0,0	105,6	116,4	- 9,3
Spalt- und Brutstoffe	1 528	1 427	0,3	0,3	+ 7,1	240,9	200,5	+ 20,1	107,0	120,1	- 10,9
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	4 910	4 780	0,9	0,9	+ 2,7	113,3	112,3	+ 0,9	122,6	120,4	+ 1,8
Eisen und Stahl ²⁾	20 241	24 998	3,8	4,7	- 19,0	102,6	114,6	- 10,5	105,5	116,7	- 9,6
Eisen-, Stahl- und Temperguß	1 216	1 177	0,2	0,2	+ 3,3	108,9	113,0	- 3,6	124,4	116,0	+ 7,2
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	3 225	3 361	0,6	0,6	- 4,1	109,9	111,3	- 1,3	110,1	113,3	- 2,8
NE-Metalle und -Metallhalbzeug ³⁾	11 122	12 064	2,1	2,2	- 7,8	128,1	117,8	+ 8,7	87,5	103,1	- 15,1
NE-Metallformguß (einschl. Edelmetallformguß)	184	189	0,0	0,0	- 2,8	142,9	146,1	- 2,2	109,0	109,7	- 0,6
Mineralölerzeugnisse	3 229	6 193	0,6	1,2	- 47,9	82,4	94,0	- 12,3	77,6	130,5	- 40,5
Chemische Erzeugnisse	70 125	74 667	13,3	13,9	- 6,1	140,4	137,8	+ 1,9	108,1	117,2	- 7,8
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	1 741	1 694	0,3	0,3	+ 2,8	152,1	147,9	+ 2,8	103,6	103,7	- 0,1
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	5 902	6 136	1,1	1,1	- 3,8	173,1	164,0	+ 5,5	110,9	121,7	- 8,9
Gummiwaren	5 085	4 947	1,0	0,9	+ 2,8	125,1	122,1	+ 2,5	121,4	120,9	+ 0,4
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	289 915	284 554	55,1	53,0	+ 1,9	128,7	126,8	+ 1,5	125,1	124,6	+ 0,4
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	3 968	4 070	0,8	0,8	- 2,5	86,1	89,8	- 4,1	122,6	120,6	+ 1,7
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	82 376	78 945	15,7	14,7	+ 4,3	113,4	111,5	+ 1,7	126,2	122,9	+ 2,7
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	94 890	91 911	18,0	17,1	+ 3,2	133,2	130,6	+ 2,0	134,9	133,2	+ 1,3
Wasserfahrzeuge	1 601	1 828	0,3	0,3	- 12,5	91,6	104,0	- 11,9	123,0	123,6	- 0,5
Luft- und Raumfahrzeuge ⁴⁾	7 340	11 310	1,4	2,1	- 35,1	116,1	179,5	- 35,3	122,8	122,5	+ 0,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	56 943	54 265	10,8	10,1	+ 4,9	142,5	135,9	+ 4,9	116,3	116,2	+ 0,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	10 734	10 484	2,0	2,0	+ 2,4	124,7	125,5	- 0,6	129,6	125,8	+ 3,0
Erzeugnisse der Stahlverformung	3 908	3 789	0,7	0,7	+ 3,2	115,0	115,6	- 0,5	118,4	114,2	+ 3,7
Eisen-, Blech- und Metallwaren	14 667	14 644	2,8	2,7	+ 0,2	127,5	126,8	+ 0,6	116,3	116,7	- 0,3
Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	13 439	13 247	2,6	2,5	+ 1,4	227,5	186,8	+ 21,8	108,6	130,4	- 16,7
Fertigteilebauten im Hochbau	48	60	0,0	0,0	- 18,9	39,2	45,3	- 13,5	116,2	124,1	- 6,4
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	63 379	61 861	12,0	11,5	+ 2,5	137,5	131,9	+ 4,2	113,6	115,5	- 1,6
Feinkeramische Erzeugnisse	1 819	1 775	0,3	0,3	+ 2,5	101,5	97,9	+ 3,7	115,2	116,6	- 1,2
Glas und Glaswaren	3 595	3 425	0,7	0,6	+ 4,9	159,2	151,4	+ 5,2	107,7	107,8	- 0,1
Holzwaren	4 936	4 762	0,9	0,9	+ 3,7	125,6	122,8	+ 2,3	113,5	112,1	+ 1,2
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Fullhalter u. a.	4 522	4 658	0,9	0,9	- 2,9	101,6	98,5	+ 3,1	103,4	109,9	- 5,9
Papier- und Pappwaren	3 938	3 858	0,7	0,7	+ 2,1	176,0	169,7	+ 3,7	117,9	119,8	- 1,6
Druckereierzeugnisse, Vervielfältigungen	4 262	4 097	0,8	0,8	+ 4,0	143,9	137,2	+ 4,9	111,2	112,1	- 0,8
Kunststoffzeugnisse	11 447	10 670	2,2	2,0	+ 7,3	163,3	150,8	+ 8,3	112,9	114,0	- 1,0
Leder	906	970	0,2	0,2	- 6,5	145,0	154,6	- 6,2	138,9	139,3	- 0,3
Lederwaren (einschl. Reiseartikeln)	631	618	0,1	0,1	+ 2,0	188,7	182,2	+ 3,6	88,8	90,2	- 1,6
Schuhe	1 291	1 374	0,2	0,3	- 6,0	141,0	149,9	- 5,9	120,3	120,4	- 0,1
Textilien	18 356	18 311	3,5	3,4	+ 0,2	131,3	127,9	+ 2,7	115,0	117,8	- 2,4
Bekleidung	7 677	7 341	1,5	1,4	+ 4,6	138,7	130,1	+ 6,6	119,0	121,4	- 2,0
Sonstige Waren ⁵⁾	9 916	9 794	1,9	1,8	+ 1,2	133,6	129,7	+ 3,0	122,0	124,0	- 1,6
Insgesamt	526 363	537 164	100	100	- 2,0	128,6	126,9	+ 1,3	116,8	120,8	- 3,3

1) Nach dem Stand von 1982 — Siehe hierzu den Aufsatz „Neuberechnung des Außenhandelsvolumens und der Außenhandelsindizes auf Basis 1980“ in WiSta 2/1984, S. 155 ff. — 2) Erzeugnisse der Eisen schaffenden und Ferrolegierungs-Industrie — 3) Einschl. Edelmetallen und deren Halbzeug — 4) Einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräten — 5) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten

Löhne und Gehälter

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk

Monat	Alle erfaßten Gewerbebezüge									
	insgesamt	Kraftfahrzeugmechaniker	Schlosser	Tischler	Backer	Fleischer	Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	Elektro-	Maler und Lackierer	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer
Bezahlte Wochenstunden										
Vollgesellen										
1984 Nov.	41,1	40,4	42,1	41,4	42,3	41,2	40,8	41,4	40,5	40,9
1985 Mar.	40,9	40,5	41,8	41,0	42,3	41,1	40,3	41,0	40,4	40,4
Nov.	41,1	40,7	42,4	41,0	42,3	41,2	40,8	41,5	40,4	41,3
1986 Mar.	41,0	40,4	42,0	40,9	42,3	41,2	41,1	41,0	40,3	40,5
Nov.	41,1	39,9	42,3	41,2	42,4	41,0	40,7	41,7	40,7	41,3
Junggesellen										
1984 Nov.	41,0	40,3	41,7	41,3	41,4	41,1	40,7	41,0	40,2	40,8
1985 Mar.	40,8	40,6	41,0	41,4	41,4	41,1	40,1	40,6	40,2	40,5
Nov.	41,0	40,7	41,5	41,1	41,7	41,3	40,5	41,2	40,2	40,9
1986 Mar.	40,8	40,2	41,5	40,9	41,7	41,3	40,5	40,3	40,2	40,4
Nov.	40,9	39,8	41,9	41,2	41,7	40,9	40,6	41,2	40,3	41,1
Übrige Arbeiter										
1984 Nov.	41,8	41,0	42,2	41,7	42,5	42,6	41,0	42,0	41,7	40,2
1985 Mar.	41,6	40,9	41,7	41,6	42,2	42,6	40,4	41,6	42,2	41,1
Nov.	41,9	41,4	42,8	42,4	42,3	42,6	40,6	41,6	40,7	41,7
1986 Mar.	41,8	41,0	42,1	42,2	42,5	42,8	40,9	41,3	41,5	40,9
Nov.	41,9	40,6	42,3	42,9	42,6	42,3	40,9	41,5	41,1	41,4
Alle Arbeiter										
1984 Nov.	41,1	40,4	42,0	41,4	42,1	41,4	40,8	41,4	40,6	40,9
1985 Mar.	40,9	40,5	41,7	41,2	42,1	41,3	40,3	40,9	40,5	40,4
Nov.	41,2	40,7	42,3	41,2	42,2	41,4	40,7	41,4	40,4	41,3
1986 Mar.	41,0	40,4	41,9	41,1	42,2	41,4	41,0	40,9	40,4	40,5
Nov.	41,2	39,9	42,2	41,4	42,3	41,2	40,7	41,6	40,7	41,2
Bruttostundenverdienste DM										
Vollgesellen										
1984 Nov.	15,82	15,11	15,78	15,75	15,19	15,68	16,67	15,47	16,01	16,85
1985 Mar.	16,00	15,43	16,04	16,02	15,28	15,73	16,80	15,79	16,03	16,95
Nov.	16,20	15,56	16,23	16,10	15,43	15,92	16,99	16,05	16,32	17,25
1986 Mar.	16,41	15,90	16,52	16,44	15,77	16,06	17,04	16,17	16,47	17,47
Nov.	16,70	16,27	16,81	16,61	15,77	16,31	17,51	16,50	16,79	17,81
Junggesellen										
1984 Nov.	12,73	12,02	12,95	12,79	11,77	11,73	13,41	12,72	13,82	13,47
1985 Mar.	12,93	12,36	13,28	13,03	11,83	11,89	13,56	12,79	14,10	13,87
Nov.	13,04	12,43	13,22	13,04	11,98	11,93	13,90	13,04	14,11	13,86
1986 Mar.	13,26	12,65	13,64	13,42	12,22	12,05	13,86	13,19	14,58	14,12
Nov.	13,41	12,88	13,69	13,55	12,31	12,12	14,07	13,42	14,44	14,37
Übrige Arbeiter										
1984 Nov.	13,65	12,79	13,87	13,81	12,72	12,40	14,41	14,41	14,48	14,74
1985 Mar.	13,79	13,04	14,13	14,05	12,79	12,27	14,70	14,24	14,89	14,63
Nov.	13,85	13,28	14,22	14,07	12,67	12,55	14,72	14,30	14,68	14,72
1986 Mar.	14,07	13,33	14,39	14,56	12,87	12,83	14,92	14,23	14,94	15,21
Nov.	14,24	13,67	14,52	14,68	13,02	12,90	14,93	14,66	15,16	15,09
Alle Arbeiter										
1984 Nov.	15,11	14,41	15,04	15,01	14,15	14,48	15,97	14,87	15,73	16,02
1985 Mar.	15,32	14,78	15,36	15,32	14,27	14,57	16,14	15,11	15,82	16,23
Nov.	15,46	14,86	15,46	15,32	14,33	14,70	16,34	15,37	16,02	16,41
1986 Mar.	15,72	15,19	15,79	15,78	14,66	14,96	16,40	15,49	16,24	16,71
Nov.	15,93	15,47	15,97	15,87	14,66	15,08	16,77	15,80	16,47	16,94
Bruttowochenverdienste DM										
Vollgesellen										
1984 Nov.	650	610	664	652	643	646	681	640	648	690
1985 Mar.	654	625	671	657	646	647	677	647	648	684
Nov.	666	633	688	661	653	655	692	666	660	713
1986 Mar.	672	643	693	673	668	662	701	663	665	707
Nov.	687	649	711	684	669	669	713	688	683	735
Junggesellen										
1984 Nov.	522	485	540	529	487	482	546	522	556	550
1985 Mar.	528	502	545	540	490	489	544	519	568	562
Nov.	535	505	549	536	500	493	563	537	568	568
1986 Mar.	540	509	565	549	510	497	561	532	585	571
Nov.	549	513	574	558	513	496	571	553	582	591
Übrige Arbeiter										
1984 Nov.	570	524	586	576	541	529	591	606	605	592
1985 Mar.	574	533	590	585	541	523	594	593	628	601
Nov.	581	549	609	597	536	535	598	594	598	613
1986 Mar.	588	546	605	614	547	549	610	587	620	622
Nov.	597	555	615	630	555	546	611	608	624	624
Alle Arbeiter										
1984 Nov.	622	583	632	621	596	599	652	615	638	655
1985 Mar.	627	599	640	631	601	603	650	619	640	656
Nov.	637	605	653	631	605	609	665	637	648	677
1986 Mar.	645	614	662	648	619	620	673	633	656	676
Nov.	656	617	675	656	620	621	683	657	671	699

Siehe auch Fachserie 16, Reihe 3

Zum Aufsatz: „Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik“
Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten der männlichen Arbeiter
in der Industrie im Jahr 1986 nach Leistungsgruppen
Stunden

Wirtschaftszweig	Bezahlte Wochenstunden				Mehrarbeitsstunden			
	ins- gesamt	Leistungsgruppen			ins- gesamt	Leistungsgruppen		
		1	2	3		1	2	3
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	40,8	40,9	40,7	40,7	1,9	2,0	1,7	1,8
Industrie (ohne Bauindustrie)	40,8	40,9	40,7	40,8	1,9	2,1	1,7	1,8
Industrie (ohne Bergbau), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	40,8	41,0	40,7	40,7	1,9	2,0	1,7	1,8
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	40,9	41,0	40,7	40,8	1,9	2,1	1,7	1,9
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie ohne Bauindustrie)	40,8	41,0	40,6	40,8	1,9	2,1	1,6	1,8
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	40,8	41,0	40,6	40,7	1,9	2,1	1,6	1,8
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	41,0	41,0	40,7	41,0	1,1	1,1	0,8	1,1
darunter: Elektrizitätsversorgung	40,8	40,9	40,6	40,5	1,0	1,0	0,6	0,6
Bergbau	39,6	39,5	40,3	39,9	1,6	1,6	1,5	1,0
Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	39,5	39,4	39,9	39,3	1,6	1,7	1,4	0,7
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	41,8	41,7	41,9	41,8	1,7	1,6	1,9	1,8
Erzbergbau, Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	37,2	37,6	35,1	38,1	0,6	0,6	0,5	0,7
darunter Eisenerzbergbau	37,9	37,9	37,7	/	0,5	0,6	0,1	/
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	37,2	37,0	39,0	37,6	1,0	1,0	1,2	0,7
Übriger Bergbau ¹⁾ , Torfgewinnung	41,6	41,5	41,9	43,0	2,1	2,0	2,0	3,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	41,0	41,1	40,8	41,0	1,8	1,9	1,7	2,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	43,0	43,4	42,8	42,5	3,5	3,8	3,4	3,0
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle usw.)	39,9	39,9	39,7	40,4	1,9	1,9	1,8	2,2
davon: Eisenschaffende Industrie	39,2	39,4	39,0	39,5	1,4	1,5	1,4	1,5
Eisen-, Stahl- und Tempiergießerei	40,9	41,2	40,6	41,2	2,5	2,7	2,2	2,9
Ziehereien, Kaltwalzwerke	41,8	41,5	41,7	42,3	3,2	3,0	3,2	3,6
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke und NE-Metallgießerei	41,1	41,2	41,0	41,1	2,1	2,2	2,0	2,1
darunter: NE-Metallgießerei	41,3	41,4	41,2	41,1	2,3	2,5	2,2	2,0
Mineralölverarbeitung	40,7	40,7	40,5	41,1	0,8	0,7	0,9	1,5
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	40,7	40,8	40,7	40,7	1,0	1,1	0,9	1,0
Herstellung von Chemiefasern	40,8	41,0	40,4	41,6	1,0	1,3	0,7	1,6
Holzbearbeitung	42,4	43,0	42,0	41,5	2,4	3,0	2,1	1,7
davon: Säge-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke	42,0	42,4	41,8	41,2	1,9	2,3	1,8	1,2
Sperrholz-, Holzfasernplatten- und Holzspanplattenwerke	43,0	43,8	42,3	42,0	3,1	3,7	2,6	2,5
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	42,6	42,9	42,4	42,2	2,9	3,1	2,7	2,5
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	41,1	41,9	40,8	40,8	1,4	2,1	1,1	1,3
Investitionsgüterindustrie	40,5	40,7	40,1	40,3	1,8	2,1	1,4	1,6
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	42,0	42,2	41,5	41,4	2,9	3,1	2,4	2,6
Maschinenbau, Lokomotivbau	41,1	41,3	40,7	40,2	2,5	2,6	2,1	1,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	39,8	40,1	39,4	40,1	1,2	1,4	0,9	1,4
darunter: Herstellung von Kraftfahrzeugen und -motoren	39,7	40,0	39,3	39,8	1,1	1,4	0,7	1,0
Schiffbau	40,0	40,1	38,9	39,7	3,0	3,1	2,3	2,8
Luft- und Raumfahrzeugbau	40,0	40,0	40,3	40,9	1,2	1,2	1,0	1,8
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	40,0	40,0	39,9	40,0	1,4	1,5	1,2	1,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	39,8	39,9	39,7	39,3	1,1	1,2	1,0	0,8
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	41,0	41,2	40,8	40,6	2,2	2,4	2,1	1,9
Herstellung von Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	39,7	39,9	39,8	38,9	1,2	1,3	1,2	1,1
Verbrauchsgüterindustrie	41,2	41,3	41,2	41,0	1,9	2,1	1,8	1,7
Feinkeramik	40,8	40,9	40,7	40,7	1,5	1,5	1,6	1,5
Herstellung und Verarbeitung von Glas	41,2	41,5	41,1	40,8	1,8	2,0	1,7	1,5
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u a	40,9	41,2	40,6	40,6	1,9	2,2	1,5	1,3
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u.ä.	40,2	40,0	40,5	40,6	1,1	1,0	1,1	1,3
Papier- und Pappeerzeugung	41,9	42,2	41,7	41,6	2,1	2,4	1,9	2,0
Druckerei, Vervielfältigung	40,5	40,4	40,9	40,6	2,0	1,9	2,3	2,1
Herstellung von Kunststoffwaren	41,5	41,7	41,4	41,2	1,9	2,2	1,7	1,9
Ledererzeugung	43,0	43,7	43,2	41,6	3,2	4,0	3,3	2,1
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	40,5	40,2	40,9	40,2	0,9	0,7	1,3	0,9
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen usw.	40,3	40,4	40,3	40,0	0,9	0,9	0,9	0,8
Textilgewerbe	42,0	42,2	41,8	41,9	2,3	2,5	2,1	2,2
darunter: Spinnerei, Zwirnerei, handelsfertige Aufmachung von Garnen	41,6	41,9	41,4	41,5	1,9	2,1	1,8	1,7
Weberei (ohne Webereien des sonstigen Textilgewerbes)	41,5	41,5	41,4	41,5	1,8	1,8	1,8	1,9
Bekleidungsindustrie	41,0	40,9	41,2	40,8	1,4	1,2	1,7	1,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	43,6	43,6	43,8	43,0	3,6	3,7	3,7	3,1
darunter: Brot- und Backwarenindustrie	43,8	43,8	43,8	44,0	3,5	3,7	2,6	4,0
Obst- und Gemüseverarbeitung	45,2	45,6	45,6	43,3	5,2	5,5	5,6	3,5
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung	43,7	43,2	45,3	42,9	3,6	3,1	4,8	2,9
Fischverarbeitung	45,4	45,0	45,7	45,5	5,3	5,0	5,5	5,2
Brauerei, Malzerei	42,4	42,4	42,7	41,6	2,4	2,5	2,4	1,7
Tabakverarbeitung	40,4	40,5	40,3	40,3	0,5	0,6	0,5	0,4
davon: Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen	41,5	42,2	41,0	40,9	1,4	2,1	1,2	0,7
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen)	40,3	40,3	40,3	40,2	0,4	0,4	0,4	0,4
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilebau im Hochbau)	40,6	40,7	40,7	40,4	1,6	1,6	1,6	1,3

1) Gewinnung von Erdöl, Erdgas; sonstiger Bergbau.

Durchschnittliche Bruttoverdienste der männlichen Arbeiter in der Industrie im Jahr 1986 nach Leistungsgruppen

DM

Wirtschaftszweig	Bruttostundenverdienste				Bruttowochenverdienste			
	ins-gesamt	Leistungsgruppe			ins-gesamt	Leistungsgruppe		
		1	2	3		1	2	3
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	17,85	18,74	16,99	15,14	729	767	692	618
Industrie (ohne Bauindustrie)	17,96	18,90	17,04	15,21	734	773	694	621
Industrie (ohne Bergbau), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	17,80	18,67	16,99	15,16	728	765	692	618
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	17,83	18,77	17,04	15,23	729	771	694	621
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie ohne Bauindustrie)	17,87	18,81	17,07	15,25	729	771	693	621
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	17,78	18,66	17,01	15,17	727	765	692	619
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	19,82	20,06	18,00	15,83	814	823	734	649
darunter: Elektrizitätsversorgung	20,22	20,43	18,35	16,00	825	835	745	649
Bergbau	19,19	19,90	16,62	14,22	755	780	668	563
Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	19,27	20,00	15,98	13,41	756	782	635	523
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	19,81	20,52	19,08	17,35	824	851	797	724
Erzbergbau, Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	17,19	17,76	15,85	13,66	635	665	553	518
darunter: Eisenerzbergbau	18,07	18,44	14,94	/	672	686	550	/
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	17,38	17,66	15,86	14,09	623	629	606	511
Übriger Bergbau 1), Torfgewinnung	18,61	19,94	15,63	14,97	772	822	654	643
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	18,04	19,07	17,51	15,77	741	784	715	648
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	16,66	17,31	16,37	14,94	723	756	706	639
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle usw.)	18,02	18,95	17,52	16,26	716	754	694	656
davon: Eisenschaffende Industrie	18,39	19,23	17,81	16,62	718	755	691	654
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	17,59	18,46	17,32	16,09	719	758	702	661
Ziehereien, Kaltwalzwerke	16,85	17,88	16,66	15,41	703	742	695	652
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke und NE-Metallgießerei	17,68	18,69	17,26	15,98	726	768	708	656
darunter: NE-Metallgießerei	17,24	18,48	16,81	15,39	711	763	693	631
Mineralölverarbeitung	22,77	23,58	19,76	15,99	927	960	803	660
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	19,06	20,13	18,23	15,01	777	822	741	611
Herstellung von Chemiefasern	18,30	18,65	18,34	17,71	748	767	742	741
Holzbearbeitung	15,31	16,18	14,83	13,69	651	698	624	569
davon: Säge-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke	14,54	15,32	14,28	13,11	611	651	599	541
Sperrholz-, Holzfasernplatten- und Holzspanplattenwerke	18,33	17,14	15,71	14,69	703	750	665	618
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	18,02	18,89	17,53	16,23	767	809	742	685
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	17,51	18,37	17,42	14,80	720	771	710	606
Investitionsgüterindustrie	18,26	19,02	17,43	15,53	739	774	699	625
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	18,43	19,00	16,75	15,17	775	803	697	631
Maschinenbau, Lokomotivbau	18,14	18,73	16,78	15,72	745	773	683	631
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	19,73	20,49	19,20	16,77	785	822	756	672
darunter: Herstellung von Kraftfahrzeugen und -motoren	20,60	21,16	19,98	18,33	817	846	785	730
Schiffbau	18,56	18,78	15,66	13,96	740	751	606	555
Luft- und Raumfahrzeugbau	19,32	19,62	15,99	14,10	771	783	644	574
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	17,32	18,30	15,90	15,35	692	732	634	614
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	17,00	17,73	15,93	14,64	677	708	632	575
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	16,64	17,79	16,09	14,69	682	733	657	597
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	17,60	18,98	16,07	14,37	698	757	639	556
Verbrauchsgüterindustrie	16,55	17,86	15,55	14,41	682	738	640	592
Feinkeramik	15,01	15,83	15,07	13,63	612	647	613	554
Herstellung und Verarbeitung von Glas	17,13	18,27	16,34	15,78	707	758	672	644
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u.ä.	16,59	17,47	15,88	14,44	680	721	645	588
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u.ä.	15,81	17,11	14,52	13,13	636	685	588	533
Papier- und Pappeherzeugung	16,02	17,55	15,22	13,89	670	740	633	578
Druckerei, Vervielfältigung	19,53	20,58	17,60	16,69	792	832	719	677
Herstellung von Kunststoffwaren	16,22	17,44	15,67	14,43	672	728	648	595
Lederherzeugung	14,70	15,82	14,64	13,37	632	689	632	556
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	14,06	15,01	13,37	12,00	569	604	545	486
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen usw.	14,39	15,39	14,07	11,89	580	621	567	478
Textilgewerbe	15,15	16,07	14,62	13,46	635	678	610	564
darunter: Spinnerei, Zwirnerei, handelsfertige Aufmachung von Garnen	14,79	15,67	14,55	13,25	614	654	602	549
Weberei (ohne Webereien des sonstigen Textilgewerbes)	15,31	16,20	14,57	13,80	634	672	602	573
Bekleidungsgererbe	14,99	15,99	14,39	12,58	616	655	594	512
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	16,41	17,38	15,67	14,16	717	759	687	608
darunter: Brot- und Backwarenindustrie	15,80	16,80	15,33	13,79	693	736	672	607
Obst- und Gemüseverarbeitung	14,77	16,28	13,92	12,64	670	745	638	550
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung.	16,18	17,37	15,45	14,53	708	751	700	625
Fischverarbeitung	14,36	16,17	14,82	13,18	654	727	678	604
Brauerei, Mälzerei	17,57	17,84	16,94	15,56	745	757	723	649
Tabakverarbeitung	18,28	20,59	16,32	15,74	739	835	660	635
davon: Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen	13,52	15,19	13,23	11,67	561	642	542	477
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen)	18,73	21,09	16,50	16,36	756	851	666	660
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	17,17	17,83	16,38	14,79	701	729	669	599

1) Gewinnung von Erdöl, Erdgas, sonstiger Bergbau

**Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten der weiblichen Arbeiter
in der Industrie im Jahr 1986 nach Leistungsgruppen
Stunden**

Wirtschaftszweig	Bezahlte Wochenstunden				Mehrarbeitsstunden			
	ins- gesamt	Leistungsgruppe			ins- gesamt	Leistungsgruppe		
		1	2	3		1	2	3
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	39,2	39,4	39,2	39,2	0,4	0,4	0,4	0,5
Industrie (ohne Bauindustrie)	39,2	39,4	39,2	39,2	0,4	0,4	0,4	0,5
Industrie (ohne Bergbau), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	39,2	39,4	39,2	39,2	0,4	0,4	0,4	0,5
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	39,2	39,4	39,2	39,2	0,4	0,4	0,4	0,5
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie ohne Bauindustrie)	39,2	39,4	39,2	39,2	0,4	0,4	0,4	0,5
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	39,2	39,4	39,2	39,2	0,4	0,4	0,4	0,5
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	40,1	40,1	40,1	40,0	0,3	0,4	0,3	0,2
darunter: Elektrizitätsversorgung	40,0	40,0	40,1	40,0	0,3	0,4	0,4	0,2
Bergbau	-	-	-	-	-	-	-	-
Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	-	-	-	-	-	-	-	-
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	-	-	-	-	-	-	-	-
Erzbergbau, Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter: Eisenerzbergbau	-	-	-	-	-	-	-	-
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	-	-	-	-	-	-	-	-
Übriger Bergbau 1), Torfgewinnung	-	-	-	-	-	-	-	-
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	39,7	39,6	39,7	39,7	0,3	0,4	0,3	0,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	39,7	39,6	39,8	39,7	0,5	0,5	0,5	0,4
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle usw.)	38,6	38,4	38,8	38,5	0,7	0,4	0,8	0,7
davon: Eisenschaffende Industrie	38,3	38,6	38,4	38,1	0,5	0,6	0,6	0,4
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	38,7	38,6	38,7	38,7	0,8	0,3	0,7	1,1
Ziehereien, Kaltwalzwerke	39,0	38,0	39,6	38,8	0,8	0,1	1,1	0,7
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke und NE-Metallgießerei	39,4	39,0	39,2	39,5	0,7	0,7	0,5	0,9
darunter NE-Metallgießerei	39,3	39,3	39,2	39,3	0,7	0,8	0,6	0,8
Mineralölverarbeitung	40,0	40,1	40,1	39,8	0,2	/	0,3	0,1
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	39,8	39,9	39,8	39,9	0,2	0,4	0,2	0,2
Herstellung von Chemiefasern	40,2	40,0	40,1	40,3	0,4	0,4	0,5	0,4
Holzbearbeitung	39,7	40,2	40,0	39,4	0,6	0,5	0,7	0,5
davon: Säge-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke	40,4	(40,5)	40,6	40,3	0,9	(0,4)	1,3	0,7
Sperrholz-, Holzfasernplatten- und Holzspanplattenwerke	39,2	(39,5)	39,8	38,8	0,4	(0,7)	0,4	0,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	40,0	41,1	40,0	39,9	0,6	1,6	0,6	0,6
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	39,9	39,9	39,7	40,0	0,4	0,5	0,4	0,4
Investitionsgüterindustrie	38,8	39,0	38,8	38,8	0,4	0,5	0,4	0,4
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	39,5	40,1	39,5	39,4	0,7	0,7	0,6	0,7
Maschinenbau, Lokomotivbau	38,9	38,9	39,1	38,7	0,6	0,6	0,7	0,6
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	38,8	38,9	38,7	39,0	0,5	0,5	0,4	0,6
darunter: Herstellung von Kraftfahrzeugen und -motoren	38,8	38,8	38,7	39,0	0,3	0,5	0,2	0,5
Schiffbau	37,9	37,1	(38,9)	38,2	0,9	1,2	(1,0)	0,6
Luft- und Raumfahrzeugbau	38,8	39,1	38,8	38,6	0,3	0,4	0,3	0,1
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	38,7	38,8	38,7	38,7	0,4	0,5	0,3	0,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	38,7	39,4	38,7	38,8	0,3	0,6	0,3	0,3
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	39,0	39,2	39,1	39,0	0,6	0,8	0,5	0,6
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	38,9	39,2	39,1	38,6	0,5	0,5	0,4	0,6
Verbrauchsgüterindustrie	39,5	39,5	39,4	39,5	0,4	0,4	0,3	0,4
Feinkeramik	39,3	38,8	39,3	39,4	0,4	0,5	0,4	0,4
Herstellung und Verarbeitung von Glas	39,5	39,2	39,5	39,4	0,4	0,3	0,6	0,3
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u.ä.	39,4	39,5	39,4	39,3	0,5	0,6	0,5	0,5
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u.ä.	39,3	39,2	39,2	39,4	0,5	0,6	0,5	0,4
Papier- und Pappeverarbeitung	39,9	39,9	39,9	39,9	0,4	0,5	0,5	0,4
Druckerei, Vervielfältigung	39,1	38,9	39,1	39,2	0,6	0,6	0,7	0,7
Herstellung von Kunststoffwaren	39,6	40,0	39,8	39,5	0,5	0,7	0,5	0,5
Lederherzeugung	40,5	42,0	40,3	40,4	1,1	2,1	0,8	1,1
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	39,5	39,0	39,5	39,5	0,3	0,3	0,2	0,4
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen usw.	39,3	39,4	39,3	39,4	0,3	0,4	0,3	0,2
Textilgewerbe	39,6	39,8	39,6	39,6	0,4	0,5	0,4	0,3
darunter: Spinnerei, Zwirnerei, handelsfertige Aufmachung von Garnen	39,5	39,6	39,4	39,7	0,4	0,5	0,4	0,3
Weberei (ohne Webereien des sonstigen Textilgewerbes)	39,8	39,7	39,8	39,7	0,5	0,5	0,5	0,4
Bekleidungs-gewerbe	39,4	39,5	39,3	39,5	0,2	0,2	0,2	0,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	40,4	40,6	40,6	40,4	0,8	1,0	0,9	0,7
darunter: Brot- und Backwarenindustrie	40,9	41,1	41,0	40,9	1,2	1,5	1,5	1,2
Obst- und Gemüseverarbeitung	41,3	41,7	41,5	41,2	1,6	1,8	1,8	1,5
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung	40,6	41,1	41,0	40,5	1,0	1,4	1,2	0,9
Fischverarbeitung	40,9	40,8	41,3	40,9	1,1	1,7	1,6	1,0
Brauerei, Malzerei	40,6	40,9	41,1	40,4	1,1	0,9	3,0	0,6
Tabakverarbeitung	39,9	39,9	39,9	40,0	0,2	0,1	0,1	0,2
davon: Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen	39,9	39,6	39,6	40,0	0,3	/	0,3	0,3
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen)	40,0	40,2	40,0	40,0	0,1	0,2	0,1	0,1

1) Gewinnung von Erdöl, Erdgas, sonstiger Bergbau

Durchschnittliche Bruttoverdienste der weiblichen Arbeiter in der Industrie im Jahr 1986 nach Leistungsgruppen

DM

Wirtschaftszweig	Bruttostundenverdienste				Bruttowochenverdienste			
	ins- gesamt	Leistungsgruppe			ins- gesamt	Leistungsgruppe		
		1	2	3		1	2	3
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	13,04	14,33	13,29	12,68	513	564	523	497
Industrie (ohne Bauindustrie)	13,04	14,33	13,29	12,68	513	564	523	497
Industrie (ohne Bergbau), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	13,04	14,33	13,29	12,68	513	564	523	497
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	13,03	14,32	13,29	12,67	512	564	522	497
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie ohne Bauindustrie)	13,03	14,32	13,29	12,67	512	564	522	497
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	13,03	14,32	13,29	12,67	512	564	522	497
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	14,91	16,53	15,06	14,23	598	662	604	570
darunter: Elektrizitätsversorgung	14,98	16,61	15,11	14,28	600	665	606	572
Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—
Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	—	—	—	—	—	—	—	—
Erzbergbau, Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	—	—	—	—	—	—	—	—
darunter: Eisenerzbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	—	—	—	—	—	—	—	—
Übriger Bergbau 1), Torfgewinnung	—	—	—	—	—	—	—	—
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	13,95	16,22	14,47	13,21	554	641	574	524
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	13,73	15,05	14,19	13,14	545	594	565	523
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle usw.)	14,09	16,32	14,31	13,45	543	628	554	518
davon: Eisenschaffende Industrie	13,74	15,70	14,09	12,92	526	606	541	492
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	14,58	15,83	14,97	14,05	564	612	578	543
Ziehereien, Kaltwalzwerke	13,89	17,64	13,60	13,37	543	669	537	519
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke und NE-Metallgießerei	13,53	15,20	13,96	13,11	533	591	546	518
darunter: NE-Metallgießerei	13,53	13,50	13,89	12,81	514	530	545	503
Mineralölverarbeitung	16,33	19,67	16,19	15,16	653	791	649	603
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	14,13	16,89	14,88	12,97	563	666	583	518
Herstellung von Chemiefasern	14,55	15,91	14,45	14,55	586	641	581	590
Holzbearbeitung	12,53	13,63	12,64	12,39	497	547	506	485
davon: Säge-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke	12,12	(13,10)	12,95	11,53	489	(530)	524	465
Sperrholz-, Holzfasernplatten- und Holzspanplattenwerke	12,83	(14,93)	12,50	13,04	501	(586)	497	501
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	12,98	15,60	13,65	12,71	518	642	546	507
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	13,85	14,70	14,08	13,71	551	586	559	548
Investitionsgüterindustrie	13,88	16,23	14,36	13,43	539	632	557	521
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	13,62	15,89	14,08	12,85	540	639	557	510
Maschinenbau, Lokomotivbau	13,97	15,70	14,18	13,58	543	611	553	526
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	16,19	17,73	16,86	14,88	628	689	653	580
darunter: Herstellung von Kraftfahrzeugen und -motoren	18,13	18,38	18,31	17,18	702	713	709	670
Schiffbau	14,78	16,90	(14,41)	12,23	555	618	(558)	467
Luft- und Raumfahrzeugbau	14,68	16,37	14,65	13,36	570	640	569	515
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	13,45	15,48	13,44	13,39	520	602	520	517
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	13,51	15,02	13,41	13,44	523	592	519	521
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Hartung	12,89	14,73	13,17	12,71	503	579	515	495
Herstellung von Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	14,40	19,58	14,63	13,35	560	767	575	515
Verbrauchsgüterindustrie	12,06	13,31	12,14	11,60	476	525	479	458
Feinkeramik	12,19	13,54	12,45	12,06	480	526	491	476
Herstellung und Verarbeitung von Glas	12,19	14,24	12,50	11,85	481	561	495	467
Holzverarbeitung, Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u.ä.	12,96	14,83	12,99	12,69	510	586	512	500
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u.a.	12,09	13,99	12,43	11,51	475	548	487	454
Papier- und Pappeerarbeitung	11,61	13,58	11,92	11,15	463	543	476	445
Druckerei, Vervielfältigung	14,36	17,63	14,11	12,90	562	686	552	506
Herstellung von Kunststoffwaren	12,07	13,11	12,37	11,83	479	524	492	467
Ledererzeugung	11,75	12,92	11,72	11,41	476	542	471	458
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	10,61	11,94	10,88	9,95	419	466	430	394
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen usw.	11,73	12,59	11,92	10,99	462	495	469	433
Textilgewerbe	12,22	13,38	12,35	11,65	484	532	488	461
darunter: Spinnerei, Zwirnerei, handelsfertige Aufmachung von Garnen	12,19	13,00	12,33	11,53	480	513	485	457
Weberei (ohne Webereien des sonstigen Textilgewerbes)	12,57	14,04	12,57	11,73	499	556	499	465
Bekleidungsindustrie	11,53	12,33	11,62	10,36	454	487	457	408
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	11,59	13,64	12,82	11,14	470	555	521	450
darunter: Brot- und Backwarenindustrie	11,34	15,07	11,71	11,16	465	619	481	456
Obst- und Gemüseverarbeitung	10,72	13,49	11,55	10,39	444	565	481	429
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung	12,02	14,56	11,98	11,96	488	599	492	484
Fischverarbeitung	10,57	12,91	10,78	10,50	431	527	445	427
Brauerei, Malzerei	14,60	18,22	15,21	14,18	594	663	628	574
Tabakverarbeitung	13,74	14,44	15,11	12,58	549	576	604	503
davon: Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen	10,12	10,90	10,26	10,04	404	431	407	403
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen)	15,69	17,11	16,43	14,75	627	688	657	590

1) Gewinnung von Erdöl, Erdgas, sonstiger Bergbau

**Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten
in Industrie und Handel im Jahr 1986 nach Beschäftigungsarten und Leistungsgruppen
DM**

Wirtschaftszweig	Kaufmannische Angestellte					Technische Angestellte				
	insgesamt	II	III	IV	V	insgesamt	II	III	IV	V
Industrie ¹⁾ , Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4 045	5 207	3 681	2 675	2 326	4 653	5 461	4 189	3 298	2 557
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	4 582	5 589	3 968	2 950	2 482	4 747	5 517	4 259	3 406	2 791
Industrie (ohne Bauindustrie)	4 592	5 606	3 973	2 957	2 509	4 745	5 513	4 249	3 413	2 790
Industrie (ohne Bergbau), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	4 582	5 596	3 970	2 942	2 430	4 732	5 501	4 250	3 375	2 757
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	4 622	5 620	3 984	2 949	2 448	4 730	5 491	4 235	3 388	2 755
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie ohne Bauindustrie)	4 631	5 629	3 986	2 945	2 440	4 735	5 494	4 237	3 387	2 754
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	4 618	5 607	3 980	2 938	2 412	4 737	5 499	4 248	3 380	2 755
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	4 157	5 452	3 877	2 947	2 581	4 716	5 606	4 304	3 187	2 760
darunter: Elektrizitätsversorgung	4 146	5 368	3 898	2 989	2 591	4 787	5 626	4 369	3 240	2 747
Bergbau	4 638	5 312	3 826	3 349	3 234	5 291	6 085	4 702	4 130	3 678
Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	4 675	5 209	3 635	3 392	(2 691)	5 389	6 110	4 837	4 265	3 724
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	4 417	5 588	4 121	3 707	3 322	4 948	5 824	4 580	3 427	/
Erzbergbau, Gewinnung von spalt- und bruststoffhaltigen Erzen	4 096	4 750	3 383	(2 438)	/	4 440	5 093	3 810	3 255	/
darunter: Eisenerzbergbau	/	/	/	/	/	4 427	4 850	4 022	/	/
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	4 579	5 451	3 897	(2 761)	/	4 805	5 796	4 403	3 781	/
Übriger Bergbau ²⁾ , Torfgewinnung	4 919	6 111	3 999	3 042	/	5 511	6 445	4 514	3 325	/
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	4 735	5 652	4 096	3 017	2 647	4 806	5 651	4 376	3 539	2 945
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	4 269	5 188	3 925	3 068	2 636	4 446	5 203	4 127	3 407	2 786
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle usw.)	4 375	4 882	3 489	2 756	2 687	4 694	5 075	4 144	3 158	(3 083)
davon: Eisenschaffende Industrie	4 392	4 809	3 371	2 680	/	4 744	5 066	4 138	2 990	/
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	4 251	5 089	3 516	2 855	(2 322)	4 582	5 133	4 163	3 345	/
Ziehereien, Kaltwalzwerke	4 431	5 194	3 859	2 856	2 791	4 521	5 083	4 125	3 333	/
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke und NE-Metallgießerei	4 607	5 508	3 909	2 871	(2 682)	4 671	5 421	4 265	3 408	(2 939)
darunter: NE-Metallgießerei	4 334	5 239	3 831	2 792	/	4 562	5 263	4 228	3 371	/
Mineralölverarbeitung	6 009	6 838	4 684	3 656	3 523	5 791	6 796	5 052	4 032	/
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	4 901	5 987	4 248	3 102	2 706	4 885	6 034	4 452	3 601	3 011
Herstellung von Chemiefasern	5 068	6 616	3 957	3 083	/	4 818	6 182	4 421	3 357	/
Holzbearbeitung	4 036	5 240	3 761	2 753	2 131	4 094	4 884	3 832	3 156	/
davon: Säge-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke	3 912	5 302	3 757	2 743	2 063	3 769	4 594	3 517	3 045	/
Sperrholz-, Holzfasernplatten- und Holzspanplattenwerke	4 234	5 165	3 764	2 797	(2 344)	4 440	5 149	4 135	3 395	/
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	4 769	5 693	4 020	2 879	(2 414)	5 267	6 053	5 015	3 786	/
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	4 487	5 596	3 919	3 044	2 340	4 577	5 407	4 143	3 399	(2 629)
Investitionsgüterindustrie	4 786	5 695	3 984	2 911	2 390	4 803	5 500	4 240	3 309	2 645
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	4 559	5 313	3 811	2 868	(2 416)	4 876	5 382	4 319	3 188	(2 528)
Maschinenbau, Lokomotivbau	4 585	5 473	3 921	2 877	2 451	4 717	5 403	4 222	3 312	2 621
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	4 999	6 030	4 192	3 083	2 368	5 154	5 881	4 539	3 533	2 922
darunter: Herstellung von Kraftfahrzeugen und -motoren	5 322	6 253	4 353	3 274	(2 429)	5 387	6 048	4 692	3 725	/
Schiffbau	4 008	5 030	3 711	2 699	/	4 390	5 334	4 002	3 375	/
Luft- und Raumfahrzeugbau	5 097	5 917	3 986	2 857	/	4 975	5 695	4 178	3 286	/
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	4 818	5 635	3 887	2 897	2 366	4 827	5 492	4 128	3 189	2 565
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	4 568	5 595	4 056	2 820	2 522	4 377	5 240	4 078	3 300	2 858
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	4 433	5 368	3 940	2 834	2 318	4 382	5 053	4 085	3 402	2 898
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	5 866	6 604	4 357	3 254	/	4 948	5 653	4 563	3 472	(2 049)
Verbrauchsgüterindustrie	4 268	5 365	3 937	2 837	2 288	4 223	5 053	4 005	3 363	2 800
Feinkeramik	3 899	5 273	3 630	2 517	/	3 761	4 844	3 580	2 849	/
Herstellung und Verarbeitung von Glas	4 116	5 325	3 710	2 763	2 188	4 351	5 259	4 013	3 213	(2 238)
Holzverarbeitung, Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u.a.	4 124	5 361	3 830	2 910	2 275	4 131	4 849	3 927	3 301	2 711
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u.a.	4 218	5 572	3 763	3 004	(2 170)	4 063	4 950	3 980	2 666	(2 989)
Papier- und Pappeverarbeitung	4 320	5 311	3 939	2 805	2 388	4 323	5 044	4 088	3 372	2 992
Druckerei, Vervielfältigung	4 528	5 440	4 211	3 101	2 485	4 618	5 392	4 364	3 750	(2 844)
Herstellung von Kunststoffwaren	4 466	5 557	4 012	2 878	2 321	4 354	5 193	4 104	3 396	3 109
Lederherzeugung	4 040	4 946	3 978	(2 770)	/	4 218	4 813	4 011	3 628	/
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	3 888	4 973	3 628	2 453	/	3 598	4 310	3 501	2 993	/
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen usw.	3 969	4 972	3 833	2 467	2 445	3 719	4 504	3 535	3 189	(2 206)
Textilgewerbe	4 161	5 305	3 843	2 814	2 310	3 989	4 928	3 837	3 416	2 859
darunter: Spinnerei, Zwirnerei, handelsfertige Aufmachung von Garnen	4 142	5 356	3 788	2 782	2 296	3 960	4 957	3 844	3 257	2 646
Weberei (ohne Webereien des sonstigen Textilgewerbes)	4 112	5 273	3 710	2 747	2 332	3 903	4 783	3 783	3 530	3 042
Bekleidungsgerber	4 047	5 254	3 729	2 686	2 116	3 896	4 578	3 547	3 018	2 433
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	4 186	5 406	3 842	3 089	2 658	4 426	5 176	4 126	3 426	2 879
darunter: Brot- und Backwarenindustrie	3 637	5 001	3 468	3 184	3 115	4 271	4 772	3 898	(3 695)	/
Obst- und Gemüeverarbeitung	4 177	5 601	3 818	3 102	(2 285)	4 274	5 241	3 834	3 330	(2 652)
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung	3 981	5 089	3 756	2 903	2 521	4 162	4 818	3 924	3 420	/
Fischverarbeitung	3 735	4 958	3 481	2 814	/	4 008	4 280	4 044	3 269	/
Brauerei, Malzerei	4 362	5 354	4 059	3 163	2 589	4 629	5 435	4 223	3 445	/
Tabakverarbeitung	5 024	6 241	4 226	3 386	(2 489)	4 816	5 888	4 520	(2 850)	/
davon: Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen	3 950	5 362	3 493	(2 318)	/	3 163	3 729	3 072	/	/
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen)	5 155	6 319	4 326	3 617	(2 579)	5 159	6 136	4 671	(3 105)	/
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	4 287	5 093	3 794	2 749	1 839	4 781	5 594	4 379	3 211	2 880
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	3 702	4 860	3 504	2 583	2 299	3 656	4 533	3 512	2 771	2 180
darunter: Großhandel	3 760	5 028	3 728	2 664	2 146	3 962	5 032	3 772	2 869	2 284
Einzelhandel	3 225	4 359	3 247	2 447	1 929	3 223	3 816	3 150	2 642	(2 063)
Kreditinstitute	3 916	4 997	3 450	2 693	2 769	4 021	5 198	3 815	3 235	(2 943)
Versicherungsgewerbe	4 215	4 998	3 489	2 856	2 601	4 537	4 913	4 180	/	/

1) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk – 2) Gewinnung von Erdöl, Erdgas, sonstiger Bergbau

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der weiblichen Angestellten in Industrie und Handel im Jahr 1986 nach Beschäftigungsarten und Leistungsgruppen

DM

Wirtschaftszweig	Kaufmannische Angestellte					Technische Angestellte				
	ins- ge- samt	II	III	IV	V	ins- ge- samt	II	III	IV	V
Industrie 1), Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	2 738	4 212	3 154	2 291	1 982	3 152	4 785	3 413	2 654	2 212
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	3 087	4 539	3 407	2 580	2 109	3 220	4 837	3 499	2 708	2 279
Industrie (ohne Bauindustrie)	3 099	4 566	3 416	2 593	2 141	3 226	4 840	3 499	2 716	2 284
Industrie (ohne Bergbau), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	3 085	4 549	3 408	2 581	2 100	3 218	4 836	3 498	2 708	2 280
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	3 093	4 574	3 415	2 584	2 121	3 222	4 838	3 499	2 711	2 283
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie ohne Bauindustrie)	3 094	4 579	3 418	2 585	2 122	3 223	4 843	3 500	2 712	2 283
Verarbeitende Industrie (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	3 081	4 550	3 407	2 572	2 088	3 219	4 842	3 500	2 707	2 280
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 194	4 824	3 453	2 774	2 397	3 239	4 780	3 448	2 763	2 275
darunter: Elektrizitätsversorgung	3 219	4 798	3 488	2 811	2 404	3 313	4 836	3 506	2 799	2 363
Bergbau	3 286	4 173	3 359	2 673	2 581	3 512	5 114	3 713	3 008	/
Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	3 237	4 103	3 153	2 566	2 122	3 297	/	3 637	2 999	/
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	3 425	(5 720)	3 802	3 238	2 984	3 649	/	3 889	3 196	/
Erzbergbau, Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	2 909	/	3 181	2 331	-	(2 952)	/	/	/	/
darunter: Eisenerzbergbau	/	/	/	-	-	-	/	/	/	-
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	3 504	(4 840)	3 610	2 569	-	3 532	/	3 743	(2 972)	-
Übriger Bergbau 2), Torfgewinnung	3 340	4 673	3 635	2 764	2 302	3 858	(5 298)	3 692	(2 970)	-
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	3 314	4 664	3 589	2 643	2 223	3 509	5 435	3 761	2 824	2 456
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	2 945	4 169	3 255	2 547	2 107	3 051	(4 007)	3 428	2 604	(2 196)
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle usw.)	2 977	4 107	3 105	2 392	2 220	3 084	4 053	3 102	2 475	/
davon: Eisenschaffende Industrie	3 007	4 099	3 064	2 320	2 046	3 176	4 050	3 075	2 489	/
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	2 887	4 058	3 130	2 487	2 006	2 775	(4 156)	3 108	2 383	-
Ziehereien, Kaltwalzwerke	2 943	4 218	3 271	2 534	2 342	2 955	(4 001)	3 303	2 546	/
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke und NE-Metallgießerei	3 081	4 489	3 361	2 642	2 283	3 243	4 771	3 398	2 718	/
darunter: NE-Metallgießerei	2 915	4 467	3 126	2 605	2 402	2 896	/	(3 124)	2 505	/
Mineralölverarbeitung	4 140	5 664	4 150	3 333	3 154	3 749	/	3 866	3 011	/
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 476	4 965	3 726	2 733	2 294	3 566	5 702	3 815	2 854	2 457
Herstellung von Chemiefasern	3 429	5 260	3 830	2 667	(1 873)	3 412	(5 172)	3 768	2 826	/
Holzbearbeitung	2 545	3 664	3 034	2 292	1 779	(2 495)	-	-	(2 301)	/
davon: Sage-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke	2 445	3 664	2 942	2 225	1 683	/	-	-	/	-
Sperrholz-, Holzfaserverleim- und Holzspanplattenwerke	2 695	(3 673)	3 140	2 396	1 999	(2 530)	-	-	(2 324)	/
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	3 186	4 784	3 496	2 568	2 196	3 168	/	3 515	2 656	/
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	3 132	4 352	3 410	2 637	2 150	3 182	4 819	3 459	2 767	(2 438)
Investitionsgüterindustrie	3 125	4 628	3 435	2 620	2 108	3 158	4 775	3 471	2 688	2 248
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 055	4 350	3 287	2 493	2 045	2 960	4 335	3 311	2 505	(2 224)
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 017	4 483	3 351	2 574	2 073	2 886	4 647	3 236	2 620	2 290
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 368	5 076	3 686	2 822	2 216	3 500	5 053	3 766	2 918	2 616
darunter: Herstellung von Kraftfahrzeugen und -motoren	3 564	5 409	3 793	2 955	2 350	3 780	5 180	3 852	3 074	(2 564)
Schiffbau	2 802	4 452	3 243	2 313	(1 900)	2 593	/	3 283	2 263	/
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 315	4 995	3 571	2 687	2 216	3 416	4 996	3 671	2 771	/
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 175	4 618	3 413	2 621	2 160	3 312	4 758	3 500	2 715	2 185
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	2 999	4 490	3 406	2 619	2 147	3 010	4 673	3 342	2 740	2 240
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 877	4 339	3 224	2 514	2 054	2 791	4 433	3 216	2 587	2 127
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	3 655	5 449	3 782	2 761	2 207	3 704	5 202	4 010	3 001	(1 884)
Verbrauchsgüterindustrie	2 773	4 212	3 143	2 434	2 079	3 002	4 166	3 187	2 639	2 212
Feinkeramik	2 670	4 313	3 154	2 434	2 080	2 924	(4 327)	3 184	2 517	(2 186)
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 823	4 243	3 237	2 509	2 018	2 739	(3 632)	3 060	2 491	(1 891)
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. a.	2 597	3 778	2 965	2 380	1 977	2 885	(3 992)	3 146	2 543	2 087
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. a.	2 727	4 412	3 194	2 483	2 055	2 895	(3 694)	3 266	2 724	(2 306)
Papier- und Pappeverarbeitung	2 771	4 251	3 044	2 348	2 075	2 930	(4 396)	3 214	2 554	2 329
Druckerei, Vervielfältigung	3 024	4 404	3 283	2 572	2 184	3 184	(4 212)	3 446	2 881	2 176
Herstellung von Kunststoffwaren	2 854	4 229	3 238	2 482	2 014	2 829	4 287	3 210	2 662	2 172
Lederherzeugung	2 702	(3 700)	3 032	2 391	(1 933)	(2 941)	-	(3 467)	(2 570)	/
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 472	3 700	2 701	2 105	1 736	2 404	(3 096)	(2 740)	2 081	/
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen usw.	2 412	4 313	2 825	2 077	1 704	2 848	(3 190)	2 949	2 677	/
Textilgewerbe	2 729	4 255	3 177	2 462	2 225	3 035	4 610	3 296	2 644	2 305
darunter: Spinnerei, Zwirnerei, handelsfertige Aufmachung von Garnen	2 677	4 227	3 136	2 423	2 152	2 692	(4 111)	3 123	2 431	2 191
Weberei (ohne Webereien des sonstigen Textilgewerbes)	2 727	4 294	3 144	2 467	2 277	2 946	4 713	3 195	2 568	2 365
Bekleidungsindustrie	2 639	4 127	3 025	2 330	1 973	3 057	4 111	3 099	2 591	2 147
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2 959	4 434	3 237	2 551	2 193	2 955	4 513	3 201	2 578	2 382
darunter: Brot- und Backwarenindustrie	2 583	3 662	2 847	2 238	1 996	2 976	/	(3 027)	(2 550)	/
Obst- und Gemüseverarbeitung	2 771	4 321	3 053	2 446	2 119	2 979	(4 344)	3 056	2 697	(2 190)
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung	2 498	3 811	2 826	2 202	1 968	2 232	/	3 216	1 905	/
Fischverarbeitung	2 693	(4 514)	3 071	2 380	(1 920)	2 618	/	(3 091)	(2 373)	/
Brauerei, Malzerei	3 307	4 645	3 582	2 881	2 362	3 238	/	3 555	2 830	/
Tabakverarbeitung	3 615	5 121	3 637	2 946	2 831	3 586	(4 929)	3 610	2 975	/
davon: Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpfen	2 458	/	2 545	(2 208)	-	(2 343)	/	/	/	-
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpfen)	3 736	5 210	3 746	3 046	3 041	3 743	(5 732)	3 670	3 092	/
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	2 847	4 076	3 224	2 325	1 680	3 055	4 716	3 509	2 441	(2 013)
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	2 557	4 000	2 990	2 161	1 945	2 520	4 407	2 533	2 139	1 865
darunter: Großhandel	2 589	4 029	3 022	2 240	1 921	2 668	(4 773)	2 938	2 331	2 000
Einzelhandel	2 169	3 580	2 558	1 993	1 709	2 439	(4 325)	2 349	2 045	/
Kreditinstitute	3 032	4 391	3 184	2 589	2 419	3 276	(4 338)	(3 300)	/	/
Versicherungsgewerbe	3 268	4 331	3 278	2 788	2 441	(3 340)	/	/	/	/

1) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk — 2) Gewinnung von Erdöl, Erdgas, sonstiger Bergbau

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierendes Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genüßmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genüßmittel)	
1984 D	119,2	116,4	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4	141,0
1985 D	121,8	118,7	118,3	120,9	118,4	117,4	114,2	120,1	118,5	146,1
1986 D	118,2	115,2	114,9	106,1	121,1	118,6	113,4	123,4	110,6	141,8
1986 Jan.	121,2	117,7	117,4	115,8	119,8	118,1	113,9	121,8	115,7	148,0
Febr.	120,6	117,1	116,7	113,2	120,0	118,3	114,0	122,0	113,9	147,8
März	120,1	116,5	116,1	110,9	120,2	118,4	114,0	122,3	112,1	148,0
April	119,4	116,1	115,6	108,9	120,7	118,5	113,9	122,8	111,6	145,1
Mai	118,6	115,3	115,0	106,5	120,9	118,6	114,0	123,0	110,4	144,6
Juni	118,5	115,1	114,8	105,6	121,1	118,7	114,2	123,4	110,2	144,7
Juli	117,7	114,3	114,0	102,8	121,4	118,7	113,8	123,7	108,2	144,0
Aug.	117,5	114,2	113,9	102,6	121,6	118,8	112,9	124,0	108,9	143,0
Sept.	117,5	114,3	114,0	102,9	121,8	118,7	112,9	124,2	109,5	142,3
Okt.	116,2	114,0	113,7	101,8	121,9	118,9	112,7	124,4	108,7	133,0
Nov.	115,9	113,9	113,6	101,6	121,9	118,9	112,4	124,5	108,8	130,9
Dez.	115,7	113,8	113,5	101,1	121,9	118,9	112,3	124,5	108,7	130,7
1987 Jan.	115,9	114,5	114,2	103,1	122,3	119,0	111,6	125,0	111,2	127,4
Febr.	115,5	114,0	113,7	101,5	122,5	119,2	111,3	125,4	109,7	126,9

Jahr Monat	Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)		Mineralerzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter elektrischer Strom	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizole		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- werke ⁴⁾		
1984 D	129,5	131,7	127,7	124,5	131,9	117,7	115,3	114,7	114,0	117,8
1985 D	132,8	133,9	129,4	127,8	133,7	119,9	119,9	118,9	110,9	122,3
1986 D	137,1	127,9	130,6	82,0	67,1	121,5	115,4	113,9	92,1	125,2
1986 Jan.	135,4	132,8	130,6	111,5	105,0	120,6	120,4	118,9	98,9	122,8
Febr.	135,4	132,8	130,6	102,2	93,8	120,7	119,9	118,4	96,0	124,1
März	135,7	132,8	130,6	94,4	89,2	121,1	119,3	117,7	95,4	124,6
April	135,7	132,8	130,6	88,4	83,1	121,4	118,9	117,4	95,1	125,2
Mai	135,7	127,0	130,6	81,0	65,6	121,6	118,4	116,8	94,4	125,5
Juni	136,7	127,0	130,6	78,9	58,6	121,6	116,4	114,5	94,6	126,0
Juli	138,3	125,2	130,6	70,1	44,8	121,7	114,2	112,8	91,8	125,7
Aug.	138,3	125,2	130,6	71,2	52,1	121,7	113,3	111,8	89,7	125,8
Sept.	138,4	125,4	130,6	73,1	54,6	121,7	113,0	111,6	89,6	125,7
Okt.	138,5	124,6	130,7	70,6	51,7	122,0	111,7	110,7	88,0	125,7
Nov.	138,5	124,4	130,7	71,4	54,1	121,8	110,0	109,0	86,6	125,9
Dez.	138,6	124,8	130,7	70,7	53,0	121,9	108,6	107,5	85,5	125,5
1987 Jan.	138,5	125,4	130,6	80,6	73,4	122,0	108,0	106,8	82,2	125,4
Febr.	138,5	125,6	130,6	74,1	56,9	121,9	107,7	106,4	81,8	125,5

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)				
		zusammen	darunter Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbli Arbeitsmaschinen	Kraft- maschinen	Land- maschinen	
1984 D	118,1	114,0	114,2	119,1	119,5	118,0	118,5	116,9	117,8	119,9
1985 D	123,6	117,9	119,1	121,0	120,9	122,0	123,0	120,1	120,0	123,2
1986 D	129,1	119,0	118,5	124,4	124,5	126,2	127,6	123,3	124,0	126,6
1986 Jan.	125,5	119,3	120,4	122,5	122,5	124,3	125,5	121,6	121,8	125,2
Febr.	127,0	119,1	120,0	122,7	122,6	124,5	125,8	121,9	122,3	125,4
März	128,1	119,0	119,5	123,0	122,8	124,8	126,1	122,3	122,3	125,7
April	128,9	119,0	119,1	123,6	123,5	125,6	127,0	122,7	124,1	126,1
Mai	129,3	119,2	119,0	123,9	123,7	126,0	127,5	123,3	124,1	126,2
Juni	129,9	119,1	118,7	124,5	124,6	126,3	127,9	123,8	124,8	126,6
Juli	129,8	119,4	118,7	124,9	125,0	126,7	128,2	123,9	124,8	126,8
Aug.	130,0	119,4	118,6	125,2	125,4	126,9	128,4	124,0	124,8	126,9
Sept.	129,9	119,3	118,2	125,3	125,5	127,0	128,6	124,1	124,8	127,3
Okt.	130,2	118,9	117,5	125,6	125,9	127,2	128,8	123,9	124,8	127,3
Nov.	130,6	118,3	116,3	125,8	125,9	127,3	128,9	124,1	124,8	127,8
Dez.	130,3	118,1	115,4	125,7	126,0	127,3	128,9	124,1	124,8	127,8
1987 Jan.	130,5	117,9	114,9	125,8	126,1	128,2	129,9	124,3	125,8	128,2
Febr.	130,8	117,5	114,7	125,9	126,0	128,4	130,3	124,6	125,9	128,3

Fußnoten siehe folgende Seite

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren		Eisen- Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter feinme- chanische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Kraft- räder ⁵⁾	Teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1984 D	117,5	117,3	117,8	120,3	111,4	112,5	115,2	117,1	113,2	118,1	102,2
1985 D	121,4	121,8	120,5	126,4	113,0	114,9	118,6	119,2	115,6	121,6	103,2
1986 D	125,3	126,3	123,4	128,1	114,1	117,5	122,0	121,0	116,8	114,6	100,6
1986 Jan.	123,6	124,5	122,1	127,7	113,3	116,5	120,3	120,1	115,9	120,0	101,5
Febr.	124,0	124,6	122,9	127,8	113,4	116,8	121,0	120,2	116,3	119,3	101,1
März	124,3	124,9	123,3	127,8	113,6	116,8	121,0	120,3	116,5	118,5	100,8
April	124,7	125,3	123,6	127,8	114,0	117,1	121,5	120,8	116,3	116,4	100,7
Mai	124,7	125,3	123,7	127,8	114,1	117,3	122,0	120,9	116,3	114,7	100,2
Juni	124,9	125,5	123,7	127,8	114,2	117,4	122,2	121,1	116,5	114,0	100,4
Juli	125,1	125,9	123,6	127,8	114,4	117,7	122,5	121,4	116,3	113,2	100,4
Aug.	125,8	127,0	123,6	127,8	114,3	117,9	122,5	121,3	116,7	112,8	100,8
Sept.	126,5	127,9	123,7	128,7	114,3	118,2	122,6	121,4	117,5	112,2	100,6
Okt.	126,6	128,0	123,7	128,7	114,3	118,3	123,1	121,4	118,0	111,5	100,5
Nov.	126,6	128,1	123,7	128,9	114,4	118,2	122,8	121,5	117,7	111,3	100,2
Dez.	126,6	128,1	123,7	128,9	114,4	118,0	122,9	121,5	117,6	111,3	100,1
1987 Jan.	126,9	128,1	124,3	129,7	114,7	118,1	122,8	121,5	117,8	111,2	99,8
Febr.	127,8	129,3	124,8	129,9	114,7	118,3	123,2	121,7	118,0	111,1	98,5

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff, ⁶⁾ Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1984 D	116,7	109,5	94,9	117,5	115,8	116,0	112,8	109,7	118,5	124,4
1985 D	120,2	110,3	94,0	120,4	121,0	120,5	117,6	110,8	123,2	128,4
1986 D	123,0	110,3	94,8	123,9	116,3	120,1	120,0	110,9	124,8	127,1
1986 Jan.	121,5	110,4	94,3	122,3	117,6	119,8	118,5	111,7	124,5	128,3
Febr.	122,0	110,1	94,5	122,8	117,6	120,2	118,9	111,5	124,8	127,7
März	122,1	109,9	94,4	123,1	117,5	120,4	119,0	111,4	124,7	127,7
April	122,5	110,0	94,8	123,5	117,8	120,2	119,1	111,0	124,8	127,5
Mai	122,9	110,2	94,9	123,8	117,2	120,1	119,7	110,8	124,8	127,3
Juni	123,3	110,1	95,0	124,0	117,0	120,1	120,4	110,9	124,8	127,1
Juli	123,6	110,0	95,1	124,2	116,7	120,2	120,4	110,6	124,7	127,0
Aug.	123,5	110,2	95,0	124,2	115,7	120,1	120,5	110,8	124,8	126,9
Sept.	123,6	110,2	95,0	124,4	115,4	120,0	120,3	110,6	124,8	126,9
Okt.	123,6	110,7	94,9	124,5	114,9	120,1	120,9	110,7	125,0	126,8
Nov.	123,8	110,7	94,6	124,6	114,5	120,3	121,0	110,4	125,0	126,6
Dez.	123,8	110,6	94,7	124,8	114,2	120,2	121,0	110,4	125,0	125,8
1987 Jan.	123,8	110,7	94,7	125,4	113,6	120,2	120,9	110,6	123,9	125,9
Febr.	124,0	110,4	94,6	125,8	113,7	120,2	120,8	110,8	123,9	125,5

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schäl- mühlener- zeugnisse	Milch, Butter und Käse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1984 D	113,9	113,7	116,2	115,9	113,5	106,0	108,9	110,7	128,5	117,8
1985 D	117,5	117,6	118,9	118,5	112,7	99,5	107,1	110,5	130,0	119,9
1986 D	119,8	120,1	118,3	120,8	111,5	96,8	106,5	108,7	133,7	122,0
1986 Jan.	118,6	118,7	118,9	119,7	112,1	98,5	107,4	109,9	132,9	120,8
Febr.	118,7	118,8	118,9	119,9	112,2	98,4	107,2	109,5	132,9	120,9
März	118,8	118,9	118,8	120,2	112,2	98,0	107,0	109,2	132,9	121,1
April	119,5	119,8	118,8	120,4	112,1	97,8	106,8	108,7	132,9	121,3
Mai	119,7	120,0	118,8	120,6	112,1	97,9	106,8	108,8	134,0	122,2
Juni	119,7	119,9	118,6	120,7	112,3	97,8	106,5	109,1	134,2	122,4
Juli	120,2	120,6	118,3	121,0	111,9	96,2	106,3	109,3	134,2	122,4
Aug.	120,2	120,6	118,0	121,2	110,9	95,1	106,2	108,9	134,2	122,5
Sept.	120,2	120,7	117,8	121,4	110,9	95,7	106,1	108,6	134,2	122,5
Okt.	120,5	121,0	117,6	121,4	110,7	95,1	105,9	108,1	134,2	122,4
Nov.	120,5	121,0	117,6	121,4	110,4	95,4	105,8	107,0	134,1	122,4
Dez.	120,6	121,1	117,6	121,4	110,3	95,4	105,9	106,9	134,2	122,7
1987 Jan.	120,7	120,9	117,7	121,5	109,5	95,0	105,7	106,5	134,2	123,7
Febr.	121,1	121,1	117,7	121,5	109,2	95,0	105,6	106,2	134,2	124,0

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter - 3) In den Preisindizes für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. - 4) Ohne Ferrolegierungswerke - 5) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotoren sowie Verbrennungsmotoren für Kraftroller - 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Wohn- ungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

Alle privaten Haushalte¹⁾

1984 D	118,4	118,4	116,0	115,7	122,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985 D	121,0	121,0	116,9	118,4	126,8	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1986 D	120,7	120,8	117,6	120,6	123,4	126,4	116,4	119,1	121,5	118,3	117,8	130,1
1986 Jan.	121,6	121,7	117,1	119,8	126,5	125,3	129,2	118,5	120,9	122,5	117,9	129,3
Febr.	121,3	121,3	117,7	120,1	125,6	125,6	125,7	118,8	121,1	120,2	118,1	129,5
März	121,0	121,0	117,7	120,2	125,4	125,8	124,4	118,9	121,2	118,1	118,1	129,7
April	120,9	120,8	118,2	120,3	124,9	126,0	122,3	119,0	121,3	117,3	118,1	129,7
Mai	120,9	120,7	118,5	120,5	123,9	126,1	118,6	118,9	121,3	117,5	118,1	129,9
Juni	121,1	120,9	118,9	120,5	123,2	126,3	116,0	119,0	121,4	118,9	117,9	130,6
Juli	120,5	120,5	118,4	120,6	122,1	126,6	112,0	119,1	121,5	117,9	117,3	130,6
Aug.	120,2	120,5	117,2	120,7	122,6	126,8	113,1	119,2	121,5	117,2	117,1	130,4
Sept.	120,4	120,7	117,0	121,0	122,5	126,9	112,4	119,3	121,8	118,3	117,2	130,4
Okt.	120,0	120,3	116,7	121,2	121,4	127,0	108,4	119,4	121,9	117,3	117,9	130,4
Nov.	119,9	120,3	116,5	121,3	121,3	127,2	107,8	119,6	122,0	117,0	117,9	130,4
Dez.	120,1	120,4	116,8	121,3	121,1	127,3	107,0	119,6	122,1	117,3	118,4	130,6
1987 Jan.	120,6	120,7	117,0	121,5	122,0	127,5	109,3	119,8	122,2	118,4	119,4	130,7
Febr.	120,7	120,7	117,6	121,7	121,4	127,9	106,7	120,0	122,4	118,3	119,5	131,5

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen²⁾

1984 D	118,7	118,8	115,7	115,9	122,2	119,5	129,9	116,5	116,9	120,3	115,6	123,7
1985 D	121,5	121,6	116,6	118,7	126,2	123,2	134,8	118,4	118,7	123,3	117,7	129,0
1986 D	121,4	121,5	117,2	121,0	122,9	125,6	115,2	119,8	120,6	117,7	119,5	133,5
1986 Jan.	122,3	122,3	116,9	120,2	125,9	124,5	130,1	119,2	120,0	122,3	119,2	132,7
Febr.	122,1	122,0	117,6	120,5	125,2	124,8	126,3	119,5	120,2	119,8	119,5	132,9
März	121,7	121,7	117,6	120,6	124,9	125,0	124,6	119,6	120,3	117,4	119,5	133,0
April	121,6	121,5	118,1	120,7	124,4	125,1	122,3	119,7	120,4	116,7	119,6	133,0
Mai	121,6	121,5	118,3	120,9	123,5	125,3	118,2	119,6	120,4	116,9	119,7	133,2
Juni	121,8	121,7	118,5	120,9	122,8	125,5	115,0	119,7	120,5	118,5	119,5	134,0
Juli	121,4	121,4	118,1	120,9	121,8	125,7	110,5	119,8	120,5	117,5	119,1	134,0
Aug.	121,0	121,3	116,8	121,1	122,1	125,9	111,4	119,9	120,6	116,6	119,0	133,8
Sept.	121,2	121,5	116,5	121,4	122,0	126,0	110,4	120,0	120,8	117,7	119,1	133,8
Okt.	120,8	121,2	116,2	121,6	120,8	126,1	105,6	120,1	120,9	116,6	119,6	133,8
Nov.	120,7	121,1	116,0	121,7	120,7	126,3	104,6	120,3	121,0	116,3	119,7	133,8
Dez.	120,9	121,2	116,3	121,8	120,5	126,4	103,5	120,3	121,0	116,6	120,1	134,0
1987 Jan.	121,4	121,5	116,6	121,9	121,2	126,6	105,7	120,4	121,2	117,7	120,9	134,1
Febr.	121,6	121,6	117,4	122,1	120,7	126,9	102,7	120,7	121,3	117,6	121,0	134,9

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾

1984 D	118,4	118,3	115,7	116,3	123,1	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985 D	120,9	121,0	116,6	119,1	127,3	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1986 D	120,7	120,8	117,1	121,5	124,7	126,7	119,6	119,1	124,7	116,3	119,4	130,3
1986 Jan.	121,6	121,7	116,9	120,6	127,3	125,6	131,8	118,4	124,1	121,2	119,1	129,3
Febr.	121,4	121,3	117,5	120,9	126,7	125,9	128,8	118,7	124,3	118,7	119,5	129,5
März	121,0	121,0	117,4	121,0	126,5	126,1	127,5	118,8	124,4	116,0	119,5	129,8
April	121,0	120,8	117,9	121,2	126,0	126,2	125,5	118,9	124,6	115,1	119,5	129,7
Mai	120,9	120,8	118,1	121,4	125,2	126,4	122,2	118,9	124,6	115,4	119,6	129,8
Juni	121,2	121,0	118,4	121,4	124,7	126,6	119,8	119,0	124,7	117,0	119,4	130,8
Juli	120,7	120,6	117,9	121,4	123,8	126,8	116,2	119,1	124,8	115,9	119,0	130,8
Aug.	120,3	120,6	116,7	121,6	124,1	127,0	116,7	119,2	124,8	115,1	118,9	130,7
Sept.	120,4	120,7	116,5	121,9	124,0	127,2	115,8	119,3	124,9	116,3	119,0	130,6
Okt.	120,0	120,4	116,2	122,1	122,7	127,3	111,2	119,4	125,0	115,1	119,5	130,6
Nov.	119,9	120,3	116,0	122,2	122,5	127,4	110,1	119,6	125,1	114,8	119,6	130,6
Dez.	120,0	120,3	116,2	122,3	122,3	127,6	109,0	119,6	125,2	115,1	120,0	130,9
1987 Jan.	120,4	120,6	116,4	122,5	122,8	127,8	110,2	119,7	125,3	116,3	120,7	131,0
Febr.	120,6	120,6	117,1	122,6	122,3	128,1	107,7	119,9	125,4	116,1	120,9	131,6

Fußnoten siehe folgende Seite

Preisindex für die Lebenshaltung 1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getranke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern⁴⁾

1984 D	118,7	118,7	115,4	115,5	123,4	120,8	130,1	115,7	126,8	117,5	117,1	116,8
1985 D	121,1	121,2	116,1	118,3	127,7	125,0	134,7	177,5	128,4	119,0	119,7	120,0
1986 D	121,4	121,6	116,3	120,4	127,2	127,6	126,0	119,2	129,9	115,7	122,1	123,8
1986 Jan.	121,7	121,9	116,0	119,6	128,6	126,4	134,2	118,5	129,3	118,4	122,5	122,6
Febr.	121,9	121,9	116,8	119,9	128,4	126,7	132,6	118,7	129,5	117,1	122,7	122,8
März	121,8	121,9	116,7	120,0	128,4	127,0	131,9	118,8	129,6	115,7	122,4	123,1
April	121,9	121,8	117,4	120,2	128,0	127,1	130,2	118,9	129,7	115,2	122,4	123,1
Mai	122,0	121,7	117,8	120,3	127,6	127,3	128,2	119,0	129,8	115,5	122,7	123,3
Juni	122,2	121,8	118,3	120,3	127,3	127,5	126,9	119,2	129,9	116,3	122,3	124,5
Juli	121,7	121,6	117,6	120,3	126,9	127,7	124,7	119,2	129,9	115,4	121,3	124,5
Aug.	121,0	121,5	115,6	120,4	127,0	127,9	124,5	119,4	130,0	114,8	120,8	124,4
Sept.	120,9	121,6	115,2	120,8	126,9	128,1	123,7	119,5	130,1	115,4	120,9	124,4
Okt.	120,5	121,2	114,7	121,0	125,8	128,2	119,7	119,7	130,3	114,8	122,0	124,4
Nov.	120,3	121,1	114,3	121,1	125,5	128,3	118,3	120,0	130,4	114,5	122,1	124,4
Dez.	120,5	121,1	114,7	121,2	125,4	128,5	117,3	120,0	130,4	114,9	123,0	124,6
1987 Jan.	120,8	121,1	115,0	121,4	125,4	128,7	116,8	120,1	130,6	115,5	124,8	124,9
Febr.	121,1	121,1	116,0	121,6	125,2	129,1	115,1	120,3	130,7	115,4	124,7	125,8

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1984 D	117,0	.	115,0	116,2	122,2	121,0	125,6	115,9	116,5	128,6	119,7	116,4
1985 D	118,5	.	114,7	119,0	126,5	125,3	129,9	117,8	118,2	130,0	121,8	119,3
1986 D	118,9	.	114,6	121,5	123,5	128,0	110,0	119,2	120,2	132,5	124,1	121,9
1986 Jan.	118,7	.	114,2	120,6	126,1	126,8	124,0	118,5	119,4	131,2	122,7	121,2
Febr.	119,1	.	115,0	120,9	125,3	127,1	119,7	118,7	119,6	132,0	123,2	121,4
März	119,0	.	114,7	121,1	125,1	127,4	118,2	118,9	119,8	132,6	123,5	121,5
April	119,5	.	115,8	121,2	124,7	127,6	116,0	119,0	119,9	132,7	123,7	121,8
Mai	119,8	.	116,8	121,3	123,6	127,8	111,4	119,1	120,0	132,9	123,9	121,9
Juni	120,2	.	117,8	121,4	122,9	127,9	108,0	119,2	120,1	132,9	124,0	122,0
Juli	119,3	.	116,1	121,4	121,9	128,2	103,3	119,3	120,3	132,5	124,1	122,1
Aug.	118,4	.	113,9	121,5	122,6	128,4	105,4	119,3	120,4	132,5	124,6	122,1
Sept.	118,3	.	113,4	121,9	122,7	128,6	105,5	119,5	120,4	132,5	124,6	122,2
Okt.	118,0	.	112,8	122,0	122,1	128,7	102,6	119,6	120,7	133,0	124,7	122,4
Nov.	117,8	.	112,3	122,2	122,3	128,8	103,0	119,8	120,8	132,0	124,9	122,3
Dez.	118,1	.	112,8	122,2	122,4	129,0	102,8	119,8	120,9	133,1	124,8	122,4
1987 Jan.	118,6	.	113,4	122,4	123,6	129,2	107,2	119,9	121,0	132,8	124,9	122,5
Febr.	119,2	.	114,8	122,5	123,2	129,5	104,4	120,0	121,2	133,0	125,2	122,8

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 665 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 – 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 148 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 – 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 575 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 – 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 192 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. – 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr, Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke. – 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck) – 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfruchte, Frischfleisch, und Blumen – 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)
1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien -	Mehrfamilien -	Gemischt- genutzte -			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
		Gebäude							
1984 D	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	113,8	115,7	115,0	116,3
1985 D	114,5	113,8	114,8	115,0	116,8	114,3	116,5	115,9	117,2
1986 D	116,2	115,4	116,6	116,8	118,9	115,9	118,9	117,9	119,9
1983 Aug.	112,3	111,8	112,5	112,6	113,7	112,2	114,0	113,2	114,9
1983 Nov.	112,5	111,9	112,7	112,8	114,1	112,4	114,3	113,6	115,1
1984 Mai	114,2	113,6	114,5	114,5	115,9	114,0	116,0	115,4	116,6
1984 Aug.	114,4	113,8	114,7	114,7	116,2	114,2	116,0	115,4	116,6
1984 Nov.	114,2	113,6	114,5	114,5	116,1	114,0	115,7	115,2	116,2
1985 Febr.	114,2	113,6	114,4	114,5	116,3	114,0	115,8	115,3	116,4
1985 Mai	114,2	113,5	114,5	114,7	116,5	113,9	116,2	115,5	116,8
1985 Aug.	114,8	114,0	115,1	115,3	117,1	114,5	116,9	116,2	117,6
1985 Nov.	114,9	114,1	115,3	115,5	117,3	114,7	117,2	116,4	118,0
1986 Febr.	115,2	114,4	115,6	115,8	117,8	114,9	117,6	116,9	118,4
1986 Mai	116,1	115,2	116,4	116,6	118,6	115,7	118,5	117,7	119,4
1986 Aug.	116,7	115,8	117,0	117,3	119,3	116,3	119,5	118,4	120,6
1986 Nov.	116,9	116,0	117,3	117,5	119,7	116,6	119,9	118,7	121,1

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden			
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne	
1984 D	100,8	100,9	100,8	108,4	102,5	101,1	119,2	118,7	119,0	118,0
1985 D	102,6	102,5	102,8	108,7	102,9	101,5	121,5	120,9	121,1	119,9
1986 D	104,8	104,6	104,9	110,8	105,4	103,8	124,0	123,4	123,4	122,8
1983 Aug.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,7	100,6	116,8	116,4	116,5	116,1
1983 Nov.	99,9	99,9	99,8	107,9	101,6	100,4	117,0	116,5	116,7	115,9
1984 Mai	100,8	100,9	100,7	108,8	102,7	101,3	119,2	118,7	119,0	118,1
1984 Aug.	101,2	101,2	101,2	108,7	102,8	101,4	119,9	119,5	119,7	119,0
1984 Nov.	101,3	101,3	101,3	108,3	102,7	101,1	120,2	119,6	119,9	118,9
1985 Febr.	101,6	101,5	101,7	108,0	102,3	100,9	120,5	119,9	120,3	118,7
1985 Mai	102,4	102,2	102,6	108,3	102,6	101,2	121,1	120,5	120,8	119,4
1985 Aug.	103,0	102,8	103,2	109,1	103,2	101,8	122,0	121,4	121,6	120,7
1985 Nov.	103,5	103,3	103,7	109,2	103,5	102,2	122,2	121,6	121,8	120,8
1986 Febr.	104,2	103,9	104,4	109,6	104,3	102,7	122,9	122,2	122,4	121,4
1986 Mai	104,8	104,7	105,0	110,6	105,4	103,7	123,7	123,0	123,1	122,5
1986 Aug.	105,0	104,9	105,0	111,3	105,7	104,3	124,5	123,9	123,9	123,6
1986 Nov.	105,0	104,9	105,0	111,5	106,0	104,3	124,9	124,3	124,3	123,8

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4
1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1983	73 172	76 402	88,52	55 860	47 303	119,91	8 251	14 248	46,07	9 061	14 851	29,29
1984	66 245	68 501	87,72	49 247	41 125	121,95	6 960	11 893	45,09	10 038	15 483	29,56
1985	62 382	75 815	78,69	48 957	41 146	116,09	5 747	12 641	39,94	7 678	22 028	31,08
1985 3. Vj	13 603	16 521	72,48	10 572	8 932	108,06	1 341	2 816	38,23	1 690	4 773	26,12
1985 4. Vj	15 052	17 615	81,26	11 599	9 760	120,65	1 504	2 753	40,19	1 949	5 102	28,07
1986 1. Vj	12 694	14 307	84,40	9 986	8 252	121,37	1 186	2 211	49,56	1 522	3 843	25,08
1986 2. Vj	15 079	16 037	83,26	12 120	9 527	118,02	1 315	2 221	40,75	1 644	4 290	28,06
1986 3. Vj	13 376	15 013	81,77	10 640	8 430	118,63	1 177	2 260	39,69	1 559	4 323	31,89

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5
1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen – 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen

Mill. DM

Vierteljahr 1)	Bruttoinlands- produkt 2)	Bruttowertschöpfung					
		insgesamt 3)	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Waren- produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungs- unternehmen	Staat, private Haushalte 4)
In jeweiligen Preisen							
1983 1. Vj	394 260	362 980	3 460	162 490	60 490	103 870	52 420
2. Vj	407 920	378 480	2 820	173 090	63 630	107 090	52 300
3. Vj	420 130	389 300	17 190	166 290	62 100	109 020	55 480
4. Vj	452 530	418 520	8 750	183 190	68 640	110 460	68 220
1984 1. Vj	420 840	386 950	3 540	174 130	64 740	111 480	53 890
2. Vj	420 270	388 590	3 920	171 560	65 960	114 000	54 190
3. Vj	440 810	408 720	18 430	174 180	65 440	116 120	55 670
4. Vj	472 390	437 560	8 910	190 340	71 160	117 650	70 580
1985 1. Vj	431 930	398 350	3 290	176 120	65 530	117 960	56 490
2. Vj	444 300	412 250	3 590	185 190	68 110	119 680	56 700
3. Vj	467 460	435 720	15 670	191 310	68 890	122 680	58 240
4. Vj	496 220	460 530	8 520	202 970	73 360	124 190	72 710
1986 1. Vj	452 340	418 600	3 290	186 910	66 440	124 550	58 770
2. Vj	475 620	443 060	4 060	203 920	70 060	126 280	60 270
3. Vj	491 620	458 920	16 230	203 520	69 190	129 890	61 650
4. Vj	524 370	488 010	9 450	216 120	75 130	132 290	76 660
In Preisen von 1980							
1983 1. Vj	359 350	330 730	3 650	145 140	55 210	89 460	51 910
2. Vj	368 770	342 240	3 390	152 960	57 760	90 860	52 050
3. Vj	375 200	348 930	15 650	148 870	56 390	90 760	52 050
4. Vj	390 600	363 010	10 150	162 460	62 070	91 270	52 000
1984 1. Vj	374 290	345 640	4 010	153 080	58 030	92 960	52 610
2. Vj	372 010	345 690	4 160	150 490	59 280	94 030	52 780
3. Vj	387 950	361 140	17 690	151 930	59 090	94 950	52 790
4. Vj	400 620	372 650	9 730	166 080	64 010	95 250	52 820
1985 1. Vj	376 720	348 770	3 300	152 270	58 440	96 930	53 630
2. Vj	385 800	359 600	3 840	159 190	60 800	97 810	53 780
3. Vj	401 660	375 540	17 780	159 440	61 500	98 930	53 840
4. Vj	410 670	382 370	9 640	169 910	65 540	99 230	53 920
1986 1. Vj	382 460	354 500	3 130	153 510	59 350	100 430	54 640
2. Vj	400 440	373 670	4 270	166 310	63 530	101 410	54 860
3. Vj	410 360	383 300	17 870	162 330	62 240	102 920	54 920
4. Vj	420 970	391 950	11 330	172 330	66 850	103 300	55 040

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — 2) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben — 3) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen — 4) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck

Verwendung des Sozialprodukts

Mill. DM

Vierteljahr 1)	Brutto- sozial- produkt	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- veränderung	Außen- beitrag	Nachrichtlich	
				zusammen	Aus- rüstungen	Bauten			Ausfuhr	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen 2)
In jeweiligen Preisen										
1983 1. Vj	394 100	228 170	77 410	67 910	27 660	40 250	- 8 900	11 710	127 960	116 250
2. Vj	409 400	236 230	77 760	88 300	32 690	55 610	- 2 600	9 710	129 090	119 380
3. Vj	420 700	237 260	80 910	89 530	32 040	57 490	- 12 200	800	126 120	125 320
4. Vj	455 100	262 500	100 130	98 080	43 210	54 870	-20 300	14 690	141 460	126 770
1984 1. Vj	421 200	238 610	79 740	73 050	28 930	44 120	- 19 700	10 100	142 050	131 950
2. Vj	422 900	246 810	81 890	88 080	29 950	58 130	- 2 200	8 320	140 280	131 960
3. Vj	442 600	246 970	83 110	92 630	34 210	58 420	- 13 800	6 090	143 820	137 730
4. Vj	476 400	270 450	105 490	100 870	44 490	56 380	-26 200	25 790	161 820	136 030
1985 1. Vj	431 800	244 350	83 210	69 770	32 370	37 400	- 21 500	12 970	157 640	144 670
2. Vj	447 000	255 870	85 250	91 660	36 250	55 410	- 3 100	17 320	160 830	143 510
3. Vj	469 400	259 520	87 870	94 780	36 400	58 380	- 13 300	13 930	161 610	147 680
4. Vj	498 800	282 050	109 380	103 090	48 830	54 260	-24 200	28 480	167 260	138 780
1986 1. Vj	452 400	253 130	86 250	71 820	34 030	37 790	- 18 100	23 100	155 280	132 180
2. Vj	476 300	268 040	90 180	97 960	40 250	57 710	-4 500	24 620	161 420	136 800
3. Vj	493 700	268 590	92 740	97 660	37 590	60 070	- 10 700	24 010	155 790	131 780
4. Vj	526 600	291 300	113 920	108 450	50 350	58 100	-21 700	34 630	162 350	127 720
In Preisen von 1980										
1983 1. Vj	359 200	200 500	73 640	62 480	24 840	37 640	- 8 400	14 180	115 900	101 720
2. Vj	370 100	206 570	74 000	80 530	28 870	51 660	- 1 700	10 700	116 090	105 390
3. Vj	375 700	205 550	73 680	81 240	28 310	52 930	- 11 200	4 030	112 290	108 260
4. Vj	392 800	228 980	80 120	88 190	37 880	50 310	-19 400	16 910	124 530	107 620
1984 1. Vj	374 600	203 530	74 370	65 260	25 290	39 970	- 17 500	13 940	124 400	110 460
2. Vj	374 300	209 480	75 960	78 510	26 140	52 370	- 1 200	11 550	121 840	110 290
3. Vj	389 500	209 660	75 530	82 210	29 670	52 540	- 12 200	9 900	124 260	114 360
4. Vj	404 000	229 210	82 960	88 920	38 260	50 660	-24 300	27 210	138 160	110 950
1985 1. Vj	376 600	203 880	75 470	60 870	27 620	33 250	- 18 600	17 780	133 840	116 060
2. Vj	388 100	212 110	77 090	80 390	30 690	49 700	- 1 900	20 410	135 050	114 640
3. Vj	403 300	215 610	77 940	82 980	30 790	52 190	- 11 500	15 270	135 680	120 410
4. Vj	412 800	235 330	84 980	89 660	41 430	48 230	-22 400	25 230	141 030	115 810
1986 1. Vj	382 500	210 840	77 090	61 940	28 770	33 170	- 15 100	17 730	131 840	114 110
2. Vj	401 000	223 980	79 290	84 690	33 830	50 860	- 800	13 840	137 870	124 030
3. Vj	412 100	224 220	80 360	84 410	31 610	52 800	- 12 500	10 610	133 600	122 990
4. Vj	422 800	244 660	86 720	93 110	42 330	50 780	-20 700	19 010	139 790	120 780

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — 2) Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen

Vierteljahr 1)	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte ²⁾
----------------	-----------	--------------------------------------	-----------------------------	--------------------	----------------------------	--

Einkommen aus unselbständiger Arbeit³⁾

Mill. DM

1983 1. Vj	209 020	1 820	98 820	35 610	24 080	48 690
2. Vj	222 840	1 990	110 230	35 940	26 170	48 510
3. Vj	228 530	2 150	111 630	37 200	25 930	51 620
4. Vj	258 100	2 060	118 860	43 810	29 090	64 280
1984 1. Vj	220 760	1 910	105 980	36 690	26 250	49 930
2. Vj	226 950	2 140	110 210	37 000	27 430	50 170
3. Vj	234 110	2 270	114 360	38 680	27 180	51 640
4. Vj	269 300	2 200	124 320	45 960	30 330	66 490
1985 1. Vj	223 830	2 020	104 790	37 830	26 830	52 360
2. Vj	239 300	2 160	117 110	38 340	29 160	52 530
3. Vj	244 100	2 300	119 250	39 480	29 000	54 070
4. Vj	279 800	2 250	128 810	47 500	32 770	68 470
1986 1. Vj	234 160	2 030	110 200	39 180	28 240	54 510
2. Vj	252 260	2 230	123 530	39 660	30 890	55 950
3. Vj	257 150	2 380	125 570	41 320	30 560	57 320
4. Vj	293 020	2 270	134 990	49 050	34 450	72 260

Erwerbstätige im Inland

Durchschnitt in 1 000

1983 1. Vj	25 116	1 374	10 458	4 763	3 655	4 866
2. Vj	25 208	1 398	10 488	4 745	3 693	4 884
3. Vj	25 387	1 404	10 602	4 759	3 737	4 885
4. Vj	25 377	1 388	10 616	4 777	3 715	4 881
1984 1. Vj	25 043	1 359	10 320	4 757	3 710	4 897
2. Vj	25 215	1 383	10 400	4 757	3 760	4 915
3. Vj	25 442	1 388	10 527	4 777	3 824	4 926
4. Vj	25 492	1 374	10 553	4 809	3 810	4 946
1985 1. Vj	25 174	1 347	10 266	4 766	3 815	4 980
2. Vj	25 360	1 367	10 366	4 760	3 863	5 004
3. Vj	25 653	1 372	10 559	4 778	3 930	5 014
4. Vj	25 709	1 354	10 597	4 804	3 916	5 038
1986 1. Vj	25 399	1 327	10 327	4 761	3 910	5 074
2. Vj	25 619	1 353	10 453	4 763	3 950	5 108
3. Vj	25 920	1 360	10 651	4 778	4 013	5 118
4. Vj	25 966	1 340	10 657	4 814	4 003	5 152

Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland

Durchschnitt in 1 000

1983 1. Vj	21 842	228	9 860	4 017	2 871	4 866
2. Vj	21 930	252	9 890	3 999	2 905	4 884
3. Vj	22 115	261	10 008	4 012	2 949	4 885
4. Vj	22 105	247	10 022	4 028	2 927	4 881
1984 1. Vj	21 777	233	9 731	4 004	2 912	4 897
2. Vj	21 947	257	9 811	4 004	2 960	4 915
3. Vj	22 180	265	9 939	4 025	3 025	4 926
4. Vj	22 224	253	9 963	4 055	3 007	4 946
1985 1. Vj	21 912	237	9 681	4 012	3 002	4 980
2. Vj	22 092	257	9 781	4 004	3 046	5 004
3. Vj	22 388	265	9 973	4 021	3 115	5 014
4. Vj	22 440	249	10 009	4 047	3 097	5 038
1986 1. Vj	22 132	230	9 742	4 002	3 084	5 074
2. Vj	22 346	256	9 868	4 002	3 120	5 100
3. Vj	22 650	264	10 064	4 019	3 185	5 118
4. Vj	22 692	246	10 070	4 053	3 171	5 152

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis — 2) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 3) Im Inland entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

Zum Aufsatz: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts
Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 1)		1985 1)		1986 1)	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
in jeweiligen Preisen						
Bruttoinlandsprodukt	841 110	913 200	876 230	963 680	927 960	1 015 990
Bruttowertschöpfung ²⁾	817 410	888 480	852 660	938 540	904 550	990 130
Unternehmen	709 330	762 230	739 470	807 590	785 510	851 820
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7 460	27 340	6 880	24 190	7 350	25 680
Warenproduzierendes Gewerbe	345 690	364 520	361 310	394 280	390 830	419 640
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	33 620	31 700	35 630	34 570	36 130	32 250
Verarbeitendes Gewerbe	265 420	281 570	284 240	309 380	312 290	334 200
Baugewerbe	46 650	51 250	41 440	50 330	42 410	53 190
Handel und Verkehr	130 700	136 600	133 640	142 250	136 500	144 320
Handel	80 610	84 740	81 730	87 950	83 120	88 320
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	50 090	51 860	51 910	54 300	53 380	56 000
Dienstleistungsunternehmen	225 480	233 770	237 640	246 870	250 830	262 180
darunter: Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	49 320	50 070	50 380	50 550	51 720	52 210
Wohnungsvermietung ³⁾	57 950	59 490	61 620	62 660	64 360	65 290
+ Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) ⁴⁾	2 990	5 800	2 570	4 520	740	4 310
= Bruttosozialprodukt	844 100	919 000	878 800	968 200	928 700	1 020 300
Letzte inländische Verwendung von Gütern	825 680	887 120	848 510	925 790	880 980	961 660
Letzter Verbrauch	647 050	706 020	668 680	738 820	697 600	766 550
Privater Verbrauch	485 420	517 420	500 220	541 570	521 170	559 890
Nachrichtlich: Privater Verbrauch je Einwohner (DM) ⁵⁾	7 925	8 468	8 198	8 874	8 541	9 167
Staatsverbrauch	161 630	188 600	168 460	197 250	176 430	206 660
Bruttoinvestitionen	178 630	181 100	179 830	186 970	183 380	195 110
Anlageinvestitionen	161 130	193 500	161 430	197 870	169 780	206 110
Ausrüstungen	58 880	78 700	68 620	85 230	74 280	87 940
Bauten	102 250	114 800	92 810	112 640	95 500	118 170
Vorratsveränderung	17 500	- 12 400	18 400	- 10 900	13 600	- 11 000
Außenbeitrag	18 420	31 880	30 290	42 410	47 720	58 640
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen ⁶⁾	282 330	305 640	318 470	328 870	316 700	318 140
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ⁶⁾	263 910	273 760	288 180	286 460	268 980	259 500

in Preisen von 1980

Bruttoinlandsprodukt	746 300	788 570	762 520	812 330	782 900	831 330
Bruttowertschöpfung ²⁾	721 430	764 340	739 990	789 730	761 440	809 130
Unternehmen	616 040	658 730	632 580	681 970	651 940	699 170
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8 170	27 420	7 140	27 420	7 400	29 200
Warenproduzierendes Gewerbe	303 570	318 010	311 460	329 350	319 820	334 660
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	24 730	23 260	25 430	24 390	25 390	23 870
Verarbeitendes Gewerbe	235 370	246 800	247 640	258 700	255 860	263 150
Baugewerbe	43 470	47 950	38 390	46 260	38 570	47 640
Handel und Verkehr	117 310	123 100	119 240	127 040	122 880	129 090
Handel	71 300	75 670	71 500	77 640	73 770	78 600
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	46 010	47 430	47 740	49 400	49 110	50 490
Dienstleistungsunternehmen	186 990	190 200	194 740	198 160	201 840	206 220
darunter: Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	35 400	35 880	37 360	37 690	39 350	40 140
Wohnungsvermietung ³⁾	49 030	49 440	50 500	50 840	51 660	51 980
+ Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) ⁴⁾	2 600	4 930	2 180	3 770	600	3 570
= Bruttosozialprodukt	748 900	793 500	764 700	816 100	783 500	834 900
Letzte inländische Verwendung von Gütern	723 410	756 390	726 510	775 600	751 930	805 280
Letzter Verbrauch	563 340	597 360	568 550	613 860	591 000	635 960
Privater Verbrauch	413 010	438 870	415 990	450 940	434 620	468 880
Nachrichtlich: Privater Verbrauch je Einwohner (DM) ⁵⁾	6 743	7 183	6 817	7 389	7 122	7 677
Staatsverbrauch	150 330	158 490	152 560	162 920	156 380	167 080
Bruttoinvestitionen	160 070	159 030	157 960	161 740	160 930	169 320
Anlageinvestitionen	143 770	171 130	141 260	172 640	146 630	177 520
Ausrüstungen	51 430	67 930	58 310	72 220	62 600	73 940
Bauten	92 340	103 200	82 950	100 420	84 030	103 580
Vorratsveränderung	16 300	- 12 100	16 700	- 10 900	14 300	- 8 200
Außenbeitrag	25 490	37 110	38 190	40 500	31 570	29 620
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen ⁶⁾	246 240	262 420	268 890	276 710	269 710	273 390
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ⁶⁾	220 750	225 310	230 700	236 210	238 140	243 770

1) Vorläufiges Ergebnis – 2) Unbereinigt, d. h. vor Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. – 3) Einschl. Nutzung durch Eigentümer. – 4) Aus der übrigen Welt empfangene abzügl. an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen – 5) Durchschnittswert des letzten Halbjahres für die Bevölkerung geschätzt – 6) Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Erwerbstätige, Arbeitslose und Produktivität

1 000

Gegenstand der Nachweisung	1984 1)		1985 1)		1986 1)	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
Erwerbstätige im Inland	25 129	25 467	25 267	25 681	25 509	25 943
dar. Beschäftigte Arbeitnehmer	21 922	22 262	22 062	22 474	22 299	22 731
Arbeitslose 2)	2 348	2 183	2 408	2 200	2 366	2 090
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je durchschnittlich Erwerbstätigen (1970 = 100)	139	145	142	148	144	150

1) Vorläufiges Ergebnis. — 2) Ergebnis der Bundesanstalt für Arbeit

Verwendung des Sozialprodukts

Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 1)		1985 1)		1986 1)	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj

in jeweiligen Preisen

Privater Verbrauch	485 420	517 420	500 220	541 570	521 170	559 890
darunter:						
Käufe der Privaten Haushalte im Inland	474 160	501 570	488 740	525 320	508 060	540 260
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112 590	119 660	113 860	121 800	115 500	124 640
Wohnungsmieten 2)	74 070	76 020	79 030	80 310	82 540	83 700
Energie (ohne Kraftstoffe)	30 690	29 070	32 840	32 040	32 380	24 410
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	76 720	72 820	77 570	78 970	83 060	84 080
Übrige Verwendungszwecke 3)	180 090	204 000	185 440	212 200	194 580	223 430
Staatsverbrauch	161 630	188 600	168 460	197 250	176 430	206 660
Käufe von Gütern für die laufende Produktion	94 930	108 770	98 820	115 050	103 350	119 740
Gebietskörperschaften	46 050	57 710	47 340	61 160	49 150	62 780
Sozialversicherung	48 880	51 060	51 480	53 890	54 200	56 960
Bruttowertschöpfung 4)	92 530	107 540	96 540	111 190	101 060	116 790
dar.: Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit	86 170	101 060	89 900	104 480	94 200	109 820
abzüglich Verkäufe von Verwaltungsleistungen 5)	25 830	27 710	28 900	28 990	27 980	29 870
nachrichtlich: Staatsverbrauch für zivile Zwecke	140 650	160 650	147 380	168 330	154 550	177 100
Anlageinvestitionen	161 130	193 500	161 430	197 870	169 780	206 110
Unternehmen 6)	143 150	169 740	143 980	173 190	150 840	179 180
Staat	17 980	23 760	17 450	24 680	18 940	26 930
Ausrüstungsinvestitionen	58 880	78 700	68 620	85 230	74 280	87 940
Unternehmen 6)	56 970	75 500	66 550	81 580	72 000	83 730
Staat	1 910	3 200	2 070	3 650	2 280	4 210
Bauinvestitionen	102 250	114 800	92 810	112 640	95 500	118 170
Unternehmen 6)	86 180	94 240	77 430	91 610	78 840	95 450
dar.: Wohnbauten	54 270	58 160	47 280	54 700	46 590	55 780
Staat	16 070	20 560	15 380	21 030	16 660	22 720
Ausfuhr	282 330	305 640	318 470	328 870	316 700	318 140
Waren	225 340	242 010	256 610	261 540	255 200	253 070
Dienstleistungen 7)	56 990	63 630	61 860	67 330	61 500	65 070
Einfuhr	263 910	273 760	288 180	286 460	268 980	259 500
Waren	201 780	204 890	221 400	214 250	201 230	186 340
Dienstleistungen 7)	62 130	68 870	66 780	72 210	67 750	73 160

in Preisen von 1980

Anlageinvestitionen	143 770	171 130	141 260	172 640	146 630	177 520
Unternehmen 6)	126 980	149 010	125 170	149 980	129 480	153 230
Staat	16 790	22 120	16 090	22 660	17 150	24 290
Ausrüstungsinvestitionen	51 430	67 930	58 310	72 220	62 600	73 940
Unternehmen 6)	49 770	65 150	56 570	69 120	60 700	70 400
Staat	1 660	2 780	1 740	3 100	1 900	3 540
Bauinvestitionen	92 340	103 200	82 950	100 420	84 030	103 580
Unternehmen 6)	77 210	83 860	68 600	80 860	68 780	82 830
dar.: Wohnbauten	47 710	50 700	40 910	47 140	39 710	47 250
Staat	15 130	19 340	14 350	19 560	15 250	20 750
Ausfuhr	246 240	262 420	268 890	276 710	269 710	273 390
Waren	196 820	208 480	216 840	220 470	217 520	218 260
Dienstleistungen 7)	49 420	53 940	52 050	56 240	52 190	55 130
Einfuhr	220 750	225 310	230 700	236 210	238 140	243 770
Waren	167 780	188 230	175 620	177 340	181 990	183 980
Dienstleistungen 7)	52 970	57 080	55 080	58 870	56 150	59 790

1) Vorläufiges Ergebnis — 2) Einschl. Mietwert der Eigentümerwohnungen — 3) Bekleidung, Schuhe, Güter für die Haushaltsführung, für die Gesundheits- und Körperpflege, für Bildung, Unterhaltung, Freizeit, für persönliche Ausstattung und Güter sonstiger Art — 4) Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit, gezahlte Produktionssteuern und Abschreibungen. — 5) Einschl. selbstgestellter Anlagen — 6) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck — 7) Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Sozialprodukt und Volkseinkommen

Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 ¹⁾		1985 ¹⁾		1986 ¹⁾	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
Bruttosozialprodukt	844 100	919 000	878 800	968 200	928 700	1 020 300
- Abschreibungen	109 560	111 940	114 490	116 280	118 690	120 750
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	734 540	807 060	764 310	851 920	810 010	899 550
- Indirekte Steuern	108 520	117 720	109 750	120 060	112 010	124 250
+ Subventionen	15 790	20 460	16 410	20 510	17 380	23 520
= Volkseinkommen	641 810	709 800	670 970	752 370	715 380	798 820
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	448 700	504 680	464 210	525 220	487 540	551 590
Sozialbeiträge der Arbeitgeber ²⁾	86 830	97 550	90 210	101 920	94 910	107 150
Bruttolohn- und -gehaltsumme	361 870	407 130	374 000	423 300	392 630	444 440
Abzüge	113 140	132 630	120 180	142 040	125 570	148 000
Lohnsteuer ³⁾	61 130	73 720	65 400	79 520	67 510	81 920
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	52 010	58 910	54 780	62 520	58 060	66 080
Nettolohn- und -gehaltsumme	248 730	274 500	253 820	281 260	267 060	296 440
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	193 110	205 120	206 760	227 150	227 840	247 230
Direkte Steuern u.ä. ⁴⁾	30 300	33 600	33 880	37 770	35 770	37 520
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	162 810	171 520	172 880	189 380	192 070	209 710
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	158 060	172 990	169 670	187 160	177 530	190 390
Private Haushalte ⁶⁾	169 830	181 930	182 030	194 910	189 200	201 510
Staat	- 11 770	- 8 940	- 12 360	- 7 750	- 11 670	- 11 120
Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ⁷⁾	4 750	- 1 470	3 210	2 220	14 540	19 320

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören z. B. Beiträge für die Altersversorgung der Beamten, Beiträge in Höhe der Aufwendungen der Arbeitgeber aufgrund betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen und im Fall von Krankheit, Unfall u.ä. - 3) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen - Vor Abzug der Arbeitnehmerparzule. - 4) Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Saldo der Schadenersicherungstransaktionen und der übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Saldo der tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen. - 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und auf öffentliche Schulden - 6) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck - 7) Nach der Umverteilung

Einkommen je Einwohner, je Erwerbstätigen und je beschäftigten Arbeitnehmer

DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 ¹⁾		1985 ¹⁾		1986 ¹⁾	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
Volkseinkommen je Einwohner ²⁾	10 479	11 617	10 996	12 328	11 724	13 079
je durchschnittlich Erwerbstätigen	25 541	27 871	26 555	29 297	28 044	30 791
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer						
halbjährlich	20 468	22 670	21 041	23 370	21 864	24 266
monatlich	3 411	3 778	3 507	3 895	3 644	4 044
Bruttolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer						
monatlich	2 751	3 048	2 825	3 139	2 935	3 259
Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer						
monatlich	1 891	2 055	1 917	2 086	1 996	2 174

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Durchschnittswert des letzten Halbjahres für die Bevölkerung geschätzt.

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 ¹⁾		1985 ¹⁾		1986 ¹⁾	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
Einnahmen ²⁾	386 540	428 790	402 990	451 750	422 330	464 910
darunter: Steuern	207 180	232 080	215 520	243 970	222 630	250 730
Sozialbeiträge	143 810	160 820	150 800	169 110	158 690	178 150
- Ausgaben ³⁾	405 140	443 870	417 560	456 890	433 350	477 960
darunter: Übertragungen ⁴⁾	197 130	207 190	201 470	209 850	205 610	219 190
Staatsverbrauch	161 630	188 600	168 460	197 250	176 430	206 660
Bruttoinvestitionen	17 980	23 760	17 450	24 680	18 940	26 930
= Finanzierungssaldo	- 18 600	- 15 080	- 14 570	- 5 140	- 11 020	- 13 050
Ersparnis ⁵⁾	4 870	18 970	7 820	29 320	11 370	22 840
Saldo der Vermögensübertragungen	- 11 730	- 16 630	- 11 460	- 16 350	- 10 190	- 15 800
Abzüglich. Nettoinvestitionen ⁶⁾	11 740	17 420	10 930	18 110	12 200	20 090

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Laufende Einnahmen, empfangene Vermögensübertragungen und Abschreibungen. - 3) Laufende Ausgaben, geleistete Vermögensübertragungen und Bruttoinvestitionen - 4) Laufende und Vermögensübertragungen - 5) Laufende Einnahmen abzüglich laufende Ausgaben - 6) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾

Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 ²⁾		1985 ²⁾		1986 ²⁾	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
Nettolohn- und -gehaltssumme	248 730	274 500	253 820	281 260	267 060	296 440
+ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	178 730	190 940	191 130	204 090	198 280	210 530
+ Empfangene laufende Übertragungen ^{3) 4) 5) 6)} . . .	145 280	145 730	149 090	149 790	153 270	156 550
Soziale Leistungen ⁷⁾	140 310	140 320	143 510	144 220	147 720	150 690
darunter:						
Arbeitslosengeld ⁴⁾	5 450	4 210	5 350	4 180	5 230	4 190
Kurzarbeitergeld ⁴⁾	910	560	770	230	510	210
Arbeitslosenhilfe ⁴⁾	2 860	2 880	2 970	2 940	3 060	2 830
Arbeitsmarktförderung ^{4) 8)}	3 270	2 500	3 390	2 880	3 770	3 500
aus der gesetzlichen Rentenversicherung ^{4) 5)}	70 840	71 590	72 380	73 390	73 820	75 480
Öffentliche Pensionen ³⁾	14 990	17 330	15 310	17 570	15 810	18 120
aus der Kranken- und Unfallversicherung ^{4) 5)}	8 230	8 100	8 390	8 110	8 610	8 250
Kindergeld	7 400	6 850	7 200	6 620	7 070	6 590
Sozialhilfe	4 050	4 200	4 530	4 920	5 310	5 550
Ausbildungsbeihilfen	550	220	430	210	390	220
Sonstige laufende Übertragungen ⁹⁾	4 970	5 410	5 580	5 570	5 550	5 860
- Zinsen auf Konsumentenschulden	8 900	9 010	9 100	9 180	9 080	9 020
- Nichtzurechenbare geleistete laufende Übertragungen	15 770	17 960	16 550	18 230	17 120	18 840
= Verfügbares Einkommen ¹⁰⁾	548 070	584 200	568 390	607 730	592 410	635 660
Privater Verbrauch	485 420	517 420	500 220	541 570	521 170	559 890
Ersparnis ¹⁰⁾	62 650	66 780	68 170	66 160	71 240	75 770
Saldo der Vermögensübertragungen	- 8 970	- 9 550	- 10 270	- 10 400	- 11 040	- 11 700
Finanzierungssaldo	53 680	57 230	57 900	55 760	60 200	64 070
Nachrichtlich: Sparquote ¹¹⁾	11,4	11,4	12,0	10,9	12,0	11,9

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - 2) Vorläufiges Ergebnis. - 3) Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen. - 4) Nach Abzug der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. - 5) Nach Abzug der Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen zur Sozialversicherung. - 6) Nach Abzug der Beiträge von Unternehmen für Empfänger von Vorruhestandsgeld. - 7) Von Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von der übrigen Welt. - 8) Geldleistungen im Rahmen der Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung, Umschulung, Leistungen zur Rehabilitation, Winterbauförderung u. ä. - 9) Vom Staat und von der übrigen Welt. - 10) Ohne nicht-entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. - 11) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens

Nettosozialprodukt, verfügbares Einkommen in der Volkswirtschaft und seine Verwendung

Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 ¹⁾		1985 ¹⁾		1986 ¹⁾	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	734 540	807 060	764 310	851 920	810 010	899 550
+ Laufende Übertragungen von der übrigen Welt (Saldo)	- 15 220	- 16 760	- 16 430	- 15 400	- 15 260	- 15 070
= Verfügbares Einkommen	719 320	790 300	747 880	836 520	794 750	884 480
Unternehmen ²⁾	4 750	- 1 470	3 210	2 220	14 540	19 320
Staat	166 500	207 570	176 280	226 570	187 800	229 500
Private Haushalte ³⁾	548 070	584 200	568 390	607 730	592 410	635 660
Letzter Verbrauch	647 050	706 020	668 680	738 820	697 600	766 550
Staatsverbrauch	161 630	188 600	168 460	197 250	176 430	206 660
Privater Verbrauch	485 420	517 420	500 220	541 570	521 170	559 890
Ersparnis	72 270	84 280	79 200	97 700	97 150	117 930
Unternehmen ²⁾	4 750	- 1 470	3 210	2 220	14 540	19 320
Staat	4 870	18 970	7 820	29 320	11 370	22 840
Private Haushalte ³⁾	62 650	66 780	68 170	66 160	71 240	75 770

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Einschl. nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. - 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Wirtschaftliche Vorgänge mit der übrigen Welt

Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1984 ¹⁾		1985 ¹⁾		1986 ¹⁾	
	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj
Außenbeitrag	18 420	31 880	30 290	42 410	47 720	58 640
+ Laufende Übertragungen (Saldo)	- 15 220	- 16 760	- 16 430	- 15 400	- 15 260	- 15 070
empfangen	6 150	6 710	5 890	7 170	7 560	7 400
geleistet	21 370	23 470	22 320	22 570	22 820	22 470
= Saldo der laufenden Rechnung	3 200	15 120	13 860	27 010	32 460	43 570
+ Saldo der Vermögensübertragungen	- 1 170	- 1 480	- 1 210	- 1 570	- 1 240	- 1 270
= Finanzierungssaldo	2 030	13 640	12 650	25 440	31 220	42 300

1) Vorläufiges Ergebnis.